

Strukturwandel und Fertilität

Wie die höhere Berufsbildung der Frau die Geburtenrate beeinflusst. Quantitative Analysen für Deutschland im Zeitverlauf des „zweiten demographischen Übergangs“.

Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae
(Dr. phil.)

eingereicht an

der Philosophischen Fakultät III
der Humboldt-Universität zu Berlin

von
Dipl. Soz.-wiss. Wiebke Rösler

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz

Dekan der Philosophischen Fakultät III
Prof. Dr. Dr. h.c. Bernd Wegener

Gutachter: 1. Prof. Dr. Hans Bertram
2. Prof. Dr. Anette Eva Fasang

Tag der Disputation: 09. Oktober 2012

Danksagung

Persönlicher Dank gilt allen, die es mir möglich machten, diese Arbeit zu verwirklichen. Prof. Dr. Hans Bertram danke ich besonders dafür, dass er mich stets zum Schreiben ermutigte – ohne ihn wäre diese Dissertation kaum möglich gewesen. Dank gilt auch den Teilnehmern seines Doktorandenkolloquiums für die wertvolle fachliche Unterstützung. Sophie Olbrich las den Dissertationsentwurf bereits zu einem frühen Zeitpunkt, es folgten Nora Damme, Dr. Bernd Henning und Carolin Deuflhard – ihnen allen ein großes Dankeschön an dieser Stelle.

Vorläufige Ergebnisse der Arbeit wurden von der Autorin gemeinsam mit Prof. Bertram auf der Jahrestagung der deutschen Gesellschaft für Demographie 2010 in Rostock vorgestellt. Insbesondere Abbildung 27 und 28 sind hier bereits veröffentlicht:

www.demographie-online.de/fileadmin/dgd/meeting2010/Roesler2.pdf (Zugriff 23. April 2012). Der obere Teil der Abbildung 2 - der langfristige Verlauf der Kohortenfertilität - wurde in dem Beitrag:

Bertram, Hans/ Bujard, Martin/ Rösler, Wiebke (2011): Rushhour des Lebens: Geburtenaufschub, Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven; In: Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie 8 (2), 91-99.
veröffentlicht.

Die Ergebnisse der Partitionsanalysen zum Strukturwandel und zum Rückgang der Fertilität wurden auf der Statistischen Woche in Wien im September 2012 vorgetragen, ebenso auf der 140. Sitzung des Arbeitskreis Demographie der Leibniz-Sozietät in Berlin im Mai 2012. Das positive Echo dieser Fachtagungen war sehr ermutigend.

Viele Menschen haben aber auch indirekt zum Gelingen der Arbeit beigetragen. Ich danke dem Land Berlin für die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuung und die Finanzierung von Ganztagschulen und meinen Kindern dafür, dass sie ihren Kindergarten und ihre Schule lieben. Besonders möchte ich mich bei meinen Eltern für die Wochenenden bedanken, an denen sie mit meinen Kindern spielten und ich ungestört arbeiten konnte und natürlich bei meinem lieben Bernd Henning dafür, dass er seit über 14 Jahren sein Leben mit mir teilt.

Nachtrag

Die Autorin war wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prof. Dr. Hans Bertram in einem Forschungsprojekt, das seit Dezember 2008 durch die Fritz-Thyssen-Stiftung finanziert wird. Unter dem Titel „Der zweite demographische Übergang: seine sozioökonomischen, kulturellen und regionalen Ursachen. Ein Mehrebenen-Modell zur Erklärung des Geburtenrückgangs in Deutschland seit 1972“ wird der demographische Wandel in Deutschland vergleichend mit den USA erforscht. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden die Mikrozensus Scientific Use Files ausgewählter Erhebungswellen zwischen 1973 bis 2008 aufbereitet und abgeglichen. Folgende Kollegen waren im Forschungsprojekt beschäftigt und an der Datenaufbereitung beteiligt: Prof. Dr. Marina Hennig, Christian Ledig sowie Carolin Deuflhard. In der vorliegenden Dissertation wurden diese für das Forschungsprojekt aufbereiteten Datensätze der Mikrozensus ebenfalls benutzt.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel	7
2.1. Die Angst vor der Kinderlosigkeit und der Alterung	8
2.2. Die TFR, ein valides Maß der Geburtenrate? – Im Vergleich zur CFR	12
2.3. Die Geburtenrate nach Kinderzahl	17
2.4. Der Aufschub von Geburten	22
2.4.1. Die Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern	26
2.4.2. Das Ende des Geburtenaufschubs? – am Beispiel aktueller Kohorten	30
2.5. Fazit und erste Interpretation der Datenlage	36
3. Theoretische Erklärungsansätze	39
3.1. Die Stellung der Frau zwischen Beruf und Familie	43
3.2. Die innerfamiliäre Arbeitsteilung und die Frauenemanzipation	47
3.3. Der Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität	54
3.4. Die Berufschancen der Mütter	62
3.5. Berufliche Unsicherheiten	69
3.6. Der zweite demographische Übergang	76
3.7. Die Rolle des Wohlfahrtsstaates	82
3.8. Die Präferenzen der Frauen	101
3.9. Kinderkosten und familienpolitische Leistungen	109
3.9.1. Familienpolitische Leistungen – Infrastruktur, Zeit- und Geldleistungen	112
3.10. Die beschränkte Wahlfreiheit	125
4. Der makrostrukturelle Blick auf die Geburtenrate	130
4.1. Die Kennzeichen des zweiten demographischen Übergangs im Zeitverlauf für Ost- und Westdeutschland	130
4.2. Ein Vergleich der deutschen Bundesländer 2008	145
5. Datenlage und Methodik	159
5.1. Vergleich des Mikrozensus mit der Geburtenstatistik	161
5.2. Bildung der Maximumgruppen	166
6. Ergebnisse	169
6.1. Deskriptive Ergebnisse: Frauenemanzipation und Geburtenrate	170
6.1.1. Frauen in der Mitte ihres Reproduktionszyklus	170
6.1.2. Frauen am Ende ihres Reproduktionszyklus	180
6.1.3. Der Wandel der Familiengrößen nach Berufsbildung	185

Inhalts- und Abbildungsverzeichnis

6.1.4. Alter bei Geburt nach Berufsbildung und Kinderzahl.....	193
6.2. Müttererwerbstätigkeit im Zeitverlauf	198
6.2.1. Die Fertilität innerhalb einzelner Berufe	205
6.3. Kontrastgruppen	211
6.3.1. Kontrastgruppen Variante 1	212
6.3.2. Kontrastgruppen Variante 2	215
6.3.3. Kontrastgruppen Variante 3	219
6.3.4. Fazit	223
6.4. Multivariate Analysen	224
6.4.1. Korrelationen	226
6.4.2. Regressionen	230
7. Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	234
8. Literaturverzeichnis	244
9. Anhang	255

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

(Tabellen sind fortlaufend als Abbildungen formatiert)

Abbildung 1: Übersicht über im Folgenden verwendete Messziffern der Fruchtbarkeit.....	8
Abbildung 2: Geburten pro Frau nach Geburtsjahr der Frau (CFR) und nach Kalenderjahr (TFR): USA, Schweden, Frankreich, Korea, DDR (neue Länder) und BRD (alte Länder), lange Reihe	14
Abbildung 3: Die Total Fertility Rate 1950 bis 2009– ausgewählte Bundesländer	17
Abbildung 4: Kinderlosigkeit und Mehrkinderfamilie nach Kohorten im internationalen Vergleich	18
Abbildung 5: Prozent der Frauen nach Anzahl der Kinder, Kohorte 1964 bis 1968	19
Abbildung 6: Parity Progression Ratios, Kohorte 1964 bis 1968	20
Abbildung 7: Kohorte 1964-68 nach Parität und TFR, verschiedene Szenarios einer möglichen Steigerung	21
Abbildung 8: Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern, alte Bundesländer 1950 bis 2009, neue Länder 1990 bis 2009	24
Abbildung 9: Kumulierte altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1950 bis 2009, alte Bundesländer	27
Abbildung 10: Kumulierte altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1990 bis 2009, alte und neue Bundesländer im Vergleich.....	27
Abbildung 11: Kumulierte altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1996 bis 2007, Schweden, Frankreich, USA.....	29
Abbildung 12: Der Zusammenhang zwischen TFR und HDI 1975 und 2005 im Querschnitt	31
Abbildung 13: Geburtenraten der Kohorten 1964 bis 1979, alte und neue Bundesländer im Vergleich	32
Abbildung 14: Frauenerwerbstätigenquote nach Kinderzahl und Alter der jüngsten Kindes, Deutschland und Frankreich 2008.....	57
Abbildung 15: Die Präferenztypen der Frauen nach Catherine Hakim.....	101
Abbildung 16: Idealtypische Wirkungsweise der Sozialpolitiken nach Präferenz	111
Abbildung 17: Eheschließungen und Ehescheidungen je 1.000 Einwohner 1950 bis 2007 ..	133
Abbildung 18: Eheliche und uneheliche Geburten und der Anteil der unehelichen Geburten an allen Geburten 1950 bis 2008.....	134
Abbildung 19: Lebensformen im Querschnitt, Frauen 1973, 1991 und 2004, alte Bundesländer	138
Abbildung 20: Lebensformen im Querschnitt, Frauen 1991 und 2004, neue Bundesländer .	139

Inhalts- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 21: Lebensformen im Querschnitt, Männer 1973, 1991 und 2004, alte Bundesländer	140
Abbildung 22: Lebensformen im Querschnitt aus Sicht der Kinder	141
Abbildung 23: Zugrunde liegende Werte nach Bundesländern und Dimensionen	148
Abbildung 24: Demographische und sozioökonomische Unterschiede zwischen den Bundesländern	150
Abbildung 25: Bundesländer nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Gleichstellung	154
Abbildung 26: Idealtypische Einflussfaktoren auf die Geburtenrate	157
Abbildung 27: Die Mikrozensus Scientific Use Files 1973, 1976, 1982, 1991, 1995, 2000, 2004 und 2008 nach Kinder in der Familie pro Frau und Geburtsjahr der Frau – Vergleich Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern	164
Abbildung 28: Vergleich der Maximuskohorte aus den Mikrozensen mit der amtlichen Statistik, alte Bundesländer: Geburtskohorten 1933 bis 1969, neue Bundesländer: Geburtskohorten 1954 bis 1973	165
Abbildung 29: Frauen nach Kinderzahl und Alter der Mutter, ausgewählte Bildungsgruppen 1982, 1991, 2000 und 2008, alte Bundesländer	168
Abbildung 30: 27- bis 31-jährige Frauen nach Bildungsabschluss und kumulativer Fruchtbarkeit	173
Abbildung 31: 27- bis 31-jährige Frauen: Durchschnittliche Kinderzahl nach Strukturmerkmalen	176
Abbildung 32: 27- bis 31-jährige Frauen nach Strukturmerkmalen, Spaltenprozente und Fallzahlen	176
Abbildung 33: 27- bis 31-jährige Frauen, Anteil mit mindestens einem Kind in der Familie nach ausgewählten Strukturmerkmalen	178
Abbildung 34: 27- bis 31-jährige Frauen, Anteil mit mindestens zwei Kindern in der Familie	179
Abbildung 35: Frauen (Maximumgruppe) nach Schul- und Berufsbildung, durchschnittliche Kinderzahlen und Fallzahlen, 1982, 1991, 2000 und 2008, alte Bundesländer	182
Abbildung 36: Frauen (Maximumgruppe): durchschnittliche Kinderzahl nach Berufsbildung und Spaltenprozente, 1982, 1991, 2000 und 2008, alte Bundesländer	183
Abbildung 37: Kinder pro 100 Frauen nach Ausbildungsabschluss der Mutter, 1982, 1991, 2000 und 2008, alte Bundesländer	184

Inhalts- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 38: Kinder nach Alter der Mutter und Geschwisterzahl, 1976 und 2008 alte Bundesländer	187
Abbildung 39: Frauen nach berufsbildendem Abschluss und Anzahl der Kinder nach Parität, alte Bundesländer	190
Abbildung 40: Frauen nach Berufsbildenden Abschluss und Anzahl der Kinder nach Parität, neue Bundesländer	191
Abbildung 41: Alter bei Geburt des ersten und des letzten Kindes nach Berufsbildungsabschluss (Mittelwert).....	194
Abbildung 42: Alter bei Geburt nach Anzahl der Kinder und Berufsbildung, alte Bundesländer	197
Abbildung 43: Müttererwerbstätigkeit nach Alter des jüngsten Kindes: Frauen ohne Berufsbildung 1976-2008	200
Abbildung 44: Müttererwerbstätigkeit nach Alter des jüngsten Kindes: Frauen mit Berufsbildung 1976-2008	201
Abbildung 45: Müttererwerbstätigkeit nach Alter des jüngsten Kindes: Frauen mit Hochschulabschluss 1976-2008	202
Abbildung 46: Umfang der Erwerbstätigkeit der Frau nach Berufsbildung und Alter des jüngsten Kindes, alte Bundesländer 1976 und 2008	204
Abbildung 47: Frauen nach Beruf und Parität der Kinder 1982 und 2004 alte Bundesländer	206
Abbildung 48: Streuung der Berufe nach Kinderlosigkeit und Kinderzahl 2008, Vergleich alte/ neue Bundesländer mit Schweden.....	207
Abbildung 49: Mittelwerte der Cluster in den betrachteten Merkmalen.....	210
Abbildung 50: 1982 best Fit Modell alte Bundesländer, r^2 : .12	213
Abbildung 51: 2008 das gleiche Modell alte Bundesländer, r^2 : .25	213
Abbildung 52: Kontrastgruppenanalyse drei Splits, Familienstand und Lebensunterhalt, Spaltenprozente und Mittelwerte Kinder in der Familie 1982 und 2008 alte Bundesländer	215
Abbildung 53: Best-Fit-Partition alte Bundesländer 2008, r^2 : .29	217
Abbildung 54: das gleiche Modell alte Bundesländer 1991, r^2 : .18.....	217
Abbildung 55: das gleiche Modell alte Bundesländer 1982, r^2 : .13.....	217
Abbildung 56: Kontrastgruppenanalyse drei Splits, Familienstand und Arbeitszeit, Spaltenprozente und Mittelwerte Kinder in der Familie 1982 , 1991 und 2008, alte Bundesländer	218

Inhalts- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 57: Kontrastgruppenanalyse mit Berufsbildung, Familienstand, Arbeitszeit und Lebensunterhalt, Spaltenprozent und Mittelwerte Kinder in der Familie 1982 , 1991 und 2008, alte Bundesländer	222
Abbildung 58: Korrelationsmodell Berufsbildung, Arbeitszeit, Familienstand, Kinderzahl.....	227
Abbildung 59: Korrelationsmodell Berufsbildung, Einkommen, Kinderzahl.....	229
Abbildung 60: Regressionsmodell zur Erklärung der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie.....	233
Abbildung 61: Bundesländerindex der vier Dimensionen: Z-Werte.....	255
Abbildung 62: 27- bis 31-Jährige Frauen im Mikrozensus nach Strukturmerkmalen, Fallzahlen	257
Abbildung 63: Auswahl der Maximumgruppen - Frauen nach Alter, Schulbildungsabschluss, durchschnittliche Kinderzahl in der Familie und Fallzahl, alte Bundesländer.....	258
Abbildung 64: Auswahl der Maximumgruppen - Frauen nach Alter, Berufsbildungsabschluss, durchschnittlicher Kinderzahl in der Familie und Fallzahlen, alte Bundesländer.....	262
Abbildung 65: Auswahl der Maximumgruppen - Frauen nach Alter, Berufsbildungsabschluss, durchschnittlicher Kinderzahl in der Familie und Fallzahlen, neue Bundesländer.....	266
Abbildung 66: Kontrastgruppen Modell mit Berufsbildung 2008: r^2 : .30, alte Bundesländer.....	270
Abbildung 67: das gleiche Modell 1991 alte Bundesländer, r^2 : .20.....	271
Abbildung 68: Das gleiche Modell 1982, alte Bundesländer, r^2 : .13	272
Abbildung 69: Kontrastgruppen neue Bundesländer 1991, r^2 : .08	273
Abbildung 70: Kontrastgruppen neue Bundesländer 2008, r^2 : .12.....	273
Abbildung 71: Kontrastgruppen mit Berufsbildung neue Bundesländer 2008, r^2 : .12	274

1. Einleitung

„Noch nie wurden so wenig Kinder in Deutschland geboren wie im vergangenen Jahr: Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, kamen 2009 etwa 665.000 Kinder zur Welt, 17.000 weniger als im Vorjahr. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau sank auf 1,36. Im Osten blieb die Zahl mit 1,40 konstant“ (FAZ 16.11.2010).

Auf die Bereitstellung der Daten zu der Geburtenentwicklung 2009 musste Deutschland bis November 2010 warten. Die Zeit schlussfolgert: „Der Kinderschwund macht sprachlos. Die Statistik zur Geburtenrate kam vier Monate später als sonst. Und die Familienministerin schweigt über das Thema. Die Politik kapituliert vor der Demographie“ (17.11.2010, Die Zeit online). Dabei hat Deutschland mit durchschnittlich 1,37 Kindern pro Frau seit 40 Jahren eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Dass sich diese lang anhaltende niedrige Geburtenrate nun auch in geringen absoluten Kinderzahlen wieder spiegelt, dürfte doch deshalb niemanden sprachlos machen. Die Geburtenzahlen fielen in Deutschland bereits in den 70-er Jahren unter die Grenze von 2,1 Kinder pro Frau, die dem Bestandserhaltungsniveau entspricht. Anders als in anderen europäischen Ländern hat sich die deutsche Geburtenrate seither niemals erholt, sondern stagniert auf diesem vergleichsweise niedrigen Niveau. Entsprechend ist heute die Zahl der potenziellen Mütter viel kleiner als noch vor 40 Jahren, die Zahl der absoluten Geburten muss zwangsläufig sinken. In der jüngeren Vergangenheit wird dieser Sachverhalt zunehmend auch politisch diskutiert, insbesondere wegen seiner negativen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und die wirtschaftliche Entwicklung. Im Vordergrund der Diskussion steht aktuell eine große Hilflosigkeit der Politik. Die Zeit diagnostiziert „familienpolitische Ernüchterung, die mittlerweile die Bundestagsparteien erfasst hat. Mehr Geburten, so der neue Konsens, sind durch die Instrumente der Politik doch nicht zu erreichen“ (Die Zeit online 17.11.2010).

Fraglich ist dann aber, warum in anderen Ländern wie Frankreich oder den USA durchschnittlich zwei Kinder pro Frau geboren werden. Mögliche Erklärungsansätze sind äußerst vielfältig und werden in den verschiedensten Disziplinen diskutiert. In der demographischen Debatte genießt insbesondere die Theorie des demographischen Übergangs besondere Aufmerksamkeit. Laut der Theorie des „Zweiten demographischen Übergangs“ fielen in den 80-er Jahren in einer ganzen Reihe europäischer Staaten die Geburtenraten unter zwei Kinder pro Frau, weil sich die Werte der Individuen veränderten. Der Wertewandel hin zu Selbstverwirklichung und Individualismus verursacht veränderte Familienmuster – spätere Heiraten, mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften, mehr Scheidungen – und diese seien die Ursache für

niedrige Geburtenraten. Die „Theorie des zweiten demographischen Übergangs“ wurde in den 80-er Jahren entwickelt, als in den meisten europäischen Ländern die Geburtenraten unter zwei Kinder pro Frau fielen. Heute rangieren die Geburtenraten in den USA, in Frankreich und den nordischen Ländern Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden jedoch wieder um die zwei Kinder pro Frau, sind also zum Teil deutlich angestiegen, während sie in Deutschland bei 1,4 Kinder pro Frau stagnieren. Ähnlich niedrig sind die Geburtenraten nur in Griechenland, Spanien und Italien. Die postsozialistischen Staaten Ungarn, Polen, Tschechien und Bulgarien haben ebenfalls Geburtenraten von 1,4 Kindern pro Frau, allerdings mit steigendem Trend (Niephaus 2012:83-85). Der Verlauf der TFR der neuen Bundesländer unterscheidet sich nicht wesentlich vom Verlauf der TFR in anderen postsozialistischen Staaten. Spezifisch niedrig ist allerdings die TFR der alten Bundesländer – Sie unterscheidet sich deutlich von der Geburtenrate anderer westeuropäischer Staaten. Die wesentliche Frage lautet daher nicht, warum im Osten der Republik nur 1,4 Kinder geboren werden, sondern warum die Geburtenrate im Westen nicht höher als im Osten ist, obwohl junge Menschen hier eher Arbeit finden und das Wohlstandsniveau insgesamt höher ist.

In jüngsten demographischen Analysen wird darauf hingewiesen, dass sich Frauen dann für Kinder entscheiden, wenn die Möglichkeit der Vereinbarung von Beruf und Familie besteht. Viele Staaten mit einer höheren Frauenerwerbstätigkeit weisen höhere Geburtenraten auf, hier konnte die TFR wieder auf das Niveau von zwei Kindern pro Frau ansteigen, so der Grundtenor der Studien (Ahn/Mira 2002, OECD 2001, Castles 2002). In der vorliegenden Dissertation soll nach den Ursachen der spezifisch niedrigen deutschen Geburtenrate geforscht werden. Dabei wird insbesondere die Frage analysiert, welcher Zusammenhang zwischen dem Wandel der Berufschancen und dem Rückgang der Geburtenzahlen besteht. Dies erscheint insofern wesentlich, da sich die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten zunehmend ausdifferenzierte. Es gibt immer mehr ledige Frauen, auch gibt es immer mehr Frauen, die zeitlebens und teilweise geplant auf die Mutterschaft verzichten. Gleichzeitig haben sich die beruflichen Chancen der Frauen im Zeitvergleich wesentlich verbessert.

Was sind die Gründe für die spezifisch niedrige deutsche Geburtenrate? Die Geburtenrate an sich ist ein mathematisches Konstrukt. Ihre Variation kann vielfältige Ursachen haben: Sowohl die Kinderlosigkeit von Frauen als auch die Anzahl der Frauen, die zwei und mehr Kinder haben, spielen eine wichtige Rolle. Entscheidend ist außerdem, in welchem Alter Frauen ihre Kinder bekommen. In der Datenlage der vorliegenden Dissertation wird die Geburtenrate

daher differenziert zerlegt, um die Rolle der einzelnen Faktoren für die geringere deutsche Geburtenrate im internationalen Vergleich sichtbar zu machen. Dabei sollen insbesondere folgende Fragen gestellt werden:

1. Inwieweit ist die Geburtenrate bezogen auf das Kalenderjahr, wie sie in der Regel in der öffentlichen Diskussion benutzt wird, ein valides Maß zur Beschreibung der Geburtenrate?
2. Inwieweit verursachen eine hohe Kinderlosigkeit oder eine geringe Zahl von Mehrkinderfamilien niedrige Geburtenzahlen?
3. Welchen Einfluss hat der Aufschub von Geburten auf die Kennziffer und sollte deshalb eventuell eine Kohortenperspektive eingenommen werden?

Im theoretischen Teil wird die Frage aufgeworfen, ob die demographische Forschung die Stellung der Frau zwischen Beruf und Familie lange Zeit vernachlässigt hat. Die Demographie konzentriert sich seit den 80-er Jahren auf einen kulturellen Wertewandel, an dem veränderte Familienmuster und verringerte Kinderzahlen beschrieben werden. Die Berufstätigkeit der Frau spielt demnach nur eine untergeordnete Rolle. Denn die Unterschiede der Kinderzahlen nach Familienstand, Bildung oder Einkommen wurden gegen Ende der 60-er Jahre immer geringer, so dass alternative Erklärungsmodelle gesucht wurden (Höhn 1986). In der demographischen Forschungstradition bleiben die demographischen Entwicklungen bis heute „Ausdruck eines langfristigen kulturellen – treffender: ideellen – Wandels, der in der theoretischen Argumentation Lesthaeghes hinter den das individuelle Handeln (...) bestimmenden individuellen Präferenzen steht“ (Niephaus 2012:30). Beispielhaft entscheiden sich Akademikerinnen später und seltener für Kinder, weil diese Frauen eine höhere Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit anstreben. Inwieweit die vielen Akademikerinnen heute die gleichen Werte vertreten wie die wenigen Akademikerinnen früher, wird in der Debatte empirisch nicht überprüft. Dementsprechend sind Kosten-Nutzen-Erwägungen nur untergeordnete Erklärungsgründe für veränderte demographische Muster. In dieser Dissertation wird – unabhängig vom Wertewandel – überprüft, inwieweit veränderte Kosten-Nutzen-Erwägungen veränderte Kinderzahlen im Zeitverlauf erklären können. Denn wenn deutlich mehr Frauen höhere Bildungsabschlüsse erlangen, betrifft die schwierige Vereinbarkeit eine größere Anzahl von Frauen. In Anlehnung an Überlegungen René Königs (1973) wird die Frage aufgeworfen, ob durch die Verbreitung der höheren Berufsbildung heute eine größere Anzahl von Frauen von der Wirklichkeit enttäuscht wird, wenn sie vor der Frage Beruf oder Kinder stehen.

Dazu muss auf möglichst große, quantitative und replikative Daten zurückgegriffen werden, die es erlauben, den Strukturwandel auch im Zeitverlauf abzubilden. Der Mikrozensus eignet sich hierfür aufgrund seiner Größe – er erhebt jährlich ein Prozent der Bevölkerung – und ist anderen sozialwissenschaftlichen Erhebungen insofern überlegen, als dass die Befragten zur Teilnahme verpflichtet sind. Andere Datensätze wie das Sozioökonomische Panel werden am Mikrozensus gewichtet. Seit durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden Mikrozensus Scientific Use Files zur Verfügung freigegeben werden, bietet sich hier ein einmaliges Potential, das Zusammenspiel des Strukturwandels mit dem Geburtenrückgang abzubilden.

So kann valide getestet werden, ob – seit heute mehr Frauen auf Kinder und Ehe verzichteten und lieber selbst Karriere machen – strukturelle Merkmale für die Erklärung der Kinderzahlen wieder eine größere Erklärungskraft erlangen. Es wird empirisch quantitativ geprüft, inwieweit sich der strukturelle Wandel in Form höherer Bildungs- und Berufschancen der Frauen in verringerten Geburtenraten widerspiegelt. Der Zusammenhang zwischen Wertewandel und Strukturwandel insgesamt bleibt strittig und häufig der Interpretation des Betrachters überlassen. Sicherlich ist es einem Mentalitätswechsel zu verdanken, dass Frauen heute in die höchsten öffentlichen Spitzenämter gelangen. Allerdings ist Angela Merkel kinderlos. Noch bis 1977 durfte der Ehemann der Frau eine eigene Berufstätigkeit verbieten. Andererseits ist bekannt, dass berufstätige Frauen auch früher häufiger kinderlos waren. Baden-Württemberg schaffte erst 1956 das „Lehrerinnen-Zölibat“ ab. Bis dahin mussten Lehrerinnen, wenn sie heirateten, aus dem Schuldienst ausscheiden. Ihre Kinderlosigkeit war nicht dadurch verursacht, dass sie besonderen Wert auf Selbstverwirklichung gelegt haben sondern schlicht der staatlich verordneten Unvereinbarkeit von Beruf und Familie geschuldet. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist im langen Rückblick in bestimmten Branchen wie der Landwirtschaft, wo Frauen häufig arbeiten mussten, um das Einkommen der Familie zu sichern, selbstverständlich. In anderen Bereichen schließt sie sich jedoch aus. Wenn heute mehr Frauen in Berufen arbeiten, in denen die Geburtenraten schon immer niedrig waren – das gilt nicht nur für die Bundeskanzlerin, sondern auch für andere erfolgreiche Karrieren – ist das dann ein Wertewandel oder ein struktureller Wandel?

Ziel der Dissertation ist es, den Zusammenhang zwischen beruflichen Chancen und Kinderzahlen empirisch aufzuzeigen. In den letzten 30 Jahren haben sich die Berufschancen der Frauen wesentlich verbessert. Wie wirkte sich das auf die Kinderzahlen aus? Erst in jüngster Zeit wird in der demographischen Forschung thematisiert, dass die Vereinbarkeit von Beruf

und Familie für das „Nachholen“ von Geburten wichtig ist. Die Demographie als Querschnittsdisziplin bedient sich hier aus Argumenten der ökonomischen Wissenschaft sowie der Politikwissenschaften bzw. der Wohlfahrtsforschung, welche die Prozesse der Arbeitsteilung in der Familie sowie die durch die Elternschaft entstehenden Kosten schon länger fokussieren. Im theoretischen Teil dieser Arbeit werden deshalb neben ökonomischen auch politikwissenschaftliche Ansätze vorgestellt, welche die Organisation des Wohlfahrtsstaates im Blickfeld haben. Diese thematisieren Lösungsmöglichkeiten, um die privaten Kosten der Kinderbetreuung zu senken. Für Deutschland wird aufgezeigt, wie sensibel und ideologisch beladen das Kinderthema hier ist. Die typisch deutsche Privatisierung der Kinderfrage stellt für Frauen eine besondere Belastung dar. Anschließend wird kritisch herausgearbeitet, ob nicht den demographischen wie auch den ökonomischen Ansätzen, die alle in vielfältiger Hinsicht Erklärungsbausteine für das generative Verhalten¹ liefern, eine teils einseitige Sicht der Dinge zugrunde liegt. Denn die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen wird hier stets direkt mit niedrigen Kinderzahlen in Verbindung gebracht, so als würden sich berufstätige und finanziell unabhängige – also emanzipierte – Frauen keine Kinder wünschen.

Der Zusammenhang zwischen der Qualifikation der Frau, ihrer Teilhabe am Erwerbsleben und ihren Kinderzahlen wurde bisher nicht auf großer quantitativer Basis im Zeitvergleich empirisch getestet, obwohl es plausibel erscheint, dass die zunehmende Berufstätigkeit der Frau die Geburtenrate im Zeitverlauf tangierte. Die Frage des Zusammenspiels weiblicher Erwerbstätigkeit und Kinderzahlen blieb auch deshalb unterbelichtet, weil erst seit jüngerer Zeit Mikrozensus Scientific Use Files zur Verfügung stehen, welche die Beantwortung derartiger Fragen im längeren Zeitvergleich erlauben. Dabei stellt sich das methodische Problem, dass in den Mikrozensus vor dem Erhebungsjahr 2008 nur die Anzahl der Kinder im Haushalt abgefragt wird und nicht die biologische Elternschaft. Im Kapitel Datenlage und Methodik wird jedoch nachgewiesen, dass die Verwendung der Mikrozensus für eine Analyse der Geburtenraten möglich ist. Neben den Scientific Use Files des Mikrozensus finden in dieser Arbeit amtliche Daten des Statistischen Bundesamtes Verwendung, also lange Reihen der Bevölkerungsstatistik.

Die von der Demographie genannten Kennziffern, die den „Zweiten demographischen Übergang“ beschreiben – spätere Elternschaft, höhere Kinderlosigkeit, mehr uneheliche Geburten

¹ „Der Begriff des generativen Handelns dient zur Kennzeichnung von Handlungsweisen, die auf die Geburt von Kindern ausgerichtet sind“ (Niephaus 2012:52).

und alternative Lebensformen, höhere Scheidungsraten etc. – und die angeblich für das Absinken der Geburtenrate unter die Marke des Reproduktionsniveaus von 2,1 Kindern pro Frau verantwortlich sind, können mit bereit gestellten amtlichen Daten der statistischen Bundes- und Landesämter beschrieben werden. Hier liegen Zeitreihen für Ost- und Westdeutschland ab 1960 vor, so dass der Wandel dieser Kennziffern auch für die DDR/neue Bundesländern im Vergleich der BRD im Zeitverlauf dargestellt werden kann (siehe makroanalytischer Teil Kapitel 4). Anschließend bleibt zu Fragen, ob wirklich ein Wertewandel ursächlich verantwortlich war oder nicht strukturelle Veränderungen zu diesem „neuen“ Lebensformen führten. Außerdem wird aufgezeigt, wie Einflussfaktoren, die theoretisch die Höhe der Geburtenrate bestimmen, auf Ebene der Bundesländer variieren, ohne dass sich die Geburtenraten zwischen Bayern und Mecklenburg Vorpommern etc. wesentlich unterscheiden. Aus der geringen Varianz der Geburtenrate im Bundesländervergleich ergibt sich die Notwendigkeit, zur Analyse eine Mikroperspektive einzunehmen und mit Mikrodaten zu arbeiten. Dieses wird dann im sechsten Kapitel geleistet.

Hierfür wird im mikroanalytischen empirischen Teil – aufbauend auf den Daten der Scientific Use Files der Mikrozensus ab 1973 - die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Zeitvergleich darstellt. Es wird überprüft, ob diese heute eher gegeben ist als früher oder ob Frauen unverändert zwischen Mutterschaft und Beruf entscheiden. Zur Prüfung der Strukturthese – dass die Geburtenraten gesunken sind, weil immer mehr Frauen beruflich qualifiziert sind und unabhängig, also emanzipiert leben - werden Kontrastgruppen gebildet und es wird aufgezeigt, welchen Einfluss die Veränderung bestimmter Gruppengrößen auf die Geburtenrate hatte. Anschließend wird multivariat im Zeitvergleich analysiert, welche Faktoren die Geburtenrate senken. Die Politik braucht nicht vor der Demographie kapitulieren, seit einerseits die Datenlage deutlich die Ursachen der spezifisch niedrigen Geburtenrate aufzeigen kann und zudem gruppenspezifische Ursachen der niedrigeren Fertilität deutlich werden.

2. Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

Um Ursachen der niedrigen Geburtenentwicklung zu benennen, ist es wichtig, die Geburtenrate differenziert zu betrachten. In der demographischen Literatur hat sich seit einigen Jahrzehnten als wichtigste Kennziffer der Höhe der Geburten die Total Fertility Rate, kurz TFR² (zur Erläuterung der Kennziffer TFR siehe Abbildung 1), durchgesetzt. 2009 lag die TFR wie eingangs erwähnt in den alten Bundesländern bei 1,36 Kindern, 2010 stieg sie auf 1,39 Kinder pro Frau. In den neuen Bundesländern wurden 2010 1,46 Kinder pro Frau geboren (Statistisches Bundesamt Pressemitteilung 2011). Für die Höhe der Geburtenrate ist einerseits die Varianz der Kinderzahlen ausschlaggebend: Gibt es viele kinderlose Frauen und gleichzeitig nur einen geringen Anteil an Frauen mit mehreren Kindern, dann ist die Geburtenrate niedrig. Ein weiterer Grund für eine niedrige Geburtenrate ist der massenhafte Aufschub von Geburten, so wie es nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern der Fall war. 1994 lag die Geburtenrate in den neuen Bundesländern bei nur 0,77 Kindern pro Frau. Von Gebärestreik war die Rede, denn noch niemals zuvor wurde so eine niedrige Geburtenrate für eine Region gemessen. Hätte man jedoch in der öffentlichen Diskussion die Geburten der Frauen nicht auf das Kalenderjahr, sondern auf das Geburtsjahr der Frauen bezogen, hätte man feststellen müssen, dass die ostdeutschen Frauen durchschnittlich mehr Kinder geboren haben als die westdeutschen. Alle ostdeutschen Geburtsjahrgänge 1940 bis 1965 bringen es im Schnitt auf 1,8 Kinder pro Frau, die westdeutschen hingegen nur auf 1,67 Kinder pro Frau (Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Daten auf Anfrage). Da die Höhe der Geburtenrate sowohl durch Quantum- als auch durch Timingeffekte bestimmt wird, muss diese entsprechend differenziert betrachtet werden. In der folgenden Tabelle werden die in dieser Arbeit verwendeten Maßzahlen erklärt.

Dabei zeigt sich einerseits die notwendige Differenzierung zwischen der Periodenfertilität (TFR: Die Summe der Geburten der Frauen in der Altersgruppe 15 bis 49 bezogen auf alle Frauen in der jeweiligen Altersgruppe pro Kalenderjahr) und Kohortenfertilität; Erst die Kohortenfertilität gibt die endgültige Kinderzahl realer Frauenkohorten aus. Diese soll in den folgenden Analysen nachgestellt werden.

² Die TFR ist die Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (ASFR). Die ASFR bezieht die Geburten der Frauen im Alter x einer *Periode* auf 1000 x -jährige Frauen der mittleren Bevölkerung dieser Periode (Hauser 1982).

Abbildung 1: Übersicht über im Folgenden verwendete Messziffern der Fruchtbarkeit

<p>Die altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer (ASFR) – age specific fertility rate</p> <p>„Ein Satz ASFR (...) dient als beste Grundlage zur Beurteilung der Fruchtbarkeitsverhältnisse. Die altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer (ASFR) bezieht die Geburten der Frauen im Alter x einer Periode auf 1000 x-jährige Frauen dieser Periode“ (Hauser 1982:123).</p> $ASFR = \frac{B_x}{P_{x,f}} \quad (\text{in der Bevölkerungsmathematik} \equiv f_x)$
<p>Die totale Fruchtbarkeitsziffer (TFR) – total fertility rate</p> <p>„Die TFR ist ein vielverwendetes, von Geschlecht und Altersaufbau unbeeinflusstes, summiertes Fruchtbarkeitsmaß. Sie ist einfach zu berechnen, einfach zu handhaben und reagiert sehr empfindlich auf Fruchtbarkeitsveränderungen (...). Die TFR ist nichts anderes als die Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (ASFR). Sehr <i>häufig</i> wird die TFR als <i>„durchschnittliche Kinderzahl einer Familie“</i> gedeutet, d. h. eine Querschnittsziffer wird als Längsschnitt interpretiert. Dies aber kann gefährlich sein. Die TFR entspricht – als Summe querschnittbezogener ASFR – wohl der durchschnittlichen Kinderzahl einer synthetischen, künstlichen Kohorte“ (Hauser 1982:123-124).</p> $TFR = \sum_{x=15}^{49} \frac{B_x}{P_{x,f}} * 1000$ <p>(verbal: Summe der während eines Jahres beobachteten ASFR von 15 bis 49 Jahren)</p>
<p>Die kumulative und abgeschlossene Fruchtbarkeit (CFR) – cohort fertility rate</p> <p>„Aus einer zeitlichen Serie von ASFR, die alle ja Querschnitt- oder Periodenziffern sind, können wir Längsschnitt- oder Kohortenziffern bilden, sofern das Datenmaterial sich über einen genügend langen Zeitraum erstreckt“ (Hauser 1982:126).</p> <p>„Kumulieren wir die verschiedenen ASFR über einen Zeitraum t, der kleiner ist als die ganze Reproduktionsphase der Frau, so ergibt sich die bis zum Alter x reichende <i>kumulative Fruchtbarkeit</i>.</p> <p>Kumulieren wir über die ganze Reproduktionsphase der Frau einer bestimmten Generation, so ergibt sich die sogenannte <i>abgeschlossene Fruchtbarkeit</i>; sie entspricht der tatsächlichen durchschnittlicher Kinderzahl einer Frau (Familie)“ (Hauser 1982:128).</p> $CFR = \sum_{x=15}^{49} f_{15}^y + f_{16}^{y+1} + f_{17}^{y+2} + \dots + f_{48}^{y+34} + f_{49}^{y+35}$

Quelle: eigene Darstellung nach Hauser 1982. Übersichten über Fertilitätskennziffern finden sich auch in Preston et al. (2001:92-105) oder Niephaus (2012:43-44,76-79). Das statistische Bundesamt in Wiesbaden stellt für Deutschland (alte/ neue Bundesländer) alle Kennziffern auf Anfrage bereit.

2.1. Die Angst vor der Kinderlosigkeit und der Alterung

Sowohl Ökonomen (Rürup 2003) als auch Demographen (Birg 2003) und Soziologen (Kaufmann 2005) benennen als wichtigste Ursache für den Geburtenrückgang die zunehmende Kinderlosigkeit: „In Deutschland ist Kinderlosigkeit das eigentliche demographische Pro-

blem“, schreibt der Ökonom Rürup (Rürup/Gruescu 2003: 4). Rürup und Gruescu argumentieren, dass im europäischen Vergleich hier die meisten Frauen kinderlos bleiben. Da ein Trend zur Einkindfamilie nicht feststellbar sei und sich die meisten Frauen immer noch für zwei Kinder entscheiden, soll die Familienpolitik schwerpunktmäßig die Ursachen der Kinderlosigkeit beseitigen. Und auch der Soziologe Kaufmann nennt die Verbreitung der Kinderlosigkeit als wichtigste Ursache für den Nachwuchsmangel in Deutschland (2005:123 f.). Während vom Jahrgang 1940 nur jede zehnte Frau kinderlos blieb, sind es vom Jahrgang 1960 schon 26 Prozent. Die Überlegung, die hier im Mittelpunkt steht, ist die des Demographen Birg: Während 26 Prozent der 1960 geborenen Frauen kinderlos sind, bringen die anderen 74 Prozent durchschnittlich 2,1 Kinder zur Welt, was dem Bestanderhaltungsniveau entspricht. Würden sich die kinderlosen Frauen nun so verhalten wie die Frauen, die Kinder bekommen, hätten wir kein „Bevölkerungsproblem“:

„Wenn das Drittel der kinderlosen Frauen pro Kopf im Durchschnitt ebenso viele Kinder hätte wie die zwei Drittel mit Kindern, wäre die Altersstruktur langfristig optimal, die demographisch bedingten Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme würden ein Minimum erreichen, und permanente Einwanderungen wären nicht erforderlich“ (Birg 2003: 192).

Nun ist es jedoch biologisch völlig unrealistisch, von einer Kinderlosigkeit von null Prozent auszugehen. Die Fokussierung auf Kinderlose und insbesondere kinderlose Akademikerinnen führt dazu, den Großteil der Bevölkerung, der das Geburtenniveau bestimmt, zu übersehen. Allerdings hat die Betonung sozialer Unterschiede in der politischen demographischen Debatte eine lange Tradition.

„Seit dem späten 19. Jahrhundert gehören soziale Unterschiede der Fruchtbarkeit zu den am heftigsten diskutierten und am stärksten politisch aufgeladenen Fragen der Demographie. Die Angst vor einer höheren Fruchtbarkeit von Unterschichten, ethnischen Minderheiten oder Zuwanderern zieht sich von der sozialdarwinistischen Literatur des späten 19. Jahrhunderts bis zur aktuellen Immigrationsdebatte“ (Ehmer 2004: 100).

Seit den 70er Jahren – mit dem Abfallen der TFR unter das Reproduktionsniveau – wuchs die Angst vor einer zu hohen Fruchtbarkeit („Volk ohne Raum“) der Befürchtung, sinkende Kinderzahlen würden sich negativ auf das Gleichgewicht der Bevölkerung auswirken und langfristig die Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates gefährden. Vor allem wird die niedrige Geburtenrate dafür verantwortlich gemacht, dass die Bevölkerung altert. Fenge (2011) argumentiert, dass auch andere europäische Länder eine ähnliche Zunahme der Lebenserwartung verzeichnen bzw. dass die Lebenserwartung in Deutschland nicht stärker angestiegen ist als bspw. in Frankreich oder den nordischen Ländern. Da andere Länder aber höhere Geburtenraten aufweisen als Deutschland, sei in Deutschland vor allem der Kindermangel Schuld an der Alterung der Gesellschaft. Die deutsche öffentliche Diskussion nennt eine höhere angestrebte Kinderzahl bzw. zu niedrige Geburtenraten daher als Hauptmotiv, um das Altern der Bevölke-

rung auszugleichen oder doch zumindest abzuschwächen (Roloff 2005:11). Einen guten Überblick über die deutsche Debatte zur Alterungsangst liefert Bryant (2011). Entgegen der häufigen Vermengung von Alterung und niedriger Geburtenrate finden in Deutschland jedoch – wie in anderen Industrieländern auch – Alterungsprozesse vorrangig deshalb statt, weil die Lebenserwartung steigt. Die Lebenserwartung hat sich in den letzten Jahren massiv erhöht, was an sich ein sehr erfreulicher Prozess ist. Der Rückgang der Kinderzahlen kann aufgrund der massiven Zunahme der Lebenserwartung deshalb nur noch einen marginalen Einfluss auf die Erhöhung des Altenquotienten ausüben. Dieser Sachverhalt – dass nicht mehr die geringe Geburtenrate, sondern die Verringerung der Sterblichkeit die Hauptursache für die Alterung ist - wurde in der demographischen Fachliteratur bereits 1982 erkannt:

„Der in diesem Jahrhundert erfolgte starke Geburtenrückgang in den Industrieländern brachte neben einem beträchtlichen Rückgang des Bevölkerungswachstums auch die bedeutende Veränderung im Altersaufbau: das zunehmende Gewicht der älteren Altersklassen in der Gesamtbevölkerung. Dieser Prozess wird ‚Altern‘ oder ‚Überalterung‘ genannt. Diese Überalterung ist unausweichlich (...) Doch Vorsicht: in der heutigen demographischen Lage der Industrieländer (Glockentypus des Altersaufbaues) wendet sich das Blatt. Weitere Sterblichkeitsverbesserungen zeigen plötzlich ‚Überalterungsprozesse‘. Ja, in Zukunft werden derartige Verbesserungen der Überlebenschancen Hauptfaktor im Überalterungsprozess der Bevölkerung sein“ (Hauser 1982).

Im Demographiebericht des Bundesministeriums des Innern wird trotzdem die niedrige Geburtenrate auch heute noch als Hauptgrund für die Alterung genannt (BMI 2011:2). Die steigende Lebenserwartung folgt erst auf Platz zwei der genannten Ursachen. Dem BMI (2011:2) ist allerdings bekannt, dass sich die Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung durch steigende Geburtenraten lediglich abmildern ließe, da die demographische Alterung bereits im heutigen Altersaufbau der Bevölkerung angelegt ist. Aber entgegen besseren Wissens wird die Lösung nicht bei den Älteren gesucht, die erfreulicherweise immer älter werden, sondern wird die Schuld auf die nachwachsende Generation übertragen.

Damit einhergehend wird argumentiert, dass eine Gesellschaft auch trotz durchschnittlich nur 1,5 Kindern pro Frau dauerhaft ein stabiles Wirtschaftswachstum aufweisen kann. Der österreichische Demograph Lutz (2008:20) führt aus, dass es nicht die Anzahl der Menschen sei, sondern ihre Fähigkeiten, ihre Bildung und ihr Gesundheitszustand, die das Humankapital bestimmen. Würde dieses von Generation zu Generation anwachsen, hätte eine niedrige Geburtenrate keine negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung. Entsprechend sollte nicht alleine die Bevölkerungsgröße, sondern stattdessen der Durchschnitt der humanen Ressourcen im Mittelpunkt der politischen Betrachtung stehen (Lutz 2008:20). So ließe sich nun annehmen, dass aufgrund der geringeren Geburtenzahlen heute ein höherer Teil Bildungsausgaben pro Kopf bereitstehen. Gibt es weniger Schüler als erwartet, lassen sich die wenigen

stärker fördern. Jedoch zeigt sich für die neuen Bundesländern, wo die Schülerzahlen zwischen den Jahren 1995 bis 2006 um bis zu 60 Prozent sanken, dass die Gemeinden diese Entwicklung nutzten, um eine Vielzahl von Schulen zu schließen (Hänsgen et al. 2010). Wurde in Deutschland 1995 5,1 Prozent des BIP für Bildung ausgegeben, so sind es 2008 nur noch 4,9 Prozent – deutlich weniger als der OECD-Durchschnitt von 5,9 Prozent (OECD 2011). „Besonders niedrig sind die Ausgaben je Schüler im Grundschulbereich (...), und dies obwohl das Verdienstniveau erfahrener Grundschullehrer in Deutschland das dritthöchste im OECD-Vergleich ist (...) Dies hat zur Folge, dass in Deutschland die Klassen größer sind, mehr Schüler auf eine Lehrkraft kommen und die Schüler auch weniger Unterrichtsstunden haben“ (OECD 2011). Kleinere Schülerzahlen führen in Deutschland demnach nicht zu einer höheren Bildungsqualität, sondern statt dessen zur Einsparung von Mitteln, die bei stabilen Geburtenraten für die Bildung ausgegeben werden müssten. Dieser Fakt ließe sich ebenso an den Beispielen Geburtskliniken, Kinderkrippen, Kindergärten, Horte, Mutter-Kind-Kuren etc. ausführen. Überall hat die heutige deutsche Mutter den Eindruck, es gäbe ganz viele Kinder. Würden von heute auf morgen die theoretisch gewünschten 2,1 Kinder pro Frau geboren, wären alle diese Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates maßlos überlastet. In Deutschland wurde seit den 70-er Jahren die demographische Rendite eingespart. Solange aber die demographische Rendite (die Einsparungen im öffentlichen Bereich, die sich aus geringeren Geburtenraten ergeben) nicht in die Kinder reinvestiert wird, solange kann auch kaum davon ausgegangen werden, dass die wenigen Jungen später das erwünschte Potential aufbringen.

Darüber hinaus wird heute der demographische Wandel einer Region nicht aus ihren Bevölkerungsverlusten oder Gewinnen aufgrund der Geburten- und Sterberate bestimmt, sondern mindestens ebenso deutlich aus Wanderungsprozessen. Beispielsweise verloren die neuen Bundesländer im Jahr 2008 51.000 Menschen an den Westen Deutschlands (Statistisches Bundesamt Wiesbaden 2009). Die natürliche Bevölkerungsbilanz, die sich aus dem Verhältnis von Geburten und Sterbefällen innerhalb eines Jahres ergibt, betrug ebenfalls minus 50.000 (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011:15) – insgesamt also ein Minus von 100.000 Menschen. Da gerade gut qualifizierte junge Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen wegziehen, um in den alten Bundesländern die besseren Berufs- und Einkommenschancen wahrzunehmen (Kröhnert 2009), wird die natürliche Bevölkerungsbilanz nachhaltig durch die Abwanderung geprägt: Junge Menschen, die eigentlich die Geburten gegenüber der Sterbebilanz aufbessern könnten, verschärfen den „demographischen Wandel“. Wirtschaftlich

starke Regionen hingegen brauchen sich um niedrige Geburtenraten nicht sorgen, denn sie profitieren von der Zuwanderung.

Folglich werden in der öffentlichen und politischen Diskussion Prozesse, die demographisch betrachtet nur sehr wenig miteinander zu tun haben, vermischt und auf diese Weise einfache Antworten gefunden. Im kurzen Exkurs wurden nur zwei Beispiele genannt:

1. Die deutsche Bevölkerung altert, weil es zu wenige Kinder gibt, und es gibt zu wenige Kinder, weil zu viele Frauen kinderlos bleiben.
2. Eine niedrige Geburtenrate ist unproblematisch, solange das Bildungsniveau und damit das Humankapital steigen – Dass Wanderungsgewinne und –verluste die Bevölkerung stärker strukturieren, wird nur am Rande erwähnt und die Folgen der Abwanderung Hochqualifizierter für wirtschaftliche schwächere Gebiete werden nicht problematisiert (Lutz 2008). Die politische Realität zeigt, dass Bildungsausgaben eingespart werden (OECD 2011).

In dieser Arbeit wird auf Fragen der Alterung und auf die Bedeutung von Wanderungsprozessen für die demographische Entwicklung nicht mehr weiter eingegangen. Deutlich gemacht werden sollte lediglich, dass die Demographie ein bis heute ideologisch aufgeladenes Thema ist. Es geht auch nicht um die Frage, ob zu wenige deutsche Kinder geboren werden. Ausschlaggebend für die vorliegende Untersuchung ist vielmehr die Überlegung, welche Ursachen der in Deutschland besonders ausgeprägte Geburtenrückgang hat. Um aber die Ursachen der niedrigen Fertilität zu klären, braucht es zuerst einer Klärung der Kennziffer Geburtenrate. Dafür wird diese in einem ersten Schritt vorgestellt und anschließend differenziert nach Quantumeffekten (Wie viele Frauen bleiben kinderlos, wie viele Frauen bekommen mehrere Kinder?) und Timingeffekten (Wie alt sind die Frauen bei Geburt ihrer Kinder?). So lassen sich die mathematischen Ursachen der niedrigen deutschen Geburtenrate feststellen. Die Kennziffern werden stringent für Ost- und Westdeutschland unterschieden und teils im internationalen Vergleich dargestellt, um spezifisch deutsche Besonderheiten aufzuzeigen.

2.2. Die TFR, ein valides Maß der Geburtenrate? – Im Vergleich zur CFR

In Abbildung 2 wurden sowohl die CFR (Kinder pro Frau nach Geburtsjahr der Frau) als auch die TFR (Kinder pro Frau nach Kalenderjahr) für die alten und die neuen Bundesländer sowie für Frankreich, Schweden, die USA und Südkorea nebeneinandergestellt. Die Entwicklung der TFR (Abbildung 2 unten) verläuft - grob betrachtet - gemäß der Theorie des Demographischen Übergangs bis in die 70-er Jahre zwischen den Ländern ähnlich: So begann der Gebur-

tenrückgang im Deutschen Reich wie auch in anderen europäischen Staaten im späten 19. Jahrhundert und die Geburtenzahlen fielen bis in die 30er Jahre von durchschnittlich fünf auf 1,7 Kinder pro Frau. Während des Nationalsozialismus erhöhte sich die Zahl der Geburten kurzfristig, um dann gegen Ende des Zweiten Weltkriegs erneut einzubrechen. Auf den Krieg folgte der Babyboom, der in Deutschland schwächer als in anderen europäischen Ländern ausfiel. Seit Beginn der 70er Jahre fielen die Geburten unter das Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau, welche für eine stabile Bevölkerung Voraussetzung sind, und die demographische Forschung verzeichnete den Zweiten demographischen Übergang (van de Kaa 1987, siehe Kap. 3.2).

Die deutsche Geburtenentwicklung unterscheidet sich bis Mitte der 70-er Jahre kaum von der der anderen europäischen Staaten, deren Geburtenraten ebenfalls von einem hohen Niveau bei gleichzeitig hoher Sterblichkeit auf Werte unter das Reproduktionsniveau abfielen. Anschließend stagnierte die Geburtenrate (TFR) in Deutschland anders als in anderen europäischen Ländern jedoch bei 1,5 Kindern pro Frau, während die TFR in anderen Ländern wieder anstieg (Abbildung 2 unten).

Wie war das möglich? Die Betrachtung der Geburten nach Kohorte (Abbildung 2 oben) und nicht nach Kalenderjahr (Abbildung 2 unten) macht deutlich, dass sich die CFR in anderen Ländern auf zwei Kinder pro Frau einpendelte, also Frauen in den USA, in Frankreich, in Schweden und Finnland am Ende ihres Reproduktionszyklus auch wirklich zwei Kinder im Schnitt haben. In Deutschland ist dies nicht gegeben, entsprechend muss auch die Geburtenrate dauerhaft niedriger sein. Da – anders als in anderen Ländern – die Kohortenfertililität seit der Kohorte der 1940 geborenen Frauen unter zwei Kinder pro Frau gefallen ist, kann entsprechend auch die TFR kaum höhere Werte annehmen.

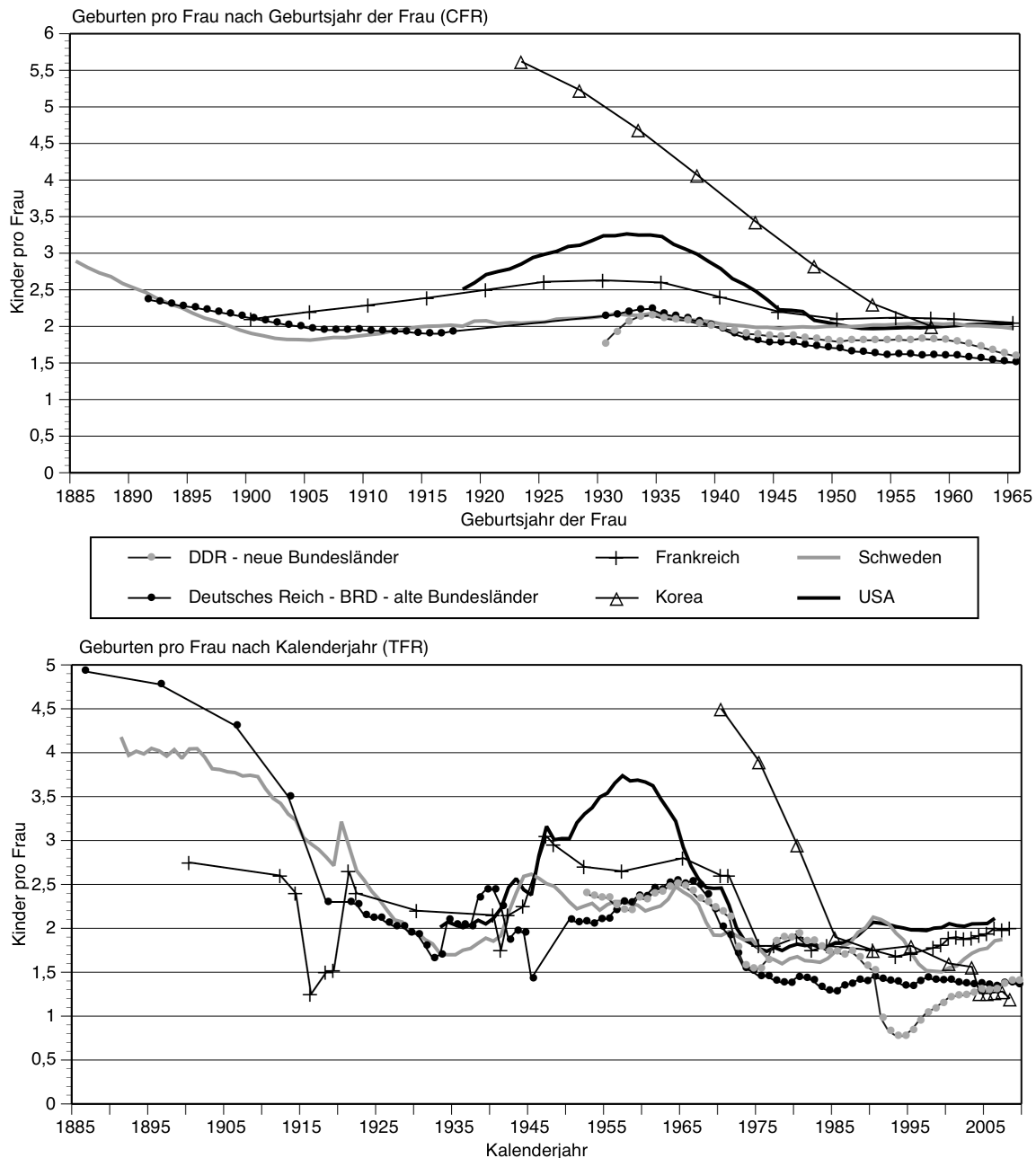
Anders ist das Bild in den weiteren dargestellten Ländern. In Schweden beispielsweise liegt die Kohortenfertililität relativ konstant bei rund zwei Kindern pro Frau, entsprechend kann die TFR, die in Schweden Mitte der 90-er Jahre auf nur 1,5 Kinder pro Frau gesunken ist, heute wieder ansteigen und deckt sich nun annähernd mit der CFR (vgl. Abbildung 2). Andersson et al. (2009) zeigen ein ähnliches Bild für Dänemark und Norwegen, deren Geburtenraten nach Kohorte ebenfalls um die zwei Kinder pro Frau betragen. In Finnland sank ähnlich wie in Deutschland die Kohortenfertililität bis zur Kohorte 1947 stärker als in den anderen Ländern auf durchschnittlich 1,5 Kinder pro Frau, seither steigt sie jedoch wieder und nähert sich in

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

den jüngeren Kohorten ebenfalls der Marke von zwei Kindern pro Frau an (Andersson et al. 2009).

Abbildung 2: Geburten pro Frau nach Geburtsjahr der Frau (CFR) und nach Kalenderjahr (TFR): USA, Schweden, Frankreich, Korea, DDR (neue Länder) und BRD (alte Länder), lange Reihe

Geburten pro Frau nach Geburtsjahr der Frau (CFR) und nach Kalenderjahr (TFR): USA, Frankreich, Schweden, Korea und BRD



Quelle: Deutschland: Daten 1880, 1910 und 1921 bis 1945 aus: Marschalck, Peter 1984: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, S. 157, 159; 1911 bis 1920 aus: Ehmer, Josef 2004: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2000, S. 46, ab 1946 aus: Statistisches Bundesamt 2008; Korea aus: Jungho Kim: Recent Fertility Decline and Its Implication for Population Policy in Korea, Korea Development Institute 2007:10; USA und Schweden: MPI Rostock, The Human Fertility Database, Zugriff Sept. 2010; Frankreich aus: Pison G. (2009): France 2008: why are birth numbers still rising? in: Population and Societies, 454, März, S. 2; eigene Darstellung W. Rösler

Hinweise: Daten 1880 bis 1945 für das Gebiet des Deutschen Reichs; BRD - alte Bundesländer ab 2001 ohne Westberlin, neue Bundesländer ab 2001 ohne Ostberlin

Sollten deutsche Frauen hingegen aufhören, die Geburt ihrer Kinder weiter aufzuschieben und das durchschnittliche Alter bei Geburt bliebe konstant, dann stiege die TFR lediglich auf 1,5 Kinder pro Frau an. Die TFR würde dann das Niveau der CFR annehmen. Dies steht im eklatanten Widerspruch zur Entwicklung in Frankreich, den USA, Finnland oder Schweden, wo die TFR um die zwei Kinder pro Frau schwanken kann und damit eine Grundlage für eine stabile Bevölkerung bildet. Ein Ansteigen der deutschen TFR auf Werte um die zwei Kinder pro Frau wäre bei einer derartig niedrigen endgültigen Kinderzahl der Frauen nur möglich, wenn Frauen bei Geburt ihrer Kinder wieder jünger werden würden– ein eher unrealistisches Szenario (vgl. Kapitel 2.3).

Wird also die endgültige Kinderzahl (CFR) betrachtet und nicht die TFR, lassen sich Aussagen über die Kinderzahl pro Frau treffen. Die im Gegensatz zur Kohortenfertilität extremen Ausschläge der amerikanischen, französischen und schwedischen TFR, genauso wie die der deutschen und insbesondere der ostdeutschen TFR, müssen deshalb auf Timingeffekte – also auf ein verändertes Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder - zurückgeführt werden. Bongaarts und Feeney zeigten bereits 1998, dass die Kinderzahl der amerikanischen Frauen in den letzten 25 Jahren immer über dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro lag, während die Periodenfertilität dieses Niveau zeitweilig unterschritt und öffentliche Besorgnis hervorrief. Auch Pison (2009) zeigt das gleiche Phänomen für Frankreich auf: hier lag die Kohortenfertilität der 1900 geborenen Frauen schon bei nur 2 Kindern pro Frau und zeigt über den Kohortenverlauf lediglich eine moderate Steigerung auf 2,6 Kinder pro Frau für die Frauen, die nach dem zweiten Weltkrieg ihre Kinder bekommen haben, um dann bis zu den jüngeren Kohorten wieder auf zwei Kinder pro Frau abzufallen.

Die Geburtenrate nimmt unterschiedliche Größen an, je nachdem, ob man ein bestimmtes Kalenderjahr betrachtet (Periodenfertilität-TFR) oder ob man vom Geburtsjahr der Frau ausgeht (Kohortenfertilität-CFR). Die obige Darstellung beider Kennziffern hat verdeutlicht, dass die CFR und die TFR deutlich voneinander abweichen können. Bereits 1947 wies Hajnal darauf hin, dass die Interpretation von Periodenmaßen im Längsschnitt zu erheblichen Verzerrungen führen kann (Zitiert nach Bongaarts Feeney 1998). Um Aussagen über die tatsächliche Kinderzahl der Frauen zu treffen, sollte deshalb besser die Kohortenfertilität betrachtet werden, also geschaut werden, wie viele Kinder die Frauen wirklich am Ende ihres Reproduktionszyklus, also mit 45 Jahren, haben (Hauser 1982 siehe Abbildung 1).

In der demographischen Fachliteratur wurden die Tempoeffekte der TFR zwar von den Amerikanern seit 1940 thematisiert (einen Überblick über die Diskussion bieten Bongaarts/Feeney 1998). In der deutschsprachigen Literatur erlangen sie erst in der jüngsten Zeit an Bedeutung. (Sobotka/Lutz 2008, Luy/Pötzsch 2010). Sobotka und Lutz (2011) warnen in der aktuellsten demographischen Literatur vor der Verwendung der TFR, aufgrund ihrer Verfälschung durch Tempoeffekte gäbe es ihres Erachtens keine für die politische Diskussion relevante demographische Fragestellung, für welche die konventionelle Perioden-TFR ein geeignetes Maß wäre (Sobotka/Lutz 2011:685). Offen bleibt an dieser Stelle, warum in der demographischen Fachliteratur erst seit Neuesten vor der Benützung der TFR für politische Schlussfolgerungen gewarnt wird. In der demographischen Fachliteratur ist dieser Sachverhalt seit den 1960er Jahren bekannt (einen guten Literaturüberblick bieten Bongaarts/Feeney 1998).

In Deutschland wurde trotzdem ausschließlich die TFR diskutiert. Die westdeutsche Geburtenrate erschien daher nicht besorgniserregend, weil in den 70-er Jahren wie in Abbildung 1 aufgezeigt die TFR auch in anderen europäischen Ländern unter das Reproduktionsniveau abfiel. In den 90-er Jahren kam dann das Gebiet der ehemaligen DDR hinzu, wo die Geburtenraten extrem einbrachen, so dass man in Westdeutschland im TFR Vergleich wieder nicht so schlecht dastand. Dabei wurde übersehen, dass die Kohortenfertilität in den neuen Bundesländern und auch die Kohortenfertilität anderer europäischer Staaten wie Frankreich, Schweden etc. deutlich höher lag und liegt. Differenziert man die TFR nach einzelnen Bundesländern, zeigen sich kaum Variationen innerhalb der alten oder der neuen Bundesländer (Daten auf Anfrage der verschiedenen Statistischen Landesämter – nicht alle stellten Daten bereit). In allen betrachteten ostdeutschen Bundesländern brach die TFR aufgrund der Timingkomponente nach der Wende ein und erholt sich seither.

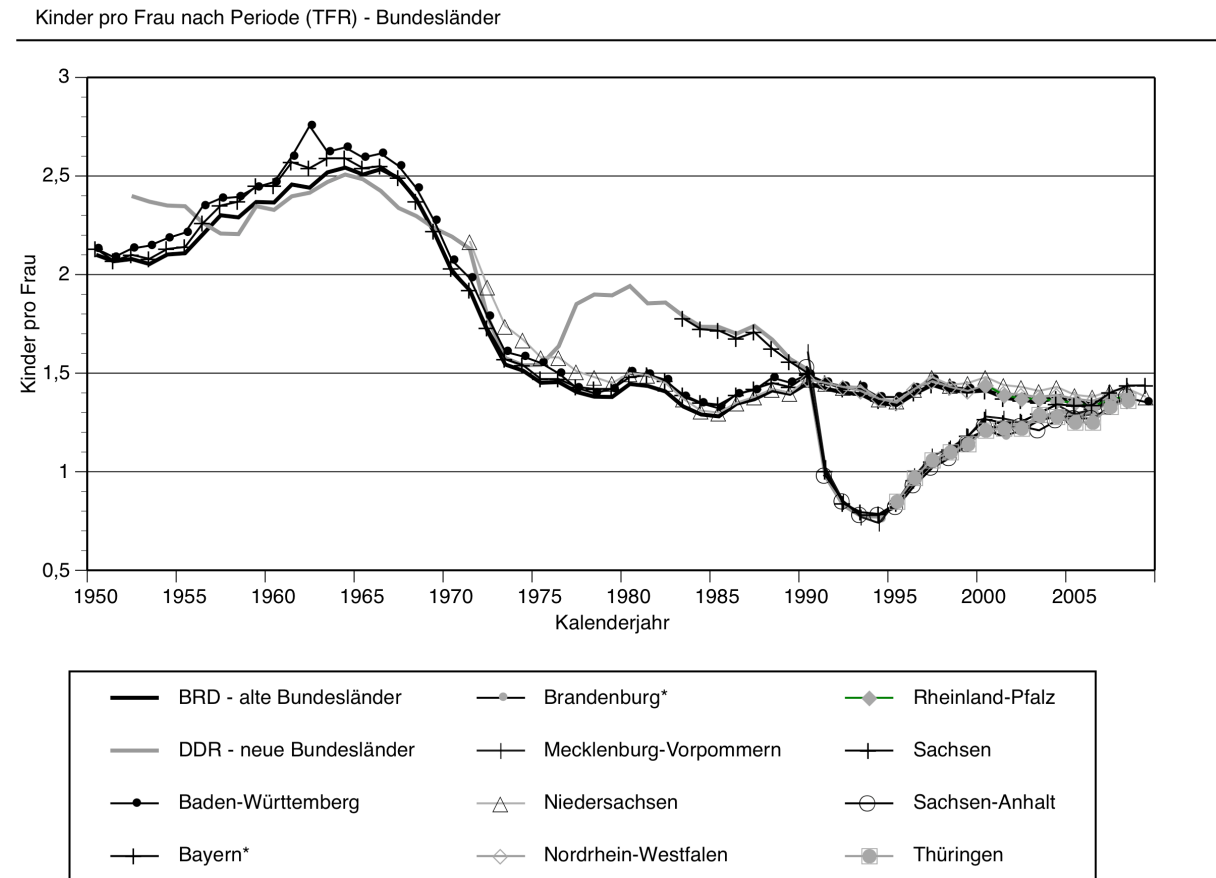
Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland sollen beide in der weiteren Arbeit daher stets differenziert werden. Da sich die Geburtenrate als mathematisches Aggregat aus dem Anteil der Frauen bestimmt, die kein, ein, zwei, drei, vier etc. Kinder haben, wird im Folgenden die Kinderzahl der Frauen nach Parität³ dargestellt. Die deutsche Geburtenrate (CFR) könnte beispielsweise bei nur 1,5 Kindern pro Frau liegen, weil besonders viele Frauen kinderlos bleiben oder weil besonders wenige Mütter mehr als nur ein Kind be-

³ Unter der Parität (von lateinisch parere = gebären) versteht man in der Medizin die Zahl der Geburten einer Frau.

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

kommen. Um die Ursachen einer niedrigen Geburtenrate zu benennen, ist es daher äußerst wichtig, die Kinderzahl der Frauen zu differenzieren.

Abbildung 3: Die Total Fertility Rate 1950 bis 2009– ausgewählte Bundesländer



Quelle: Bundesländer: jeweilige Statistische Landesämter, BRD und DDR: Statistisches Bundesamt; eigene Darstellung

2.3. Die Geburtenrate nach Kinderzahl

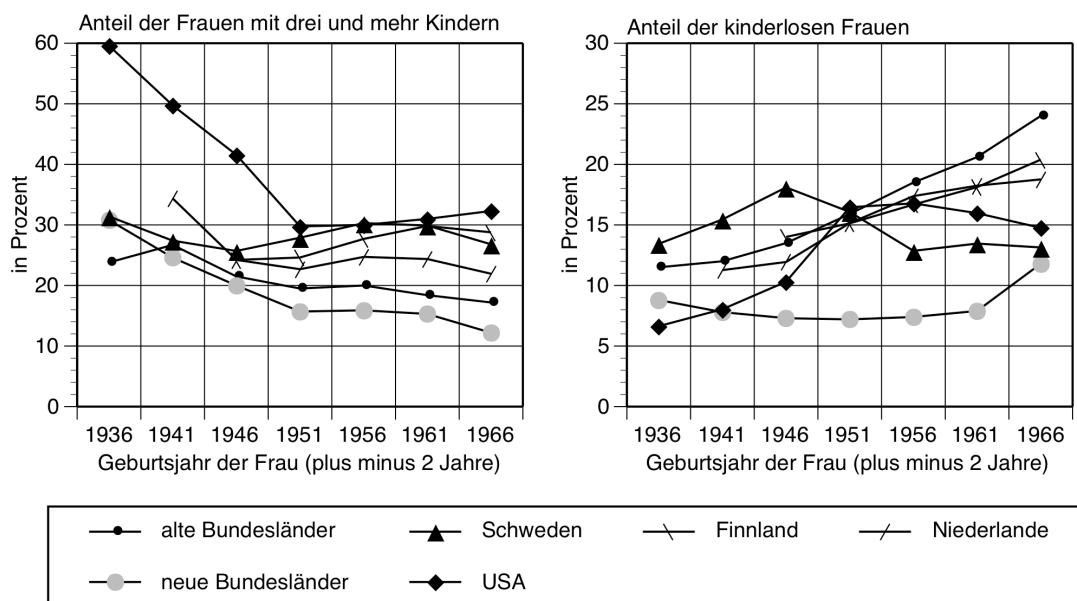
Die folgende Abbildung stellt den Anteil kinderloser Frauen und den Anteil an Frauen mit drei und mehr Kindern für ausgewählte Länder nebeneinander. Es zeigt sich, dass sich in den USA, in Schweden und in Finnland deutlich mehr Frauen für drei und mehr Kinder entscheiden. In der Bundesrepublik bekommt schon seit der Kohorte der 1951 geborenen Frauen nicht einmal jede fünfte Frau ein drittes oder weiteres Kind. Auch in den Niederlanden ist die Entscheidung zur Mehrkinderfamilie mit 22 Prozent vergleichsweise niedrig. In Schweden bekommen 27 Prozent der Frauen drei und mehr Kinder und in den USA hat fast jede dritte Frau auch noch der jüngsten hier betrachteten Kohorte mindestens drei Kinder.

Im Anteil der kinderlosen Frauen unterscheiden sich die alten und die neuen Bundesländer kräftig und rangieren jeweils am äußeren Extrem der hier betrachteten Länder: die Frauen in

den neuen Bundesländern sind vergleichsweise selten kinderlos, in der jüngsten Kohorte der 1966 geborenen Frauen steigt die Kinderlosigkeit jedoch kräftig an auf das Niveau von Schweden. Die Kinderlosigkeit der Frauen in den alten Bundesländern ist konstant über die Kohorten hinweg angestiegen. Bis zur Kohorte der 1951 geborenen Frauen entspricht der Anstieg der Kinderlosigkeit dem Muster anderer Länder, seither ist aber in den USA und in Schweden die Kinderlosigkeit weitestgehend stabil, während sie in den alten Bundesländern weiter ansteigt und nun mit Abstand die höchsten Werte der hier verglichenen Länder aufweist. Da die Mehrkinderfamilie schon seit mehreren Kohorten stabil niedrig ist, die Kinderlosigkeit jedoch weiter zunimmt, ist es wenig verwunderlich, dass die Kinderlosigkeit in der öffentlichen Debatte besondere Aufmerksamkeit erregt. Was sind jedoch die paritätsspezifischen Gründe für die niedrige Geburtenrate in Deutschland: Hat sich bereits die Ein-Kind-Familie durchgesetzt, oder verursachen die Kinderlosen eine niedrige Geburtenrate?

Abbildung 4: Kinderlosigkeit und Mehrkinderfamilie nach Kohorten im internationalen Vergleich

Kinderlosigkeit und Mehrkinderfamilie nach Kohorten im internationaler Vergleich



Quelle: Dorbritz 2010, The Human Fertility Base MPI Rostock, eigene Zusammenfassung und Darstellung

Die Beantwortung dieser Frage hat die deutsche demographische Forschung bis 2008 vor erhebliche Probleme gestellt, denn Informationen zur Reihenfolge der Kinder wurden nur für die innerhalb einer bestehenden Ehe geborenen Kinder bereitgestellt. Auf die Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes (MZGuBevStatGÄndG) wird im Methodenteil ausführlich eingegangen, hier wird insbesondere die Frage diskutiert, ob nicht auch die im Mikrozensus erhobenen Kinder im Haushalt valide Daten liefern können

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

und diese Frage dann auch getestet. Da nun im Mikrozensus 2008 erstmalig die Frage nach den leiblichen Kindern gestellt wurde, liegen seit 2008 Daten zur Reihenfolge der Kinder nach Kohorte der Mutter vor. Für Frankreich werden die Daten nach der Reihenfolge der Kinder leider bis heute nicht bereitgestellt, die Daten aus Schweden, Finnland, den Niederlanden und den USA sind der „Human Fertility Database“ des MPI in Rostock entnommen (Tabelle „Female Population Exposure by Parity“). Um nun die Frage zu diskutieren, ob Deutschlands niedrige Geburtenrate durch die hohe Kinderlosigkeit oder durch die geringe Zahl von Mehrkinderfamilien verursacht wird, soll im Folgenden die jüngste Kohorte, die ihre Fruchtbarkeit annähernd abgeschlossen hat, betrachtet werden. Dies sind die zwischen 1964 und 1968 geborenen Frauen, diese waren 2008 (Stand der aktuellen Datenlage) 39 bis 43 Jahre alt.

Abbildung 5: Prozent der Frauen nach Anzahl der Kinder, Kohorte 1964 bis 1968

in Prozent	Anzahl der Kinder					durchschnittliche Kinderzahl	Quelle
	0	1	2	3	4+		
alte BL	24,0	22,5	36,2	12,6	4,6	1,51	Dorbritz 2010, MZ 2008
neue BL	11,8	36,0	40,0	9,2	3,2	1,56	
Schweden	13,1	15,5	44,6	19,7	7,1	1,92	MPI, The Human Fertility Database
USA	14,8	18,9	34,0	20,2	12,1	2,04	

Quelle: Dorbritz 2010, MPI The Human Fertility Database, eigene Darstellung

Um herauszufinden, ob die Höhe der Kinderlosigkeit oder der geringe Anteil von Frauen mit mehreren Kindern ursächlich für eine niedrige Geburtenrate verantwortlich sind, ist es sinnvoll, die Geburtenrate nach einer Methode der Demographen der Vereinten Nationen in ihre Anteile an ersten, zweiten, dritten und vierten Kindern aufzugliedern (UN Population Division 2003). Frauen mit vier Kindern haben demnach ein erstes, ein zweites, ein drittes und ein viertes Kind. Daraus lassen sich dann die Wahrscheinlichkeiten für Frauen ableiten, weitere Kinder zu bekommen. Es zeigte sich bereits im Ländervergleich mit Schweden und den USA, dass die Frauen in den alten Bundesländern nur mit vergleichsweise geringerer Wahrscheinlichkeit ein erstes Kind bekommen. Gleichzeitig sind die Frauen in den neuen Bundesländern vergleichsweise selten kinderlos, entscheiden sich aber trotzdem seltener für zweite Kinder: nur 60 Prozent der Frauen in den neuen Bundesländern mit einem Kind entscheiden sich auch noch für ein zweites, in den alten Bundesländern sind es 70 Prozent, in den USA 78 und in Schweden sogar 82 Prozent (Abb. 6). Im Vergleich wird damit deutlich, dass die Entscheidung für ein erstes Kind nicht mit einem automatisch höheren Anteil von Frauen mit zwei Kindern einhergehen muss: In keinem der dargestellten Länder ist die Kinderlosig-

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

keit so niedrig wie in den neuen Bundesländern, gleichzeitig werden in keinem der dargestellten Länder so wenig zweite Kinder geboren. In den alten Bundesländern hingegen ist der Übergang zum ersten Kind sehr niedrig, dafür entscheiden sich aber im Vergleich zu den neuen Bundesländern mehr Frauen für ein zweites oder ein drittes Kind. In Schweden ist der Übergang zum zweiten Kind jedoch deutlich höher, ebenso in den USA: 4 von 5 Frauen, die bereits ein Kind haben, bekommen dort noch ein zweites. Die USA zeichnet sich zudem dadurch aus, dass hier besonders hohe Anteile von Frauen auch noch ein drittes oder viertes Kind bekommen.

Abbildung 6: Parity Progression Ratios, Kohorte 1964 bis 1968

	Übergang zum ersten Kind	zum zweiten Kind	zum dritten Kind	zum vierten Kind
alte BL	76,0	70,3	32,2	26,7
neue BL	88,2	59,4	23,7	25,8
Schweden	86,9	82,2	37,6	26,6
USA	85,2	77,8	48,7	37,6

Quelle: Dorbritz 2010, MPI The Human Fertility Database, eigene Berechnung und Darstellung

Anmerkung: Gibt die Wahrscheinlichkeit an, mit der Frauen jeweils ein weiteres Kind bekommen.

Im Folgenden soll geprüft werden, inwieweit eine Verringerung der Kinderlosigkeit oder eine Erhöhung der weiteren Kinderzahl die deutsche Geburtenrate anheben würde. Dafür wird in der folgenden Abbildung 7 die Geburtenrate (pro 100 Frauen) in ihren Anteilen an ersten, zweiten, dritten, vierten und weiteren Kindern kumuliert dargestellt.

Szenario 1: Würden sich die westdeutschen Frauen im gleichen Ausmaß wie Schwedinnen für ein erstes Kind entscheiden, dann hätten die westdeutschen Frauen wie die Schwedinnen auch pro 100 Frauen 87 erste Kinder, die Geburtenrate stiege damit von 1,51 auf 1,62 Kinder pro Frau an.

Szenario 2: Würden diese – nun nicht mehr kinderlosen Frauen - mit der gleichen Wahrscheinlichkeit wie andere westdeutsche Frauen auch noch weitere Kinder bekommen, würde die Geburtenrate auf den Wert 1,73 anklettern.

Am Beispiel der neuen Bundesländer erscheint dies jedoch etwas unrealistisch – in den neuen Bundesländern bleiben nur wenige Frauen kinderlos, trotzdem bekommen aber vergleichsweise wenige Frauen zwei und mehr Kinder. So muss auch bei einer möglichen Verringerung der Kinderlosigkeit davon ausgegangen werden, dass diese Frauen dann statt kinderlos zu bleiben überwiegend nur ein Kind bekommen. Inwieweit die Lösung des deutschen „demographischen Problems“ allein mit Hilfe einer Verringerung der Kinderlosigkeit möglich ist, bleibt deshalb fraglich.

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

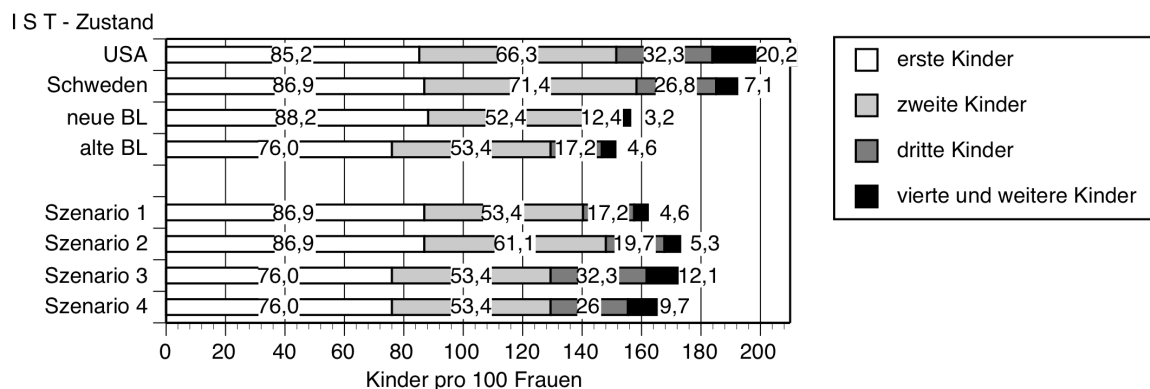
Szenario 3: Hätten die westdeutschen Frauen so viele dritte und weitere Kinder wie die amerikanischen Frauen, dann stiege die TFR auf 1,73 Kinder pro Frau an.

Dieses Szenario ist ebenfalls eher unwahrscheinlich, denn dann müssten 60 Prozent der Frauen mit zwei Kindern noch ein drittes Kind bekommen. Aber auch in den USA entscheiden sich nur 48 Prozent der Frauen mit zwei Kindern noch für ein drittes und in Schweden sogar nur 38 Prozent (siehe Abbildung 7).

Szenario 4: Würden sich in Deutschland 48 Prozent der Frauen, die bereits zwei Kinder haben, für ein drittes Kind entscheiden, stiege die Geburtenrate auf 1,65 Kinder pro Frau. Diese Übergangswahrscheinlichkeit entspricht der der USA.

Abbildung 7: Kohorte 1964-68 nach Parität und TFR, verschiedene Szenarios einer möglichen Steigerung

Kohorte 1964 bis 1968: Geburtenrate nach Parität der Kinder



Quelle: Dorbritz 2010, USA und Schweden aus: The Human Fertility Database, Tabelle "Female population Exposure by Parity, eigene Berechnungen und Darstellung

Lesebeispiel: Von 100 US-Amerikanerinnen bekommen 85,2 ein erstes Kind. 66,3 von 100 Frauen bekommen ein zweites Kind, 32,3 ein drittes und 20,2 vierte und weitere Kinder. In der Summe werden 204 Kinder je 100 Frauen geboren.⁴

In der obigen Abbildung 7 ist sowohl der Ist-Zustand der Geburtenrate der Kohorte 1964 bis 1968 abgebildet als auch die verschiedenen Szenarios einer möglichen Verringerung der Kinderlosigkeit und einer möglichen Erhöhung der Mehrkinderfamilie. Sowohl Szenario 2 als auch Szenario 3 erscheinen jedoch aus einer wissenschaftlichen Perspektive zu optimistisch: Eine Verringerung der Kinderlosigkeit führt nicht zwangsläufig zu einer höheren Zahl zweiter Kinder und auch so viele kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern wie in den USA erscheinen unrealistisch, da in Deutschland der Anteil der Frauen mit mindestens zwei Kindern schon deutlich geringer ist als in den USA. Realistischer ist eine Verringerung der Kin-

⁴ Zur Methode, die Geburtenrate in ihre Anteile an ersten, zweiten etc. Kindern darzustellen anstatt in Prozent der Frauen nach Anzahl der Kinder vgl. UN 2003. Dies hat den wesentlichen Vorteil, dass sich in der Summe die TFR ergibt.

derlosigkeit auf bspw. schwedisches Niveau (Szenario 1), was die Geburtenrate auf 1,61 Kinder pro Frau anheben würde. Eine Erhöhung der Mehrkinderfamilie unter Berücksichtigung der derzeitig bestehenden Anzahl der Frauen mit bereits zwei Kindern erhöht die Geburtenrate auf 1,65 Kinder.

Auf der Suche nach Ursachen einer niedrigen Geburtenrate müssten immer beide Prozesse – sowohl die Kinderlosigkeit als auch die Entscheidung zu weiteren Kindern – berücksichtigt werden, wobei die Erhöhung der durchschnittlichen Kinderzahl der Mütter ein größeres Potential birgt. Nichtsdestotrotz wird jedoch in der jüngeren Literatur deutlich häufiger auf die Kinderlosigkeit abgestellt, während die kinderreiche Familie bzw. die Entscheidung zu weiteren Kindern in den Hintergrund gerät.

2.4. Der Aufschub von Geburten

In der öffentlichen Debatte wird die Periodenfertilität bezogen auf die Frauen (Kohorten) interpretiert und es werden daraus falsche Schlüsse gezogen. So nahm man bspw. in der politischen Diskussion nach der deutschen Wiedervereinigung an, dass ein möglicher Ausbau von Kindergärten und Krippen die Geburtenrate nicht positiv beeinflussen werde. In den neuen Bundesländern standen deutlich mehr Plätze zur Verfügung, dennoch wurden dort in den 90-er Jahren kaum Kinder geboren. Verkannt wurde durch die Bezugnahme auf die TFR, dass die ostdeutschen Frauen im Schnitt mehr Kinder hatten als die westdeutschen. In den 90-er Jahren näherte sich das durchschnittliche Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder stark an westdeutsche Muster an, weshalb Anfang der 90-er Jahre einige Geburten ausfielen. Trotz einer rekordverdächtig niedrigen TFR von 0,8 Kindern pro Frau im Jahr 1994 haben ostdeutsche Frauen aller Geburtsjahrgänge endgültig mehr Kinder als ihre westdeutschen Schwestern geboren, wenn die Geburtenraten nicht auf das Kalenderjahr, sondern auf das Geburtsjahr der Mutter bezogen werden (vgl. Abbildung 2).

Warum die TFR so gerne für die öffentliche Beurteilung der Geburtenrate hinzugezogen ist, erklärt sich aus ihrer vermeintlichen Aktualität: Die TFR ergibt sich als aktueller Querschnitt des jeweiligen Jahres. Die CFR hingegen ist niemals aktuell: Die jüngsten Frauen, die mit Hilfe der CFR verlässlich beschrieben werden können, sind immer schon mindestens 45 Jahre alt. In der demographischen Fachliteratur ist die Verzerrung der TFR durch Tempoeffekte zwar schon sehr lange bekannt, erst seit 2008 werden für Deutschland jedoch Versuche unternommen, die TFR um ihre Tempoeffekte zu berichtigen (Bongaarts/ Feney 1998; Lutz et al.

2008). Die Berichtigung der TFR um ihre Tempoeffekte ist laut den Ansätzen der mathematisch orientierten Demographie nur möglich, wenn Zahlen zum Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder nach Reihenfolge der Kinder vorliegen. Die Reihenfolge der Kinder wurde in Deutschland bis 2008 in den Standesämtern jedoch nur für die innerhalb einer bestehenden Ehe Geborenen erhoben. Da die Statistik erst 2008 umgestellt wurde, liegen die benötigten Daten bis heute nicht vor, denn es wird nicht rückwirkend gefragt. Deshalb ist davon auszugehen, dass erst in 30 Jahren, wenn die erste Kohorte im neuen System ihren Reproduktionszyklus durchlebte, valide Registerdaten zur Berichtigung der TFR um ihre Tempoeffekte vorliegen. Die 2008 erfolgte Änderung des Mikrozensus- und Bevölkerungsstatistikgesetzes wird im Kapitel Datenlage und Methodik noch einmal ausführlicher erläutert.

Luy und Pötzsch versuchen trotzdem 2010 die deutsche TFR um ihre Tempoeffekte zu bereinigen und müssen dabei auf geschätzte Paritäten zurückgreifen⁵. Dazu benützen sie sowohl Daten von Birg et al. (1990), der 1986 eigene Familienbiografien erhob, Daten von Kreyenfeld (2002) aus dem Sozioökonomischen Panel sowie Daten der Perinatalerhebung bundesdeutscher Geburtskliniken (Luy/Pötzsch 2010:575). Warum zur Berichtigung der TFR nicht auf die Haushaltsstatistik des Mikrozensus zurückgegriffen wird, bleibt offen. Seine Eignung für die Einschätzung der Kinderzahlen wird im Kapitel 5 und 5.1 ausführlicher diskutiert. Für 2007 schätzen Luy und Pötzsch eine berichtigte TFR von 1,67 Kindern pro Frau in Westdeutschland und 1,65 Kindern pro Frau in Ostdeutschland, was deutlich über dem Niveau der unberichtigten TFR liegt (Luy/Pötzsch 2010:585). Wieso fällt die berichtigte TFR höher aus als die unberichtigte TFR?

Bereits in Abbildung 2 wurde dargestellt, dass die Geburtenrate großen Schwankungen ausgesetzt sein kann, wenn sich das durchschnittliche Alter der Frauen bei Geburt verändert, während die CFR – also die durchschnittliche Anzahl der Kinder, die die Frauen tatsächlich am Ende ihres Reproduktionszyklus haben – davon nicht tangiert wird. Schon diese Abbildung zeigt, dass die TFR kein gutes Maß zur Beurteilung der Geburtenrate sein kann. Die folgende Abbildung 8 macht darüber hinaus deutlich, dass es nicht erst nach der Wende in den neuen Bundesländern zum massiven Aufschub der Geburten kam. Auch schon in der alten Bundes-

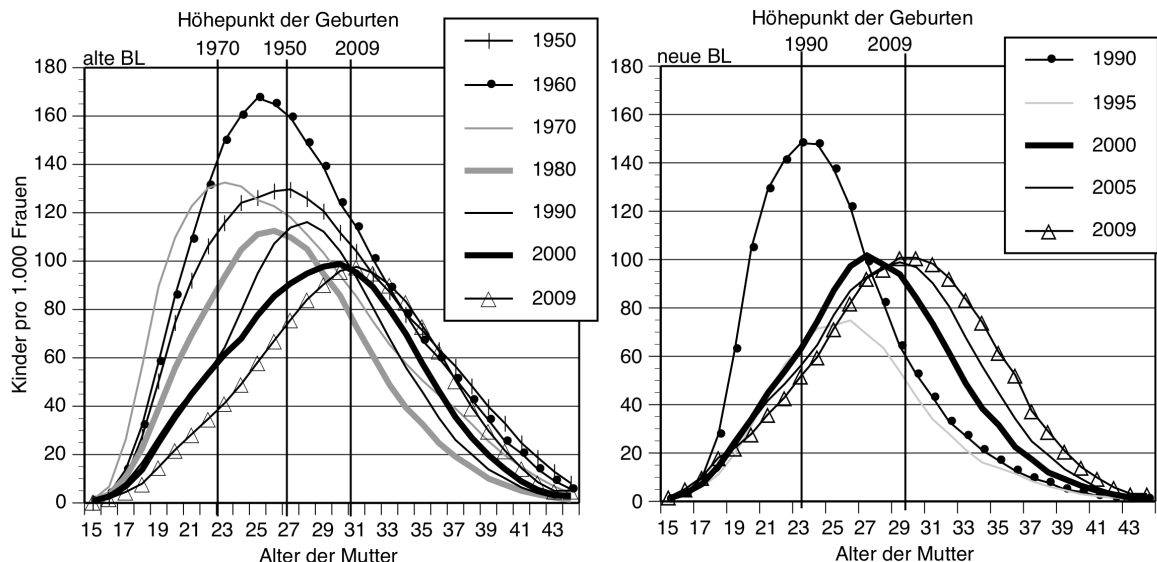
⁵ In der DDR wurden die Anzahl der Geburten einer Frau unabhängig ihres Familienstandes gezählt, allerdings wurden diese Reihen seit 1989 nicht mehr fortgeführt, weil im Zuge der Wiedervereinigung die westdeutsche Zählweise nur der ehelichen Geburten übernommen wurde.

republik schwankte das Alter der Frauen bei Geburt kräftig und verursachte beispielsweise in der Nachkriegszeit einen kleinen Babyboom.

Bei Betrachtung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern nach Alter der Frau wird deutlich, dass sich zwischen 1950 und 1970 der Höhepunkt der Geburtenzahlen nach vorne verschob (siehe Abbildung 8). Während noch 1950 die 27-jährigen Frauen die meisten Kinder gebären, traf dies 1970 auf die 23-jährigen Frauen zu. Seither verschiebt sich der Höhepunkt der Geburten kontinuierlich wieder nach hinten und lag 2009 bei durchschnittlich 31 Jahren. Diese Verschiebungen im durchschnittlichen Alter bei Geburt, die schon seit 1950 beobachtet werden, machen deutlich, dass die TFR als Indikator für die Höhe der Geburten nie ein gutes Maß war, sondern stets durch Timingeffekte verfälscht wurde: Zwischen 1960 und 1970 überschätzte die TFR die tatsächliche Kinderzahl der Frauen, weil die Frauen die Geburten vorzogen. Seither unterschätzt sie die tatsächliche Kinderzahl, weil Geburten aufgeschoben werden.

Abbildung 8: Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern, alte Bundesländer 1950 bis 2009, neue Länder 1990 bis 2009

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern, alte Bundesländer 1950 bis 2009, neue Länder 1990 bis 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden 2010, Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern, eigene Darstellung

Die Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern liegen für die neuen Bundesländer erst ab 1990 vor. Auffällig sind die kürzeren Kurven in den neuen Bundesländern bis heute, das heißt es gibt eine deutlich geringere Streuung der Geburten über den Lebensverlauf. Der Höhepunkt der Geburten lag in den neuen Bundesländern noch 1990 bei 23 Jahren. Die Angleichung an das westdeutsche Muster passierte nach der Wiedervereinigung äußerst rasch: Entsprach der

Höhepunkt der Geburten noch 1990 dem der Bundesrepublik von 1970, so lag 2000 der Höhepunkt der Geburten schon bei 27 und 2009 bei 29 Jahren – dass dieser massive Aufschub der Geburten extrem dämpfend auf die TFR wirkte, ist wenig erstaunlich (vgl. Abbildung 8).

Der Aufschub der Geburten und das unterschiedliche Timing der Geburten im Lebensverlauf der Frauen haben vielfältige Ursachen. Im längeren Rückblick lassen sie sich zum Teil historisch und verhütungstechnisch erklären. Die ökonomische und soziologische Theorietradition benennt die veränderte Stellung der Frau. Und in der jüngeren wohlfahrtsstaatlichen Literatur wird argumentiert, dass aufgrund einer zunehmenden Unsicherheit junger Leute und eines insgesamt gestiegenen Bildungsniveaus sowie einer Vergrößerung der Optionen Familiengründungen verstärkt aufgeschoben werden. Das Verständnis dieser Prozesse ist außerordentlich wichtig zur Interpretation der TFR. Denn bei einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,4 Kindern und einem Reproduktionszyklus von 35 Jahren gibt es eine enorme Varianz des möglichen Alters bei Geburt der Kinder.

Im Rückblick zeigt sich, dass ungünstige Lebensumstände und vor allem Kriege zum Aufschub von Geburten führten. Nach dem zweiten Weltkrieg kam es vor allem in den USA und in Frankreich, in abgeschwächter Form auch in Deutschland, zum sogenannten Babyboom, weil aufgeschobene Geburten nachgeholt wurden. Gleichzeitig entschieden sich wieder mehr jüngere Frauen für die Geburt eines Kindes, so dass die TFR größer war als die CFR. Zwischen 1950 und 1970 verlagerte sich das durchschnittliche Geburtsalter aber auch nach vorne, weil Frauen zunehmend die besseren Möglichkeiten der Empfängnisverhütung ausschöpften und auf dritte und weitere Kinder verzichteten. So beendeten die Frauen 1970 ihre Familienerweiterung auch deutlich eher als die Frauen 1960, entsprechend wurden schon ab dem Alter von 23 Jahren wieder weniger Kinder geboren (vgl. Abbildung 8). Folgt man Livi-Bacchi, dann hörte früher

„ein junges Paar, wenn nicht der Tod es vor dem Ende der Fortpflanzungsperiode trennte, normalerweise dann auf, sich fortzupflanzen, wenn die Frau um die Vierzig war, also in einem Alter, in dem die Unfruchtbarkeit, die Menopause oder die Prämenopause eine natürliche geringere Fruchtbarkeit bei den meisten Frauen das Ende der Fortpflanzung brachten“ (Livi-Bacchi 1978: 579).

In der Moderne, so Livi-Bacchi (1978), hore das Paar hingegen mit der Fortpflanzung auf, wenn die gewünschte Kinderzahl erreicht ist. Entsprechend wurden 1980, wie in Abbildung 8 aufgezeigt, jenseits der 30 so wenig Kinder geboren wie niemals davor oder danach, das heißt die Frauen begannen noch deutlich eher als heute mit der Familiengründung, hörten dann aber auch zeitig auf, weil sie ihre gewünschte Familiengröße realisiert hatten. Seit 1970 kommt

nun ein neuer Prozess zum Tragen: Die Frauen benutzen Verhütungsmittel nicht erst, wenn sie ihre gewünschte Kinderzahl erreicht haben, sondern bevor sie überhaupt mit der Familiengründung anfangen: Erstgeburten werden im Lebenslauf immer mehr aufgeschoben. Dies wird möglich, weil sichere Verhütungsmittel nun auch schon unverheirateten Frauen zur Verfügung stehen. Die dadurch für die Frauen erwachsene Autonomie hatte weitreichende Folgen und wird im theoretischen Teil dieser Arbeit behandelt. Zudem wird in der weiteren Arbeit vorrangig mit der Kohortenfertililität argumentiert.

Da die TFR dermaßen stark durch Timingprozesse verfälscht wurde, muss im empirischen Teil deshalb letztlich eine Kohortenperspektive eingenommen werden. Die Suche nach Erklärungsgründen für niedrige Geburtenrate muss einzelne Geburtsjahrgänge berücksichtigen, die ihre Fertilität schon größtenteils abgeschlossen haben – was zwangsläufig eine teils eher historische Analyse voraussetzt.

2.4.1. Die Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern

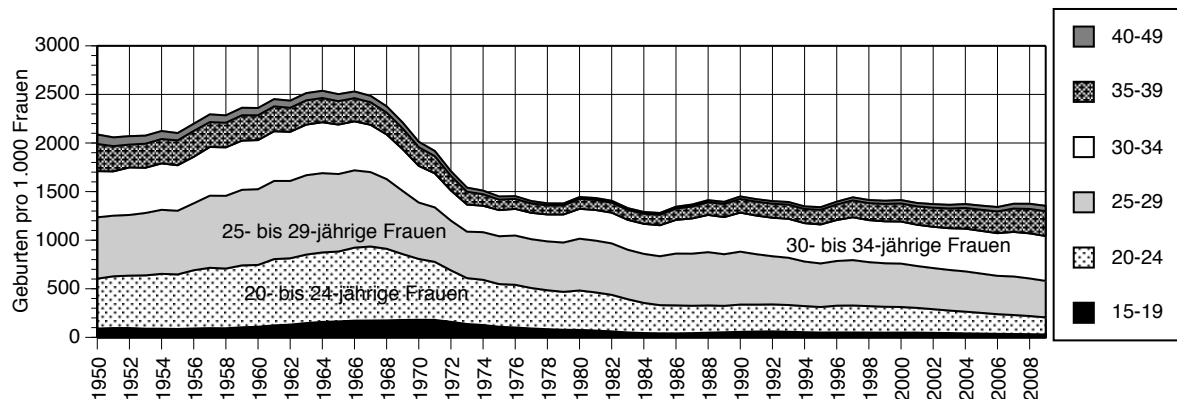
Auch die Betrachtung der nach Alter der Frau aufgeschlüsselten TFR im langen Zeitvergleich zeigt, dass Geburten in Deutschland immer weiter aufgeschoben werden. In der folgenden Abbildung wurden die Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern nach 5-er Altersgruppen kumuliert. Deutlich wird, dass seit Ende der 60-er Jahre den Geburten der unter 30jährigen Frauen eine immer geringere Bedeutung zukommt, während sich die Geburtenzahlen der über 30-jährigen Frauen schon seit Mitte der 70-er Jahre kontinuierlich erhöhen – zwei Trends, die bis heute ungebrochen anhalten.

Im langen Zeitverlauf spannend ist die Entwicklung der Geburtenziffern der über 30-jährigen Frauen. Diese hatten bis in die 60-er Jahre deutlich höhere Kinderzahlen als heute. Wird deshalb heute die steigende Geburtenziffer der älteren Frauen als medizinisches Problem eingestuft (Ritzinger et al. 2011), so muss doch zumindest auf die früher höheren Geburtenzahlen der über 40-jährigen Frauen hingewiesen werden. Allerdings besteht eventuell ein Unterschied, ob eine Frau mit 40 ein viertes oder – wie heute vergleichsweise häufiger – ein erstes Kind bekommt.

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

Abbildung 9: Kumulierte altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1950 bis 2009, alte Bundesländer

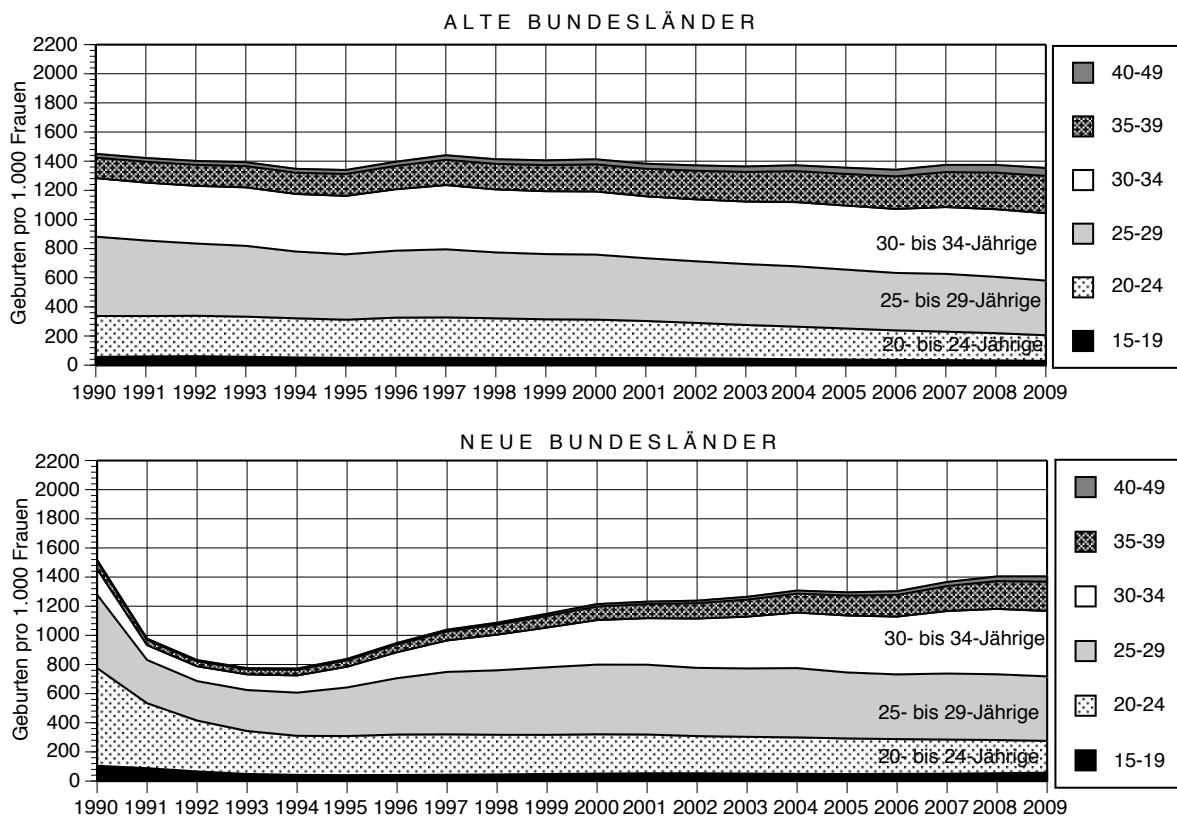
Kumulierte Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern (ASFR) nach 5er Gruppen, 1950 bis 2009, alte Bundesländer



Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Zusammenfassung und Darstellung.

Abbildung 10: Kumulierte altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1990 bis 2009, alte und neue Bundesländer im Vergleich

Kumulierte Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1990 bis 2009



Quelle: Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern, Statistisches Bundesamt Wiesbaden 2010, eigene Zusammenfassung und Darstellung *. Anmerkungen: Ab dem Jahr 2001 alte Bundesländer ohne Westberlin, neue Bundesländer ohne Ostberlin.

Im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigt sich eine deutlich höhere Fertilität der unter 30-jährigen Frauen in den neuen Bundesländern direkt nach der Wiedervereinigung. 1990 hatten die ostdeutschen, unter 30-jährigen Frauen, bereits 1,2 Kinder pro

Frau. Bis Mitte der 90-er Jahre brachen die Kinderzahlen der unter 30-jährigen ostdeutschen Frauen jedoch stark ein. Einige der in Folge der Wende kurz aufgeschobenen Geburten wurden Mitte der 90-er Jahre von den 25- bis 29-jährigen Frauen nachgeholt, weshalb die Geburtenzahl dieser Gruppe schon seit 1993 wieder anstieg. Seit der Jahrtausendwende sinken die Geburtenzahlen der unter 30-jährigen Frauen insgesamt jedoch auch in den neuen Bundesländern – ein Trend, der in den alten Bundesländern, wie bereits beschrieben, schon seit den 70er Jahren stattfindet. Im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigt sich darüber hinaus, dass jüngere Frauen in den alten Bundesländern weniger Kinder bekommen, während in den neuen Bundesländern vor allem die 25- bis 29-jährigen nach wie vor höhere Geburtenraten aufweisen. Gleichzeitig sind die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der über 30-jährigen Frauen in den neuen Bundesländern deutlich angestiegen, allerdings noch nicht auf das Niveau der alten Bundesländer. Obwohl die TFR zwischen den alten und den neuen Bundesländern recht ähnlich bei 1,4 Kindern pro Frau liegt, unterscheidet sich das Alter der Mutter bei Geburt der Kinder zwischen den beiden Regionen bis heute.

In Abbildung 2 wurde bereits festgestellt, dass sowohl die TFR als auch die CFR Deutschlands im Vergleich zu Frankreich, Schweden und den USA schon seit einigen Jahrzehnten niedriger ausfallen. Differenziert nach Alter der Mutter, kann nun geprüft werden, ob die niedrigere TFR darauf zurückzuführen ist, dass jüngere Frauen weniger Kinder bekommen oder dass die Geburtenziffern der älteren Frauen geringer sind. Dafür wurden die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern von Frankreich, Schweden und den USA ebenfalls nach 5-er Altersjahren der Mutter kumuliert graphisch dargestellt (Abbildung 11). Es fällt auf, dass einzig in Deutschland die Geburtenziffern der unter 30-jährigen Frauen im letzten Jahrzehnt sanken – in Frankreich, Schweden und den USA sind sie verhältnismäßig stabil. Insgesamt weisen die USA ein extrem hohes Geburtenniveau der unter 30-jährigen Frauen auf. Kumuliert man die Geburten der 15- bis 19-jährigen, 20- bis 24-jährigen und auch der 25- bis 29-jährigen Frauen, dann haben die unter 30-jährigen Frauen in den USA bereits 1,4 Kinder, ein Wert, der von den deutschen Frauen erst mit Mitte 40 erreicht wird.

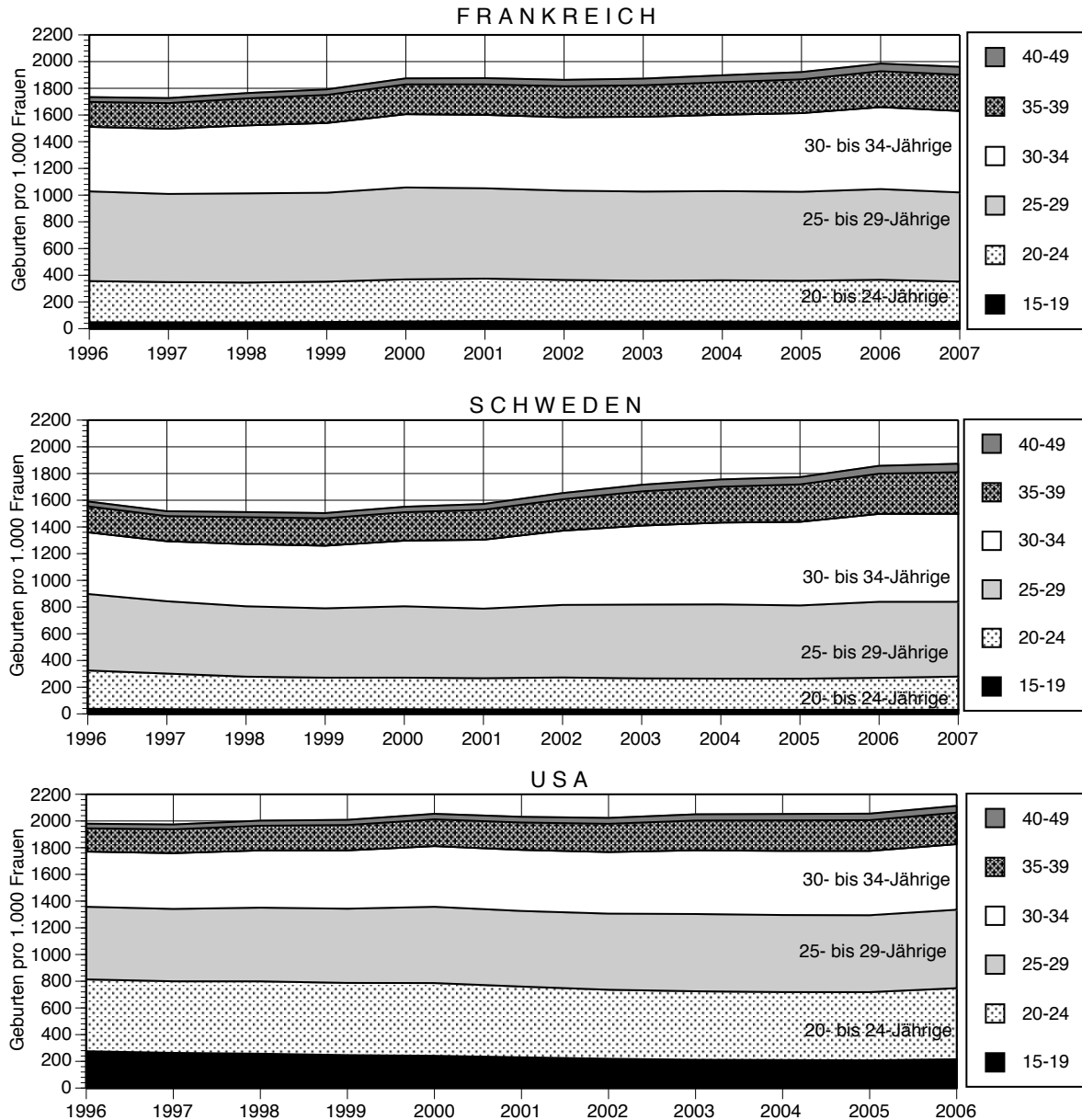
Misst man die Aufklärung anhand der Rate der Teenagerschwangerschaften, liegt Deutschland hier an der Weltspitze und gilt daher als aufgeklärtes Land, in dem der Zugang zu Verhütung den Frauen universell offensteht und religiöse Kräfte wenig Einfluss haben. In den USA hingegen deutet der überdurchschnittlich hohe Anteil an Teenagerschwangerschaften auf eine geringe Aufklärung und einen bis heute bestehenden Einfluss religiöser Kräfte hin (vgl. dazu

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

Kröger et al. 2004). Trotz hoher Geburtenzahlen ist der Anteil der Abtreibungen hoch – ein Hinweis, dass von sicherer Verhütung weniger Gebrauch gemacht wird bzw. sie nicht allen Frauen universell zusteht.

Abbildung 11: Kumulierte altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1996 bis 2007, Schweden, Frankreich, USA

Nach 5-er Gruppen kumulierte Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1996 bis 2007: Frankreich, Schweden und die USA



Quelle: MPI Rostock, The Human Fertility Database, eigene Zusammenfassung und Darstellung

Auffällig im Ländervergleich bleibt die Feststellung, dass obwohl Deutschland bereits die niedrigsten Geburtenziffern der unter 30-jährigen Frauen hat, in diesen Alterskohorten die Fertilität aktuell noch weiter sinkt. In Schweden sind Teenagerschwangerschaften ähnlich selten wie in Deutschland und zögern 20- bis 24-jährige Frauen eine Mutterschaft ebenso

deutlich heraus. Anders als in Deutschland sind dann jedoch die Geburtenziffern der 25- bis 29-jährigen und auch der 30- bis 34-jährigen höher, letztere nehmen in Schweden in letzter Zeit außerdem deutlich zu, während Westdeutschland hier stabil geringe und sogar leicht sinkende Werte aufweist. In Bezug auf die neuen Bundesländer zeigt sich darüber hinaus noch Nachholpotenzial, denn trotz der Zunahme der Geburten der über 30-Jährigen gebären diese 2009 noch etwas weniger Kinder als Frauen in den alten Bundesländern, den USA und deutlich weniger als Frauen in Frankreich oder Schweden.

Aus den Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern lassen sich damit wichtige Schlüsse für die Interpretation der Geburtenrate ableiten. Folgende wesentlichen Punkte werden für die weitere Arbeit festgehalten:

- Die Geburtenrate der jüngeren, unter 30-jährigen, Frauen ist vor allem in den alten Bundesländern sehr niedrig. Anders als in anderen Ländern wie Frankreich, Schweden oder den USA sinkt die Geburtenziffer der unter 30-jährigen Frauen bis heute.
- Die Zahl der Geburten der über 30-jährigen Frauen steigt seit Mitte der 70er Jahre. Ähnlich ist die Entwicklung auch in anderen europäischen Ländern, jedoch gleichen die über 30-jährigen Frauen die niedrigen Geburtenraten der jungen Frauen nicht aus, so dass die Geburtenrate insgesamt sehr niedrig liegt.
- Das „Nachholen“ von Geburten jenseits der 30 führt jedoch nicht zu einer TFR am Reproduktionsniveau.

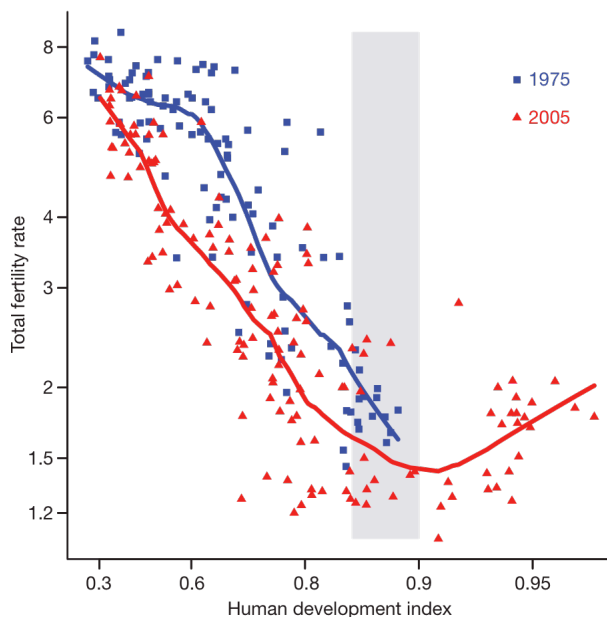
2.4.2. *Das Ende des Geburtenaufschubs? – am Beispiel aktueller Kohorten*

Unter Bezugnahme auf die Geburtenrate (Total Fertility Rate) und den HDI (Human Development Index)⁶ zeigen Myrskylä et al. (2009) eine Umkehr des negativen Zusammenhangs zwischen Geburtenrate und gesellschaftlicher Entwicklung auf: erreicht der HDI Index ein bestimmtes hoch entwickeltes Niveau, dann steige auch die Geburtenrate wieder: „at advanced HDI levels, further development can reverse the declining trend in fertility“ (Myrskylä et al. 2009:741). Im 20. Jahrhundert ging mit der Verbesserung der ökonomischen und sozialen Entwicklung in allen Ländern ein Rückgang der Geburtenraten einher. Der negative Zusammenhang zwischen Fertilität und gesellschaftlicher Entwicklung gilt deshalb laut Myrskylä et al. (2009) als eine etablierte und akzeptierte empirische Gesetzmäßigkeit in den Sozialwissen-

⁶ Der Human Development Index wird seit 1990 von den Vereinten Nationen herausgegeben. Er spiegelt drei Dimensionen wider: 1. den Gesundheitszustand („living a long and healthy life“), gemessen an der Lebenserwartung bei Geburt, 2. das Humankapitel, gemessen an der Alphabetisierungsrate (mit einem Gewicht von zwei Dritteln) sowie an dem kombinierten Anteil der primären, sekundären und tertiären Schulbildungsquote und 3. den Lebensstandard (in Form der Kaufkraftparität PPP).

schaften. Im Vergleich von 24 Ländern mit einem hohen Entwicklungsniveau ($HDI > 0,9$) wird von den Autoren für das Jahr 2005 ein positiver Zusammenhang dargestellt, wenn der HDI-Index durchschnittliche Werte von über 0,86 annimmt. Dabei nimmt die Graphik jedoch nicht Bezug auf den Verlauf der TFR von 1975 bis 2005, sondern stellt lediglich für 2005 dar, dass Länder mit einem höheren HDI Wert eine höhere TFR aufweisen. Die Autoren benutzen also einen Querschnitt, interpretieren die Ergebnisse jedoch im Längsschnitt.

Abbildung 12: Der Zusammenhang zwischen TFR und HDI 1975 und 2005 im Querschnitt



Quelle: Myrskylä et al. 2009

Auf die Frage, inwieweit der HDI-Index ein guter Indikator zur Beurteilung der Geburtenrate ist, kann an dieser Stelle nicht ausführlich eingegangen werden (vgl. dazu Birg 2010). Jedoch soll Myrskyläs Annahme einer möglichen Steigerung der Geburtenrate in Frage gestellt werden. In Abbildung 2 wurde bereits deutlich gemacht, dass die Entwicklung der Geburtenrate nach Kohorten (CFT) keinen Hinweis auf einen Anstieg der Geburtenrate liefert. Ähnliches gilt für die USA, für Frankreich und für Schweden und wurde anhand der CFR bereits in der Abbildung 2 für diese Länder dargestellt. In diesen Ländern hat sich die TFR bisher nur an das Niveau der CFR angenähert, weil Geburten im Lebensverlauf weniger aufgeschoben wurden. Von einem wirklichen Geburtenanstieg könnte erst dann die Rede sein, wenn auch die CFR ansteigen würde.

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

Abbildung 13: Geburtenraten der Kohorten 1964 bis 1979, alte und neue Bundesländer im Vergleich

ALTE BUNDESLÄNDER		Geburtsjahr der Mutter														
Alter der Mutter	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
15	0,8	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9
16	3,6	3,1	2,7	2,1	2,1	2,1	2,2	2,4	2,8	3,3	3,3	3,3	3,4	3,0	3,0	2,8
17	9,4	8,1	6,6	5,8	5,6	5,9	6,5	7,2	7,8	8,3	8,6	8,6	7,8	7,4	7,0	7,1
18	18,2	14,4	12,2	11,7	11,7	12,6	14,2	14,7	16,7	18,2	18,1	16,7	14,9	14,0	14,4	14,6
19	26,9	23,6	21,3	20,4	21,2	23,3	25,7	27,3	29,1	30,7	29,1	26,7	25,1	25,5	25,4	25,3
20	35,7	32,4	31,8	31,1	32,3	34,4	37,7	39,4	40,6	41,0	38,6	36,4	36,9	36,4	36,5	35,7
21	43,8	43,0	42,4	41,4	42,3	45,8	47,8	48,1	48,2	48,3	46,3	47,9	46,4	46,0	44,7	45,0
22	56,5	55,1	54,4	51,0	53,8	54,5	55,8	54,2	53,9	54,6	56,9	57,6	54,7	54,4	53,4	51,8
23	69,2	68,1	64,6	64,3	62,4	62,2	61,9	60,2	59,3	64,4	64,7	64,0	61,9	61,4	59,1	57,1
24	83,8	79,6	79,4	72,8	70,7	70,0	67,6	65,7	69,3	72,5	70,5	69,5	67,9	65,9	64,0	61,8
25	93,8	94,9	87,3	81,8	80,7	75,9	75,0	77,0	79,2	79,1	78,2	77,6	73,8	72,1	70,8	69,1
26	107,2	101,2	95,0	90,9	84,9	83,4	86,9	86,9	84,5	85,4	85,4	81,6	78,7	78,1	77,4	75,1
27	109,4	104,3	101,4	93,4	90,7	93,3	95,7	91,0	89,3	90,8	87,8	85,5	84,6	84,1	82,9	79,9
28	108,5	107,4	100,6	97,9	99,2	101,3	96,8	95,3	94,9	92,4	91,1	90,1	89,2	87,4	86,7	87,4
29	105,8	103,5	101,6	103,3	104,3	101,1	99,3	97,7	95,3	95,7	94,5	94,7	92,4	91,2	93,6	92,2
30	100,2	99,7	103,0	105,4	101,3	99,3	98,8	96,3	94,8	96,2	96,5	94,8	95,0	97,4	97,3	95,9
31	91,9	97,1	101,0	96,9	96,1	95,2	93,2	93,5	93,7	96,0	95,9	94,5	97,6	98,6	97,7	
32	86,4	91,3	89,6	89,4	89,3	87,6	87,1	88,0	90,2	90,7	90,9	94,2	95,9	95,1		
33	77,8	78,7	78,8	80,0	78,8	79,9	80,8	83,7	83,4	84,4	89,4	90,3	90,2			
34	66,1	68,1	69,8	69,2	69,7	70,7	73,9	75,0	74,6	80,2	82,3	83,2				
35	56,1	57,5	58,3	60,2	61,6	63,6	64,1	65,6	70,3	73,0	73,2					
36	46,3	47,4	49,1	50,4	52,5	53,8	54,8	59,1	61,7	62,8						
37	36,4	38,3	39,5	41,6	42,0	43,4	47,5	48,9	50,6							
38	28,0	29,7	31,5	32,8	33,6	35,9	38,6	39,5								
39	21,7	23,4	24,4	25,8	27,2	28,6	29,8									
40	16,4	17,3	18,1	19,6	21,2	21,6										
41	10,9	11,8	13,1	13,9	14,4											
42	7,2	7,8	8,4	8,5												
43	4,4	4,8	4,9													
44	2,6	2,7														
45	1,3															
Summe	1526	1515	1491	1462	1450	1446	1442	1418	1391	1369	1302	1218	1117	1019	915	802
Schätzung nach der 0-Hypothese	1526	1516	1495	1471	1468	1478	1496	1501	1514	1542	1539	1527	1510	1502	1493	1477
Schätzung unter Berücksichtigung der stetigen Erhöhung der CFR, Referenz ist jeweils die Kohorte 1964				1472	1470	1483	1507	1520	1544	1587	1600	1606	1605	1609	1609	1600

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Schätzung und Darstellung.

Anmerkung: fehlende Werte: Kohortenfertilität noch nicht abgeschlossen. Werte sind hellgrau hinterlegt, wenn Wert > 90 und dunkelgrau, wenn Wert > 100.

Um die These eventuell steigender Geburtenraten für Deutschland trotzdem zu testen, soll die CFR im Folgenden auch für die Jahrgänge dargestellt werden, die ihren Reproduktionszyklus noch nicht abgeschlossen haben. Dafür werden im Folgenden die Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (ASFR nach Kohorten, Statistisches Bundesamt Wiesbaden) für die einzelnen Kohorten überprüft. Die 1964 geborenen Frauen sind die letzte Kohorte, für die die CFR bis zum Alter von 45 Jahren abgeschlossen vorliegt; Sie werden deshalb als Referenzkohorte ausgewählt. Für die jüngeren Kohorten sind die CFR's noch nicht vollständig, weil diese Frauen noch nicht das Ende ihrer Reproduktionsphase (45 Jahre) erreicht haben. Für diese Frauen wird die unvollendete ASFR dargestellt. Berücksichtigt wurden die Kohorten bis zu den 1979 geborenen Frauen.

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

NEUE BUNDESLÄNDER																
Alter der Mutter	Geburtsjahr der Mutter															
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
15	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6	0,7	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	1,1	0,8	0,9	0,8
16	4,5	4,3	4,3	3,7	4,2	4,0	3,5	3,1	3,5	3,2	3,3	3,9	3,2	2,4	2,6	2,7
17	15,8	15,9	14,1	14,3	13,5	12,2	11,1	10,1	9,5	9,8	10,3	7,9	6,5	6,2	6,0	6,3
18	46,8	43,3	40,7	39,3	36,0	32,4	28,9	27,8	27,7	22,3	19,2	13,8	11,3	11,1	11,6	11,8
19	97,8	93,8	88,6	86,2	79,6	72,6	63,8	63,0	51,0	34,7	25,0	21,6	19,8	19,6	21,0	21,3
20	142,1	135,1	129,3	125,0	115,9	103,9	104,9	75,0	53,8	39,8	32,6	31,4	29,8	29,6	32,2	33,1
21	158,7	152,5	148,8	140,8	128,6	129,2	90,1	68,2	55,1	46,9	44,6	42,9	43,5	43,1	44,4	44,9
22	163,1	160,0	152,2	142,3	141,1	94,6	72,7	63,0	58,2	56,4	57,5	55,1	53,2	53,5	53,6	52,3
23	165,5	159,2	149,7	148,2	93,9	77,9	67,3	63,3	64,3	69,5	68,4	64,9	62,8	63,0	61,6	60,3
24	157,2	151,6	147,7	92,1	77,0	69,7	66,9	71,5	77,5	80,6	79,0	74,6	74,5	73,7	70,0	68,3
25	143,4	137,3	83,6	71,8	71,0	70,1	72,8	81,7	88,9	88,6	88,2	87,3	85,0	79,7	79,1	81,5
26	121,7	72,9	64,0	65,5	67,8	74,8	83,1	90,4	94,2	99,8	97,3	96,0	90,6	89,9	89,8	87,1
27	58,4	54,6	57,2	61,3	69,1	80,5	88,2	92,3	97,2	101,7	100,4	98,5	96,4	97,1	92,8	91,6
28	44,6	48,6	53,8	63,5	74,3	85,3	86,4	92,1	98,0	101,3	101,7	102,4	102,4	97,0	95,1	98,3
29	39,0	43,2	53,7	67,3	75,6	80,8	86,4	93,9	96,6	97,7	101,6	105,3	98,9	98,3	102,4	102,4
30	35,7	43,3	54,2	64,0	71,9	76,6	84,1	87,2	90,8	93,8	96,2	96,9	95,6	100,4	102,7	100,7
31	33,9	44,0	53,3	59,9	65,9	73,4	74,8	82,1	83,8	88,7	90,2	92,6	97,1	100,0	98,3	
32	34,4	41,7	47,0	54,5	61,3	63,2	66,5	70,5	78,4	80,6	82,1	86,5	92,6	92,4		
33	31,8	37,4	42,4	48,8	52,3	54,5	59,6	65,1	67,7	69,9	78,8	81,7	83,6			
34	28,9	33,6	38,4	42,0	44,7	47,7	52,8	55,9	56,6	66,5	71,8	74,1				
35	26,1	31,5	31,9	35,6	39,0	42,4	44,9	47,5	54,3	60,1	61,6					
36	22,4	24,0	25,6	29,9	33,1	34,2	36,9	43,7	48,2	52,3						
37	17,8	20,3	21,4	24,3	24,8	28,3	32,4	35,7	37,4							
38	14,1	15,5	17,2	19,2	20,9	23,6	26,7	29,0								
39	11,0	12,8	13,3	14,8	17,3	19,8	20,9									
40	8,2	9,4	10,1	11,5	13,3	14,2										
41	5,6	6,9	7,4	8,8	9,7											
42	3,8	4,3	4,8	5,8												
43	2,3	2,5	3,2													
44	1,4	1,7														
45	0,8															
Summe	1638	1602	1559	1541	1502	1466	1426	1412	1394	1365	1311	1238	1148	1058	964	863
Schätzung nach der 0-Hypothese	1638	1603	1561	1547	1514	1488	1462	1469	1479	1488	1485	1474	1459	1452	1451	1448
Schätzung unter Berücksichtigung der stetigen Erhöhung der CFR, Referenz ist jeweils die Kohorte 1964																
				1548	1517	1495	1475	1492	1517	1545	1573	1597	1627	1672	1729	1790

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Schätzung und Darstellung.

Anmerkung: fehlende Werte: Kohortenfertilität noch nicht abgeschlossen. Werte sind hellgrau hinterlegt, wenn Wert > 90 und dunkelgrau, wenn Wert > 100.

Diese waren zum Stand der Datenlage 30 Jahre alt, hatten also annähernd die Hälfte ihres Reproduktionszyklus abgeschlossen. Die folgenden Tabellen differenzieren die ASFR für die alten und die neuen Bundesländer und für die Kohorten 1964 bis 1979. Lesebeispiel: von 1000 westdeutschen Frauen, geboren 1964, wurden 36 im Alter von 20 Jahren Mutter, weitere 44 bekamen mit 21 Jahren ein Kind usw. In der Summe ergibt sich so die Kohortenfertilität von 1526 Kindern pro 1000 Frauen bzw. 1,5 Kinder pro Frau. Für die Kohorten in den alten Bundesländern wird deutlich, dass Werte von über 100 (in der Tabelle dunkelgrau hinterlegt) nur bis zur Kohorte der 1969 geborenen Frauen erreicht wurden. Damit einhergehend wird auch der bereits beschriebene Geburtenaufschub deutlich, jede folgende Kohorte gebärt ihre Kinder etwas später im Lebenslauf, gleichzeitig entscheiden sich bis zu den 30-jährigen auch immer weniger Frauen für Kinder. Allerdings findet ab dem Alter von 31 Jahren ein Nachholprozess statt: bekamen nur 92 von 1000 1964 geborenen Frauen ein Kind, so waren es in der Kohorte der 1978 geborenen schon 98 – der Anstieg ist allerdings äußerst moderat.

Für die neuen Bundesländer zeigt sich auf diese Weise recht eindrucksvoll, wie sich das Ende der DDR auf das Geburtsverhalten einzelner Kohorten auswirkte. Bspw. waren die 1964 geborenen Frauen zur Wende 25 Jahre alt, sie zeigen noch deutlich das DDR-Reproduktionsmuster mit sehr hohen Geburtenzahlen der unter 25-jährigen. Gleichzeitig zeigt sich deutlich, dass auch schon in den späten 80ern in der DDR immer weniger Frauen im Alter von 20 Jahren ein Kind bekamen. Mit der Kohorte der 1971 geborenen Frauen brechen diese Werte jedoch noch einmal deutlich ein. Die Kohorten ab 1971 können daher in der weiteren Analyse als die Jahrgänge betrachtet werden, deren Reproduktion nicht mehr in die DDR Zeit fiel – sie waren zur Wende 18 Jahre alt, ihre altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern unterscheiden sich bezüglich älterer Kohorten deutlich.

Anschließend wurde aus den Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern nach Kohorten Prognosen für die weitere Entwicklung der Geburtenraten abgeleitet. In einem ersten Schritt wurde die 0-Hypothese geprüft. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass sich die Frauen in bestimmten Altersjahren genauso verhalten wie die Frauen der jeweils älteren Kohorte, für die gültige Werte bereits erhoben werden konnten.

Auf diese Weise konnten fehlende Werte geschätzt werden: beispielsweise wurde den 1965 geborenen Frauen, deren Kinderzahl für das Alter 45 noch nicht vorliegt, der Wert der 1964 geborenen Frauen im Alter von 45 Jahren dazuaddiert usw. Für jede jüngere Kohorte steigt damit der Unsicherheitsfaktor, weil jährlich ein fehlender Wert mehr geschätzt werden muss. Folgt man jedoch der 0-Hypothese, so beträgt die Kohortenfertilität der 1964 geborenen westdeutschen Frauen 1,53 Kinder pro Frau (dieser Wert steht fest) und wird bis zur Kohorte der 1979 geborenen Frauen auf 1,48 Kinder pro Frau absinken (siehe jeweils die Tabellenzeile: Schätzung nach der 0-Hypothese). In den neuen Bundesländern wird die Kohortenfertilität von 1,64 Kinder pro Frau für die 1964 geborenen Frauen auf 1,45 Kinder pro Frau absinken. Unter Berücksichtigung der 0-Hypothese werden sich die ost- und westdeutschen Kohorten deshalb auch in Zukunft nur um 0,03 Kinder und damit unwesentlich unterscheiden.

In einer zweiten Prognose wurde berücksichtigt, dass durch den Geburtenaufschub die CFR im höheren Alter zwischen den Geburtsjahrgängen nicht stabil ist, sondern tendenziell ansteigt. Bspw. hatten die 1964 geborenen Frauen im Alter von 44 Jahren 2,6 Kinder pro 1000 Frauen bekommen, bei den 1965 geborenen Frauen waren es schon 2,7 Kinder. In der zweiten

Schätzung wurde daher anders als bei der 0-Hypothese davon ausgegangen, dass sich der in Referenz zur Kohorte der 1964 geborenen Frauen ersichtliche Trend in Zukunft fortschreibt. Unter dieser Annahme stiege die CFR in den alten Bundesländern schon bis zur Kohorte der 1974 geborenen Frauen auf 1,6 Kinder pro Frau. In den neuen Bundesländer ist diese Annahme offensichtlich zu optimistisch (vielleicht ist auch die Referenz der 1964 geborenen Frauen kritisch zu betrachten, da diese wie bereits geschrieben einen Teil ihrer Reproduktionsphase noch während der DDR durchlebten), so dass die Prognose dann zu einer CFR von 1,73 für die 1978 geborenen Frauen führen würde.

Luy und Pötzsch (2010) errechnen für 2007 eine um ihre Tempoeffekte berichtigte westdeutsche TFR von 1,67 Kindern pro Frau. Wenn wie in der zweiten eigenen Prognose auf Kohortenbasis die steigenden Geburtenraten als Trend fortgeschrieben werden, ergibt sich bis zu den Kohorten der 1974 bis 1979 geborenen Frauen eine CFR von 1,6 Kindern pro Frau. Luy und Pötzschens Berichtigung der TFR erscheint daher etwas zu optimistisch, was auf die ungenaue Datenlage zur Reihenfolge der Kinder zurückgeführt werden könnte (vgl. Kapitel 5).

Die Frauen in den neuen Bundesländern der jüngsten hier betrachteten Kohorten sind bei Geburt ihrer Kinder nicht mehr wesentlich jünger als die westdeutschen Frauen. Die 1979 geborenen Frauen in den neuen Bundesländern haben 2009 im Schnitt 0,86 Kinder, die Frauen in den alten Bundesländern 0,80 Kinder pro Frau. Laut Prognose nach der 0-Hypothese wird der annähernde Gleichstand beibehalten werden. Allerdings steigen in den neuen Bundesländern die Geburtenzahlen der über 30-jährigen derzeit deutlich an. Im Vergleich war für die Kohorte der 1964 geborenen Frauen im Alter von 30 Jahren die Geburtenrate im Westen fast dreimal höher, in lediglich 10 Jahren bis zur Kohorte der 1974 geborenen Frauen weisen die ostdeutschen Frauen dann aber die gleichen Werte auf wie die westdeutschen Frauen. Sollte der Trend beibehalten werden, dass die Geburtenraten der über 30-jährigen ostdeutschen Frauen weiter ansteigen, während der Trend in den alten Bundesländern der nach wie vor sinkenden Fertilität auch in den mittleren Reproduktionsjahren fortläuft, dann könnten die neuen Bundesländer ein höheres Geburtenniveau als der Westen aufweisen.

Prognosen dieser Art sind jedoch äußerst unsicher und rufen auch die Warnung ins Gedächtnis, dass niemand vernünftig Auto fahren kann, wenn er nur in den Rückspiegel schaut: Nur weil in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren das Geburtenniveau der über 30-Jährigen stark zugenommen hat, muss es nicht zwingend weiter ansteigen. Im Fazit kann fest-

gestellt werden, dass die derzeitigen Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern nach Alter der Frau keine Anhaltspunkte für eine Steigerung der Geburtenrate liefern. Die ostdeutsche Geburtenrate steigt, wenn Frauen in den neuen Bundesländern auch noch jenseits der 30 häufiger Kinder bekommen. In den alten Bundesländern würde sich die Geburtenrate erhöhen, wenn Frauen hier eher mit der Geburt von Kindern beginnen würden und der Trend der allgemeinen Abnahme der Geburtenziffern in den mittleren Lebensjahren um die 30 gestoppt werden könnte. Denn wenn Frauen bei Geburt ihres ersten Kindes schon nahe an der Grenze der medizinischen Risikoschwangerschaft (ab einem Alter von 35 Jahren) sind, dann bleibt für die Realisierung einer größeren Kinderschar wenig Zeit.

2.5. Fazit und erste Interpretation der Datenlage

Die Datenlage zeigt, dass die deutsche Geburtenrate insgesamt sehr niedrig ist, was vor allem auf die niedrige Kohortenfertilität zurückgeführt werden muss. Da deutsche Frauen am Ende ihres Reproduktionszyklus mit 49 Jahren wirklich nur durchschnittlich 1,5 Kinder haben, ist auch die TFR gering. In Frankreich, den USA und Schweden ist die Kohortenfertilität höher, dass heißt Frauen haben hier annähernd zwei Kinder, also kann auch die TFR – die aufgrund eines Aufschubs der Geburten in vielen Ländern eingebrochen war – nun wieder auf dieses Niveau ansteigen. Anders ist die Situation in Deutschland. Hier liegt die CFR deutlich unter dem Reproduktionsniveau.

In den neuen Bundesländern brach zwar in Folge der Wiedervereinigung die Geburtenrate wie in Kapitel 2.1 beschrieben kräftig ein. Die Kohortenfertilität ostdeutscher Frauen war jedoch stets höher als die der westdeutschen. Aktuell sinkt die CFR und nähert sich nun dem niedrigen Niveau Westdeutschlands an. Auf Basis der unvollendeten Kohortenfertilität konnte dies bis zu den 1979 geborenen Frauen aufgezeigt werden konnte, deren Fertilität nun ähnlich niedrig ist wie die der westdeutschen Frauen (siehe Abbildung 13). Im internationalen Vergleich unterscheiden sich die neuen Bundesländer kaum von anderen osteuropäischen Ländern, deren Geburtenraten sich ähnlich entwickelt haben und heute ebenfalls bei rund 1,5 Kindern pro Frau liegen (Niephaus 2012:85). Erstaunlich ist deshalb weniger die niedrige Geburtenrate ostdeutscher Frauen, sondern die der westdeutschen: die westdeutsche Geburtenrate ist im Vergleich zu anderen entwickelten westeuropäischen Staaten sehr niedrig.

Folgende Ergebnisse aus der Datenlage werden festgehalten: Die jüngste der betrachtete Kohorte – 1979 geborene Frauen – unterscheidet sich im Hinblick auf die Höhe der vorläufigen

CFR kaum noch. Ost-westdeutsche Unterschiede bestehen jedoch hinsichtlich der Höhe der Kinderlosigkeit und der Verbreitung der Mehrkinderfamilie.

Aus der Betrachtung der Datenlage wird grundsätzlich abgeleitet: Die deutsche Geburtenrate ist im internationalen Vergleich extrem niedrig. Nach dem Einbruch der Geburtenrate in Folge der Wende, während dessen Geburten massiv aufgeschoben werden, hat sich die ostdeutsche Geburtenrate wieder erholt und ist heute sogar um 0,07 Kinder pro Frau höher als im Westen – ein Trend, der sich in Zukunft noch fortschreiben könnte. Prognosen dieser Art sind jedoch äußerst unsicher.

1. Deutsche Frauen beschränken sich im Durchschnitt auf wenige Kinder (ostdeutsche haben 1,46 Kinder pro Frau, westdeutsche 1,39 Kinder pro Frau) (TFR von 2010, vgl. Statistisches Bundesamt Pressemitteilung 2011). Im deutlichen Gegensatz zu anderen europäischen Ländern stagniert die westdeutsche Geburtenrate seit vier Jahrzehnten auf diesem niedrigen Niveau, weil auch die Kohortenfertilität niedrig ist.

Im Zeitverlauf zeigten sich typische ost- und westdeutsche Verläufe mit nur geringen Variationen innerhalb der alten und der neuen Bundesländer. Eine Differenzierung nach alten/ neuen Bundesländern erscheint für die weitere Analyse daher wichtig.

Die derzeit ähnliche durchschnittliche Kinderzahl in Ost- und Westdeutschland geht mit unterschiedlichen paritätsspezifischen Mustern einher.

2. Die Kinderlosigkeit ostdeutscher Geburtsjahrgänge, die überwiegend zu DDR Zeiten im reproduktiven Alter waren, erscheint mit nur sieben Prozent nah am biologischen Minimum. Nach der Wende ist die Kinderlosigkeit der ostdeutschen Frauen angestiegen, jedoch noch nicht auf das Niveau Westdeutschlands.
3. Gleichzeitig beschränken sich ostdeutsche Frauen viel häufiger als westdeutsche auf nur ein Kind.
4. Entsprechend ist der Übergang zum zweiten Kind in Westdeutschland wahrscheinlicher als in Ostdeutschland.
5. Auch die dritten Kinder werden in den alten Bundesländern häufiger geboren als in den neuen, im internationalen Vergleich ist die Mehrkinderfamilie jedoch sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland gering verbreitet.

Das durchschnittliche Alter bei Geburt der Kinder steigt in Deutschland bis heute.

6. Das durchschnittliche Alter bei Geburt war gegen Ende der 80-er Jahre in der DDR sehr niedrig. Nach der Wiedervereinigung kam es zu einem massiven Aufschub der

Problemstellung: Der deutsche Nachwuchsmangel

Geburten. Heute unterscheidet sich die jüngste hier betrachtete Kohorte hinsichtlich der bis zum Alter von 30 Jahren geborenen Kinder kaum noch.

7. Aktuell sinken die Geburtenzahlen unter 30-jähriger Frauen in den alten Bundesländern noch, während die entsprechenden Werte der Frauen in den neuen Bundesländern stabil sind. Für die alten Bundesländer ist der bis heute andauernde Aufschub der Geburten unter 30-jähriger Frauen problematisch, weil sich das Zeitfenster für mögliche Geburten dadurch stark einschränkt. Außerdem sind die ASFR der jüngeren, unter 30-jährigen Frauen auch im internationalen Vergleich extrem niedrig.

3. Theoretische Erklärungsansätze

Ziel des folgenden theoretischen Teils der Dissertation ist es, nach den Ursachen der spezifisch niedrigen deutschen Geburtenrate zu fragen. Herausgearbeitet wurde bereits, dass durch den Zugang zu sichererer Verhütung heutige Paare ihren Kinderwunsch aufschieben. Insofern kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass seit Ende der 60-er Jahre die tatsächliche Kinderzahl stärker als zuvor der gewünschten Kinderzahl entspricht. Der Einfluss der Kirche auf das Verhütungsverhalten erscheint marginal, seit Deutschland mit einem äußerst geringen Anteil an Teenagerschwangerschaften im internationalen Vergleich zu den aufgeklärtesten Ländern der Welt gezählt werden kann⁷. In der demographischen Literatur besteht darüber hinaus Einigkeit, dass es eine Veränderung weg von der vorbeugenden Verhütung hin zur selbstverwirklichenden Verhütung gab (van de Kaa 1987, Schubnell 1978). Der Zugang zu moderner Verhütung machte die Einschränkung der dritten und weiteren Kinder sowie den Aufschub der ersten Geburten möglich und wurde in Kapitel 2.4 in Anlehnung an Livi-Bacchi (1979) bereits thematisiert. Dass Paare mit der Geburt von Kindern warten, bis sie beruflich etabliert bzw. „angekommen“ sind, gehört zu einer der ältesten Einsichten der Demographie. Die Idee einer verantwortungsvollen Elternschaft – dass man sich erst auf Kinder festlegt, wenn man beruflich angekommen ist und auch langfristig finanzielle Verantwortung übernehmen kann – geht auf lange gültige europäische Heiratsnormen zurück (Laslett 1979). In der empirischen Realität zeigt sich darüber hinaus, dass Menschen ihre Kinderzahl schon allein deshalb freiwillig einschränkten, weil sie nicht sozial absteigen möchten. Schon Malthus bemerkte dies seinerzeit vor fast 100 Jahren:

„Man kann in jedem älteren Lande beobachten, dass eine beträchtliche Anzahl Erwachsener eine zeitlang unverheiratet bleibt (...) Im allgemeinen war das Verhalten der Menschen bezüglich der Ehe weit vernünftiger, als die von ihnen ausgesprochenen Theorien. Wie häufig auch behauptet wurde, es sei Pflicht, in den Stand der Ehe zu treten, und frühe Heiraten seien vorzuziehen, weil sie vor Lastern schützen, so haben es die einzelnen doch in der Praxis für notwendig befunden, die Mittel zum Unterhalt einer Familie zu erwägen, ehe sie einen so wichtigen Schritt wagten“ (Malthus 1920: 69, 70-71).

Zur Verringerung der Geburtenhäufigkeit plädierte bereits Malthus (1920:73) für bessere Bildung und auch höhere Bildungschancen der Arbeiter. Längere Ausbildung und spätere Eheschließungen waren also schon in den Anfängen der Demographie die Maßnahmen für eine niedrigere Fertilität, die Faktoren haben sich bis heute kaum geändert. Und selbst Rümelin, der ansonsten mit anderen Zitaten traurige Berühmtheit erlangte, erkannte schon den Zusammenhang zwischen ökonomischer Unabhängigkeit und Kindsgeburten:

⁷ Der Anteil der Teenagerschwangerschaften lässt sich beim Vergleich der ASFR bestimmen und kann im Vergleich ausgewählter Länder der Abbildung 11 entnommen werden.

„In den gebildeten Klassen wie im Handwerker- und Bauernstand fällt Niemanden ein, mit 21 und auch noch mehr Jahren zu heirathen, wenn ihm die Mittel und die gesicherte Stellung hierfür fehlen. Der Fabrik- und Lohnarbeiter ist allerdings häufig in der Lage, mit 21 Jahren eben das zu sein und eben so viel zu verdienen, als mit 30 oder 40“ (Rümelin 1920:114).

Die Arbeiter würden deshalb jung heirateten und keine Versuche unternehmen, ihre Kinderzahl einzuschränken und dabei im Hintergrund darauf hoffen, „die Vaterpflichten auf die Gesellschaft abzuwälzen“ (Rümelin 1920:106). Und Rümelin stellt fest: „So hoch aber können die Arbeiterlöhne niemals werden, dass sie zum Unterhalt einer Familie von 6-8 Köpfen ausreichen“ (Rümelin 1920: 106). Die Tatsache, dass ein Vatergehalt in der Regel nicht ausreicht, um eine vier- bis sechsköpfige Kinderzahl großzuziehen, gilt bis heute nicht nur in der industriellen-, sondern auch in der Dienstleistungsgesellschaft und konnte auch vielfach aufgezeigt werden (Bertram 2008, Rupp/Eggen 2006). Anders als damals schränken heute auch Arbeiter dank moderner sicherer Verhütungsmittel ihre Kinderzahl ein – das Ideal einer verantwortungsvollen Elternschaft hat sich durchgesetzt.

Birg geht davon aus, dass biographische Entscheidungen irreversible Folgen für alle späteren Entscheidungen haben. Insbesondere die Entscheidung für ein Kind sei eine *endgültige Entscheidung*, die langfristige Verpflichtungen nach sich ziehe. Die Anforderungen des Arbeitsmarktes an die berufliche und räumliche Mobilität würden die Fähigkeit und Bereitschaft zu langfristigen Festlegungen im Lebenslauf jedoch stark verringern (Birg 2003: 69). Gleichzeitig scheinen sich junge Frauen und Männer immer weniger langfristig festlegen zu wollen, was laut Birg seine Gründe in der Arbeitswelt habe:

„Die aus den Zwängen des Arbeitsmarktes entstehende Unsicherheit in der Biographie des Mannes hat die Bedeutung der Versorgerehe als Kern des traditionellen weiblichen Lebenslaufs stark zurückgedrängt (...) Dass auch die weiblichen Biographien der gleichen, durch die Wirtschafts- und Arbeitsdynamik bedingten Unsicherheit unterliegen, wirkt sich in einer zusätzlichen Verringerung der Bereitschaft bzw. der Fähigkeit zur Übernahme der Verantwortung aus der Elternschaft aus“ (Birg 2003: 69f.).

Diese Einschätzung ist deshalb so wichtig, weil nicht nur die berufliche Etablierung des Mannes den Zeitpunkt für den Eintritt in eine mögliche Elternschaft bestimmt, sondern nun auch die Frauen gesondert betrachtet werden müssen, seit nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass sie in einer „Versorgerehe“ lebenslang abgesichert sind.

Insgesamt erscheinen mögliche Erklärungsansätze für eine niedrige Fertilität äußerst vielfältig. Bereits 1986 benannte Höhn (313-320) in ihrem Artikel: „Einflussfaktoren des generativen Verhaltens“ folgende Variablen in einem Mehrebenenmodell, die Fertilitätsentscheidungen beeinflussen (Auszug aus Höhn 1986):

Theoretische Erklärungsansätze

- **Einflüsse auf Mikroebene:**

1. *Wert von Kindern* (Verschiebung von Kindern als Arbeitskräfte (ökonomischer Nutzen von vielen Kindern) zu Kindern, die Bildungskosten verursachen, Kinder als emotionale Bereicherung (hier reicht auch ein Kind)) – unterschiedliche Lebensstile vertreten unterschiedliche Wertemuster
2. *Wandel der Familienformen*: von der Idealvorstellung der Großfamilie zum Trend der Kernfamilie (zwei Kinder) und deren Auflösung als Norm (sinkende Heiratsbereitschaft, Zunahme Einkindfamilien, Zunahme Scheidungen)
3. *Einstellung zu Familienplanung und Sexualität, biologische Faktoren*
4. *Sicherere Geburtenkontrolle* ist nicht die, sondern nur eine Ursache des Geburtenrückgangs. Die Gründe, warum verhütet wird, haben sich verändert. Effizientere Verhütung: man muss sich für und nicht mehr gegen Kinder entscheiden, endgültige Trennung von Sexualität und Fortpflanzung. Biologische Faktoren: höhere Infertilität in erster Linie wegen Verhaltensänderung: spätere Entscheidung für Kinder führt zu höherer Unfruchtbarkeit.
5. *Persönlichkeitsmerkmale*: Geschwisterzahl, Kindheitserlebnisse, Kohortenzugehörigkeit, Unsicherheitstoleranz (psychologische Eigenschaft – je größer Unsicherheitstoleranz, desto eher Kinderwunsch).

- **Einflüsse auf der Mesoebene:**

1. *Bildungsniveau* (hoher Erklärungswert: besser gebildete haben niedrigere Kinderwünsche, andere Lebensstile und die positivste Einstellung zu Familienplanungsmethoden, sie planen rationaler mit rechnerischem Kalkül)
2. *Konfession und Religiosität*: Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten haben sich nivelliert, heute wichtiger: der Grad der religiösen Überzeugung
3. *Frauenerwerbstätigkeit*: Geburtenentwicklung verläuft nicht synchron zur Zunahme der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit. „Es ist zwar richtig, dass niemals erwerbstätige Frauen mehr Kinder haben als berufstätige Frauen, doch wird einerseits die Gruppe der Frauen, die niemals berufstätig war, immer kleiner und ist andererseits unklar, ob Berufstätigkeit die Realisierung von Kinderwünschen bremst oder ob die kleineren Kinderzahlen eine Berufstätigkeit der Mütter erleichtern“.
4. *Wohnverhältnisse*: Kinderreiche wohnen häufiger in Eigenheimen. Offen bleibt, ob Wohnform den Kinderwunsch bestimmt oder umgekehrt. Das Wohnumfeld übt bei Kontrolle aller verfügbaren intervenierenden Variablen kaum nachweislich Einfluss auf die Kinderzahl aus. Außerdem: Stadt- Land- Unterschiede mit ihren spezifischen Wohn- und Arbeitsbedingungen.
5. *Finanzielle Gründe*: sind ein sozial akzeptierter Grund. Finanzielle Schwierigkeiten und Engpässe sind nicht die entscheidenden Einflussfaktoren. Unterschiede nach Einkommen werden immer kleiner. Pro-natalistisch orientierte finanzielle Hilfen konnten in der Geschichte durchschnittliche Kinderzahl nur um langfristig maximal zehn Prozent anheben, der Rest waren Nachhol-, Vorzieh-, Mitnahmeeffekte.
6. *Referenzgruppen*: relative Deprivation. Der Unterstützung durch Verwandtschafts-, Freundschafts-, Nachbarschaftsnetze wird positiver Effekt zugeschrieben, überzeugende Beweise für den geburtenfördernden Einfluss liegen aber nicht vor.

Theoretische Erklärungsansätze

- Einflüsse auf Makroebene:
 1. *Verstädterung und Kinderfeindlichkeit*: Industrialisierung und Verstädterung langfristige Prozesse, können langfristigen Geburtenrückgang erklären, aber kaum das aktuelle Geburtenniveau erhellen. Außerhäusliches Arbeiten – geburtendämpfend. Computisierung – mehr Heimarbeit – mehr Vereinbarkeit?
 2. *Modernisierung der Werte*: Säkularisierung, Wandel von christlichen ehe- und familienstützenden Werten und Normen zu Bestrebungen individualistischen, rationalen Handelns (Selbstverwirklichung, Konsum- und Freizeitorientierung = weniger Kinder); außerdem Emanzipation und Gleichstellung (Doppelbelastung = weniger Kinder), es sei denn, Männer würden verstärkt an Hausarbeit partizipieren.
 3. *Verantwortliche Elternschaft und unerfüllte Kinderwünsche*: 2-Kind-Norm; die Annahme, man müsse nur die Barrieren abbauen und Kinderwünsche werden erfüllt, ist strittig.
 4. *Zukunftsangst*: sozial erwünschtes Denken
 5. *Demographisches Klima*: wenig attraktive Hausfrau und Mutter, die als asozial empfundene kinderreiche Familie, die Familie als Sündenbock für Erziehungsfehler und Jugendkriminalität (aus Höhn, 1984)

Höhn schlussfolgert anschließend im Fazit:

„Die Einflussfaktoren finden sich auf allen Ebenen der Sozialstruktur: der Wirtschafts- und der Sozialordnung, der Arbeitswelt und den Chancen des Arbeitsmarktes, sodann auf der mittleren Ebenen der Familie und ihrer Einbindung und schließlich auf der Ebene des Individuums, dessen Lebensplänen ein immer stärkeres Gewicht bei der Ausprägung des generativen Verhaltens zukommt“ (Schmid, unveröffentlichtes Manuskript 1984 zitiert nach Höhn, 1986: 313).

Ziel der vorliegenden Dissertation kann es nicht sein, sämtliche Einflussfaktoren auf das generative Verhalten im Zeitverlauf zu prüfen. Stattdessen wird eine individualistische Perspektive auf den Geburtenrückgang gewählt und aus Sicht der Frau argumentiert. Der Einschätzung der britischen Soziologin Hakim (2000) folgend, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Stellung der Frau in der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten wesentlich gewandelt hat. Welche Folgen hatte dies für die Geburtenentwicklung? Laut Hakim (2003) erscheinen als wichtigste soziale und ökonomische Veränderungen der letzten Jahrzehnte:

- die Gleichstellung der Frau (rechtlich sowie im Hinblick auf ihre Arbeits- und Erwerbschancen)
- die Ausbreitung des Dienstleistungssektors, die Arbeitsplätze schuf, die für Frauen attraktiv sind
- die veränderten Einstellungen, Werte und Lebensstile.

Kaum jemand zweifelt heute die gleichberechtigte gesellschaftliche Position von Frauen an oder stellt sie in Frage. Trotzdem wurde empirisch nicht geprüft, welche Folgen die Emanzipation der Frau auf die Geburtenentwicklung hatte. Die Fragestellung erscheint insofern bis heute eine wesentliche Forschungslücke zum Geburtenrückgang zu sein, weil theoretische demographische Erklärungsansätze primär aus Sicht des Haushalts argumentieren. Einen aktuellen Überblick über Fertilitätstheorien bietet Niephaus (2012), den sie mit folgender Einschätzung einleitet:

„Was alle Ansätze eint, ist die vollkommene Vernachlässigung der Bedeutung der Frauenbewegung für das generative Handeln. Dem Historiker Hans Zmarzlik folgend, hat diese eine gesellschaftliche Wandlung eingeleitet, epochal wie die Anfänge staatlicher Sozialpolitik (und diese wird wohl berücksichtigt):

„Eine seit Jahrtausenden hingegenommene Frauenlage wird zum ersten Mal im Kaiserreich zur kritisch formulierten ‚Frauenfrage‘. Zwischen 1890 und 1914 sind mehr als eine halbe Millionen Frauen organisiert worden – mit gesellschaftlich bedeutenden Forderungen, die bis heute z.T. noch einzuholen wären. Wie immer begrenzt und zeitgebunden das Groß dieser Frauen den rückblickenden Betrachter erscheinen muss, ihr Auftreten markiert eine Wendezeit... – bis hin zu Neubewertungen der Geschlechterrollen, der Familienstruktur, der Sexualmoral“ (Zmarzlik 1976:118f., zitiert nach Niephaus 2012:53).

Die unterschiedliche Stellung von Männern und Frauen in der Gegenwart und die problematische Situation der Mutter wurde zwar bereits in den 70-er Jahren vom Soziologen Rene König für Deutschland herausgearbeitet. Inwieweit sich die zunehmende Emanzipation der Frau in sinkenden Geburtenziffern widerspiegelt, wurde jedoch bis heute nicht empirisch überprüft, was eventuell auch auf die mangelnde Datenlage zurückgeführt werden kann. Heute stehen jedoch Scientific Use Files des Mikrozensus zur Verfügung, mit denen sich solche grundlegenden Fragen, die sowohl auf repräsentative als auch im Zeitverlauf vergleichbare Daten angewiesen sind, beantworten lassen. Die demographische Forschung konzentrierte sich seit den 80-er Jahren auf einen Wertewandel, der veränderten Lebensformen zugrunde liegt, die Emanzipation der Frau spielte immer nur eine untergeordnete Rolle. In folgenden Theorieteil wird herausgearbeitet, wie sich die veränderte Stellung der Frau in der Gesellschaft darstellt. Da die Demographie als interdisziplinäre Wissenschaft sich in der Regel aus anderen Disziplinen bedient, werden im Folgenden zuerst jene Ansätze vorgestellt, die sich schon seit mehreren Jahrzehnten mit Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auseinandersetzen.

3.1. Die Stellung der Frau zwischen Beruf und Familie

So bemerkte der wohl wichtigste deutsche Soziologe der Nachkriegszeit Rene König zwar bereits 1974 eine völlig unterschiedliche Stellung von Männern und Frauen in der Gegenwart. Laut König (1974:255) sei es

„ein großer Mangel vieler Analysen der Gegenwart, dass die diesen Umstand vernachlässigen; sie erfassen damit nur einen Teil der Geschichte. (...) „Nicht nur soziologische Zeitdiagnosen zeichnen sich durch eine solche Einseitigkeit aus, sondern auch die sozialpsychologischen oder tiefenpsychologischen Analysen der menschlichen Person in unserer Zeit“.

Laut König sei der Konflikt strukturell bedingt: einerseits erhalte die Frau zunehmenden Eintritt in die wirtschaftliche und politische Betätigung und war bspw. im Zweiten Weltkrieg auch meistens ganz auf sich gestellt, dass heißt musste auch die wirtschaftliche Verantwortung für den Haushalt übernehmen. Andererseits benennt König (1974:256) reaktionäre Strömungen, die drei K's (Kinder Küche Kirche) und ein Frauenbild, das nicht mehr zur Wirk-

lichkeit passt. Eine „an und für sich problematische Situation“ werde dadurch geschaffen, dass der Status der verheirateten Frau indirekt über den Status bzw. Beruf ihres Ehemannes bestimmt wird.

„Als Folge dieser Situation bleiben häufig Frauen aus der Oberschicht mit besonders hohem Ausbildungsstand unverheiratet, weil sie bei Heirat eine Statusminderung zu befürchten haben. Dieser Umstand wird übrigens der Ausgangspunkt für eine weitverbreitete, soziologisch in dieser Form jedoch völlig unhaltbare Verallgemeinerung, dass die höhere Berufsqualifikation für die Ehe- und Kinderlosigkeit dieser Frauen direkt verantwortlich sei, worauf man sofort weiterschloss auf eine allgemeine kausale Beziehung zwischen Kinderlosigkeit und Erwerbstätigkeit der Frau überhaupt. Diese falschen Theorien verpassen die ganze Problematik der sozialen Stellung der Frau in unserer Gesellschaft“ (König 1974:257).

Inwieweit man auch heute noch von einer höheren Stellung der Frau eine höhere Kinderlosigkeit schlussfolgert, soll hier im Folgenden diskutiert werden. Dieser Konflikt betrifft im Jahr 2013 eine weit größere Anzahl von Frauen als noch zu Rene Königs Zeiten. Aber auch schon 1974 betraf dieser Konflikt zwischen beruflicher Selbstständigkeit und mütterlicher Abhängigkeit laut König nun nicht mehr nur Frauen der Oberschicht, sondern durch die Verbreitung der höheren Bildung sowie durch die Tatsache, dass immer mehr Mädchen eine eigene Berufsausbildung auch als Aussteuer erlangen, auch Frauen mittlerer Schichten und damit zahlenmäßig immer mehr Frauen. König schlussfolgert:

„Die Stellung der Frau in der modernen Gesellschaft zeichnet sich also durch eine große Statusunsicherheit aus, weil ihr Status ganz und gar von dem des Mannes abhängt, während ein höheres Ausbildungsniveau, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung aller Art, eine soziale Aufstiegstendenz und auch eine teilweise veränderte Stellung der Gesamtgesellschaft, insbesondere der öffentlichen Meinung, zum Eingang der Frau in die Berufswelt größere Erwartungen für eine statistisch beträchtliche Anzahl von Frauen geschaffen haben, die nunmehr in der Wirklichkeit enttäuscht worden sind“ (König 1974:259).

In der vorliegenden Dissertation soll daher geprüft werden, wie sich eine veränderte Stellung der Frau – in Form höherer Bildungs- und Berufsbildungsabschlüsse – auf den Wandel der Geburtenrate auswirkte. Der Zusammenhang zwischen gewandelten Bildungs- und Berufschancen und Kinderzahlen soll im Zeitverlauf aufgezeigt und der Einfluss des Strukturwandels auf das generative Verhalten empirisch überprüft werden. Im folgenden theoretischen Teil dieser Dissertation wird aufgezeigt, warum die Stellung der Frau zwischen Beruf und Familie bis heute eine wesentliche, jedoch in der demographischen Theorie größtenteils unterbelichtete Komponente des Geburtenrückgangs ist. In der empirischen Analyse soll anhand von Mikrozensusdaten im Zeitverlauf analysiert werden, ob sich die Widersprüche etwas abgeschwächt haben oder ob sich der Konflikt zwischen Beruf und Familie sogar verschärft hat.

Die Zusammenhänge zwischen Berufstätigkeit der Frauen und der Geburt von Kindern wurden in der Soziologie der 60er und 70er Jahre bereits recht deutlich beschrieben. König (1974:281) begründet das 3-Phasen Modell (1. Phase Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit,

2. Phase Ausstieg aus Erwerbstätigkeit wegen Mutterschaft, 3. Phase Rückkehr in den Beruf) mit der Verlängerung der Lebenserwartung und der Tatsache, dass das Menschenbild heute zutiefst vom Beruf geprägt sei. Die wichtigste Tätigkeit der Frau nach Abschluss des Familienzyklus - wenn auch das letzte Kind aus dem Haus ist - werde daher die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit sein. Ebenso benennt König schon den Qualifikationsverlust durch Phasen der Nichterwerbstätigkeit – „damit wird die Unsicherheit des sozialen Status der Frau nochmals verschärft“ (1974:283). Letztlich folgt König Myrdal und Klein, die bereits vier Jahre vorher 1971 die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf ausführlich anhand quantitativer Daten beschrieben. Myrdal und Klein (1971:71f.) stellten insbesondere das damals übliche 3-Phasen-Modell in Frage. Insbesondere konnten Myrdal und Klein zeigen, dass sich der Weg der Berufstätigkeit für die Frauen gabelt, je nachdem, ob sie heiraten oder nicht. Noch in den 70-er Jahren führte eine Hochzeit häufig zur Aufgabe der Berufstätigkeit: „Die Gruppe von Frauen, die weiterhin im Erwerbsleben bleiben, besteht überwiegend aus solchen, die nicht heiraten“ (Myrdal/Klein 1971:71). Myrdal und Klein fordern deshalb das „Recht der verheirateten Frau auf Arbeit“ und spiegelbildlich das „Recht der arbeitenden Frau auf Heirat (Myrdal/Klein 1971:72). Und auch laut König ist das Frauenproblem in den 70-er Jahren die Frage, „ob die erwerbstätige Frau ihren Beruf aufgeben soll zugunsten der Hausarbeit“ (König 1974:287-288).

Allerdings differenziert König deutlicher als Myrdal und Klein zwischen Aufgabe des Berufs wegen einer Heirat oder wegen eines Kindes. König bemerkt, dass „Frauen mit einem Kind noch nicht die Tendenz haben, aus dem Erwerbsleben auszusteigen“ (König 1974:288). Vielfach stehe ein Großelternanteil, eine Oma, zur Verfügung, welche die Betreuung des Kindes übernimmt. Erst mit dem zweiten Kind mache sich ein Druck bemerkbar, die Erwerbstätigkeit niederzulegen. „Die (...) Lebensphase der Ehefrau mit zwei und mehr Kindern wird dadurch charakterisiert, dass die Mutter aus dem Erwerbsleben weitgehend ausscheidet“ (König 1974:288). Nicht die Heirat oder die Geburt eines Kindes zwingt die Frauen daher, ihren Beruf niederzulegen, sondern erst die ihnen allein aufgebürdete Verantwortung der Kinderbetreuung. Dieser Konflikt und die Statusunsicherheit der Frau sind laut König extrem wesentlich, in der Wissenschaft jedoch häufig zu wenig thematisiert. König schlussfolgert,

„dass die Frau in ihrer wichtigsten Lebensphase als Mutter wegen ihres sozialen Status voll und ganz auf ihren Mann angewiesen ist, obwohl sie damit ihre eigenste Rolle erfüllt, wie die öffentliche Moral annimmt. Es scheint uns seltsam, dass kaum einer der Betrachter das zutiefst Paradoxe und zuallererst Unbefriedigende dieser Situation bemerkt“ (König 1974:290).

Laut König seien deutsche Mütter im Vergleich zu Engländerinnen oder Französischen häufiger nichterwerbstätig und damit abhängig von ihrem Ehemann, insofern dieser vorhanden ist. In England und Frankreich hingegen bedeute die berufliche Tätigkeit der Frau gesamtgesellschaftliche Integration und Sprengung der familiären Isolierung der Frau (König 1974: 291). König zeigt auf, wie sich das 3-Phasen-Modell in Deutschland in den 50-er Jahren herausbildet. Laut König stehe Deutschland in den 60-er Jahren nun da, wo Frankreich schon 1906 war (König 1974:295-296). Es deutet daher einiges darauf hin, dass die Integration der Frau bzw. der Mutter in den Beruf auch gesellschaftliche Ursachen hat und das heute bestehende Unterschiede zwischen den Ländern in einer historischen Kontinuität betrachtet werden müssen.

Darüber hinaus liefert König Begründungen, warum Mutterschaft in ihrer heutigen Organisation nicht als Beruf gelten kann. Ähnliches gilt für die Hausfrauentätigkeit. Laut König (1974:300ff.) könne Mutterschaft kein Beruf sein, weil eine biologische Funktion nicht zu einem Beruf verwandelt werden kann. Zweitens ist die Zahl der Kinder aufgrund geringerer Sterblichkeit deutlich gesunken, „so dass die produktive Phase des Mutterberufs immer mehr zusammenschrumpft und früher aufhören muss“ (König 1974:303). Mutterschaft könne daher gar kein Beruf sein, „da ihm ein wesentliches Merkmal dazu fehlt, nämlich die lebenslängliche Ausübung“ (König 1974:303). Nur die Ehe ist lebenslänglich, daher könnte höchstens der Beruf Ehefrau als tatsächlicher Beruf bezeichnet werden, nicht jedoch die Mutterschaft. Die Mutterschaft hingegen ist nur „eine Rolle, die eine Mehrheit von anderen Rollen nicht ausschließt“ (König 1974:303). Der Konflikt zwischen den Rollen als Ehefrau und Hausfrau einerseits und Berufsfrau andererseits ist nicht gelöst, „solange nicht im Sinne einer Neuformulierung der Ehe als Gefährtenschaftsehe die Haushaltsarbeit zwischen Mann und Frau geteilt wird“ (König 1974:304). „Die Alternative ist dann entweder gemeinsame Haushaltsarbeit von Mann und Frau oder Anrechnung der Tätigkeiten der Nur-Hausfrau als (in Geldwert messbarer) Beitrag zum Familieneinkommen“ (König 1974: 305).

Führt die Geburt von Kindern heute nach wie vor dazu, dass die Frau ihren Beruf niederlegt? Für die hier vorgelegte Fragestellung ist eine differenzierte Betrachtung von Berufstätigkeit und Kinderzahl von großer Bedeutung. Beispielsweise ist es denkbar, dass Frauen heutzutage ihre Kinderzahl auf nur eins einschränken, weil sie so noch erwerbstätig sein können. Schon zu Rene Königs Zeiten partizipierten Frauen mit einem Kind noch am Erwerbsleben. Gleichzeitig könnte auch heute noch die Gründung einer großen Familie mit einer nötigen langfristigen Aufgabe der Erwerbstätigkeit der Mutter verbunden sein. Empirische Ergebnisse aus dem

Mikrozensus 2008 zeigen, dass Frauen mehrerer Kinder überproportional häufig Nichterwerbspersonen sind. Ist das jüngste Kind im Kindergartenalter, sind 28 Prozent der Frauen mit zwei Kindern, aber 45 Prozent der Frauen mit drei Kindern Nichterwerbspersonen (Bert-ram/Rösler 2011: 157). Zur Klärung des Sachverhalts niedriger und sinkender Geburtenzahlen in Deutschland erscheint es extrem wesentlich, den Zusammenhang zwischen dem Strukturwandel - mehr Frauen mit höherer Bildung, mehr Frauen mit Berufschancen – und dem Fertilitätsverhalten zu prüfen. Denn heute haben deutlich mehr Frauen als früher berufliche Teilhabechancen, die sie unter Umständen gegen die Geburt von Kindern abwägen. Die empirische Überprüfung dieses Sachverhalts ist bisher noch nicht geleistet worden. Der folgende Theorieteil gliedert sich deshalb wie folgt: nach der Diskussion der ökonomischen Mikrotheorie zur Arbeitsteilung in der Familie werden internationale Forschungsergebnisse dargestellt, die den Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation der Frau, ihrer Teilhabe am Erwerbsleben und ihren Kinderzahlen thematisieren. Anschließend wird gefragt, welche Faktoren die Kinderkosten senken. Jeweils am Abschluss der folgenden theoriegeleiteten Kapitel wird hergeleitet, welche Thesen im empirischen Teil zu prüfen sind, diese Abschnitte sind mit dem Stichwort „Thesen“ gekennzeichnet.

3.2. Die innerfamiliäre Arbeitsteilung und die Frauenemanzipation

1992 wurde dem Ökonomen Becker der Nobelpreis „für seine Ausdehnung der mikroökonomischen Theorie auf einen weiten Bereich menschlichen Verhaltens und menschlicher Zusammenarbeit“ (Wikipedia) verliehen. Gemäß der ökonomischen Theorie geht er vom rational handelnden Individuum aus. Für die Familiensoziologie ist insbesondere sein Werk „The Treatise of the Family“ (1981) von großer Bedeutung, in welchem er die innerfamiliäre geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu erklären versucht. Gemäß ökonomischer Theorietradition definiert Becker die Ehe als einen Langzeitvertrag zwischen dem Mann und der Frau. Grundsätzlich geht die ökonomische Theorie von Individuen aus, die ihren persönlichen Nutzen maximieren möchten (Becker 1993:31). Für das Gesetz des komparativen Nutzens ist es ökonomisch sinnvoll, die Ressourcen der einzelnen Haushaltsmitglieder gemäß ihrer relativen Effizienz einzusetzen (Becker 1993:32). Becker leitet aus der Übertragung ökonomischer Grundsätze auf die Familie verschiedene Theoreme ab, die nun ausführlicher erläutert und auch in ihren Kritikpunkten dargestellt werden sollen.

Beckers (1993:33) erstes Theorem zur Arbeitsteilung in der Familie lautet:

1. Wenn mehr als eine erwachsene Person im Haushalt lebt, wird sich die Person mit den besseren Marktchancen ganz auf den Markt spezialisieren.

Anders als noch zu Beckers Zeiten betrifft das heute jedoch nicht mehr per se den Mann. Im Gender Datenreport der Bundesregierung (2005) werden Daten zur Bildung, Ausbildung und Weiterbildung geschlechtsspezifisch ausgewertet. In Punkto Schulbildung haben die Mädchen die Jungen bereits überholt: „Mädchen werden in Deutschland im Durchschnitt früher eingeschult, sie wiederholen seltener eine Klasse und besuchen häufiger ein Gymnasium als Jungen“ (Gender Datenreport 2005:22). Allerdings wählen Mädchen anschließend häufiger Ausbildungen in Dienstleistungsberufen.

„Junge Männer beginnen häufiger eine Ausbildung im dualen System, junge Frauen dagegen häufiger an Berufsfachschulen. Junge Männer werden häufiger in gewerblich-technischen, junge Frauen in Dienstleistungsberufen ausgebildet (...) Die Nachteile von Frauen, die das Niveau der Berufsbildung betrafen, sind weitgehend ausgeglichen. In den älteren Kohorten verfügen die Männer noch über höhere berufliche Bildungsabschlüsse, bei den unter 30-Jährigen haben dagegen schon mehr Frauen einen (Fach-)Hochschulabschluss erreicht“ (Gender Daten Report 2005:22).

Junge Frauen wählen überdurchschnittlich häufig Berufsfachschulen (Frauenanteil 60 Prozent) oder Schulen des Gesundheitswesens (Frauenanteil 80 Prozent). Zwar bekämen nach einer betrieblichen Ausbildung Frauen seltener ein Übernahmeangebot als Männer, ein Jahr nach Abschluss ihrer Berufsausbildung haben Frauen jedoch jeweils zu einem höheren Anteil als die vergleichbaren männlichen Fachkräfte einen adäquaten Arbeitsplatz gefunden (Gender Daten Report 2005: 61f.). Frauen haben also grundsätzlich keine schlechteren Marktchancen als Männer. Hier trat ein deutlicher Wandel auf, den Becker seinerzeit in dem Maße noch nicht absehen konnte.

Allerdings ist die Berufswahl nach wie vor geschlechtsspezifisch. Für die Frauen impliziert das sowohl Vor- als auch Nachteile. So wird die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit grundsätzlich mit dem Ausbau des Dienstleistungssektors in Verbindung gebracht. Durch die Zunahme des Arbeitskräftebedarfs im Rahmen der Tertiärisierung entstand ein Arbeitskräftemangel, den insbesondere Frauen, die im Vergleich zu Männern häufiger Ausbildungsberufe in diesem Bereich wählen, füllen konnten (Blossfeld/Hakim 1997, Casper/Bianchi 2002, Hakim 2000). Die Arbeitsmöglichkeiten von Frauen haben sich im Vergleich zu früheren Kohorten und auch im Vergleich zu Männern deutlich verbessert (Blossfeld et al. 2008). Die Tertiärisierung der Beschäftigungsstruktur und die Veränderung hin zu einer Wissensgesellschaft führen zu einer relativen Verbesserung der Beschäftigungsstruktur (Hakim 2000, Blossfeld/Hakim 1997). Relativ unqualifizierte Beschäftigungsverhältnisse in der Produktion- und Dienstleistung werden durch mehr qualifizierte Tätigkeitsbereiche in der Dienstleistungsbranche ersetzt. Gleichzeitig entstehen jedoch auch mehr flexible und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Blossfeld/Hofmeister 2008).

Die Entscheidung, ob heute der Mann oder die Frau nach Abschluss der Berufsausbildung das höhere Einkommen erzielen wird, liegt deshalb längst nicht mehr so klar auf der Hand wie Mitte der 80-er Jahre, als bei den meisten Paaren noch der Mann über die wertvolleren Bildungsabschlüsse verfügte. Sollte Beckers Theorem, dass sich in einem effizienten Haushalt mit mehreren erwachsenen Personen eine Person ausschließlich auf dem Arbeitsmarkt spezialisiert, richtig sein, dürften sich die innerfamiliären Konflikte zugespitzt haben.

Im Vergleich zu früher haben sich die Marktchancen der jungen Frauen wesentlich verbessert. Sie sind damit grundsätzlich in der Lage, auf mit den Männern vergleichbaren Positionen in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Aus dieser Argumentation heraus muss dann auch Beckers Ansatz, dass Frauen im Vergleich zu Männern mehr Vorteile haben, wenn sie sich auf Hausarbeit spezialisieren, in Frage gestellt werden:

„Women can be said to have a comparative advantage in the household sector when there are complementarities between men and women if the ratio of the marginal product in the household to the wage rate in the market is higher for women than for men when both supply the same amount of time to the household and when both invest in the same human capital“ (Becker 1993:39).

Hinzu kommt die mittlerweile schon altertümlich anmutende Argumentation der biologischen Unterschiede, die Frauen von vornherein auf ihre Funktion des „bearing and rearing“ festlegen würde (Becker 1993:39). Eine Schwangerschaft dauert gewöhnlich neun Monate. Bei einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,5 Kindern pro Frau sind Frauen heute durchschnittlich 13,5 Monate schwanger. Laut des geltenden Mutterschutzgesetzes dürfen Frauen sechs Wochen vor Geburt und 8 Wochen nach Geburt nicht arbeiten, das entspricht bei einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,5 Kindern pro Frau insgesamt 21 Wochen. Weil die durchschnittliche deutsche Frau folglich ein knappes halbes Jahr lang aufgrund ihrer biologischen Mutterschaft nicht arbeiten darf oder kann, soll sie sich auf Hausarbeit spezialisieren?

Im zweiten Theorem führt Becker die ökonomisch gewinnbringende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aus. Er legt die Theorie des komparativen Kostenvorteils zu Grunde. Becker (1993:34) schreibt:

2. Seit alle Haushaltsmitglieder unterschiedliche komparative Produktionsvorteile haben, wird nur ein Haushaltsmitglied sowohl in Markt- als auch in Hausarbeit investieren. Haushaltsmitglieder, die auf den Markt spezialisiert sind, spezialisieren sich ganz auf den Markt, Haushaltsmitglieder, die auf den Haushalt spezialisiert sind, ganz auf den Haushalt.

Becker argumentiert, dass durch die traditionelle Rollenverteilung letztlich eine höhere Gesamtproduktivität des Haushalts erreicht werden kann. Dieses Theorem wurde vor allem von der Frauenforschung in Frage gestellt, denn es „unterstellt, dass diese Bewertung auf Haus-

haltsebene einen innerfamiliären Konsens darstellt und die individuelle Bewertung der Familienmitglieder davon nicht abweicht“ (Ott 1989:97). Nach Ott profitieren bei der traditionellen Arbeitsteilung nicht alle Haushaltsmitglieder gleichermaßen von den Produktivitätsgewinnen. Lohnsätze hängen ganz wesentlich von der Berufserfahrung ab.

„Eine Erwerbstätigkeit dient somit nicht nur dem Einkommenserwerb, sondern führt gleichzeitig zu einer Erhöhung des Humankapitalstockes und damit zu einer höheren Einkommenskapazität in der Zukunft. In Zeiten der Nichterwerbstätigkeit dagegen verliert Humankapital durch Vergessen und Veraltern an Wert“ (Ott 1989:100).

Das durch die Spezialisierung auf Hausarbeit entstandene haushaltsspezifische Humankapital kann außerdem nur innerhalb des Haushalts eingesetzt werden. Steigt nun ein Partner aus dem Ehevertrag aus, dann geht der auf Hausarbeit spezialisierte Partner „das Risiko ein, im Konfliktfall auf die eigene verminderte Einkommenskapazität angewiesen zu sein“ (Ott 1989:101). Ott stellt Beckers zweites Theorem, dass eine traditionelle Arbeitsteilung mit einem Brot verdienen Vater und mit einer auf Hausarbeit spezialisierten Mutter grundsätzlich ökonomisch vorteilhaft ist, insbesondere für die Frauen in Frage. Laut Ott würden sich aus verhandlungstheoretischer Sicht die Frauen durch ihre Spezialisierung auf Hausarbeit und den damit einhergehenden Verzicht auf langfristige Einkommensgewinne in eine schlechtere Verhandlungsposition bringen als Männer (Ott 1989:102-104). Für die Frau entsteht „durch die Erwerbsunterbrechung eine einseitige Abhängigkeit vom Wohlverhalten des Partners und seiner Einschätzung, was eine ‚angemessene‘ Gegenleistung ist“ (Ott 1989:110). Durch die sich insgesamt verbesserten Arbeitsmarktchancen der Frauen haben sich die aus einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit ergebenden Nachteile vergrößert.

Der Verzicht auf das eigene Einkommen wiegt deutlich mehr, wenn die Frau wie heute über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium verfügt und nicht mehr wie früher häufig nur über einen Volksschulabschluss. Ott hat dies bereits 1989 formuliert und daraus folgenden Schluss gezogen:

„Danach wäre zu erwarten, dass in den Familien häufiger die suboptimale, aber sichere Lösung realisiert und die Entscheidung gegen ein Kind getroffen wird. Sinkende Geburtenziffern und gestiegene Frauenerwerbsbeteiligung müssen dann als individuell rationale Reaktion auf gestiegene individuelle Risiken bei traditioneller Rollenverteilung gesehen werden, sich (...) zu verschlechtern“ (Ott 1989:112).

Otts Argumentation gewinnt damit an Brisanz, als dass Unterhaltsansprüche seit den 80-er Jahren im Falle des Scheiterns einer Ehe kontinuierlich abgebaut wurden. Hier hat sich die Situation einseitig für den auf eine eigene Erwerbstätigkeit verzichtenden Ehepartner verschlechtert, denn er kann während einer möglichen Spezialisierung auf Hausarbeit nicht mehr darauf vertrauen, dass er im Bund der Ehe lebenslang versorgt ist. Im Zeitverlauf ist nicht nur das Scheidungsrisiko gestiegen, sondern es wird insbesondere im neuen Unterhaltsrecht

(BGB 2008) davon ausgegangen, dass geschiedene Frauen für ihren eigenen Unterhalt aufkommen können. Während sich also in der Regel der Mann auf die Erwerbsarbeit spezialisiert, verschlechtern sich die Marktchancen der Frauen während der kindsbedingten Erwerbsunterbrechungen wesentlich. Ist die Frau nun bspw. aufgrund einer Scheidung wieder darauf angewiesen, selbst erwerbstätig zu sein, was nach der derzeitigen Rechtslage grundsätzlich von ihr erwartet wird, dann nimmt die Frau relative Nachteile in Kauf, die sich für den auf die Erwerbstätigkeit spezialisierten Partner in dieser Form nicht nachweisen lassen.

Mit dieser Argumentation wird auch Beckers (1993:34) drittes Theorem grundsätzlich in Frage gestellt, welches lautet:

3. Höchstens ein Mitglied eines effizienten Haushalts wird sowohl in Markt- als auch in Haushaltskapital investieren und Zeit in beide Sektoren verwenden.

Becker argumentiert, dass sich der Output nicht ändern würde, wenn das Investment geteilt würde, sich jedoch durch die Spezialisierung auf eine Tätigkeit Vorteile ergeben, weshalb effizientere Haushalte die Arbeitsteilung wählen. Wenn aber nun, wie von Ott (1989) dargestellt, die individuellen Risiken der Spezialisierung auf Hausarbeit größer sind als die Risiken, die durch die Spezialisierung auf Erwerbstätigkeit entstehen, wird sich die Frau nicht mehr einseitig auf diesen Vertrag einlassen. Sie wird dann wie von Ott (1989) prognostiziert die sichere Variante wählen und auf Kinder verzichten oder von ihrem Partner verlangen, die Hausarbeit gleichberechtigt zu übernehmen. Allerdings zeichnet sich hier das Problem ab, dass eine Spezialisierung auf Hausarbeit, wie sie aus den genannten Gründen für Frauen nicht mehr attraktiv ist, für Männer ebenso reizlos ist. In einem gemeinsamen Aufsatz zum Thema konnten Bertram/Rösler (2011:156) aufzeigen, dass auch im Jahr 2008 nur drei Prozent der Männer mit kleinen Kindern im Haushalt Nichterwerbspersonen sind, während dies aber auf 42 Prozent der Frauen mit Kindern unter drei Jahren in den alten Bundesländern (und 32 Prozent derselben Gruppen in den neuen Bundesländern) zutrifft. Sind die Kinder jedoch im Kindergartenalter, sind sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern die Mehrheit der Frauen erwerbstätig, investieren also sowohl in Markt- als auch in Haushaltskapital.

Beckers viertes Theorem kann heute mit ökonomischen Argumenten angezweifelt werden. Becker (1993:35) schreibt:

4. Alle Mitglieder eines effizienten Haushalts werden sich entweder komplett auf den Markt oder auf den Haushalt spezialisieren.

Becker (1993:35) argumentiert, dass bei Zusammenlegung zweier Haushalte, in denen beide Personen sowohl erwerbstätig waren als auch Hausarbeit leisteten, sich eine Person anschlie-

ßend ganz auf die Erwerbstätigkeit konzentrieren kann und daher nun soviel Zeit investieren kann wie vorher beide zusammen. Diese Argumentation ist nur zum Teil richtig, denn die Belastung von Haushalten mit Haushaltstätigkeiten variiert stark mit der Zusammensetzung des Haushalts. Bei einem typischen jungen Paar heute vor der Entscheidung zu einem gemeinsamen Haushalt sind in der Regel beide Partner Vollzeit erwerbstätig und verbringen vielleicht zwei Stunden täglich mit Haushaltstätigkeiten. Da die Hausarbeit heute also weniger Zeit in Anspruch nimmt als die Erwerbstätigkeit, werden – zumindest in kinderlosen Haushalten – nach wie vor beide erwerbstätig sein. Die Haushaltsarbeitsbelastung steigt dann erst mit der Zahl der Kinder an.

Dann stellt sich die Frage, ab dem wievielten Kind es ökonomisch sinnvoll ist, sich ganz auf die Hausarbeit zu konzentrieren und die Mütter ihre Erwerbstätigkeit aufgeben – zu Königs Zeiten Anfang der 70-er Jahre war dies in der Regel mit dem zweiten Kind der Fall (König 1973:288). Anhand von Daten des Mikrozensus Scientific Use Files 2008 konnte bereits aufgezeigt werden, dass Frauen mit mehreren Kindern überdurchschnittlich häufig nicht erwerbstätig sind (Bertram/Rösler 2011). Durch die Einschränkung der Doppelerwerbstätigkeit der Eltern verschlechtert sich deren Markteinkommen mit letztlich negativen Folgen für den Wohlstand der Familie. Für die hier vorliegende Fragestellung ist dieser Punkt von wesentlicher Bedeutung, denn gerade die dritten Kinder sind wesentlich für die Höhe der Geburtenrate eines Landes, gleichzeitig geben deutsche Frauen aber häufig spätestens mit den dritten Kindern ihre Erwerbstätigkeit auf oder geben an, dass ab dem dritten Kind eine Erwerbstätigkeit nicht mehr möglich ist. Thelen und Baerwolf kommen 2008 in einer qualitativen Untersuchung in den neuen Bundesländern zu dem Schluss, dass „quer durch alle Milieus bei drei Kindern (....) eine Mutter nicht mehr als erwerbsfähig angesehen wird“ (Thelen/ Baerwolf 2008).

Thesen zur Überprüfung in Kapitel 6:

Im empirischen Teil soll geprüft werden, wie sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen bei Kontrolle des höchsten Berufsbildungsabschlusses im Zeitverlauf veränderte. Haben Mütter heute größere Teilhabechancen in Form von Erwerbstätigkeit bzw. haben berufstätige Frauen Teilhabechancen in Form von Kindern? Einerseits sollten sich sowohl durch die zunehmende weibliche Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Frauen als auch durch einen Ausbau der familienpolitischen Maßnahmen deren Teilhabechancen an Beruf und Kindern im Zeitverlauf verbessert haben. Sollten andererseits Frauen nach wie vor mit der Mutterschaft längerfristig

aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden, sind ihre Opportunitätskosten (in Form verlorenegegangenes Erwerbseinkommen) unverändert hoch und betreffen heute eine größere Zahl von Frauen als früher, weil Frauen insgesamt mehr Berufsbildungschancen haben.

Die Hausarbeit

Darüber hinaus zeigt sich im Zeitverlauf, dass sich aufgrund innovativer Haushaltstechnologien die Arbeitsbelastungen durch Hausarbeit stark verringert haben. Heute wird weit weniger Zeit für die Haushaltsreinigung oder die Zubereitung von Mahlzeiten verwendet als früher. Folglich bleibt mehr Zeit für die Erwerbstätigkeit und weisen Haushalte einen gestiegenen Konsumbedarf auf. Laut Esping-Andersen (2009: 37) ist die Haushaltsarbeitsbelastung zwischen 1965 und 2003 insgesamt um fünf Stunden pro Woche gesunken. Für den gleichen Zeitraum zeigt sich, dass Frauen elf Stunden weniger Hausarbeit leisten und Männer vier Stunden mehr. Amerikanische Studien gehen daher heute davon aus, dass eine größere Gleichverteilung der Ressourcen zwischen den Geschlechtern auch zu mehr Gleichheit in der Belastung durch Hausarbeit führt (Bianchi 2000, nach Esping-Andersen 2009:37). Deutsche Studien unterstützen diese Ergebnisse: anhand von Daten des Gender und Generation Surveys (GGS) von 2005 können Wengler et al. (2008:53) für Deutschland aufzeigen, dass in Haushalten mit Frauenerwerbstätigkeit die Routine-Hausarbeiten gleichmäßiger auf die Partner aufgeteilt werden. Das gleiche gilt für die Elternaufgaben, die bei doppelerwerbstätigen Paaren deutlich häufiger von beiden übernommen werden (Wengler et al. 2008:53). Die Haus- und Elternarbeit wird umso gleichmäßiger zwischen den Partnern aufgeteilt, desto mehr die Frau verdient (Wengler et al. 2008:58). Die von Becker für effektive Haushalte vorgeschlagene Spezialisierung fand also nicht statt – stattdessen kam es zu einer größeren Gleichverteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Eltern.

Ergebnisse des Generation and Gender Surveys (Wengler et al. 2008:47) zeigen, dass in den neuen Bundesländern die Frauen seltener hauptsächlich die „Routine-Hausarbeiten“ übernehmen, gleichzeitig sind Frauen in den neuen Bundesländern häufiger in Vollzeit erwerbstätig. Mit steigender Kinderzahl übernehmen die Frauen jedoch häufiger allein die Hausarbeit (Wengler et al. 2008:51) - ein Beispiel für die Spezialisierung der Arbeitsteilung nach Becker, die aber offensichtlich erst mit größerer Kinderzahl wirksam wird. Da im Mikrozensus keine Daten zur Hausarbeit vorliegen, können im eigenen empirischen Teil nur Aussagen zur Arbeitsteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Partnern getroffen werden.

In seinem fünften Theorem betont Becker dann noch einmal die gewinnbringende Spezialisierung auf eine Tätigkeit. Aus den oben schon genannten Gründen wurde die Spezialisierung auf Hausarbeit insbesondere in der frauenpolitischen Literatur in Frage gestellt, zumal die Spezialisierung auf Hausarbeit nur auf der Individualebene mit einer höheren Kinderzahl und damit mit höheren Skalenerträgen in Verbindung gebracht werden kann. Laut Daten der OECD (2002) geht in allen europäischen Ländern und auch in den USA eine größere Kinderzahl mit einer geringeren Erwerbsbeteiligung einher. Insbesondere Mütter von zwei und mehr Kindern sind nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich oder den USA seltener erwerbstätig (Eggen/Renz 2994). In den skandinavischen Ländern sind die Unterschiede in der Erwerbspartizipation nach Kinderzahl weniger markant. Allerdings besteht ausschließlich auf der Mikroebene ein negativer Zusammenhang zwischen der Nichterwerbstätigkeit der Frau und der Kinderzahl. Auf der Makroebene zeichnet sich dieser Zusammenhang genau umgekehrt.

3.3. Der Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität

So haben heute gerade jene Länder höhere Geburtenraten, in denen die weibliche Erwerbstätigkeit höher ist. Ahn und Mira (2000:671) zeichnen diesen Wandel anhand von Panel-Daten von OECD Ländern im Zeitvergleich 1970 bis Ende der 90-er Jahre nach. Demnach betrug die Korrelation zwischen der Frauenerwerbstätigkeit und der TFR 1981 noch -,44, 1986 war die Korrelation nahe 0 und ab 1989 bestand ein positiver Zusammenhang von 0,44. Der Vorzeichenwechsel zwischen der Frauenerwerbstätigkeit und der TFR wurde auf Makroebene in verschiedenen Studien aufgegriffen, in denen insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie diskutiert wurde (OECD 2001, Esping-Andersen 2004, Castles 2002, Rindfuss et al. 2003, Bujard 2011). Auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienpolitische Maßnahmen wird im folgenden Unterkapitel ausführlich eingegangen.

Während die OECD (2001), Esping-Andersen (2004), Castles (2002), Rindfuss et al. (2003) sowie Bujard (2011) die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen benutzen, schränkt Kögel (2004:49) die Erwerbstätigenquote auf die 25- bis 44-jährigen Frauen ein. So wird es Kögel möglich zu zeigen, dass sich bei Kontrolle von Ländereffekten der Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Frauenerwerbstätigkeit zwar nicht umgedreht hat, jedoch wurde er deutlich abgeschwächt. Darüber hinaus muss an den eben genannten Länder vergleichenden Studien bemängelt werden, dass sie von der OECD bereitgestellte Daten in Form der TFR benutzen, die Kennziffer der TFR jedoch aus den im Kapitel 2.3 aufgeführten Gründen

stark durch Timing-Effekte verfälscht wird. Es wurde bereits dargelegt, dass bspw. in Schweden die TFR seit Ende der 90er Jahre von 1,5 Kinder auf 2,0 Kinder pro Frau angestiegen ist, obwohl die Kohortenfertilität während der gesamten Zeit relativ stabil bei zwei Kindern pro Frau lag. Wenn nun im gleichen Zeitraum die Frauenerwerbstätigkeit geringfügig angestiegen ist, interpretieren die oben genannten Autoren für Schweden einen positiven Zusammenhang zwischen der Entwicklung der TFR und der Frauenerwerbstätigkeit. Würden diese Autoren die Frauenerwerbstätigkeit 15- bis 64-Jähriger wie Kögel auf die Frauen im Alter zwischen 25 und 44 Jahren eingrenzen, fiel die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit geringer aus. Würde außerdem statt der TFR die CFR betrachtet, gäbe es keine Zunahme der Geburtenrate und könnte entsprechend auch kein positiver Zusammenhang zwischen der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und der Geburtenrate festgestellt werden.

Wird alleine die Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren verglichen, dann zeigen sich kaum Unterschiede zwischen kinderlosen deutschen Frauen und Däninnen, Finninnen, Französinen und Britinnen. Differenziert nach Alter und Anzahl der Kinder bestehen deutlichere Unterschiede zwischen Deutschland und anderen Ländern. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich in der Gruppe der Frauen mit Kindern zwischen drei und fünf Jahren. Mütter mit zwei oder drei Kindern sind dann nur noch in Italien seltener erwerbstätig, in Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden und in Großbritannien sind die Erwerbstätigenquoten von Müttern mit Kindern im Kindergartenalter höher (Renz/Eggen 2004). Frauen mit Kindern im Alter zwischen drei und fünf Jahren sind in besonderem Ausmaß auf Unterstützung bei der Kinderbetreuung angewiesen, wenn sie erwerbstätig sein wollen.

Die Unterschiede in der Erwerbstätigenquote der Mütter werden erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder geringer. Insgesamt zeigt sich, dass Frauen in Italien, Großbritannien und Deutschland in Folge einer Mutterschaft am häufigsten nicht erwerbstätig sind (Eggen/Renz 2004:11; Allmendinger et al. 2010:29-30). Wenn deutsche Frauen erwerbstätig sind, dann überdurchschnittlich häufig in Teilzeit und nur selten in Vollzeit. Grunow et al. (2011) zeigen, dass deutsche Frauen im Vergleich zu Schwedinnen und US-Amerikanerinnen ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes am längsten unterbrechen. Bei Kontrolle der Schulbildung steigen deutsche Frauen ebenfalls durchschnittlich länger aus der Erwerbstätigkeit aus. Gleichzeitig sind in Deutschland die Unterschiede nach Schulbildung ab größten:

„Ein Viertel der Mütter in Deutschland mit Abitur kehren direkt nach dem Mutterschutz an den Arbeitsplatz zurück, während der Anteil der Mütter mit mittlerer Reife und maximal Hauptschulabschluss mit 15 % deutlich niedriger liegt. Nach Ablauf der gesetzlich geschützten, maximal möglichen Erwerbsunterbrechungszeit von 3 Jahren haben sich die Rückkehrzeiten der mittel und hoch qualifizierten Mütter einander angeglichen (Grunow et al. 2011:411).

Nach Ablauf der Elternzeit sind – wieder im Vergleich zu Schweden und den USA – die Unterschiede zwischen Frauen mit maximal Hauptschulabschluss und Frauen mit höherer Bildung am größten. Deutsche Frauen mit nur niedriger Schulbildung sind besonders häufig Hausfrau, gehen also keiner eigenen Erwerbstätigkeit nach (Grunow et al. 2011:411). Auch mit größerer Kinderzahl sind die deutschen Frauen seltener erwerbstätig als Frauen in den skandinavischen Ländern Dänemark oder Finnland. Von Frankreich unterscheidet sich die Erwerbsquote der deutschen Frauen jedoch kaum, weil auch in Frankreich die Frauen mit jüngeren Kindern und mit mehreren Kindern deutlich seltener erwerbstätig sind als Frauen mit nur einem Kind oder kinderlose Frauen (Renz/Eggen 2004: 11ff.). Betrachtet man darüber hinaus jedoch nicht nur die Quote der Frauenerwerbstätigkeit nach Alter und Anzahl der Kinder, sondern differenziert zusätzlich nach Arbeitszeit der Frau, liegen Frankreich und Deutschland längst nicht mehr so nah beieinander, wie es die Erwerbsquote suggeriert.

Eigene Analysen aus der European Labor Force Study 2008 machen deutlich, dass Frauen in Deutschland seltener in Vollzeit erwerbstätig sind als Französinen (siehe Abbildung 14). Deutlich wird darüber hinaus, dass in Deutschland nie wieder so viele Frauen in Vollzeit erwerbstätig sind wie Müttern von Kindern unter drei Jahren. Diese Vollzeitmütter sind de facto in Elternzeit: 41 Prozent der deutschen Frauen mit Kindern unter drei Jahren arbeiten Vollzeit (Frauen in Elternzeit werden als Erwerbstätige in Vollzeit gezählt, wenn sie vor der Mutterschaft in Vollzeit erwerbstätig waren). Ist das jüngste Kind im Kindergartenalter zwischen drei und fünf Jahren, sind aber nur noch halb so viele Frauen in Vollzeit beschäftigt.

Das bedeutet, dass deutsche Frauen nach der Kindsgeburt ihre Vollzeittätigkeiten niederlegen. Auch, wenn das jüngste Kind zwischen 12 und 14 Jahre alt ist, arbeiten nur 32 Prozent der deutschen Mütter in Vollzeit. Ganz anders ist das Bild in Frankreich. Hier bleiben die Anteile der Frauen in Vollzeit mit steigendem Alter der Kinder konstant hoch: Frauen werden mit der Geburt der Kinder, im Kontrast zu Deutschland, nicht aus dem Erwerbsleben gedrängt. So arbeiten 54 Prozent der Französinen mit einem jüngsten Kind unter drei Jahren in Vollzeit, ist das jüngste Kind im Kindergartenalter, sind sogar 58 Prozent der Französinen in Vollzeit beschäftigt. Während also der Anteil der Hausfrauen in Deutschland und Frankreich in Ab-

hängigkeit von Anzahl und Alter des jüngsten Kindes recht ähnlich sind, ist die Erwerbstätigkeit doch recht verschieden organisiert. Deutsche Frauen reduzieren mit ihrer Mutterschaft auf Teilzeittätigkeiten, während Französinen auch in Vollzeit erwerbstätig bleiben.

Abbildung 14: Frauenerwerbstätigenquote nach Kinderzahl und Alter der jüngsten Kindes, Deutschland und Frankreich 2008

	Deutschland				Frankreich			
	in Vollzeit	in Teilzeit	Arbeitslos	Inaktiv	in Vollzeit	in Teilzeit	Arbeitslos	Inaktiv
Alter des jüngsten Kindes: 0-2 Jahre								
1	41,2	31,6	2,8	24,4	54,3	19,6	7,2	18,8
2	23,7	40,1	2,8	33,4	34,8	28,1	4,7	32,4
3	13,4	30,4	2,3	53,9	19,8	24,2	3,9	52,1
Alter des jüngsten Kindes: 3 - 5 Jahre								
1	22,0	52,5	9,6	15,9	58,4	21,1	10,6	9,9
2	12,7	54,5	5,6	27,2	45,8	31,7	9,0	13,5
3	10,6	43,5	6,8	39,2	34,1	33,6	10,8	21,4
Alter des jüngsten Kindes: 6 - 11 Jahre								
1	28,6	49,7	6,2	15,6	58,4	23,5	8,6	9,5
2	16,9	58,9	6,2	18,0	53,6	30,6	5,4	10,3
3	11,4	58,9	6,2	23,6	38,3	34,2	6,8	20,8
Alter des jüngsten Kindes: 12 - 14 Jahre								
1	32,6	53,3	6,8	7,3	56,8	23,1	8,3	11,8
2	18,5	58,2	4,8	18,5	59,3	25,9	5,4	9,3
3	26,5	52,9	7,9	12,8	40,4	30,5	8,8	20,4
Keine Kinder								
	61,8	21,9	5,9	10,4	66,2	14,3	9,0	10,6

Quelle: European Labour Force Study 2008, Daten auf Anfrage bei Eurostat, eigene Auswertung

Anmerkungen: markiert wurden unvalide Fallzahlen, Grundgesamtheit sind alle 25-49-jährigen Frauen

Rüling und Kassner (2007:61) kommen nach einem Vergleich der Erwerbsquoten anhand von OECD Daten 2005 für die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden ebenfalls zu dem Schluss, "dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen nach der Geburt eines Kindes in Deutschland am stärksten zurück geht und dabei zugleich hohe Teilzeitraten aufweist. Damit muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland im Vergleich der vier Länder als am schlechtesten bewertet werden" (Rüling/Kassner 2007:61).

Einhergehend mit der niedrigen Müttererwerbstätigkeitsquote unterbrechen die westdeutschen Frauen ihre Erwerbstätigkeit auch deutlich länger als die Frauen in Frankreich, den nordischen Ländern oder den USA (Allmendinger et al. 2010:30). Grunow et al. (2011: 412) kann für die USA, Schweden und Deutschland einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Dauer der Elternzeit und der Höhe der Bildung aufzeigen: vor allen in den USA und in Deutschland kehren Mütter mit höherem Bildungsniveau insgesamt schneller in den Beruf zurück. Grunows Ländervergleich zeigt deutlich, dass die deutschen Frauen aller Bildungsgruppen später und insgesamt seltener in den Beruf zurückkehren als schwedische oder US-

amerikanische Frauen. Bei Konstanthaltung der Bildungsabschlüsse steigen deutsche Frauen besonders häufig und besonders lange aus dem Beruf aus (Grunow 2011:412).

Die häufigere Spezialisierung der westdeutschen Mütter auf Hausarbeit geht deshalb nicht mit höheren Skalenerträgen in Form einer größeren Kinderzahl einher. Im Gegenteil: Wie bereits am Anfang dieses Kapitels beschreiben, haben heute jene Länder, welche die Müttererwerbstätigkeit ermöglichen, höhere durchschnittliche Kinderzahlen als Länder mit niedrigeren Frauenerwerbsquoten. In Ländern mit höheren Geburtenraten wie den USA, Schweden oder Frankreich sind die Mütter gleichzeitig häufiger in Vollzeit beschäftigt als in Deutschland (Labour Force Study, eigene Auswertungen oder Allmendinger et al. 2010:36, Grunow et al. 2011, Rüling/Kassner 2007). Damit einhergehend verteilen sich auch die Arbeits- und Betreuungzeiten gleichmäßiger zwischen den Eltern (Allmendinger et al. 2010: 142). Beckers Annahme, eine Arbeitsteilung sei für den Haushalt effizienter, wird daher durch die aktuellen ländervergleichenden Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Kinderzahl insofern in Frage gestellt, als dass Staaten mit höherer Frauenerwerbstätigkeit auch durchschnittlich höhere Kinderzahlen aufweisen.

Auf Individualebene ist es nach Daten der OECD 2002 im Ländervergleich hingegen unstrittig, dass Frauen mit mehreren Kindern seltener erwerbstätig sind als Frauen ohne Kinder, es also einen direkten Zusammenhang zwischen höheren Kinderzahlen und niedriger Frauenerwerbstätigkeit gibt, wobei die Kausalität weitestgehend ungeklärt bleibt. Bereits 1984 wirft der deutsche Ökonom Zimmermann die Frage auf, ob der Rückgang der Kinderzahlen in den 60-er Jahren durch die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit verursacht wurde, wie es seinerzeit in der demographischen Literatur immer wieder beschrieben wurde. Dazu setzt Zimmermann (1984:389-390) altersspezifische Geburtenraten mit altersspezifischen Erwerbstätigenquoten in Beziehung und kann zeigen, dass der Geburtenrückgang bereits 1965 einsetzte und erst drei Jahre später auch die Frauenerwerbstätigenquote anstieg. Anschließend rechnet Zimmermann (1984:391) ein „simple dynamic multiperiod utility-maximization model“, um die Fertilität und Arbeitsmarktpartizipation der Frauen auch im Zeitverlauf zu erklären. Zimmermann (1984:400) findet starke negative Effekte des weiblichen Einkommens, Wohlstands und des potentiellen Einkommens auf die Fertilität. Im Gegensatz zum verbreiteten Glauben findet er jedoch keine empirischen Hinweise darauf, dass der Geburtenrückgang in den späten 60-er Jahren durch die Zunahme der Frauenerwerbstätig verursacht wurde: „Instead, the analysis shows a positive relationship in this direction and a negative effect of fertility on labour

force participation“ (Zimmermann 1984:400). Nicht die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit führe demnach zu niedriger Fertilität, sondern geringere Kinderzahlen ermöglichen eine höhere Frauenerwerbstätigkeit.

Schröder gibt 2005 in ihrer Dissertation einen Literaturüberblick über den Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität. Schröder zeigt, dass die Kausalitätsanalysen auf Mikroebene im wesentlichen durch amerikanische Studien aus den 70-er Jahren geprägt wurden, deren Ergebnisse jedoch durch verschiedenste methodische Mängel widersprüchlich und oft uneindeutig sind. Besonders problematisch für die Klärung des Zusammenhangs ist die Dynamik der Erwerbstätigkeit und der Fertilität im Zeitverlauf, die Operationalisierung der Kinderzahl bzw. der geplanten bzw. erwarteten weiteren Kinderzahl und die Tatsache, dass der Erwerbsstatus von Frauen in Abhängigkeit von Alter und Anzahl der Kinder äußerst stark variiert. Schröder (2005:39) fasst anschließend ein Modell zusammen, in dem sowohl Einstellungen, Werte und langfristige Kinder- und Erwerbsbeteiligungswünsche Berücksichtigung finden. Allerdings gibt es unbeobachtete Faktoren wie die Rollenorientierung der Frau, „die sowohl die Erwerbsbeteiligung als auch die Fertilitätsentscheidung beeinflussen (...). Das heißt, Frauen, die nicht erwerbstätig sind, würden unter Umständen ohnehin (also auch ohne einen kausalen Effekt der Erwerbstätigkeit auf die Fertilität) eher Kinder bekommen als Frauen, die erwerbstätig sind, da sie sich in den unbeobachteten, für die Fertilitätsentscheidung relevanten Faktoren von den erwerbstätigen Frauen unterscheiden“ (Schröder 2005: 89).

Letztlich ist in allen europäischen Ländern die weibliche Erwerbsbeteiligung stark gestiegen und ist entsprechend der Anteil der Frauen, die vor der Geburt von Kindern erwerbstätig sind, sehr hoch. Schröder (2005: 89) schlussfolgert deshalb: „Wenn jedoch vor der ersten Geburt fast alle Frauen erwerbstätig sind und der Anteil an Frauen, die sich ganz der Hausarbeit widmen, gegen null tendiert, fehlt die notwendige Varianz im Erwerbsstatus, um den Einfluss der Erwerbstätigkeit auf den Übergang zum ersten Kind zu untersuchen“. Spannender ist deshalb die Frage, wie sich die Erwerbstätigkeit auf die Geburt weiterer Kinder auswirkt. Die Paritäten werden von klassischen Studien zum Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Fertilität nur selten betrachtet. Allerdings zeigen die wenigen Studien, die nach Kinderzahl differenzieren, hier einen deutlichen Wandel auf. Während Hoem und Hoem (1989) anhand schwedischer Daten von 1981 für Hausfrauen eine höhere Übergangsrate zum zweiten und auch zum dritten Kind nachweisen als für Frauen, die nach der vorigen Geburt erwerbstätig waren, haben sich die signifikanten Unterschiede bis Ende der 90-er Jahre in Schweden aufgehoben

(Berinde 1999). Einerseits ist im Kohortenvergleich der Übergang zum dritten Kind sowohl für Hausfrauen als auch für erwerbstätige Frauen seltener geworden. Andererseits argumentieren Hoem/Prskawetz und Neyer (2001), dass höher gebildete Frauen sich eher dritte Kinder leisten können und argumentieren, dass Einkommenseffekte stärker wiegen dürften als Einstellungen: „We doubt that respondents in our most highly educated group necessarily have less family-oriented values than other women, and we are not even certain that the best educated have the highest total opportunity costs in all societies“ (Hoem et al. 2001:8).

Für Deutschland konnte Huinink 1989 anhand von Daten der Lebensverlaufsstudie der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufzeigen, dass auch hier die Erwerbsgeschichte der Frauen vor dem ersten Kind zu vernachlässigen ist. Während aber in der älteren Kohorte der 1930/40 geborenen Frauen die aktuelle Erwerbstätigkeit stark negativ mit der Disposition zum zweiten Kind korreliert, zeige sich für die Kohorte 1949-51 ein deutlich verändertes Bild:

„Bei den Frauen wird nun ein hochsignifikanter, positiver Effekt des höheren Bildungsniveaus in der jüngeren Kohorte ausgewiesen (...) Frauen mit einem sehr hohen Bildungsabschluss in der Kohorte 1949-51 haben damit eher ein zweites Kind als die anderen (...) Die aktuelle Erwerbstätigkeit bleibt bei den Frauen schwach signifikant negativ“ (Huinink 1989: 203).

Huinink interpretiert die Ergebnisse ähnlich wie auch Hoem et al. (2001) dahingehend, dass Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss in der Regel einen höheren sozioökonomischen Status aufweisen und damit die Realisierungschance für eine größere Kinderzahl höher ist, da ihnen mehr ökonomische Ressourcen zur Verfügung stehen und sie die Betreuung ihrer Kinder daher leichter organisieren können (Huinink 1989: 204).

Allerdings zeigt sich für Österreich bezüglich des Zusammenhangs zwischen Kinderzahl und Erwerbstätigkeit wenig Auflösung, hier bleibt der signifikante Unterschied bestehen. Hoem et al. (2001:16) schlussfolgern, dass sich aufgrund unterschiedlicher Sozialpolitiken die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Österreich schwieriger gestaltet als in Schweden und dass dies auch die bestehenden Unterschiede bezüglich der Paritäten und folglich unterschiedlicher Geburtenraten erklärt. Entsprechend bekommen in Ländern mit guter Vereinbarkeit von Beruf und Familie erwerbstätige Frauen und Frauen mit höherer Bildung häufiger Kinder, während bspw. in Österreich, wo weniger Geschlechtergleichheit gefördert wird, erwerbstätige Frauen ihre Kinderzahl eher einschränken, weil sie sich nach wie vor zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Hoem et al. (2001:16) fassen für den österreichisch-schwedischen Vergleich zusammen:

„Public policies in Austria seem to place considerably less stress on issues of gender equality and seek to promote women's labour-force participation less consistently than is the case in Sweden. Swedish family and labour policies (and collective labour contracts) are designed to make it feasible for families to have both children and a

working mother (a policy called *arbetslinjen*), and policies and wage settlements have developed under the assumption that both adults in a family have an income of their own. Austrian policies have some similar features, but they have not pursued these goals as vigorously. The policies appear to be based more on traditional notions of the non-employed mother as the primary childrearer. The policies largely segregate family obligations from labour-market participation and offer much less of a systematic infrastructure to facilitate a combination of activities for mothers and fathers of small children. (...) In a nutshell, we believe that the greater generosity of the Swedish system and the greater flexibility of arrangements offered to its families are important reasons for the differences that we observe“ (Hoem et al. 2001:16).

In einer vergleichenden Studie familienpolitischer Maßnahmen für die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden kommen Rüling und Kassner (2007) zu dem Ergebnis, dass sich die Situation von Familien aus der Gleichstellungsperspektive in Deutschland vergleichsweise schlecht darstellt:

"Deutschland weist in diesem Vier-Länder-Vergleich sowohl die niedrigste Fertilitätsrate wie auch den höchsten Anteil traditioneller Familienformen auf. Darüber hinaus verfügt Deutschland über das im Vergleich niedrigste Volumen der Frauenerwerbstätigkeit sowie über die größte Differenz im Verhältniss zum männlichen Erwerbsvolumen (...). Auch bei der beruflichen Gleichstellung schneidet Deutschland am schlechtesten ab; Gleichzeitig existiert die höchste Lohnungleichheit (...). Die geringe Berufstätigkeit von Müttern ist zudem ein Grund für die relativ hohen Armutsraten von Familien bzw. Kindern" (Rüling/Kassner 2007:114).

Sie schlussfolgern, dass die niedrigen Erwerbsarbeitszeiten von Müttern unter anderem den mangelnden Kinderbetreuungsangeboten geschuldet seien. Daneben führe die fiskalische Förderung der Ehepaare zu einer Benachteiligung anderer Familienformen und Erwerbsarrangements (Rüling/Kassner 2007:114-115). Laut Rüling und Kassner (2007:115) hätte darüber hinaus vor allem die öffentlich angebotene Kinderbetreuung positive Effekte auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Auf die in Deutschland bestehenden Rahmenbedingungen, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bestimmen, wird im Kapitel 3.6 noch gesondert eingegangen.

Bujard (2011:318) versucht anhand von OECD Daten für 28 Länder und den Zeitraum 1970 bis 2006 aufzuzeigen, dass dem Ausbau der Infrastruktur eine wesentliche Bedeutung zukommt. Laut Bujards multivariater Analyse sind die Geburtenraten (TFR) in den OECD-Ländern seit 1986 umso mehr gestiegen, desto stärker die Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf gestiegen sind. Positive Effekte haben darüber hinaus eine niedrige tertiäre Bildungsquote der Frauen sowie eine niedrige Geburtenrate 1986. Indem Familienpolitik die Opportunitätskosten von Frauen senke und den Vereinbarkeitskonflikt durch das Bereitstellen von öffentlicher Kinderbetreuung abmildere, würden Geburten weniger aufgeschoben (Bujard 2011:324). Allerdings analysiert Bujard als abhängige Variable allein die TFR und nicht die CFR oder das Alter bei Geburt. Die CFR ist im Länderzeitvergleich jedoch relativ konstant (Abbildung 2), obwohl verstärkt in Kinderbetreuung investiert wurde. Insofern sind Bujards

Ergebnisse einer gestiegenen TFR und seine Zurückführung auf familienpolitische Effekte mit äußerster Vorsicht zu genießen.

Zusammenfassend kommen die genannten Studien einhellig zu dem Schluss, dass mit der Verbreitung von höherer Bildung und zunehmender Berufstätigkeit von Frauen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine immer größere Bedeutung zukommt. Ist der Großteil der Frauen erwerbstätig, wird die Geburtenrate eines Landes wesentlich durch die Fertilität der berufstätigen Frauen bestimmt.

Thesen zur Überprüfung in Kapitel 6:

Im empirischen Teil wird überprüft, inwieweit höher gebildete Frauen ihre Kinderzahl stärker einschränken als andere, wobei diese Frage aufgrund der Datenstruktur des Mikrozensus nur im Querschnitt diskutiert werden kann. Allerdings kann der Zeitverlauf dargestellt und somit zumindest eine mögliche Annäherung der Kinderzahl höher gebildeter Frauen an die Kinderzahl von Frauen mit niedriger Bildung überprüft werden. Diese Frage ist insofern von höchster Bedeutung, als dass die Struktureffekte auf die Fertilität bisher nicht untersucht wurden, aber für das Verständnis des Geburtenrückgangs und die Entwicklung der Geburtenrate wesentlich erscheinen.

Mit Hilfe von Kontrastgruppenanalysen kann überprüft werden, welchen Einfluss der Wandel der Gruppengrößen – mehr Frauen mit Berufsbildungschancen – auf den Rückgang der Kinderzahlen hat. Zwar führt die Geburt von Kindern in allen Ländern zu niedrigeren Erwerbstätigenquoten (LFS), allerdings zeigen internationale Daten, dass Frauen mit kleinen Kindern in Deutschland besonders selten in Vollzeit erwerbstätig sind und auch insgesamt verhältnismäßig lange aussteigen. Besondere Berücksichtigung beanspruchen die gewandelten Gruppengrößen, denn wenn es heute weniger Hausfrauen als früher gibt, kommt der nun großen Gruppe der erwerbstätigen Frauen eine deutlich größere Bedeutung zu und bestimmen sie mit größerem Gewicht die Höhe der Geburtenrate.

3.4. Die Berufschancen der Mütter

Laut Vinken (2007:38) deuten alle empirischen Studien über die Entwicklung der weiblichen Erwerbstätigkeit, über die berufliche Segregation nach Geschlecht und über die Erwerbseinkommen von Frauen und Männern für Westdeutschland auf einen großen Stillstand hin. Ähnlich argumentiert auch Allmendinger et al. (2010). Beide verdeutlichen, dass das bereits von

König beschriebene 3-Phasen-Modell (siehe Kap. 3.1), nach dem sich die Mutter für einige Jahre ganz aus dem Berufsleben zurückzieht, das typische Modell in Deutschland bleibt (Vinken 2007:83). Solange keine Kinder geboren sind, verdienen Frauen annähernd fünfzig Prozent des Paareinkommens. Auch amerikanische Studien machen deutlich, dass die Einkommensunterschiede zwischen Müttern und kinderlosen Frauen heute größer sind als die zwischen Männern und Frauen (Halpern/Murphy 2005:19). Denn mit der Geburt von Kindern steigen Mütter in der Regel für längere Zeit aus dem Erwerbsleben aus. Männer hingegen erleben nach der Kindsgeburt deutliche Karrieresprünge. Ein Indikator für den Karrieresprung bei Männern ist der „hohe Nichtübereinstimmungsgrad von erlerntem und ausgeübtem Beruf“, der darauf hinweist, „dass ‚Qualifikationen in der beruflichen Praxis erworben werden und Möglichkeiten zur Weiterqualifikation und die Entdeckung der Tüchtigungsfelder und Fertigkeiten auch Nebenprodukte der aktiven Beteiligung am Erwerbsleben sind (Learning by Doing)‘“ (Vinken 2007:84). Bei Frauen hingegen sei genau das Gegenteil der Fall: Sie steigen für längere Zeit aus dem Erwerbsleben aus, ihr berufliches Kapital verfällt. Ihr hoher Nichtübereinstimmungsgrad zwischen der erlernten Tätigkeit und dem Beruf ist auf die schlechten Wiedereinstiegschancen nach langen Pausen zurückzuführen, so Vinken (2007:84). Allmendinger et al. (2010) zeigt auf, dass die Chancen von Frauen nach kindsbedingten Erwerbsunterbrechungen wieder einzusteigen ganz wesentlich mit der Struktur des Arbeitsmarktes zusammenhängen: Näherinnen und Schneiderinnen z. Bsp. kehren relativ selten zurück. Die Globalisierung und Internationalisierung der Märkte führte zur Auslagerung und zum Abbau ihrer Branchen, viele Arbeitsplätze in Deutschland fielen weg. Gleichzeitig finden Allmendinger et al. (2010:132) überraschend wenig Bewegung beim Wiedereinstieg: Die wenigen Frauen, die zurückkehren, kehren meist in ihren alten Beruf zurück.

Allmendinger et al. (2010:18-19) unterscheiden zwischen der horizontalen und der vertikalen Segregation sowie dem „Gender Time Gap“. So arbeiten heute 85 Prozent der erwerbstätigen Frauen in einem Dienstleistungsberuf, aber nur 51 Prozent der Männer. Frauen verteilen sich auf nur wenige Berufsgruppen: Die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in Büroberufen (20 Prozent), Gesundheitsberufen (10 Prozent ohne Ärztinnen und Apothekerinnen), als Verkaufspersonal (8 Prozent), in sozialen Berufen (7 Prozent) oder in Reinigungsberufen (6 Prozent). „Eine solche Konzentration ist für die erwerbstätigen Männer nicht feststellbar“ (Breiholz 2005: Ergebnisse des Mikrozensus 2004, Wirtschaft und Statistik). Die weiblichen Erwerbstätigen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss sind am häufigsten als Lehrerin (26 Prozent), in Büroberufen (10 Prozent) und als Ärztin (8 Prozent) tätig. Frauen wählen

häufiger als Männer Ausbildungsberufe, die schlechter bezahlt sind. Eine Friseurin beispielsweise (Frauenanteil über 90 Prozent) verdient im Schnitt ca. 1800 € brutto, ein KFZ_Mechaniker 2300 € (Männeranteil 90 Prozent) (www.lohnspiegel.de Zugriff Dez. 2011). Auch die Studienfachwahl ist geschlechtsspezifisch:

„Studentinnen studieren am häufigsten Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften, Studenten dagegen Ingenieurwissenschaften. An zweiter bzw. dritter Stelle folgen bei beiden Geschlechtern die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Seit 1991 verloren die Ingenieurwissenschaften für Studentinnen an Bedeutung, dagegen gewannen Sprach- und Kulturwissenschaften dazu. Die typischen Männer- und Frauendomänen haben an den Hochschulen also weiter Bestand“ (Gender Daten Report 2005:97).

Entsprechend müssen Studentinnen der Sprach-, Kultur- und Geisteswissenschaften mit niedrigeren Einstiegsgehältern rechnen als ihre männlichen Kommilitonen in den Ingenieurwissenschaften, gleichzeitig haben sie aber dennoch gute Jobperspektiven, weil sie in Branchen tätig sind, die prinzipiell anwachsen und in denen deshalb die Nachfrage nach Arbeitskräften ansteigt. In der wohlfahrtsstaatlichen Literatur wird beispielsweise grundsätzlich davon ausgegangen, dass der Ausbau des Dienstleistungssektors attraktive Arbeitsplätze für Frauen schafft (Hakim 2000, Blossfeld/Hakim 1997). Die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit ergibt sich damit nicht nur aus dem verstärkten Karrierewunsch der Frauen selbst, sondern auch durch gestiegene Chancen, die der Wandel der Wirtschaftsstruktur mit sich bringt. „Es ist somit zu erwarten, dass die jeweils jüngeren und besser ausgebildeten Frauen im Vergleich zu den Männern stärker in die qualifizierten Dienstleistungs- und Verwaltungsberufe streben“ (Blossfeld 1989:41).

Ökonomisch orientierte Studien zeigen, dass sich trotz eklatanter Verbesserungen der Bildungschancen von Männern und Frauen in den letzten Jahrzehnten die Geschlechterungleichheiten am Arbeitsmarkt nur geringfügig gemindert haben (Blossfeld/Drobnic 2001:4; Allmendinger et al. 2010). Blossfeld (1989: 126) kann aufzeigen, dass jede jüngere Frauenkohorte zwar bessere Chancen beim Berufseinstieg hatte, die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes jedoch bestehen bleibt. Blossfeld (1989:124) beschreibt,

„dass die berufliche Ausbildungswahl auch nach der Bildungsexpansion noch immer die entscheidende Schaltstelle für die Herausbildung von geschlechtsspezifischen Strukturen im Lebensverlauf darstellt. Die Frauen und Männer der jeweils jüngeren Kohorten wählen zwar in der Regel nicht mehr dieselben Ausbildungsberufe wie ihre Vorgängerinnen und Vorgänger, aber sie wählen, mehr denn je, eine Ausbildung für Frauen- beziehungsweise Männerberufe“.

Männer finden sich verhältnismäßig häufiger in akademischen Berufen und Frauen in qualifizierten Hilfsberufen wieder (Blossfeld 1989:127).

„Zusammengefasst kann man für die Männer anhand der Expansion der Berufsgruppe der Techniker, der qualifizierten kaufmännischen und Verwaltungsberufe und der Managerberufe feststellen, dass in ihrem Berufsverlauf eher als bei Frauen Karriere- und Aufstiegsprozesse wirksam werden“ (Blossfeld 1989:131).

Männer haben intragenerational eine weit größere Mobilitätsquote als Frauen. Die weibliche Berufsentwicklung ist hingegen außerordentlich stark durch familiäre Erwerbsunterbrechungen geprägt und diese wirken sich negativ auf die weiteren Beschäftigungschancen aus.

Buchholz und Gronow (2006) stellen die These auf, dass die Globalisierung die Erwerbsbeteiligung von Frauen stärken wird. Erstens hätten Frauen höhere Bildungsabschlüsse als frühere Kohorten, zweitens schwäche die Globalisierung die sicheren Arbeitsverhältnisse der Männer in der Industrie. Da die ehemaligen Brotverdiener nun einem höheren Risiko ausgesetzt sind, müssen Frauen die Haushaltseinkommen aufbessern. Dies führe dazu, dass Frauen und Männer Familienentscheidungen aufschieben, mehr in ihre Karrieren investieren und sich insgesamt mehr der Erwerbsarbeit verpflichten, weil es ihre subjektive Sicherheit erhöhe (Buchholz/Gronow 2006:61). Auf der anderen Seite argumentieren Buchholz und Gronow (2006), dass weibliche Beschäftigungsverhältnisse in Zeiten der Globalisierung unsicherer werden. Firmen führen flexible Arbeitsverträge ein, um selbst flexibel zu bleiben. Firmen werden kleiner, indem sie „outsourcen“ (also Tätigkeiten auslagern), der Anteil befristeter Arbeitsverträge nimmt zu. Gerade Frauen, genauso wie Einsteiger in den Arbeitsmarkt, seien hier besonderen Risiken und auch Nachteilen ausgesetzt. Das Risiko der Arbeitslosigkeit steigt über die Kohorten und der Wiedereinstieg nach Erwerbsunterbrechungen wird schwieriger. Die Autoren testen daher auf Datenbasis des SOEP sowohl veränderte Arbeitsbeziehungen, Veränderungen des Arbeitswertes der weiblichen Arbeitskräfte als auch die Erosion des Alleinverdienermodells. Sie zeigen, dass sich das Risiko der Arbeitslosigkeit für die jüngeren Kohorten deutlich erhöht hat, gleichzeitig haben Frauen mit Kindern mehr Schwierigkeiten als Frauen ohne Kinder und auch als Frauen mit Kindern älterer Kohorten, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Dies könne aber auch an der höheren Erwerbsneigung der jüngeren Kohorten liegen (Buchholz/Gronow 2006:71). Frauen der jüngeren Kohorten erleben auch häufiger Abwärtsmobilität als ältere Kohorten, gleichzeitig hätten sie aber auch größere Chancen aufzusteigen (Buchholz/Gronow 2006:73). So haben die Frauen der jüngeren Kohorten ihre Arbeitsmarktchancen zwar deutlich verbessert, sind aber gleichzeitig auch höheren Risiken ausgesetzt.

Die Unterschiede in der weiblichen und männlichen Normalarbeitszeit bezeichnet Allmendinger (2010) als Gender Time Gap. Es wurde bereits dargelegt, dass westdeutsche Mütter besonders häufig in Teilzeit arbeiten und auch vergleichsweise häufig nichterwerbstätig sind. Im Zeitvergleich ist der Anteil der Angestellten und Arbeiter mit unbefristeten Vollzeitstellen

in Prozent aller Frauen weiter gesunken, während Männer in dieser Kategorie konstant doppelt so häufig vertreten sind. Auch weisen Männer und Frauen deutliche Unterschiede in der Lebensarbeitszeit auf, weil überwiegend nur die Mütter und nicht die Väter für längere Zeit ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen (Allmendinger et al. 2010: 18-19).

Entsprechend besteht auch das Gender Pay Gap bis heute fort. Eine Studie auf Datengrundlage des LohnSpiegels, einer seit 2004 laufenden Online-Erhebung, zieht 75.000 Datensätze für acht Länder heran. Die Wissenschaftlicher Bispinck et al. (2008) kommen zu dem Ergebnis, dass das Gender Pay Gap in den alten Bundesländern mit den Berufsjahren steigt, in den neuen Bundesländern sinken mit den Berufsjahren die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Bispinck et al. (2008) setzen dieses Ergebnis auch in Beziehung zu den Erwerbsmustern der Frauen: Frauen in den neuen Bundesländern steigen schneller nach der Kindsgeburt wieder ins Erwerbsleben ein, sie arbeiten deutlich häufiger in Vollzeit, entsprechend haben Mütter im Vergleich zu Kinderlosen und Männern vergleichsweise gute Einkommenschancen. Aber auch wenn in den neuen Bundesländern das Gender Pay Gap geringer ausfällt als in den alten, liegt Gesamtdeutschland im europäischen Vergleich im oberen Drittel. Deutschland gehört zu den Ländern mit relativ großen Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen. Die Autoren schlussfolgern:

„Die Einkommensrückstände von Frauen lassen sich nur zum Teil durch unterschiedliche berufliche Präferenzen, Unterschiede in der Ausbildung sowie berufliche Unterbrechungen auf Grund von Kindererziehung erklären. Mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten spielen auch eine Rolle. All dies sind jedoch nur Teilerklärungen. Die Analysen des WSI bestätigen den auch aus anderen Untersuchungen bekannten Befund, dass ein wichtiger Teil des geschlechtsspezifischen Lohnrückstandes (...) auf die unterschiedliche, auch diskriminierende Behandlung von Frauen im Berufsleben zurückzuführen ist“ (Bispinck et al. 2008).

Hinz und Gartner kommen 2005 zu dem Ergebnis, dass Frauen bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleichem Beruf und gleichem Betrieb 12 Prozent weniger als ihre männlichen Altersgenossen verdienen. Das „Gender Pay Gap“ sei zwischen 1993 und 2001 auch nicht kleiner geworden, gleichzeitig seien die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen stärker verfestigt als in anderen Ländern. Ein Grund könnte der Ausbau des Niedriglohnsektors in Deutschland sein, denn hier sind überproportional häufig Frauen beschäftigt. Die EU-Kommissarin für Justiz und Grundrechte, Viviane Reding, hat in der Zeitung „Die Welt“ die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland deshalb scharf kritisiert: Nach ihrer Ansicht könnte ein Ende der Lohnunterschiede das deutsche Bruttoinlandsprodukt deutlich anheben. Deutschland als eines der wirtschaftlich am weitesten entwickelten Länder sollte die Lohngleichheit vorantreiben. Damit einhergehend fordert Reding auch die Einführung einer Frauenquote für Führungspositionen (Die Welt 17.9.2010).

Die Ursachen für Lohnungleichheiten zwischen Männern und Frauen sind somit wohlbekannt. Vier Tatsachen können zwei Drittel der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen erklären:

1. wählen Frauen andere Berufe als Männer (die durchschnittlich schlechter bezahlt sind)
2. sind Frauen seltener in Führungspositionen⁸
3. sind Frauen tendenziell schlechter ausgebildet (das gilt aber nicht mehr für die jüngeren Kohorten)
4. arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit und haben längere Erwerbsunterbrechungen (BMFSFJ 2009).

Vor allem die Tatsache, dass „Frauen gerade in den Lebensjahren von 35 bis 44, in denen man typischerweise höhere Karrierestufen erreichen kann, einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachgehen (...) führt zu einem einseitigen Einkommensnachteil von Frauen, der einen großen Teil der geschlechtsspezifischen Lohnlücke erklären kann“ (BMFSFJ 2009:21). Einen wesentlichen Grund für die verbleibenden 8 Prozent Gehaltsunterschied (von 23 Prozent) sehen die Forscher des DIW in den niedrigeren Gehaltsforderungen der Frauen, welche im Durchschnitt mit einem Viertel weniger Gehalt zufrieden sind. Lösungen müssen die Frauen selbst suchen, so legt es die aktuelle Diskussion der Gehaltsentwicklung nahe: Am besten, Frauen gehen in männliche Berufe, streben Führungspositionen an, arbeiten ganztags und unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit für Kinder nicht. Dass Frauen in Deutschland diesen Empfehlungen entsprechend vermehrt nachkommen, ist nicht wirklich erstaunlich. Zur Minderung der Gehaltsunterschiede könnte auch diskutiert werden, dass Männer häufiger Teilzeit arbeiten und längere Erwerbsunterbrechungen einlegen, dies hätte genauso positive Effekte auf die Verringerung der Einkommensunterschiede und käme darüber hinaus auch den Kindern zugute. Im Zusammenhang mit Lohndifferenzen wird dies jedoch nicht diskutiert, es wird nur auf die Frauen abgestellt.

Allmendinger (2010:13-14) schlussfolgert:

„Die Folgen dieses Geflechts aus frauentypischen Berufen, niedrigen Arbeitszeiten, geringem Einkommen und langen Unterbrechungen spüren die Frauen alle. Sie haben wenig eigenes Geld zum Leben, sind abhängig vom Unterhalt des Partners oder von Transferleistungen des Staates. Auf eigenen Beinen stehen? Das ist nicht. Betrachtet man die Altersrente als Lohn für die gesamte Lebensleistung – und dies tun die meisten Politiker noch heute –, so ist selbst bei den jüngsten Rentenzugängen in Westdeutschland die von Männern abgeleitete Rente höher als die eigene Altersrente der Frauen. In anderen Worten: Der Heiratsmarkt zahlt besser als der Arbeitsmarkt und dies, obgleich die Rechtsprechung seit längerem Frauen eindeutig auf den Arbeitsmarkt verweist“.

⁸ Eine Lösung könnte die Frauenquote sein. Laut Allmendinger (2010) könnte die Einführung einer Frauenquote für Führungspositionen die vertikale Segregation verringern. Allmendinger (2010:13) verdeutlicht die vertikale Segregation des deutschen Arbeitsmarktes mit wenigen Daten: „Betrachtet man in Deutschland Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten, sind nur 6 Prozent der Führungspositionen mit Frauen besetzt, in mittelständischen Betrieben sind es 20 Prozent. Auch im öffentlichen Dienst finden sich weit weniger Frauen in Führungspositionen, als es ihrem Beschäftigtenanteil entsprechen würde“ (Allmendinger 2010:13).

Entsprechend kommen auch Sigle-Rushton und Waldfogel anhand der Luxemburg Income Study zu dem Ergebnis, dass die „Child-Penalty“ in Deutschland besonders hoch ist (Sigle-Rushton/ Waldfogel 2004:18): Frauen steigen mit der Geburt von Kindern vergleichsweise lange aus der Erwerbstätigkeit aus, gleichzeitig sind die Einkommensunterschiede zwischen Vätern und Müttern besonders groß. Die Geburt von Kindern geht demnach in Deutschland mit großen Einkommensverlusten der Mutter einher und die Einkommen erholen sich auch nicht, wenn die Kinder älter werden (Sigle-Rushton/ Waldfogel 2004:23).

Theoretisch ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zudem dann eher gegeben, wenn der Frauenanteil in dem jeweiligen Beruf hoch ist, weil dann spezifische Vereinbarkeitsprobleme mehr Mitarbeiter betreffen und deshalb auch eher thematisiert und gelöst werden können. Zum Beispiel gehen Hoem et al. (2006:336) für Schweden davon aus, dass Frauenberufe auch familienfreundlicher organisiert sind, bspw. stimmen die Urlaubszeiten der Lehrerin mit den Ferienzeiten ihrer Kinder überein, das Lehramt gilt daher als familienfreundlicher Beruf. Laut Hoem et al. (2006:334) soll auch die Ausbildungsrichtung schon etwas über die Präferenz der Frau aussagen: Frauen, die eine Ausbildung im sozialen, pflegerischen und erzieherischen Bereich wählen, würden gerne mit Menschen und Kindern zusammenarbeiten und daher auch eine höhere Präferenz für eigene Kinder haben. Ob die Kinderzahlen in diesen Berufen wirklich höher sind, kann im Mikrozensus geprüft werden und wird im empirischen Teil ausgewertet. Neben der familienfreundlichen Organisation des Berufs müssten auch die Chancen berücksichtigt werden, also die Frage, inwieweit sich die Beschäftigungschancen von Frauen bestimmter Berufe verbessern oder verschlechtern. Allmendinger et al. (2010) haben bereits aufgezeigt, dass sich die Berufschancen der Frauen aus der Arbeitsmarktstruktur ergeben. Im Durchschnitt aller Frauen müsste deren Beschäftigungsrate jedoch steigen, weil heute mehr Frauen über höhere Bildungsabschlüsse verfügen als früher. Insgesamt müssten deshalb mehr Mütter erwerbstätig sein als früher. Hoem et al. (2006:335) zeigen darüber hinaus für Schweden, dass auch der Flexibilität des Bildungssystems eine Bedeutung zukommt: Nur wenn der Ausbildungsweg flexibel ist, hat eine Mutterschaft keine irreversiblen Folgen. Frauen können dann auch noch nach der Kindsgeburt ihre Ausbildung beenden – in Schweden ist das bei den Akademikerinnen häufig der Fall: Bei Frauen mit der höchsten Ausbildung liegt das durchschnittliche Geburtsalter niedriger als das durchschnittliche Alter bei Beendigung der Ausbildung (Hoem et al. 2006:335). Da das tatsächliche Alter bei Beendigung der Berufsbildung im Mikrozensus nicht erhoben wird, kann diese Frage im Rahmen dieser Dissertation jedoch

nicht für Deutschland dargestellt werden. Für Deutschland soll im Zeitvergleich jedoch die „Child Penalty“ aufgezeigt werden: also das Erwerbsverhalten der Frauen mit kleinen Kindern seit 1973. Durch die zunehmenden Chancen der Frauen durch höhere Schul- und Berufsbildung könnten sich die Konflikte zwischen Beruf und Familie verschärft haben.

Thesen zur Überprüfung in Kapitel 6.2:

Im empirischen Teil wird anhand von Daten des Mikrozensus überprüft, wie sich das Erwerbsverhalten von Frauen mit kleinen Kindern im Zeitverlauf entwickelt hat. Zusätzlich wird geprüft, ob in Berufen mit einem hohen Frauenanteil auch die Kinderzahlen der Frauen höher sind und welche Faktoren die Familienfreundlichkeit des Berufs bestimmen.

Auf makroanalytischer Ebene der Bundesländer wird im Kapitel 4.2 analysiert, inwieweit regionale Unterschiede in der Müttererwerbstätigkeit bis heute fortbestehen.

3.5. Berufliche Unsicherheiten

In der wohlfahrtsstaatlichen Literatur wird – in Kontinuität mit alten demographischen Überlegungen – argumentiert, dass ökonomische Unsicherheit kombiniert mit einem Mangel an öffentlicher Unterstützung die Entscheidung für eine Elternschaft negativ beeinflusst. Mills und Blossfeld (2005:15) fassen zusammen, dass verlängerte Ausbildungszeiten den Eintritt in eine erste Partnerschaft und Elternschaft in vielfacher Hinsicht tangieren:

- Verlängerte Bildung führt dazu, dass Jugendliche länger ökonomisch abhängig sind, wodurch sich das Ausmaß der ökonomischen Unsicherheit vergrößert. Dies wiederum führe zum Aufschieben von Partner- und Elternschaft. Da es heute mehr junge qualifizierte Frauen gibt, bekommen Frauen aufgrund der erweiterten Ausbildung, effektiver Verhütung sowie der widersprüchlichen Anforderungen von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung später Kinder.
- Zweitens nehmen Mills und Blossfeld (2005:15) an, dass hochqualifizierte Individuen andere Werte und Präferenzen vertreten. Dazu zählen Unabhängigkeit, Autonomie und ein höheres Verbundensein mit dem Aufbau einer Karriere und Hingabe an die Arbeit. Gleichzeitig seien sie auch aufgeschlossener gegenüber alternativen Lebensformen. Sie stellen die These auf, dass Länder mit wenig Mutter- und Elternschutz und wenig Kinderbetreuung, wie die konservativen Wohlfahrtsstaaten, die Möglichkeiten von Frauen sowohl Familien- als auch Erwerbskarriere zu machen reduzieren.
- Und drittens gehen Mills und Blossfeld (2005:15) davon aus, dass Bildungsbeteiligung im Gegensatz zur Familiengründung steht, weil Studenten weniger materielle Ressourcen haben, weniger Freizeit und aufgrund ihrer eigenen nicht gesicherten gesellschaftlichen Stellung weniger gewillt sind, sich mit Kindern langfristig festzulegen. Entsprechend sei das Eingehen alternativer nichtehelicher Lebensformen ohne Kinder eine rationale Antwort auf die wachsende Unsicherheit in der globalisierten Welt.

In der jüngeren soziologischen Literatur werden längere Ausbildungen in Verbindung mit späterer Selbstständigkeit mit dem Stichwort „Rushhour“ (Imhof) betitelt:

„Die Mehrheit der Bevölkerung in den 60er und frühen 70er Jahren hatte spätestens mit dem 21. bis 23. Lebensjahr ihre ökonomische Selbstständigkeit erreicht und damit auch die Möglichkeit, eine eigene Zukunftsplanung unabhängig von den Eltern zu entwickeln. Heute ist das für etwa 40 Prozent eine Altersjahrgangs nicht mehr

möglich, da diese 40 Prozent ihre ökonomische Selbstständigkeit erst nach dem 26. bis 28. Lebensjahr erreichen – mit der Konsequenz, dass für den Aufbau einer stabilen zukunftsorientierten Partnerschaft und Familie mit eigenen Kindern allenfalls noch fünf bis sieben Jahre zur Verfügung stehen⁹ bei gleichzeitiger Notwendigkeit, sich auch ökonomisch und beruflich zu etablieren“ (Bertram et al. 2005: 45).

Den meisten Autoren erscheint aus einer Lebensverlaufsperspektive heraus die verlängerte Bildungsphase deshalb als wesentlich für die verminderte Familiengründungsbereitschaft junger Erwachsener (vgl. Wirth 2005, Klijzing 2005, Hullen 1998, Liefbroer 2005, Kiernan 2000, Vogel 2001, Oppenheimer 1988). Unter den Bedingungen ökonomischer Unsicherheit und einer nicht gesicherten gesellschaftlichen Stellung seien nichteheliche alternative Lebensformen ohne Kinder wahrscheinlicher (Oppenheimer 1988). Empirisch spiegelt sich dies in einem seit den 70er Jahren kontinuierlich ansteigenden Alter beim Eintritt in die erste Ehe wider (Winkler-Dworak et. al. 2004). Allerdings sind die empirischen Ergebnisse zum Auszugsverhalten widersprüchlich. Laut Klijzing (2005:45) ist auf Datengrundlage des Family and Fertility Survey das durchschnittliche Auszugsalter aus dem Elternhaus im Zeitverlauf gestiegen: Von ca. 20,5 Jahren für die Kohorte der 1953 bis 1957 Geborenen auf ca. 21,5 Jahren der Kohorte der 1963 bis 1967 Geborenen. Hullen (1998:75) hingegen stellt mit den gleichen Daten des Family and Fertility Surveys im Vergleich der zwischen 1952 und 1972 geborenen Männer und Frauen fest, dass das Auszugsalter mit den Kohorten in Ost wie West sank. Hullen beschreibt, dass Jugendliche zwar immer seltener ausziehen, weil sie heiraten oder schwanger sind, stattdessen erweise sich immer häufiger „höhere Bildung“ als Auszugsgrund (Hullen 1998: 71, 73). Insgesamt hat sich aber nach Hullen das Auszugsalter derjenigen, die kein Kind hatten oder erwarteten, gesenkt: „Da diese (...) Befragtengruppe historisch zugenommen hat, wird verständlich, warum das durchschnittliche Auszugsalter nicht weiter angestiegen ist und in der Kohortenbetrachtung sogar sank“ (Hullen 1998: 73-74). Vogel (2001:133) betont insbesondere die Bedeutung des Wohlfahrtsstaates, der ein frühes Ausziehen von Jugendlichen ermöglichen oder verhindern kann. So zeigt auch das Beispiel der DDR, wie über Stipendien und Wohnungsvergabepläne junge Erwachsene zur Familiengründung schon während des Studiums motiviert werden können (Judt 1998, Niephaus 2002) – Dies funktioniert allerdings nur solange, wie auch das Wohlstandsniveau insgesamt niedrig ist, sich Jugendliche sonst also keine eigene Wohnung, jenseits einer eigenen Familiengründung, leisten können.

⁹ Laut deutschem Mutterpass gelten 35-Jährige und Ältere als Risikoschwangere, da sie häufiger als jüngere Frauen unter Gestose und Schwangerschaftsdiabetes leiden und auch ihr Risiko für Kinder mit Chromosomen-schäden höher ist.

Neben der verlängerten Bildung und einem insgesamt gestiegenen Wohlstandsniveau erscheinen die geänderten ökonomischen Rahmenbedingungen für die jüngeren Kohorten als weiterer Faktor: Die Verbreitung der Unsicherheit unter den jungen Kohorten, vor allem in Form eines schwierigen Zugangs zum Arbeitsmarkt und von unsicheren Einkommen waren in Italien oder den Niederlanden schon länger als Grund für den Aufschub von Geburten bekannt und gelten jetzt auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten (Billari et al. 2006). Diese Unsicherheit wird zusätzlich durch eine höhere geforderte und tatsächliche Mobilität verstärkt: Junge Menschen haben immer häufiger nur befristete Arbeitsverträge (Statistisches Bundesamt 2010), die Medien erfanden die „Generation Praktikum“. Aktuelle Studien zur Arbeitsmarktentwicklung können im Ländervergleich belegen, „dass Globalisierung makrostrukturell die Unsicherheit in modernen Gesellschaften deutlich erhöht hat“ (Blossfeld et al. 2008:43) Dies gelte insbesondere für junge Erwachsene bei gleichzeitiger Verschärfung der sozialen Ungleichheit.

Ähnlich wie heutige Jugendliche und junge Erwachsene in den südwesteuropäischen Staaten waren die ostdeutschen nach der Wiedervereinigung extrem von den Umbrüchen des Arbeitsmarktes betroffen. Deshalb erscheinen auch das Einbrechen der ostdeutschen Geburtenrate nach 1989 und der starke Geburtenaufschub plausibel, betrachtet man die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung für die ostdeutschen Lebensverläufe. Mayer und Solga greifen auf Längsschnittdaten zurück, um die „beispiellose Restrukturierung des ostdeutschen Arbeitsmarktes“ (Mayer/Solga 2010:43) und seine Folgen für die Lebensverläufe aufzuzeigen. Datengrundlage bildet:

1. die „Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland“ des abgeschlossenen Bremer Sonderforschungsbereichs 186
2. die ostdeutsche Erhebung der Deutschen Lebensverlaufsstudie, durchgeführt am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
3. und die ostdeutsche Stichprobe des sozioökonomischen Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Mayer/ Solga 2010:42).

Mayer und Solga fassen zusammen:

„Unter den Befragten der ostdeutschen Lebensverlaufsstudie, die ihre Erwerbstätigkeit nicht ganz aufgeben mussten, waren im Zeitraum zwischen 1989 und 1996 über 40 Prozent mindestens einmal arbeitslos. Etwa zwei Drittel mussten die Firma verlassen, in der sie 1989 gearbeitet hatten, und mehr als die Hälfte hatte bis 1996 einen weiteren Arbeitsplatzwechsel. Etwa ein Drittel wechselte den Beruf; berufliche Abstiege waren dabei fast doppelt so häufig wie berufliche Aufstiege (Goedicke 2002; 2006; Diwald et al. 2006). Das Risiko beruflicher Wechsel war 1,5-mal und das beruflicher Abstiege 2,4-mal so hoch wie in Westdeutschland (...). Die ostdeutsche Transformation bot damit mehr Risiken als Chancen“ (Mayer/Solga 2010:44).

Dass diese massive wirtschaftliche Umstrukturierung auf die Geburtenrate wirkte, kann auch deshalb angenommen werden, weil die Situation der potentiellen Eltern noch einmal besonders angespannt war: „Etwa die Hälfte der ostdeutschen jungen Frauen und Männer waren bis

zum 25. Lebensjahr bereits mindestens einmal arbeitslos. In Westdeutschland waren dies hingegen ‚nur‘ 12 Prozent und 21 Prozent der Männer“ (Mayer/Solga 2010:49). Stabile Beziehungen konnten darüber hinaus seltener aufgebaut bzw. erhalten werden, weil ein übliches Mittel der Beendigung der Arbeitslosigkeit die Abwanderung war: „Bereits beim Erwerbseinstieg war ein Zehntel der Ostdeutschen im Westen beschäftigt, im Alter von 25 Jahren waren es ein Fünftel der (dann) erwerbstätigen Männer und ein Viertel der erwerbstätigen Frauen“ (Mayer/Solga 2010:49 nach Trappe 2004). Dass trotz der größeren wirtschaftlichen Belastungen die Geburtenzahlen ostdeutscher Jahrgänge bis heute höher sind im Vergleich zu westdeutschen Kohorten, erscheint daher bemerkenswert.

Blossfeld et al. 2008 bezeichnen in ihrer international vergleichenden Studie insgesamt die Jugendlichen und jungen Erwachsenen als die Verlierer der Globalisierung. In allen untersuchten Ländern sahen sich Jugendliche mit zunehmenden Unsicherheiten beim Einstieg in das Erwerbsleben konfrontiert. Die zunehmenden Unsicherheiten wurden mit der Höhe der prekären, atypischen Formen der Beschäftigung gemessen. Sie schlussfolgern:

„Steigende ökonomische und zeitliche Unsicherheiten (durch Teilzeitarbeit, Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit, befristete Arbeitsverhältnisse) führen dazu, dass junge Menschen das Eingehen einer Partnerschaft und die Gründung einer Familie zunehmend aufschieben oder sogar völlig darauf verzichten“ (Blossfeld et al. 2008:29-30; dazu auch Buchholz/Gronow 2006).

Blossfeld et al. benennen vier Verhaltens- und Anpassungsstrategien junger Erwachsener:

1. Langfristig bindende Entscheidungen werden zunehmend aufgeschoben.
2. Junge Erwachsene wählen häufiger Alternativrollen zur Erwerbstätigkeit (sie bleiben z.B. länger im Bildungssystem).
3. Es gibt häufiger flexible Formen der Partnerschaft.
4. Es entwickeln sich geschlechtsspezifische Strategien des Umgangs mit Unsicherheit. Männer sind immer weniger in der Lage, die Ernährerrolle zu garantieren. Unqualifizierte Frauen wählen häufiger die Sicherheit der Familie und traditionelle Rollen der Mutter und Hausfrau. Qualifizierte Frauen entscheiden sich, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht gewährleistet ist, häufiger gegen Kinder (Blossfeld et al. 2008:30)

„Während demographische Ansätze diesen Wandel lediglich auf einen ‚Wertewandel‘ in modernen Gesellschaften zurückführen“ (Blossfeld et al. 2008:30-31), sehen Blossfeld et al. die Ursache eher in den mit der Globalisierung einhergehenden zunehmenden Unsicherheiten. „Die Gründung einer Familie erfordert ein Mindestmaß an wirtschaftlicher und sozialer Zukunftssicherheit, die unter den globalen Bedingungen zunehmender Arbeitsmarktunsicherheit häufig nicht gewährleistet werden kann“ (Blossfeld et al. 2008:31). Der Verzicht auf Kinder sei daher eine ökonomisch und sozial rationale Reaktion, wobei der Einzelne die Unsicherheiten subjektiv erlebt. Insgesamt hat sich im internationalen Vergleich hat sich die finanzielle Situation der Jugend verschlechtert. Jugendliche verdienen verhältnismäßig schlechter und sind häufiger arbeitslos. Das relative Einkommen der 18- bis 25-Jährigen hat sich in der

OECD um 7 Prozentpunkte verringert (Esping-Andersen 2009:57). Im Niedriglohnsektor befinden sich 60 Prozent der unter 25-Jährigen in den Niederlanden und Großbritannien, in Deutschland und Frankreich 40 Prozent. Vor allem männliche niedrig qualifizierte haben starke Einbußen, und Jungen sind stärker tangiert als Mädchen (Esping-Andersen 2009:58).

Im Einklang mit weiteren Autoren (Esping-Andersen 2009, Birg 2003) benennen Blossfeld et al. (2008) neben der Bildungsexpansion damit einen weiteren wichtigen Grund für die Erhöhung der weiblichen Erwerbstätigkeit: Die abnehmende Sicherheit der Erwerbskarriere von Männern. Weibliche Erwerbseinkommen gewinnen für die materielle Sicherheit der Frauen und deren Familien zunehmend an Bedeutung (Blossfeld et al. 2008:32). Und während früher als Grund für junge, noch kinderlose Ehen das geringe männliche Einkommen thematisiert wurde, spielen heute mehr und mehr auch die Karriereperspektiven der Frauen eine wichtige Rolle für die Entscheidung zum Kind (Esping-Anderssen 2009:28).

Das steigende Ausbildungsniveau und damit einhergehend längere Ausbildungszeiten, ein späterer Berufseinstieg, eine größere Unsicherheit in der eigenen Lebensplanung, die Koordination von zwei Erwerbskarrieren (sowohl des Mannes als auch der Frau) führen dann dazu, dass Menschen sich heute später auf Kinder festlegen wollen als früher. In den eigenen empirischen Analysen soll daher getestet werden, inwieweit sich auch innerhalb formal ähnlicher Muster – beispielsweise, lange Ausbildung, später Berufseinstieg – die Kinderzahlen gewandelt haben.

Die in der Literatur vielfältig beschriebene *Erweiterung der Optionen* ist mit neuen Risiken und Unsicherheiten verbunden. Individuen hätten zwar *größere Entscheidungsmöglichkeiten*, welche aus der kulturellen und institutionellen Modernisierung resultierten, allerdings ist der Übergang in die Elternschaft ein *Entscheidungsprozess*, der von *verfügbaren Optionen* abhängig ist. Die generative Entscheidung ist aus dieser Perspektive *strukturellen Rahmenbedingungen* unterworfen.

„Diese Optionen sind nicht für alle Gesellschaftsmitglieder frei verfügbar. Die Verfügbarkeit solcher Optionen hängt nicht nur von allgemeinen strukturellen Bedingungen wie der Struktur des Bildungssystems und der Arbeitsmärkte oder den legitimen kulturellen Vorstellungen von Geschlechterbeziehungen, Familie, Kinderlosigkeit und der Definition des „guten Lebens“ ab, sondern auch von Milieu- und Schichtzugehörigkeit, insbesondere dem erworbenen Bildungskapital, den zugänglichen sozialen Unterstützungs-Netzwerken sowie der biographischen Position“ (Burkart 1994:272).

Diese komplexen Zusammenhänge lassen sich laut Burkart mit einer typologisierenden Zugriffsweise auf wenige zentrale Struktur-Entscheidungs-Ketten reduzieren. Der biographische Verlauf, der mehrere Kinder beinhaltet, sieht für Burkart folgendermaßen aus und ist

extrem simpel: Frühe Heirat – erstes Kind – zweites Kind – mehr Kinder – Hausfrau. Zwar gibt es vom zweiten Kind auch einen direkten Pfad zur erwerbstätigen Mutter. Die Entscheidung für ein drittes Kind führt in Burkarts Modell aber zwangsläufig und ohne Alternativen zum Leben als Hausfrau (Burkart, 1994:276). Ein Wiedereinstieg der Frau ins Erwerbsleben, wenn die Kinder etwas selbstständiger sind, kommt in Burkarts (1994) Modell nicht vor. Allerdings thematisierte schon König Mitte der 70-er Jahre die verlängerte Lebenserwartung der Frau und das 3-Phasen-Modell. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung argumentierte König, dass den Frauen noch genügend Lebensjahre zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit bleiben, wenn das jüngste Kind den Haushalt verlässt.

Laut Burkart ist in dem traditionellen Modell mit der frühen Ehe die erste Mutterschaft auch weniger das Ergebnis einer bewussten Entscheidung als vielmehr eine biographische Zwangsläufigkeit. Burkart (1994), Birg (2003) und Kaufmann (2005) sind sich einig, dass mehr verfügbare Optionen die Festlegung auf ein Kind erschweren. Einfach ausgedrückt: Je mehr Möglichkeiten eine Frau hat, desto seltener entscheidet sie sich für ein Kind und wenn, dann erst später im Lebenslauf. Eine späte Mutterschaft wiederum macht die Gründung einer Mehrkindfamilie auf Grund biologischer Unfruchtbarkeit unwahrscheinlicher. Eine frühe Mutterschaft, die eher mehrere Kinder nach sich zieht, wird hingegen eher von Frauen eingegangen, die weniger alternative Möglichkeiten haben. Da sich jedoch die Optionen für junge Frauen erheblich vergrößert haben, schränkt sich Kreis potentieller kinderreicher Frauen auf eine immer kleinere Anzahl ein.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Mehrkindfamilie sowohl bei Birg (2003) als auch bei Kaufmann (2005) und Burkhart (1994) nur in Verbindung mit einem *traditionellen Familienmodell* (Mann ist Ernährer, Frau ist Hausfrau) gesehen wird. Auch für Hakim (2000, 2003) haben „homecentred women“, also Frauen, die ihren Lebensmittelpunkt im Haus und bei ihrer Familie sehen, durchschnittlich mehr Kinder als adaptive oder karriereorientierte Frauen. Anders als Birg oder Burkart findet Hakim Hausfrauen jedoch in allen Schichten der Sozialstruktur: Auch Frauen mit höherer Bildung und entsprechend vielen Optionen entscheiden sich laut Hakim für das Hausfraumodell. Gleichzeitig schließt Hakim eine hohe Kinderzahl von adaptiven Frauen nicht aus: Hakim sagt lediglich, dass Karrierefrauen eher weniger und Hausfrauen eher mehr Kinder haben. Wenn erwerbstätige Frauen Kinder haben, organisieren sie laut Hakim lediglich die Kinderbetreuung und Hausarbeit anders, indem sie diese Tätigkeiten auslagern und überwiegend nicht selbst erledigen (Hakim 2000). Diese Annahme

wird durch aktuelle schwedische Studien gestützt, wo beruflich erfolgreiche Frauen mittlerweile genauso viele oder sogar mehr Kinder haben als beruflich weniger engagierte Frauen (Berinde 1999). Darüber hinaus wurden Studien genannt, laut denen in Ländern mit einer besseren Vereinbarkeit die Geburtenraten höher sind, weil hier auch berufstätige Frauen mehrere Kinder bekommen (Hoem et al. 2001).

Thesen zur Überprüfung in Kapitel 6.2:

Im empirischen Teil dieser Arbeit wird der Zusammenhang zwischen höheren Berufschancen der Frauen und veränderten Kinderzahlen im Zeitverlauf dargestellt. Die genannte Diskussion zeigt die Problematik bereits auf: Haben heute die Frauen mehr Optionen als früher, sinkt die Anzahl potentieller kinderreicher Frauen. Die Geburtenrate wird jedoch wesentlich durch das Niveau der Frauen bestimmt, die drei und mehr Kinder bekommen. Werden kinderreiche Familien ausschließlich mit Hausfrauen und Frauen, die über keine Berufsbildungschancen verfügen, in Verbindung gebracht, dann muss die Geburtenrate in modernen Gesellschaften, in denen Frauen studieren dürfen, zwangsläufig niedrig sein. Darüber hinaus wurde bereits in der Datenlage die Frage aufgeworfen, wie in den neuen Bundesländern – trotz deutlich mehr Unsicherheiten und wirtschaftlichen Belastungen – die Geburtenrate hier ebenso hoch sein kann wie im Westen Deutschlands.

Welchen Einfluss der Strukturwandel (in Form von höherer Bildungsbeteiligung und deshalb späterer Selbstständigkeit) auf die Familiengründung und damit auch auf die Möglichkeiten der Familienerweiterung haben, soll im empirischen Teil dieser Arbeit aufgezeigt werden. Überprüft werden soll, ob sich das durchschnittliche Alter bei der Kindsgeburt für alle Frauen und alle Bildungsschichten gleichermaßen erhöhte. Denn der von Lesthaeghe (2010) und früher von van de Kaa (1987, 1996) formulierte Wertewandel soll universell gelten, also auch Frauen unterschiedlicher Bildungsgruppen betreffen. Das gleiche gilt für das Unsicherheitsniveau, dass sich laut den genannten international vergleichenden Studien unter der Federführung von Blossfeld et al. (2008) in allen europäischen Staaten erhöht hat. Haben demnach alle Frauen ihre Geburten aufgeschoben, unabhängig vom Bildungsabschluss? Oder hat sich das durchschnittliche Alter bei Geburt nur erhöht, weil heute mehr Frauen als früher studieren? Diese Fragen werden für Deutschland im Zeitvergleich überprüft (vgl. Kapitel 6.3).

Aber so wichtig in der ökonomischen, soziologischen und politischen Literatur der Strukturwandel und die Emanzipation der Frau aufscheint, so werden diese strukturellen Prozesse in

der demographischen Literatur lediglich als Hintergrundinformation genannt. Wesentlich ist und bleibt der Wertewandel, um ein verändertes Familienbildungsmuster zu erklären. Bedeutende demographische Analysen (van de Kaa 1987; Lesthaeghe 1992) betonen bis heute gerade einen Wertewandel für die Veränderungen der Familienbildungsprozesse, während die wirtschaftliche Entwicklung als weniger einflussreich eingeschätzt wird:

„Zunächst nahm man an, dass die wirtschaftliche Rezession nach der Ölkrise im Jahr 1974 der Grund für die späteren Eheschließungen und die Aufschiebung der Geburten sei, doch es gab bereits erste Mutmaßungen, dass die Wurzeln der neuen Formen der Haushaltsgründung in den 60er Jahren und genauer gesagt in der markanten Werteverschiebung während dieses Jahrzehnts liegen könnten“ (Surkyn/Lesthaeghe 2004:64).

3.6. Der zweite demographische Übergang

Der Strukturwandel erscheint vor allem deshalb unterbelichtet, weil sich die demographische Forschung für die Erklärung des Geburtenrückgangs auf das Konzept des „Zweiten demographischer Übergangs“ (Second Demographic Transition, kurz SDT) geeinigt hat. Zwar bringen Huinink/Konietzka (2007) auf den Punkt: „Der These des zweiten demographischen Übergangs in Europa ist in allen relevanten Punkten widersprochen worden“ (Huinink/Konietzka 2007:115). Trotzdem soll sie an dieser Stelle kurz vorgestellt werden, denn die Theorie des zweiten demografischen Übergangs erfreut sich bis heute in der wissenschaftlichen Literatur trotz aller Kritik großer Beliebtheit. Einerseits stellt sie Kennziffern bereit, an denen sich der demografische Wandel anschaulich messen lässt. Diese Kennziffern liegen im Zeitverlauf vor. Im makroanalytischen Teil der Arbeit (vgl. Kap. 4.1) werden die Kennziffern des zweiten demographischen Übergangs für die DDR und Ostdeutschland im Vergleich zur BRD und Westdeutschland dargestellt, um anschließend zu fragen, ob sie eine plausible Erklärung für die Geburtenrückgang liefern können.

Van de Kaa veröffentlichte 1987 einen Aufsatz unter dem Titel: „Europe's Second Demographic Transition“, in welchem er das Konzept einer möglichen zweiten demographischen Transition vorstellt. Seither entwickelte sich der „Zweite demographische Übergang“ in gewisser Weise zu einem eigenständigen Fachbegriff. Der Ausgangsbegriff „Demographischer Übergang“ geht auf Warren Thompson zurück, der den Übergang von archaischen zu modernen demographischen Verhältnissen mit dem Wandel der Geburten- und Sterberaten beschreibt (vgl. dazu auch Coale et al. 1986). Idealtypisch verläuft die Entwicklung von hohen Geburten- und Sterberaten hin zu niedrigen Geburten- und Sterberaten bei stabiler Bevölkerung am Beginn und zum Ende der demographischen Entwicklung. Für den ersten demographischen Übergang werden drei Determinanten ausgemacht: Industrialisierung, Urbanisierung und Säkularisierung (van de Kaa 1987:6). Durch die Einführung der Schulpflicht und das

Verbot der Kinderarbeit wurden Kinder zu Kostenfaktoren. Auch für das Erbe erschien eine kleinere Kinderzahl unproblematischer. Säkularisierung schließlich verminderte den Einfluss der Kirche, so dass Eheleute zunehmend Familienplanung praktizierten: „Quality replaced Quantity“ (Van de Kaa, 1987:6). Da sich das erwartete Bevölkerungsgleichgewicht jedoch nicht einstellte, wurde nun nach Erklärungsmöglichkeiten gesucht, die das Absinken der Fertilität unter das Reproduktionsniveau plausibel erscheinen lassen.

Nach dem zweiten Weltkrieg und dem ihm folgenden Babyboom vermerkt Van de Kaa (1987:5) den Beginn des zweiten demographischen Übergangs im Jahr 1965, im Zuge dessen die Geburtenraten dauerhaft unter das Reproduktionsniveau sanken und zu einer Schrumpfung der Bevölkerung führten, da die Anzahl der Geburten die Anzahl der Todesfälle unterschritt. Ein Absinken der Fertilität unter das Reproduktionsniveau war im Rahmen der Theorie des ersten demographischen Übergangs nicht vorgesehen und braucht laut van de Kaa (1987) neue Erklärungsansätze. Ähnlich argumentiert auch Höhn: „Die Theorie des demographischen Übergangs hat schließlich in der postmodernen Gesellschaft insofern ‚ausgedient‘, als sich nicht das erwartete stabile Gleichgewicht zwischen Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit eingestellt hat“ (Höhn 1986:312).

Die den ersten demographischen Übergang bestimmenden Determinanten wie Modernisierung, Industrialisierung und Urbanisierung spielen demnach zur Erklärung des Geburtenrückgangs nur noch eine untergeordnete Rolle. *Insgesamt hätten strukturelle Erklärungsmerkmale stark an Erklärungskraft eingebüßt.* Höhn fasst zusammen:

„Die meisten Untersuchungen zeigen, dass die strukturellen Rahmenbedingungen (Sozial- und Wirtschaftsstruktur, Arbeitswelt, Wohnbedingungen) gegen Ende des demographischen Übergangs einen immer geringeren Erklärungswert haben. Die Analyse der klassischen Variablen zu differentiellen Kinderzahlen (z.B. nach der Stellung im Beruf, dem Einkommen, der Erwerbstätigkeit der Frau, den Wohnverhältnissen, den Bildungsjahren) zeigt nach Ende des demographischen Übergangs (in der Bundesrepublik Deutschland etwas in den 60er Jahren erreicht) kaum noch nennenswerte Unterschiede“ (Höhn 1986:312).

Als theoretisches Kernstück des zweiten demographischen Übergangs wird in demographischen Analysen der Wertewandel in Richtung Postmaterialismus benannt (van de Kaa 1987; Lesthaeghe 2010).

„Die Postmaterialisten sind demnach auch die Träger des veränderten demographischen Verhaltens. Sie vertreten progressive moralische Werte und Einstellungen und legen neue familiäre Verhaltensweisen an den Tag. Diese führen letztlich zu den bekannten Veränderungen in den Makrokennziffern der Geburten-, Heirats- und Scheidungsraten und einer Pluralisierung der Lebensformen“ (Huinink/Konietzka 2007: 114-115).

Laut van de Kaa (1987:5) charakterisieren zwei Schlüsselbegriffe die Normen und Einstellungen hinter dem ersten und dem zweiten demographischen Übergang: Altruismus und Indi-

vidualismus. Der erste Übergang zu niedriger Fertilität war durch Besorgnis um die Familie und das Überleben des Nachwuchs gekennzeichnet, während der zweite die Rechte und die Selbstverwirklichung der Individuen hervorhebt. Über die indirekten Determinanten des zweiten demographischen Übergangs bestehe laut van de Kaa keine Einigkeit. Van de Kaa (1987:6) nennt die Bildungsexpansion, den Wunsch nach höheren Einkommen und die höheren Ansprüche an die Lebensqualität, die Opportunitätskosten sowie die Tatsache, dass auch ein oder zwei Kinder emotionale Befriedigung verschaffen können. Bereits an dieser Stelle wird deutlich, dass in der Demographie auf der Suche nach Erklärungsgründen für niedrige Geburtenraten stets außerdisziplinäre Ansätze genannt werden. Die Demographie ist eine interdisziplinäre Wissenschaft. Kernstück der Theorie des zweiten demographischen Übergangs ist jedoch ihre Bezugnahme auf den Wertewandel: der Wandel hin zu postmaterialistischen Einstellungen könne die veränderte Wertigkeit der Kinder erklären, beschrieben wird dieser Wandel anhand amtlicher Daten. So bleiben bis heute „die genannten Entwicklungen Ausdruck eines langfristigen kulturellen – treffender: ideellen – Wandels, der in der theoretischen Argumentation Lesthaeghes hinter den das individuelle Handeln – neben Kosten-Nutzen-Erwägungen (Lesthaeghe 1983) – bestimmenden individuellen Präferenzen steht“ (Niephaus 2012: 30).

Insbesondere kulturelle Veränderungen würden daher dazu führen, dass Eheschließungen und Elternschaft heute freiwilliger und seltener auftreten. Van de Kaa benutzt die Begriffe „Fortschrittlichkeit“ und „Konservativismus“ und argumentiert, dass sich die meisten europäischen Staaten in der Nachkriegszeit hin zu mehr Fortschrittlichkeit bewegten und dass dies viele demographische Veränderungen erklären könne. Philosophisch bedeute Fortschrittlichkeit eine Tendenz, das Neue willkommen zu heißen, die Gegenwart kritisch zu betrachten sowie mit der Vergangenheit abzuschließen; Werte wie Gleichheit¹⁰ oder Freiheit¹¹ werden stärker betont. Konservatismus hingegen bedeute die gegensätzliche Tendenz, die Gewohnheit und die Tradition wertzuschätzen und Veränderungen kritisch gegenüberzustehen. Van de Kaa (1987:7) lehnt sich zur Beschreibung des Wertewandels eng an Inglehard an, welcher anhand von Daten des Eurobarometers diesen Wandel hin zu Fortschrittlichkeit und Postmaterialismus aufzeigt. Rezessionen würden diesen Wandel beeinflussen, jedoch aufgrund des von Kohorte zu Kohorte größer werdenden Postmaterialismus nicht aufhalten. Laut van de Kaa hat der seit Ende der 60-er Jahre stattfindende Wertewandel direkte Auswirkungen auf

¹⁰ Gleichheit der Möglichkeiten (Bildung, Einkommen)

¹¹ Die Wahlfreiheit (Kleidung, sexuelle Neigungen etc.)

die Familienbildungsprozesse und damit auch auf die Fertilität der Frauen. Seine Argumentation:

„Looking back, the sequence of events that led to today's low fertility seems both logical and understandable. One wonders why it was not predicted! Reflecting the shift to progressiveness and individualism, the sequence involves shifts from marriage toward cohabitation, from children to the adult couple as the focus of the family, from contraception to prevent unwanted births to deliberate, self-fulfilling choices whether and when to conceive a child, and from uniform to widely diversified families and households“ (Van de Kaa 1987:9).

Aktuelle empirische Studien, die sich mit dem Wertewandel bezüglich der Familie beschäftigen, betrachten den noch in den 80-er Jahren prognostizierten Wandel der Werte eher kritisch. Bien (2006) stellt in einem Überblick über Familienbilder und Wirklichkeit unter Bezugnahme des Familiensurveys, des Jugendsurveys, der Shell-Jugendstudie, der Generationenstudie, des European Value Survey, des Allbus und des ISSP fest:

„Die in den 80er Jahren geführte Debatte um eine postmaterialistische Verschiebung der Werte in einer individualisierten Gesellschaft und die damit verbundenen Befürchtungen hinsichtlich der Familie haben in der breiten Öffentlichkeit bis heute keine Entsprechung gefunden“ (...) „Der in der öffentlichen Meinung oft behauptete Wertewandel hin zum Schlechteren ist nicht nachweisbar, im Gegenteil: Wenn ein Wertewandel in der jüngeren Generation festzustellen ist, dann eher hin zu konservativen, traditionellen Werten“ (Bien 2006:259, 261-262).

In der Werteforschung ist die Operationalisierung des Wandels anhand des Materialismus/Postmaterialismusindexes insgesamt seit langem strittig. Kaase arbeitet heraus, dass „die gängige Operationalisierung der Materialismus-Postmaterialismus-Wertorientierung in einer Weise defekt ist, die eine Neuorientierung unabweisbar macht“ (Kaase 1998:272). Klassischerweise wurden die Befragten lediglich über vier Items kategorisiert, nämlich ihrer Zustimmung zu: Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land, Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung, Kampf gegen steigende Preise, Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Strukturelle Veränderungen – in Kaases Beispiel eine zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit – führen nun jedoch dazu, dass neue Probleme zu bewältigen sind. Würde man nun zusätzlich das Item abfragen: „Der Staat sollte etwas gegen die hohe Arbeitslosigkeit unternehmen“ – eine an und für sich materialistische Einstellung – hätte die jüngere Generation deutlich höhere materialistische Werteorientierungen. So ist nicht nur die Operationalisierung der Werteorientierung insgesamt seit langem umstritten (Kaase 1998). Hinzu kommt auch die Frage, inwieweit eine Werteorientierung – abgefragt anhand solcher allgemeiner Items – überhaupt im sinnvollen Zusammenhang zum demographischen Wandel steht. Diese Frage kann in dieser Arbeit jedoch nicht ausgeführt werden. Jedenfalls fassen Huinink und Konietzka zusammen:

„Die Theorie des zweiten demografischen Übergangs bietet zwar eine mehr oder weniger konsistente Interpretation des jüngeren familiendemografischen Wandels, ihre Erklärungskraft ist aber fraglich. Sowohl die Frage, ob der Wertewandel eine unabhängige Dimension des Modernisierungsprozesses in den Nachkriegsjahrzehnten darstellt, als auch die Frage, ob, wann und wie individuelle Wertorientierungen die Entscheidungen über Fertilität, Lebensformen und Familie beeinflussen, ist empirisch nicht hinreichend beantwortet (vgl. Scarbrough 1995).

Schließlich bleibt die Frage des Einflusses der (unterschiedlichen) gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Ländern Europas auf den familialen Wandel unterbelichtet“ (Huinink/Konietzka 2007: 116-117).

Van de Kaas „Zweiter demographischer Übergang“ vernachlässigt weitere Einflussfaktoren, da er sich vorrangig auf den Wertewandel bezieht. Erst in den 90-er Jahren baut van de Kaas Schüler Lesthaeghe (1992) nach massiver Kritik, wie er selbst schreibt, die veränderte Stellung der Frau in die Theorie des Zweiten demographischen Übergangs expliziter mit ein und sieht das Erklärungspotential des Wertewandels dann eher als Ergänzung zu ökonomischen Erklärungsansätzen, welche veränderte Kosten der Frauen berücksichtigen.

So kann nicht pauschalisiert werden, dass demographische Ansätze die Opportunitätskosten der Frau oder die veränderten Bildungschancen der Frau nicht erwähnen würden. In demographischen Analysen werden solcherlei Aspekte stets als zugrunde liegende Erklärungen kurz genannt (van de Kaa 1987:6, Lesthaeghe 1992). In den empirischen Analysen wird dann aber der Wandel der demographischen Kennziffern dargestellt (Scheidungen, nichtehelichen Lebensformen etc.) und dieser mit dem ideellen Wertewandel in Beziehung gesetzt, ohne zu prüfen, inwieweit der Rückgang der Kinderzahlen auf einem strukturellen Wandel – unabhängig von Einstellungen und Präferenzen - beruht. Niephaus (2012) schlussfolgert:

„So plausibel die Argumentation auf den ersten Blick erscheinen mag, so wenig hält sie einer methodologischen und empirischen Überprüfung stand: Von einem methodologischen Standpunkt sind die Überlegungen Lesthaeghes zunächst einmal nicht mehr als ex post-Argumente ohne prognostische Qualität. Darüber hinaus ist seine Argumentation tautologisch – auch wenn Lesthaeghe (1983) diesem Einwand vorzubeugen versucht, indem er vorschlägt, seine Position mit einem mikroökonomischen Ansatz zu verbinden. In seinen weiteren empirischen Analysen finden an einen Kosten-Nutzen-Ansatz gekoppelte Überlegungen keinen Eingang“ (Niephaus 2012:31).

Dabei war bereits Mitte der 80-er Jahre in der ökonomischen Forschung „State of the Art“, dass die veränderte Rolle der Frau wesentlichen Einfluss auf veränderte Familienbildungsprozesse hat. Höhn (1986) zeigt in ihrem Überblick über die Ursachen des Wandels der Geburtenrate auf, dass Einflussfaktoren auf den Geburtenrückgang auf allen gesellschaftlichen Ebenen wirken, es also nicht die eine Ursache des Wandels gab. Insofern muss Van de Kaas Ansatz, die demographischen Veränderungen allein mit dem Wertewandel in Verbindung zu bringen, schon seinerzeit Mitte der 80-er Jahre als stark verkürzt bewertet werden. Auch war die Entdeckung des Wertewandels an sich nicht neu, denn in Form der Säkularisierung spielte er schon für den ersten demographischen Übergang eine wesentliche Rolle (Lesthaeghe/Wilson 1986:291).

Ein wesentlicher Kritikpunkt am Konzept des zweiten demographischen Übergangs wurde darüber hinaus von Coleman formuliert: Er interpretiert die von van de Kaa genannten Prozesse als Bestandteile eines kontinuierlichen Modernisierungsprozesses, der seit dem 19. Jahrhundert stattfand (2004:11ff.). Auch für Deutschland gilt, dass viele der von van de Kaa genannten neuen Entwicklungen so neu nicht sind: Die uneheliche Fruchtbarkeitsziffer war bspw. im deutschen Reich größer als heute (Statistisches Bundesamt 1972), absolut betrachtet sind die Zahlen unehelicher Kinder seit den 70-er Jahren in der Bundesrepublik nicht wesentlich angestiegen (Abbildung 15). Auch gab es in den 20-er Jahren in Deutschland einen hohen Anteil lediger Frauen, ebenso war das durchschnittliche Heiratsalter hoch (Statistisches Bundesamt 1972, Rothenbacher 1997). Wenn man jedoch wie van de Kaa den Wandel erst ab den 60-er Jahren betrachtet – der Zeit des Wirtschaftswunders und der Hausfrauenehe – mögen einige Kennziffern seither stark gestiegen sein und eine neue Entwicklung suggerieren. Longman stellt ebenfalls den Wertewandel in Frage: 1860 endeten 20 Prozent der Schwangerschaften in Abtreibungen, als Ursache nennt er die Genussucht des viktorianischen Zeitalters (Longman 2004:152). Laut Longman (2004) gäbe es keine neuen sozialen und ökonomischen Trends, sondern ein erneut höheres Ausmaß ökonomischer Unsicherheit – Überall auf der Welt seien der Wohlfahrtsstaat und die Arbeiterbewegungen (als Errungenschaften des 20. Jahrhunderts) bedroht (Longman 2004:153).

Van de Kaas Erklärungsansatz erscheint jedoch vor allem deshalb problematisch, weil er aus Sicht des Paares argumentiert und die Stellung der Frau nicht explizit formuliert. Erst 2010 thematisiert Lesthaeghe, dass das Ausmaß der nachholenden Geburten auch davon abhängt, wie sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestaltet (Lesthaeghe 2010:232). Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie würde die Opportunitätskosten von Eltern senken. Damit greift Lesthaeghe 2010 ökonomische Argumente auf, die seit den 80-er Jahren in der ökonomisch orientierten Forschungsliteratur thematisiert werden. Für den Aufschub der Geburten macht Lesthaeghe (2010:232) das höhere Bildungsniveau der Frauen verantwortlich. Dieses strukturelle Merkmal wird von Lesthaeghe (2010:232) um kulturelle Merkmale wie das Anstreben einer höheren Selbstverwirklichung, den größeren Wunsch, die Zukunft offen zu halten und höhere Konsum- und Freizeitaspirationen erweitert. Beide Faktoren – das höhere Bildungsniveau wie die damit einhergehenden veränderten Werte – würden den Aufschub der Geburten erklären (Lesthaeghe 2010:232).

Thesen zur Überprüfung in Kapitel 6:

Welche Folgen das veränderte Bildungsniveau unabhängig vom Wertewandel auf das generative Verhalten hat, wird von Lesthaeghe (2010) nicht überprüft. Dabei wäre es ja durchaus denkbar, dass Akademikerinnen älterer Kohorten ihre Kinder ebenfalls später bekamen als andere Frauen und dass auch schon früher erwerbstätige Frauen in vielen Branchen ihre Kinderzahl stark einschränkten (vgl. Kap. 6). Sollte der von Lesthaeghe genannte Wertewandel universell gelten, müssten auch innerhalb gleicher soziostruktureller Muster ein Geburtenaufschub statt gefunden haben (vgl. Kap. 6.1.1).

Im makroanalytischen Teil werden außerdem die Kennziffern, die laut van de Kaa (1987, 2004) und Lesthaeghe (2001) den zweiten demographischen Übergang beschreiben, im Zeitvergleich für die DDR/Ostdeutschland und BRD/Westdeutschland dargestellt. Einerseits lassen sich die demographischen Veränderungen auf diese Weise anschaulich darstellen. Andererseits lässt sich auf diese Weise aufzeigen, ob die Kennziffern des zweiten demographischen Übergangs eine konsistente Erklärung für die Entwicklung der ost- und westdeutschen Geburtenziffern liefern können.

3.7. Die Rolle des Wohlfahrtsstaates

Die internationale Literatur geht davon aus, dass insbesondere die Organisation des Wohlfahrtsstaates das Level der weiblichen Erwerbstätigkeit und das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung mitbestimmt. Laut Esping-Andersen (1990, 2009) können Wohlfahrtsstaaten die weibliche Erwerbstätigkeit durch Steuern, Gesetze, Ausbildungsregularien und einem Mangel an alternativen Betreuungsangeboten (wie Kinderbetreuung) hemmen. Im Einklang mit der Wohlfahrtsstaatentheorie gehen Blossfeld und Drobnic (2001:21, 40) davon aus, dass die Unterschiede in der politischen Organisation die Arbeitsentscheidung der Frauen wesentlich mitbestimmen. Wohlfahrtsstaatliche Politiken können demnach aktiv Wahlfreiheit gewährleisten, aber auch die Frauen in ihre Rolle als Hausfrau und Mutter drängen: Je traditioneller das familienpolitische System gestaltet sei, desto schwerer falle den Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Je schwieriger die Vereinbarkeit, desto höher sind die indirekten Kinderkosten und desto stärker schieben hoch qualifizierte Frauen die Geburt ihrer Kinder auf (Blossfeld/Drobnic 2001:21). Gibt es auf der einen Seite vielfältige Politiken, die den Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit ermöglichen, aber auf der anderen Seite ein geringes Angebot an Kinderbetreuung, das die Müttererwerbstätigkeit möglich macht, so wird von „Child penalty“ gesprochen.

Laut der Wohlfahrtsstaatentheorien unterstützen die konservativen Wohlfahrtsstaaten Niederlande, Westdeutschland wie auch Belgien (Flandern) vorrangig Hausfrauen (Blossfeld/Drobnic 2001, Kaufmann 2003, Esping-Andersen 1990, Blossfeld/Hofmeister 2008). Ihre Politiken zielen im Grunde darauf, die Nichterwerbstätigkeit der Frau zu unterstützen. Blossfeld und Drobnic (2001:41) führen aus, dass in Westdeutschland die finanzielle Abhängigkeit der Frau vom Ehemann bevorteilt werde, ebenso die Nichterwerbstätigkeit gegenüber der Teilzeiterwerbstätigkeit sowie die Teilzeiterwerbstätigkeit gegenüber der Vollzeiterwerbstätigkeit. Im Hinblick auf die Arbeitsteilungsmuster der Eheleute würden konservative Wohlfahrtsstaaten daher versuchen, das BrotverdienermodeLL zu erhalten. Gleichzeitig bieten konservative Wohlfahrtsstaaten nur ein geringes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen an (Blossfeld/Drobnic 2001:41; Blossfeld et al. 2005:13).

Dieses Modell ist solange möglich, wie auch die Arbeitgeber ein Familieneinkommen zahlen. In sozialistischen Staaten reichte ein Einkommen in der Regel nicht für ein angemessenes Auskommen der ganzen Familie. Im Vergleich zu den liberalen Wohlfahrtsstaaten ist in konservativen Wohlfahrtsstaaten der Arbeitsmarkt regulierter und es ist auch ein höherer Anteil der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst beschäftigt. Auch die Teilzeitstellen seien in konservativen Wohlfahrtsstaaten besser geschützt und der Anteil an marginaler Beschäftigung sei niedriger. Blossfeld und Hakim (1997:14) interpretieren den hohen Anteil der deutschen Frauen in Teilzeit daher als Ausdruck eines fortbestehenden männlichen BrotverdienermodeLLs. Das männliche AlleinverdienermodeLL bleibt die primäre Norm, forcierende Politiken sind ein langer Mutterschutz samt Elternzeit und Steuern, welche die Alleinverdienerehe belohnen. Es gibt mehr Teilzeit- als Vollzeit-Dazuverdiener und das zweite Einkommen in einem Haushalt wird stark besteuert (Blossfeld/Drobnic 2001:41). Gleichzeitig fehlen Betreuungsangebote für Kinder und die Schule endet schon mittags: „For example, in Germany the school day finishes in time for children to go home for lunch, so that jobs with only very short daily hours in the morning become attractive to mothers“ (Blossfeld/Hakim 1997:14). Aber auch in den konservativen Wohlfahrtsstaaten zeichne sich ein langsamer Wandel hin zu alternativen Familienmodellen ab (Blossfeld Mills 2006:14). Frauen in diesen Ländern könnten von flexiblen neuen Beschäftigungsverhältnissen profitieren, die ihnen einerseits die Erwerbstätigkeit ermöglichen, und andererseits sind sie von Einkommenseinbußen und -unsicherheiten durch neue Beschäftigungsformen weniger betroffen, weil das Einkommen traditionell vom Mann erwirtschaftet wird und sie nur dazu verdienen. Blossfeld und Mills

(2006:14) prognostizieren daher für Deutschland eine weitere Zunahme des „one and a half earner modell“ – einer modifizierten Form des Alleinverdienermodells. Eine weitere Zunahme der Doppelverdienerhaushalte wird kritisch gesehen, solange Kindergärten und Schulen nicht auf die Vollzeiterwerbstätigkeit der Mütter ausgerichtet sind.

Blossfeld und Drobnic (2001) erweitern die Typologie der Wohlfahrtsstaaten zusätzlich noch um die ehemals sozialistischen Länder Polen und Ungarn und behandeln Westdeutschland separat, die neuen Bundesländer werden nicht analysiert. Für die vorliegende Untersuchung ist die separate Betrachtung Westdeutschlands - im Gegensatz zu ehemals sozialistischen Staaten wie den neuen Bundesländern – von großer Bedeutung. Denn laut Blossfeld und Drobnic gibt es länderspezifische Erwerbsstrukturen: „The employment structure of a country as a whole, and its gender-specific occupational patterns in particular, shape opportunities and constraints, and in this way influence the choices couples make“ (Blossfeld/Drobnic 2001:38). Laut Blossfeld und Drobnic sind Mütter kleinerer Kinder nur in den USA und in den ehemals sozialistischen Staaten häufig Vollzeit beschäftigt. Dieses Ergebnis wird von Blossfeld und Drobnic (2001:39) deshalb hervorgehoben, weil sich die Organisation der Arbeit und das Einbringen des Staates zwischen der ehemals sozialistischen DDR und den USA grundlegend unterscheiden, die Muster bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit jedoch ähnlich sind. Eine gemeinsame Erklärungsmöglichkeit ist das nicht ausreichende Einkommen des Familienernährers; eine weitere der (in-)direkte Zwang zur Aufnahme einer Vollzeiterwerbstätigkeit in den USA, weil nur Vollzeitarbeitsverträge auch eine Krankenversicherung beinhalten. In Ostdeutschland arbeiten Frauen häufiger in Vollzeit, als es ihren Präferenzen entspräche, weil der Arbeitsmarkt insgesamt angespannt ist und die Nachfrage nach Arbeitsplätzen das Angebot übersteigt.

Die Bereitstellung von Kinderbetreuung, die die Entscheidung der Frauen für eine eigene Erwerbstätigkeit mitbestimmt, könne laut Blossfeld und Drobnic (2001:40) durchaus unterschiedlich organisiert sein. Blossfeld und Drobnic (2001:43) sehen den Zugang zu solcherlei Serviceeinrichtungen als Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit der Frau an, nicht die Form seiner Organisation: „It is now widely recognized that the compatibility of family obligations with paid (female) employment is vastly enhanced by access to care services“. Durch das Angebot an Pflege-Serviceleistungen für Familien werde Wahlfreiheit geschaffen und Frauen könnten frei entscheiden, ob sie in Voll- oder in Teilzeit erwerbstätig sein möchten oder sich durch ihren Ehemann finanzieren lassen (Blossfeld und Drobnic 2001: 44). Auch Allmendinger

ger et al. betonen 2010 explizit, dass Betreuungsangebote für Kinder „zentral“ seien: „Erst sie geben Frauen die Wahlfreiheit und erlauben ihnen, das eigene Leben zu leben“ (Allmendinger et al. 2010: 38-39). Esping-Andersen (2009:138) benennt ebenfalls als wichtigstes Hemmnis der Frauenerwerbstätigkeit nach dem ersten Lebensjahr des Kindes den mangelnden Zugang zu externer Kinderbetreuung. Kinderbetreuung kann entweder vorrangig über den öffentlichen Sektor staatlicherseits angeboten werden (wie in Schweden, Dänemark und den ehemals sozialistischen Staaten) oder über den Niedriglohnsektor in der freien Marktwirtschaft wie in den USA durch die Familien finanziert sein (Blossfeld/Drobnic 2001:40). Als drittes Modell der Organisation der Kinderbetreuung nennen Blossfeld und Drobnic (2001:40) die alten Bundesländer, wo vor allem die Verwandten im Haushalt die Kinderbetreuung übernehmen.

Die privat bezahlte und am Markt organisierte Kinderbetreuung hat sich in Deutschland, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, niemals durchgesetzt. Esping-Andersen (2009:138-139) sieht als Grund hierfür die hohen Lohnnebenkosten und die geringeren Lohnunterschiede in Europa im Vergleich zu den USA, so dass Esping-Andersen auch für die Zukunft keine großartige Verbreitung privater Betreuungsarrangements prognostiziert. In den USA wird die private Organisation in der wissenschaftlichen Debatte häufig kritisch betrachtet, weil erstens in der Regel Mindestlöhne bzw. Löhne unter dem Existenzminimum gezahlt werden (Murphy/Halpern 2005:7) und zum zweiten die private Organisation eine Form der „Ausbeutung“ annimmt. Wenn mexikanische Frauen ihre eigenen Kinder in Mexiko zurücklassen, um in den USA als Nanny zu arbeiten, dann wird das in wissenschaftlichen amerikanischen Kreisen unter einer problematischen Perspektive diskutiert (vgl. dazu auch Rarrenas, Russell oder Folbre in Bertram/Ehlert 2011). Hochschild (2002) hat den Begriff „Globale Betreuungskette“ (englisch: global care chain) geprägt, wobei die Betreuungsaufgaben ausländischer Arbeitsmigrantinnen hier auch Pflege- und Haushaltsaufgaben beinhalten. Problematisch erscheint, dass die hierarchische Rollenverteilung bestehen bleibt: Übernahmen früher die Frauen die Pflegetätigkeiten im Haushalt, so werden jetzt ausländische Frauen zu Niedriglöhnen beschäftigt, das „Ausbeutungsverhältnis“ wird globalisiert, jedoch nicht gelöst (Hochschild 2002,2003)¹².

¹² Kritisch anzumerken bleibt, dass mit der Öffnung des osteuropäischen Arbeitsmarktes und Ausweitung des Niedriglohnssektors solche Arrangements auch in Deutschland zukünftig eher möglich werden. Daten über die Verbreitung privater Betreuungsformen liegen für Deutschland leider nicht vor. Auch in Zukunft wird die Datenglage erwartungsgemäß ähnlich lückenhaft sein wie Daten über private Arrangements im Bereich der Reinigung, da diese Ausgaben meist nicht gemeldet werden.

Hemerijck (2002:177) legt dar, warum konservative Wohlfahrtsstaaten mit dem Problem des "Dienstleistungs-Trilemmas" konfrontiert sind. Erstens weisen sie ein hohes Niveau von Steuern und Abgaben auf, Lohnunterschiede sind daher geringer ausgeprägt. Dienstleistungen können somit privat kaum nachgefragt werden, da die von Familien erarbeiteten Löhne die Einstellungen eines privaten Kindermädchens nur in Ausnahmefällen erlauben. Die Abgaben auf Bruttolöhne seien überdurchschnittlich, weil immer weniger Arbeitnehmer eine wachsende Zahl Inaktiver auf hohem Niveau finanzieren und deshalb gleichzeitig die Produktivität der Arbeit steigen muss. Sowohl verstärkte Investitionen in Ausbildungen als auch ein hohes Niveau der Rente sowie ein niedriges Renteneintrittsalter treiben die Kosten (Hemerijck 2002: 186). Dadurch werden in konservativen Wohlfahrtsstaaten die eingenommenen Steuern nicht in den Ausbau von sozialen Dienstleistungen verwendet, das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung bleibt gering: „Hence, women especially are faced with a naked choice between participating or forming families“ (Hemerijck 2002:186). Und drittens führen in konservativen Staaten die niedrigen Geburtenraten und zugleich die geringe weibliche Erwerbsbeteiligung zu einer Gefährdung des Wohlfahrtsstaates (Hemerijck 2002:177f.). Während sich wie anderswo auch die Erwerbsneigung der Frauen erhöht hat, blieben die institutionellen Rahmenbedingungen „frozen’ in the traditional male breadwinner mould“ (Hemerijck 2002:186-187).

Laut Esping-Andersen (2009:139) sollte öffentliche Betreuung gewährleistet werden, weil sie sowohl die Möglichkeit der weiblichen Erwerbstätigkeit tangiert – lebenslange finanzielle Benachteiligungen durch Mutterschaft werden minimiert – und außerdem positiv für die Kinder ist, wenn die Qualität hoch ist. Der langfristige Ertrag der Investitionen in Kinderbetreuungen sei riesig – selbst konservative Schätzungen gehen davon aus, dass jeder investierte Dollar mehr als fünf Dollar zurückbringe (Esping-Andersen 2009:139). Esping-Andersen (2009:141) argumentiert in sozialdemokratischer Tradition, dass ein Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung im Grundsatz Gleichheitspolitik sei und eher Chancengleichheit für die Kinder gewährleiste. Darüber hinaus führt Müttererwerbstätigkeit auch zu mehr Chancengleichheit der Frauen und haben doppelverdienende Paare ein geringeres Armutsrisiko (Esping-Andersen 2009:94,144). Auch für Deutschland existieren verschiedene Studien, laut denen ein Ausbau der Kinderbetreuung auch positive wirtschaftliche Effekte mit sich bringt (vgl. für Deutschland BMFSFJ 2005 oder Kreyenfeld et al. 2001). Darüber hinaus ist in Deutschland aufgrund der demographischen Entwicklung ein Fach- und Arbeitskräftemangel absehbar,

weshalb Frauen bzw. Mütter zunehmend als „stille Reserve“ des Arbeitsmarktes in den Blickpunkt geraten (Wanger 2011).

Auch Gerlach schlussfolgert: „Ein umfassendes, gleichwohl aber vollständige Wahlfreiheit garantierendes Kinderbetreuungsangebot kann als eine der zentralen familienpolitischen Aufgaben der Gegenwart und noch stärker der Zukunft in Deutschland angesehen werden“ (Gerlach 2010:336). Bei entsprechender Qualität würden sowohl Kinder als auch Mütter profitieren. Kinder, die heute häufiger als Einzelkinder in der Familie aufwachsen und häufiger in wenig kindsgerechter städtischer Umgebung leben, hätten in qualitativ hochwertigen Betreuungsinstitutionen die Möglichkeit, den Umgang in der Gruppe zu lernen und mit anderen Kindern zu spielen. Frauen bekämen die Möglichkeit, ein eigenes Erwerbseinkommen zu erzielen. Da heute mehr Frauen als früher keinen Versorger zu Hause haben, also keinen Ehemann, der den finanziellen Bedarf des Haushalts abdeckt, können sie sich so eher wirtschaftlich absichern (Gerlach 2010:336).

Damit wurde bereits deutlich, dass Westdeutschland als Prototyp eines konservativen Wohlfahrtsstaates gilt. Ein typisches Merkmal ist seine Förderung der Nichterwerbstätigkeit der Frau sowie die Privatisierung der Kinderkosten. In der feministischen westdeutschen Literatur wird das herrschende westdeutsche Frauenleitbild Anfang der 70er Jahre folgendermaßen benannt:

„Bislang lieferte dieses Leitbild (trotz Gleichberechtigung) die gängigen Vorstellungen über die Aufgaben der Frauen: es wies ihnen ihren Platz in der Ehe zu, gestattete es nur im Notfall, die Kinder in öffentlichen Einrichtungen zu versorgen (die deshalb auch gar nicht in ausreichendem Maße gebaut wurden), und förderte ihren Zugang zu Ausbildungseinrichtungen nur so weit, als es ihrer Hausfrauen- und Mutterrolle zuträglich war“ (Menschik 1971:8).

Dieses spezifische deutsche Leitbild, dass nur die leibliche Mutter sich am besten um ihre Kinder kümmert, kann nur historisch interpretiert werden, führt jedoch dazu, dass die privaten Kosten für die deutschen Frauen vergleichsweise hoch sind. Menschik wirft Mitte der 70-er Jahre die Frage auf, ob die Emanzipationsforderung der Frauen in der BRD auf den Gleichheitsanspruch geschrumpft ist. Denn die formale Gleichstellung schließt bis heute die tatsächliche Gleichstellung nicht ein und sie bietet keinerlei Lösungsansätze bezüglich der Organisation der Hausarbeit und Kinderbetreuung. Laut Vinken (2007) beruht die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland auf einer langen Tradition. Das „Dogma der deutschen Mutter“, der in Deutschland „ungebrochene Mythos der Mütterlichkeit“, ziehe sich „wie ein roter Faden (...) durch die deutschen Versuche der nationalen Selbstbeschreibung und –bestimmung, vom Protestantismus zum Nationalsozialismus bis in die Gegenwart“ (Vinken

2007). Mutterschaft geht in den alten Bundesländern mit Opferbereitschaft einher: Hier glauben besonders viele Befragte, ein Kind leide unter der Berufstätigkeit seiner Mutter (Pfau-Effinger 2009). In vielen Studien wird aufgezeigt, dass Frauen in der Regel dann arbeiten „durften“, wenn Arbeitskräfte knapp waren. Außerdem mussten sie arbeiten, wenn die Familien auf die Arbeitskraft der Frau angewiesen waren, was auf die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung – sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie – bis zur Zeit des westdeutschen Wirtschaftswunders zutraf (Oschmiansky 2011, Blossfeld 1989).

Vinken (2007:20) nennt die derzeitige Situation der Frauen zwischen hoher Ausbildung und niedrigen Karrierechancen im Falle der Mutterschaft „schizophren“. Die niedrige Müttererwerbstätigkeit ergebe sich aus dem Anspruch an die gute deutsche Mutter, während der ersten drei Jahre als einzige Bezugsperson für ihre Kinder unverzichtbar zu sein und es wird „der deutsche Glaubenssatz geäußert, der Staat könne die Kinder nicht besser erziehen als die Eltern“ (Vinken 2007:20).

Vinken (2007) sieht im spezifischen westdeutschen Glaubensgrundsatz, dass nur die Mutter das beste für ihr Kind sei, ein Erbe des Nationalsozialismus (nie wieder soll der Staat die Kinder erziehen dürfen). Kinder gehören im Nachkriegsdeutschland in den Schoß ihrer Familie – alles andere würde bedeuten, „sie totalitärem Eingriff auszusetzen“ (Vinken 2007:51). Sowohl im Nationalsozialismus als auch im Sozialismus wurden Kinder in öffentlichen Institutionen ideologisch erzogen. Entsprechend erklärte die politische Meinung der Nachkriegszeit Kinder zur Privatsache und die Trennung von Familie und Staat wurde zementiert. „Dass Westdeutschland hier einen so klaren Sonderweg einschlug, lag nicht am an dieser Stelle gerne zitierten katholischen Subsidiaritätsprinzip – woher hätte dieses plötzlich so eine Stoßkraft entfalten sollen -, sondern an der Frontstellung gegen die DDR“ (Vinken 2007:50-51). Anders als in der DDR gehörten die westdeutschen Kinder den Familien, die sich bis zum Kindergartenalter ausschließlich um deren Erziehung kümmern durften. Westdeutsche Kinder brauchten nicht ganztags in Kinderkrippen und auch nicht gemeinsam aufs Töpfchen gehen. Vinken nennt gar eine Kampagne des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, der eine Fotoserie veröffentlichte, auf der gegen Krippen polemisiert wurde:

„Auf einem Schwarz-Weiß-Foto im Verelendungslook saßen in Reih und Glied etwa einjährige Kinder, *offensichtlich* aus einer DDR-Krippe, die alle zur gleichen Zeit aufs Töpfchen gehen mussten. Was sollte das Foto suggerieren? Die Unmenschlichkeit kollektiver Kleinkindererziehung in staatlichen Institutionen, in denen der Mensch einer unerträglichen gleichmacherischen Disziplin unterworfen wird. Diese Kinder müssen sogar noch zusammen müssen. So etwas sollte unseren Kindern, die in einem freien Land aufwuchsen und zu freien Individuen ausgebildet werden sollten, nicht passieren“ (Vinken 2007:51).

Laut Vinken (2007) entwickelte sich die westdeutsche Familienpolitik als Reaktion auf die Familienpolitik der DDR und erst deshalb als ein europäischer Sonderweg im Vergleich zu anderen europäischen Staaten und den USA. Nur sie überließ die Kleinkindbetreuung ausschließlich der Familie:

„Die Familie sollte in der BRD gegen den Eingriff eines totalitären Staates, wie man ihn unter nationalsozialistischer Politik erlitten hatte, geschützt werden. Die Familienpolitik der DDR, die mit der Politik anderer westeuropäischer Staaten mehr gemein hatte als mit der Politik der BRD, wurde eben als das interpretiert: als ein Herinregieren eines totalitären Staates in das private Glück“ (Vinken 2007:51).

In den 70er Jahren wurde in vielen europäischen Staaten wie Frankreich, Dänemark oder Schweden das Familienmodell des Vaters als Alleinverdiener neu ausgehandelt – in der BRD konnte dieser Aushandlungsprozess nicht stattfinden, so Vinken (2007: 50-51), weil man damit beschäftigt war, die Familie gegen jeden Versuch staatlichen Eingreifens zu beschützen. *Dass die Belastungen durch die Aufzucht der Kinder dadurch den Frauen überlassen blieben und die Arbeitsteilung zu mehr Geschlechterungleichheit führte, wurde in Kauf genommen.* Nach der Wiedervereinigung mussten bestehende Strukturen in den neuen Bundesländern erst einmal zusammenbrechen und erst zu Beginn des neuen Jahrtausends konnte das Modell des Alleinverdieners öffentlich in Frage gestellt und die Forderung nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie laut werden. Vinken führt die Kontrastierung der BRD zur DDR und anderen europäischen Staaten anhand der Infrastrukturpolitik aus: In den 70-er Jahren wurden in der DDR, in Schweden und in Dänemark Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen (bzw. Schulen mit angegliederten Horten) gleichermaßen ausgebaut.

„Die Sozialpolitik war auf die Förderung der erwerbstätigen Mütter ausgerichtet; familienpolitische Maßnahmen galten hauptsächlich der Frau und den Kindern (...) Die Familienpolitik der BRD förderte hingegen (...) die Hausfrauen- und Versorgerehe“ (Vinken 2007:52).

Ganz ähnlich argumentiert auch Menschik (1971: 142-143), indem sie beschreibt, dass die Gesellschaft zwar mit größter Selbstverständlichkeit die Arbeitskraft der Mütter in Anspruch nimmt, aber gleichzeitig kaum Initiativen anbietet, „die damit zusammenhängenden Probleme zu lösen. Weder stellt sie ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung, noch wirkt sie der Diskriminierung arbeitender Mütter seitens der Öffentlichkeit entgegen“ (Menschick 1971:142-143). Und so ist bis heute in Deutschland die Dazuverdienerehe die Norm, „in der Frauen in Teilzeit – und einer deprimierenden Steuerklasse arbeiten“. Eben weil Ehe, Geburten und Familie Privatsache bleiben sollten, unterliegen sie – bis heute - dem „eheorientierten patriachalischen Primat“ (Vinken 2007:53).

„Deshalb wurde eine Ganztagsbetreuung in Schulen und Kindergärten als staatliche Einmischung in das Recht der Familie abgelehnt. Durch dieses Leitbild der Einverdiener- oder der Dazuverdienerehe wurden Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind benachteiligt. Das Leitbild der phasenorientierten Berufstätigkeit führte dazu, dass Frauen so gut wie nie in interessante Berufe hineinkamen und wesentlich weniger Geld verdienten als Männer“ (Vinken 2007:54).

Erst nach der Jahrtausendwende, zehn Jahre nach der Wiedervereinigung, rückten die Probleme der erwerbstätigen Mütter zunehmend ins Blickfeld und Maßnahmen, die in der DDR schon existierten, konnten nun wieder neu erfunden werden. Das Elterngeld beispielsweise – die wohl wichtigste familienpolitische Erneuerung der letzten Jahre – schließt fast lückenlos an eine DDR-Maßnahme an: In der DDR wurde ab Ende der 70-er Jahre das sogenannte Babyjahr gezahlt. Mütter bekamen ein Jahr nach der Geburt 70 Prozent des letzten Gehalts. Fanden die Mütter zum Ablauf des Babyjahrs keinen Betreuungsplatz für ihr Kind, wurde das Babyjahr automatisch verlängert. Da fast ausschließlich Mütter – und nicht die Väter – in den Genuss kamen, wurde diese Maßnahme von westdeutscher Seite kritisiert und 1990 mit der Wiedervereinigung abgeschafft. 17 Jahre später wurde das einkommensabhängige Elterngeld eingeführt, nun bekommt ein Elternteil 12 Monate lang 65 Prozent des durchschnittlichen Gehalts des Vorjahres. Beteiligen sich beide Elternteile, kann diese Leistung 14 Monate lang in Anspruch genommen werden. Allerdings verlängert sich das Elterngeld nicht automatisch, wenn kein Betreuungsplatz gefunden wird. Zwar ist der Ausbau der Kleinkindbetreuung mit dem Beschluss des Tagesbetreuungsbaugesetzes (2004) in Gang gekommen, allerdings ist vielerorts eher ein Glücksfall, schon zum ersten Geburtstag des Kindes einen Betreuungsplatz zu finden (siehe Kapitel 3.6.6). Über die Wartelisten in Kindertagesstätten gibt es keine offizielle Statistik. In den Medien wird das Thema allerdings regelmäßig aufgegriffen und in entsprechenden Internetforen ausführlich diskutiert¹³. In der ehemaligen DDR besuchten 1989 schon 80 Prozent der unter Dreijährigen eine Kinderkrippe und auch in Frankreich besteht ein Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kindergartenplatz. In Finnland steht Kindern ab 10 Monaten ein vom Erwerbsstatus der Eltern unabhängiger und von der Kommune finanzierter Betreuungsplatz zu, in Schweden besteht der Rechtsanspruch, sofern die Eltern erwerbstätig sind (Allmendinger et al. 2010: 176ff.). Vergewegenwärtigt man sich, dass das Ausbauziel für das Jahr 2013 in einem Rechtsanspruch auf einen *Teilzeit*krippenplatz besteht, dann passt die Bezeichnung von Nickel (1998) „Zurück in die Moderne“ für die aktuelle Entwicklung der deutschen Familienpolitik recht gut.

Beispielhaft für den ideologischen Überbau des Themas „externe Kinderbetreuung“ sei hier auf westdeutsche soziologische Studien der späten 80-er Jahre verwiesen. Beck-Gernsheim betont noch 1989 mögliche Schädigungen der Kinder durch doppelte Erwerbstätigkeit unhin-

¹³ vgl. dazu u.a.: <http://www.zeit.de/gesellschaft/generationen/2010-01/krippenplaetze-rechtsanspruch>. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rechtsanspruch-auf-krippenplatz-in-gefahr/3337942.html?p3337942=all>. <http://forum.gofeminin.de/forum/matern2/f8219-matern2-Warteliste-KiTa-cry-mad.html>. <http://www.netmoms.de/fragen/detail/warteliste-kita-4528353>. <http://www.eltern.de/foren/krippe-kindergarten-erfahrungen/1055336-kosten.html>.

terfragt – und unterstellt damit allen Kindern jenseits der Mauer eine Schädigung - gleichzeitig wird der Wunsch höher gebildeter westdeutscher Eltern genannt, ihre Kinder nicht in einen „elternfernen Kinderbereich abzuschieben“:

„Frauen mit hochqualifizierter Ausbildung, mit den modernen Theorien frühkindlicher Erziehung fast immer einigermaßen vertraut, stellen besonders hohe Ansprüche auf diesem Gebiet. Sie – und in den meisten Fällen auch ihre Ehemänner – sind typischerweise besonders gewissenhafte Eltern. Sie beschäftigen sich mit den Grundgedanken der psychologischen und pädagogischen Diskussion; stellen deshalb lange Überlegungen darüber an, welche Folgen die Berufstätigkeit beider Eltern für die Entwicklung der Kinder hat (...). Die Kinder werden hier nicht immer abgeschoben in einen elternfernen Kinderbereich, sondern, soweit es eben möglich ist, viel eher auch einmal zugelassen zu Arbeitswelt und Arbeitsalltag der Eltern“ (Beck-Gernsheim 1989: 217-218).

Dass eine „elternferne“ Kinderbetreuung schädigend wirkt, wird von der westdeutschen Soziologie noch in den späten 80-er Jahren repliziert, obwohl es zu der Zeit keinerlei deutsche Langzeitstudien über die Folgen des Aufwachsens in Kinderkrippen- und –gärten gibt. Amerikanische und schwedische Studien zum Thema streichen hingegen die positiven Effekte für sozial benachteiligte Kinder heraus, während sich für Kinder aus durchschnittlich bis gut situierten Elternhäuser keine Schädigungen nachweisen lassen (dazu NICHD-Studie). Auf Langzeitstudien nimmt die westdeutsche pädagogische Forschung offensichtlich keinen Bezug und betont stattdessen den Wunsch höher gebildeter Eltern, ihre Kinder selbst zu betreuen.

Allerdings straft die heutige empirische Realität Beck-Gernsheims Annahme als Wunschdenken ab. Denn in der heutigen Situation des Mangels an Ganztagsplätzen und an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährigen gewinnen vor allem die höher gebildeten Frauen den Wettbewerb um die entsprechenden Plätze. In Westdeutschland zeigen empirische Analysen einen deutlichen Zusammenhang hinsichtlich der Betreuungsform und dem Bildungsniveau der Mutter auf (Büchel/Spieß 2002:43). Akademikerinnen sind unter den Müttern von Kindern mit außerhäuslicher Betreuung überdurchschnittlich häufig vertreten. Umgekehrt haben Kinder, die ausschließlich von den Eltern betreut werden, überproportional häufig Mütter, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Dieses Ergebnis wird von Büchel/Spieß durch eine multivariate Analyse bestätigt, in der die Lebensform, die Anzahl der Geschwister, das Alter der Mutter sowie die Stadt-Land-Region konstant gehalten werden. Für Kinder im Kindergartenalter gilt, dass hochqualifizierte Mütter signifikant häufiger Ganztagsangebote nutzen (Büchel/Spieß 2002: 43, 49, 51). Hochqualifizierte Mütter heute schieben also, um mit Beck-Gernsheims Worten zu sprechen, „ihre Kinder überdurchschnittlich häufig in elternferne Bereiche ab“, solange es ihnen eine eigenständige Erwerbstätigkeit ermöglicht.

Und auch die einzige deutsche Langzeitstudie diene wohl eher dem Ziel, eine Bindungsunsicherheit von Krippenkindern nachzuweisen: 1992 beginnen Ziegenhain und Rauh eine zweijährige Längsschnittstudie anhand von 76 Kindern in Westberliner Krippen, wobei die sozial-emotionale Bindung zur Mutter im Alter von einem und zwei Jahren erklärt werden sollte. Längerfristige Effekte wurden nicht untersucht, markante Unsicherheiten in der Mutter-Kind-Bindung aufgrund von Krippeneffekten konnten nicht nachgewiesen werden. Die Studie zeigt stattdessen, dass die Unterschiede auf die frühe Sensitivität der Mutter zurückführbar sind und nicht auf die externe Betreuung an sich (Ziegenhain et al. 1998:96). Weitere deutsche Längsschnittstudien zu den Folgen der Krippenbetreuung sind der Autorin dieser Dissertation nicht bekannt. Statt Längsschnittstudien gibt es jedoch querschnittsmäßige Betrachtungen, wobei die Autoren der ehemaligen DDR eher die Krippenvorteile betonen, zum Beispiel im Hinblick auf Peergroups, Sozialverhalten etc. (Raschke/Weber 1998). Im Hinblick auf die Gesundheit wird eingeräumt, dass Krippenkinder zwar häufiger erkranken als Kinder, die ausschließlich zu Hause betreut werden, die Gesamtzahl aller durchgemachter Infekte bis ins frühe Schulalter hinein jedoch unabhängig vom Betreuungssystem annähernd balanciert sei:

„Die Infektexposition bei Krippenbetreuung führt zu einer Vorverlegung der primären Immunisierungsphase, die allerdings für die übergroße Mehrzahl der Kinder kaum eine zusätzliche Belastung darstellt. Jedenfalls zeigen umfangreiche und sehr sorgfältig durchgeführte Nachuntersuchungen von Krippenkindern beim Eintritt in den Kindergarten keine signifikant anderen Erkrankungen als dies bei ausschließlich familienbetreuten Kindern der Fall war“ (Friedrich 1998:160).

In westdeutschen Medien werden Kinderkrippen bis heute überwiegend problematisiert. Unter der Überschrift „Kinderärzte warnen vor schlechten Krippen. Zu große Gruppen, zu viel Stress: Kinder leiden unter psychischen und gesundheitlichen Problemen“ warnt die Stuttgarter Zeitung am 26.09.2011 vor den Folgen der Krippenbetreuung. Kinder, die in „schlechten Krippen“ betreut werden, zeigen demnach häufiger sozial abweichendes Verhalten in Form von Streiten, Kämpfen, Sachbeschädigungen, Prahlen, Lügen, Schikanieren. Im Alter von 15 Jahren verhielten sie sich vermehrt impulsiv und risikoreich hinsichtlich Alkohol, Waffen, Rauchen, Drogen, Stehlen und Vandalismus. Für unter einjährige Kinder werde ein Betreuerschlüssel von 1:2, für ein- bis zweijährige Kinder ein Schlüssel von 1:3 und für zwei- bis dreijährige Kinder ein Betreuerschlüssel von 1:4 von Kinderärzten empfohlen. Dass dieser Schlüssel von kaum einer öffentlichen oder teilprivatisierten deutschen Krippe angeboten wird, ist der Stuttgarter Zeitung bekannt, denn lediglich zwei Prozent der Krippen erfüllen diese Maßstäbe (Stuttgarter Zeitung 26.9.2011). Dem entsprechend wird auch die ostdeutsche Krippenbetreuung bis heute in den Medien als ein Erklärungsgrund für eine höhere Verbreitung rechtsradikaler Gewaltbereitschaft herangezogen. Sabine Rennefanz beschreibt in einem

lesenswerten Artikel am 31.12.2011 die medialen ideologischen Anschuldigungen und Widersprüche aus ihrer ostdeutschen Sicht mit viel Sensibilität.

Maywald erklärt die negative westdeutsche Sicht auf externe Kleinkindbetreuung folgendermaßen:

"Die politische Rechtfertigung und fachliche Begründung für den eklatanten Notstand in puncto Kleinkindbetreuung im Westen Deutschlands bestand aus einem Mix aus überkommenem Familienideal, mangelnder Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften und einer häufig selektiven Rezeption von Forschungsergebnissen" (Maywald 2008:10).

Laut Maywald (2008) barg erst die Wiedervereinigung Chancen, Krippenvor- und nachteile objektiver zu beurteilen. Kinder sind heute „zum finanziell und zeitlich belastenden Faktor geworden, der Mobilität, beruflichen Erfolg und materiellen Wohlstand einschränkt" (Maywald 2008:31). Noch 2006 sparte Deutschland stärker im vorschulischen Bereich als andere OECD-Länder. „Im Durchschnitt investieren die OECD-Länder etwa 1 Prozent ihres BIP in den vorschulischen Bereich, Deutschland hingegen nur 0,4 Prozent“ (Bertram 2006:3). Jedoch setzt sich in der Debatte mehr und mehr die Einsicht durch, dass die Gesellschaft auf den Nachwuchs nicht verzichten kann. Maywald mahnt, Deutschland könne es sich nicht mehr leisten, an verkrusteten Strukturen festzuhalten und die frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung weiterhin ausschließlich zur Privatsache zu erklären (Maybach 2007:43).

Eine Debatte über die Qualität der Betreuung kommt in Deutschland gleichzeitig nur sehr langsam in Gang. Für Berlin zeigt sich im Zuge diverser Sparmaßnahmen eine zunehmende Rationalisierung der Kinderbetreuung, die mit schlechteren Betreuer-Kind-Relationen, gekürzten Öffnungszeiten und weniger Förderungsstunden für nicht deutschsprachige Kinder sowie einer Privatisierung ehemals städtischer Einrichtungen einhergeht. Und während Eltern und Presse auf das Kindertragesbetreuungsausbaugesetz positiv reagieren, weisen die Kommunen wegen ihrer hoch verschuldeten Finanzlage schon teilweise darauf hin, dass das Recht auf einen Teilzeitplatz ab 2013 wackelt, weil manche Kommunen den Ausbau nicht „schaffen“¹⁴. Ein Ausführlicher Überblick über das regionale Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung wird in Kapitel 3.6.6. gegeben.

Dass das Thema „öffentliche Kindertagesstätten“ ideologisch höchst aufgeladen ist, zeigt darüber hinaus auch ein Blick in den Demographiemonitor der Bertelsmann Stiftung. Hier bewertet die Bertelsmann Stiftung im Jahr 2006 das Angebot an Kinderkrippenplätzen in Ham-

¹⁴ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rechtsanspruch-auf-krippenplatz-in-gefahr/3337942.html>

burg, Bremen und Sachsen-Anhalt positiv, in Sachsen, Thüringen und Berlin negativ, in den anderen Bundesländern bestehe kein Handlungsbedarf (Bertelsmann Stiftung 2006: 365ff.). Der Leser staunt, denn laut dem Bericht der Statistischen Ämter der Länder (2010) besucht in den westdeutschen Ländern nicht einmal jedes 20. Kind einen Ganztagskrippenplatz, in den ostdeutschen Bundesländern hingegen jedes fünfte Kind. Wie können die westdeutschen Bundesländer dann keinen Handlungsbedarf haben und warum ist das Angebot in Berlin, wo doch eine viel größere Betreuungskapazität bereitsteht, negativ? Für Bayern begründet die Bertelsmann Stiftung schlichtweg: Für das Oberziel „Die Gesellschaft sozialer werden lassen“ „gibt es gegenwärtig (...) bei der institutionellen Kinderbetreuung (...) keinen besonderen Handlungsbedarf“ (Bertelsmann Stiftung 2006:44), ebenso liege für Baden-Württemberg in Bezug auf das Angebot an Kindergartenplätzen „kein besonderer Handlungsbedarf vor“ (Bertelsmann Stiftung 2006:37). Erst auf Seite 275 des Bertelsmann Berichts findet sich eine Erklärung:

„Die Bewertung dieses Indikators (Angebot an Kinderbetreuungsplätzen) und die daraus abgeleiteten Handlungsnotwendigkeiten bedürfen einer Erläuterung. Alle neuen Länder verzeichnen einen Rückgang des Angebots an Kinderkrippenplätzen mit entsprechendem Handlungsdruck. Allerdings ist das überdurchschnittlich hohe Angebot dieser Länder zu berücksichtigen (...). Setzt sich dieser Trend fort, werden die neuen Bundesländer langfristig unterdurchschnittliche Angebotsrelationen erreichen, sodass eine Trendwende erforderlich sein wird. Gleichzeitig relativiert sich der vergleichsweise geringe Handlungsdruck in den alten Ländern. Diese sind zwar alle im grünen bzw. gelben Bereich der Ampelschaltung. Von den immer noch hohen Werten der neuen Bundesländer sind die alten Bundesländer aber noch weit entfernt“ (Bertelsmann Stiftung 2006:275).

Diese Studie muss klar als geschönte Statistik benannt werden, denn wenn sich in gewissen westdeutschen Landkreisen das Angebot auf niedrigstem Niveau verdoppelt, ist dies keine Entwicklung, die keinen Handlungsbedarf erfordert. Genauso wenig ist die Entwicklung in den neuen Bundesländern bedenklich, wenn sie sich lediglich an die ab 2013 geltende Marke von 30 Prozent annähern – Eine rote Ampelschaltung verdienen die ostdeutschen Bundesländer deshalb objektiv betrachtet nicht. Der Demographie-Monitor der Bertelsmann Stiftung zeigt also nur wie viele andere Studien und Zitate den ideologischen Überbau dieser Debatte auf, in der die Interessen nicht unbedingt im Sinne der Familie, der Frauen und der Kinder sind. Denn letztlich benachteiligt werden die Kinder, deren Mütter arbeiten gehen müssen, die keinen Mann zu Hause haben, der sagt „Meine Frau braucht nicht arbeiten“ und auch keine Oma, die auf das Kind aufpasst. Von wirklicher Wahlfreiheit ist Deutschland bis heute weit entfernt, das ideologische Erbe wiegt nach wie vor schwer.

Laut Vinken (2007:62) liegen die Zusammenhänge durchaus klar auf der Hand: Es gibt so gut wie keine Ganztagskindergärten und –schulen, so dass die meisten Frauen auch noch nur halbtags arbeiten können, wenn ihre Kinder schon etwas älter sind. Die Schulen haben keine

verbindlichen Kernzeiten, bieten nur selten ein warmes Mittagessen an, so dass den meisten Frauen keine Wahl bleibt, als den größten Teil ihres Tages mit ihren Kindern zu verbringen. Dabei liegt die „Rolle der Vollmutter nicht in der Natur der Sache, sondern ist eine historisch gewordene Institution, an der in der BRD zäher als in anderen europäischen Staaten (...) festgehalten wird“ (Vinken 2007:63). Frauen, die trotzdem erwerbstätig sein wollen, stoßen auf unglaubliche Organisationsschwierigkeiten (Vinken 2007: 63-65). In der westdeutschen Infrastrukturpolitik klafft folglich eine Betreuungslücke, die aufgrund der Realisierung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes erst im August 2013 eventuell –teilweise- geschlossen wird. Auf die Ausstattung mit Betreuungsinfrastruktur und die Wirkung weiterer familienpolitischer Leistungen wird im Kapitel 3.9.1 noch weiter eingegangen. Vinken (2007: 69) schlussfolgert: Das erste Dogma, dass das Wohl der Kinder über alles geht, trifft überall in Europa auf breite Zustimmung. „Doch der zweite Teil, dass das Wohl des Kindes das ganze Leben der Mutter fordere, findet in Europa keine Mehrheit und ist ein Stück deutscher Folklore“ (Vinken 2007:69). Vinken interpretiert Emanzipation wie auch Simone de Beauvoir im Sinne der Fähigkeit zur eigenen Existenzsicherung. Der deutsche Typus des Wohlfahrtsstaates honoriere jedoch Wege aus dem Arbeitsmarkt heraus, er honoriere die patriarchalische Eheführung, führt zu einer niedrigen Erwerbsbeteiligung der Frauen und zu häufigeren Beschäftigungsverhältnissen in Teilzeit. Frauenarbeit bleibt Zuarbeit, während Männer noch immer annähernd ein Ernährergehalt verdienen (Vinken 2007:77-78).

Entsprechend wird bis heute in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung (Blossfeld/Hofmeister 2008:13) von der These ausgegangen, dass die Probleme der Frauen auf dem Arbeitsmarkt aus ihrer Doppelverantwortung für Beruf und Familie resultieren. Auf der einen Seite bietet die zunehmende Flexibilität Chancen für Frauen, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren möchten. Auf der anderen Seite geht diese Flexibilität mit Beschränkungen einher, beispielsweise dem Mangel an Kinderbetreuung, an Krankheitstagen für zu pflegende Angehörige etc. Dies führt dann dazu, dass Frauen gar keine anderen Beschäftigungsverhältnisse als solche in Teilzeit, die jedoch wenig Perspektiven bieten und schlecht bezahlt sind, wählen können. Wenn sich die kulturellen Leitbilder gegen weibliche Erwerbstätigkeit richten, werden Frauen außerdem durch einen Mangel an institutioneller und gemeinschaftlicher Unterstützung benachteiligt, die „De-Familialisierung“ in diesen Staaten ist wenig vorangeschritten (Blossfeld/Hofmeister 2008:22).

Die Idee der Defamilialisierung geht zum Teil auf frauenrechtliche Forderungen zurück. Beispielsweise forderten Myrdal und Klein bereits in den 60-er Jahren das Recht der arbeitenden Frau auf Familie (als Erweiterung des Rechts der Frau auf Arbeit). König leitet 1973 aus der Tatsache, dass Familie und Arbeit für Frauen nicht vereinbar sind und Frauen in der Phase der Kinderbetreuung ganz von ihrem Ehemann abhängig sind, die „Unsicherheit in der Stellung der Frau“ ab. In der Übersetzung von Gerlach (2010:365) misst „De-Familialisierung“ den Grad der Absicherung der Frau über andere als familiäre Quellen. Sprich: Wo mehr Frauen unabhängig von ihrem Ehemann leben können, also ein eigenes Einkommen aus Erwerbstätigkeit erwirtschaften, ist die Gesellschaft „de-familialisierter“. Laut Esping-Andersen (2009:81) führt die Tatsache, dass Frauen sich oft zwischen Arbeit und Kindern entscheiden müssen, zu suboptimalen Ergebnissen: Entweder sind Frauen erwerbstätig und schränken dafür ihre Kinderzahl stark ein, der Anteil der kinderlosen Frauen ist hoch. Oder Frauen legen mit der Mutterschaft die Erwerbstätigkeit nieder, das führt zu einem geringen Familieneinkommen und einem höheren Risiko relativer Armut (Esping-Andersen 2009:81).

Die Idee der „Defamilialisierung“ an sich ist jedoch keine Erfindung der Nachkriegszeit, sondern findet sich bereits in der Literatur der Frühsozialisten. Clara Zetkin beschreibt in den 20-er Jahren, dass die Sozialisten das „Recht der Frau auf eine arbeitende Existenz, unabhängig vom Mann und der Familie“ und auch das „Recht der Frau zur Mitgestaltung der sozialen Verhältnisse“ forderten (Zetkin 1971:97). An die Stelle der häuslichen Erziehung müsse daher die gesellschaftliche treten (Zetkin 1971:96). Denn „wer die Frauenarbeit bejaht, muss als Sozialist auch eine Lösung der Kindererziehung suchen“ (Zetkin 1971:106). Mit dieser Forderung waren Anfang des letzten Jahrhunderts eine Reihe sozialer Ideen verbunden: „Einrichtung öffentlicher Waschanstalten und Nähwerkstätten (...); Fabrikspeiseanstalten; gesetzliche Verpflichtung, bei allen industriellen Betrieben Kinderkrippen einzurichten“ usw. (Zetkin 1971:33). Und während die sozialdemokratische Partei 1928 das gesetzliche Verbot der Arbeit verheirateter Frauen in Betrieben forderte (Zetkin 1971:146) – Berufsverbote für Frauen und insbesondere verheiratete Frauen traten in der deutschen Geschichte häufiger auf – fordert Zetkin (1971:105) nicht das Verbot der industriellen Frauenarbeit, sondern den Schutz der Arbeiterinnen. Zetkin (1971:23) schreibt:

„Meine Herren, wenn Sie sich mit der großen Aufgabe unserer Zeit, mit der Organisation der Arbeit beschäftigen, so wollen Sie nicht vergessen, dass es nicht genug ist, wenn Sie die Arbeit für die Männer organisieren, sondern dass Sie dieselbe auch für die Frauen organisieren müssen“.

Zwar ließe sich argumentieren, dass wenn die Männer besser bezahlt werden, diese auch besser für ihre Frauen sorgen können – Ein Argument, welches auch heute noch verwendet wird.

Es bliebe aber immer noch eine Schar von Witwen und Waisen und auch von erwachsenen Mädchen, die keinen Versorger zu Hause haben (Zetkin 1971:24) - Das gleiche Argument gilt auch heute noch für die große Anzahl alleinerziehender Frauen, die auf eine eigene Erwerbstätigkeit angewiesen sind.

Laut Menschik (1971:39) bestand während der Industrialisierung das Ideal, dass die Frau ins Haus gehöre und dieses Ideal findet Ausdruck in den Hungerlöhnen der Arbeiterinnen. Während die Masse der Arbeiterfrauen außerhäuslich erwerbstätig sein musste, entdeckte jedoch auch die bürgerliche Gesellschaft die Notwendigkeit der Frauenerwerbstätigkeit. Denn auch in den neu entstehenden breiten bürgerlichen Mittelschichten reichte der Verdienst des Mannes oft nicht aus, allein die ganze Familie zu ernähren und die Töchter bis zur Heirat zu versorgen. So wurde sich bemüht, den Töchtern eine Berufsausbildung mitzugeben.

„Die Forderung nach Bildung und Ausbildung, die zumindest für die unverheirateten Frauen des Bürgertums zur existentiellen Notwendigkeit wurde, nahmen auch die Frauen des gehobenen Bürgertums auf, die das Postulat nach besseren Bildungsmöglichkeiten zum wichtigsten Ziel der bürgerlichen Frauenbewegung machten“ (Menschik 1971:41).

Die bürgerlichen Frauen kämpften für das Recht auf Arbeit und schufen nicht nur die sozialen Frauenberufe: Erzieherin, Kinderbetreuerin, Krankenpflegerin, in denen Frauen noch heute vorrangig vertreten sind. Bürgerliche Frauen drangen auch in Angestelltenberufe hinein, die bis dahin den Männern vorbehalten waren: im Verkauf und Büro, im Handel, in den Banken und im Verkehrswesen (Menschik 1971 41-42). Erst Anfang des 20. Jahrhunderts durften Frauen in Preußen auch studieren. In den Berufen Hebamme, Putzmacherin, Kindergärtnerin, Hausangestellte, Näherin, Stepperin und Stenotypistin lag der Frauenanteil 1936 bei über 95 Prozent. Frauenarbeit war zu einem festen Bestandteil der deutschen Wirtschaft geworden (Menschik 1971:48).

Frauenarbeit war demnach immer ein Spielball zwischen finanzieller Notwendigkeit der Familie und politischem Nutzen. Dass das Ausmaß der Frauen- und Müttererwerbstätigkeit durch politische Initiativen stark beeinflusst wurde, zeigt auch die Entwicklung in den osteuropäischen Staaten, wo das Vollzeitmodell für Frauen durch familienpolitische Maßnahmen zur Norm wurde. Die Sowjetunion erließ bereits 1917 als erstes Land zwei Dekrete, um Frauen politisch und rechtlich den Männern gleichzustellen.

„Konsequent erfolgte die vollständige Eingliederung der Frau in die Produktion. Gleiches Recht auf Arbeit für Mann und Frau, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, aber auch gleiche Pflichten gegenüber dem arbeitsunfähigen Partner und den Kindern wurden gesetzlich fixiert“ (Menschik 1971:71).

Ein System öffentlicher Pflege und Dienste wurde geplant und stufenweise aufgebaut:

„Entbindungsanstalten, Krippen, Kindergärten, Schulen, öffentliche Speisehäuser, öffentliche Wäschereien, Arbeitswohnungen mit gemeinsamen Wirtschafts- und Küchenräumen für mehrere Familien. Entsprechend wurde die Eheschließung nur noch formale Registrierung, und Scheidung konnte ohne gerichtlichen Beschluss und schon auf Wunsch eines Ehepartners vom Standesamt ausgesprochen werden“ (Menschik 1971:72).

Frauen wurden gleichgestellt und die Frauenarbeit ermöglicht, indem Arbeiten des Haushaltes ausgelagert wurden, die Kosten und Verantwortung trug der sozialistische Staat. So geht die Idee, dass der Staat die Verantwortung für die Kinder übernimmt und die Familien um Hausarbeit und Kinderbetreuung entlastet, im Grunde auf sozialistische Initiativen zurück. Derlei politische Elemente finden sich später sowohl im Nationalsozialismus, als auch im real existierenden Sozialismus der DDR sowie in den sozialdemokratischen nordeuropäischen Wohlfahrtsregimen. Alle haben gemein, die privaten Kinderkosten zu senken, indem auf Initiative und Kosten des Staates öffentliche Kinderbetreuung angeboten wird.

Insgesamt geht mit der Verbreitung von höherer Bildung eine größere Erwerbsneigung der Frauen einher. Der Organisation von Beruf und Familie kommt daher eine immer wichtigere Bedeutung zu. Amerikanische Studien gehen heute davon aus, dass die Doppelverdienerehe hier ist, „um zu bleiben“ (Barnett 2005). Barnett (2005:151) schreibt für die USA, dass dies seit 30 Jahren nunmehr gelebte Realität in den USA ist, aber von Seiten der politischen Öffentlichkeit und auch der Amerikaner selbst noch nicht selbstverständlich akzeptiert wird. Dies gilt mindestens im gleichen Ausmaß auch für Deutschland. Auch hier ist die Mehrheit (55,6%) der westdeutschen Befragten der Meinung, die Berufstätigkeit der Mutter schade dem Kind, in den neuen Bundesländern glauben dies jedoch nur 31 Prozent der Befragten des ISSP 2002 (Pfau-Effinger 2009:122). Pfau-Effinger weist zu recht darauf hin, dass die Frage nach der subjektiven Einschätzung der Folgen mütterlicher Erwerbstätigkeit nur zum Teil Auskunft über kulturelle Leitbilder gibt:

„So kann sich in einem hohen Grad der Zustimmung in einem Land zu dem Item auch ausdrücken, dass die Kinderbetreuung im Fall der Abwesenheit der Mutter nur unzureichend geregelt ist, da eine angemessene Infrastruktur zur Kinderbetreuung fehlt“ (Pfau-Effinger 2009:122).

Der tatsächliche Wunsch nach Erwerbstätigkeit ist deutlich höher ausgeprägt. Bertram et al. (2005) vergleichen die präferierten Arbeitstypen von Paaren mit den tatsächlich gelebten Modellen. Fragt man Frauen auf Basis des Familiensurvey 2000, dann präferieren nur 9 Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss, 13 Prozent der Frauen mit mittlerer Reife und 22 Prozent der Frauen mit Hauptschulabschluss das Hausfraumodell, wenn das jüngste Kind unter drei Jahre alt ist. Auf Datengrundlage des Mikrozensus 2000 zeigt sich jedoch, dass deutlich mehr Frauen mit Kindern unter 3 Jahren das Hausfraumodell leben: Von den Frauen mit Hoch-

schulreife sind es 41 Prozent, mit mittlerer Reife 45 Prozent und mit Hauptschulabschluss sogar 60 Prozent (Bertram et al. 2005:31,34). Kinder führen also zum Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit, obwohl nur in einer Minderheit der Fälle dies auch den präferierten Arbeitszeitmodellen entspricht. Deshalb sind die Kosten, die durch Kinder entstehen, vor allem für Frauen besonders hoch, weil sie ihre Erwerbstätigkeit mit der Kindsgeburt niederlegen. Dies rechtfertigt einmal mehr, in den eigenen empirischen Analysen vorrangig die Frauen zu betrachten.

Ergebnisse auf Grundlage des ISSP zeigen, dass in Westdeutschland zwei von drei Frauen, die gegenwärtig nicht erwerbstätig sind, aus familiären Gründen ausgestiegen sind. Diese Anteile sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich: „In Ostdeutschland, Frankreich, Dänemark und Schweden sind die Frauen hingegen am häufigsten nicht erwerbstätig, weil sie entlassen wurden, ihr befristeter Arbeitsvertrag ausgelaufen ist oder sie gesundheitliche Gründe haben“ (Hennig 2011). Hennig et al. (2011) fassen zusammen, dass sich die Erwerbsarrangements von Paaren in Westdeutschland drastisch verändern, sobald Kinder geboren werden. Die indirekten Kosten, die aus einer Aufgabe der Erwerbstätigkeit durch Kinder resultieren, sind damit vor allem in Westdeutschland hoch.

Die Kinderkosten stehen in diesen wohlfahrtsstaatlichen Überlegungen im Mittelpunkt. Steuern und Kindergeld, auf wohlfahrtsstaatlicher Ebene recht unterschiedlich organisiert, behandeln die Kinderkosten im Ländervergleich unterschiedlich. Da die geld- und steuerpolitischen Maßnahmen in Deutschland weitestgehend auf Bundesebene festgelegt werden, ist keine mögliche Varianz vorhanden, welche die innerdeutschen Unterschiede der Geburtenraten erklären könnte. Anders verhält sich dies jedoch in Bezug auf die Opportunitätskosten der Frauen. Diese werden, wie bereits ausgeführt, im wesentlichen dadurch verursacht, dass Frauen mit der Geburt von Kindern ihre Erwerbstätigkeit für längere Zeit niederlegen oder einschränken. Die Verantwortung für Hausarbeit und Kinderbetreuung kann damit stark unterschiedlich organisiert sein: In den USA lagern die Familien die Hausarbeit größtenteils über den Niedriglohnsektor aus, in den skandinavischen und ehemals sozialistischen Staaten wurde ein umfangreiches staatliches Angebot an Infrastruktur angeboten, während in der westdeutschen Sozialpolitik die Verantwortung für Kinder überwiegend den Familien und damit den Frauen überlassen wird. In Anbetracht der besonderen privaten Belastung der (west-) deutschen Frauen wäre es dann wenig verwunderlich, wenn Frauen die Hausarbeit und Fürsorge einschränken, indem sie weniger Kinder bekommen. Die indirekten Kinderkosten sinken laut

Mc Donald (2002: 425) wesentlich, wenn die Gesellschaft so organisiert ist, dass Frauen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Laut Mc Donald (2002:425) würde dieser Tatbestand zum Teil erklären, warum Länder mit einer höheren Frauenerwerbstätigkeit durchschnittlich höhere Kinderzahlen aufweisen. Hohe indirekte Kinderkosten wirken sich laut Mc Donald (2002:425) vor allem negativ auf den Übergang zum ersten Kind aus. Wenn Frauen mit der ersten Mutterschaft aus dem Erwerbsleben fallen, dann schieben sie die erste Geburt möglichst lange auf.

Thesen zur Überprüfung in Kap. 4

In der vorliegenden Dissertation muss daher überprüft werden, inwieweit sich die alten und die neuen Bundesländer hinsichtlich der Müttererwerbstätigkeit unterscheiden und somit fortlaufend spezifische Arbeitsmuster reproduzieren. Im makroanalytischen Kapitel 4 wird auf Bundesländerebene geprüft, inwieweit ost- und westdeutsche Gesetzmäßigkeiten der Organisation von Staat, Markt und Familie in Deutschland bis heute fortbestehen. Die unterschiedliche Entwicklung der west- und ostdeutschen Geburtenrate legte eine differenzierte Betrachtung der alten und der neuen Bundesländer bereits nahe. Im makroanalytischen Kapitel soll deshalb geprüft werden, ob es auch innerhalb der Bundesrepublik unterschiedliche Erwerbsstrukturen gibt und in welchem Zusammenhang sie zu den Lebensformen und Kinderzahlen der Frauen stehen. Die Organisationsmuster von Frauenerwerbstätigkeit und Kinderbetreuung werden deshalb auf Ebene der Bundesländer getestet (vgl. Kap. 4). Im makroanalytischen Teil dieser Arbeit wird auf Ebene der Bundesländer geprüft, inwiefern die Defamilialisierung in den alten Bundesländern schwächer ist als in den neuen. Sollte in den neuen Bundesländern die unabhängige Stellung der Mutter bis heute stärker gegeben sein, könnte dies auch Folgen für die Geburtenrate haben, was anschließend auf der Individualebene getestet werden soll.

In Bezug auf die neuen Bundesländer muss im empirischen Teil überprüft werden, inwieweit die Kinderbetreuung – als Erbe der sozialistischen Vergangenheit - anders organisiert ist und auch mit anderen Erwerbsmustern der Frauen einhergeht. Da weitere Elemente wohlfahrtsstaatlicher Politik auf Bundesebene angesiedelt sind (Elterngeld, Kindergeld, Mutterschutz, Steuerrecht), können diese nicht bezüglich ihrer innerdeutschen Varianz überprüft werden. Ausgewählte familienpolitische Leistungen werden im Kapitel 3.9.1 dargestellt und es wird gefragt, inwieweit sie die Kinderkosten senken. Da die Kinderkosten deutlich mit dem gewünschten Familienmodell zwischen Alleinverdiener und doppelter Erwerbstätigkeit variie-

ren, müssen zuvor noch die Präferenzen der Frauen zwischen Beruf und Familie behandelt werden.

3.8. Die Präferenzen der Frauen

In diesem Kapitel wird das Präferenzmodell von Hakim vorgestellt, um anschließend zu diskutieren, welche Wahlmöglichkeiten Frauen und insbesondere Mütter zwischen Beruf und Familie haben und inwieweit die derzeitigen wichtigen sozialpolitischen Maßnahmen die Präferenzen unterstützen. Im folgenden Kapitel werden deshalb die politischen Maßnahmen an der Schnittstelle zwischen Beruf und Familie für Deutschland kurz benannt und zu den Präferenzen der Frauen in Beziehung gesetzt. Damit stellt sich auch die Frage, ob die derzeitigen Präferenzen der Frauen strukturbedingt oder frei gewählt sind.

Hakim unterscheidet in ihrem pluralistischen Präferenzmodell verschiedene Vereinbarkeitsmodelle von Familie und Beruf. Hakim bildet drei Typen von Frauen: die Hausfrauen („Homecentred“), die „Vereinbarkeitsfrauen“ („Adaptive“) sowie die Karrierefrauen („Workcentred“). Folgende Tabelle verdeutlicht die drei Präferenzgruppen als Idealtypen.

Abbildung 15: Die Präferenztypen der Frauen nach Catherine Hakim

Hausfrauen	Vereinbarkeitsfrauen	Karrierefrauen
20% der Frauen variiert 10%-30%	60% der Frauen variiert 40%-80%	20% der Frauen variiert 10%-30%
Familienleben und Kinder sind ihre wichtigsten Prioritäten im Leben	Diese Gruppe ist am meisten verschiedenartig und beinhaltet Frauen, die Arbeit und Familie kombinieren möchten sowie Unentschiedene (Wechsler) und zufällige Karrieren	Hier konzentrieren sich kinderlose Frauen. Die Priorität im Leben ist Erwerbstätigkeit oder äquivalente Aktivitäten in der öffentlichen Arena: Politik, Sport, Kunst etc.
Bevorzugen <i>nicht</i> zu arbeiten	Möchten zwar arbeiten, aber sich nicht komplett ihrer Arbeitskarriere verpflichten	Legen sich auf Erwerbsarbeit oder gleichwertige Aktivitäten fest
Erlangen Qualifikationen für ihre intellektuelle Weiterbildung	Erlangen Qualifikationen mit der Absicht zu arbeiten	Investieren viel in Qualifikationen/ Weiterbildung für ihre Erwerbstätigkeit oder andere Aktivitäten
Anzahl der Kinder ist abhängig von Sozial- und Familienpolitik. Nicht empfänglich für Arbeitsmarktpolitik	<i>Sehr empfänglich</i> sowohl für Sozial- und Familienpolitik als auch für Arbeitsmarktpolitik und Gleichstellungspolitik	Empfänglich für Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik. Nicht empfänglich für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

(Quelle: Hakim 2000:158; eigene Übersetzung und Darstellung).

Laut Hakim (2000:159) akzeptieren Hausfrauen die geschlechtliche häusliche Arbeitsteilung, bevorzugen nicht zu arbeiten und geben Kindern und Familienleben Priorität. Neben Hausarbeit unterrichten Hausfrauen ihre Kinder, kümmern sich um familiäre Beziehungen und unterhalten Freund- und Bekanntschaften, organisieren Ferien und Feste und könnten treffender auch als „Haushaltsmanager“ bezeichnet werden. Hausfrauen gehen keiner bezahlten Erwerbstätigkeit nach, nichtsdestotrotz sind sie ein fester Bestandteil des unbezahlten Arbeitsmarktes. Allmendinger et al. (2010:83) zeigen auf, dass sich von den heute hochgerechnet 5,6 Millionen nichterwerbstätigen Frauen 36 Prozent (1,8 Millionen) ehrenamtlich engagieren, vor allem gebildete und finanziell abgesicherte Frauen gehen einer ehrenamtlichen Beschäftigung nach. Hausfrauen sind laut Hakim (2000:159f.) nicht notwendigerweise wenig oder nicht qualifiziert, wie von Ökonomen vielfach angenommen. Häufig nutzen sie ihre Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit, um potentielle Ehepartner kennenzulernen. Universitäten beispielsweise können als Elite-Heiratsmarkt fungieren. Gebildete Ehefrauen bringen kulturelles Kapital mit in die Ehe und komplementieren somit in gewissem Ausmaß das ökonomische Kapitel ihres Gatten. Die „Heiratskarriere“ war für Frauen im 20. Jahrhundert ein Weg, die soziale Leiter hochzuklettern und noch heute besitzt sie für Frauen das Potenzial, ihre soziale Position in größerem Umfang zu verbessern als es ihnen durch eigene Berufsanstrengungen möglich wäre (vgl. auch Allmendinger 2010). Jedoch werden nichterwerbstätige Ehefrauen im Falle der Beendigung ihre Ehe mit großer Wahrscheinlichkeit abhängig vom Wohlfahrtsstaat. Das Risiko des Berufs Hausfrau ist mit der Änderung des Unterhaltsrechtes deutlich gestiegen, da im neuen Scheidungsrecht im Grundsatz davon ausgegangen wird, dass geschiedene Frauen für sich selbst aufkommen können. Der Grundsatz, dass nach einer Ehescheidung jeder Ehegatte für sich selbst verantwortlich ist, ist seit dem 01. Januar 2008 ausdrücklich im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert. Der Beruf Hausfrau ist daher deutlich riskanter geworden.

Laut Hakim sind Hausfrauen nicht empfänglich für Arbeitsmarktpolitik und andere Politiken, die Möglichkeiten in der öffentlichen Sphäre eröffnen. Sie sind empfänglich für Familienpolitiken und Sozialpolitiken, die das Gebären und Aufziehen von Kindern – sowohl in finanzieller Hinsicht als auch bezogen auf öffentliche Wahrnehmung und Status – ermöglichen bzw. verhindern. Ebenso wird die Anzahl ihrer Kinder mit dem Wohlstand ihres Gatten steigen, auch wenn manche einen eher hedonistischen Lebensstil bevorzugen (vgl. Hakim 2000: 163).

Hakim (2003:363) oder auch Bertram et al. (2005:31) wiesen jedoch darüber hinaus auch darauf hin, dass das Hausfraumodell phasenweise betrachtet werden sollte: Frauen können sich in Abhängigkeit des Alters ihrer Kinder durchaus einige Jahre in dieser Rolle wohlfühlen, dann aber mit längerer Dauer das „Hausfrauensyndrom“¹⁵ entwickeln und entweder ehrenamtlich tätig werden oder mit mehr Glück eine Berufstätigkeit wiederaufnehmen. Allerdings fällt der Wiedereinstieg mit längerer Dauer der Hausfrauenphase immer schwerer (Allmendinger et al. 2010:125ff.). Im Kapitel 3.1 wurde bereits das 3-Phasen-Modell beschrieben, in welchem die Nichterwerbstätigkeit der Frau stets nur eine Phase im Leben der Frau darstellte (vgl. Myrdal/Klein 1971, König 1974). In der aktuelleren amerikanischen Literatur wird die Entscheidung der Frau, mit der Mutterschaft ihren Beruf aufzugeben, unter dem Stichwort „opting out“ diskutiert. Die Autoren Stone et al. (2010) fassen in einem Überblicksartikel die kontroversen Studien zusammen. Auf der einen Seite wird ein neuer Trend, die „Opt-out Revolution“, beschrieben. Gerade beruflich erfolgreiche Frauen würden freiwillig aus dem Job aussteigen, um sich ganz ihrer Mutterschaft hinzugeben und entdecken für sich „Die Lust, Mutter zu sein“ (De Marneffe 2005). Dies sei insofern überraschend, weil beruflich erfolgreiche Frauen besonders hohe Opportunitätskosten tragen, wenn sie für Kinder ihren Beruf aufgeben. Auf der anderen Seite wird beschrieben, dass in den USA diesen Weg vorrangig weiße verheiratete Frauen mit College Abschluss einschlagen, Frauen also, die sich die Auszeit auch leisten können. Kontrovers bleiben die Fragen, welche Frauen die Möglichkeiten zum Ausstieg nutzen können und ob der Ausstieg freiwillig gewählt wird oder der Organisation des Jobs geschuldet ist. Stone (2007) benennt „workforce pushes“ und findet Gründe für den Ausstieg aus dem Beruf eher in der Organisation der Arbeit als im Wunsch, sich ganz auf die Mutterschaft zu konzentrieren. Daneben würde die alleinige Verantwortung der Mütter für die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder die Frauen zur Aufgabe ihres Berufes bewegen, weil sie aufgrund der großen privaten Belastung durch die Kinderbetreuung für sich keine Lösung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehen. Für Männer stelle sich die Frage deutlich seltener, weil die Kinderbetreuung in der Regel auf den Schultern der Frauen laste (Stone 2007). Für Deutschland wurde bereits aufgezeigt, dass vor allem in den alten Bundesländern mehr Frauen das Modell Hausfrau leben als es die Präferenzen der Frauen vermuten lassen (Bertram et al. 2005:31,34). Neben den Hausfrauen existieren laut Hakim zwei weitere Präferenzgruppen: die Frauen, welche Beruf und Familie miteinander vereinbaren möchten sowie die Karrierefrauen.

¹⁵ Der Begriff Hausfrauensyndrom wurde mit Veröffentlichungen der amerikanischen Soziologin Betty Friedan populär.

Karrierefrauen und die freiwillig Kinderlosen

Laut Hakim (2000:164f.) ist der Ausdruck Karrierefrauen genaugenommen unkorrekt, da der Lebensschwerpunkt dieser Frauen lediglich ein anderer als Mutterschaft und Familienleben sei. Die meisten Karrierefrauen würden sich auf ihren Beruf konzentrieren, da in unserer Gesellschaft ökonomischer Erfolg, ein westlicher Lebensstil und Selbstverwirklichung nach wie vor hoch geachtet sind. Während ungefähr jede fünfte Frau in diese Gruppe fällt, sind es nahezu alle Männer. Die Einführung sicherer Empfängnisverhütung sowie die Gleichstellungsbewegung eröffneten den sogenannten Karrierefrauen neue Möglichkeiten. Zwar konzentrieren sich laut Hakim (2000:164) in dieser Gruppe kinderlose Frauen, jedoch sind Karrierefrauen nicht zwangsläufig kinderlos. Im Gegensatz zu manchen Vereinbarkeitsfrauen ändern sie jedoch nicht ihre Prioritäten mit der Geburt eines Kindes. Mutterschaft bilde niemals den Kern ihrer Identität. Diese Frauen wünschen sich Kinder wie es auch Männer tun: weil es normal ist, Kinder zu haben und als ein Wochenend-Hobby (Hakim 2000:165). Die Kinderbetreuung finde größtenteils außer Haus statt, entweder privat organisiert oder durch Nutzung von öffentlicher Kinderbetreuung in Form von Ganztagskindergärten und –schulen. Hakim (2000) führt aus, dass Karrierefrauen Nutznießerinnen politischer Maßnahmen sind, die berufliche Möglichkeiten eröffnen. Beispielhaft sind Frauen dieser Gruppe die ersten, die Gleichstellungsinitiativen nutzen. Im Gegensatz dazu sei diese Gruppe nicht empfänglich für Sozial- und Familienpolitik, insbesondere nicht für Geburten fördernde Maßnahmen (Hakim 2000:165). Angewandt auf die Lebenssituation der Frauen in der DDR ließe sich ableiten, dass Frauen in den ehemals sozialistischen Staaten zum überwiegenden Großteil dieses Modell lebten. Die Kindertagesbetreuung war an die ganztägige Berufstätigkeit der Mütter angepasst, allerdings bleibt die Frage offen, inwieweit dieses Lebensmodell auch den wirklichen Wünschen der Frauen entsprach. Damit einhergehend bleibt zu fragen, inwieweit karriereorientierte Frauen nicht doch auf Sozialpolitik in Form öffentlicher Kinderbetreuung angewiesen sind, wenn sie ihre Karriereorientierung mit ihrem Kinderwunsch vereinbaren möchten. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich in den USA aufgrund geringerer Lohnnebenkosten und größerer Unterschiede im Einkommensniveau ein größerer Prozentsatz als in Europa private Betreuungsarrangements kaufen kann (Esping-Andersen 2009:138-139). In Europa sind Frauen deshalb häufiger auf das Angebot öffentlicher Kinderbetreuung angewiesen, wollen sie in Vollzeit berufstätig sein, denn der durchschnittliche Lohn erlaubt die Finanzierung eines privaten Betreuungsarrangements nicht.

Die Vereinbarkeitsfrauen: Wechsler und ungeplante Karrieren

Die Vereinbarkeitsfrauen, von Hakim (2000:165ff.) als adaptive Frauen bezeichnet, formen die größte und bunteste Gruppe und können prinzipiell 80 Prozent aller erwachsenen Frauen ausmachen. Häufig wird davon ausgegangen, dass sie die einzige Gruppe seien und folglich repräsentativ wären für alle Frauen. Die Vereinbarkeitsfrauen möchten Erwerbstätigkeit und Familie kombinieren, ohne einer Aufgabe Priorität einzuräumen. Diese Gruppe beinhaltet Frauen, die ungeplant Karriere machen, wenn ihr ökonomisches oder politisches Umfeld ihnen diese Möglichkeit einräumt. Sie beinhaltet „Wechsler“, Frauen mit keiner endgültigen Idee von dem Leben, das sie bevorzugen. Diese Frauen ergreifen die Möglichkeiten, die sich ihnen bieten, und verändern ihre Ziele, wenn sich ihr soziales und ökonomisches Umfeld ändert. Wenn Vereinbarkeitsfrauen heiraten, können sie ihre Ziele unter Umständen daher stark verändern (Hakim 2000:166). Hakim (2000:167) folgt Gerson (1985) und zeigt, dass die Gruppe der Vereinbarkeitsfrauen sich zerteilen lässt, je nachdem, welcher Lösungsweg für den Konflikt zwischen Arbeit und Familie gewählt wird. Die eine Hälfte der Vereinbarkeitsfrauen räumt der Mutterschaft gegenüber der Erwerbstätigkeit Priorität ein. Sie wechselt in Teilzeitarbeit, oft in weniger beanspruchenden Bereichen des lokalen Marktes. Beispielfähig wählen diese Frauen den Beruf der Lehrerin, weil sich dieser gut mit der Mutterschaft und der häuslichen Rolle vereinbaren lässt. Frauen in Managerpositionen und Berufen, die keine reichhaltigen Möglichkeiten der Teilzeitarbeit anbieten, müssen andere Lösungswege suchen, um die Erwerbsarbeit mit der Mutterschaft zu vereinbaren. Eine weit verbreitete Strategie ist möglicherweise die Reduktion der Kinderzahl auf nur ein Kind. Diese große Gruppe der adaptiven Frauen ist in besonderem Ausmaß sowohl von öffentlicher Kinderbetreuung als auch von der Unterstützung des Ehemannes bei der Betreuung der Kinder und bei der Hausarbeit abhängig (Hakim 2000:167).

Die Vereinbarkeitsfrauen sind sehr empfänglich für alle Politiken, so wie sie auch betroffen sind von allen sich bietenden Möglichkeiten und Restriktionen ihres sozialen und ökonomischen Umfeldes (Hakim 2000:167). Weil die Gruppe der adaptiven Frauen die größte ist und durch Sozialpolitiken derart beeinflussbar, ging man laut Hakim (2000:167f.) auf politischer Ebene lange Zeit davon aus, dass Frauen je nach wirtschaftlicher Notwendigkeit in den Arbeitsmarkt gedrängt und genauso schnell aus ihm verdrängt werden können. Dies sei jedoch nur möglich, solange die Mehrheit der Frauen der unentschiedenen Gruppe der adaptiven Frauen zugehört. Sowohl karriereorientierte Frauen als auch Hausfrauen lassen sich laut Ha-

kim weit weniger stark bezüglich ihres Lebensstils von Sozial- und Familienpolitiken beeinflussen.

In ihrem Buch „Models of the Family in Modern Society“ (2003) testet Hakim ihre Präferenztheorie anhand nationaler Umfragedaten aus Großbritannien und Spanien und glaubt mit ihrer Analyse zeigen zu können, dass die Präferenzgruppen sowohl in Großbritannien als auch in Spanien wichtige ideologische Gruppen sind. Für Deutschland konnten Bertram et al. (2005) aufzeigen, dass sich die Erwerbstypen von Frauen ähnlich zu denen in Großbritannien und Spanien verteilen, jedoch auch deutlich mit Anzahl und Alter der Kinder variieren. Je jünger die Kinder sind und je größer die Kinderzahl insgesamt ist, desto stärker neigen die Frauen dazu, aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Darüber hinaus zeigten sich für Deutschland deutliche Differenzen zwischen den Präferenzen und der Wirklichkeit. Durchgängig durch alle Lebensphasen lebten deutlich mehr Frauen das Hausfraumodell, als es nach Präferenz wünschenswert fanden (Bertram et al. 2005:31,34).

Hakim (2000) argumentiert, dass in modernen Gesellschaften Frauen eine freie Wahl zwischen Familien- und Erwerbsarbeit hätten. Frauen trafen ihre Wahl basierend auf ihren Präferenzen bezüglich eines bestimmten Lebensstils: work-centred, home-centred oder adaptiv. Hakim trifft keine Aussage über die Wurzeln der Präferenzen, geht aber eindeutig davon aus, dass sie auf Werten basieren und im Lebenslauf konstant seien. Leahy und Doughney (2006:37) bezeichnen Hakims Präferenztheorie als deutlich mangelhaft, weil sie erstens keine Aussage über die komplexen Prozesse treffen kann, wie Präferenzen entstehen und zweitens keine Schlüsse aus den adaptiven Präferenzen zieht. Leahy und Doughney glauben, dass adaptive Frauen letztlich nur einen Weg suchen, auf die nach wie vor bestehende Geschlechterungleichheit zu reagieren (2006:38). Das adaptive Lebensmuster könnte also als Ergebnis eines gesellschaftlichen Zwangs interpretiert werden: Wenn beispielsweise in einer Gesellschaft bestimmte Wertemuster bezüglich der erwerbstätigen Mutter gelten und gleichzeitig das Angebot der Kinderbetreuung beschränkt ist, muss einer in der Familie seine Erwerbstätigkeit einschränken. Meistens entscheiden sich dann die Frauen für den adaptiven Lebensentwurf, aber dies ist dann keine Präferenz, sondern das Ergebnis eines gesellschaftlichen Zwangs. Leahy und Doughney können dies recht überzeugend anhand der Organisation der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes deutlich machen.

Leahy und Doughney zeigen für Australien, dass Arbeit nach wie vor geschlechtsspezifisch aufgeteilt ist: Frauen arbeiten seltener Vollzeit und sind seltener in höheren Positionen, entsprechend finden sie sich häufiger in Jobs, die schlecht bezahlt und unsicher sind (Leahy/Doughney 2006:38). Das gleiche gilt für Deutschland: auch hier sind es vorrangig Frauen, die in Teilzeit oder prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Auch finden sich Frauen in vermeintlich familienfreundlichen Berufen wieder, die ebenfalls durchschnittlich schlechter bezahlt sind (Blossfeld 2001; Blossfeld/Hakim 1997, Blossfeld/Hofmeister 2008, Allmendinger et al. 2010). Neben der bezahlten muss auch die unbezahlte Arbeit berücksichtigt werden: Dazu zählt vor allem die Hausarbeit inklusive der Kinderbetreuung und Altenpflege. Männer verbringen den Großteil ihrer Zeit mit bezahlter Arbeit, während Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit mehr unbezahlte Arbeit leisten. Wenn Hakim (2000) nur die neuen, besseren Möglichkeiten der Frauen in der Erwerbsarbeit benennt, ohne auf die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten in der Hausarbeit einzugehen, führt das zu zwei möglichen Ergebnissen: Entweder sind Frauen zusätzlich zu ihrer häuslichen Arbeit erwerbstätig und versuchen beispielsweise über Dienstleistungen Hausarbeit auszulagern oder sie verringern den Stundenanteil ihrer Erwerbstätigkeit. Kreyenfeld und Geisler (2006) konnten zeigen, dass in den neuen Bundesländern häufiger der erste, in den alten Bundesländern eher der zweite Weg der Einschränkung der Frauenerwerbstätigkeit gewählt wird.

Auch Menschik betont, dass die Art der Arbeitsteilung die gesellschaftliche Stellung der Frau bestimmt. Solange die Pflege und Betreuung von Angehörigen keine bezahlte oder öffentliche, sondern unentgeltliche private Arbeit ist und Frauen hier die Hauptverantwortung übernehmen, solange geht die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mit sozialen geschlechtsspezifischen Ungleichheiten einher. Ähnlich argumentiert Hochschild und fordert daher die Anerkennung und Bezahlung von Hausarbeit: Andernfalls könne ein enormes Defizit an Fürsorge/Care entstehen, da nun weniger Frauen freiwillig diese Arbeit übernehmen (Hochschild 1997). Eine Lösung ist jedoch die bereits beschriebene „globale Betreuungskette“ (Hochschild 2002).

Dass Hausarbeit nach wie vor unsichtbar bleibt und ihr ökonomischer und sozialer Wert ignoriert wird, wird von Folbre gezeigt: „Men, business and society in general are free-riding on the unpaid and underpaid work done mostly by women“ (zitiert nach Leahy/Doughney 2006:40). Kurz zusammengefasst zeichnen Leahy und Doughney (2006:40) folgenden Kreislauf: Die Pflege von Kindern ist mehr eine private als eine gesellschaftliche Angelegenheit –

entsprechend sind Hausarbeit und Kinderbetreuung weitestgehend unbezahlt – hinzu kommen Ideologien über eine „gute Mutter“ - die Arbeitswelt ist familienfeindlich, Familienverpflichtungen führen zu Nachteilen, so dass Männer und Frauen unterschiedlich am Arbeitsmarkt partizipieren – Frauen bilden adaptive Präferenzen und schränken ihre Erwerbstätigkeit zugunsten familiärer Verpflichtungen ein, während Männer ihre Beteiligung an der Familienarbeit einschränken (Leahy/Doughney 2006:41). Auf diese Weise gelingt es Leahy und Doughney (2006) zu zeigen, dass adaptive Präferenzen strukturbedingt verursacht werden. Die Ausbildung adaptiver Präferenzen ist damit ein Anpassungsprozess an schwierige Vereinbarkeitsbedingungen zwischen Beruf und Familie.

Thesen zur Überprüfung in Kapitel 6

Aus diesen Betrachtungen wird für die weitere Analyse die These abgeleitet, dass die Geburtenraten niedrig sind, wenn die Infrastruktur nicht auf berufstätige Mütter eingerichtet ist, gleichzeitig aber der Anteil der berufsorientierten Frauen deutlich höher ist als der Anteil der hausorientierten Frauen. Frauen müssen sich dann erst beruflich festigen und das Risiko der Vereinbarkeit von Beruf und Familie lastet mehr auf ihren Schultern. Wenn sie sich für eine Mutterschaft entscheiden, dann tun sie dies später im Lebensverlauf und tragen dann auch ein größeres Risiko der ungewollten Kinderlosigkeit. In Gesellschaften, deren Infrastruktur und Familienpolitik vorrangig auf nichterwerbstätige Frauen zugeschnitten sind, tragen Frauen ungleich höhere Kosten in Form von Betreuungsaufwand für Kinder und entgangenen Gewinnen durch Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Hausfrauen oder solche, die es werden wollen, sind hingegen ganz wesentlich auf das Bereitstehen eines Ernährergehaltes angewiesen. Eine interessante Frage wäre daher außerdem, das Angebot an Männern, die eine Familie ernähren wollen und können, im Zeitverlauf zu bestimmen. In der vorliegenden Dissertation kann dies jedoch nicht geleistet werden. Im mikroanalytischen Teil dieser Dissertation wird getestet, in welchem Zusammenhang die Entwicklung der Geburtenrate zur Veränderungen der Anzahl der Frauen im Hausfraumodell steht. Denn wenn mehr Frauen arbeiten wollen, aber die Infrastruktur nicht auf erwerbstätige Mütter ausgerichtet ist, werden Frauen die Mutterschaft stärker aufschieben und auch die Kinderlosigkeit wird höher ausfallen. Zum zweiten sollten durch den Ausbau der Regularien und Gesetze zur Gleichstellung, zum Mutterschutz und zur Elternzeit, speziell des Rechts zur Rückkehr in den Beruf, die Erwerbschancen und damit auch –quoten der Frauen gestiegen sein. Wenn Hakims (2001) wie auch Bertrams et al. (2003) These - dass die größte Gruppe der Frauen adaptive Präferenzen ausbildet, weil sie auf diese Weise versuchen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren – richtig ist, müssten

außerdem heute mehr Frauen in Teilzeit tätig sein und dabei zumindest stabil hohe Kinderzahlen aufweisen.

Für die vorliegende Fragestellung der spezifisch niedrigen deutschen Geburtenrate stellt sich damit einhergehend die Frage, wie die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie innerhalb Deutschlands organisiert sind. Im folgenden Abschnitt wird versucht aufzuzeigen, wie die Kinderkosten in Deutschland durch Sozialpolitiken gemildert werden. Gleichzeitig wird diskutiert, wie die familienpolitischen Leistungen die Präferenzen der Frauen tangieren.

3.9. Kinderkosten und familienpolitische Leistungen

Sozialpolitische Maßnahmen im Bereich der Familienpolitik haben das gesetzlich verankerte Ziel, die durch Kinder entstehenden Kosten abzumildern. Im Artikel 6 des 1. Sozialgesetzbuches heißt es: „Wer Kindern Unterhalt zu leisten hat oder leistet, hat ein Recht der Minderung der dadurch entstehenden wirtschaftlichen Belastungen“. Mit dem Ziel, die Lebenslagenunterschiede zwischen kinderlosen und kindererziehenden Erwachsenen auszugleichen, wurde der Familienlastenausgleich (FLA) ins Leben gerufen:

„Zum FLA im engeren Sinne werden gemeinhin Kindergeld, Steuerfreibeträge sowie Erziehungsgeld gezählt, der FLA im weiteren Sinne schließt alle familienorientierten Fördermaßnahmen der Sozialversicherungen, die familienorientierte Wohn- bzw. Wohneigentumsförderung, Leistungen des Bildungssystems und alle familienorientierten Infrastrukturmaßnahmen mit ein (dazu auch Lampert 1996:147ff., nach Gerlach 2010:258).

Allerdings wird die Umsetzung des Familienlastenausgleichs in Deutschlands strittig interpretiert: „Analysen gehen von einer Summe zwischen 56 Mrd. € (Familienbund der Katholiken 2007) und 240 Mrd. € (Rosenschon 2006) aus“ (Gerlach 2010:259). In der gegenwärtigen Forschung besteht Uneinigkeit bezüglich der Fragen, ob auch Leistungen ohne direkten Bezug zur Familie wie Witwer- und Witwenrenten oder Leistungen, die von den Sozialversicherungsträgern erbracht werden, mitgezählt werden sollten. Auch ist offen, „ob nur Transfers oder auch Steuerrückerstattungen berücksichtigt werden müssen, ob z. B. das Ehegattensplitting als familienpolitische Leistung einberechnet werden muss oder ob bildungspolitische Leistungen einzurechnen sind“ (Gerlach 2010:259).

Die Frage, welche Kosten Kinder tatsächlich verursachen, wird ebenfalls kontrovers diskutiert. Aus der amtlichen Statistik lassen sich die Ausgaben der Familien für Kinder nicht direkt ableiten. In der Einkommens- und Verbraucherstichprobe werden die Ausgaben stets für die gesamte Bedarfsgemeinschaft, den Haushalt, erhoben. Denn „eindeutig zuordnen könnten die in den Haushalten Buch Führenden ohnehin nur solche Käufe von Waren und Leistungen,

die entweder ausschließlich von Erwachsenen oder von Kindern (z.B. Kinderbekleidung, Babynahrung, Windeln, Spielzeug) verbraucht werden“ (Münlich/Krebs 2002:1080). Aber wie groß ist der Anteil an Kinderkosten an den Ausgaben für Nahrungsmittel, Waschmaschinen, Miete, Strom? Um valide Aussagen über die tatsächlichen Kinderkosten treffen zu können, beauftragte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998 eine Arbeits- bzw. Expertengruppe, um „die statistisch-methodischen Regeln für die Berechnungen der Kinderkosten kritisch zu prüfen und bessere Lösungen zu erarbeiten“ (Münlich/Krebs 2002:1082). Insgesamt wurden für alle in der Einkommens- und Verbraucherstichprobe erhobenen Waren und Dienstleistungen der privaten Konsumausgaben Verteilerschlüssel, wobei die verschiedenen Haushaltstypen (Alleinerziehende, Paare etc.) berücksichtigt wurden wie auch die Anzahl und das Alter der Kinder.

Beispielsweise werden für die Berechnung der Kinderkosten im Bereich Wohnen die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) direkt erfragten Kinderzimmerflächen in Relation zur gesamten Wohnfläche der jeweiligen Haushalte gesetzt. Zusätzlich wird jedoch auch der erhöhte Bedarf an Gemeinschaftsräumen kalkuliert und das Alter der Kinder berücksichtigt. So verzichten Familien mit mehreren Kindern häufig auf Wohnraum, um Platz für Kinderzimmer zu schaffen, gleichzeitig steigt mit dem Alter der Kinder deren Bedarf an Wohnfläche. Steigende Einkommen gehen prinzipiell mit höheren Wohnansprüchen in Form einer größeren Nutzfläche, höherwertiger Ausstattung und besserem Wohnumfeld, einher. Um den tatsächlichen Anteil der Kinderausgaben an den Mietkosten festzulegen, ist nach diesen vielfältigen Überlegungen ein Verteilerschlüssel der Wohnkosten auf Erwachsene und Kinder entwickelt worden (Münlich/Krebs 2002:1083). Die Ausgaben für Energie wurden nach Zahl der Haushaltsmitglieder und Alter der Kinder pro Kopf gewichtet (Münlich/Krebs 2002:1083). Ebenso wurde ein Verteilungsschlüssel für Kinder zur Aufteilung von Haushaltsausgaben im Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, gegliedert nach Haushaltstyp, Altersgruppe und Geschlecht der Kinder, ermittelt (Münlich/Krebs 2002:1084).

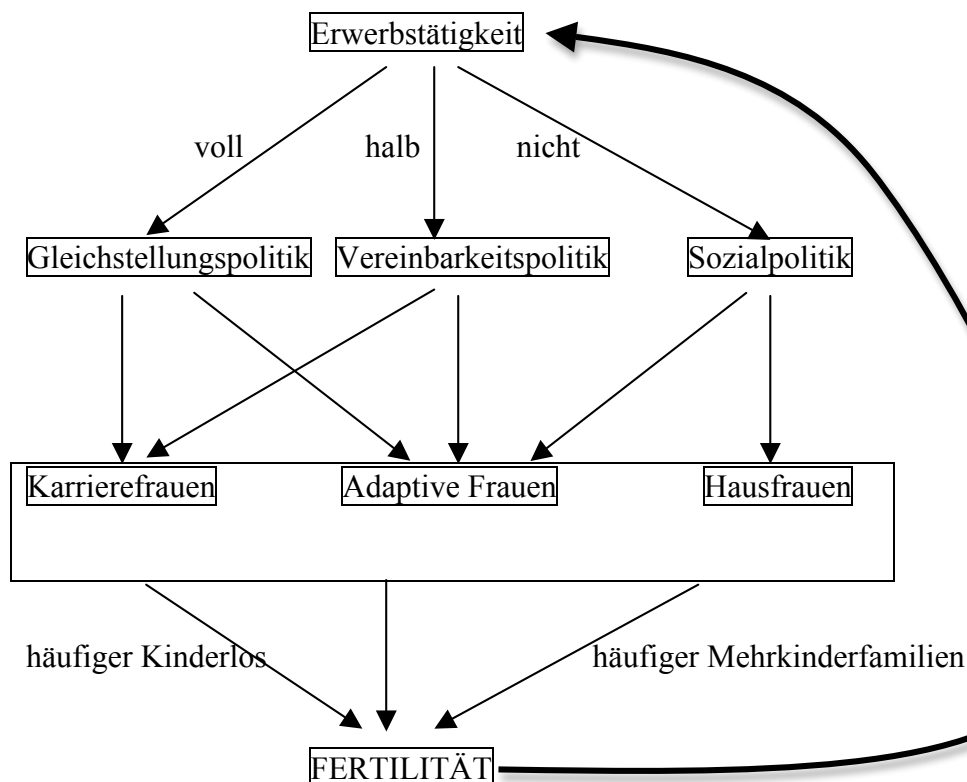
In einer Übersicht über die auf diese Weise gewonnen Ergebnisse kommt Münlich (2006:650) zu dem Ergebnis, dass die Aufwendungen für Kinder im Zeitvergleich der EVS 1998 und der EVS 2003 gestiegen sind. Die Konsumausgaben für Kinder sind innerhalb von nur fünf Jahren bei Paaren mit einem und zwei Kindern um 11 Prozent angestiegen, bei Alleinerziehenden mit einem Kind um sieben und bei Paaren mit drei Kindern um neun Prozent angestiegen – Kinder werden immer teurer. Münlich stellt fest:

Theoretische Erklärungsansätze

„Allein Erziehende mit einem Kind setzten für ihre Nachwuchs im früheren Bundesgebiet mit 547 Euro fast die gleiche Summe ein wie die Paarhaushalt mit einem Kind (549 Euro) (...). Die Kinderkosten pro Kopf waren wie auch schon 1998 auch 2003 in den Paarhaushalten mit einem Kind am höchsten (...). Die Aufwendungen waren für das einzelne Kind umso niedriger, je mehr Kinder in einem Haushalt leben. Paare mit zwei Kindern können sich höhere Ausgaben für ihre Kinder leisten als allein Erziehende mit zwei Kindern. Die absolut geringsten Aufwendungen je Kind finden sich mit durchschnittlich 403 Euro monatlich in ostdeutschen Paarhaushalten mit drei Kindern “ (Münnich 2006: 650).

Geht man also von den auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gewonnen Kinderkosten in Höhe von 400 bis 500 Euro im Monat je Kind aus – je nach Lebensform und Anzahl der Kinder belaufen sich die Ausgaben für jedes einzelne Kindes durchschnittlich auf diese Höhe – dann sind Familien eindeutig auf Geld angewiesen. Kinder verursachen aber nicht nur direkte Kosten in Form von Ausgaben für Ernährung, Wohnen, Verkehr etc. Legen Frauen ihre Arbeit für die Betreuung von Kindern nieder oder schränken ihre Erwerbsarbeit ein, fallen darüber hinaus auch indirekte Kosten (entgangenes Entgelt aus Erwerbstätigkeit bzw. Opportunitätskosten) an.

Abbildung 16: Idealtypische Wirkungsweise der Sozialpolitiken nach Präferenz



Eigene Darstellung

Unterscheidet man zwischen direkten Kosten und Opportunitätskosten, also Kosten durch entfallendes Einkommen (u.a. Gauthier und Hatzius 1997:296), lässt sich argumentieren, dass nicht erwerbstätige Frauen am meisten von höheren direkten Unterstützungen profitieren, während erwerbstätige Frauen auf eine Absenkung der Opportunitätskosten angewiesen sind. Außerdem sollten ähnlich wie bei Gauthier und Hatzius (1997:296) die sozialpolitischen Leistungen zu der Anzahl der Kinder in Beziehung gesetzt werden. Gauthier und Hatzius (1997:296) konnten zeigen, dass erste Kinder am teuersten sind, wenn mit der Geburt des ersten Kindes eine Aufgabe der Erwerbstätigkeit verbunden ist.

Kinder verursachen damit neben direkten Kosten auch indirekte Kosten, wenn Frauen ihr präferiertes Lebensmodell zwischen Beruf und Familie nicht umsetzen können bzw. ihre Erwerbstätigkeit mit der Mutterschaft stark einschränken müssen, weil der sozialpolitische Rahmen dies fordert. Hinzu kommen nicht messbare psychologische Kosten von erwerbstätigen Müttern, die ihre Erwerbstätigkeit gegen die gesellschaftliche Moral umsetzen. Doch welche familienpolitischen Maßnahmen helfen wie?

3.9.1. Familienpolitische Leistungen – Infrastruktur, Zeit- und Geldleistungen

Im Folgenden sollen daher die familienpolitischen Leistungen zu den Präferenztypen der Frauen in Beziehung gesetzt werden. Eine nützliche Einteilung der familienpolitischen Maßnahmen bieten Thenner (2000), McDonald (2002) oder Bertram et al. (2006), die diese in die Bereiche Geld, Zeit und Infrastruktur einordnen. Laut Bertram (2006:13) könne nur ein intelligenter Mix aus Zeit-, Geld- und Infrastrukturpolitik sicherstellen, „dass die Fragmentierung bisheriger Unterstützungsleistungen überwunden wird“. Überblicke über familienpolitische Leistungen werden regelmäßig vom BMFSFJ veröffentlicht – für 2011 wurden 152 verschiedene staatliche Leistungen für Familien mit einem Volumen von insgesamt 122,7 Mrd. Euro unterschieden (vgl. BMFSFJ 2012:39). Diese unterteilen sich in 72,6 Mrd. für ehebezogene Leistungen, 45,9 Mrd. für steuerliche Maßnahmen, 26,9 Mrd. für Maßnahmen der Sozialversicherung, 25,2 Mrd. für Realtransfers und 24,7 Mrd. für Geldleistungen. Im Rahmen des folgenden Kapitels wird nicht der Anspruch erhoben, alle 152 vom BMFSFJ benannten Leistungen für Familie systematisch wiederzugeben. Ziel ist es, die wichtigsten Leistungen zu benennen und kritisch zu erörtern, inwieweit sie den Präferenzen der Frauen zwischen Arbeit und Familie am Beginn des Lebens mit kleinen Kindern entsprechen. Da vor allem die Infrastruktur in Deutschland regional stark unterschiedlich organisiert wird, wird dieser Bereich im Folgenden als erstes dargestellt.

Infrastruktur

Die öffentlich geförderte Infrastruktur für Kinder ist anders als die Steuer- oder Kindergeldpolitik auf kommunaler Ebene organisiert und daher regional extrem unterschiedlich ausgestaltet. Wie bereits ausgeführt, kann die Kinderbetreuung unterschiedlich (privat oder öffentlich) finanziert und organisiert sein, gleichzeitig sind vor allem berufstätige Frauen auf diesen Service angewiesen. Kinderbetreuung tangiert das gesamte Leben eines Kindes von der Geburt bis zur mittleren Reife. Stellen Schulen beispielsweise kein Mittagessen bereit, ist die Organisationsfähigkeit der Eltern gefragt. Die Ausgestaltung der Kinderbetreuung betrifft daher auch den Umfang der Frauenerwerbstätigkeit (Büchel/Spieß 2002, Gerlach 2010, Kreyenfeld et al. 2001, Esping-Andersen 2009). Vor allem Doppelverdienerpaare sind stark auf Kinderbetreuungsangebote und zunehmend auch auf Angebote zur Pflege und Betreuung älterer Menschen angewiesen (Halpern/Murphy 2005:7). Gleichzeitig können sich Geringverdiener qualitativ hochwertige Betreuung oft nicht leisten, es sei denn, diese Angebote werden subventioniert. In den USA beispielsweise beträgt laut Halpern und Murphy (2005:7) der Mindestlohn 5.15 Dollar pro Stunde, die meisten Familien bezahlen nur diesen Preis für die Betreuung und Pflege ihrer Angehörigen. Aber obwohl in den USA die Kinderbetreuung meist privat organisiert werden muss und entsprechend teuer ist, besuchen dort mehr unter 3-Jährige eine Kinderkrippe als in Deutschland (Esping-Andersen 2009:93). In Deutschland haben sich private Initiativen der Kinderbetreuung nicht durchgesetzt, gleichzeitig steht nur ein geringes Angebot an öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung bereit. Theoretisch stehen dem Staat zwei Möglichkeiten offen, Familien bei der Kinderbetreuung zu entlasten: Einerseits können Ausgaben für Kinderbetreuung steuerlich absetzbar sein bzw. anderweitig direkt finanziell gefördert werden oder ein öffentlich organisiertes Netz an Kindertagesbetreuung wird ausgebaut (Waldfoegel 2001).

Da die öffentliche Kinderbetreuung in Deutschland kommunal organisiert wird, variieren die Kosten, die Eltern für Betreuungsplätze im regionalen Vergleich ausgeben müssen. Noch 2004 waren die Elternkosten im OECD-Vergleich doppelt so hoch wie im OECD-Mittel (OECD 2004:2). Das Institut der deutschen Wirtschaft befragte 2008 im Auftrag der Zeitschrift „Eltern“ sowie der „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ die hundert größten deutschen Städte nach der Höhe der von ihnen erhobenen Gebühr für einen Betreuungsplatz in einer subventionierten Kindertagesstätte. Die für die Eltern entstehenden Jahresgebühren variieren zwischen 0€ und 1.752€ bei einem Haushaltseinkommen bis 45.000€ beträchtlich, im Durch-

schnitt müssen 961€ ausgegeben werden. Bei einem Haushaltseinkommen bis 80.000€ steigt die maximale Jahresgebühr auf 2.592€, während bspw. in Berlin für alle Eltern Kindergartenplätze kostenlos sind (Thater 2008).

Nicht nur die Kosten, auch das Angebot variiert im regionalen Vergleich stark. Im März 2009 konnte nur jedes fünfte Kind unter 3 Jahren ein Angebot zur Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010:10-23): Auf regionaler Ebene variieren die Betreuungsquoten zwischen 3,6 Prozent im Landkreis Leer (Niedersachsen) und 61,8 Prozent im Landkreis Jerichower Land (Sachsen-Anhalt). Bundesweit lag in jedem zweiten Landkreis die Betreuungsquote für unter Dreijährige zwischen fünf und 15 Prozent, also auf niedrigem Niveau, wenn man bedenkt, dass zum zweiten Lebensjahr der Kinder die Geldleistungen im Rahmen des Bundeselterngeldes enden. In den westdeutschen Landkreisen ist die Situation besonders stark angespannt: Lediglich sieben der insgesamt 326 westdeutschen Kreise haben eine Betreuungsquote für unter Dreijährige von mindestens 25 Prozent. Frauen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, können in den meisten Landkreisen Deutschlands derzeit nicht ohne weiteres davon ausgehen, einen Betreuungsplatz zu finden. Ob der Betreuungsumfang mit dem Umfang der geplanten Erwerbstätigkeit übereinstimmt, ist eine weitere Frage, die angesichts des eklatanten Mangels an Betreuungsplätzen derzeit noch gar nicht diskutiert wird. Der Mangel an Ganztagsplätzen mit einem Betreuungsumfang von sieben Stunden und mehr macht die Aufnahme einer Vollzeitenerwerbstätigkeit in den alten Bundesländern annähernd unmöglich: Während sich in Ostdeutschland rund jedes dritte aller Kinder unter drei Jahren in Ganztagsbetreuung befindet, ist es in Westdeutschland nur jedes zwanzigste Kind.

Von den Kindergartenkindern können in den alten Bundesländern bundesweit 92 Prozent der Kinder einen Platz in Anspruch nehmen. Allerdings handelt es sich hier ebenfalls größtenteils um Teilzeitangebote: ein warmes Mittagessen und die Möglichkeit einer Mittagsruhe werden von (West-) Deutschlands Kindertagesstätten nur selten angeboten. Nicht einmal jedes vierte Kind zwischen drei und sechs Jahren kann in Westdeutschland derzeit einen Ganztagskindergartenplatz in Anspruch nehmen, in den neuen Bundesländern sind zwei von drei Kindern in Ganztagesbetreuung. Mütter kleiner Kinder in den alten Bundesländern brauchen eine Oma vor Ort und ein Einkommen, dass die Einstellung privater Babysitter erlaubt. Ist dies nicht gegeben, wird die Aufnahme einer bezahlten (Ganztags-)Tätigkeit nur möglich, wenn das Gehalt auch zur Finanzierung eines Au-pairs oder einer privaten Kinderfrau reicht. Aufgrund

der geringeren Lohnvarianz ist dies in Deutschland aber für weniger Frauen als in den USA finanzierbar und wird auch deutlich seltener praktiziert. Frauen in Deutschland sind nun seit der Neuregelung des Elterngeldes im Jahr 2007 das erste Jahr nach Geburt finanziell abgesichert, insofern sie vor der Geburt einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Eine Aufnahme der Erwerbstätigkeit im Anschluss des Elterngeldes ist aber nur für eine Minderheit möglich: Nur in Sachsen-Anhalt und in Thüringen besteht derzeit ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, in den anderen Bundesländern ist der Rechtsanspruch auf einen Halbtagsplatz für 2013 geplant (TAG). Häufig wird auch die Bedeutung von Großeltern für die Kinderbetreuung positiv herausgestrichen (Ette 2007), allerdings ist dieser private Service nur für wenige Eltern verlässlich täglich gegeben und kann deshalb nicht als Alternative zum täglichen Kindergarten interpretiert werden.

Deutlich wird, dass das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung in den alten Bundesländern mit dem Hausfraumodell in Verbindung steht: Wenn Schulen um 12 Uhr ohne Mittagessen enden, Horte eher als Aufbewahrungsorte interpretiert werden und nur für eine Minderheit der Schüler bereitstehen, dann muss der Großteil der Mütter entweder verkürzt arbeiten, Hausfrau sein oder – was aufgrund der hohen Lohnnebenkosten nur auf eine Minderheit der Frauen zutrifft – beruflich so erfolgreich sein, als dass sie sich eine private Betreuung finanzieren können. Auch die Kindergärten sind in Westdeutschland häufig so organisiert, dass die Mütter im Hintergrund da sein müssen. Beispielsweise führt Rheinland-Pfalz einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab zwei Jahren ein. „Der Rechtsanspruch besteht für vor- und nachmittags. Eine Betreuung über Mittag mit Mittagessen soll ermöglicht werden“ (Allmendinger et al. 2010:180) – derzeit müssen die Mütter in Rheinland Pfalz jedoch noch Jobs haben, in denen sie mittags nach Hause können, ihren Kindern (schnell) ein Mittagessen kochen und sie zum Mittagschlaf hinlegen können. In welchen Jobs ist das möglich?

Dabei müsste Deutschland nicht allein auf die institutionalisierte Kinderbetreuung bauen. Denn in Frankreich speist sich ein großer Teil der Kinderbetreuung aus Tagesmüttern, deren Markt in Deutschland bis heute nicht etabliert ist. Einerseits ist Tagesmutter in Deutschland kein anerkannter Beruf – Tagesmutter kann man schon nach einem Schnellkurs zehn Wochen werden (BMFSFJ online Handbuch Kindertagespflege). Andererseits gibt es – anders als in den USA - keinen tariflichen Mindestlohn für Tagesmütter, gleichzeitig wollen nur wenige Frauen in Deutschland diesen Beruf ausüben bzw. verfügen über das geeignete Wohnumfeld, um entsprechend Kinder aufnehmen zu dürfen. So ist in Deutschland der Beruf der Tagesmut-

ter zwar an keine Ausbildung gebunden, allerdings müssen die Räumlichkeiten gegeben sein. Und das in Deutschland bestehende Angebot an arbeitssuchenden Frauen, die über leerstehende Zimmer, welche man als Tagesräume für Kinder umbauen kann und einen Garten bzw. Spielplatz in der unmittelbaren Umgebung verfügt, gleichzeitig aber mit einem sehr niedrigen Gehalt zufrieden sind, scheint ausschließlich in ländlichen Regionen der neuen Bundesländer gegeben. In Mecklenburg-Vorpommern besuchen 12 Prozent der unter 3-jährigen Kinder eine Tagesmutter, gefolgt von Brandenburg (7 Prozent) und Sachsen (5 Prozent). In Sachsen-Anhalt werden derzeit nur ein Prozent und in Bayern zwei Prozent der unter 3-jährigen Kinder von Tagesmüttern betreut (Statistisches Bundesamt 2011, Statistik der Kinder- und Jugendhilfe Teil III). Im Rahmen des geplanten Tagesbetreuungsausbaugesetzes (2004) sollen allerdings 30 Prozent der neu entstehenden Plätze über Tagesmütter abgedeckt werden.

Geld- und Zeitmaßnahmen zur Unterbrechung der Müttererwerbstätigkeit

Weitere Politiken, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, sind Geldmaßnahmen, die den vorübergehenden Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit ermöglichen, wie Mutterschutz und Elterngeld. Das Elterngeld wurde 2007 in eine einkommensabhängige Leistung umgewandelt und behandelt seither die Kinder bzw. Mütter unterschiedlich, da ehemals erwerbstätige Mütter und Väter einkommensgestaffelt nun höhere Leistungen beziehen (65 Prozent im Jahr vor der Geburt erzielten Nettoeinkommens). Anders als zuvor, als jede Person ein geringes und nicht dem vorigen Lohn entsprechendes Elterngeld bezog, wird nun die frühere Erwerbstätigkeit der Mutter honoriert und das Elterngeld eher als Einkommensersatz interpretiert, da es ein Auskommen entsprechend dem früheren Lebensstandard sichert (fraglich bleibt auch, inwieweit in durchschnittlichen Einkommensklassen 65 Prozent des Nettogehalts zum Leben reichen, zumal vor allem junge Menschen, potentielle Eltern, als Berufseinsteiger oft unterdurchschnittlich verdienen). Wenn gleichzeitig mit jedem weiteren Kind die Erwerbsneigung der Frauen zurückgeht und Frauen immer seltener ins Berufsleben zurückkehren, erhalten Mütter mit jedem weiteren Kind immer weniger Elterngeld. Insofern ist davon auszugehen, dass das Elterngeld die Geburt weiterer Kinder nur dann fördert, wenn die Frau nach Geburt des ersten Kindes wieder wie zuvor ins Erwerbsleben integriert wird. Es wurde jedoch bereits aufgezeigt, dass dies in Deutschland nicht gegeben ist. Deutsche Frauen kehren nach der Geburt eines Kindes vorrangig in Teilzeit zurück. Frauen mit mehreren Kindern sind besonders häufig Nichterwerbspersonen (Bertram/Rösler 2011:157). Insofern sinkt die Geldleistung aus dem Elterngeld mit jedem weiteren Kind. Und auch für die Entscheidung zum ersten Kind ist die Kopplung des Elterngeldes an das Einkommen der Frau in seiner der-

zeitigen Ausgestaltung nicht effektiv. Es führt dazu, dass Frauen noch stärker als ohnehin schon mit der Realisierung der Erstgeburt warten, bis sie beruflich etabliert sind. Im Kapitel 2.3.1 wurde aufgezeigt, dass die Geburtenraten der unter 30-jährigen deutschen Frauen nicht nur im Vergleich zu Frankreich, Schweden und den USA die niedrigsten sind, sondern auch aktuell noch weiter sinken. Ein Grund für das derzeitige Absinken ab 2006 könnte die Einführung des Elterngeldes gewesen sein. In Bezug auf die Altersstruktur der Mütter in Deutschland ist dies keine positive Entwicklung.

Und anders als die Maßnahme des Babyjahrs in der DDR verlängert sich heute das Elterngeld nicht, wenn kein Betreuungsplatz gefunden wird. Viele Familien nutzen das Elterngeld daher nicht, um den Wiedereinstieg der Frau in die Erwerbstätigkeit vorzubereiten, sondern genießen die zwei Monate, in denen beide Elternteile parallel Elterngeld beziehen und genießen einen verlängerten Urlaub. Dabei helfen Ihnen Bücher wie „Abenteuer Elternzeit. Ein Ratgeber über das Reisen mit Baby und Kleinkind“ und auf www.nepomuksreisen.de tauschen sich reiselustige Eltern aus und bekommt der unbeteiligte Leser vorgeführt, wie schön bezahlte Elternzeit sein kann. Nach Ablauf des Elterngeldes bleibt die Mutter dann unbezahlt zu Hause, während der Vater arbeiten geht: Die Idee des Elterngeldes und der Vätermonate, nämlich dass der Mann Hausarbeit und Kinderbetreuung übernimmt, wird in der heutigen bundesrepublikanischen Wirklichkeit ad absurdum geführt. Die eigentliche Idee der Vätermonate kann nur bei den 30 Prozent der Eltern greifen, die ab 2013 einen Betreuungsplatz finden sowie bei der geringen Anzahl der Eltern, welche die Betreuung ihrer Kinder bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit der Frau privat organisieren. Erstere nutzen häufiger die Vätermonate zum ersten Geburtstag des Kindes, damit der Vater die Eingewöhnung in der Betreuungseinrichtung durchführen kann, während die Mutter wieder in den Beruf zurückkehrt – Dies erhöht dann auch die Beteiligung der Väter. Solange im Anschluss an das Elterngeld jedoch keine Berufstätigkeit der Mutter folgt und geschlechtsspezifische Arbeitsmuster fortgeführt werden, solange bleibt die Wirksamkeit des Elterngeldes und das tatsächliche Engagement der Väter während der Vätermonate begrenzt.

Die Bundesländer Sachsen, Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen bezahlen noch ein einjähriges Landeselterngeld im Anschluss an die Leistungen des Bundes und finanzieren somit einen längeren Ausstieg eines Elternteils aus dem Erwerbsleben. Allerdings ersetzt das Landeselterngeld keine Einkünfte aus eigener Erwerbstätigkeit: In Bayern und Sachsen werden für dritte und weitere Kinder 300€ monatlich gezahlt, was dem Maximum des Landes-

terngeldes entspricht, für erste Kinder gibt es in Bayern 150€, in den anderen Bundesländern ist die Höhe des Landeselterngeldes ähnlich niedrig und anders als das Bundeselterngeld nicht nach dem ehemaligen Einkommen der Frau gestaffelt (vgl. dazu Gerlach 2010:150). Diese Beträge sind eher gering und ersetzen kein Einkommen aus einer möglichen Erwerbstätigkeit, so dass die direkten Auswirkungen auf eine mögliche Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nur marginal sein dürften.

Das Elterngeld in seiner alten einkommensunabhängigen Form sowie das Landeselterngeld unterstützen in erster Linie Hausfrauen, denn sie ersetzen keine Einkünfte aus Erwerbstätigkeit und helfen daher nicht, die Opportunitätskosten abzumildern. Das seit 2007 geltende einkommensabhängige Elterngeld hingegen mindert auch die Opportunitätskosten, also die durch die Aufgabe der Erwerbstätigkeit entstehenden Kosten. Insgesamt kommt das Elterngeld daher sowohl adaptiven als auch karriereorientierten Frauen zugute. In Bezug auf weitere Kinder wird die Wirkung des Elterngeldes jedoch kritisch eingeschätzt, da Frauen in Deutschland nach der Geburt eines ersten Kindes nicht mehr im gleichen Ausmaß erwerbstätig sind wie vorher.

Direkte Geldleistungen

Besonders hoch ist der Bedarf an direkten Geldleistungen, wenn das Einkommen aus Erwerbsarbeit in der Familie niedrig ist und mindestens ein Elternteil nicht erwerbstätig oder noch in Ausbildung ist. Aber auch ein fehlendes Ernährergehalt des Ehemannes oder nicht eintreffende Unterhaltszahlungen erhöhen den finanziellen Bedarf stark. Ebenso machen wegfallende Einkommenspotenziale, wenn die Frau für die Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder kürzen muss, sowie geringe Vermögen direkte Geldleistungen notwendig.

Direkte Geldmaßnahmen beinhalten alle Leistungen, die Familien als Barleistungen bekommen. Sie können nach der Geburtenfolge variieren und entsprechend pro- oder antinatalistisch wirken. Beispiele sind Frankreich, wo für das erste Kind kein Kindergeld gezahlt wird, dafür jedoch die dritten Kinder in Form von Kindergeld stärker gefördert werden. Eine gegenteilige Politik betreibt China, wo es nur für das erste Kind Geldleistungen gibt, die bei weiteren Kindern gekürzt werden. In Deutschland beziehen Eltern für das erste und zweite Kind 184€ Kindergeld, für das dritte 190€ und für jedes weitere Kind 215€. Laut Definition des Bundesverfassungsgerichts soll das Kindergeld das „sächliche Existenzminimum“ abdecken. Hervorgehoben werden muss, dass nur in Luxemburg ein ähnlich hohes Kindergeld gezahlt wird

wie in Deutschland. Dies ist jedoch kein Verdienst familienpolitischer Initiativen, sondern geht auf verschiedene Urteile des Bundesverfassungsgerichts zurück (Gerlach 2010:261f.).

Laut Mc Donald (2002:436) können direkte Geldleistungen ein Stück weit Verteilungsgerechtigkeit bringen, wenn sie mit höherem Einkommen der Eltern gekürzt und gestrichen werden. In Deutschland ist dies jedoch gerade nicht der Fall: Wer ein höheres Einkommen erzielt, bezieht statt des Kindergeldes den Kinderfreibetrag und bekommt dann faktisch mehr Kindergeld in Form von Steuerersparnissen als einkommensschwächere Haushalte. Die Ausgestaltung des Kindergeldes/-freibetrags führt in Deutschland daher zu keiner Verteilungsgerechtigkeit – Zur ausführlichen Darstellung der Entwicklung und Vermischung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge siehe Gerlach (2010: 260ff.).

Darüber hinaus wurde 2005 der Kinderzuschlag eingeführt: Eltern, die ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren, deren Einkommen jedoch auf dem Niveau von ALG-II liegt, können nun eine Unterstützung in Höhe von 140€ monatlich anfordern (www.arbeitsagentur.de). Da die Einkommensgrenze sehr eng bemessen ist, bezogen 2007 lediglich 124.000 Familien den Kinderzuschlag.

Unabhängig der Einteilung der Frauen – Hausfrau, adaptiv oder karriereorientiert – profitieren somit alle Eltern vom Kindergeld, welches die durch die Betreuung und Pflege der Kinder entstehenden Kosten ein Stück weit mindert. Das Kindergeld senkt die durch Kinder verursachten Konsumkosten der Familien, allerdings deckt es lediglich das Existenzminimum und nicht die durchschnittlichen Konsumausgaben für Kinder. Für die indirekten Kosten – die Kosten aus entgangener Erwerbstätigkeit – ist das Kindergeld hingegen kein Ausgleich und auch nicht daraufhin angelegt. Stattdessen plant die Bundesregierung derzeit ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro monatlich, wenn die Familie nach Ablauf des Elterngeldes die Betreuung ihrer Kinder selbst leistet und keinen öffentlich geförderten Krippenplatz in Anspruch nimmt. Das geplante Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro monatlich plus 184 Euro Kindergeld, das jede Familie bezieht, decken jedoch nicht die durchschnittlichen Konsumkosten der Kinder in Höhe von 400 bis 500 Euro pro Kind. Genauso wenig ersetzt das Betreuungsgeld die Kosten, die durch eine privat organisierte Kinderbetreuung entstehen. Die Opportunitätskosten, die Eltern tragen, die ihre Erwerbstätigkeit für ihre Kinder unterbrechen, werden durch das Betreuungsgeld ebenso wenig gedeckt.

Neben Kindergeld und Betreuungsgeld gibt es weitere geldpolitische Maßnahme, die zur finanziellen Entlastung von Familien führen.

Einmalzahlungen, Hilfen für die Miete

Laut McDonald (2002:436) können Einmalzahlungen neu entstehende Kosten für junge Familien abmildern. Dazu zählen Ehekredite genauso wie Unterstützung junger Familien bei der Wohnungssuche bzw. beim Hauskauf. In Deutschland besteht grundsätzlich Anspruch auf Wohngeld, jedoch verschärft sich die Situation am Wohnungsmarkt in jüngster Zeit. Hoem et al. (2001:23) zeigen für Österreich, dass ein Drittel der 20-bis 39-jährigen Befragten der österreichischen Population Policy Acceptance Study angeben, kein (weiteres) Kind zu bekommen, weil adäquater Wohnraum nicht verfügbar ist. In Deutschland sind die Konsumausgaben für Kinder im Bereich „Energie und Miete“ laut den Ergebnissen der EVS im Vergleich von 1998 und 2003 deutlich angestiegen (Münich 2006:651). Die gestiegenen Mietausgaben lassen sich nur zum Teil auf gestiegene Ansprüche und Wohnverhältnisse zurückführen und sind in erster Linie Ausdruck der steigenden Mietpreise, die sich jedoch regional recht unterschiedlich ausgestalten. Laut dem Berliner Mietspiegel 2011 haben sich im Innenstadtbezirk „Friedrichshain-Kreuzberg“ die Mieten innerhalb von nur zwei Jahren um zehn Prozent verteuert. Folgt man diesem Einzelfallbeispiel, dann ist davon auszugehen, dass sich die Suche nach einer geeigneten Wohnung für junge Familien in Zukunft aufgrund steigender Mieten schwieriger gestaltet. Hinzu kommt, dass die Einkommen der Jüngeren im Vergleich zu den Älteren sinken (Bertram et al. 2010). Wenn gleichzeitig die Mietkosten ansteigen, wie es derzeit der Fall ist, dann wird die Wohnungsfrage für junge Erwachsene in Zukunft noch verstärkt an Bedeutung gewinnen. Maßnahmen, die die Belastungen aus Miet- und Energiekosten abmildern, könnten in Zukunft daher noch wichtiger werden, de facto werden sie derzeit jedoch gekürzt. Beispielsweise beteiligte sich der Bund nur bis 2006 an Finanzhilfen zur Wohnungsförderung, seither werden von den einzelnen Ländern noch Mittel bereitgestellt. Das Land Berlin hat aufgrund seiner angespannten Finanzlage derartige Förderprogramme deutlich zurückgefahren, so dass immer weniger Wohnungen die Förderung vom Berliner Senat erhalten. Entsprechend steigen die durchschnittlichen Mieten und nützen sogenannte Berliner Wohnberechtigungsscheine immer weniger, weil immer weniger geförderte Wohnungen angeboten werden. Das BMFSFJ (2008) erklärt: „Auf Leistungen der sozialen Wohnraumförderung und dem WoFG besteht kein Rechtsanspruch“. Die Verteuerung des Wohnraumes betrifft insbesondere Familien mit geringeren Einkommen, zu denen Alleinerziehende genau so zählen wie junge Eltern und Einverdienerpaare.

Einkommenssteuern

Als weitere Geldmaßnahme nennt McDonald (2002:436) das Steuersystem, das Frauenerwerbstätigkeit bestrafen kann. Gleichzeitig kann es auch aktiv geburtenfördernd wirken. In Singapur beispielsweise erhalten Familien, die das zweite Kind vor dem 28. Geburtstag der Frau bekommen, weitreichende Steuerentlastungen, aber auch ein zweites Kind vor dem 32. Geburtstag wird noch steuerlich honoriert. In Frankreich werden Ehepaare wie auch in Deutschland gemeinsam steuerlich veranlagt. Zusätzlich wird das Familieneinkommen durch die Anzahl der Familienangehörigen geteilt, so dass auch nichteheliche Lebensformen steuerlich entlastet werden und Kinder prinzipiell belohnt. Anders als in Deutschland werden in Frankreich auch die Kinder mitgezählt, so dass letztlich alle Haushaltskonstellationen mit Kindern steuerlich begünstigt werden (Allmendinger et al. 2010:182). In Deutschland werden Kinder nicht honoriert. Annähernd die Hälfte der über das Ehegattensplitting geförderten Haushalte hat keine Kinder im Haushalt, die versorgt werden müssen. Dabei haben gerade jüngere Eltern sowie Eltern mit mehreren Kindern einen höheren Bedarf und weisen gleichzeitig auch ein größeres Armutsrisiko auf. Indem die Einkommen der Ehepartner zusammen veranlagt werden, nicht aber die Anzahl der Kinder im Haushalt berücksichtigt wird, werden im deutschen System der Einkommensbesteuerung statt der Kinder die Hausfrauen unterstützt, ungleiche Einkommensverhältnisse zwischen den Ehepartnern belohnt und die Ehe wird gegenüber anderen Lebensformen stark begünstigt. Laut der OECD (2011a) wird in keinem anderen europäischen Land die Frauenerwerbstätigkeit durch Steuerpolitik dermaßen stark bestraft wie in Deutschland. Frankreich hat zwar ein ähnlich ungerechtes System, was die Bevorzugung der nichterwerbstätigen Frau angeht, allerdings profitieren hier aufgrund des „Familiensplittings“ alle Lebensformen mit Kindern von der steuerlichen Entlastung. Ein Ehegattensplitting in seiner noch heute gültigen Form existierte auch in Schweden. Dort wurde dieses jedoch aufgrund gleichstellungspolitischer Überlegungen bereits 1970 in ein System der Individualbesteuerung umgewandelt; gültig war in Schweden von 1970 bis 1990 ein „Hausfrauabszug“, so dass Alleinverdienerehen bei der Steuerreform nicht zu stark betroffen waren (Nyberg 2012). In Deutschland wird das bestehende Ehegattensplitting zwar seit Jahrzehnten kritisiert, aufgrund wahlpolitischer Versprechen der Bundestagsparteien vor allem an die ältere Bevölkerung – die hiervon am stärksten profitieren - bisher jedoch bis heute nicht korrigiert. In Bezug auf die Präferenzen der Frauen bleibt festzuhalten, dass Hausfrauen im deutschen Steuersystem – insofern sie verheiratet sind – bevorteilt und erwerbstätige Frauen – sowohl adaptive als auch karriereorientierte Frauen – deutlich benachteiligt werden. Beson-

ders ungerecht erscheint, dass Kinder nicht explizit berücksichtigt werden, sondern einzig die Lebensform Ehe belohnt wird.

Flexible Arbeitszeit und Unternehmenskultur

Weitere Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, sind laut McDonald (2002:439, 440) flexible Arbeitszeit (Recht auf Teilzeit) sowie die Organisation der Arbeitskultur. Von flexiblen Arbeitszeiten profitieren ausschließlich adaptive und karriereorientierte Frauen. In Deutschland haben Arbeitnehmer(innen) das Recht, während der Elternzeit auch verkürzt in Teilzeit zu arbeiten. Insgesamt hat jedoch auch in Deutschland die Arbeitsbelastung zugenommen und es gibt eine „Überstundenkultur“. In Deutschland steigen derzeit sowohl die bezahlten als auch die unbezahlten Überstunden an (IAB 2011). In den USA spricht man zudem von „Work devotion“, der Hingabe an den Beruf, der Väter in der Regel stärker verfallen sind (Murphy/Zagorski 2005:36). Mütter hingegen entscheiden sich im Zweifelsfall für die Familie und gegen den Job. Hinzu kommt die sogenannte „Anwesenheits- oder auch Platzhirschkultur“. Wer immer anwesend ist, signalisiert seinem Chef Arbeitsbereitschaft und Aufstiegswillen. Väter und Mütter in Teilzeit arbeiten zwar pro Stunde sehr effektiv, sind aber zu wichtigen Meetings am späten Nachmittag und frühen Abend nicht verfügbar, so dass wichtige Entscheidungen an ihnen vorbei gefällt werden. Amerikanische Arbeitssoziologen beschwören daher ein Umdenken von der „Anwesenheitskultur“ zur „Ergebnisorientierten Kultur“ (Murphy/Zagorski 2005:36). Dies kann nur von der Seite des Managements erreicht werden und braucht Vertrauen in die Arbeitsleistung der Angestellten. Dabei ist Arbeit prinzipiell familienfreundlicher zu organisieren und nicht der feste Zeitplan, sondern die Ergebnisse sollten im Mittelpunkt stehen. Auch darf Flexibilität nicht bestraft werden, da sie in der Regel zu effektiveren Ergebnissen führt (Murphy/Zagorski 2005:36).

Diese Argumentation hat aber wie so oft den akademischen Blickwinkel, denn die von Frauen am häufigsten ausgeübten Berufe lassen sich oft gar nicht flexibel organisieren, auch stehen oft nicht die Ergebnisse, sondern die Anwesenheit im Vordergrund, weil der Job dies fordert. Die häufigsten Frauenberufe sind: Verkäuferin und Bürofachkraft (jeweils zehn Prozent aller erwerbstätigen Frauen), Gebäudereinigerin/Raumpflegerin (fünf Prozent) sowie Krankenschwestern (4,3 Prozent – eigene Auswertungen Mikrozensus 2008). Betriebliche Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit wie Telearbeit bzw. Homeoffice und Gleitzeit können Verkäuferinnen, Krankenschwestern und Putzfrauen nicht helfen. Häufige Frauenberufe sind wie auch die Jobs vieler Männer (Handwerker, Kraftfahrer) nur vor Ort erledigbar und darüber hinaus häufig im Schichtsystem organisiert. Schicht- und Wochenendarbeit sind jedoch

nicht per se familienunfreundlich, solange es Partner gibt, die das Frühstück für die Kinder zubereiten oder Großeltern, die am Wochenende aufpassen. Je größer die Netzwerke und die personelle Unterstützung, desto eher können Frauen ihre Erwerbstätigkeit organisieren und dann betonen Frauen, die Schichtarbeit leisten, sogar die Vorteile. Eine Erwerbstätigkeit außerhalb der Kitaöffnungszeiten ist daher nur möglich, wenn es verlässliche persönliche Unterstützung gibt. Und der Umfang der Erwerbstätigkeit muss kalkulierbar sein: Verkäuferinnen und Krankenschwestern können ihre Wochenendschichten lange im Voraus planen, während gerade in den „Neuen Medien“ und zunehmend auch in normalen Büros täglich bis 20 Uhr und länger gearbeitet wird. Herrscht also eine Anwesenheitskultur und müssen spontan Überstunden abgeleistet werden, zieht sich die Mutter eher aus dem Berufsleben zurück (Murphy/Zagorski 2005). Ansonsten spricht aber nichts dagegen, dass sie auch eine 40 Stunden Woche ableistet und das zum Teil auch abends und am Wochenende.

Thesen zur Überprüfung in Kapitel 6

Es gibt immer weniger Hausfrauen als früher, weil Frauen verstärkt im Bildungssystem partizipieren, entsprechend bessere Jobchancen haben und aus verschiedensten Gründen am Erwerbsleben teilhaben wollen. Traditionellerweise haben Hausfrauen jedoch die höchste Familienorientierung und damit auch die höchste Kinderzahl – ihr Rückgang dürfte sich negativ auf die Geburtenrate auswirken.

Karriereorientierte Frauen schieben die Geburt von Kindern auf. Steht ein staatliches Angebot an Kinderbetreuung zur Verfügung, bekommen sie ihre Kinder aber häufiger schon während der Ausbildung (Beispiele hierfür sind Schweden oder in extremerer Form die DDR). Heute wird allerdings auch in den neuen Bundesländern der Zugang zu Kinderbetreuung insgesamt unsicherer. Darüber hinaus sind aktuelle familienpolitische Maßnahmen wie das Elterngeld so angelegt, dass Frauen möglichst warten sollen, bis sie selbst ein angemessenes Einkommen erzielen und Anspruch auf Elterngeld gültig machen können. Im empirischen Teil muss überprüft werden, wie sich das Alter der Frauen bei Geburt im Zeitverlauf verändert hat. Dabei wird nach Berufschancen der Frauen differenziert.

Die Geburtenraten sind besonders niedrig, wenn ein Mismatch zwischen der Ausbildung der Frau (hohe berufliche Qualifikation, hohe Erwerbschancen) und der infrastrukturellen Absicherung der Kinderbetreuung besteht. Gibt es in einer Gesellschaft einen hohen Anteil von beruflich qualifizierten Frauen, ist auch der Wunsch nach Defamilialisierung hoch. Gibt es kein öffentlich gefördertes Betreuungsangebot, spielt andererseits die Ernährerrolle der Männer eine größere Bedeutung, also die Frage, ob ihr Einkommen als Familieneinkommen aus-

reicht. Wenn Frauen mit der Geburt von Kindern die eigene Erwerbstätigkeit aufgeben oder stark einschränken müssen, sind die Geburtenraten niedriger. Diese Zusammenhänge werden sowohl im makro- als auch im mikroanalytischen Teil der Arbeit überprüft.

Auch der Organisation des Berufs kommt eine große Bedeutung zu, denn Frauen können Beruf und Familie leichter unter einen Hut bringen, wenn der Beruf flexibel organisiert ist. Im empirischen Teil dieser Arbeit wird deshalb zudem überprüft, wie sich die Kinderzahlen der Frauen nach Beruf unterscheiden, ob also bestimmte Berufe mit einer hohen Kinderlosigkeit einhergehen und andere mit vergleichsweise größeren Kinderzahlen. Diese Analyse wird auch im Zeitverlauf durchgeführt, um zu testen, ob ein Wandel stattfand, Berufe also unter Umständen über die Zeit familienfreundlicher wurden 6.2.1. Außerdem wird überprüft, welchen Einfluss der Wandel der Erwerbschancen der Frauen auf den Rückgang der Kinderzahlen hat. Fand auch innerhalb gleicher Gruppen ein Rückgang der Fertilität statt oder haben karriereorientierte und adaptive Frauen heute sogar höhere Kinderzahlen als früher, weil durch verschiedene familienpolitische Maßnahmen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leichter geworden ist (vgl. 6.3.3)?

Im makrostrukturellen Teil dieser Dissertation werden zudem die einzelnen Bundesländer bezüglich der Organisation der Frauenerwerbstätigkeit überprüft. Denn das Angebot an Kinderbetreuung kann zwar, wie bereits von Blossfeld und Drobnic (2001) aufgezeigt, teils sehr unterschiedlich – privat oder staatlich - organisiert sein. Der Zugang bestimmt jedoch grundsätzlich den Grad der „Defamilialisierung“, also das Ausmaß, um den die Verpflichtungen der Familie und meistens der Frauen im Bereich der Pflege durch staatliche Unterstützung oder durch „outsourcen über den Niedriglohnsektor“ gemindert werden. Gleichzeitig verringert ein höheres Angebot an Kinderbetreuung die „Child Penalty“, weil weniger Frauen mit der Geburt ihrer Kinder ihre eigene Erwerbstätigkeit aufgeben müssen, die Opportunitätskosten sind dann geringer. Steht nun wie in den alten Bundesländern nur ein geringes Angebot an außerhäuslichen Betreuungseinrichtungen zur Verfügung, wäre es wenig verwunderlich, wenn hier ein größerer Prozentsatz von Frauen mit der Mutterschaft ihren Beruf aufgibt und ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch ihren Ehemann finanziert. Im mikroanalytischen Teil soll überprüft werden, wie sich die Erwerbstätigkeit der Frau in Abhängigkeit des Alters des jüngsten Kindes gestaltet – ob sich also die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Zeitverlauf verbessert hat (Kap. 6.2). Darüber hinaus könnte in den alten Bundesländern ein größerer Anteil von Frauen ihren Kinderwunsch aufschieben und kinderlos bleiben, da die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwieriger gestaltbar ist. Strukturelle Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern hätten dann durchaus Effekte auf die Kinderzahl der Frauen

en. Im makrostrukturellen Teil dieser Arbeit sollen diese Zusammenhänge auf der Ebene der Bundesländer aufgezeigt werden. Anschließend wird auf der Individualebene getestet, inwieweit sich die Müttererwerbstätigkeit zwischen den alten und den neuen Bundesländern unterscheidet und gefragt, inwieweit dies auch Auswirkungen auf die Geburtenrate hat (Kap. Kontrastgruppenanalyse).

3.10. Die beschränkte Wahlfreiheit

Wie tief die Skepsis gegenüber den erwerbstätigen Müttern verankert ist, zeigen auch aktuelle wissenschaftliche Beiträge. Becker et al. (2010) stellen in einem aktuellen Fachartikel zur unterschiedlichen Geburtenentwicklung die folgende These auf: „The transition to first and second births is reduced among East German women due to their stronger occupational orientation“ (Becker et al. 2010: 14). Dieser Satz zeigt auf eindrucksvollste Weise die der deutschen Mentalität innewohnende Skepsis gegenüber den erwerbstätigen Müttern – Frauen mit einer höheren Erwerbsneigung können nur geringere Kinderwünsche haben. Darüber hinaus ist der Satz sachlich falsch, denn die Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen ist nicht gestiegen. In der DDR arbeiteten über 90 Prozent der Frauen in Vollzeit, gleichzeitig hatten die Frauen höhere Kinderzahlen als ihre westdeutschen Schwestern. Gleichzeitig bekommen ostdeutsche Frauen nach wie vor häufiger ein erstes Kind – trotz ihrer hohen Erwerbsneigung. Dass in der aktuellen Fachliteratur die hohe Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen direkt mit niedrigeren Kinderwünschen in Verbindung gebracht wird, ist ein Beispiel für die dem Thema innewohnende konservative Ideologie. Allmendinger war 2009 nach über 3.000 Interviews mit 20- bis 30-jährigen Frauen über die fortbestehenden Unterschiede überrascht. Ostdeutsche Frauen zeigten sich selbstbewusst: Sie wollten im Vergleich zu den Frauen aus den alten Bundesländern häufiger Beruf und Kinder und gingen selbstverständlich davon aus, dass beides möglich sei (Allmendinger 2009). Anders als westdeutsche Frauen sind sie überwiegend mit erwerbstätigen Müttern aufgewachsen, sie haben in ihrer Kindheit erlebt, dass beides möglich ist. Ist es mutig oder naiv, dass sie bis heute davon ausgehen, dass sie sowohl Karriere machen können als auch Kinder haben wollen?

Insgesamt erscheint die Kontrastierung der Erwerbsneigung mit der Familienorientierung fragwürdig. In der Shell Jugendstudie zeigen gerade Jugendliche mit hohen Ansprüchen ans Erwerbsleben auch eine hohe Familienorientierung (Shell 2000:70). Kinderwünsche passen sich den strukturellen Gegebenheiten an. Sind jedoch die strukturellen Möglichkeiten günstig, verwirklichen Frauen auch Beruf und mehrere Kinder. Dafür spricht, dass auch sehr erfolgrei-

che Frauen aus gut bürgerlichen Verhältnissen oft auch mehrere Kinder haben, wie unsere Arbeitsministerin, ohne langfristig auf ihre Erwerbstätigkeit zu verzichten. Die geringere Kinderzahl von erwerbstätigen Frauen resultiert dann nicht per se aus einem geringeren Kinderwunsch, sondern aus strukturellen Zwängen. Würde der Arbeitsmarkt es zulassen, hätten also auch erwerbstätige Frauen mehrere Kinder. Einschränkend auf den Kinderwunsch wirken strukturelle Faktoren wie Zeiteinteilung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie etc. Auch die Organisation des ausgeübten Berufs gewinnt zunehmend an Bedeutung, gleichzeitig darf die Verantwortung für die Betreuung der Kinder nicht alleine den Frauen überlassen bleiben.

In dieser Arbeit wird unterstellt, dass Frauen rational ihre Kinder planen. Akademikerinnen bekommen demnach nicht zufällig weniger Kinder, sondern aus rationalen Beweggründen heraus. Da die Entscheidung über Kinder letztlich bei den Frauen als Gebärende liegt, werden in dieser Arbeit vorrangig die Frauen betrachtet. Ausgehend von diesem Grundsatz wird geprüft, ob die Präferenzen der Frauen für Kinder von strukturellen Rahmenbedingungen beeinflusst werden. Wie frei können Frauen wirklich über ihr Leben – auch mit mehreren Kindern – entscheiden? Der Human Freedom Index der vereinten Nationen ließe sich um den Female Freedom Index erweitern. Der Human Freedom Index lautet: „Human development is incomplete without human freedom. Throughout history, people have been willing to sacrifice their lives to gain national and personal liberty“. Erweitert auf die stattfindenden Prozesse der Emanzipation der Frau hieße der „Female freedom index“: „Throughout history, women have been willing to live without children to gain personal liberty“.

Dabei wird davon ausgegangen, dass nicht der Wertewandel ursächlich verantwortlich ist für den Rückgang der Kinderzahlen, sondern ein Wandel der Gruppengrößen – immer mehr Frauen erlangen höhere Bildung und damit die Möglichkeit, finanziell unabhängig zu leben. Erwerbstätige Frauen hatten schon immer geringere Kinderzahlen als nichterwerbstätige. Im historischen Rückblick hatten erwerbstätige Frauen oft ein Heiratsverbot (Lehrerinnen) und verheiratete Frauen ein Arbeitsverbot (Deutsches Reich). Im kürzeren Rückblick soll deshalb aufgezeigt werden, dass bestimmte Tätigkeiten und Berufe mit geringen Kinderzahlen einhergehen und innerhalb gleicher Tätigkeitsfelder kaum ein Wandel stattfand. Folgt man Van de Kaa oder Lesthaeghe, dann ist der Wertewandel und der mit ihm einhergehende Wandel der Lebensformen universell, müsste also auch innerhalb gleicher Bildungsgruppen und Erwerbsmuster greifen. Dies soll im Folgenden hinterfragt werden.

Damit einhergehend wird argumentiert, dass in Deutschland ein „Cultural Lag“ (Ogburn 1972) besteht: Frauen haben sich emanzipiert, indem sie erwerbstätig und entsprechend unabhängig wurden. Da die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – so legt es die Wohlfahrtsstaatentheorie nahe – in Deutschland aufgrund struktureller Hemmnisse weniger gegeben ist, verzichten immer mehr Frauen auf Kinder oder schränken ihre Kinderzahl stark ein. Wenn erwerbstätige Mütter staatlich und ideologisch kaum unterstützt werden, entsteht ein „Cultural Lag“: Frauen übernehmen andere Aufgaben, andere gesellschaftliche Kräfte kümmern sich jedoch nicht um Reproduktionsaufgaben. In der deutschen Feminismusdebatte spielten und spielen Kinder keine Rolle, sondern es ging um die Gleichstellung der Frau. Hier wurden gleiche Rechte erkämpft, aber es wurde auch für das Recht der Mütter auf Unterhalt vom Ehemann gestritten und die dem familialistischen Systems innewohnenden Ungleichheiten wurden in Kauf genommen. Vielleicht ist es an der Zeit, das dritte Geschlecht auch in der westdeutschen Familienpolitik einzuführen, denn es gibt Frauen und Männer (mit gleichen Rechten und gleichen Chancen) und es gibt Mütter. Vinken (2007) beschreibt den Mythos der deutschen Mutter, die sich idealerweise selbst persönlich um ihre Kinder kümmert, sehr deutlich.

Der Begriff „Cultural Lag“ geht auf Überlegungen des amerikanischen Soziologen Ogburn zurück. Dieser entwarf seine „Theorie der kulturellen Verschiebung“ in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts und führte sie an verschiedenen Beispielen aus. Neben technischen Erneuerungen – Es werden schnelle Autos erfunden, aber die Straßen sind noch gar nicht darauf ausgelegt – benennt Ogburn auch den familialen Wandel, der überwiegend ökonomisch verursacht sei. Ogburn (1972: 330-331) führt aus, wie dem Haushalt durch technische Erneuerungen viele Pflichten abgenommen wurden, die Auffassung über die Stellung der Hausfrau jedoch lange unverändert blieb. Erst deutlich später wandelte sich auch die Auffassung über die Stellung der Frau, Frauen wurden nun zum Studium zugelassen (Ogburn 1972: 330-331).

Bezüglich des Aufholens der kulturellen Verspätung ist Ogburn äußerst optimistisch:

„Cultural lags‘ sind ein Charakteristikum jener sozialen Entwicklung, die in einer hochintegrierten Gesellschaft in Perioden des raschen Wandels sich vollzieht. In der großen Perspektive der Geschichte sind allerdings Verspätungen nicht erkennbar, weil sie aufgeholt worden sind. Sichtbare Phänomene sind sie hauptsächlich in der Gegenwart“ (Ogburn 1972:335).

Es bleibt abzuwarten, wie lange es noch dauert, bis Frauen selbstverständlich an Beruf und Kindern teilhaben dürfen und die Verantwortung für die Kinder nicht mehr überwiegend auf ihren Schultern lastet. Die Wirtschaftsjournalistin Fokken (2006) prognostiziert, dass Deutschland, sollte es sein bisheriges Emanzipationstempo beibehalten, noch zweihundert bis

dreihundert Jahre brauchen wird, bis Männer und Frauen gleichgestellt in der Arbeitswelt partizipieren.

In der deutschsprachigen Literatur werden häufig kulturelle Ursachen für die Differenzen in der Frauenerwerbstätigkeit angeführt. So wird beispielsweise argumentiert, dass Unterschiede in der Arbeitsteilung schon vor der Teilung Deutschlands bestanden: eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mit entsprechenden Abhängigkeiten innerhalb der Familie sowie die Institutionalisierung der Ehe seien tief verwurzelte süd-westdeutsche Familienmuster. Gleichzeitig war die unabhängige Stellung der Frau, ihre Inklusion in den Arbeitsmarkt, die Zweitrangigkeit der Ehe und die Verantwortlichkeit des Staates für die individuelle Wohlfahrt ein typisches Muster des Nord-Ostens (Bertram 1996). Hakim (2003) kann jedoch aufzeigen, dass nicht alle Frauen den vorgegebenen kulturellen Mustern ihrer Region folgen: In verschiedenen Kulturen gibt es sowohl erwerbsorientierte als auch häuslich orientierte Frauen. Wenn nun in einer eher Hausfrau-(Mutter-) orientierten Kultur wie in Süd-Westdeutschland der Anteil an Frauen mit hohen Qualifikationen und hoher Erwerbsorientierung ansteigt, steigt auch der Anteil der lebenslang kinderlosen Frauen an und die Geburtenrate sinkt.

Erst in der jüngsten demographischen Literatur wird eingeräumt, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig ist, weil nur dann beruflich aktive Frauen – was heute auf die überwiegende Mehrheit der Frauen zutrifft – ihre Kinderwünsche später im Lebensverlauf noch umsetzen (Lesthaeghe 2010). Wenn der Anteil der Frauen mit hoher Erwerbsneigung ein bestimmtes Maß überschreitet, kommt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine wichtigere Bedeutung zu. Im Zeitverlauf muss daher getestet werden, inwieweit die Zunahme der Frauen mit Berufsbildung auch mit einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie einherging.

Die Ermöglichung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat dann auch positive Folgen für die Geburtenentwicklung. Wenn jedoch die Wahlfreiheit der Frauen zwischen Beruf und Familie nicht ausreichend gegeben sein sollte, hätte dies negative Folgen für die Geburtenrate. Zwar bekommen hausorientierte Frauen unter Umständen nach wie vor Kinderzahlen auf dem Reproduktionsniveau, ihr Anteil an der Geburtenrate ist jedoch im Zeitverlauf gesunken, seit mehr Frauen über Berufsbildungschancen verfügen (und vielleicht auch weniger Männer bereitstehen, die ein Ernährergehalt verdienen und eine Hausfrau lebenslang finanzieren möchten). Beruflich erfolgreiche Frauen schränken ihre Kinderzahl ein, wenn Kinder hohe Kosten

in Form ausgefallener Löhne bedeuten. Ist die Geburtenrate beruflich aktiver Frauen jedoch niedrig und lebt gleichzeitig ein größerer Anteil der Frauen dieses Modell, dann hätte dies negative Effekte auf die Geburtenrate. Im mikroanalytischen Teil sollen diese Zusammenhänge aufgezeigt werden (vgl. Kapitel 6).

Von besonderem Interesse wird dabei die Frage nach dem Strukturwandel in Form von gewandelten Gruppengrößen sein, wobei eine Kontinuitätshypothese vertreten wird: In welchem Zusammenhang steht die Zunahme der Gruppe der Frauen mit höherer Berufsbildung zum Rückgang der Kinderzahlen? Die Situation der Frauen zwischen Beruf und Familie soll aufgezeigt und die Frage gestellt werden, ob die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die fehlende Wahlfreiheit der Frauen die Geburtenrate beeinflussen. Sollte sich bestätigen, dass Frauen einerseits von ihren gestiegenen Berufschancen Gebrauch machen und erwerbstätig sind, erwerbstätige Frauen aber deutlich geringe Kinderzahlen aufweisen als Frauen im klassischen Brotverdienermodell, könnten strukturelle Merkmale für die Erklärung der Kinderzahl im Zeitverlauf des zweiten demographischen Übergangs an Bedeutung gewonnen haben. Bevor dieses jedoch im empirischen Teil der Arbeit auf der Individualebene geleistet werden kann, müssen die makrostrukturellen Zusammenhänge betrachtet werden, denn die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind auch wesentlich von strukturellen Rahmenbedingungen der jeweiligen Regionen abhängig. Zudem muss geprüft werden, ob die in der demographischen Literatur genannten Makrokennziffern des zweiten demographischen Übergangs geeignet sind, um den Geburtenrückgang unter das Reproduktionsniveau zu erklären.

4. Der makrostrukturelle Blick auf die Geburtenrate

Im Folgenden sollen die Makrokennziffern, die laut Van de Kaa den „Zweiten demographischen Übergang“ beschreiben, für die BRD sowie die DDR und die neuen Bundesländer im Zeitvergleich dargestellt werden. Anschließend wird gefragt, inwieweit sich die Theorie des Zweiten demographischen Übergangs für die Erklärung der niedrigen deutschen Geburtenrate eignet oder ob sie nicht sogar wesentliche Aspekte der Entwicklung vernachlässigt. Zudem wird in diesem Kapitel basierend auf Makrokennziffern der demographische Übergang wie auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Gleichstellung sowie der ökonomische Wohlstand im Vergleich der deutschen Bundesländer für das Jahr 2008 dargestellt (vgl. Kapitel 4.2).

4.1. Die Kennzeichen des zweiten demographischen Übergangs im Zeitverlauf für Ost- und Westdeutschland

Vom goldenen Zeitalter der Ehe „hin zur Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften“ (van de Kaa 1987:16)

Laut van de Kaa (1987:16) illustrierte die Heiratsrate (je 1.000 lediger Männer und Frauen unter 50 Jahren) den Übergang von altruistischen hin zum individualistischen Heiratsmuster – ein wesentliches Merkmal des zweiten demographischen Übergangs. Diese Rate ist in den Nord- und Westeuropäischen Ländern von fast 1.000 im Jahre 1965 (was bedeutet, dass fast jeder mindestens einmal heiratet) auf Werte zwischen 527 (Dänemark) bis 688 (Belgien) im Jahr 1985 gefallen. Van de Kaa (1987:14) schlussfolgert: „The most recent figures suggest that not much more than 50 to 60 percent of men and women in Northern and Western European countries will ever marry if conditions remain as they are“.

Auch der Anstieg des durchschnittlichen Heiratsalters wird von van de Kaa zur Untermauerung seiner These genannt: Stellte laut den U.S. Soziologen Frank Furstenberg, John Modell and Douglas Strong die traditionelle Ehe ein Meilenstein in der persönlichen Entwicklung junger Erwachsener dar, so löse sich die Bedeutung der Ehe heute zunehmend auf. Die Ehe fungierte als Teil einer engen Folge von Statusübergängen im jungen Erwachsenenleben: Dazu gehörte das Verlassen des elterlichen Hauses, die Aufnahme eines geregelten Intimlebens, die Elternschaft, die Positionierung am Arbeitsmarkt, die Gründung eines eigenen Haushalts usw. „Now with the dramatic improvement of living conditions that has come with the advent

of welfare states, marriage has fewer implications for one's early adult life" (Van de Kaa 1987:16). An dieser Stelle ist es für van de Kaa nicht der Wertewandel, sondern machen der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die verbesserten Lebensbedingungen die Ehen für junge Erwachsene nicht mehr notwendig. Die Entscheidung, nicht zu heiraten oder wiederzuheiraten werde laut Van de Kaa (1987:16) im Rahmen des zweiten demographischen Übergangs zu einer vernünftigen Alternative und auch Scheidungen seien einfacher. Im Folgenden wird die Entwicklung der Heirats-, und der Scheidungsrate sowie der Nichtehelichen Lebensformen und der (Un-)Ehelichkeit der Kinder für die BRD und DDR im Zeitverlauf dargestellt. Anschließend wird kurz diskutiert, inwieweit der Wertewandel hin zu Individualismus und Postmaterialismus den Wandel der Lebensform in Bezug auf die von Van de Kaa (1987) genannten Punkte erklären kann.

Der Aufschub der ersten Heirat fand in Deutschland deutlich statt und wird sichtbar, wenn man den Anteil jener betrachtet, die bis zum Alter von 30 Jahren noch ledig sind: dies traf 1973 auf 13 Prozent der westdeutschen Frauen, 2004 jedoch schon auf 62 Prozent der Frauen zu. Auch im Alter von 35- bis 40 Jahren sind 2009 in den alten Bundesländern ein Drittel der 35- bis 40-jährigen Frauen und sogar 43 Prozent der Männer ledig, das gleiche trifft 2009 auf 36 Prozent der Frauen und 52 Prozent der Männer in den neuen Bundesländern zu (Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand, eigene Auswertung).

Das durchschnittliche Alter bei der ersten Eheschließung stieg von 22,6 Jahre (1973) auf 26,1 Jahre (1991) und weiter auf 29,4 Jahre (2004). In der DDR lag das durchschnittliche Heiratsalter etwas niedriger, 1991 betrug das durchschnittliche Alter bei der ersten Eheschließung für die Frauen 24,5 Jahre und stieg bis 2004 auf 29,3 Jahre, also auf Westniveau, an (Statistisches Bundesamt Wiesbaden). Waren 1991 nur 25 Prozent der ostdeutschen Frauen bis zum Alter von 30 Jahren noch ledig, so verdreifachte sich ihr Anteil bis 2004 annähernd auf 73 Prozent ledige Frauen im Jahr 2004. Frauen in den neuen Bundesländern bleiben damit 2004 durchschnittlich länger ledig als vergleichbare westdeutsche Frauen (Statistisches Bundesamt, Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand, Daten auf Anfrage, eigene Auswertungen).

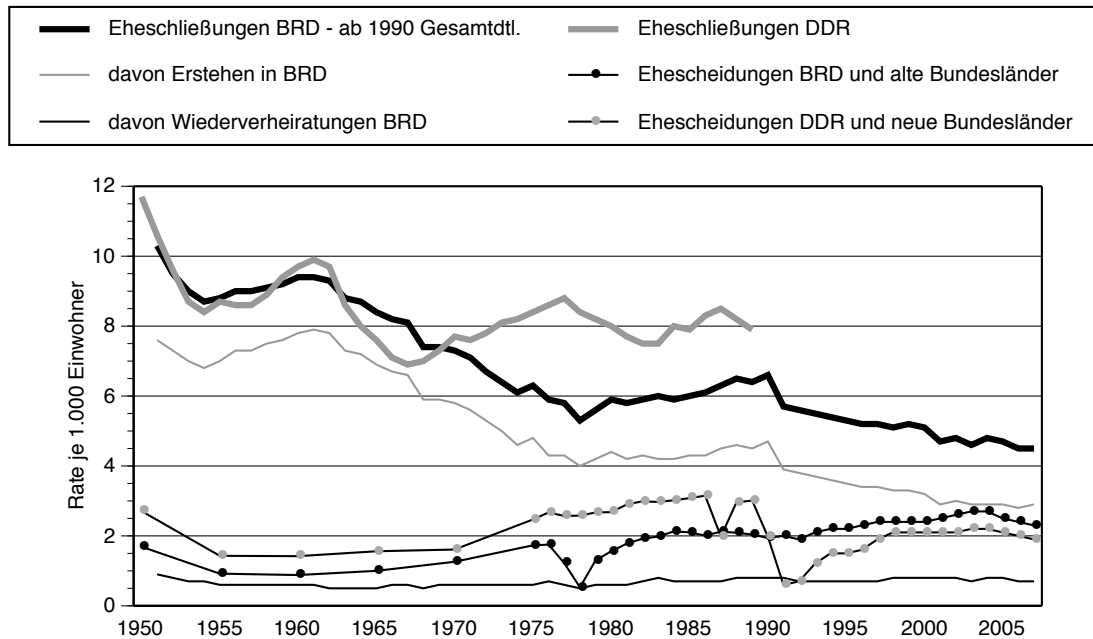
Betrachtet man den langen Verlauf der Eheschließungen und der Ehescheidungen je 1.000 Einwohner (Statistisches Bundesamt Wiesbaden), dann ist die Halbierung der Eheschließun-

gen von 10 (1950) auf 4,5 (2007) für die alten Bundesländer deutlich. Die Zunahme der Ehescheidungen von 1,7 (1950) auf 2,3 (2007) ist weniger markant, jedoch auch deutlich, wenn man bedenkt, dass insgesamt seltener geheiratet wird. Spannend ist der Vergleich der BRD zur DDR: In der DDR wurde deutlich häufiger geheiratet, es wurde aber auch mehr geschieden. Seit den 70er Jahren bis zur Wiedervereinigung fanden acht Hochzeiten auf 1.000 Einwohner statt, anders als in der BRD brach die Heiratsziffer nach 1970 nicht ein. Die Scheidungsrate der DDR lag in den 80er Jahren rund ein Drittel höher als in der BRD mit drei versus zwei Ehescheidungen je 1.000 Einwohnern (vgl. Abbildung 14). Nach der Wiedervereinigung brach die Scheidungsziffer in den neuen Ländern stark ein, was auf die Einführung bundesdeutscher Scheidungsgesetze mit dem Trennungsjahr sowie auf die deutlich gewachsenen Unterhaltsansprüche zurückgeführt wurde (Grünheid 2006). In der DDR war das Scheidungsrecht hingegen weitestgehend individualisiert, so dass eine Scheidung mit wenig bis keinen Folgekosten verbunden war. Die Betrachtung der Scheidungsrate ist aber auch deswegen so interessant, weil ihr Verlauf ähnlich dem der Geburtenrate (TFR) nach der Wiedervereinigung ist: erst extremer Einbruch in den 90er Jahren, dann Angleichung an das westdeutsche Muster einer geringeren Scheidungshäufigkeit. Die heute geringere Scheidungshäufigkeit in den neuen Bundesländern kann aber auch Ausdruck der geringeren und späteren Heiratsneigung sein: Wer nicht heiratet, braucht sich auch nicht Scheiden lassen.

Die Eheschließungen werden seit Anfang der 90-er Jahre nicht mehr nach den alten und neuen Bundesländern getrennt ausgewiesen. Aus den oben genannten Zahlen zum Anteil der Ledigen nach Alter und Geschlecht (Statistisches Bundesamt Wiesbaden) lässt sich jedoch ableiten, dass in den neuen Bundesländern heute seltener und später als in den alten Bundesländern geheiratet wird, da auch bei Kontrolle des Lebensalters mehr Menschen ledig sind. Daten über uneheliche Lebensgemeinschaften liegen erst seit dem Jahr 1991 vor. Lengerer (2007:16) kann zeigen, dass in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung nicht-eheliche Lebensformen verbreiteter als in den alten sind.

Abbildung 17: Eheschließungen und Ehescheidungen je 1.000 Einwohner 1950 bis 2007

Eheschließungen (Erst- und Wiederverheirungen) und Ehescheidungen je 1.000 Einwohner: 1950-2007



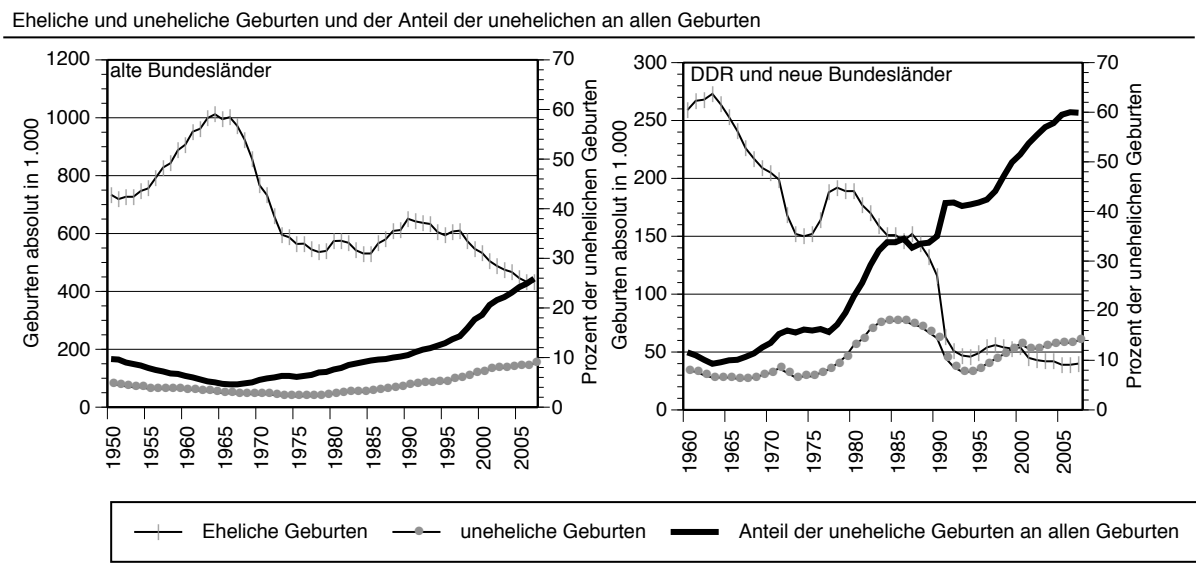
Quelle: Eheschließungen: Statistisches Bundesamt VI A: 2.4 Eheschließungen (Erst- und Wiederverheirungen)
 Scheidungen: Statistisches Bundesamt VI A: 6.6 Gerichtliche Ehescheidungen in Deutschland, DDR Daten aus: Statistisches Bundesamt: Sonderreihe DDR Heft 3 Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946-1989, S. 47; eigene Darstellung
 Hinweise: Ersterhen sind nur dann Ersterhen, wenn beide Partner vor der Eheschließung ledig waren. Wiederverheirungen sind nur dann Wiederverheirungen, wenn beide Ehepartner vor der Eheschließung schon einmal verheiratet waren.

Für die Zeit der DDR im Vergleich zur BRD werden im Folgenden die Entwicklung der Geburten (absolut) nach Ehelichkeit und Unehelichkeit beschrieben, da auch sie Hinweise über die Verbreitung nichtehelicher Lebensformen liefern. Bei Betrachtung der langen Reihe der absolut ehelich bzw. unehelich geborenen Kinder fällt dann für die alten Bundesländer auf, dass von einem dramatischen Anstieg unehelicher Geburten nicht gesprochen werden kann. Uneheliche Geburten nehmen nur anteilig deutlich zu, absolut werden kaum mehr Kinder unehelich geboren als es früher der Fall war. Auffällig ist der markante Rückgang der ehelich geborenen Kinder bei nur moderater Zunahme der unehelich geborenen seit 1975, so dass relativ deutlich mehr Kinder unehelich geboren werden (siehe Abbildung 15: Auf der zweiten Y-Achse ist der Anteil der unehelich geborenen Kinder an allen Kindern abgetragen).

In der DDR zeigte sich – deutlich anders als in der BRD – in den 80er Jahren eine markante Zunahme der unehelich geborenen Kinder, die Anzahl der ehelich geborenen bricht Ende der 80er Jahre dermaßen stark ein, dass sie annähernd das Niveau der unehelichen Kinder erreicht. Seit dem Jahr 2000 werden in den neuen Bundesländern sogar mehr uneheliche als eheliche Kinder geboren. Van de Kaas nichteheliche Lebensgemeinschaften als Indikator für

den neueren demographischen Wandel scheinen also in der DDR und in den neuen Bundesländern deutlich fruchtbarer zu sein als in den alten Bundesländern. Nach dem Einbruch in Folge der Wende, während dessen auch die Zahl der unehelich geborenen Kinder sank, steigen die Zahlen der unehelich geborenen Kinder in den neuen Bundesländern seit Mitte der 90-er Jahre wieder an. Erklärungsgründe für die hohe Verbreitung der unehelichen Kinder sind deshalb nicht allein in der Sozialpolitik der DDR zu suchen.

Abbildung 18: Eheliche und uneheliche Geburten und der Anteil der unehelichen Geburten an allen Geburten 1950 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, -VI A-, 10.1 bis 11.3 Lebendgeborene ehelich/ nichtehelich nach Geschlecht und Bundesland, interne Arbeitsunterlagen; DDR-Daten aus Statistisches Bundesamt: Sonderreihe DDR Heft 3 Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946-1989, S. 84f.; eigene Darstellung
 Hinweise: Berlin ist ab 2001 als Ganzes bei den alten Bundesländern einsortiert, davor ist Berlin getrennt nach Westberlin - alte Bundesländer und Ostberlin - neue Bundesländer

Nimmt man also van de Kaas ersten wesentlichen Punkt zur Beschreibung des Zweiten demographischen Übergangs – Heiraten, Scheidungen, Uneheliches Zusammenleben –, dann muss bei Prüfung dieser Kennziffern als Ausdruck des Wertewandels für die DDR/neue Länder im Vergleich zur BRD/alte Bundesländer festgestellt werden, dass die neuen Bundesländer den alten Bundesländern voraus sind. Erstens wurden in der DDR mehr Ehen geschieden – nach einem Einbruch der Scheidungsziffern in Folge der Wende nähert sich die ostdeutsche Scheidungsrate nun der westdeutschen an - zweitens gab es in der DDR während der 80-er Jahre einen markanten Anstieg der unehelichen Geburten, der in diesem Ausmaß in der BRD nicht stattfand und werden bis heute in den neuen Bundesländern deutlich mehr Kinder unehelich geboren. Und drittens bleiben heute sogar mehr junge Frauen in Ostdeutschland ledig, als es in Westdeutschland der Fall ist. Auch nichteheliche Lebensgemeinschaften weisen hier

eine höhere Verbreitung auf. Lediglich die Heiratsziffer war in der DDR seit den 70-er Jahren bis zur Wiedervereinigung höher; anschließend fand jedoch ein rasanter Aufschub der Eheschließungen statt und wird heute in den neuen Bundesländern die Ehe länger aufgeschoben, so dass auch in Bezug auf diese Kennziffer die neuen Bundesländer gemäß der demographischen Transition heute „weiter“ sind.

Können die höhere Scheidungsrate der DDR und der höhere Anteil der unehelich geborenen Kinder tatsächlich auf fortgeschrittenere postmaterielle Werte in der DDR zurückgeführt werden? Van de Kaa setzt die Kennziffern der Heirats- und Scheidungsrate und den Anteil der unehelichen Geburten mit dem Wertewandel hin zu postmaterialistischen Werte in Beziehung. In der ost-/westdeutschen Werteforschung wird jedoch davon ausgegangen, dass Prozesse der durchgängigen Pluralisierung, Entnormativierung und Individualisierung von Wertbezügen erst mit der Auflösung des DDR-Staates einsetzen konnten. Die Werteforschung konstatierte für die wiedervereinigte BRD in den 90-er Jahren sogar eine Trendwende zuungunsten der Postmaterialisten, da es in Ostdeutschland schon 1990 erheblich weniger Postmaterialisten als im Westen gab und deren Anteil im weiteren Verlauf des Transformationsprozesses sogar noch abnahm (Meulemann 2001 auf Datenbasis des Allbus nach Scheller 2005).

Im Folgenden sollen die weiteren von Van de Kaa (1987) genannten Kennziffern, die Ausdruck des Wertewandels und Merkmale des zweiten demographischen Übergangs sind, dargestellt werden, um diese dann erneut unter Bezugnahme auf entsprechende demographische Daten für Ost- und Westdeutschland zu überprüfen.

Vom Zeitalter des „Königkinds mit Eltern“...

... hin zu dem „Königspaar mit Kindern“. Van de Kaa (1987) schreibt, die Tage des „Königskindes“ sind in Europa vorbei, da weniger Kinder geboren werden als für die Reproduktion der Gesellschaft erforderlich sind. Zur Stärkung seiner These zieht Van de Kaa die Geburtenrate nach Kalenderjahr (TFR – siehe Kapitel 2.1) heran. Die TFR fiel in den 80-er Jahren mit wenigen Ausnahmen (Island, Malta) in allen europäischen Staaten unter die Marke des zur Reproduktion der Gesellschaft notwendigen Niveaus von zwei Kindern pro Frau ab. Hätte Van de Kaa jedoch statt der Periodenfertilität die Kohortenfertilität betrachtet (siehe Kapitel 1.2), hätte er feststellen müssen, dass diese sich in den meisten Ländern konstant um die Marke von durchschnittlich zwei Kindern pro Frau bewegt (vgl. dazu auch Sobotka 2004). Van de Kaas kompletter Ansatz - Die Fertilität fällt unter das Reproduktionsniveau, dies braucht neue

Erklärungsansätze, alte Erklärungsmuster z. Bsp. des „ersten demographischen Übergangs“ reichen nicht mehr aus – wäre damit hinfällig gewesen. Einzig für die Bundesrepublik hätte Van de Kaa diese Argumentation aufrecht erhalten können, denn hier fiel die Kohortenfertilität tatsächlich deutlich und dauerhaft unter das Reproduktionsniveau (vgl. Kap. 2,2). Da dies in anderen europäischen Ländern auf Kohortenbasis nicht passierte, wäre Van de Kaas Aufzeigen einer einheitlichen demographischen Entwicklung für alle europäischen Länder hinfällig. Und da die Theorie des ersten Demographischen Übergangs davon ausgeht, dass mit stabil niedriger Sterblichkeit auch die Geburtenrate auf dem Reproduktionsniveau konstant sein müsste – was in den nordeuropäischen Ländern, in Frankreich und den USA auf Basis der CFR durchaus der Fall ist –, hätte der zweite demographische Übergang als eigenständige Transition gar keine Grundlage.

So gelangt Van de Kaa schließlich auch zu falschen Schlussfolgerungen: Da in allen seinerzeit betrachteten Ländern im Jahr 1987 die Geburtenraten unter dem Reproduktionsniveau liegen, schlussfolgert er: „The shift from the era of the king-child with parents to that in which king-pairs (or individuals) elect to have one or two children to enrich their own lives seems to have run along parallel lines“ (Van de Kaa 1987: 26). Anders als van de Kaa annimmt haben die Frauen in den USA oder in Frankreich (im Gegensatz zu Deutschland und damit nicht „along parallel lines“) nicht durchschnittlich ein bis zwei, sondern durchschnittlich zwei Kinder (vgl. Kapitel 2.1 Abbildung 2).

Van de Kaas Schlussfolgerung, dass nun alle Paare ein oder zwei Kinder bekommen, ist darüber hinaus ungenau, weil er nicht auf die Verbreitung der Kinderlosigkeit eingeht. In den meisten Ländern verteilen sich die Kinder heute nicht gleichmäßig auf die Paare, realisieren Paare also nicht den einen Thronfolger, das „King Child“, sondern haben Frauen entweder zwei oder keine Kinder (siehe Abbildung 5). Einzelkinder folgen auch heute noch erst an Position drei: von den 1964 bis 68 geborenen Frauen in den alten Bundesländern haben 36 Prozent zwei, 24 Prozent keine und 22,5 Prozent ein Kind. Und wieder gilt Van de Kaas These eher für die neuen Bundesländer, obwohl doch die Individualisierung gemessen an Inglehards Wertewandel hier bis heute deutlich zögerlicher vorangeschritten ist: die 1964 bis 68 geborenen Frauen haben hier zu 40 Prozent zwei, zu 36 Prozent eins und zu zwölf Prozent kein Kind (Dorbritz 2010 – Ergebnisse des Mikrozensus 2008).

Als weiteres wesentliches Merkmal des zweiten demographischen Übergangs benennt Van de Kaa den Wandel von uniformen hin zu pluralistischen Familien und Haushalten.

Von uniformen hin zu pluralistischen Familien und Haushalten

Van de Kaa beschreibt:

„The changes in the propensity to marry, divorce, separate, remarry, or cohabit and changes in fertility behavior and in the ages at which children leave home, along with mortality trends and differentials, have had a marked impact on household patterns in Europe“ (van de Kaa 1987: 32).

Inwieweit sich dieser Wandel auch im Querschnitt abbilden lässt, soll im Folgenden überprüft werden. In den folgenden zwei Abbildungen sind die Lebensformen nach Lebensalter (5er Altersgruppen) für Männer und Frauen für jeweils drei Zeitpunkte dargestellt.

Betrachten wir zunächst die Lebensformen der Frauen in den alten Bundesländern: 1973 lebten fast 68 Prozent der Frauen im Alter von 25 bis 29 Jahren als Paar mit Kind, 2004 sinkt deren Anteil auf 31 Prozent (neue Bundesländer: 37 Prozent). Hier lässt sich durchaus von Pluralisierung sprechen: der überwiegende Großteil der jungen Frauen bindet sich nicht mehr, sondern lebt heute als Alleinlebende (West: 22 Prozent, Ost: 18 Prozent), in einer Wohngemeinschaft (West: 18 Prozent, Ost: 14 Prozent) oder bei den Eltern (West: 12 Prozent, Ost: 14 Prozent). 1973 leisteten sich hingegen nur 6 Prozent der 25 bis 29-jährigen Frauen eine eigene Wohnung, ein Prozent lebte in Wohngemeinschaften, jedoch 31 Prozent noch bei den Eltern.

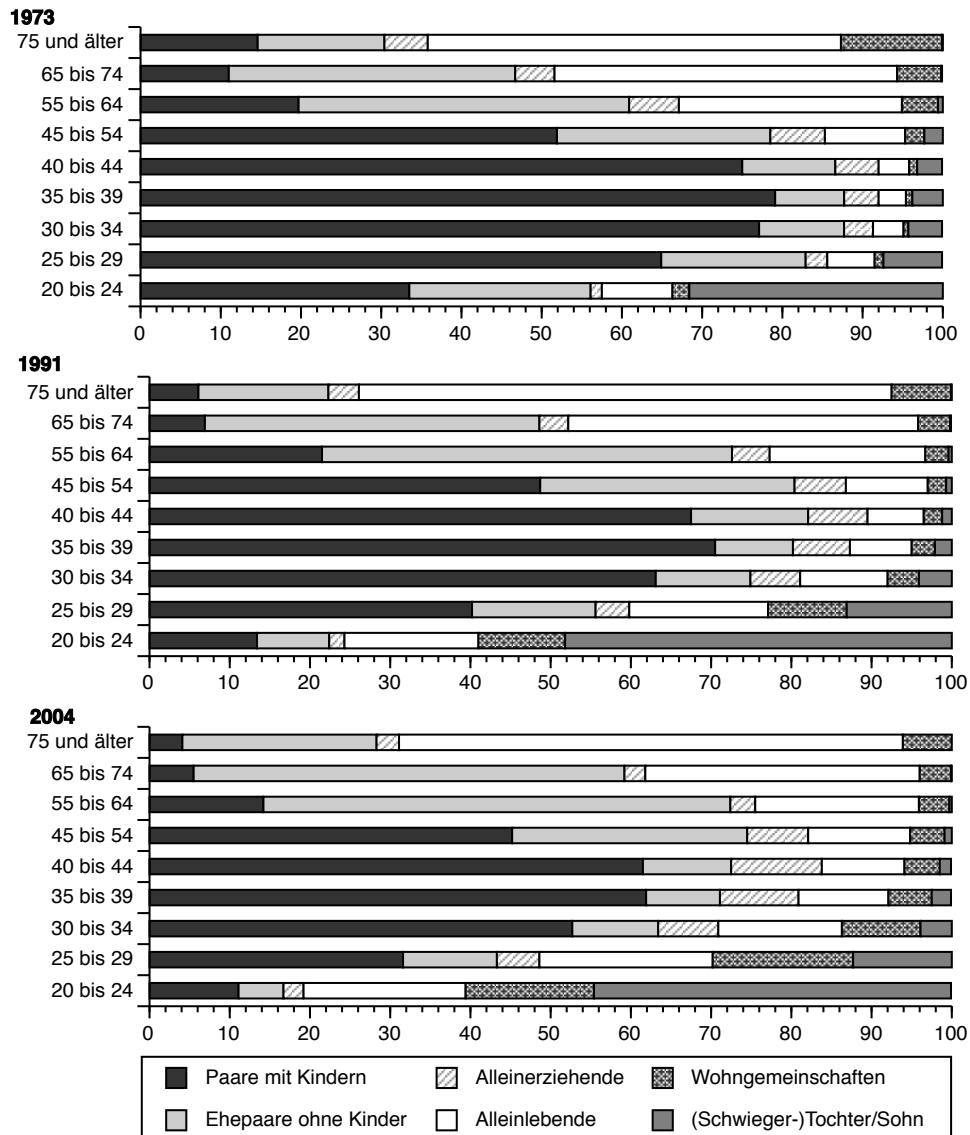
In den neuen Bundesländern ist der Anteil der jüngeren, unter 30-jährigen Frauen, die als Paar mit Kindern leben, entsprechend des Geburtenrückgangs zwischen 1991 und 2008, extrem eingebrochen. Gleichzeitig gibt es wie auch in den alten Bundesländern mehr allein lebende Frauen, aber auch mehr jüngere Frauen, die noch bei ihren Eltern leben. Der Anteil alleinerziehender Frauen war 1991 schon höher als in den alten Bundesländern und ist seither noch einmal deutlich angestiegen.

Von Pluralisierung kann also insofern gesprochen werden, als dass es zu den Lebensformen „Bei den Eltern“ oder „mit dem Ehepartner“, die noch 1973 die überwiegende Mehrzahl der jungen Frauen wählte, bis 2004 eine Vermehrung der Alternativen gab. So haben junge Frauen heute deutlich häufiger als früher die Möglichkeit, alleine, autark und unabhängig von den Eltern oder einem Ehemann zu leben.

Der makrostrukturelle Blick auf die Geburtenrate

Abbildung 19: Lebensformen im Querschnitt, Frauen 1973, 1991 und 2004, alte Bundesländer¹⁶

Frauen nach Alter und Lebensform, alte Bundesländer 1973, 1991 und 2004



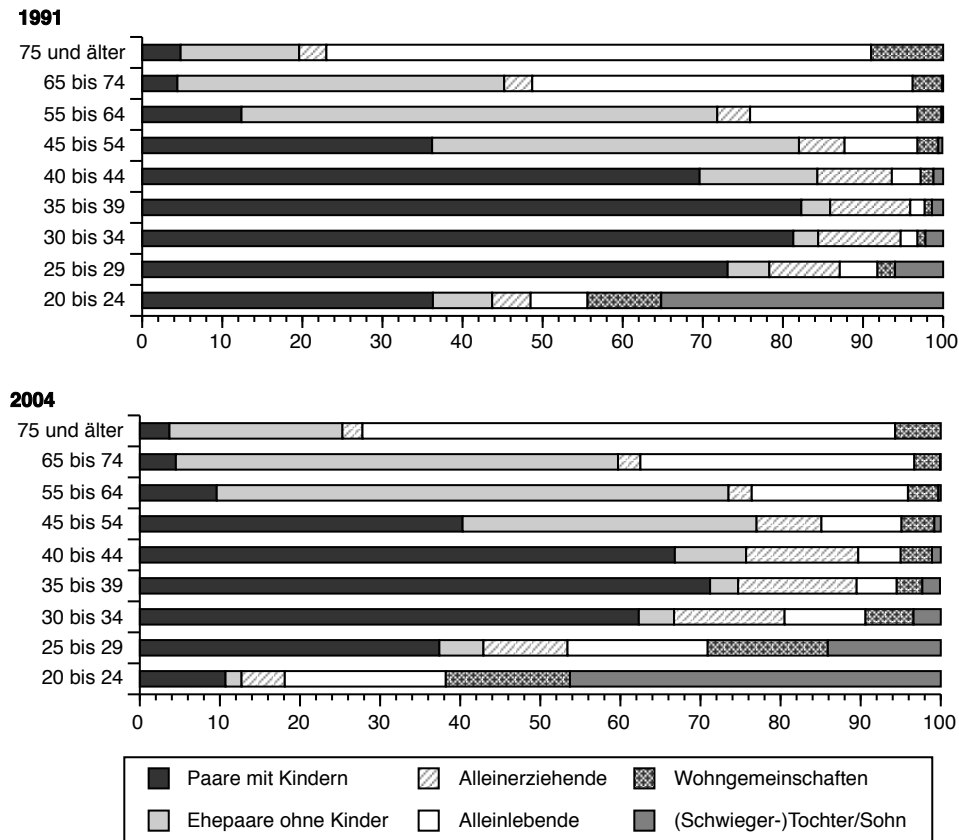
Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1973, 1991 und 2004, alte Bundesländer, eigene Auswertung und Darstellung im Rahmen eines von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts, Wiebke Rösler

Hinweise: Paare mit Kindern inklusive Nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Wohngemeinschaften sind alle Haushalte mit mehreren Personen, die nicht in Ehe oder NEL leben und keine Kinder haben.

¹⁶ Diese Abbildungen wurden im Aufsatz von Hans Bertram, Keine Zeit für Liebe - oder: Die Rushhour des Lebens als Überforderung der nachwachsenden Generation?, Soziale Welt Sonderband 2012, im Erscheinen, bereits veröffentlicht.

Abbildung 20: Lebensformen im Querschnitt, Frauen 1991 und 2004, neue Bundesländer

Frauen nach Alter und Lebensform, neue Bundesländer 1991 und 2004



Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1991 und 2004, alte Bundesländer, eigene Auswertung und Darstellung im Rahmen eines von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts

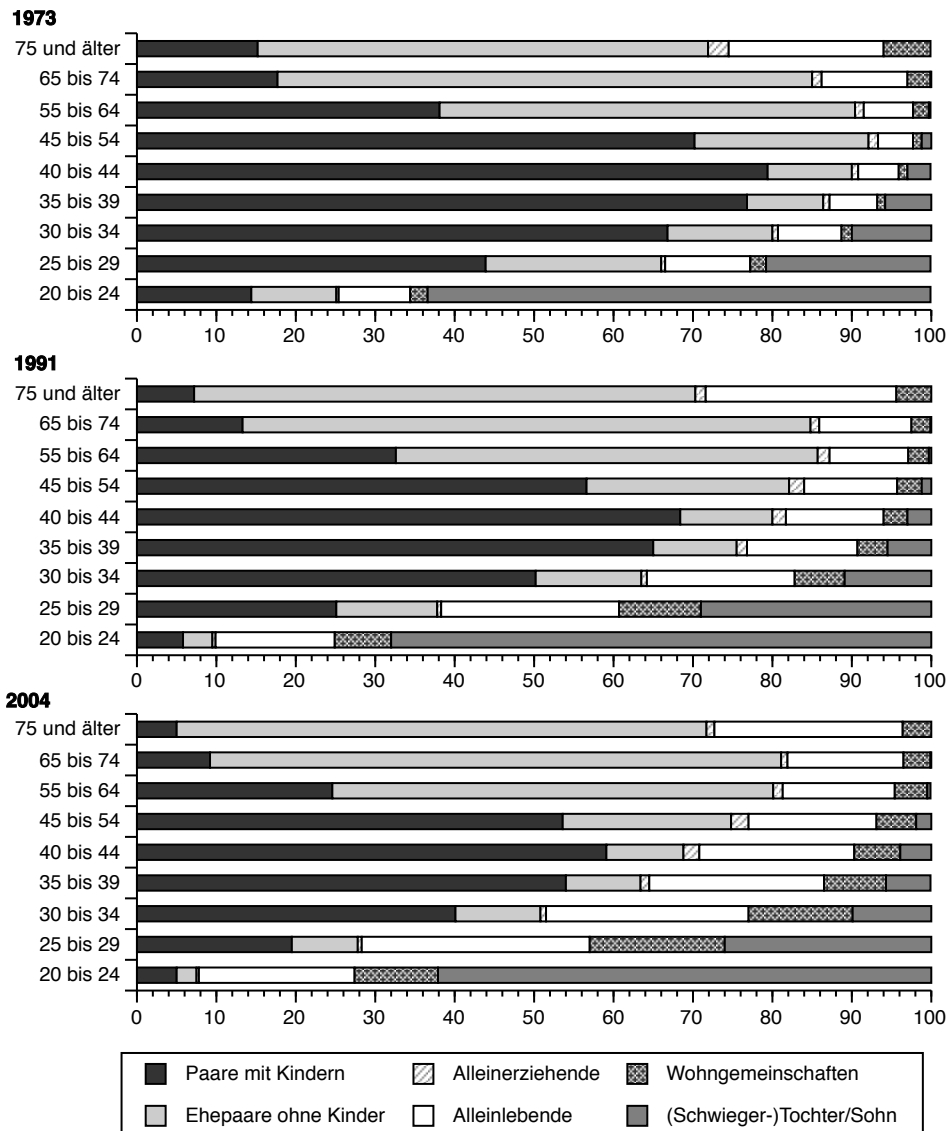
Hinweise: Paare mit Kindern inklusive Nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Wohngemeinschaften sind alle Haushalte mit mehreren Personen, die nicht in Ehe oder NEL leben und keine Kinder haben.

Betrachtet man die jungen Männer im gleichen Alter zwischen 25 und 29 Jahren, dann fällt besonders auf, dass sich der Anteil Alleinlebender verdreifacht hat. Und während junge Männer in Wohngemeinschaften noch 1973 kaum vorkamen (zwei Prozent), steigt ihr Anteil bis 2004 kräftig auf 17 Prozent. Während also noch 1973 der überwiegende Großteil der 25- bis 29-jährigen Männer mit einer Partnerin zusammen lebte (43 Prozent Paare mit Kind und weitere 22 Prozent Ehepaare ohne Kind), verringert sich der Anteil der jungen Männer in Ehe und mit Kind beträchtlich auf nur noch 19 Prozent mit und 8 Prozent ohne Kind. In Bezug auf die Männer lässt sich festhalten, dass die Gruppe der Alleinlebenden am stärksten zunahm und sich hier eine Lebensform etablierte, die 1973 bei Männern im besten Familienalter kaum vorkam.

Der makrostrukturelle Blick auf die Geburtenrate

Abbildung 21: Lebensformen im Querschnitt, Männer 1973, 1991 und 2004, alte Bundesländer

Männer nach Alter und Lebensform, alte Bundesländer 1973, 1991 und 2004



Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1973, 1991 und 2004, alte Bundesländer, eigene Auswertung und Darstellung im Rahmen eines von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts, Wiebke Rösler

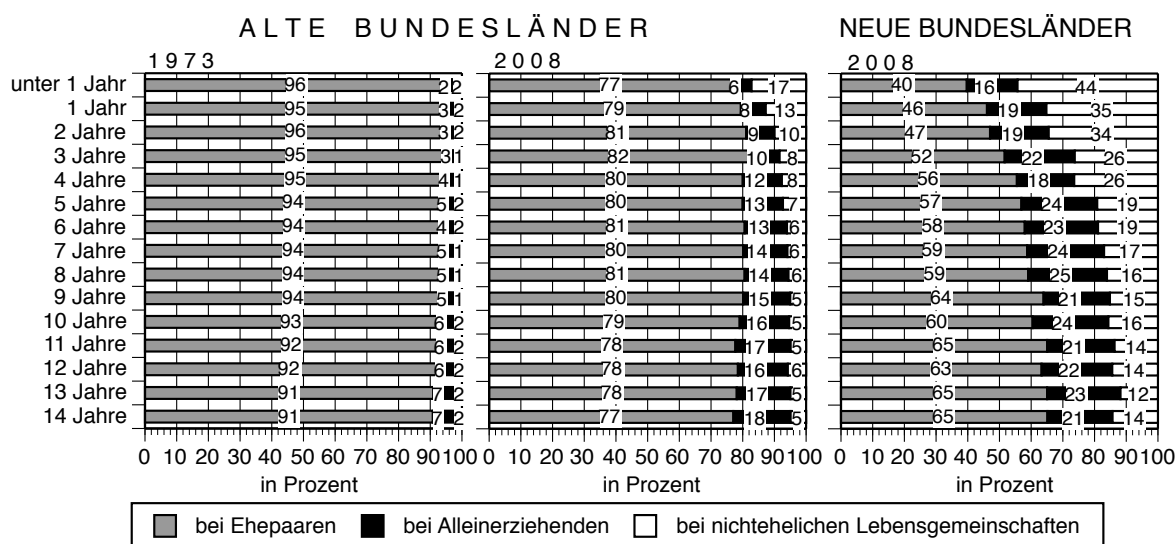
Hinweise: Paare mit Kindern inklusive Nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Wohngemeinschaften sind alle Haushalte mit mehreren Personen, die nicht in Ehe oder NEL leben und keine Kinder haben.

Diese Querschnittsdaten ermöglichen keinerlei Aussagen über die Diversität der Lebensverläufe im Zeitverlauf. Die Frage, inwieweit mehr Lebensformen innerhalb eines Lebens erlebt und mehr Wechsel zwischen verschiedenen Lebensformen auftreten, muss mit Längsschnittdaten beantwortet werden. Die vorliegenden Querschnittsanalysen machen jedoch deutlich, dass Prognosen aus den 80-er Jahren, dass sich im Zuge der Liberalisierung die Lebensformen nun komplett öffnen und die buntesten Familienmodelle entstehen, bisher nicht eingetroffen sind. Junge Erwachsene leben immer noch verhältnismäßig selten in Kommunen und alterna-

tiven Lebensformen. Für Frauen hat sich vor allem das Risiko erhöht, alleinerziehend zu werden, Männer leben immer häufiger alleine. Für die Geburt zweiter und weiterer Kinder ist dies keine gute Voraussetzung.

Abbildung 22: Lebensformen im Querschnitt aus Sicht der Kinder

Kinder unter 15 Jahren nach Lebensform und Alter, 1973 und 2008



Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1973, 2008; eigene Auswertung und Darstellung

So binden sich junge Erwachsene heute zwar später als früher und überbrücken die Zeit in alternativen Lebensformen zu Ehe und Elternschaft. Wenn dann aber Kinder geboren werden, leben junge Erwachsene sogar häufiger in Kernfamilien und seltener in erweiterten Familien als früher. Aus Kindersicht sind die Lebensformen daher recht stabil: 1973 lebten 93 Prozent der unter 18-jährigen Kinder bei Ehepaaren, bis 2004 sank ihr Anteil auf 80 Prozent (eigene Auswertungen Scientific Use Files der Mikrozensus). Die Lebensformen der Kinder wandeln sich also deutlich langsamer als die junger Erwachsener. Die folgende Abbildung stellt die Lebensformen der Kinder aus Sicht der Kinder, differenziert nach Altersjahren, dar. Deutlich wird, dass mit steigendem Alter der Kinder der Anteil der Kinder bei Ehepaaren zunimmt und der Anteil der Kinder bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften schrumpft. Das Risiko, mit einem alleinerziehenden Elternteil zu leben, nimmt mit steigendem Alter der Kinder deutlich zu und betrifft in den neuen Bundesländern rund ein Viertel der Kinder im Kindergartenalter. In den alten Bundesländern werden die Effekte, die durch nachholende Heiraten entstehen, durch die Zunahme der Alleinerziehenden sogar überlagert, so dass schon ab dem Kinderalter von 3 Jahren der Anteil der Kinder bei Ehepaaren nicht mehr ansteigt. Letztlich lässt sich die wirkliche Pluralisierung der Lebensformen jedoch nur mit Längsschnitsdaten erfassen. Im

Querschnitt bedeutet Pluralisierung ein größeres Risiko der Kinder, mit einem allein lebenden Elternteil aufzuwachsen und nutzen Männer häufiger die Chance, alleine zu leben.

Van de Kaa versucht zu zeigen, dass in allen entwickelten Industrienationen die Fertilitätskennziffern unter zwei fallen, wenn ein gewisser Grad an Werte-Modernisierung eintritt. Nun ist erstens sein Forschungsproblem, dass die Geburtenziffern unter das Reproduktionsniveau fallen, empirisch falsch, denn die meisten Frauen in den meisten Ländern bekamen wie eh und je durchschnittlich zwei Kinder (CFR). Allerdings gebaren sie diese später im Leben, und diese Tempoeffekte wirkten negativ auf die TFR. Van de Kaa (2004) interpretiert deshalb in jüngeren Veröffentlichungen, dass eine Geburtenrate unter dem Reproduktionsniveau zwar eine wahrscheinliche Konsequenz, jedoch kein notwendiges Merkmal des zweiten demographischen Übergangs sei. Diese Neuinterpretation ist nur ein Beispiel dafür, wie in die demographische Argumentation stets nachträglich Kritikpunkte aufgenommen wurden und die Theorie entsprechend neu erfunden wurde. Denn seinerzeit in den 80-er Jahren nahm van de Kaa das europaweite Absinken der TFR unter das Reproduktionsniveau als Begründung dafür, dass eine neue Theorie nötig sei. Aus fachlich demographischer Sicht bleibt deshalb der wesentliche Kritikpunkt bestehen, dass Tempoeffekte, welche die TFR unter das Reproduktionsniveau drücken, nicht wesentlich eher erkannt und thematisiert wurden.

So sei laut Lesthaeghe (2001, 2010) nun auch der Aufschub der Geburten ein wesentliches Merkmal des zweiten demographischen Übergangs, wobei die endgültige Höhe der TFR davon abhängt, inwieweit Frauen aufgeschobene Geburten später im Leben nachholen. Erst 2010 thematisiert Lesthaeghe dann, dass das Ausmaß der nachholenden Geburten auch davon abhängt, wie sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestaltet (Lesthaeghe 2010:232). Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie würde die Opportunitätskosten von Eltern senken, Geburten würden dann häufiger nachgeholt und es blieben nicht so viele Frauen zeit lebens kinderlos. Einzig in Bezug auf die Kinderlosigkeit – ein Indikator, den Lesthaeghe nachträglich (als Folge des Geburtenaufschubs) in die Theorie mit einbaute – sind die alten Bundesländer den neuen voraus. Eine niedrigere Kinderlosigkeit ist in der Interpretation Lesthaeghes jedoch Ausdruck einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ist diese gegeben, so Lesthaeghe (2001, 2010), holen Frauen Geburten eher nach. Hinsichtlich des Aufschubs der Geburten im Vergleich der 1979 geborenen Frauen zeigten sich keine ost-westdeutschen Unterschiede mehr. Ostdeutsche Frauen haben also nach der Wende kräftig aufgeholt, sie streben nun auch ein höheres Maß an Selbstverwirklichung an, bevor sie Kinder

realisieren. Das heißt: Zwar werden Geburten in Ostdeutschland wie auch in Westdeutschland aufgeschoben, in Ostdeutschland entscheiden sich dann aber verhältnismäßig mehr Frauen doch noch für ein Kind. Die niedrigere Kinderlosigkeit ostdeutscher Frauen ist deshalb kein Zeichen von demographischer „Rückständigkeit“, sondern von Modernität. Denn laut Lesthaeghe (2010) holen Frauen dann eher aufgeschobene Geburten noch nach, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eher gegeben ist. Damit sind in allen von van de Kaa und nachträglich von Lesthaeghe dazugezählten Merkmalen, die den zweiten demographischen Übergang beschreiben, die ostdeutschen Frauen den westdeutschen Frauen voraus oder zumindest gleichauf: Im Osten wird später geheiratet, es leben mehr Menschen in unehelichen Lebensgemeinschaften, die Scheidungsraten waren zu DDR-Zeiten höher und nähern sich nach einem Einbruch in Folge der Wende nun wieder dem Westniveau an, es werden mehr Kinder unehelich geboren, Geburten werden genauso aufgeschoben wie in jüngeren westdeutschen Kohorten, allerdings entscheiden sich mehr Frauen dann noch zumindest für ein Kind, weil die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter Umständen eher möglich ist.

Zusammengenommen scheint der von van de Kaa 1987 genannte Zusammenhang von Wertewandel, Auflösung der Ehe und Zunahme der unehelichen Kinder angesichts der Entwicklung dieser Kennziffern für die DDR im Vergleich zur BRD daher eher fragwürdig. Für die Verbreitung von nichtehelichen Lebensformen, hohen Scheidungsraten etc. müssen daher andere Erklärungsmuster als die Verbreitung postmaterialistischer Werteorientierungen greifen. So könnte die Frage, ob Frauen durch eigene Erwerbsbiografien unabhängig vom Partner agieren konnten, nichteheliche Lebensgemeinschaften, uneheliche Kinder und hohe Scheidungsraten unter Umständen sinnvoller erklären. Eine unabhängige Erwerbsbiographie der Frau wurde in der DDR gefördert und gefordert. Sind Frauen und Männer unabhängig, kann die Scheidungsrate hoch sein (weil die Folgekosten der Scheidung niedriger sind) und sind auch die Nichtehelichenquoten höher. Frauen sind dann mit einer Mutterschaft oder Heirat nicht von ihrem Partner abhängig, sondern können individualistisch agieren. Dieser Individualismus der Lebensführung ostdeutscher Frauen scheint sich aber nicht in den von van de Kaa genannten Werten, gemessen am Schema von Wertorientierungen nach Inglehard und im Allbus für Ost- und Westdeutschland erhoben, widerzuspiegeln. Das gleiche gilt für den heutigen massiven Aufschub der ostdeutschen Geburten und Hochzeiten: auch dieser Trend lässt sich nicht durch geänderte Anteile an postmaterialistischen Werteorientierungen nach der deutschen Wiedervereinigung erklären, denn die postmaterialistischen Einstellungen ostdeutscher Bürger sind nach der Wiedervereinigung eher gesunken als gestiegen. Die Frage des

Heirats- und Scheidungsverhaltens ließe sich daher besser an der individualistischen Lebensführung in Form ökonomischer Unabhängigkeit beschreiben statt anhand des individuellen Wertewandels nach Inglehard.

Neben der ökonomischen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Frau scheint die Höhe der Bildung als wesentlich zur Erklärung von Familienbildungsprozessen. Je höher die Bildung, desto später die Heirat. Allerdings heirateten Frauen mit hoher Bildung auch früher schon später im Leben als Frauen mit niedrigerer Bildung (vgl. u.a. König 1973). Wenn heute nun mehr Frauen höhere Bildung genießen, heiraten mehr Frauen später. An sich ist dies kein Wertewandel im Sinne der von van de Kaa genannten veränderten Einstellungen bezüglich individualistischer Orientierungen, sondern lediglich Ausdruck von größeren Lebenschancen der Frauen. Ein Jahr nach Erscheinen von Van de Kaas Aufsatz veröffentlicht Oppenheimer ihre „Theory of marriage timing“ (1988). Oppenheimer schreibt: „I challenge the popular notion that a decline in gains to marriage owing to the increase in women’s economic independence is the preeminent factor in the recent rise in delayed marriage“ (1988:563). Laut Oppenheimer sei es gegen Ende der 80-er Jahre weit verbreitete These, dass die Zunahme der ökonomischen Unabhängigkeit der Frau zum Aufschub der Heirat führe. Oppenheimer betont, dass durch die verbesserte Stellung der Frau die Qualität der Ehe zunehmend höher bewertet wird und sich die Frauen daher länger Zeit lassen, den richtigen Partner auszusuchen; die Ehe erscheint auch Oppenheimer noch eine Option, die die meisten jungen Erwachsenen anstreben, nur wird ihre Qualität zunehmend kritischer bewertet.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt an van de Kaas Beschreibung des demographischen Wandels ist, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften nicht zwangsläufig zu kleineren Kinderzahlen führen: War früher die Ehe die alles erklärende Variable für die Anzahl der geborenen Kinder, da über 90 Prozent der Kinder ehelich geboren wurden, so hat sich dieses Muster in den neuen Bundesländern schon in den 90-er Jahren aufgelöst, als absolut mehr uneheliche als eheliche Kinder auf die Welt kamen. Da nun nichtehelichen Lebensgemeinschaften offensichtlich in manchen Gegenden fruchtbarer sind als Ehen, kann die verzögerte Heirat kaum noch als Erklärung für niedrige Geburtenraten fungieren. Der Wertewandel nach Van de Kaa führt dann vielleicht zur Auflösung der Ehe, aber deshalb nicht zwangsläufig zu niedrigeren Geburtenraten. Und schließlich stellt van de Kaa (1987:18) selbst fest, dass aus demographischer Sicht die Differenzierung zwischen Ehen und Nichtehelichen Lebensgemeinschaften irrelevant werden könnte, wenn sich die Stabilität und die Fertilität der ehelichen und nicht-

ehelichen Paare nicht unterscheiden würden. Dann hat der Wertewandel in Form der Auflösung der Ehe und ihrer Ersetzung durch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften jedoch keinerlei Auswirkungen mehr auf die Fertilität, deren Absinken Van de Kaa jedoch durch die Verzögerungen der Ehe aufgrund des Wertewandels erklären möchte.

Im Vergleich der DDR zur BRD zeigen sich für alle demographischen Kennziffern, die laut Van de Kaa (1987) wesentlich für den zweiten demographischen Übergang sind, fortschrittlichere Werte der DDR bzw. der neuen Bundesländer. Gleichzeitig zeigt die Werteforschung einen deutlich geringeren Grad an postmaterialistischen Werten der Bürger der DDR und der neuen Länder auf. Dies steht im deutlichen Widerspruch. Da die von van de Kaa und Lesthaeghe genannten Kennziffern des zweiten demographischen Übergangs zudem nicht systematisch mit niedrigen Kinderzahlen variieren, muss die Erklärungskraft der Kennziffern des zweiten demographischen Übergangs massiv in Frage gestellt werden. Gleichzeitig ist die Autorin dieser Dissertation nicht die erste, die die Erklärungskraft des zweiten demographischen Übergangs anzweifelt, was bereits im theoretischen Teil in Kap. 3.6 mit Bezugnahme auf internationale wissenschaftliche Literatur aufgezeigt wurde.

4.2. Ein Vergleich der deutschen Bundesländer 2008

In der theoretischen Diskussion wurde deutlich, dass Einflussfaktoren auf die Geburtenrate auf allen gesellschaftlichen Ebenen wirken und insbesondere auf der individuellen Ebene eine Vielzahl an möglichen Faktoren die Geburtenrate beeinflusst. Für die vorliegende Fragestellung erscheint vor allem das Wechselspiel zwischen der demographischen Entwicklung auf der einen Seite und dem sozioökonomischen Wohlstand der Familien auf der anderen Seite von Bedeutung. In der theoretischen Diskussion wurde außerdem herausgestellt, dass vor allem der Stellung der Frau und insbesondere der Mutter eine zunehmend wichtigere Bedeutung zukommt. Es wurde die These aufgestellt, dass Frauen nur dann hohe Kinderwünsche entwickeln und umsetzen, wenn sie ihre Präferenzen bezüglich ihrer Lebensform zwischen Beruf und Familie auch umsetzen können. Dabei wird davon ausgegangen, dass bei höheren Bildungschancen und –aspirationen die Frauen zunehmend Beruf und Familie miteinander vereinbaren möchten und im Zweifelsfall auch ihre Kinderzahl für die Berufstätigkeit einschränken.

Die Entscheidung zum Kind variiert darüber hinaus mit der Frage, ob eine entsprechende Kinderzahl auch finanziert werden kann. Und nicht zuletzt wird in der wohlfahrtsstaatlichen

Theorie die These vertreten, dass dem Aufbau des Wohlfahrtsstaates im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit auch letztlich im Hinblick auf die Kinderzahl eine wesentliche Bedeutung zukommt. Gleichzeitig wurde im theoretischen Teil argumentiert, dass sich die Organisation von Beruf und Familie im Vergleich der alten zu den neuen Bundesländer nach wie vor markant unterscheidet.

Für die folgende Makroanalyse wurde deshalb auf Ebene der 16 deutschen Bundesländer untersucht, inwieweit sie sich in Bezug auf die vier Dimensionen „Demographisches Regime“, „Ökonomischer Wohlstand“, „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ sowie „Geschlechtergleichheit“ unterscheiden. In der Summe differieren die Geburtenraten der Bundesländer nur um knapp 0,2 Kinder pro Frau: Die höchste TFR weist im Jahr 2008 das Bundesland Sachsen mit 1,44 Kindern pro Frau auf, die niedrigste TFR haben Hamburg und das Saarland mit 1,25 Kindern pro Frau (siehe erste Zeile Abbildung 23). Die alten Bundesländer kommen im Durchschnitt auf 1,35 Kinder pro Frau, die neuen auf 1,4 Kinder pro Frau. Die Daten für die einzelnen Bundesländer wurden möglichst für das Jahr 2008 herangezogen und speisen sich soweit verfügbar aus Quellen der amtlichen Statistik. Für einzelne Indikatoren wurden darüber hinaus eigene Auswertungen aus dem Scientific Use File des Mikrozensus 2008 verwendet (vgl. Abbildung 23).

In der folgenden Tabelle sind die Werte für die einzelnen Bundesländer dargestellt, hier finden sich auch die Quellenangaben und Beschreibungen der einzelnen Variablen. Zur graphischen Darstellung des Indexes (Abbildung 24), der aus verschiedenen Indikatoren mit unterschiedlichen Skalierungen besteht, wurden die einzelnen Werte mit Hilfe der Z-Transformation¹⁷ transformiert. Anschließend wurde aus den Z-Werten aller Variablen, die eine Dimension beschreiben, der Mittelwert gebildet und kartographisch abgebildet (eine Übersicht der Z-Werte befindet sich im Anhang Abbildung 61).

Demographisches Regime

Theoretische Erklärungsansätze aus der demographischen Forschung machen vor allem den Wandel der Lebensformen für veränderte demographische Muster verantwortlich. Zur Beschreibung des demographischen Wandels wurden daher Faktoren herangezogen, die laut der Theorie des Zweiten demographischen Übergangs an Bedeutung gewinnen: Das wohl mar-

¹⁷ Z-Transformation: $Z = (\text{Wert} - \text{Mittelwert}) / \text{Standardabweichung}$. Der Mittelwert von Z-Werten beträgt immer 0, größere oder kleinere Werte zeigen auf, wie stark das Bundesland vom Mittelwert abweicht.

kanstete Merkmal des zweiten demographischen Übergangs ist, dass die Ehe an Bedeutung verliert. Zur Beschreibung dieses Prozesses wurde für die einzelnen Bundesländer der Anteil der unehelichen Geburten an allen Geburten, die rohe Scheidungsziffer, der Prozentsatz der Kinder unter 18 Jahren bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften, der Prozentsatz der Kinder unter 18 Jahren bei Alleinerziehenden, die rohe Heiratsziffer sowie der Anteil der verheirateten 19-jährigen Frauen an allen 19-jährigen Frauen (verheiratete Teenager als Indikator für den Aufschub der Ehe) zusammengestellt.

Deutlich wird, dass die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen die höchsten Werte im Index „Demographisches Regime“ aufweisen, die Ehe hier also die geringste Bedeutung hat. Es folgen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Die süddeutschen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sowie auch das Saarland und Rheinland-Pfalz weisen die niedrigsten Z-Werte auf: Hier werden besonders wenige Kinder unehelich geboren, auch leben vergleichsweise wenige Kinder bei Alleinerziehenden oder bei unverheirateten Eltern. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist – anders als in Bayern und Baden-Württemberg – ein vergleichsweise hoher Prozentsatz von 19-jährigen Frauen bereits verheiratet, gleichzeitig sind hier jedoch die rohen Scheidungsziffern – als ein Kriterium zur Krise der Ehe – höher. In den neuen Bundesländern scheint zunehmend das Motto zu gelten: „Wer nicht heiratet, braucht sich auch nicht scheiden lassen“. Nur Mecklenburg-Vorpommern weicht mit einer recht hohen rohen Heiratsziffer von diesem Motto ab. Weitere größere Abweichungen (Z-Werte $> 1,5$) ergeben sich in Berlin mit einem hohen Anteil von unter 18-jährigen Kindern bei Alleinerziehenden und in Sachsen mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Kindern bei unverheiratet zusammenlebenden Eltern.

Im Bundesländervergleich zeigt sich bezüglich dieser Dimension eine deutliche Ost-West-Teilung und innerhalb der alten Bundesländer eine Nord-Süd-Gefälle (vgl. erste Karte Abbildung 24). Dies ist wenig überraschend: Bereits im Kapitel 4.1 wurde herausgestellt, dass nichteheliche Lebensformen in den neuen Bundesländern deutlich verbreiteter als in den alten sind. Gleichzeitig spielt in den süd-westlichen Bundesländern der Katholizismus bzw. der Protestantismus eine größere Rolle als im Norden. Zusammen haben beide christlichen Konfessionen eine deutlich höhere Verbreitung.

Abbildung 23: Zugrunde liegende Werte nach Bundesländern und Dimensionen

Richtung des Zusammenhangs	Meckl.- Vorp.	Sachsen- Anhalt	Berlin	Brand- enburg	Sachsen	Thüringen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Bremen	Nieder- sachsen	Nord- Westfalen	Hessen
Demographisches Regime												
TFR	1,41	1,38	1,3	1,4	1,44	1,37	1,42	1,25	1,29	1,42	1,39	1,37
+ Uneheirliche Geburten an allen Geburten (2007)	63,0	62,1	47,3	59,4	58,1	59,3	31,9	33,7	35,3	27,8	24,6	23,2
+ Rohe Scheidungsziffer	1,91	2,08	2,25	2,00	1,83	1,94	2,63	2,53	2,49	2,56	2,57	2,54
+ Prozent der Kinder unter 18 Jahren bei Nichtheirlichen												
+ Lebensgemeinschaften	16,2	18,9	13	18,2	20,1	18,4	7,2	5,6	5,1	5,6	5,1	6,1
+ Prozent der Kinder unter 18 Jahren bei Alleinerziehenden	23,6	24,1	30,6	23,3	21,8	20,1	17,3	24,5	27,3	16,5	14,9	14,5
- Rohe Heiratsziffer	6,2	4,4	3,7	4,8	4,2	4,3	5,8	3,7	4,2	4,9	4,5	4,4
- Verheiratete Teenager	0,53	0,61	1,05	0,53	0,67	0,63	0,96	1,26	1,22	1,23	1,46	1,26
Ökonomischer Wohlstand												
+ Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	21467	21968	26295	21562	22511	21716	26091	48732	41244	26780	30443	36278
+ Einkommenssaldo 25-29-jähriger/40-44-jährigen	89,3	83,5	75,0	94,8	87,0	95,2	85,5	85,9	92,5	87,7	93,5	90,7
+ Wanderungssaldo gewichtet an der jeweiligen Bevölkerung in 1.000	-6,4	-7,3	3,8	-1,6	-2,5	-5,3	3,0	6,3	0,3	-0,7	-0,6	0,8
+ Erwerbsbeteiligung 25- bis 29-jähriger Frauen	65,8	72,8	65,7	75,2	72,8	70	73,4	72,9	67,8	70,5	69,8	72
- Arbeitslosenrate 25-bis 29-jähriger Männer	16,5	15,8	14	9,2	10,4	9,8	6,6	7,5	9,2	9,7	7,6	6,9
- Kinder unter 18 Jahren in relativer Armut	15,8	13,8	5,1	6,9	8	9,6	5,4	7,9	15,4	7,4	6,7	5,3
- Kinder unter 18 Jahren in Haushalten ohne Erwerbstätige	21,3	23	27,3	14,3	17	17,9	10,3	18,3	22,8	11,7	12	9,9
Vereinbarkeit von Beruf und Familie												
+ Besuchsquote - Kinder unter 3 Jahren in Kitas oder öffentlich geförderter Tagespflege (2009)	49,5	55,1	41,5	48,2	40,1	42,8	14,3	22,2	13,7	11,9	11,5	16,2
+ 3- bis 6-jährige Kinder in kommunaler Ganztagsbetreuung (in Prozent)	56,7	57,1	47,5	51,7	66,0	87,6	14,7	32,5	25,0	11,4	28,9	30,2
+ Schulkinder unter 11 Jahren, Quote der Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen	59,2	60,5	80	72,9	77,1	80	7,2	32	16	6,7	1	12,9
+ Anteil der Schüler in Ganztageschulen	31	13	43	39	69	52	20	45	5	5	25	5
+ Kontinuität der weiblichen Erwerbsbeteiligung	1,19	1,17	1,16	1,08	1,16	1,17	1,08	1,05	1,08	1,10	1,08	1,11
- Prozent der nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 3 Jahren	36,1	30,4	40,0	27,0	31,6	33,7	39,8	43,8	57,6	45,6	49,0	39,6
+ 35- bis 45-jährige Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige beziehen	5,0	5,6	7,1	5,7	4,2	5,1	21,8	16,7	14,0	28,2	30,7	23,7
Geschlechtergleichheit												
+ Frauenanteil an gymnasialer Bildung	57,4	54,5	52,8	52,8	54,7	55,4	47,3	47,5	59,9	53,2	52,7	53,7
+ Frauenanteil an der akademischen Bildung	49,6	50,7	55,1	55,1	47,5	55,3	51,6	60	63,4	52,2	48,7	47,2
+ Frauenanteil in den Parlamenten der Landesregierungen	22,5	32,4	31,5	42,0	28,8	26,5	34,7	35,2	39,3	29,6	27,1	25,4

Anmerkungen: Soweit nicht extra ausgewiesen, Daten von 2008; eigene Darstellung

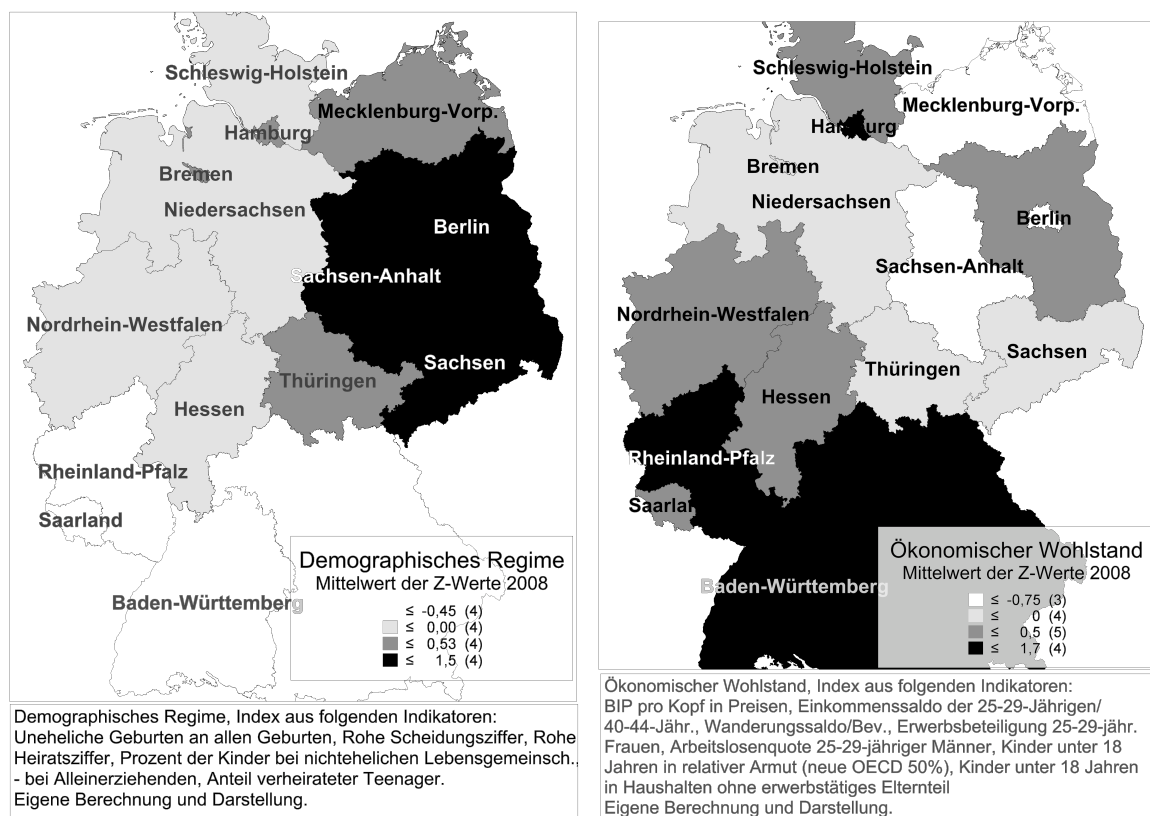
Der makrostrukturelle Blick auf die Geburtenrate

Richtung des Zusammenhangs	Rheinl.- Pfalz	Saarland	Baden- Württemb.	Bayern	Quellen
Demographisches Regime					
TFR	1,37	1,25	1,37	1,36	Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Daten auf Anfrage
+ Uneheliche Geburten an allen Geburten (2007)	23,9	27,4	20,4	23,7	ders.
+ Rohe Scheidungsziffer	2,54	2,65	2,12	2,20	ders. Anm.: Ehescheidung je 1.000 Einwohner;
+ Prozent der Kinder unter 18 Jahren bei Nichtehelichen					eigene Auswertungen MZ SUF File 2008
+ Lebensgemeinschaften	5,4	5	4,8	4,9	
+ Prozent der Kinder unter 18 Jahren bei Alleinerziehenden	15,5	16,9	12,4	14,4	eigene Auswertungen MZ SUF File 2008
- Rohe Heiratsziffer	5,0	4,8	4,5	4,6	Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Anm.: Eheschließungen je 1.000 Einw.
- Verheiratete Teenager	1,55	1,66	1,13	1,04	ders.: 19-jährige verheiratete Frauen an allen 19-J., eigene Berechnungen
Ökonomischer Wohlstand					
+ Bruttoinlandprodukt pro Kopf	26170	29573	33655	34965	... in jeweiligen Preisen je Einw. in € (2008), in: Statistische Ämter der Länder (2010)
+ Einkommenssaldo 25-29-jähriger/40-44-jährigen	94,4	93,6	95,5	98,9	eigene Auswertungen MZ SUF File 2008; gewichtetes Haushaltsnetto neue OECD
+ Wanderungssaldo gewichtet an der jeweiligen					
+ Bevölkerung in 1.000	-1,0	-1,7	1,2	2,1	Statistisches Bundesamt Wiesbaden, gewichtet an der Bev. des BL in 1.000
+ Erwerbsbeteiligung 25- bis 29-jähriger Frauen	75,2	71,1	76,9	77	eigene Auswertungen MZ SUF File 2008
- Arbeitslosenrate 25-bis 29-jähriger Männer	4,4	6,1	3,9	3,9	ders.
- Kinder unter 18 Jahren in relativer Armut	6,5	4,8	3,4	4,1	ders.: weniger als 50 % des Medians des gesamtdeutschen Haushaltsnettos
- Kinder unter 18 Jahren in Haushalten ohne Erwerbstätige	8,9	9,1	5,7	6,2	ders.
Vereinbarkeit von Beruf und Familie					
+ Besuchsquote - Kinder unter 3 Jahren in Kitas oder	17,5	15,1	15,7	15,7	in Statistische Ämter (2010): S.8 und A3 Anhang
+ öffentlich geförderter Tagespflege (2009)					
+ 3- bis 6-jährige Kinder in kommunaler Ganztagsbetreuung	30,0	22,5	10,3	19,3	in ders., Anm.: Ganztagsbetreuung der Kinder: mehr als 7 Stunden
(in Prozent)					
+ Schulkinder unter 11 Jahren, Quote der Inanspruchnahme	5,4	5,4	6,2	13,5	in KomDat, 2010(3):S5
+ von Tageseinrichtungen	15	13	24	5	Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010:74
+ Anteil der Schüler in Ganztageschulen					eigene Auswertungen MZ SUF File 2008, Anm.: die Erwerbsbeteiligung 40- bis 44-jähriger Frauen im Verhältnis zu der Erwerbsbeteiligung 25- bis 29-jährigen Frauen
+ Kontinuität der weiblichen Erwerbsbeteiligung	1,06	1,06	1,05	1,05	eigene Auswertungen MZ SUF File 2008
- Prozent der nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern unter	39,5	41,6	35,4	37,5	
- 3 Jahren					
+ 35- bis 45-jährige Frauen, die ihren überwiegenden	27,2	23,4	27,1	25,9	ders.
+ Lebensunterhalt durch Angehörige beziehen					
Geschlechtergleichheit					
+ Frauenanteil an gymnasialer Bildung	51,8	55,3	51,4	50,7	ders.
+ Frauenanteil an der akademischen Bildung	56,8	47,4	48,4	53,7	ders.
+ Frauenanteil in den Parlamenten der Landesregierungen	35,6	26,9	18,1	31,6	eigene Recherche jeweilige Internetauftritte der Landesregierungen am 10.5.2011

Anmerkungen: Soweit nicht extra ausgewiesen, Daten von

Vergegenwärtigt man sich, dass die Krise der Ehe eine wesentliche Ursache für niedrige Geburtenrate sein soll, so sind die großen ost-westdeutschen Unterschiede bei gleichzeitig ähnlicher TFR recht erstaunlich. Die Krise der Ehe scheint sich im ost-westdeutschen Ländervergleich jedenfalls nicht negativ auf die TFR auszuwirken. Oder andersherum formuliert: Die vergleichsweise heile Lebenswelt der Kinder in Baden-Württemberg und Bayern scheint keinerlei positive Effekte auf die Geburtenrate insgesamt auszuüben, so dass auch in diesen Bundesländern die durchschnittliche Kinderzahl der Frauen mit nur 1,36 bzw. 1,37 Kindern gering bleibt.

Abbildung 24: Demographische und sozioökonomische Unterschiede zwischen den Bundesländern



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung. Zugrunde liegende Daten siehe Abbildung 23, Z-Werte siehe Abbildung 59 im Anhang.

Ökonomischer Wohlstand

In der zweiten Dimension wird der ökonomische Wohlstand des jeweiligen Landes betrachtet. Höherer Wohlstand wird in der demographischen Theorietradition direkt mit dem Wandel der Lebensformen hin zu alternativen Lebensmodellen in Verbindung gebracht. Erst wenn materielle Wünsche abgedeckt sind, kann der Postmaterialismus an Bedeutung gewinnen (Lesthaeghe 2010). Darüber hinaus spielt der Wohlstand für die Familiengründung eine wesentliche Rolle, denn aus einer Lebensverlaufsperspektive heraus wird in der Regel argumen-

tiert, dass Familiengründungen erst bei ökonomischer Selbstständigkeit und einem gewissen Maß an finanzieller Sicherheit erfolgen (Blossfeld et al. 2005). Zur Abbildung des ökonomischen Wohlstands wurde auf Ebene der Bundesländer das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (als Indikator für den ökonomischen Wohlstand insgesamt), das Einkommenssaldo der 25- bis 29-Jährigen im Verhältnis zu den 40-44-Jährigen (als Indikator für die finanzielle Unabhängigkeit und die Chancen der nachwachsenden Generation), das Wanderungssaldo (eine hohe Abwanderung ist ein Indikator für eine negative wirtschaftliche Entwicklung), die Arbeitslosenrate 25- bis 29-jähriger Männer sowie die Erwerbsbeteiligung 25- bis 29-jähriger Frauen herangezogen. Darüber hinaus wurde die Lebenswirklichkeit der Kinder beachtet: Kinder unter 18 Jahren in relativer Armut (pro Kopf gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen nach der neuen OECD Skala) sowie der Anteil der Kinder in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit sollten zumindest theoretisch im negativen Zusammenhang mit der Höhe der Geburtenrate stehen, da heute die Qualität des Lebens mit Kindern eine immer wichtigere Rolle spielt und Frauen ihre Kinderzahl zumindest theoretisch einschränken, wenn keine finanzielle Basis gegeben ist.

Die Abweichungen einzelner Bundesländer bezüglich der Mittelwerte der Z-Werte sind beim „ökonomischen Wohlstand“ im Vergleich zum „demographischen Regime“ größer. Den größten Wohlstand weisen die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz auf. Dort, wo der Ehe noch die größte Bedeutung zukommt, ist auch das Wohlstandsniveau am höchsten. Der Zusammenhang zwischen Wohlstand, Privateigentum, Erbe und Ehe wurde bereits 1884 von Engels aufgezeigt und scheint – zumindest im Vergleich der 16 Bundesländer – bis heute Gültigkeit zu besitzen. Denn wer nichts zu vererben hat, muss auch nicht heiraten. Wie auch schon beim Indikator „Demographisches Regime“ sind die großen innerdeutschen Unterschiede in der Dimension „Ökonomischer Wohlstand“ bei gleichzeitig ähnlicher TFR zwischen den Bundesländern jedoch erstaunlich – Auch ein höherer ökonomischer Wohlstand scheint sich nicht positiv auf die durchschnittliche Geburtenrate des jeweiligen Bundeslandes auszuwirken.

Deutliche negative Abweichungen vom ökonomischen Durchschnitt weisen die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin in Bezug auf die Arbeitslosenquote der 25- bis 29-jährigen Männer auf, in Berlin ist gleichzeitig das Nettoeinkommen (Haushaltsnetto, gewichtet an der neuen OECD-Skala) der Jüngeren im Verhältnis zu den Älteren extrem niedrig. Aber auch der Anteil der Kinder unter 18 Jahren in relativer Armut (mit we-

niger als 50 Prozent des Medians des Pro-Kopf gewichteten Haushaltsnettoeinkommens¹⁸) ist in den neuen Bundesländern wie auch in Bremen deutlich höher, gleichzeitig ist das innerdeutsche Wanderungssaldo (gewichtet an der jeweiligen Bevölkerung des Bundeslandes in 1.000) in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt nach wie vor stark negativ, während Hamburg in Bezug auf seine Größe deutlich profitiert. Das negative Wanderungssaldo muss als Zeichen für schlechtere Berufs- und Erwerbschancen gedeutet werden und steht auch in deutlicher Korrelation zur Höhe der Arbeitslosigkeit. Brandenburg weist bezüglich des ökonomischen Wohlstands als einziges ostdeutsches Bundesland annähernd durchschnittliche Werte auf: Seine negative Abweichung des Z-Wertes beim BIP wird vor allem durch positive Werte der Erwerbsbeteiligung 25- bis 29-jähriger Frauen und ein positives Einkommenssaldo der 25- bis 29-jährigen im Verhältnis zu den 40- bis 44-jährigen wieder ausgeglichen. Bezüglich der anderen Variablen liegt Brandenburg eher neutral, so dass Brandenburg als einziges ostdeutsches Bundesland nicht negativ vom bundesdeutschen Durchschnitt abweicht.

Im Bundesländervergleich erscheint der Zusammenhang zwischen dem demographischen Regime und ökonomischen Wohlstand teils widersprüchlich zu den Ausarbeitungen von Kaas (1987) und Lesthaeghes (2010) auf. Gehen diese davon aus, dass der Wertewandel ab einem bestimmten Wohlstandsniveau stattfindet, zeigt sich im Bundesländervergleich, dass ein höheres Wohlstandsniveau nicht zur Auflösung der Ehe führt. Es scheinen eher die Ausarbeitungen Engels (1884) bestätigt, dass Wohlstand und Ehe korrelieren. Gleichzeitig wird deutlich, dass trotz recht gegensätzlich ausgeprägter Regime die TFR auf Bundeslandsebene annähernd gleich ist. Kurz gesagt: Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zum Westen nach wie vor schwächer ist und obwohl der demographische Wandel vor allem im Hinblick auf das Verschwinden der Ehe hier deutlich ausgeprägter ist, ist die Geburtenrate in den ostdeutschen Bundesländern genauso hoch und zum Teil sogar geringfügig höher als in den alten Bundesländern.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie - Defamilialisierung

In der dritten Karte wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrachtet. Hier wurden insbesondere Faktoren berücksichtigt, die zur Defamilialisierung der Frau führen, der Frau also ein unabhängiges Leben ermöglichen, auch während die Kinder klein sind. Folgende Faktoren wurden berücksichtigt: die Besuchsquote von Kindern unter drei Jahren in Kinder-

¹⁸ Für die Bestimmung der Höhe der relativen Armut wurde nur ein Median für Gesamtdeutschland bestimmt. Aufgrund des regional stark unterschiedlichen Einkommens- und Ausgabenniveaus wäre eine differenziertere Betrachtung unter Umständen geeigneter (Bertram et al. 2011).

tageseinrichtungen oder öffentlich geförderter Tagespflege, der Anteil drei bis sechsjähriger Kinder in Ganztagsbetreuung, die Quote der Inanspruchnahme von Horten für Schulkinder unter elf Jahren, der Anteil der Kinder in Ganztagschulen, die Kontinuität der weiblichen Erwerbsbeteiligung (die Erwerbsbeteiligung 40- bis 44-jähriger Frauen im Verhältnis zu der Erwerbsbeteiligung 25- bis 29-jährigen Frauen), der Anteil der nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern unter drei Jahren sowie der Anteil 35- bis 45-jähriger Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch den Ehemann beziehen. Für diese Dimension zeichnet sich eine klare ost-westdeutsche Trennung ab.

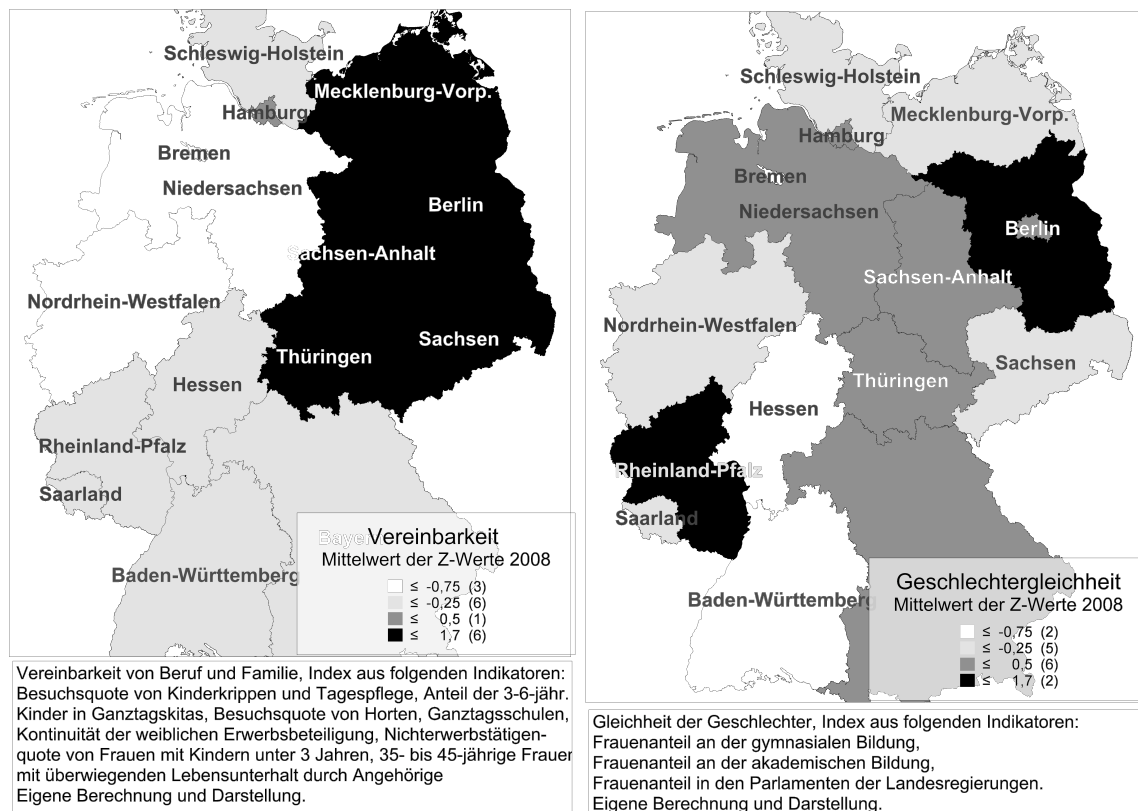
Es wurde bereits dargelegt, dass infrastrukturelle Elemente der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Erbe der DDR bis heute in den neuen Bundesländern besser ausgebaut sind als in den alten, während letztere auch im internationalen Vergleich ein nur geringes Angebot an Infrastruktur bereitstellen. Entsprechend variiert der durchschnittliche Z-Wert stark und ist mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern in allen ostdeutschen Bundesländern größer als eins. Werte kleiner als minus 0,7 bestehen in Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und in Bayern, wo nur ein geringer Teil der Kinder in institutionellen Betreuungsarrangements unterkommt. Gleichzeitig bezieht hier ein vergleichsweise hoher Prozentsatz von 35- bis 45-jährigen Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch den Ehemann, die Abhängigkeit kindererziehender Frauen ist also hoch und die Defamilialisierung weniger fortgeschritten. Und so gilt auch bei dieser Dimension wie schon bei den beiden zuvor dargestellten die Erkenntnis, dass trotz eines extrem unterschiedlichen Angebots an Infrastruktur für Kinder letztlich die Geburtenziffern auf Ebene der Bundesländer gleich hoch sind. Das heißt: Obwohl in Bayern und Baden-Württemberg offensichtlich eine größere Anzahl von Männern bereitstehen, die ein Ernährergehalt verdienen und ihren Frauen ermöglichen, mit Kindern zu Hause zu bleiben, kommen hier nur 1,37 Kinder pro Frau zu Welt. Und obwohl in den neuen Bundesländern die infrastrukturellen Angebote für Kinder – auch in Form der Ganztagsbetreuung – wesentlich verbreiteter sind, beschränken sich auch hier die Frauen im Schnitt auf 1,4 Kinder.

Gleichstellung

Als letzte Dimension wurde die Gleichstellung betrachtet: Einerseits gilt ein höheres Bildungsniveau der Frauen als Ursache für niedrigere Geburtenraten, da höher gebildete Frauen später in die Elternschaft einsteigen. Allerdings, wie im theoretischen Teil für Schweden beschrieben, kann sich dieser Zusammenhang auch auflösen. Höher gebildete Frauen arbeiten

unter Umständen in familienfreundlicheren Berufen und können sich so die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leichter gestalten. Hinzu kommt die feministische Argumentation, dass wenn Frauen an Universitäten und in den Landesparlamenten präsent sind, die Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie öffentlich wirksamer diskutiert werden, so dass auch eher Lösungsmöglichkeiten umgesetzt werden können. Ein höherer Frauenanteil an den Gymnasien, an den Universitäten und im Parlament sollte daher letztendlich im positiven Zusammenhang zur TFR stehen: Einerseits können Frauen hier ihre Bildungschancen besser wahrnehmen, es eröffnen sich ihnen bessere Berufschancen nicht zuletzt auch für familienfreundlichere Berufe und drittens werden bei einem höheren Frauenanteil im Parlament eher frauenpolitische Forderungen laut.

Abbildung 25: Bundesländer nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Gleichstellung



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung. Zugrunde liegende Daten siehe Abbildung 23, Z-Werte siehe Abbildung 59 im Anhang.

Für diese Dimension wurden daher auf Ebene der Bundesländer die Frauenanteile an der gymnasialen Bildung und an der akademischen Bildung verglichen. Zusätzlich wurde der Frauenanteil in den Parlamenten der jeweiligen Landesregierungen recherchiert (Stand 10.5.2011). Gewinner in dieser Dimension sind die Bundesländer Brandenburg und Rheinland-Pfalz, Verlierer sind Baden-Württemberg und Hessen. Mit dem erstmaligen Wechsel der

baden-württembergischen Landesregierung hin zu Rot Grün könnten sich hier die Frauenquoten im Parlament, die bis dato mit nur 18 Prozent die niedrigste im Vergleich aller Bundesländer war, angleichen. Allerdings bleibt der Anteil der Frauen an der akademischen Bildung unterdurchschnittlich, so dass sich Baden-Württembergs Position auch unter Berücksichtigung der Frauenquote der neuen Landesregierung nicht wesentlich verbessern würde. Brandenburgs gutes Abschneiden wird zum Großteil durch seine hohe Frauenquote im Landesparlament von 42 Prozent erklärt. Deutlich wird, dass sich in Bezug auf die Gleichstellung der Frauen keine klare ost-westdeutsche Teilung ergibt. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Frauenquote mit 22 Prozent im Parlament ähnlich niedrig wie in westdeutschen Landesparlamenten. Höhere Frauenquoten von über 30 Prozent weisen die Bundesländer Bremen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Schleswig-Holstein und Bayern auf, so dass sich auch bezüglich der parteipolitischen Regierungsform kein klares Bild ergibt. Deutlich wird außerdem, dass die Frauenquote in den Landesregierungen in keinem Zusammenhang zur infrastrukturellen Ausstattung des Bundeslandes in Bezug auf das Angebot der Kinderbetreuung steht. Die weibliche Bildungs- und Regierungsbeteiligung scheint darüber hinaus auch nicht vom demographischen Regime und auch nicht vom ökonomischen Wohlstand des Landes abhängig zu sein. Frauenpolitisch wird deutlich, dass obwohl Mädchen außer in Hamburg in allen Bundesländern mehr als die Hälfte aller Schülerinnen an Gymnasien darstellen und somit mehr Mädchen als Jungen den Hochschulzugang erhalten, sie in Niedersachsen, Hessen, im Saarland und in Baden-Württemberg seltener studieren als Jungen. Aber auch an der Universität sind die geschlechtlichen Unterschiede bei der Bildungsbeteiligung nicht dramatisch, sondern variieren um die 50 Prozent. Umso erstaunlicher ist es dann, dass nur rund ein Drittel der Sitze in den Landesparlamenten von Frauen besetzt wird. Dieser Fakt erscheint insofern von Bedeutung, als dass Frauen trotz hoher Bildungsbeteiligung am politischen Gestaltungsprozess nach wie vor nur wenig beteiligt sind. Gleichzeitig scheint der Frauenanteil in den Landesparlamenten keinen systematischen Einfluss auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuüben. Diese ist eher aus kulturellen Traditionen und in Folge der familienpolitischen Ausrichtung der DDR in den neuen Bundesländern bis heute anders organisiert.

Im Fazit zeigt sich, dass die Geburtenrate relativ unabhängig zu den oben genannten Faktoren steht. Trotz deutlicher Unterschiede zwischen den Bundesländern im Hinblick auf das demographische Regime, den ökonomischen Wohlstand, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Varianzen auch im Hinblick auf die Geschlechtergleichheit variiert die Geburtenrate zwischen den Bundesländern kaum. Diese Erkenntnis macht die Notwendigkeit deutlich, nach

Geburtenmustern zu differenzieren, aber auch die Präferenzen der Frauen differenziert zu betrachten. Das Beispiel der neuen Bundesländer zeigt, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie anscheinend nicht zwangsläufig zu Geburtenziffern um das Reproduktionsniveau führt, so wie es die internationale Literatur suggeriert. Als Fazit kann aus dem Bundesländervergleich mitgenommen werden, dass eine unabhängigere Stellung der Frau, alternative Lebensformen und ökonomischer Reichtum nicht zwangsläufig zu höheren durchschnittlichen Kinderzahlen führen.

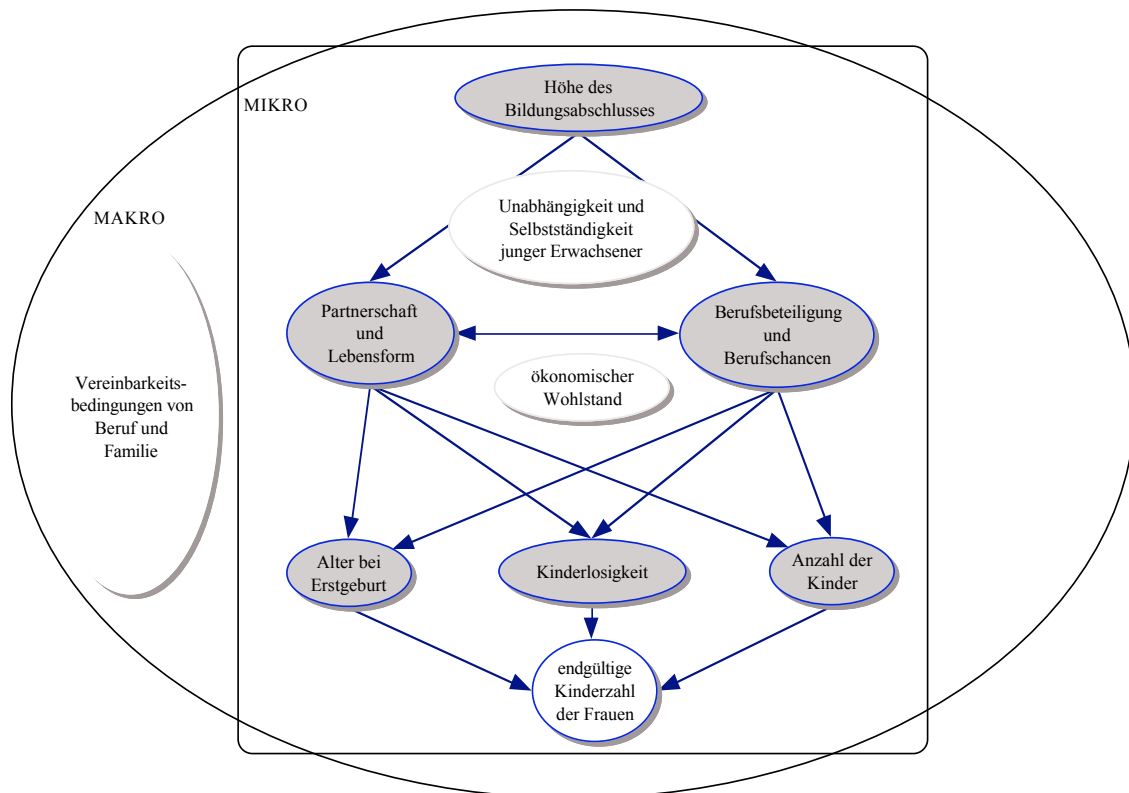
Eine weitere Differenzierung der Geburtenmuster nach der Anzahl der von den Frauen geborenen Kinder und dem Alter der Mutter bei Geburt der Kinder erscheint darüber hinaus unumgänglich. Nur so können bestehende Reproduktionsmuster aufgedeckt werden um im Fazit zu fragen, mit welchen Stellschrauben eine Erhöhung der Geburtenrate möglich wäre. Denn wenn wie in den alten Bundesländern zwar die Absicherung der Frauen über den Ehemann häufiger gegeben ist, gleichzeitig aber eine kontinuierliche Müttererwerbstätigkeit aufgrund eines Mangels an infrastrukturellen Unterstützungsleistungen von den Familien nur vergleichsweise selten umgesetzt wird, dann ist die Geburtenrate offensichtlich niedrig. Andererseits bleibt die Geburtenrate aber auch in den neuen Bundesländern niedrig, wenn die ökonomische Perspektive fehlt. So bestimmen auf der Ebene der Bundesländer offensichtlich unterschiedliche Einflussfaktoren die Höhe der Geburtenrate, in der Summe ergeben sich jedoch die gleichen niedrigen Kinderzahlen pro Frau.

Im mikroanalytischen Teil sollen daher die Präferenzen der Frauen wieder aufgegriffen werden. Denn es wurde die These aufgestellt, dass nur wenn Frauen ihr Leben zwischen Beruf und Familie frei wählen können und auch die Möglichkeit haben, ihre Lebensform nach dem Alter der Kinder zu variieren, Kinderwünsche entwickelt und umgesetzt werden. Die Makroanalyse verdeutlicht darüber hinaus die Notwendigkeit, die Lebensformen und Kinderzahlen der Frauen auf der Individualebene zu betrachten. Denn auf der makrostrukturellen Ebene der Bundesländer zeigen sich zwar große Unterschiede von Einflussfaktoren, die theoretisch die Höhe der Geburtenrate bestimmen, gleichzeitig wird die durchschnittliche Kinderzahl auf Bundesländerebene davon jedoch kaum tangiert.

Auf der Mikroebene – so die zu prüfende These – variiert die Kinderzahl aber durchaus mit diesen Merkmalen. Denkbar wäre es daher, dass beispielsweise eine Erwerbstätigkeit der Mutter in Vollzeit in den westdeutschen Bundesländern mit deutlich geringeren Kinderzahlen einhergeht als in den ostdeutschen Bundesländern. Gleichzeitig könnte die geringe Geburten-

rate der in Vollzeit erwerbstätigen Frauen im Westen durch einen höheren Anteil von Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt vom Ehemann beziehen, ausgeglichen werden. Im Osten hingegen wird dieses Lebensmodell nach wie vor seltener gelebt. Daher soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, inwieweit Zusammenhänge auf der Individualebene im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern teils recht unterschiedlich ausgeprägt sind und trotzdem zu ähnlichen Ergebnissen betreffs der durchschnittlichen Kinderzahl führen.

Abbildung 26: Idealtypische Einflussfaktoren auf die Geburtenrate



Quelle: Eigene Darstellung.

Eine Analyse der Kinderzahlen auf Mikroebene – unter Berücksichtigung von sozialstrukturellen Merkmalen – erscheint daher dringend geboten. Die Abbildung 26 verbildlicht idealtypisch die Einflussfaktoren, die auf der Mikroebene betrachtet werden sollen. Dazu zählt die Höhe des Bildungsabschlusses, die im direkten Zusammenhang zur Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der jungen Erwachsenen steht. Ein höherer Bildungsabschluss wird in der Literatur stets mit späterer Erwerbstätigkeit und folglich auch späterer finanzieller Unabhän-

gigkeit in Verbindung gebracht. Eine spätere ökonomische Selbstständigkeit wiederum führt, zumindest theoretisch, zum Aufschub der Eheschließung und damit auch der Kindsgeburt.

Darüber hinaus bestimmen sowohl das durchschnittliche Alter der Frauen bei Geburt, der Anteil kinderloser Frauen als auch die Anzahl der geborenen Kinder die endgültige Kinderzahl der Frauen, so dass die Kinderzahl differenziert dargestellt werden muss. Gleichzeitig soll überprüft werden, ob auch ein Zusammenhang zu den Vereinbarkeitsbedingungen von Beruf und Familie besteht, so dass sich im Vergleich der alten und neuen Bundesländer auf der Individualebene bedeutsame Unterschiede nach ausgewählten soziostrukturellen Merkmalen aufzeigen lassen müssten. In der folgenden empirischen Analyse auf Individualebene wird daher stets zwischen den alten und den neuen Bundesländern differenziert.

Besonders aufschlussreich sind die Entwicklungen im Zeitverlauf: Sind auch innerhalb gleicher sozialstruktureller Muster die Geburtenraten gesunken oder ist der Rückgang der Kohortenfertilität lediglich auf einen veränderten Anteil von Frauen in bestimmten Gruppen zurückzuführen? Noch 1989 fragt Beck-Gernsheim:

„Haben jene Entscheidungsmuster gleichermaßen Bedeutung für die verschiedenen Generationen von Frauen – oder *gibt es vielleicht historische Trendverschiebungen zwischen den Generationen?* Sind für die Pionierfrauen andere Lösungsmuster typisch als für die Frauen, die heute eine Karriere versuchen?
Eine empirisch gesicherte Antwort darauf gibt es noch nicht, denn es fehlt eine genaue Aufarbeitung von Daten und Biografien“ (Beck-Gernsheim 1989:208).

Heute bieten bereitgestellte Scientific Use Files verschiedener Mikrozensen die Möglichkeit, die Erwerbskarrieren und Kinderzahlen von Frauen auch im Zeitverlauf zu testen. Im folgenden Schritt wird die der Analyse zugrunde liegende Datenlage geklärt.

5. Datenlage und Methodik

Der Mikrozensus ist die größte Repräsentativerhebung in Deutschland. Die Befragung findet jährlich an einem Prozent der deutschen Bevölkerung statt, die Teilnahme ist verpflichtend. Bereit gestellte Scientific Use Files im Umfang von 70 Prozent der Stichprobe (und damit 0,7 Prozent der Bevölkerung) ermöglichen die Nutzung der Daten auch für wissenschaftliche Projekte. Der Mikrozensus liefert „statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte, die Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche...“ (Statistisches Bundesamt Wiesbaden 2011a). Damit bietet sich der Mikrozensus für die vorliegende Fragestellung an. Seine besonderen Vorteile sind einerseits die große Datenbasis, die kleinteilige Differenzierungen möglich macht und andererseits seine Vergleichbarkeit über die Zeit. Der Mikrozensus ist als replikativer Survey aufgebaut. In Bezug auf die vorliegende Fragestellung des Zusammenhangs zwischen strukturellem Wandel und Fertilität weist der Mikrozensus eine Schwierigkeit auf, welche methodisch jedoch gelöst werden soll.

Direkt nach der Anzahl der tatsächlich geborenen Kinder wird erst ab dem Jahr 2008 gefragt: Alle weiblichen Befragten zwischen 15 und 75 Jahren können nun auf freiwilliger Basis ihre tatsächliche Kinderzahl angeben. Die Ergebnisse nach Parität und Kohorten wurden 2010 veröffentlicht (Dorbritz, siehe Kap. 2.3) und können nun den blinden Fleck der Forschung zum Thema Geburtenentwicklung beheben. Denn über die tatsächliche Anzahl der von den Frauen geborenen Kinder bestand vorher in den wissenschaftlichen Debatten keine Einigkeit. Beispielsweise schlussfolgerte Kreyenfeld (2002) nach dem Vergleich verschiedener Datensätze (Mikrozensus, SOEP, Family and Fertility Survey): „Again, the question emerges which of the estimations are closer to the ‚true‘ parity distribution in West Germany“ (Kreyenfeld 2002: 342). Die Änderung des Mikrozensusgesetzes von 2005 mit Wirkung zum 1. Januar 2008 wird daher in der demographischen Fachwelt als großer Erfolg gewertet:

„The groundbreaking changes in the law will enable researchers to generate important structural fertility indicators, such as the mean age at first birth. The postponement of first birth is one of the most important changes in fertility behavior of the recent years (Sobotka 2004a; Billari et al. 2006). Germany has been a forerunner in this development, but official indicators documenting this process were lacking“ (Kreyenfeld et al. 2009 :3).

Aber auch mit diesen neuen Daten lassen sich nicht ad hoc kohortenspezifische Analysen durchführen: So wird zwar die Zahl der leiblichen Kinder abgefragt, das Alter der Kinder wird jedoch nach wie vor nur für die im Haushalt lebenden Kinder erhoben. Möchte man also die TFR um ihre Tempoeffekte bereinigen (Lutz et al. 2008; Luy/Pötzsch 2010), ergibt sich

für die benötigte Variable des Alters der Frauen bei Geburt nach Reihenfolge der Kinder keine Verbesserung der Datenlage. Trotzdem bleibt fraglich, warum zur Berichtigung der TFR nicht auch auf Daten des Mikrozensus zurückgegriffen wird, zumal mit der ab 2008 gestellten Frage nach der tatsächlichen Kinderzahl die Daten der Kinder im Haushalt mit der freiwilligen Beantwortung der tatsächlichen Kinderzahl abgeglichen werden können. Die Validität der Kinderzahlen wird im Kapitel 5.1 ausgeführt.

Der Blinde Fleck – wie viele Kinder haben die Frauen

Die Geburtenregister stellten bis 2008 keine Informationen über die Anzahl der Kinder, die Frauen im Laufe ihres Lebens gebären, bereit. Frühere amtliche Registerdaten lassen deshalb keine paritätsspezifischen Analysen zu: Die altersspezifischen Geburtenziffern wurden bis 2008 von den Standesämtern nur für verheiratete Frauen nach Kinderzahl differenziert. Liegt nun wie heute der Anteil der unehelichen Geburten an allen Geburten in einigen Bundesländern bei über 60 Prozent (Statistisches Bundesamt 2011), wird diese Statistik obsolet, weil sie ein Drittel der Kinder außen vor lässt. Im regionalen Vergleich weisen vor allem die ostdeutschen Bundesländer überdurchschnittlich hohe Quoten unehelicher Kinder auf. Berechnet man jedoch den Anteil der unehelichen Kinder für den Zeitraum 1990 bis 2004, dann zeigt sich, dass relational auch in den westdeutschen Bundesländern die Zahl der unehelichen Kinder deutlich anstieg (Statistisches Bundesamt, Daten auf Anfrage). Darüber hinaus waren die alten Daten der amtlichen Statistik aufgrund der gestiegenen Scheidungsquote unzuverlässig. Eine Frau, die in einer ersten Ehe ein Kind zur Welt bringt und dann nach einer Scheidung in einer zweiten Ehe erneut Mutter wird, hatte in der amtlichen Statistik zwei erste Kinder. Eine neue Datenbasis, in der die Reihenfolge der Kinder für alle leiblichen Kinder der Mutter gezählt wird, wurde daher immer dringender benötigt.

Das Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes (MZGuBevStatGÄndG) trat zum 1. Januar 2008 in Kraft. Damit wurde das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsstatistikgesetz - BevStatG) dahingehend erweitert, dass die Zahl der geborenen Kinder in der Registerstatistik nicht mehr wie bis dahin nur für eheliche Kinder gezählt wird und dass darüber hinaus auch der Geburtstag des vorangegangenen Kindes der Mutter und die Geburtenfolge in Bezug auf alle Kinder der Mutter erfasst werden sollen¹⁹. Zwar erfolgte die Umstellung schon 2008, jedoch sei die Datenqualität noch mangelhaft, die Daten werden da-

¹⁹ Eltern sind gesetzlich verpflichtet, die Geburt des Kindes beim Standesamt zu melden.

her laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes noch nicht veröffentlicht. Laut mündlicher Auskunft wurde darauf verwiesen, dass die Reihenfolge erst ab 2008 und nicht rückwirkend gezählt wird, was dem geänderten Bevölkerungsstatistikgesetz widerspräche. So war die Umstellung der Statistik aus demographischer Sicht zwar erfreulich, verlässliche Zahlen werden jedoch erst dann vorliegen, wenn eine ganze Kohorte ihren Reproduktionszyklus im neuen System der Registerzählung durchlebt hat. Darüber hinaus wird im Standesamt lediglich das Kind gezählt; neben dem Alter der Mutter (und gegebenenfalls des Vaters) sowie der Religion (freiwillige Angabe) werden keine weiteren Merkmale erhoben, so dass sozialstrukturelle Analysen mit diesen Daten nicht möglich sind.

5.1. Vergleich des Mikrozensus mit der Geburtenstatistik

Deshalb werden in der vorliegenden Studie die Mikrozensus 1973 bis 2004 dahingehend überprüft, inwieweit sie zur Beschreibung der Kinderzahlen geeignet sind. Es wird davon ausgegangen, dass sich die im Mikrozensus abgefragten Kinder in der Familie in ihrer Summe nur unwesentlich von der Kinderzahl der Frauen aus der Statistik der Standesämter unterscheiden. Zwar wachsen in Deutschland heute rund 1,5 Millionen Kinder in sogenannten Patchworkfamilien auf, jedoch verbleibt der Großteil der Scheidungskinder bei ihren Müttern (Tazi-Preve 2008; Steinbach 2008). Da nach Änderung des Mikrozensusgesetzes erst seit dem Mikrozensus 2008 nach der Zahl der leiblich geborenen Kinder gefragt wird, sollen nun die Abweichungen der Kinder im Haushalt (MZ 1973-2004) von den Daten der Standesämter (Altersspezifische Geburtenraten) überprüft werden. Sollte sich herausstellen, dass die Abweichungen gering und über die Zeit konstant sind, dann können auch die Kinder im Haushalt bzw. die Kinder in der Familie bezüglich fertilitätsspezifischer Fragestellungen ausgewertet werden. Dies hätte den wesentlichen Vorteil, dass sozioökonomische Merkmale über die Zeit vorliegen würden. Zwar wurden 2008 auch 75-jährige Frauen nach der Anzahl ihrer tatsächlich geborenen Kinder gefragt, ansonsten wird aber ihre Lebensform und ihr sozioökonomischer Status für 2008 erhoben, als sie 75 Jahre alt waren. Wichtig wäre es jedoch, ihre Lebensform und ihren sozioökonomischen Status auch für die Zeit zu kennen, als ihre Kinder klein waren. Würde in der geplanten Untersuchung nur der Mikrozensus 2008 berücksichtigt, da hier die tatsächliche Kinderzahl im Gegensatz zu früheren Erhebungen abgefragt ist, könnten keinerlei Vergleiche über die Zeit angestellt werden. Nur wenn der Vergleich der tatsächlichen Kinderzahl mit den früheren „Kindern im Haushalt bzw. in der Familie“ valide Ergebnisse liefert, lassen sich Aussagen im Zeitvergleich treffen und die Lebensformen verschiedener Kohorten im reproduktiven Alter vergleichen.

Nur so kann bspw. die „Kontinuitätshypothese“ überprüft werden, laut der innerhalb gleicher Bildungs- und Lebensmuster nur ein geringfügiger Wandel stattfand, während die Änderung der Gruppengrößen jedoch wesentlichere Effekte auf die Fertilität hat. Für die 75-jährige Frau ist 2008 jedoch nur noch ihr aktueller Erwerbsstatus erfasst (Nichterwerbsperson), ein Kohortenvergleich wäre unter Berücksichtigung nur einer einzelnen Mikrozensususerhebung daher nicht möglich. Nur wenn der Vergleich der Kinder im Haushalt zu den leiblichen Kindern im Vergleich zu den Altersspezifischen Geburtenraten der Standesämter konstante und geringfügige Abweichungen liefert, können Quantum- und Timing-Effekte der deutschen Geburtenrate, differenziert im Zeitverlauf nach ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen, dargestellt werden – Dies soll im empirischen Teil geleistet werden.

Die in den älteren Mikrozensen erfragten „Kinder im Haushalt“ den leiblichen Kindern gleichzustellen, ist jedoch methodisch umstritten. Und obwohl Wirth und Dümmler (2005) zeigen konnten, dass die durch die Haushaltsfrage entstehende Verzerrung durch eine Eingrenzung der Kohorten minimiert werden kann, wurde der Mikrozensus deshalb in der demographischen Literatur zur Betrachtung der Kinderzahlen in der Regel nicht verwendet. Das Argument, dass der Mikrozensus keine Informationen über die leiblichen Kinder erfragt, sondern „nur“ die im Haushalt lebenden Kinder erfasst, hatte stets ein größeres Gewicht (Hullen 2003:26). Und so wurde dem Familiensurvey, der zwar an der amtlichen Statistik gewichtet werden muss, weil er Frauen mit Kindern überrepräsentiert, gegenüber dem Mikrozensus betreffs Aussagen über die tatsächliche Kinderzahl der Frau Priorität eingeräumt: „Eine mögliche Verzerrung muss angesichts deutlicher Vorzüge des Surveys wohl in Kauf genommen werden. Der Familiensurvey gibt anders als der Mikrozensus (...) Angaben über alle Kinder wieder“ (Hullen 2003:26). Kreyenfeld führte 2002 einen Vergleich der paritätsspezifischen Kinderzahl im Mikrozensus 1997 mit Daten der amtlichen Statistik (Reihenfolge der ehelichen Kinder, bereinigt über eine Schätzmethode in Anlehnung an Birg (1990) sowie Daten vom Sozioökonomischen Panel (SOEP) und vom Family and Fertility Survey durch. Deutlich wird eine höhere Kinderlosigkeit der Befragten des Mikrozensus im Vergleich zu anderen Datensätzen (Kreyenfeld 2002). Allerdings prüft Kreyenfeld nur ein Erhebungsjahr des Mikrozensus, so dass die Validität des Mikrozensus im Vergleich zu den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern nicht getestet wurde. Die höhere Kinderlosigkeit wird durch das Auszugsverhalten der Kinder verursacht. Wirth und Dümmler (2005) konnten bereits zeigen, dass sich bei Betrachtung der optimalen Altersjahrgänge der Fehler der Überschätzung der Kinderlosigkeit minimieren lässt. Aufgrund der sehr hohen Fallzahlen im Mikrozensus ist es mög-

lich, die betrachteten Frauen jeweils auf die Maximumgruppen – also auf Geburtsjahrgänge mit den meisten Kindern in der Familie – einzugrenzen (vgl. Kap. 5.2).

In der vorliegenden Studie sollen deshalb die Mikrozensen 1973 bis 2008 für fertilitätsspezifische Analysen herangezogen werden. Die Validität der Ergebnisse wird an der amtlichen Geburtenregisterzählung (Altersspezifische Geburtenziffern werden in den Standesämtern erhoben und vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden gesammelt) geprüft. In einem ersten Schritt zur Prüfung der Kinderzahlen wurden für die Mikrozensen 1973, 1976, 1982, 1991, 1995, 2000, 2004 und 2008 die in der Familie lebenden Kinder pro Frau nach Geburtsjahr der Frau abgetragen²⁰. Zur Prüfung der Vergleichbarkeit der in der Familie lebenden Kinder pro Frau im Mikrozensus mit der amtlichen Geburtenstatistik wurden außerdem die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (vgl. Statistisches Bundesamt 2009) für die einzelnen Kohorten eingezeichnet. Deutlich wird, dass in allen Erhebungsjahren ab einem Alter der Frau von ungefähr 40 Jahren die Kinderzahl im Haushalt bzw. in der Familie wieder abnimmt, weil die Kinder den elterlichen Haushalt verlassen (vgl. Abbildung 27). Anschließend wurde aus jedem Erhebungsjahr die Gruppe der Frauen mit der maximalen Kinderzahl in der Familie ausgewählt, so dass die Abweichungen zur amtlichen Statistik möglichst minimal bleiben²¹.

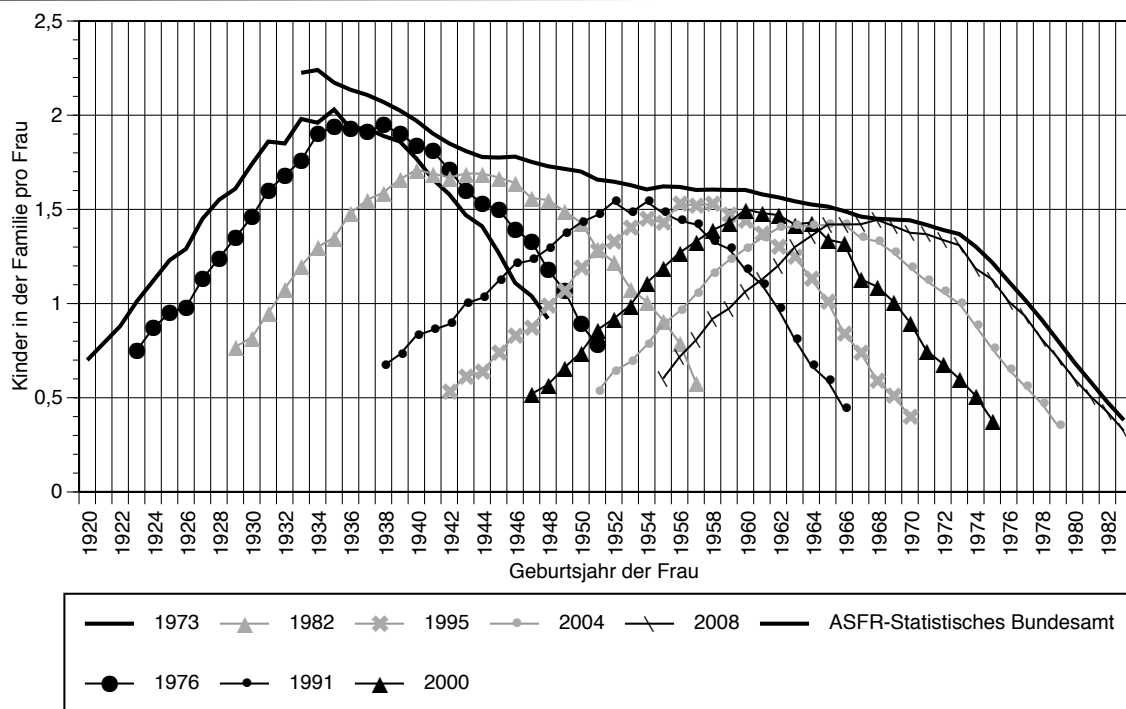
Bis zum Mikrozensus 2008 wird, wie erwartet, die tatsächliche Kinderzahl der Frauenkohorten unterschätzt, im Durchschnitt um 0,13 Kinder pro. Da in der vorliegenden Studie zwischen dem Mikrozensus 1982 und dem MZ 1991 eine größere Lücke besteht und daher auch bei den Frauen, die zwischen 1947 und 1951 geboren sind, in den alten Bundesländern größere Abweichungen zur tatsächlichen Kinderzahl auftreten, ist der Fehler der durchschnittlichen Unterschätzung der Kinderzahl nicht gleichmäßig für alle einzelnen Altersjahrgänge. Optimaler wäre eine Betrachtung jedes einzelnen Mikrozensus gewesen, was jedoch für die vorliegende Dissertation den Arbeitsaufwand überstiegen hätte. Im Mikrozensus 2008 liegen die in der Familie lebenden Kinder pro Frau und die Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern sehr nah beieinander, die Kinder im Haushalt überschätzen die Kinderzahl sogar leicht.

²⁰ Die Grundgesamtheit wurde in allen Jahren auf Privatbevölkerung am Hauptwohnsitz eingeschränkt. Kinder in der Familie können sowohl mit Haupt- als auch mit Nebenwohnsitz gemeldet sein.

²¹ Alte Bundesländer: für die Geburtsjahrgänge 1933 bis 1936 wurde der MZ 1973 benutzt, für die Jahrgänge 1937 bis 1942 der MZ 1976, für die Jahrgänge 1943 bis 1949 der MZ 1982, für die Jahrgänge 1950 bis 1955 der MZ 1991, für die Jahrgänge 1956 bis 1959 der MZ 1995, für die Jahrgänge 1960 bis 1964 der MZ 2000 für die Jahrgänge 1965 bis 1966 der MZ 2004 und für die Jahrgänge 1967 bis 1971 der MZ 2008.

Neue Bundesländer: Für die Jahrgänge 1954 bis 1958 wurde der MZ 1991 benutzt, für die Jahrgänge 1959 bis 1963 der MZ 1995, für die Jahrgänge 1964 bis 1967 der MZ 2000, für die Jahrgänge 1968 bis 1969 der MZ 2004 und für die Geburtsjahrgänge 1970 bis 1972 der MZ 2008.

Abbildung 27: Die Mikrozensus Scientific Use Files 1973, 1976, 1982, 1991, 1995, 2000, 2004 und 2008 nach Kinder in der Familie pro Frau und Geburtsjahr der Frau – Vergleich Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern



Quelle: eigene Berechnungen Scientific Use Files der Mikrozensus 1973, 1976, 1982, 1991, 1995, 2000, 2004 und 2008.
 Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991, früheres Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 2001 ohne Berlin-West)
 Hinweise: Die Kinder in der Familie wurden pro Frauen gerechnet, die die Stellung "Familienvorstand" oder "Ehefrau des Familienvorstandes" im Mikrozensus aufwiesen.

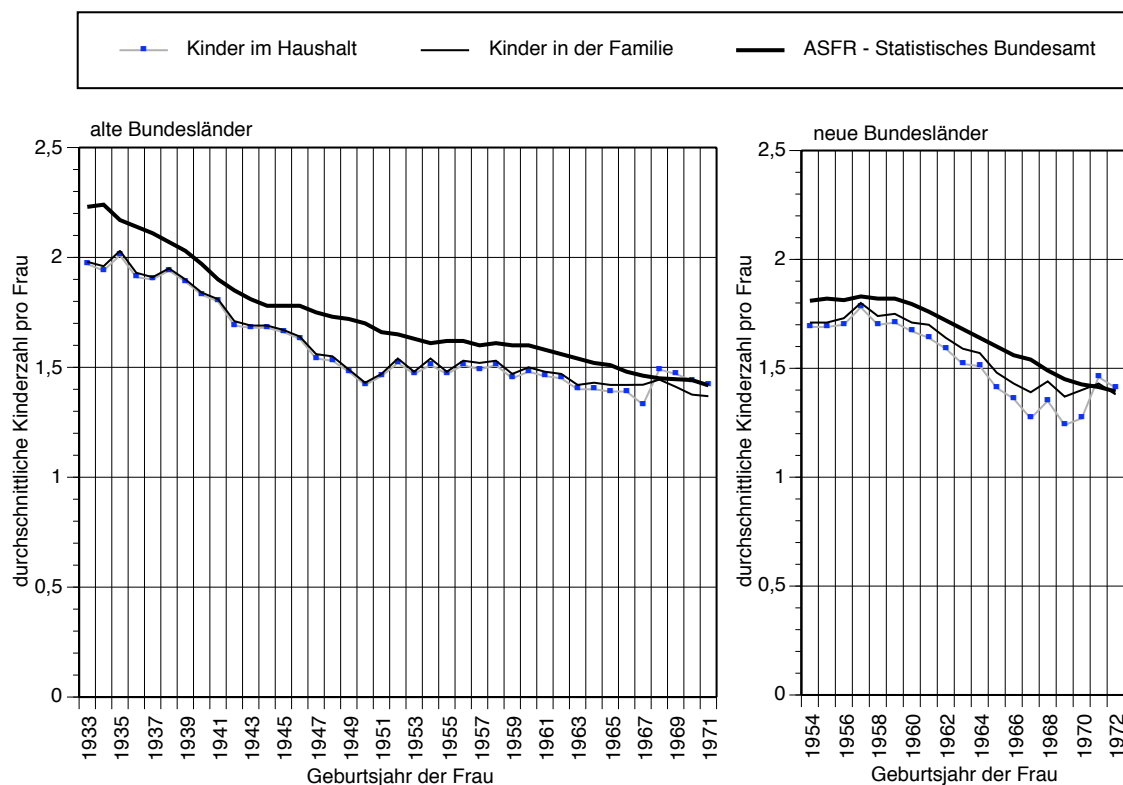
Lesebeispiel: In der obigen Graphik sind die „Kinder in der Familie pro Frau“ für die Mikrozensus 1973, 1976, 1982 etc. nach Geburtsjahr der Frau abgetragen.

Zur Bestimmung der Kinderzahl wurden zwei Varianten gerechnet: Einerseits wurden alle Kinder im Haushalt pro weibliche Haushaltsvorstände bzw. Ehefrauen der Haushaltsvorstände gerechnet, andererseits alle Kinder in der Familie pro weibliche Familienvorstände bzw. Ehefrauen der Familienvorstände. Die Ergebnisse sind in der Abbildung 28 abgebildet und machen deutlich, dass die Unterschiede zwischen den Kindern in der Familie und denen im Haushalt pro Frau in den alten Bundesländern relativ unerheblich sind, in den neuen Bundesländern führen die Kinder in der Familie pro Frau zu etwas besseren Ergebnissen. Dies mag auch an den geringen Fallzahlen in den neuen Bundesländern liegen. Die Kohortengröße beträgt in den alten Bundesländern ca. 3000 Frauen jedes einzelnen Jahrgangs; in den neuen Bundesländern sind die einzelnen Jahrgänge mit ca. 700 Frauen besetzt. Insgesamt legen die Daten nahe, für die weitere Analyse die Kinder pro Frau in der Familie (bzw. im Mikrozensus 2008 – Kinder in der Lebensform) zu betrachten, da diese Kennziffer näher an der tatsächli-

chen Kinderzahl der Frauen liegt. Eine Gewichtung der Kinderzahl im Mikrozensus (bspw. an den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern) wird in der weiteren Analyse nicht vorgenommen. Die im Mikrozensus 2008 gestellte Frage nach den tatsächlich geborenen Kindern ist zur Bestätigung der Validität in Abbildung 38 im Vergleich zur Frage nach den Kindern in der Familie abgetragen: Wie erwartet zeigen sich keine Differenzen. Da die Frage nach den leiblichen Kindern jedoch auf freiwilliger Basis gestellt wird, ist hier die Fallzahl deutlich geringer als bei den „Kindern in der Familie“, die keine Missing Values aufweisen. Da im Folgenden aber auch Frauen berücksichtigt werden sollen, die vor 2008 – der Einführung der Frage nach der tatsächlich geborenen Kinderzahl im Mikrozensus – im reproduktiven Alter waren, muss in der weiteren Analyse mit der Anzahl der Kinder im Haushalt bzw. in der Familie weitergearbeitet werden.

Abbildung 28: Vergleich der Maximuskohorte aus den Mikrozensen mit der amtlichen Statistik, alte Bundesländer: Geburtskohorten 1933 bis 1969, neue Bundesländer: Geburtskohorten 1954 bis 1973

Vergleich der Kinderzahlen im Mikrozensus mit der amtlichen Statistik, alte und neue Bundesländer



Quelle: eigene Berechnungen Scientific Use Files der Mikrozensen 1973, 1976, 1982, 1991, 1995, 2000, 2004 und 2008 sowie Statistisches Bundesamt: Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991, Wiesbaden 2010

Lesebeispiel: In der obigen Graphik sind die jeweiligen ausgewählten Maximumgruppen (jeweils die Geburtsjahrgänge der Frauen mit der geringsten Abweichung zur Geburtenstatistik – vgl. Fußnote 21-22) im Vergleich zu den Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern des Statistischen Bundesamtes (tatsächliche Kinderzahl aus der Statistik der Standesämter) dargestellt.

Da in den einzelnen Mikrozensususerhebungen in der Regel die gleichen Merkmale erfragt werden, besteht die Möglichkeit, die einzelnen Variablen für einen „Masterdatensatz“ aus einer Auswahl verfügbarer Mikrozensus Scientific Use Files abzugleichen. Es können sowohl die Frauen mit der maximalen Kinderzahl über die Zeitspanne von 1973 bis 2008 miteinander verglichen werden als auch Frauen, die ihre maximale Kinderzahl noch nicht erreicht haben. Der Mikrozensus bietet auf Grund seiner Größe und der jährlichen Wiederholung der Befragung damit ein erhebliches Potenzial, bisher offene Fragen der Fertilitätsentwicklung im Hinblick auf die von den Frauen geborene Anzahl der Kinder und das Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder zu klären. Für einen Kohortenvergleich erscheint es darüber hinaus optimal, jeweils fünf Jahrgänge zusammenzufassen. Die Fallzahlen sind dann groß genug für feine Differenzierungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen. In einem ersten Schritt werden verschiedene Wellen der Mikrozensusen (1973, 1982, 1991, 1995, 2000, 2004 und 2008) bezüglich ausgewählter und für die weitere Analyse zu berücksichtigenden Variablen synchronisiert.

5.2. Bildung der Maximumgruppen

Aufgrund der spezifischen Fragestellung im Mikrozensus nach den Kindern in der Familie und nicht nach den leiblichen Kindern müssen in den Mikroanalysen teils unterschiedliche Alterskohorten miteinander verglichen werden. Frauen mit Volks-/Hauptschulabschluss traten in der Regel recht jung in die Elternschaft ein, Frauen mit Universitätsabschluss hingegen bekommen ihre Kinder überwiegend später im Lebensverlauf. Im Folgenden werden deshalb die Bildungsgruppen nach Anzahl der Kinder und Alter der Frau für alle Jahre einzeln berechnet. Schul- und Berufsbildungsabschlüsse wurden über die CASMIN Skala operationalisiert, die entsprechende Syntaxanweisung wird von GESIS zur Verfügung gestellt. Die Polytechnische Oberschule wird hier dem Realschulabschluss gleichgestellt, das gleiche gilt für die Erweiterte Oberschule, die dem Abitur entspricht²².

Anschließend werden die fünf Frauenjahrgänge mit der höchsten Kinderzahl in der Familie (die Gruppe wird nun Maximumgruppe genannt) ausgewählt. Die Zusammenfassung von fünf Geburtsjahrgängen erfolgte, um die Fallzahlen auch innerhalb kleinerer Bildungsgruppen va-

²²http://www.gesis.org/missy/studie/klassifikationen/sozialwissenschaftliche-klassifikationen/bildungsklassifikation_casmin/

lide zu halten. Die folgende Abbildung macht die notwendige Eingrenzung auf unterschiedliche Maximumgruppen beispielhaft für Frauen mit Abitur im Vergleich zu Frauen mit Realschulabschluss (oberer Teil) sowie Frauen mit Berufsausbildung im Vergleich zu Frauen mit Universitätsabschluss (unterer Teil) deutlich. Denn Frauen mit Abitur erreichten ihre maximale Kinderzahl in der Familie in der Regel erst mit 40 Jahren, während bei Frauen mit Realschulabschluss die Kinderzahl in der Familie ab dem Alter von 40 Jahren schon wieder sinkt. Frauen mit Realschulabschluss sind durchschnittlich eher in die Elternschaft eingetreten, ihre im Alter von 20 bis 22 Jahren geborenen Kinder verlassen oft den Haushalt schon, wenn die Mutter 40 Jahre alt ist. Ähnliches zeigt der Vergleich der Frauen mit Berufsausbildung zu den Frauen mit Universitätsabschluss. Der weniger gleichmäßige Verlauf der Linien im Diagramm der Frauen mit Universitätsabschluss rührt von geringen Fallzahlen. Während die Fallzahlen im Mikrozensus für die Frauen mit Berufsausbildung bei deutlich über 1.000 Befragten für jeden einzelnen Jahrgang liegen, erreichen die Frauen mit Universitätsabschluss nur durchschnittlich 130 Fälle 1982 und 300 Fälle 2008 nach einzelnen Altersjahrgängen – dem Anteilen der Frauen nach Bildungsabschluss entsprechend.

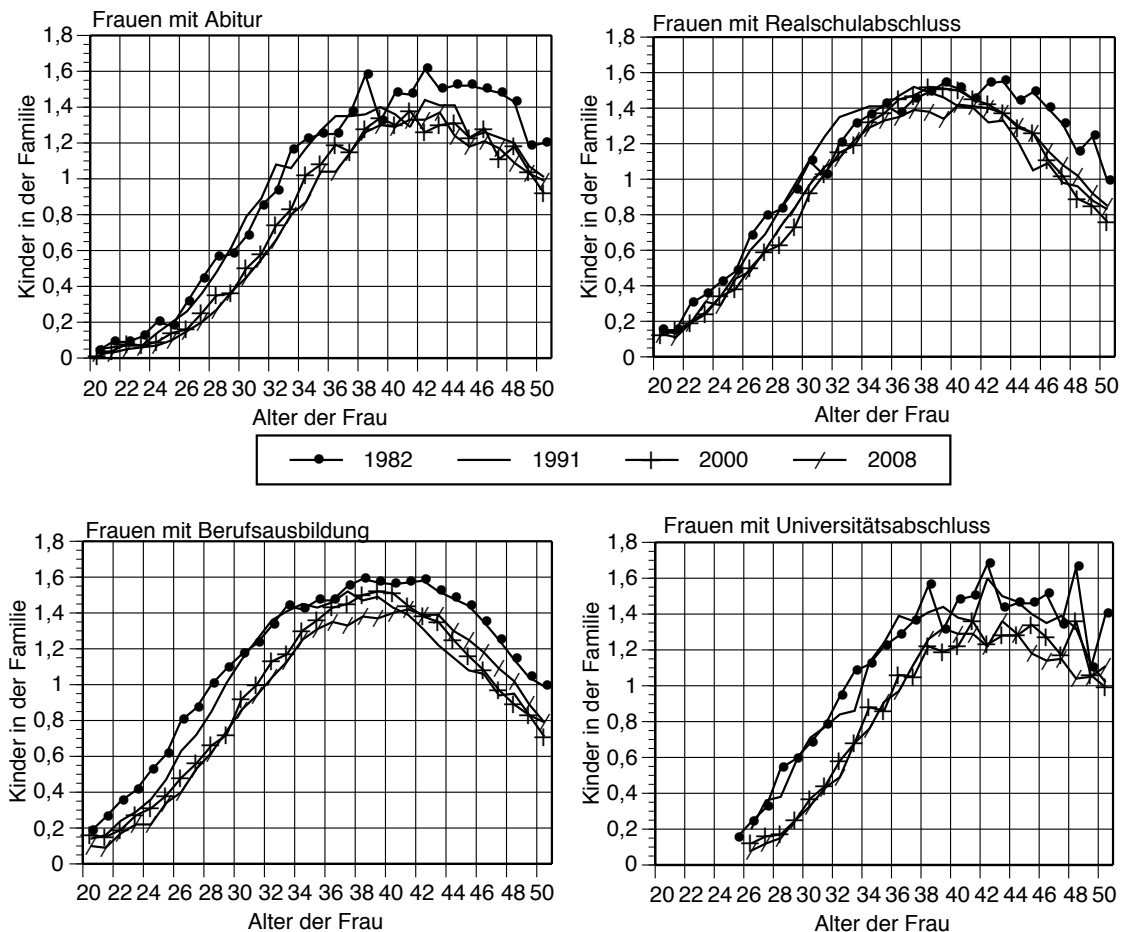
Diese Analyse wurde für alle Schul- und Berufsbildungsgruppen nach Alter der Frau durchgeführt. Die entsprechenden Tabellen „Frauen nach durchschnittlicher Kinderzahl, Bildungsabschluss und Fallzahlen; 1982, 1991, 2000 und 2008“ befinden sich im Anhang (Abbildung 63-65). Deutlich wird, dass sich das Alter, in dem die Frauen die maximale Kinderzahl in der Familie haben, differenziert nach Bildungsabschluss, deutlich unterscheidet. Frauen ohne Schulabschluss können aufgrund der Datenlage im Mikrozensus erst ab 2000 gesondert dargestellt werden, in früheren Erhebungsjahren fallen sie in eine gemeinsame Kategorie mit „entfällt/ ohne Angabe“. Frauen ohne Schulabschluss haben noch 2008 die maximale Kinderzahl mit 33 bis 37 Jahren erreicht, zur Bestimmung der Maximumgruppe wurde entsprechend diese Alterskohorte ausgewählt. Frauen mit Volks-Hauptschulabschluss hatten 2008 mit 34 bis 38 Jahren die maximale Kinderzahl in der Familie erreicht, Frauen mit Realschulabschluss hingegen erst mit 38 bis 42 Jahren. Frauen mit Abitur sind wie erwartet die durchschnittlich ältesten und erreichen ihre maximale Kinderzahl in der Familie erst mit 39 bis 43 Jahren (vgl. Abbildung 63 im Anhang).

Differenziert nach Berufsbildungsabschluss zeigt sich ein ähnlicher Trend. Frauen ohne Berufsbildungsabschluss waren 2008 im Schnitt 33 bis 37 Jahre alt, als sie ihre maximale Kinderzahl in der Familie erreicht hatten, Frauen mit Berufsausbildung hingegen 39 bis 43 Jahre.

Frauen mit Fachhochschulabschluss erreichten die maximale Kinderzahl 2008 ebenfalls mit 39 bis 43 Jahren, Frauen mit Universitätsabschluss waren schon 40 bis 44 Jahre alt (vgl. Abbildung 62 im Anhang).

Abbildung 29: Frauen nach Kinderzahl und Alter der Mutter, ausgewählte Bildungsgruppen 1982, 1991, 2000 und 2008, alte Bundesländer

Frauen nach Kinderzahl und Alter der Mutter, beispielhafte Bildungsgruppen alte Bundesländer



Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1982, 1991, 2000 und 2008; eigene Berechnungen und Darstellung

Um im folgenden empirischen Kapitel Aussagen über die valide durchschnittliche Kinderzahl treffen zu können, wurde nun entsprechend eine fünf Jahrgänge umfassende Maximumgruppe je nach Berufsabschluss gebildet, die Fallzahl liegt dann in allen Teilgruppen deutlich über 100 (Abbildung 63-65).

6. Ergebnisse

Im folgenden Ergebnisteil wird aufgezeigt, wie verschiedene Generationen mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie umgehen. Dafür werden Bildungs- und Berufsabschlüsse sowie der Umfang der Erwerbstätigkeit über den Zeitverlauf dargestellt und in Beziehung zur durchschnittlichen Kinderzahl gesetzt. Für die Betrachtung des Reproduktionszeitraumes ist das Eingrenzen auf 15- bis 44-jährige Frauen besonders sinnvoll, da jenseits dieser Altersspanne nur noch wenige Kinder folgen. Im Mikrozensus zeigt sich darüber hinaus das Problem, dass Kinder den elterlichen Haushalt verlassen und folglich nicht mehr als Kinder zugeordnet werden können. Für die Erörterung der These des Strukturwandels soll im Folgenden die Altersklasse der 27- bis 31-jährigen Frauen und anschließend die Altersklasse am Ende ihres Reproduktionszyklus (die jeweilige Maximumgruppe) betrachtet werden. Diese Eingrenzung erfolgt aus zwei Gründen: Zum einen haben 27- bis 31-jährige Frauen schon genügend Kinder, dass ein Rückgang der Kinderzahlen überprüft werden kann. Zum zweiten ist für diese Altersgruppe ein Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern besonders spannend, weil Frauen aus den neuen Bundesländern, die 2000 oder 2008 27 bis 31 Jahre alt waren, ihre Kinder nach der Wende bekommen haben. Würde man hingegen nur eine Kohorte betrachten, die bereits ihre endgültige Kinderzahl geborenen hat, dann wäre dies in den neuen Bundesländern eine Alterskohorte, die einen bedeutsamen Teil ihrer reproduktiven Phase bereits zu DDR-Zeiten durchlief. Im Vergleich der Altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für die alten und die neuen Bundesländer (Kap. 2.4.2) wurde deutlich, dass bis zu den 1971 geborenen Frauen die Verläufe der ASFR deutlich durch die DDR geprägt waren. Wird im nächsten Unterkapitel im Mikrozensus 2008 die Maximumgruppe der Frauen betrachtet, so müssen unter anderem Frauen der Geburtsjahrgänge 1964 bis 1968 berücksichtigt werden: Diese wiesen jedoch bis zum Wendejahr 1989 deutlich höhere Geburtenraten auf als die Frauen in der damaligen BRD. Wichtig erscheint daher auch ein Vergleich einer jüngeren Alterskohorte, die erst nach der Wende in ihre reproduktive Phase eintrat.

Die durchschnittliche Kinderzahl wird nun nach ausgewählten Strukturmerkmalen differenziert. Darüber hinaus wird auch nach der Anzahl der Kinder unterschieden. In der theoretischen Diskussion wurde deutlich, dass diesen Strukturmerkmalen für die Prognose der Kinderzahl eine große Bedeutung zukommt. Bspw. sollen Frauen mit einer höheren Bildung insgesamt später mit der Familiengründung beginnen und schon daher eine geringe Wahrscheinlichkeit für Kinderreichtum aufweisen. Die Erwerbstätigkeit der Frau wird in der theoreti-

schen Literatur im Widerspruch zu einer großen Kinderzahl gesehen. Allerdings gibt es in aktuellen Studien auch ein partielles Umdenken: In dem Maße, in dem der Beruf Hausfrau an Bedeutung verliert, kommt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine größere Bedeutung zu. Sind die Vereinbarkeitsbedingungen günstig, verwirklichen auch berufstätige Frauen eine Kinderzahl näher am Reproduktionsniveau, so die in der internationalen Literatur aufgestellte These. Diese Fragen lassen sich im Kohortenvergleich für ausgewählte Mikrozensus zwischen 1973 bis 2008 behandeln.

Mit Hilfe des Kohortenvergleichs wird es möglich zu zeigen, in welchem Zusammenhang sozialstrukturelle Veränderungen im Zeitverlauf der Jahre 1982 bis 2008 zur Geburtenzahl stehen. Der Rückgang der Kohortenfertilität kann sowohl auf einen strukturellen Wandel (mehr Frauen in höheren Bildungsgruppen, mehr Frauen in Erwerbstätigkeit etc.) als auch auf einen Wertewandel (Rückgang der Fertilität innerhalb gleicher Strukturgruppen) zurückgeführt werden. Folgende Strukturmerkmale werden betrachtet:

- Schulbildung
- Berufsbildung
- Familienstand
- Erwerbstätigkeit.

Anschließend wird das durchschnittliche Alter bei Geburt für die jeweilige Maximumgruppe (der Gruppe der Frauen mit den meisten Kindern in der Familie, differenziert nach Bildungsabschluss – Fallauswahl siehe Anhang) über den Zeitverlauf nach verschiedenen sozioökonomischen Merkmalen verglichen. Die Frage, inwieweit vor allem der Strukturwandel für gewandelte Reproduktionsmuster verantwortlich ist, lässt sich auf diese Weise diskutieren.

6.1. Deskriptive Ergebnisse: Frauenemanzipation und Geburtenrate

6.1.1. Frauen in der Mitte ihres Reproduktionszyklus

27- bis 31-jährige Frauen befinden sich in der Mitte ihres Reproduktionszyklus, haben also bereits genügend Kinder, als dass ein Wandel aufscheinen könnte. Die Auswahl dieser Altersgruppe erschien darüber hinaus als besonders spannend, weil sowohl die Kohorte der 1969 bis 1973 geborenen Frauen als auch die noch jüngeren, die 1977 bis 1981 geborenen Frauen, in die Analyse mit eingezogen werden können. Diese Frauen haben, auch wenn sie in den neuen Bundesländern leben, ihre Kinder nach der deutschen Wiedervereinigung geboren.

Im Vergleich der Jahre 1973 bis 2008 zeigen sich nur geringe Abweichungen der Kinder in der Familie (Mikrozensus, eigene Auswertungen) von den Kinderzahlen der 27- bis 31-jährigen Frauen aus der Geburtenstatistik – eine weitere Analyse mit den Scientific Use Files der Mikrozensus erscheint daher methodisch möglich (siehe erste Zeile ASFR nach Kohorten (Statistisches Bundesamt) im Vergleich zur zweiten Zeile – Kinder in der Familie - in der folgenden Abbildung 31). Insgesamt hat sich die Geburtenrate der 27- bis 31-jährigen Frauen von 1,4 Kinder im Jahr 1973 auf 0,7 Kinder bis 2008 halbiert (alte Bundesländer), in den neuen Bundesländern zeigt sich innerhalb des kürzeren Zeitvergleichs der Jahre 1991 bis 2008 ebenfalls eine Halbierung von 1,5 auf 0,8 Kinder pro Frau. Für den Rückgang der Kinderzahlen dieser, sich in der Mitte ihrer reproduktiven Jahre befindenden Frauen, wird in der Regel der Geburtenaufschub verantwortlich gemacht: 27- bis 31-jährige Frauen bekommen immer weniger Kinder, weil sich Frauen immer später erst für Kinder entscheiden. Theoretisch wurde sowohl die Zunahme der Optionen (Lesthaeghe 2001, 2010) als auch zunehmende berufliche Unsicherheiten (Blossfeld et al. 2008) genannt, die beide zum Geburtenaufschub führen können. Im Folgenden soll Geburtenaufschub differenziert nach ausgewählten strukturellen Merkmalen überprüft werden. Dafür werden im ersten Block der Abbildung 31 die durchschnittlichen Kinderzahlen nach höchstem Schulbildungsabschluss der Mutter differenziert. Die Frage nach dem höchsten Bildungsabschluss wurde 1973 noch nicht gestellt, so dass dieser Zeitvergleich erst ab 1982 stattfinden kann.

Für ausgewählte Bildungsabschlüsse sind die Ergebnisse aus der Abbildung 31 in der Abbildung 30 graphisch dargestellt. Dabei zeigt sich, dass die durchschnittliche Kinderzahl nach Bildungsabschluss für die niedrigen bis mittleren Bildungsabschlüsse äußerst stabil ist: Westdeutsche Frauen mit Volks-/Hauptschule hatten 1982 im Alter von 27 bis 31 Jahren durchschnittlich 1,34 Kinder, 2008 sind es 1,3 Kinder. Aber auch bei den Frauen mit Realschulabschluss zeigen sich keine großen Veränderungen über den Zeitverlauf 1982 bis 2008: Ihre Kinderzahl sinkt lediglich von 0,9 Kinder 1982 auf 0,84 Kinder 2008. Der in der Literatur vielfältig beschriebene Aufschub der Geburten zeigt sich nur für die Gruppe der Frauen mit Abitur, deren durchschnittliche Kinderzahl von 0,6 (1973) auf 0,37 (2008) absinkt. Im Zeitvergleich für die 27- bis 31-jährigen Frauen wird damit deutlich, dass sich deren Halbierung der Geburtenzahlen nur zum Teil auf geringere Kinderzahlen innerhalb gleicher Bildungsgruppen zurückführen lässt – Einzig in der Gruppe der Frauen mit Abitur ist die Kinderzahl im Zeitvergleich gesunken. Dabei dürfte das Argument der zunehmenden beruflichen Unsicherheit auch für niedrigere Bildungsabschlüsse greifen. In den mittleren und unteren Bil-

dungsgruppen sind die Kinderzahlen pro 27- bis 31-jähriger Frau im Vergleich der Jahre 1982 bis 2008 vergleichsweise stabil. In Bezug auf die Schulbildung müssen vielmehr veränderte Gruppengrößen für den Rückgang der Kinderzahlen verantwortlich gemacht werden. Noch 1982 hatte der Großteil (63 Prozent) der westdeutschen 27- bis 31 Jahren lediglich einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss. Bis 2008 hat sich das Bildungsniveau der Frauen beträchtlich erhöht, nun hat nur noch ein Fünftel der westdeutschen Frauen einen Hauptschulabschluss, gleichzeitig haben sich die Anteile der Frauen mit Realschulabschluss deutlich erhöht (von 21 Prozent 1982 auf 33 Prozent 2008) – und es verfügen fast dreimal so viele Frauen über einen Gymnasialabschluss (Anstieg von 14 Prozent 1982 auf 43 Prozent 2008). In Bezug auf die Schulbildung – monokausal betrachtet - ist der Rückgang der Fertilität westdeutscher 27- bis 31-jähriger Frauen deshalb in erster Linie darauf zurückzuführen, dass immer mehr Frauen das Abitur erreichen. Gleichzeitig hatten 27- bis 31-jährige Frauen mit Abitur schon immer geringere Kinderzahlen als Frauen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Aber während bei anderen Bildungsabschlüssen die Kinderzahlen 27- bis 31-jähriger Frauen im Zeitvergleich annähernd konstant blieben, sind sie in der Gruppe der Frauen mit Abitur gesunken.

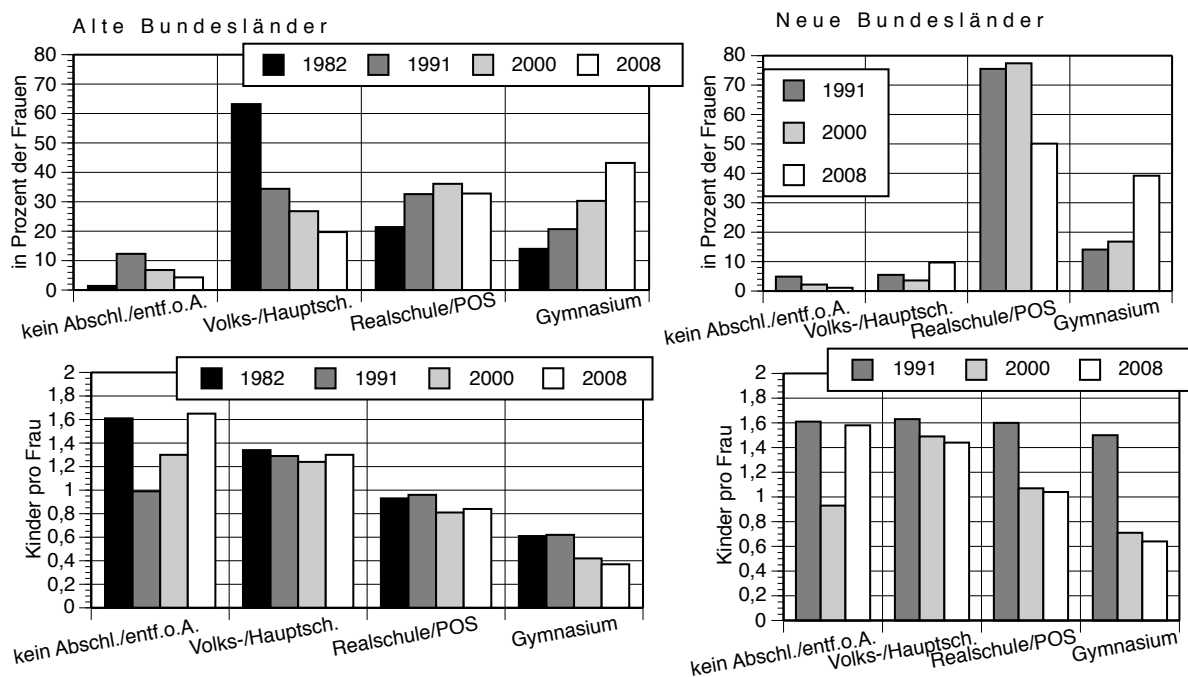
Für die neuen Bundesländer zeigt sich noch das spezifische Geburtenmuster der DDR für die älteste Kohorte, denn die 1960 bis 1964 geborenen Frauen waren 1991 27 bis 31 Jahre alt und haben einen Großteil ihrer Kinder damit noch zu DDR-Zeiten bekommen. Die Differenzen der Kinderzahl nach Schulbildung sind 1991 verschwindend gering: Frauen mit den höchsten Schulbildungsabschluss haben durchschnittlich lediglich 0,1 Kinder pro Frau weniger im Vergleich zu Frauen mit niedrigeren Schulabschlüssen, die allesamt auf eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,6 Kindern pro Frau kommen. Die geringen Unterschiede der Kinderzahl nach Höhe des Schulbildungsabschlusses in der DDR machen deutlich, dass eine höhere Bildung nicht per se zu niedrigeren Kinderzahlen führen muss, weil Frauen mit höherer Bildung andere Werte vertreten und sich weniger Kinder wünschen. Allerdings war in der DDR das „Recht auf Arbeit“ in der Verfassung festgeschrieben. Im Vergleich der Kohorten, die 2000 und 2008, also nach der Wende, 27 bis 31 Jahre alt waren, zeigen sich dann auch wie in den alten Bundesländern stabile Geburtenziffern für die niedrigen und mittleren Bildungsabschlüsse und sinkende Kinderzahlen für die Frauen mit Abitur, nun haben auch in den neuen Bundesländern die Frauen mit Abitur die geringsten Kinderzahlen. In den neuen Bundesländern hat der Anteil der Frauen mit Abitur noch viel deutlicher zugenommen als in den alten Bundesländern. Während sich noch 1991 die gleichmacherische Politik der DDR – über 80 Prozent der Frauen hatten einen mittleren Bildungsabschluss (POS) – aufzeigen lässt und le-

Ergebnisse

diglich 14 Prozent der Frauen Abitur machen durften, holen die ostdeutschen Frauen deutlich auf, 2008 haben bereits 40 Prozent der 27- bis 31-jährigen ostdeutschen Frauen Abitur. Gleichzeitig steigt nun in den neuen Bundesländern der Anteil der Frauen mit Hauptschulabschluss, allerdings haben auch 2008 im Vergleich zu den alten Bundesländern nur halb so viele Frauen nur einen Hauptschulabschluss. In der folgenden Abbildung sind die eben beschriebenen Ergebnisse dargestellt, in der Abbildung 31 sind die Ergebnisse für alle Bildungsabschlüsse in Tabellenform dargestellt. Deutlich wird für die alten Bundesländer (linke Seite Abbildung 30), dass während in der oberen Graphik ein deutlicher Wandel sichtbar wird (Frauen in Prozent nach Schulbildungsabschluss), in der unteren Graphik (Frauen nach Schulbildung und durchschnittlicher Kinderzahl) im Zeitvergleich kaum Veränderungen aufscheinen. Für die neuen Bundesländer zeigt der rechte Teil der Graphik, dass 1991 der Großteil der Frauen einen mittleren Bildungsabschluss hatte, seither aber auch in den anderen Bildungsgruppen die Anteile steigen. Die untere Graphik verdeutlicht für die neuen Bundesländer die große Konstanz der Kinderzahl nach Bildungsabschlüsse 1991, die Unterschiede der Kinderzahl nach Bildungsabschluss werden seither immer größer. In Bezug auf die Kinderzahl nach Bildung kann deutlich von einem Angleichen der neuen Bundesländer an westdeutsche Muster gesprochen werden.

Abbildung 30: 27- bis 31-jährige Frauen nach Bildungsabschluss und kumulativer Fruchtbarkeit

27- bis 31-jährige Frauen nach Bildungsabschluss und durchschnittlicher Kinderzahl



Quelle: eigene Auswertungen Scientific Use Files der Mikrozensus 1982, 1991, 2000 und 2008

Differenziert nach dem höchsten Berufsbildungsabschluss sind die Kinderzahlen der 27- bis 31-jährigen Frauen im Zeitverlauf – anders als bei der Schulbildung – in allen Gruppen gesunken. Frauen mit einem Ausbildungsabschluss hatten 1982 durchschnittlich 1,1 Kinder in der Familie, 2008 waren es 0,7 Kinder pro Frau. Frauen mit einem Fachhochschul- oder einem Hochschulabschluss haben ihre Kinderzahl von 0,6 im Jahr 1982 auf 0,3 im Jahr 2008 halbiert (siehe Abbildung 30). Da ihre Kinderzahl auch schon 1982 weit unterdurchschnittlich war, zeigt, dass auch früher in den alten Bundesländern die Frauen in der Mitte ihres Reproduktionszyklus mit der Verwirklichung ihrer Kinderwünsche deutlich gewartet haben, wenn sie über die höchsten Berufsbildungsabschlüsse verfügten. Gleichzeitig hat sich der Anteil der 27- bis 31-jährigen Frauen mit (Fach-) Hochschulabschluss zwischen 1982 und 2008 von 10 auf 20 Prozent verdoppelt, so dass heute immer mehr Frauen als früher mit der Familiengründung warten, weil immer mehr Frauen die höchsten Berufsbildungsabschlüsse anstreben. Und da das Ende der Berufsbildung nicht den automatischen Einstieg ins Erwerbsleben und einen gesicherten Arbeitsplatz (auch im Falle einer Mutterschaft) nach sich zieht, erscheinen 27- bis 31-jährige Frauen mit den höchsten Berufsbildungsabschlüssen heute noch vorsichtiger als früher. Im folgenden Unterkapitel wird für die Maximumgruppe überprüft, inwieweit sich die Differenzen in den Kinderzahlen noch ausgleichen, weil Frauen heute ihre Kinder später im Lebensverlauf realisieren.

In den neuen Bundesländern zeigt sich für die Berufsabschlüsse nach Kinderzahl wie auch schon in Bezug auf die Bildungsabschlüsse für 1991 eine große Gleichverteilung: Ostdeutsche Frauen mit einem Ausbildungsabschluss hatten 1991 im Schnitt 1,6 Kinder, bei den Frauen mit einem Universitätsabschluss sind es 1,5 Kinder pro Frau. In der DDR führte der höchste Ausbildungsabschluss also nicht automatisch zu geringeren Kinderzahlen. Bis 2008 werden dann in den neuen Bundesländern die Unterschiede nach Berufsausbildungsabschluss größer: 27- bis 31-jährige Frauen mit einem Ausbildungsabschluss haben nun nur noch durchschnittlich ein Kind pro Frau, bei den Frauen mit Universitätsabschluss hat sich die Kinderzahl pro Frau auf ein Drittel des Ausgangsniveaus verringert, sie haben 2008 nur noch 0,5 Kinder pro Frau.

In Bezug auf den Familienstand zeigt sich, dass verheiratete 27- bis 31-jährige Frauen zwar ihre Kinderzahl stärker einschränken, in den anderen Gruppen jedoch verhältnismäßig wenig Wandel aufscheint. Ledige 27- bis 31-jährige Frauen hatten 1973 im Durchschnitt 0,2 Kinder und haben auch 2008 im Durchschnitt 0,2 Kinder. Im Osten ist die Kinderzahl lediger Frauen

von 0,8 Kinder pro Frau im Jahr 1991 auf 0,7 Kinder pro Frau im Jahr 2008 leicht gesunken. Innerhalb der Gruppe der geschiedenen Frauen ist die Kinderzahl in Ost und West im Zeitvergleich ebenfalls sehr geringfügig zurückgegangen. Die Geburtenbereitschaft verheirateter 27- bis 31-jähriger Frauen hat in den alten Bundesländern jedoch deutlich zwischen 1973 und 1982 – von 1,6 Kinder 1973 auf 1,3 Kinder 1982 – abgenommen, bereits seit 1982 stagniert die Geburtenrate der verheirateten Frauen in den alten Bundesländern auf diesem niedrigen Niveau. In den neuen Bundesländern ist die Kinderzahl verheirateter Frauen von 1,7 (1991) auf 1,3 (2008) Kinder pro Frau gesunken. In Bezug auf den Wandel der Gruppengrößen zeigt sich für die alten Bundesländer recht eindrucksvoll, dass 1973 bereits 90 Prozent der 27- bis 31-jährigen Frauen verheiratet waren, 2008 betraf das nur noch 50 Prozent. Der Rückgang der Kinderzahlen, der daher rührt, dass innerhalb gleicher Muster der Lebensformen die Kinderzahl abgenommen hat, ist dagegen vergleichsweise gering. Einzig die verheirateten Frauen bekommen heute etwas weniger Kinder als noch 1973, allerdings ist schon seit 1982 auch innerhalb der Gruppe der verheirateten Frauen im Westen die Kinderzahl konstant niedrig. Wesentlich stärker wirkt deshalb die zunehmende Entscheidung der Frauen gegen eine Ehe bzw. der Aufschub dergleichen. Wie auch schon bezüglich der Schul- und Berufsbildung gilt mit Blick auf den Familienstand: Innerhalb gleicher Muster kaum Wandel, jedoch deutlicher Wandel der Gruppengrößen.

Differenziert nach Erwerbstyp zeigt sich im Zeitverlauf ein deutlicherer Rückgang der Kinderzahlen. Hatten erwerbstätige 27- bis 31-jährige Frauen noch 1973 durchschnittlich 1,1 Kinder, so verringerten sich hier die Zahlen auf 0,8 (1982), 0,7 (1991), 0,6 (2000) weiter auf 0,5 Kinder pro Frau im Jahr 2008, so dass sich von einem konstanten Rückgang der Kinderzahl erwerbstätiger Frauen sprechen lässt. Diese These wird noch für ältere Altersgruppen überprüft (Kapitel 6.3.2). Auch die Kinderzahl nichterwerbstätiger Frauen ist ausgehend von 1,9 Kindern 1973 gesunken, allerdings liegt sie mit 1,5 Kindern pro Frau auch 2008 noch vergleichsweise hoch. Für 2008 findet sich in der gesamten Tabelle nur eine einzige Zeile, in der die Kinderzahlen ähnlich hoch sind, das sind die Frauen ohne Schulbildungsabschluss, die 1,6 Kinder in der Familie aufweisen. Auf den ersten Blick legt die folgende Tabelle damit nahe, Burkharts (1994) Argumentation zu folgen: Einzig Frauen ohne Bildungschancen streben noch eine größere Kinderzahl an, dies sei dann Burkart zufolge auch kein Ausdruck einer bewussten Entscheidung als vielmehr eine biografische Zwangsläufigkeit.

Ergebnisse

Abbildung 31: 27- bis 31-jährige Frauen: Durchschnittliche Kinderzahl nach Strukturmerkmalen

27- bis 31-Jährige durchschnittliche Kinderzahl	alte Bundesländer					neue Bundesländer		
	1973	1982	1991	2000	2008	1991	2000	2008
Geburtskohorte 19..	42-46	51-55	60-64	69-73	77-81	60-64	69-73	77-81
ASFR (Statistisches Bundesamt)*	1,40	1,14	0,94	0,77	0,71	1,51	0,90	0,76
Kinder in der Familie (Mikrozensus)	1,46	1,15	1,01	0,84	0,76	1,59	1,02	0,92
... nach Bildung								
kein Abschluss/entf.o.A.	Daten liegen nicht vor	1,61	0,99	1,30	1,65	1,61	0,93	1,58
Volks-/Hauptschule		1,34	1,29	1,24	1,30	1,63	1,49	1,44
Realschule/POS		0,93	0,96	0,81	0,84	1,60	1,07	1,04
Gymnasium		0,61	0,62	0,42	0,37	1,50	0,71	0,64
...nach Berufsbildung								
kein Abschluss/entf.o.A.	Daten liegen nicht vor	1,50	1,19	1,24	1,32	1,62	1,04	1,19
Ausbildung		1,07	0,99	0,80	0,74	1,59	1,06	0,99
Fachhochschule		0,64	0,57	0,33	0,28	1,43	0,67	0,57
Universität		0,59	0,58	0,30	0,27	1,50	0,61	0,49
...nach Familienstand								
ledig	0,17	0,14	0,16	0,14	0,22	0,82	0,61	0,67
verheiratet	1,55	1,33	1,31	1,26	1,25	1,72	1,33	1,34
geschieden	1,18	0,85	0,91	1,00	1,06	1,47	1,36	1,28
...nach Erwerbstyp								
Erwerbstätige	1,06	0,78	0,68	0,58	0,47	1,56	0,86	0,73
Erwerbslose	1,08	1,08	1,07	0,98	1,07	1,66	1,34	1,46
Nichterwerbsperson	1,86	1,69	1,65	1,58	1,54	1,99	1,56	1,58

ASFR (Statistisches Bundesamt Wiesbaden): Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1994

*Wert für die 29-Jährigen des jeweils mittleren Kohorte zum Zeitpunkt der Befragung

Abbildung 32: 27- bis 31-jährige Frauen nach Strukturmerkmalen, Spaltenprozent und Fallzahlen

27- bis 31-Jährige Spaltenprozent	alte Bundesländer					neue Bundesländer		
	1973	1982	1991	2000	2008	1991	2000	2008
N insgesamt	12277	13360	15588	12965	10441	3584	2154	1785
... nach Bildung								
kein Abschluss/entf.o.A.	Daten liegen nicht vor	1,4	12,3	6,8	4,3	4,9	2,2	1,1
Volks-/Hauptschule		63,2	34,4	26,8	19,7	5,5	3,6	9,7
Realschule/POS		21,4	32,6	36,1	32,8	75,5	77,4	50,1
Gymnasium		14,0	20,7	30,3	43,2	14,1	16,8	39,2
...nach Berufsbildung								
kein Abschluss/entf.o.A.	Daten liegen nicht vor	29,4	28,9	24,2	20,6	8,1	8,1	9,7
Ausbildung		60,7	61,8	63,0	58,9	82,6	82,8	72,3
Fachhochschule		2,1	2,9	4,5	6,5	1,4	3,8	6,6
Universität		7,7	6,4	8,3	14,0	8,0	5,3	11,4
...nach Familienstand								
ledig	5,3	12,9	24,5	36,3	46,9	11,7	43,5	61,6
verheiratet	90,3	82,1	70,2	59,2	49,1	79,1	50,1	34,7
geschieden	3,8	4,7	5,0	4,2	3,7	8,8	6,0	3,4
...nach Erwerbstyp								
Erwerbstätige	49,4	56,0	63,2	71,4	70,0	81,7	72,2	70,1
Erwerbslose	0,5	4,9	5,3	4,6	7,1	15,5	17,0	14,6
Nichterwerbsperson	50,1	39,1	31,5	24,0	22,9	2,8	10,7	15,5

Quelle: Mikrozensus Scientific Use Files 1973, 1982, 1991, 2000 und 2008; eigene Berechnungen und Darstellung

In Bezug auf die Gruppengrößen zeigt sich jedoch eine deutliche Verringerung der 27- bis 31-jährigen Frauen mit Erwerbstyp Nichterwerbsperson²³, ihr Anteil hat sich von 50 Prozent 1973 auf 23 Prozent 2008 mehr als halbiert. Gleichzeitig ist die Gruppe der erwerbstätigen Frauen von 50 Prozent 1973 auf 70 Prozent 2008 angewachsen. Und während erwerbslose 27- bis 31-jährige Frauen 1973 mit 0,5 Prozent so gut wie gar nicht vorkamen, betrifft die Arbeitslosigkeit heute sieben Prozent der Frauen dieser Altersgruppe.

Diese Daten sollen noch nach der Anzahl der geborenen Kinder differenziert werden. Denn ähnliche durchschnittliche Kinderzahlen können – wie im Kapitel 2.3 erläutert – auf unterschiedliche paritätsspezifische Reproduktionsmuster zurückzuführen sein. In der folgenden Abbildung 33 ist der Anteil 27- bis 31-jähriger Frauen im Zeitvergleich angegeben, der bereits mindestens ein Kind in der Familie hat. Für Westdeutschland zeigt sich – wie auch schon nach der Analyse der durchschnittlichen Kinderzahl zu vermuten war – innerhalb der mittleren bis niedrigeren Bildungsgruppen nur ein geringfügiger Rückgang des Anteils der Frauen mit mindestens einem Kind. Frauen mit Abitur haben im Alter von 27 bis 31 Jahren jedoch immer seltener ein Kind (Rückgang von 43 Prozent 1982 auf 27 Prozent 2008). Von den Frauen mit Hochschulabschluss haben 2008 nur noch halb so viele Frauen mindestens ein Kind im Vergleich zu 1982 (Rückgang von 42 Prozent 1982 auf 20 Prozent 2008). Der Aufschub der ersten Geburt betrifft also – wie in der theoretischen Literatur aufgeführt – vorrangig höher qualifizierte Frauen. Offen ist die Frage, warum höher qualifizierte Frauen – trotz einer gleichen formalen Bildungsdauer in Form von Schuljahren (13 Jahre Abitur) plus Ausbildungsjahren (5 Jahre Hochschulstudium) früher eher Kinder bekamen als heute.

Differenziert nach Familienstand zeigt sich, dass 27- bis 31-jährige geschiedene und verheiratete Frauen heute um 10 Prozentpunkte seltener mit Kindern leben als noch 1973. In der Gruppe der verheirateten Frauen hat sich der Anteil der Frauen mit mindestens einem Kind von 84 auf 74 Prozent verringert, während der Anteil der ledigen Frauen mit einem Kind nur von 13 auf 16 Prozent sehr moderat angewachsen ist. Der Veränderungen der Kinderzahlen nach Familientyp erscheinen nicht sonderlich markant. Differenziert nach Erwerbstyp haben vor allem erwerbstätige Frauen immer seltener schon mit 27 bis 31 Jahren ein Kind: Nicht einmal jede dritte westdeutsche Erwerbstätige hat 2008 bereits mindestens ein Kind, 1973 waren es immerhin noch fast zwei von drei Frauen.

²³ „Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine – auch keine geringfügige – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen“ - Definition laut Statistischen Bundesamt Wiesbaden.

Ergebnisse

In der DDR hingegen war das Alter 27 bis 31 für eine erste Mutterschaft völlig normal. Das zeigen auch die Daten, denn 1991 hatten quer durch alle Kategorien (einzige Ausnahme bilden die ledigen Frauen) rund 90 Prozent der ostdeutschen Frauen bereits mindestens ein Kind. Auffallend ist auch der hohe Anteil der ostdeutschen Hochschulabsolventinnen (89 Prozent) mit einem Kind, 2008 betrifft dies nur noch 36 Prozent der Frauen der gleichen Kategorie. Ein Hochschulabschluss schließt also eine Mutterschaft nicht aus, allerdings erleben die neuen Bundesländer hier einen rasanten Angleichungsprozess an westdeutsche Muster, der sich bereits in den 90-er Jahren vollzog. Im Vergleich von 2000 und 2008 sind die Werte relativ stabil und liegen auch 2008 noch höher als in den alten Bundesländern.

Abbildung 33: 27- bis 31-jährige Frauen, Anteil mit mindestens einem Kind in der Familie nach ausgewählten Strukturmerkmalen

27- bis 31-Jährige % mit mind. einem Kind	alte Bundesländer					neue Bundesländer		
	1973	1982	1991	2000	2008	1991	2000	2008
... nach Bildung								
kein Abschluss/entf.o.A.	Daten	79,8	55,0	64,4	75,4	90,3	55,5	68,4
Volks-/Hauptschule	liegen	77,1	74,2	70,5	72,2	84,8	79,5	80,3
Realschule/POS	nicht vor	60,5	59,9	51,8	52,8	91,3	71,2	69,6
Gymnasium		43,0	41,1	29,3	26,8	90,1	52,4	48,4
...nach Berufsbildung								
kein Abschluss/entf.o.A.	Daten	79,1	64,7	64,7	66,1	87,9	62,1	71,3
Ausbildung	liegen	68,0	61,4	51,3	48,6	91,3	70,8	66,7
Fachhochschule	nicht vor	46,5	38,2	24,7	20,4	87,8	51,2	46,2
Universität		42,3	39,8	21,7	19,9	88,5	44,3	36,3
...nach Familienstand								
ledig		13,2	11,0	13,5	11,4	64,3	46,6	50,2
verheiratet		83,7	78,6	76,6	74,0	94,9	84,9	82,3
geschieden		72,4	56,6	61,6	65,4	88,3	82,2	78,7
...nach Erwerbstyp								
Erwerbstätige		64,2	52,3	45,4	39,0	90,8	63,4	54,7
Erwerbslose		63,9	68,9	68,4	62,0	89,9	79,0	76,5
Nichterwerbsperson		94,7	92,4	88,9	84,3	92,0	81,4	83,6

Quelle: Mikrozensus Scientific Use Files 1973, 1982, 1991, 2000 und 2008; eigene Berechnungen und Darstellung

Auch für die zweiten Kinder zeigt sich noch 1991, dass hier unabhängig vom Bildungsabschluss und Familienstand die ostdeutschen 27- bis 31-jährigen Frauen höhere Werte aufweisen, allerdings geht der Anteil der Frauen mit mindestens zwei Kindern ebenfalls bis 2000 stark zurück und bleibt anschließend relativ stabil. 2008 zeigt sich darüber hinaus, dass Frauen mit den höchsten Bildungsabschlüssen in den neuen Bundesländern immer noch fast doppelt so häufig wie Frauen aus den alten Bundesländern mindestens zwei Kinder haben. Der

Ergebnisse

Anteil 27- bis 31-jähriger Frauen mit Hochschulabschluss und mindestens zwei Kindern ist in den alten Bundesländern von 15 Prozent (1982) auf 6 Prozent (2008) abgefallen, in den neuen Bundesländern von 55 Prozent (1991) auf 10 Prozent (2008). Die im theoretischen Teil aufgezeigte Argumentation, dass höhere Bildung mit geringeren Kinderzahlen einhergeht, muss also insofern in Frage gestellt werden, als dass Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen früher häufiger auch schon mit 27 bis 31 Jahren ein Kind oder sogar zwei Kinder hatten als heute. Darüber hinaus zeigen die Zahlen der DDR einen extrem hohen Anteil von Frauen, die die höchsten Bildungsabschlüsse innehaben und trotzdem schon mit Anfang 30 mindestens zweifache Mutter sind. Bildung und Kinder schließen sich also nicht per se aus, allerdings soll die spezifische Situation in der DDR hier nicht ausführlich erörtert werden (vgl. dazu Niephaus 2003). Bis heute haben Frauen mit den höchsten Bildungsabschlüssen in den neuen Bundesländern jedoch häufiger im Alter von 27 bis 31 Jahren bereits zwei Kinder, was aufgrund der angespannten Arbeitsmarktsituation der neuen Bundesländer im Vergleich zu den alten Bundesländern erstaunlich erscheint. Eine Ursache könnte der höhere Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung im Osten sein.

Abbildung 34: 27- bis 31-jährige Frauen, Anteil mit mindestens zwei Kindern in der Familie

27- bis 31-Jährige % mit mind. zwei Kindern	alte Bundesländer					neue Bundesländer		
	1973	1982	1991	2000	2008	1991	2000	2008
... nach Bildung								
kein Abschluss	Daten liegen nicht vor	52,3	29,4	43,6	56,0	60,2	25,5	47,4
Volks-/Hauptschule		43,5	42,4	40,4	42,7	58,1	44,9	47,4
Realschule/POS		28,7	30,7	23,8	24,8	57,4	29,7	28,0
Gymnasium		16,2	17,7	11,1	8,7	53,7	17,2	13,7
...nach Berufsbildung								
kein Abschluss	Daten liegen nicht vor	50,2	38,1	40,6	44,4	61,6	29,9	32,8
Ausbildung		33,6	31,4	23,8	21,1	57,0	29,4	26,8
Fachhochschule		17,3	16,1	7,3	6,1	46,9	13,4	11,1
Universität		14,9	15,5	6,9	5,5	54,5	14,8	10,3
...nach Familienstand								
ledig	3,1	1,7	2,4	3,0	4,1	15,0	11,2	14,3
verheiratet	50,5	43,1	42,7	41,3	39,8	64,3	41,0	41,3
geschieden	32,1	22,4	24,5	26,8	30,7	47,6	41,1	36,1
...nach Erwerbstyp								
Erwerbstätige	30,7	21,8	19,3	16,4	12,7	56,1	21,2	16,7
Erwerbslose	32,8	30,5	31,5	29,7	31,7	59,2	42,2	42,3
Nichterwerbsperson	63,6	58,7	57,1	52,7	50,3	72,0	51,5	43,1

Quelle: Mikrozensus Scientific Use Files 1973, 1982, 1991, 2000 und 2008; eigene Berechnungen und Darstellung

Alles zusammengenommen deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ein massiver Geburtenaufschub stattfand. Beruflich hoch

qualifizierte und erwerbstätige Frauen traten noch in den 80-er Jahren deutlich eher in die Mutterschaft ein, die Kinderzahl war im Alter von 27 bis 31 Jahre höher. Andererseits hatten beruflich hochqualifizierte Frauen auch schon 1982 weit unterdurchschnittliche Kinderzahlen, gleichzeitig fallen nun deutlich mehr Frauen in diese Kategorie. Erwerbsmuster von Müttern kleiner Kinder werden im Kapitel 6.2 gesondert diskutiert, hier werden die Vereinbarkeitsbedingungen von Beruf und Familie im Zeitvergleich überprüft. Im folgenden Unterkapitel wird im Hinblick auf die Berufsbildung für die älteren Kohorten der jeweiligen Frauengruppe mit der maximalen Kinderzahl in der Familie überprüft, inwieweit sich deren Kinderzahlen noch annähern. Denn laut Lesthaeghe (2010) ist der Aufschub der Geburten zwar ein wesentliches Merkmal des „Zweiten demographischen Übergangs“, bei guten Vereinbarkeitsbedingungen von Beruf und Familie werde jedoch ein Großteil der aufgeschobenen Geburten später noch nachgeholt. Im folgenden Kapitel muss berücksichtigt werden, dass die im Jahr 2000 und 2008 um die 40 Jahre alten ostdeutschen Frauen einen Teil ihrer Kinder bereits zu DDR-Zeiten geboren haben. Um anschließend den Einfluss des Strukturwandels auf den Rückgang der Geburtenraten abschätzen zu können, werden im Kapitel 6.3 Kontrastgruppenanalysen gerechnet.

6.1.2. *Frauen am Ende ihres Reproduktionszyklus*

Im Kapitel 2.2 wurde bereits dargelegt, dass heutige Frauen kaum mehr ihren vollen Reproduktionszyklus über die Dauer von ca. 30 Jahren ausnutzen. Dabei hilft ihnen verlässliche Verhütung, die heutzutage – anders als noch in den frühen 70-er Jahren – auch schon kinderlosen Frauen zur Verfügung steht. Im vorigen Unterkapitel wurde für die 27- bis 31-jährigen Frauen deutlich, dass Frauen mit höherer Bildung geringere Kinderzahlen aufweisen als Frauen mit mittleren Bildungsabschlüssen. Theoretisch ist es durchaus denkbar, dass Frauen mit mittleren Bildungsabschlüssen ihre Kinder eher im Leben bekommen, bspw. mit 27 und 30 Jahren und anschließend auf die Geburt weiterer Kinder verzichten, weil sie ihre gewünschte Familiengröße von zwei Kindern erreicht haben. Akademikerinnen könnten deshalb mit Ende 40 noch aufholen, indem sie zwei Kinder mit 37 und 40 Jahren bekommen und so am Ende das gleiche Geburtenniveau aufweisen wie Frauen mit mittlerer Bildung, nur dass sie größere Generationenabstände in Kauf nehmen (und damit die TFR dämpfen). Im Folgenden wird dies anhand der Jahre 1982, 1991, 2000 und 2008 getestet. Darüber hinaus steht, wie auch schon im vorangegangenen Unterkapitel, die Frage im Vordergrund, ob sich die Kinderzahlen innerhalb gleicher Berufsbildungsgruppen gewandelt haben und welche Bedeutung der Veränderung der Gruppengrößen zukommt.

Um Aussagen über die tatsächliche Kinderzahl der Frauen am Ende ihres Reproduktionszyklus treffen zu können, wird im Folgenden die Grundgesamtheit auf jeweils fünf Frauenjahrgänge mit der maximalen Kinderzahl in der Familie eingeschränkt. Die Auswahl dieser Gruppe ist im Kapitel „Datenlage und Methodik – Auswahl der Maximumgruppen“ beschrieben, dazugehörige Tabellen siehe Abbildung 63 bis 65 im Anhang. In der folgenden Tabelle (Abbildung 35) sind die ausgewählten Maximumgruppen nach durchschnittlicher Kinderzahl, Bildungsabschluss und Fallzahl dargestellt.

Ähnlich wie auch schon bei Betrachtung der mittleren Alterskohorte der 27- bis 31-jährigen Frauen wird deutlich, dass sich die Bildungsgruppen nach Kinderzahl deutlich unterscheiden: Je höher die Bildung, desto geringer die Kinderzahl. Allerdings liegen die Bildungsgruppen, differenziert nach der durchschnittlichen Kinderzahl, nun nicht mehr so weit auseinander. Frauen mit höherer Bildung haben noch aufgeholt, sie haben im Alter von 30 Jahren und mehr noch durchschnittlich häufiger Kinder bekommen als Frauen mit niedrigerer Bildung, so dass sich die Abstände zwischen den Bildungsgruppen im Vergleich zu der jüngeren Alterskohorte deutlich verringert haben. Frauen mit Abitur haben 2008 nun durchschnittlich 1,3 Kinder in der Familie, bei den Frauen mit Realschule sind es 1,4, Frauen mit Hauptschulabschluss haben im Schnitt 1,6 Kinder und Frauen ohne Schulabschluss 2,2 Kinder in der Familie. Bezüglich des Rückgangs der Kinderzahlen innerhalb gleicher Bildungsgruppen zeigt sich, dass bei den Frauen mit Hauptschulabschluss genauso wie bei den Frauen mit Abitur die Kinderzahl zwischen 1982 und 2008 um 0,2 Kinder gesunken ist. Frauen mit Realschulabschluss verzeichnen im gleichen Zeitraum nur einen Rückgang von 0,1 Kindern pro Frau. Bei Betrachtung der absoluten Fallzahlen zeigt sich erneut, dass Frauen mit Hauptschulabschluss eine immer geringe Bedeutung spielen, ihre Fallzahl ist zwischen 1982 und 2008 auf ein Drittel des Ausgangsniveaus geschrumpft, während Frauen mit Abitur 2008 im Vergleich zu 1982 fünfmal so häufig vorkommen. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Kinderzahl dieser Gruppe im Vergleich zu niedrigeren Schulbildungsabschlüssen am geringsten und im Zeitverlauf noch einmal deutlich gesunken. Da Frauen ohne Schulabschluss erst ab 2000 gesondert dargestellt werden können (Abbildung 61), müssten für eine Analyse des Strukturwandels die Frauen ohne Schulabschluss ausgeschlossen werden, was methodisch zweifelhaft wäre. Im Folgenden soll diese Frage deshalb besser anhand des Berufsbildungsabschlusses diskutiert werden, denn Frauen ohne Berufsbildungsabschluss sind bereits ab 1982 mit den Mikrozensus darstellbar (siehe Abbildung 63).

Ergebnisse

Differenziert nach Berufsbildungsabschluss (Abbildung 35) zeigt sich, dass innerhalb aller Berufsbildungsgruppen die durchschnittliche Kinderzahl gleichermaßen gesunken ist. Frauen mit Universitätsabschluss oder Fachhochschulabschluss hatten noch 1982 durchschnittlich 1,5 Kinder in der Familie, 2008 sind es nur noch 1,3. Aber auch bei Frauen mit Berufsbildungsabschluss ist die Kinderzahl um fast 0,2 Kinder von 1,6 Kindern pro Frau 1982 auf 1,4 Kinder pro Frau gefallen. Bei Frauen ohne Berufsbildungsabschluss fallen die Kinderzahlen ebenfalls durchschnittlich um 0,2 Kinder pro Frau: von 2 Kindern pro Frau im Jahr 1982 auf 1,8 Kinder pro Frau 2008. Hier scheint unter Umständen der von van de Kaa (1987) und Lesthaeghe (2010) thematisierte Wertewandel auf. Die häufig benutzte Erklärung – ein höheres Bildungsniveau der Frauen als Grund einer niedrigen Geburtenrate, weil diese Frauen sich die ihnen bietenden vielfältigeren Optionen besser nützen – ist dagegen fragwürdig. Haben sich die Optionen für alle Frauen gleichermaßen erweitert, also auch für Frauen ohne Berufsbildungsabschluss, so dass diese ebenfalls mehr Wert auf Selbstverwirklichung legen? Plausibler erscheint die Argumentation von Blossfeld (2005), laut der sich für jüngere Kohorten die Situation am Arbeitsmarkt verschärft hat. Im folgenden Unterkapitel wird deshalb auf die berufliche Situation von Müttern, differenziert nach Berufsbildungsabschluss, gesondert eingegangen.

Abbildung 35: Frauen (Maximumgruppe) nach Schul- und Berufsbildung, durchschnittliche Kinderzahlen und Fallzahlen, 1982, 1991, 2000 und 2008, alte Bundesländer

Maximumgruppe (jeweils fünf Frauenjahrgänge mit den meisten Kindern in der Familie), alte Bundesländer

	durchschnittliche Kinderzahl				Fallzahlen			
	1982	1991	2000	2008	1982	1991	2000	2008
... nach Bildung								
kein Abschluss	k.A.	k.A.	2,12	2,22	k.A.	k.A.	419	513
Volks-/Hauptschule	1,79	1,59	1,60	1,58	9951	6470	5524	3039
Realschule/POS	1,50	1,47	1,49	1,39	3058	3465	5597	6067
Abitur	1,53	1,38	1,32	1,32	951	1610	3425	5112
...nach Berufsbildung								
kein Abschluss	1,99	1,82	1,79	1,82	4219	2526	2665	2066
Ausbildung	1,57	1,47	1,48	1,39	8800	8355	10111	11183
Fachhochschule	1,47	1,56	1,31	1,27	186	347	632	916
Universität	1,51	1,47	1,30	1,30	618	771	1131	1683

Quelle: eigene Berechnungen Scientific Use Files der Mikrozensus 1982, 1991, 2000 und 2008; eigene Berechnungen und Darstellung

Differenziert nach Berufsbildung zeigt sich demnach in keiner Gruppe ein größerer Rückgang der Kinderzahlen als von 0,2 Kinder pro Frau. Im gleichen Zeitraum fällt der Geburtenrückgang insgesamt jedoch größer aus. Laut Geburtenstatistik hatten die 36- bis 40-jährigen 1982 noch 1,75 Kinder, 2000 1,5 Kinder und 2008 1,41 Kinder (ASFR nach Kohorten, Statistisches

Ergebnisse

Bundesamt Wiesbaden). Die Geburtenziffern insgesamt sind also um 0,35 Kinder pro Frau gesunken. Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt auch der Mikrozensus, denn bei Multiplikation der Kinderzahlen nach Berufsbildung mit den Spaltenprozenten beträgt die durchschnittliche Kinderzahl 1982 1,7 Kinder und sinkt bis 2008 auf 1,4 Kinder pro Frau ab (vgl. Abbildung 36).

Abbildung 36: Frauen (Maximumgruppe): durchschnittliche Kinderzahl nach Berufsbildung und Spaltenprozente, 1982, 1991, 2000 und 2008, alte Bundesländer

	durchschnittliche Kinderzahl				Spaltenprozente			
	1982	1991	2000	2008	1982	1991	2000	2008
...nach Berufsbildung								
kein Abschluss	1,99	1,82	1,79	1,82	30,5	21,1	18,3	13,0
Ausbildung	1,57	1,47	1,48	1,39	63,7	69,6	69,5	70,6
Fachhochschule	1,47	1,56	1,31	1,27	1,3	2,9	4,3	5,8
Universität	1,51	1,47	1,30	1,30	4,5	6,4	7,8	10,6

ergibt eine durchschnittliche Kinderzahl von ... Kindern pro Frau in der Familie (Kinderzahl*Spaltenprozente/100)

1982	1991	2000	2008
1,70	1,55	1,52	1,43

laut Geburtenstatistik hatten die 36 bis 40-jährigen in den jeweiligen Befragungsjahren ... Kinder pro Frau geboren

1,75	1,59	1,51	1,41
------	------	------	------

(ASFR nach Kohorten, Stat. BA Wiesbaden)

Das ergibt einen Rückgang der Kinderzahlen von durchschnittlich **0,35** Kindern pro Frau.

Quelle: eigene Berechnungen Scientific Use Files der Mikrozensen 1982, 1991, 2000 und 2008; ASFR nach Kohorten Statistisches Bundesamt Wiesbaden; eigene Berechnungen und Darstellung

Hätten sich nur die Gruppengrößen gewandelt, ohne dass innerhalb gleicher Bildungsgruppen ein Rückgang der Geburtenziffern bestehen würde, wäre die Geburtenrate auf 1,62 Kinder pro Frau gesunken (durchschnittliche Kinderzahl 1982 * Spaltenprozente 2008/100). Wären hingegen nur die Kinderzahlen gesunken, aber die Anteile in den Bildungsgruppen gleichgeblieben, wäre die Geburtenrate auf 1,52 Kinder pro Frau abgefallen (durchschnittliche Kinderzahl 2008*Spaltenprozente 1982). Da nun beides zusammen passiert ist – sowohl die Anteile innerhalb der Bildungsgruppen haben sich geändert als auch die Geburtenraten innerhalb gleicher Bildungsgruppen sind gesunken – fielen die Geburtenraten auf 1,43 Kinder pro Frau. Die Analyse macht deutlich, dass beide Entwicklungen gemeinsam die Geburtenrate stark negativ beeinflussten. Allerdings muss die Ausgangsthese – nicht der Geburtenrückgangs allgemein, sondern der Wandel der Gruppengrößen führte zum Sinken der Geburtenziffern – zumindest in Bezug auf die Berufsbildung eingeschränkt werden. Denn die Analyse der Berufsbildung im Zeitverlauf macht für die Gruppe mit der maximalen Kinderzahl in der Familie deutlich, dass der Rückgang der Kinderzahlen auch innerhalb gleicher Bildungsgruppen etwas stärker wiegt als der Rückgang der Kinderzahlen, der sich durch die veränderten Anteile der Frauen innerhalb der gleichen Berufsbildungsgruppen ergibt. Im Kapitel 6.3 werden derartige Analysen noch über die Berufsbildung hinaus fortgesetzt, wobei zusätzlich der Familienstand und

Ergebnisse

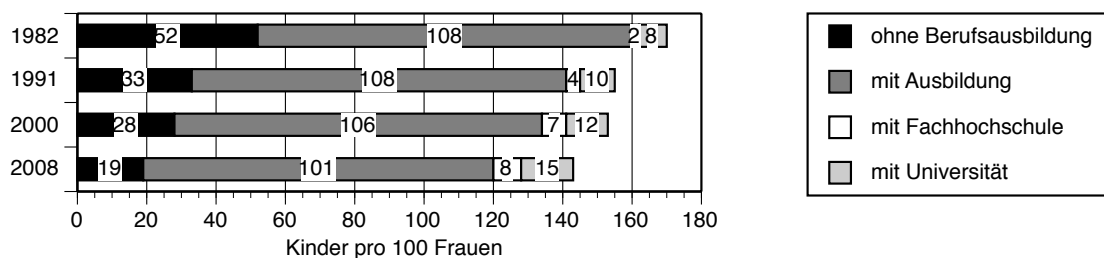
die Erwerbstätigkeit kontrolliert werden. Denn die gesellschaftliche Position der Frau wird nicht allein über ihre Berufsbildung bestimmt, sondern über ihre Teilhabe am Erwerbsleben und ihren Familienstand. Dafür wird die Methode der Kontrastgruppenanalyse gewählt (vgl. 6.3).

Wie veränderte Gruppengrößen und niedrigere Geburtenzahlen die Population der Kinder tangieren

Da die Ergebnisse des Mikrozensus repräsentative Ergebnisse bezüglich der Frage liefern, wie verschiedene Frauenkohorten an der Berufsausbildung partizipieren und gleichzeitig verlässliche Ergebnisse vorliegen, wie viele Kinder die jeweiligen Berufsbildungsgruppen geboren haben, lassen sich die Berufsbildungsabschlüsse der Mütter nun auch aus Sicht der Kinder darstellen. Dabei zeigt sich, dass derzeit populäre Studien, die vor allem die Kinderlosigkeit von höher gebildeten Frauen betonen, zu falschen Schlüssen verleiten. Denn trotz sinkender Kinderzahlen – vor allem der Akademikerinnen – wachsen heute im Vergleich zu früher immer mehr Kinder bei Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss auf. Die folgende Abbildung macht deutlich, dass – bezogen auf 100 Frauen – 2008 immerhin 15 Kinder bei Frauen mit Universitätsabschluss leben. 1982 waren es nur 8 Kinder. Im selben Zeitraum zwischen 1982 und 2008 hat sich auch der Anteil der Kinder bei Frauen mit Fachhochschulabschluss auf niedrigem Niveau vervierfacht (von zwei Kindern 1982 auf 8 Kinder 2008). Die Zahl der Kinder bei Frauen mit berufsbildenden Abschluss ist mit 108 Kindern 1982 und 101 Kindern 2008 relativ konstant geblieben und macht die große Masse der Kinder aus. Bei Frauen ohne Berufsbildungsabschluss leben 2008 nicht einmal mehr halb so viele Kinder wie 1982 (52 Kinder 1982 und 19 Kinder 2008).

Abbildung 37: Kinder pro 100 Frauen nach Ausbildungsabschluss der Mutter, 1982, 1991, 2000 und 2008, alte Bundesländer

Kinder pro 100 Frauen nach Ausbildungsabschluss der Mutter



Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1982, 1991, 2000 und 2008

In der theoretischen Diskussion wurde aufgeführt, dass die Möglichkeit einer größeren Kinderzahl nur ernsthaft im Zusammenhang mit Frauen diskutiert wird, die über keine Berufschancen verfügen und freiwillig zu Hause bleiben. Die Entwicklung dieser potenziellen Müttergruppe verdeutlicht jedoch im Zeitverlauf, dass diese immer weniger in der Lage sind, niedrige Geburtenraten von Frauen mit Berufsbildungschancen auszugleichen: Erstens gibt es sie immer seltener, zweitens sind auch ihre Kinderzahlen gesunken. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine immer größere Bedeutung zukommt. Immer mehr Frauen verfügen über (höhere) berufsbildende Abschlüsse. Folglich leben auch immer mehr Kinder bei Frauen, die über Berufsbildungschancen verfügen und diese auch wahrnehmen wollen.

Deshalb führt der veränderte Anteil der Frauen in höheren Bildungsabschlüssen zu einer deutlich gewandelten Kinderpopulation. Der Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie von 2 Kindern pro Frau noch 1976 auf 1,5 Kinder pro Frau 2008 rührt vor allem durch die nun fehlenden Kinder der Frauen ohne Berufsabschluss. Ein Teil des Rückgangs der Kinderzahlen der Frauen ohne Berufsausbildung wird jedoch durch die höher gebildeten Frauen ausgeglichen – noch nie lebten so viele Kinder wie heute bei Frauen mit Universitätsabschluss. Frauen mit Universitätsabschluss und Frauen mit Berufschancen organisieren das Leben mit ihren Kindern jedoch grundsätzlich anders als Frauen ohne Berufsbildung. Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurde herausgearbeitet, dass berufstätige Frauen ihr Kinder häufiger außerhäuslich betreuen lassen als Hausfrauen (Kap. 3.6). Dieser Punkt wird im Unterkapitel „Erwerbstätigkeit nach Alter und Anzahl der Kinder“ wieder aufgegriffen. Auch wenn Akademikerinnen geringere Kinderzahlen aufweisen als andere Frauen, so führt die Verbreitung der höheren Bildungsabschlüsse und das Verschwinden der Frauen ohne Berufsausbildung zu einer deutlich gewandelten Kinderpopulation und damit auch zu einem veränderten Bedarf an externen Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

6.1.3. Der Wandel der Familiengrößen nach Berufsbildung

Wie in der theoretischen Diskussion deutlich wurde, genießt vor allem die nach wie vor steigende Kinderlosigkeit große Aufmerksamkeit. Die Anteile der Frauen mit mehr als drei Kindern sind in den jüngeren Kohorten hingegen relativ stabil. Gewöhnlich wird daher den Kinderlosen die Schuld der niedrigen Geburtenrate aufgetragen. Im Kapitel „Geburtenrate nach Parität“ wurde bereits aufgezeigt, dass innerhalb der alten und der neuen Bundesländer unterschiedliche paritätsspezifische Geburtenmuster fortbestehen: Während in den alten Bundes-

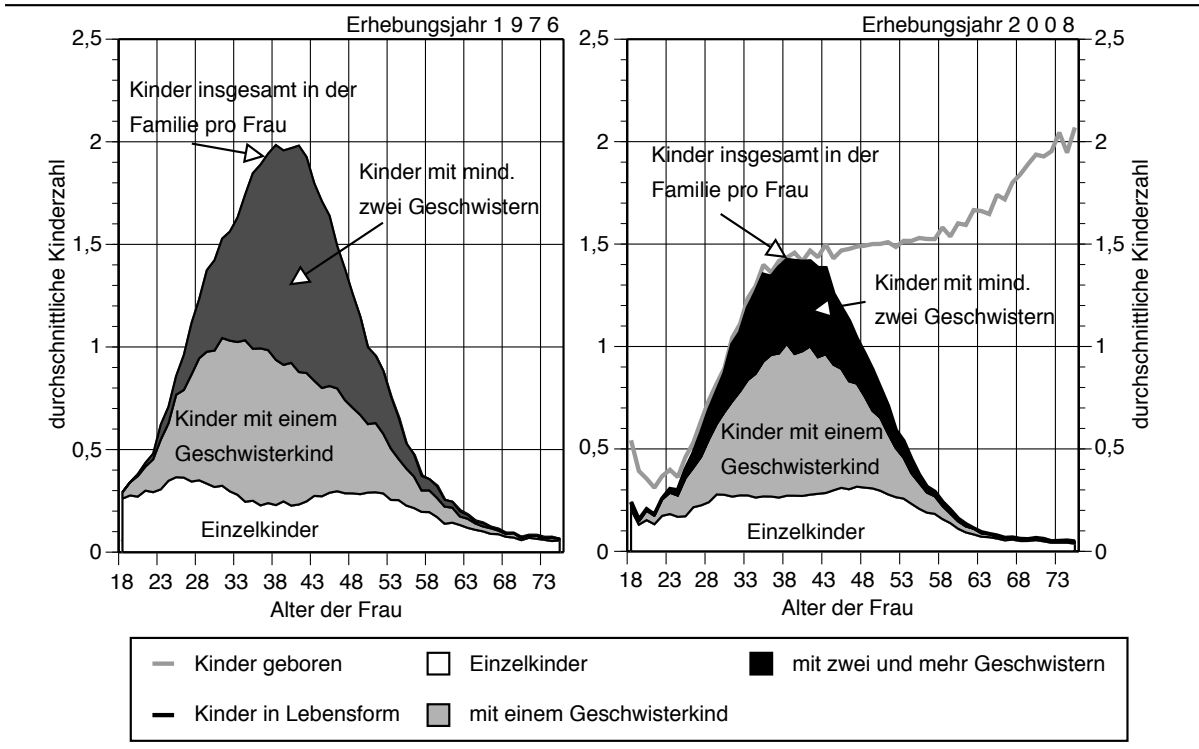
ländern vergleichsweise viele Frauen zeitlebens kinderlos bleiben, entscheiden sich in den neuen Bundesländern verhältnismäßig viele Frauen für nur ein Kind. Im Durchschnitt allerdings haben die alten und die neuen Bundesländer annähernd gleiche Geburtenraten. Im Folgenden soll überprüft werden, wie sich der strukturelle Wandel auf die Veränderungen in den Kinderzahlen auswirkte. Ist die Ein-Kind-Familie ein typisches Muster für hochqualifizierte Frauen? Und finden sich kinderreiche Familien, also Frauen mit drei und mehr Kindern, überwiegend in der Gruppe der unqualifizierten Frauen, wie häufig in der theoretischen Diskussion herausgestellt? Erst anschließend wird nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefragt und die Erwerbsmuster der Mütter werden differenziert nach Bildung, Alter und Anzahl der Kinder dargestellt.

Betrachtet man die Kinder pro Frau nach Alter der Frau im Vergleich der Erhebungsjahre 1976 und 2008, dann fällt auf, dass Kinder mit mindestens zwei Geschwisterkindern noch 1976 die Mehrheit der Kinder ausmachten. Das Maximum der Kinder in der Familie ist von 2 Kindern pro Frau (1976) auf 1,5 Kinder pro Frau (2008) gesunken, weil immer weniger Kinder mit mindestens zwei Geschwisterkindern leben. Für 1976 zeigt sich deutlich die Gründung der Mehrkinderfamilie: Der Anteil der Einzelkinder sinkt ab dem Lebensalter 27, weil sich die Frauen dieser Altersklasse nun vermehrt für zweite Kinder entscheiden.

Der Anteil der Kinder mit genau einem Geschwisterkind geht ab dem Alter der Mutter von 33 Jahren zurück, weil nun noch mehr Frauen ein drittes Kind bekommen. 2008 sind diese Einschnitte weniger deutlich. Die Zahl der Einzelkinder sinken ab dem Alter der Frau von 30 Jahren, eine Verringerung der Kinder mit einem Geschwisterkind zeigt sich nun nicht mehr, die Kinderzahl in der Familie geht nicht über die Marke von 1,5 Kindern hinaus. Aus Kindersicht erscheint der Wegbruch der Mehrkinderfamilie enorm, während von einer dramatischen Zunahme von Einzelkindern nicht die Rede sein kann. Einzelkinder haben nur deshalb relativ an Bedeutung gewonnen, weil immer weniger Kinder mit mehreren Geschwistern leben. Absolut leben heute kaum mehr Einzelkinder in den Familien als früher.

Abbildung 38: Kinder nach Alter der Mutter und Geschwisterzahl, 1976 und 2008 alte Bundesländer

Frauen nach Alter und Kinderzahl in der Familie, Vergleich 1976 und 2008



Quelle: Scientific Use Files Mikrozensus 1976 und 2008, eigene Berechnung und Darstellung

Für die nun folgende Analyse wurden die im vorigen Unterkapitel bestimmten Maximumgruppen nach Berufsbildungsabschluss eingegrenzt, dass heißt es wurden jeweils fünf Geburtsjahrgänge ausgewählt, die die meisten Kinder in der Familie aufweisen. Die Frauen befinden sich – je nach Berufsbildungsabschluss und Erhebungsjahr – im Altersbereich 33 bis 45 Jahre. Für diese Maximumgruppe wird nun die Kinderanzahl – differenziert nach Berufsbildung – bestimmt.

Es zeigt sich, dass der Rückgang der Kinderzahlen um 0,2 Kinder pro Frau innerhalb gleicher Berufsbildungsabschlüsse mit relativ stabilen Kinderzahlen, differenziert nach Parität, einhergeht – Einzig die Kinderlosigkeit ist innerhalb gleicher Berufsbildungsgruppen angestiegen. Da vor allem die Kinderlosigkeit steigt, wird diese in der medialen Debatte um niedrige Geburtenzahlen auch überdurchschnittlich häufig thematisiert (Kap. 2.1.2). Die vorliegenden Ergebnisse zeigen jedoch, wie einseitig die Debatte um die hohe Kinderlosigkeit der Akademikerinnen ist. Denn bei den Frauen ohne berufsbildenden Abschluss ist die Kinderlosigkeit deutlicher gestiegen als bei Frauen mit Universitätsabschluss. In der Abbildung 39 sind der Anteil kinderloser Frauen sowie die Anteile der Frauen mit einem, mit zwei und mit drei Kin-

der für die Jahre 1982, 1991, 2000 und 2008 dargestellt. Es zeigt sich, dass die Kinderlosigkeit von Frauen ohne berufsbildenden Abschluss im gleichen Zeitraum von 12 auf 21 Prozent gestiegen ist, sich also fast verdoppelt hat, während die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen nur von 25 auf 32 Prozent der Frauen anstieg. Die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen war also auch schon früher überdurchschnittlich hoch. Sollte die im theoretischen Teil dieser Arbeit herausgearbeitete These – dass die Kinderlosigkeit vor allem Ausdruck einer gestiegenen Optionsvielfalt ist und daher vor allem unter höher gebildeten Frauen verbreitet ist – richtig sein, dann stellt sich die Frage, warum in den letzten drei Jahrzehnten vor allem die Kinderlosigkeit der wenig bis gar nicht qualifizierten Frauen anstieg.

Betrachtet man die größte Gruppe der Frauen – die Frauen, die über einen Ausbildungsabschluss verfügen – dann muss man sich außerdem fragen, wie veränderte Wertemuster in einer veränderten Fertilität aufscheinen, denn die Anteile der Frauen, die sich für ein, zwei oder drei und mehr Kinder entscheiden, sind unverändert hoch. Bei Kontrolle der Bildungsabschlüsse steigt die Kinderlosigkeit im Zeitvergleich, die Anteile der Frauen nach Parität ihrer Kinder sind jedoch stabil. Innerhalb der Gruppe der Frauen mit einem Ausbildungsabschluss ist der Anteil kinderloser Frauen um acht Prozentpunkte von 17 Prozent kinderloser Frauen 1982 auf 25 Prozent kinderloser Frauen 2008 angestiegen, die Anteile der Frauen mit zwei oder mit drei Kindern sind jedoch äußerst stabil. Von den Frauen mit Ausbildungsabschluss haben 1982 und auch noch 2008 38 Prozent zwei Kinder, der Anteil der Frauen mit drei Kindern sinkt um lediglich einen Prozentpunkt. Ähnliches ergibt die Analyse der Frauen mit Universitätsabschluss: Innerhalb dieser Gruppe steigt die Kinderlosigkeit um 7 Prozentpunkte von 25 Prozent 1982 auf 32 Prozent 2008. Der Anteil der Frauen mit einem Kind ist mit 20 Prozent 1982 und 22 Prozent 2008 weitestgehend stabil, das gleiche gilt für den Anteil der Akademikerinnen mit zwei Kindern, welcher lediglich um drei Prozentpunkte von 36 Prozent 1982 auf 33 Prozent 2008 absinkt.

Ein weiteres sehr wichtiges Ergebnis dieser Tabelle ist die Tatsache, dass die Mehrkinderfamilie, also Frauen mit drei und mehr Kindern, schon seit 1982 in der Gruppe der Frauen mit Ausbildungsabschlüssen nur selten vorkommen. 2008 haben nur 12 Prozent der Frauen mit Ausbildungsabschluss oder mit Fachhochschulabschluss und 13 Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss drei und mehr Kinder in der Familie. Diese Werte sind äußerst gering und führen zu insgesamt niedrigen Geburtenraten. Denn wenn einerseits je nach Bildungsabschluss bis zu 30 Prozent der Frauen kinderlos sind, andererseits jedoch in keiner Gruppe mit

Berufsbildungsabschluss mehr als 13 Prozent der Frauen drei und mehr Kinder haben, dann müssen die Geburtenraten niedrig sein.

Der Anstieg der Kinderlosigkeit, der innerhalb der Bildungsgruppen deutlich aufscheint, wird gemeinhin für die Erklärung niedriger Geburtenraten aufgegriffen. Allerdings ist die Fokussierung auf die Kinderlosigkeit zu kurz gegriffen. Bereits in Kapitel 2.2.1 wurde aufgezeigt, dass eine Verringerung der Kinderlosigkeit die Geburtenrate weniger hebt als eine Vergrößerung des Anteils der Frauen mit zwei und drei Kindern. In Deutschland haben schon seit 30 Jahren alle Frauen mit Berufsausbildungsabschluss – wobei die Höhe des Abschlusses unerheblich ist – kaum dritte Kinder. Da im gleichen Zeitraum das Bildungsniveau und die –chancen der Frauen deutlich anstiegen, gibt es nun immer weniger Frauen, die mit mehreren Kindern die hohe Kinderlosigkeit ausgleichen können. Die Fokussierung auf kinderlose Akademikerinnen führt zu dem Ergebnis, die Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und multipler Mutterschaft für ein stabiles Geburtenniveau zu übersehen.

In den neuen Bundesländern lag 1991 die Kinderlosigkeit der Frauen extrem niedrig und nah am biologischen Minimum. Das gilt auch für die Akademikerinnen. Die geringen Unterschiede in der Kinderlosigkeit und auch der durchschnittlichen Kinderzahlen nach Berufsbildungsabschluss in der DDR werfen die Frage auf, inwieweit höhere Bildung per se zu niedrigeren Kinderpräferenzen führt. Schon Rene König stellte 1973 in Frage, dass höhere Bildung ursächlich für niedrigere Kinderzahlen verantwortlich ist. Die Daten der DDR unterstützen diese These, denn die Kinderzahl variiert hier kaum mit dem Berufsbildungsabschluss. Bis 2008 nimmt der Anteil kinderloser Frauen in allen Berufsbildungsgruppen kräftig zu, gleichzeitig gibt es nun auch deutlich mehr Frauen mit nur einem Kind. Kinderreiche Familien kommen in den neuen Bundesländern fast ausschließlich bei nicht qualifizierten Frauen vor, hier hat annähernd jede dritte Frau mehr als drei Kinder, der Anteil der Frauen ohne berufsbildenden Abschluss liegt in den neuen Bundesländern jedoch deutlich niedriger als in den alten. In der Gruppe der Frauen mit Berufsbildungsabschlüssen entscheiden sich noch etwas weniger Frauen als in den alten Bundesländern für drei und mehr Kinder. Diese geringe Verbreitung der kinderreichen Familie ist dafür verantwortlich, dass die ostdeutsche Geburtenrate gering bleibt.

Ergebnisse

Abbildung 39: Frauen nach berufsbildendem Abschluss und Anzahl der Kinder nach Parität, alte Bundesländer

Alte Bundesländer						
Erhebungsjahr	% Kinderlos	% mit 1 Kind	% mit 2 Kindern	% mit 3 und mehr Kindern	Kinder pro Frau	Fallzahl im jeweiligen Mikrozensus
kein berufsbildender Abschluss						
1982	12,1	22,5	36,3	29,1	1,98	4219
1991	15,6	25,0	35,1	24,3	1,82	2526
2000	19,2	22,3	32,0	26,4	1,79	2665
2008	21,0	18,0	32,7	28,4	1,82	2066
Gesamt	16,1	22,2	34,4	27,3	1,87	11476
mit Ausbildungsabschluss						
1982	17,0	29,5	37,6	15,9	1,58	8800
1991	20,2	28,5	38,4	13,0	1,47	8355
2000	22,5	25,0	38,5	14,0	1,48	10111
2008	25,1	25,4	37,2	12,3	1,39	11183
Gesamt	21,5	26,9	37,9	13,7	1,48	38449
mit Fachhochschulabschluss						
1982	21,5	26,3	38,7	13,4	1,47	186
1991	30,3	19,9	36,9	13,0	1,36	347
2000	31,0	23,3	32,9	12,8	1,31	632
2008	31,8	23,9	32,0	12,3	1,27	916
Gesamt	30,4	23,3	33,7	12,7	1,32	2081
mit Universitätsabschluss						
1982	25,1	20,2	36,2	18,4	1,51	618
1991	24,8	23,1	37,0	15,2	1,47	771
2000	33,2	21,7	31,7	13,5	1,30	1131
2008	32,2	21,9	33,1	12,8	1,30	1683
Gesamt	30,0	21,8	33,9	14,3	1,36	4203

Quelle: Jeweils 5 Jahrgänge mit der höchsten Kinderzahl in der Familie, Scientific Use Files Mikrozensus 1982, 1991, 2000, 2008. Kohortenauswahl siehe Abbildung 61-63 im Anhang. Eigene Auswertungen und Darstellung.

Im ost-westdeutschen Vergleich der Akademikerinnen zeigt sich, dass in Bezug auf die Mehrkinderfamilie von einem Angleich des Westens an den Osten gesprochen werden muss. Drei und mehr Kinder kommen unter westdeutschen Akademikerinnen immer seltener vor, der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern ist von 18 Prozent 1982 auf 13 Prozent 2008 gesunken. Im Osten liegt der Anteil der Akademikerinnen mit drei und mehr Kindern ebenfalls auf diesem Niveau. Einerseits bestätigt sich damit die These von Burkart bzw. Birg, dass mehr als zwei Kinder in der Regel bei Frauen häufiger dann vorkommen, wenn diese Frauen wenig Alternativen in Form einer eigenen Erwerbstätigkeit haben. Andererseits können deshalb aber nicht, wie es teilweise in der medialen Berichterstattung aufschien (Kap. 2.1.2), die Frauen wieder zurück an den Herd verwiesen werden. Denn das höhere Ausbildungsniveau der heutigen Frauen lässt sich nicht umkehren, genauso wenig die damit einhergehende höhere Erwerbsneigung. Genau hier muss angesetzt werden.

Ergebnisse

Abbildung 40: Frauen nach Berufsbildenden Abschluss und Anzahl der Kinder nach Parität, neue Bundesländer

Neue Bundesländer						
Erhebungsjahr	% Kinderlos	% mit 1 Kind	% mit 2 Kindern	% mit 3 und mehr Kindern	Kinder pro Frau	Fallzahl im jeweiligen Mikrozensus
kein berufsbildender Abschluss						
1991	15,6	16,4	35,2	32,8	2,05	122
2000	20,8	21,7	31,1	26,4	1,82	106
2008	21,4	29,5	18,8	30,4	1,81	112
Gesamt	19,1	22,4	28,5	30,0	1,90	340
mit Ausbildungsabschluss						
1991	6,2	28,6	52,2	13,0	1,75	2902
2000	9,2	34,8	45,7	10,3	1,61	2686
2008	13,5	41,8	35,8	8,8	1,43	2039
Gesamt	9,2	34,3	45,5	10,9	1,61	7627
mit Fachhochschulabschluss						
2000	13,0	30,5	50,3	6,2	1,51	177
2008	17,3	36,1	39,1	7,5	1,38	133
Gesamt	14,8	32,9	45,5	6,8	1,45	310
mit Universitätsabschluss						
1991	5,6	26,3	56,2	11,9	1,76	377
2000	8,6	29,8	52,2	9,4	1,64	245
2008	16,9	31,5	38,4	13,2	1,51	219
Gesamt	9,4	28,7	50,4	11,5	1,66	841

Quelle: jeweils 5 Jahrgänge mit der höchsten Kinderzahl in der Familie, Scientific Use Files Mikrozensus 1991, 2000, 2008. Kohortenauswahl siehe Tabelle 61 bis 63 im Anhang. Eigene Auswertungen und Darstellung.

Anmerkung: mit Fachhochschulabschluss 1991 aufgrund zu geringer Fallzahlen (N<100) nicht dargestellt.

Denn die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die Kinderlosigkeit auch der am höchsten qualifizierten Frauen in den neuen Bundesländern deutlich niedriger ausfällt als in den alten. In den neuen Bundesländern sind nur halb so viele Akademikerinnen kinderlos wie in den alten Bundesländern (17 versus 32 Prozent). Da sich gleichzeitig ein höherer Prozentsatz der am höchsten qualifizierten Frauen auch noch für ein zweites Kind entscheidet, liegt die durchschnittliche Kinderzahl ostdeutscher Akademikerinnen höher als die der westdeutschen (1,5 Kinder versus 1,3 Kinder pro Frau). Deshalb wirft die vergleichsweise hohe durchschnittliche Kinderzahl ostdeutscher Akademikerinnen die Frage auf, inwieweit höhere Bildung wirklich – wie in der theoretischen Literatur vielfach angenommen – direkt mit einem Aufschub der Geburten, einer höheren Kinderlosigkeit und niedrigeren Kinderwünschen in Verbindung steht. Allerdings muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass diese Frauen 1967 bis 1971 geboren wurden und daher der Beginn ihrer Reproduktionsphase noch in die DDR-Zeit fiel, als Studenten über Wohnungsvergabepremien große Anreize zur Familiengründung gesetzt wurden (Judt 1998).

In Abbildung 37 wurde bereits dargestellt, wie sich der Wandel der Berufsstruktur aus Sicht der Kinder auswirkte. Und auch die obige, übliche Darstellung der Anteile nach Paritäten in

Prozent führt zu falschen Schlussfolgerungen, solange nicht die Veränderung der Gruppenstärken berücksichtigt wird. Denn es gibt heute deutlich weniger Frauen ohne berufsbildenden Abschluss als früher (das gilt nicht für die neuen Bundesländer), gleichzeitig hat der Anteil der Akademikerinnen deutlich zugenommen. In Abbildung 37 wurde aufgezeigt, dass die Kinder von Frauen ohne berufliche Qualifikation einen immer geringeren Anteil an allen Kindern ausmachen. Darüber hinaus machen die eben dargestellten Tabellen deutlich, dass die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen besonders hoch ist – allerdings zeigt auch das Beispiel der DDR, dass die wenigen Akademikerinnen hier mindestens genauso häufig zwei Kinder hatten im Vergleich zu Frauen mit niedrigeren Berufsbildungsabschlüssen. Außerdem kommen Frauen mit drei und mehr Kindern bei den Frauen ohne berufsbildenden Abschluss mehr als doppelt so häufig vor wie in den anderen Gruppen.

In der öffentlichen Debatte um die niedrige Geburtenrate wird gemeinhin geschlussfolgert, dass das steigende Bildungsniveau der Frauen mit niedrigen Geburtenraten einhergeht. Akademikerinnen sind nicht nur überdurchschnittlich häufig kinderlos, sondern sie weisen auch insgesamt niedrigere Geburtenraten auf. Gleichzeitig führe die Zunahme der weiblichen Optionen nun dazu, dass immer mehr Frauen höhere Bildungsabschlüsse erreichen und folglich geringere Kinderzahlen aufweisen. Vergessen wird dabei, dass auch Frauen mit einem berufsbildenden Abschluss nicht nur steigende Kinderlosigkeit erleben, sondern kaum drei und mehr Kinder bekommen. Die deutsche Geburtenrate ist nicht niedrig, weil Akademikerinnen häufiger kinderlos sind. Akademikerinnen machen auch heute noch einen geringen Anteil der Mütter aus. Hinzu kommt die Tatsache, dass eine hohe Geburtenrate von dem Anteil der Frauen getragen wird, die mehrere Kinder bekommen. Diese Lebensform wird in Deutschland jedoch nur mit der Hausfrau in Verbindung gebracht. Die obigen Tabellen machen deutlich, dass kinderreiche Familien in Deutschland auch tatsächlich nur dann häufiger gegründet werden, wenn Frauen über keinen berufsbildenden Abschluss verfügen – Entsprechend muss die deutsche Geburtenrate niedrig sein.

Im Kapitel 6.2 wird nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefragt. Sollte sich im Zeitverlauf herausstellen, dass Frauen mit kleinen Kindern unverändert aus dem Beruf aussteigen, dann könnte dies ein wesentliches Erklärungsmerkmal für die seltene kinderreiche Familie und damit für niedrige deutsche Geburtenraten sein.

6.1.4. *Alter bei Geburt nach Berufsbildung und Kinderzahl*

In den Kapiteln 2.1 und 2.3 wurde herausgearbeitet, dass der Aufschub von Geburten wesentlich dämpfend auf die Geburtenrate wirkt. Als zweites stellte sich die Frage, ob wirklich ein verändertes Handlungsmuster der Frauen aufgrund einer allgemeinen Änderung der Wertvorstellungen zutage trat oder ob sich nicht schlichtweg die Gruppengrößen der Frauen geändert haben. Beispielsweise könnten heute mehr Frauen ihre Kinder später im Lebenslauf bekommen, weil es mehr Akademikerinnen gibt. Der Aufschub der Geburten soll deshalb differenziert nach dem höchsten Berufsbildungsabschluss der Frauen betrachtet werden²⁴.

Dabei zeigt ein Mittelwertvergleich für die jeweilige Maximumgruppe (Fallauswahl siehe Abbildung 61 bis 63), dass sich zwischen 1982 und 2008 das durchschnittliche Alter bei Geburt des ersten Kindes für Frauen mit Berufsbildungsabschluss um 2,9 Jahre und für Frauen mit Hochschulabschluss nur um 1,4 Jahre erhöht hat (Abbildung 41). Darüber hinaus war erwartungsgemäß das Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder auch schon 1982 an den Ausbildungsabschluss gekoppelt: Auch 1982 hatten Akademikerinnen bereits das höchste Alter bei Geburt des ersten Kindes und Frauen ohne Berufsbildungsabschluss waren durchschnittlich am jüngsten. Vielfältig wurde thematisiert, dass vor allem Akademikerinnen ihre Kinder aufgrund höherer eigener Ansprüche an eine Erwerbskarriere und längerer Ausbildungszeiten später bekommen. Gleichzeitig gibt es heute auch mehr höher gebildete Frauen als früher.

Diese Ergebnisse werfen die Frage auf, warum ausgerechnet in der Gruppe der Akademikerinnen nur der geringste Geburtenaufschub stattfand. Der Aufschub der Erstgeburten findet deutlich innerhalb aller Berufsbildungsgruppen mit Ausnahme der Frauen ohne Berufsausbildung statt, am stärksten schieben jedoch Frauen mit Berufsausbildung die Geburt ihres ersten Kindes auf. Frauen ohne Berufsausbildung sind unverändert durchschnittlich 23,3 Jahre jung bei Geburt ihres ersten Kindes. Darüber hinaus zeigt sich, dass auch nicht die höhere Bildung per se verantwortlich für den Geburtenaufschub ist, weil sich auch innerhalb gleicher Bildungsgruppen das durchschnittliche Alter bei der ersten Geburt erhöhte und Akademikerinnen heute durchschnittlich älter bei Geburt ihrer Kinder sind als Akademikerinnen früher.

²⁴ Um das Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder bestimmen zu können, wurden das Alter der Kinder über die Familienidentifikationsnummer den Frauen mit der Stellung im Familie „Familienvorstand“ oder „Ehefrau/Partnerin des Familienvorstandes“ zugespielt. Aus der Differenz zwischen dem Alter der Mutter und dem Alter der Kinder ergibt sich dann das Alter bei der ersten bzw. bei der letzten Geburt.

Ergebnisse

Es wurde argumentiert, dass Frauen ihre Kinder dann besonders lange aufschieben, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weniger gegeben ist. Wenn Frauen befürchten, mit der Mutterschaft längerfristig aus dem Erwerbsleben aussteigen zu müssen, sind ihre Opportunitätskosten hoch. Darüber hinaus wurde aufgezeigt, dass in den neuen Bundesländern bis heute ein höheres Angebot an Kinderbetreuung bereitsteht und die „Defamilialisierung“ aufgrund der sozialistischen Vergangenheit bis heute ein stärkeres Ausmaß annimmt. Im Vergleich des Alters bei Geburt lässt sich feststellen, dass bei Konstanthaltung der Bildungsabschlüsse die ostdeutschen Frauen der Maximumgruppe durchgängig jünger sind, was als ein Zeichen einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gedeutet werden könnte. Denn laut Lesthaeghe (2010) holen Frauen aufgeschobene dann eher nach, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben ist.

Das Alter bei der letzten Geburt erhöhte sich im ähnlichen Ausmaß wie das Alter bei der ersten Geburt, wobei sich auch hier die Alterserhöhung deutlicher bei den Frauen mit Berufsbildungsabschluss zeigt als bei den Frauen mit Hochschulabschluss (siehe unterer Teil Abbildung 41).

Abbildung 41: Alter bei Geburt des ersten und des letzten Kindes nach Berufsbildungsabschluss (Mittelwert)

Alter bei Geburt des ersten Kindes	alte Bundesländer				neue Bundesländer			
	ohne Berufsbildung	mit Berufsbildungsabschluss	mit Fachhochschulabschluss	mit Hochschulabschluss	ohne Berufsbildung	mit Berufsbildungsabschluss	mit Fachhochschulabschluss	mit Hochschulabschluss
1982	23,3	24,9	27,8	28,9	für die Zeit liegen keine Daten vor			
1991	23,6	25,3	28,2	29,3	22,5 24,6			
2000	24,2	26,4	28,6	30,3	22,9	22,4	23,7	24,7
2008	23,2	27,8	30,6	31,3	23,2	24,6	27,4	28,8

Alter bei Geburt des letzten Kindes	alte Bundesländer				neue Bundesländer			
	ohne Berufsbildung	mit Berufsbildungsabschluss	mit Fachhochschulabschluss	mit Hochschulabschluss	ohne Berufsbildung	mit Berufsbildungsabschluss	mit Fachhochschulabschluss	mit Hochschulabschluss
1982	27,6	28,0	30,6	32,1	für die Zeit liegen keine Daten vor			
1991	26,7	27,5	30,4	31,5	25,1 28,6			
2000	28,3	29,4	31,5	33,3	27,6	25,7	26,9	27,5
2008	28,4	30,9	33,6	34,4	28,1	27,9	30,5	31,8

Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1982, 1991, 2000 und 2008. Eingrenzung auf 5er Kohorte mit den meisten Kindern in der Familie, Fallzahl siehe Tabelle ???.

Anmerkung: Fallzahl < 100 nicht dargestellt.

Diese Ergebnisse legen nahe, nach einer verschärften Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fragen. Denn Akademikerinnen waren früher nicht nur jünger bei Geburt ihrer Kinder, son-

dern sie hatten auch eine größere Kinderzahl. Für Frauen mit Berufsausbildung ist das durchschnittliche Alter bei Geburt ihrer Kinder zwischen 1982 und 2008 um 3 Jahre gestiegen, Frauen ohne berufsbildenden Abschluss hingegen sind unverändert jung. Im theoretischen Teil wurde aufgearbeitet, dass die Entscheidung der Frauen für ein Kind in Konkurrenz zu anderen Lebenszielen steht, eine in der demographischen Literatur sehr alte These. Gemäß der üblichen Argumentation wird generell abgeleitet, dass Frauen mit Berufsbildungsabschluss mehr Optionen haben und mehr Zeit in die Beendigung ihrer Ausbildung sowie Etablierung im Beruf stecken müssen im Vergleich zu Frauen ohne Berufsoptionen – Diese These kann im Zeitvergleich bestätigt werden. Allerdings zeigen die eigenen Ergebnisse im Zeitvergleich, dass sich das durchschnittliche Alter bei Geburt auch innerhalb gleicher Gruppen erhöht hat, wobei der Anstieg in der mittleren und zahlenmäßig größten Bildungsgruppe am höchsten ausfiel.

Im Kapitel 2.1 wurde bereits dargelegt, dass die Verschiebung des durchschnittlichen Alters bei Geburt durch die durchschnittliche Verringerung der Kinderzahl bedingt war. Verzichteten Frauen auf die Geburt weiterer Kinder, verringert sich das durchschnittliche Alter bei Geburt. Im Folgenden soll das durchschnittliche Alter bei Geburt des ersten und des letzten Kindes daher nach der Kinderanzahl der Frauen differenziert werden. Dabei wird erneut die Ausbildungshöhe der Frauen kontrolliert, weil sowohl zwischen der Ausbildungshöhe und der Kinderanzahl der Frauen als auch zwischen der Ausbildungshöhe und dem Zeitpunkt des Eintritts in die Elternschaft Zusammenhänge vermutet werden. Bei Aufgliederung nach Bildungsabschluss und Parität der Kinder liegen in vielen Konstellationen in den neuen Bundesländern die Fallzahlen unter 100 (vgl. Abbildung 40), so dass diese Analyse nur für Frauen in den alten Bundesländern durchgeführt wird (Fallzahlen siehe Abbildung 39). Wie auch in den voran gegangenen Analysen wurde die Grundgesamtheit auf die jeweiligen fünf Kohorten mit der maximalen Kinderzahl in der Familie (nach Berufsbildungsgruppen) eingegrenzt (siehe Abbildung 61-63).

Die folgende Abbildung 42 verbildlicht, dass nur eine geringe Zunahme des durchschnittlichen Alters bei der ersten Geburt stattfand, wenn sowohl der Berufsausbildungsabschluss als auch die Kinderzahl kontrolliert werden. Lediglich innerhalb der Gruppe der Frauen mit Einzelkindern hat sich das Alter bei Geburt auch innerhalb gleicher Bildungsgruppen erhöht. Am deutlichsten ist das Alter bei Geburt des ersten Kindes bei den Akademikerinnen von 29,7 Jahre 1991 auf 33,3 Jahre 2008 angestiegen, wenn sie auch insgesamt nur ein Kind haben.

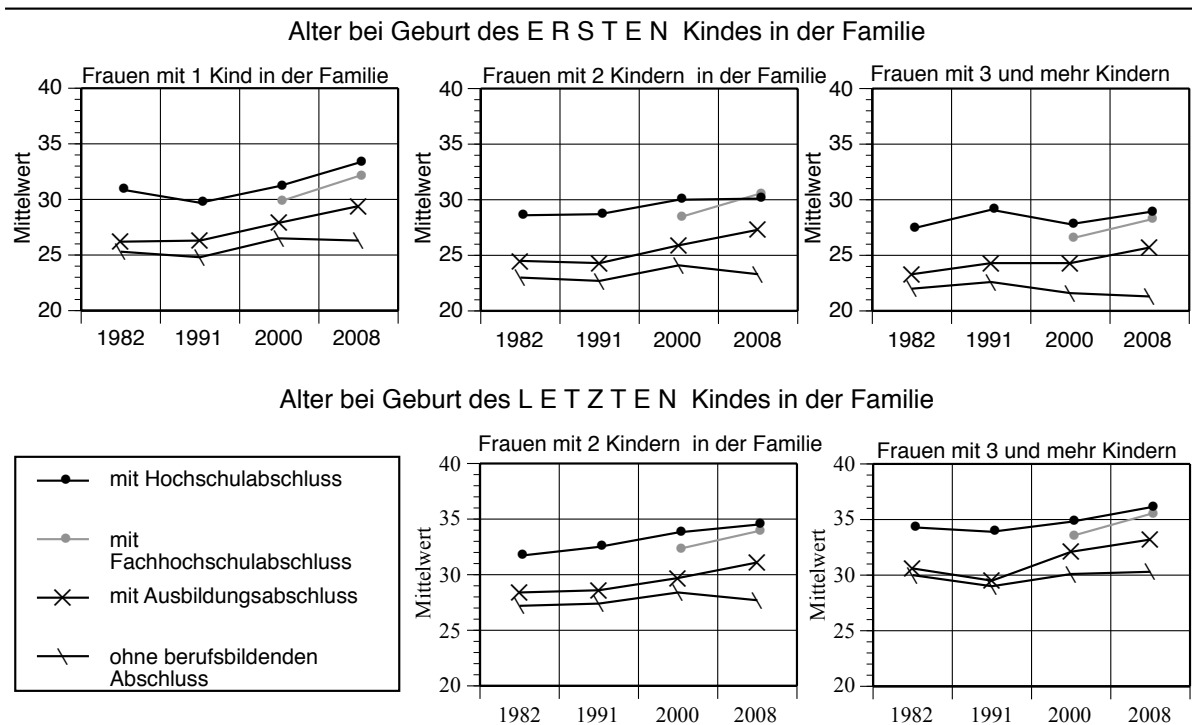
Ergebnisse

Das hohe durchschnittliche Alter von 33 Jahren wird in der Literatur häufig als Grund herangezogen, warum Akademikerinnen ein höheres Risiko der Kinderlosigkeit tragen und auch seltener zwei und mehr Kinder bekommen. Dies lässt sich auch in der vorliegenden Untersuchung bestätigen. Bei Betrachtung der anderen Bildungsgruppen fällt auf, dass auch innerhalb der Gruppe der Frauen mit berufsbildenden Abschlüssen ein Geburtenaufschub stattfand. Gleichzeitig sind Frauen mit drei und mehr Kindern durchschnittlich deutlich jünger bei Geburt ihres ersten Kindes als Frauen mit nur einem Kind. Im Zeitverlauf entscheiden sich Frauen mit drei und mehr Kindern nach wie vor unverändert jung für die Geburt eines ersten Kindes. Für das durchschnittliche Alter bei der ersten Geburt bleibt festzuhalten, dass Frauen zwar umso älter bei Geburt ihres ersten Kindes sind, desto höher ihre Bildungsabschlüsse sind. Der Anstieg des durchschnittlichen Alters bei Erstgeburt fällt jedoch äußerst moderat aus. Der durchschnittliche Anstieg des Erstgeburtsalters ist umso stärker, je geringer die Kinderzahl insgesamt und je höher der Bildungsabschluss der Frauen ist.

In der zweiten Reihe der folgenden Abbildung ist dem durchschnittlichen Alter bei Geburt des ersten Kindes das durchschnittliche Alter bei Geburt des letzten Kindes gegenübergestellt. Bei den Frauen mit Universitätsabschluss fällt auf, dass diese 2008 im Durchschnitt bei Geburt ihres zweiten Kindes schon annähernd 35 Jahre alt sind und damit in einem Alter, in dem die natürliche Fruchtbarkeit schon stark rückläufig ist²⁵. Der Begriff der Rushhour des Lebens ist hier äußerst treffend, diesen Frauen bleibt kaum noch Zeit für die Realisierung einer größeren Kinderschar. Allerdings bleibt in Bezug auf das durchschnittliche Alter der Frauen mit durchschnittlichen Bildungsabschlüssen – welche die größere Masse der Frauen ausmachen – auch festzustellen, dass sie bei Geburt ihres letzten (zweiten) Kindes durchschnittlich 31,1 Jahre alt sind, also durchaus noch Zeit für die Realisierung weiterer Kinder hätten. Das Ausschöpfen des Reproduktionszeitraumes praktizieren daher vorrangig Frauen mit Universitätsabschluss, deren Familienzyklus mittlerweile am Ende der fruchtbaren Jahre der Frau liegt. Wenn Frauen mit Universitätsabschluss dritte und weitere Kinder bekommen, sind sie im Durchschnitt bei Geburt ihres letzten Kindes bereits 36,1 Jahre alt.

²⁵ In Deutschland werden Schwangere ab dem 35. Lebensjahr aufgrund ihres Alters als Risikoschwangerschaft gezählt.

Abbildung 42: Alter bei Geburt nach Anzahl der Kinder und Berufsbildung, alte Bundesländer



Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1982, 1991, 2000 und 2008. Eingrenzung auf 5er Kohorte mit den meisten Kindern in der Familie, N siehe Tabelle ???.
Anmerkung: Fallzahl < 100 nicht dargestellt.

Im Kapitel 2.1 wurde Livi-Bacchi (1979) folgend dargelegt, dass im seinerzeit „neuen demographischen Regime“ Frauen mit der Geburt von Kindern aufhören, wenn sie ihre gewünschte Familiengröße erreicht haben. Livi-Bacchi zufolge nutzen Frauen ihren Reproduktionszyklus daher nicht mehr vollständig aus. Für die Gruppe der am höchsten qualifizierten Frauen zeigen die vorliegenden Daten, dass dieses Verhalten nicht mehr gilt. Die am höchsten qualifizierten Frauen warten heute solange mit der Geburt von Kindern, dass sie in ihren Möglichkeiten, auch größere Familien zu gründen und mehrere Kinder zu bekommen, schon stark eingeschränkt sind. Im Zeitverlauf zeigt sich darüber hinaus noch einmal eine Verschärfung der Situation: Frauen mit den höchsten Bildungsabschlüssen sind heute noch einmal durchschnittlich älter bei Geburt ihrer Kinder als früher.

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, wie sich die Müttererwerbstätigkeit im Zeitverlauf gestaltet. Die Ergebnisse werden im Zusammenhang der Vereinbarkeit von Beruf und Familie diskutiert.

6.2. Müttererwerbstätigkeit im Zeitverlauf

In Abbildung 36 wurde bereits dargelegt, dass dem Geburtenrückgang ein struktureller Wandel zugrunde liegt. Zwischen 1982 und 2008 hat sich der Anteil der Frauen ohne berufsbildenden Abschluss mehr als halbiert (von 30 auf 13 Prozent der Frauen), gleichzeitig weisen die Frauen ohne berufsbildenden Abschluss die vergleichsweise höchsten Kinderzahlen auf. Die größte Gruppe ist 1982 mit 64 Prozent aller Frauen und auch noch 2008 mit 71 Prozent aller Frauen die Gruppe der Frauen mit Ausbildungsabschluss, die 1982 auf 1,6 und 2008 auf 1,4 Kinder pro Frau kommt. Der Anteil der Frauen mit (Fach-)Hochschulabschluss ist von 6 Prozent 1982 auf 16 Prozent 2008 angestiegen, ihre durchschnittliche Kinderzahl im selben Zeitraum von 1,5 auf 1,3 Kinder pro Frau gesunken.

Zum zweiten wurde im theoretischen Teil deutlich gemacht, dass die Erwerbsneigung im Zusammenhang zur Ausbildungshöhe steht: Je höher das Ausbildungsniveau, desto mehr Gewinne können aus der Erwerbstätigkeit gezogen werden und desto eher schieben Frauen die Geburt von Kindern auf (Ott 1989). Höherqualifizierte Frauen kehren auch eher und durchschnittlich häufiger in die Erwerbstätigkeit zurück (Grunow et al. 2011). Grundsätzlich wird eine Erwerbstätigkeit eher im Widerspruch zu kleinen Kindern gesehen - Mit kleinen Kindern steigen Frauen häufig längerfristig aus der eigenen Erwerbstätigkeit aus. Dies werde insbesondere durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen gefördert (Kap. 3.6). Deutschland wird hier in die Gruppe konservativer Staaten eingeordnet, dessen Ziel es sei, die private Kinderbetreuung durch die Mütter möglich zu machen. Allerdings erscheint dieses Ziel auf der individuellen Ebene der Frauen häufig als privater Widerspruch auf – Einerseits erhalten die Frauen hohe Erwerbschancen, andererseits sind sie in der Phase der Mutterschaft in der Regel von ihrem Ehemann abhängig (König 1974, Vinken 2007).

Im Folgenden soll daher geprüft werden, ob sich die Erwerbschancen von Müttern in Abhängigkeit vom Alter des jüngsten Kindes gewandelt haben. Diese Analyse wird differenziert nach dem Ausbildungsabschluss der Mutter, da ein direkter Zusammenhang unterstellt wird. Darüber hinaus werden erneut die alten und die neuen Bundesländer separat betrachtet. Ist also noch alles beim Alten und werden, so wie König das in den 70er Jahren formuliert, Frauen mit der Geburt von Kindern von ihren Männern abhängig oder ist im Zeitverlauf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leichter geworden? Vieles spricht dafür, von einer Zunahme der Müttererwerbstätigkeit auszugehen: Immer mehr Frauen erlangen hohe Bildungsabschlüsse und verschiedene Familiengesetze sollten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbes-

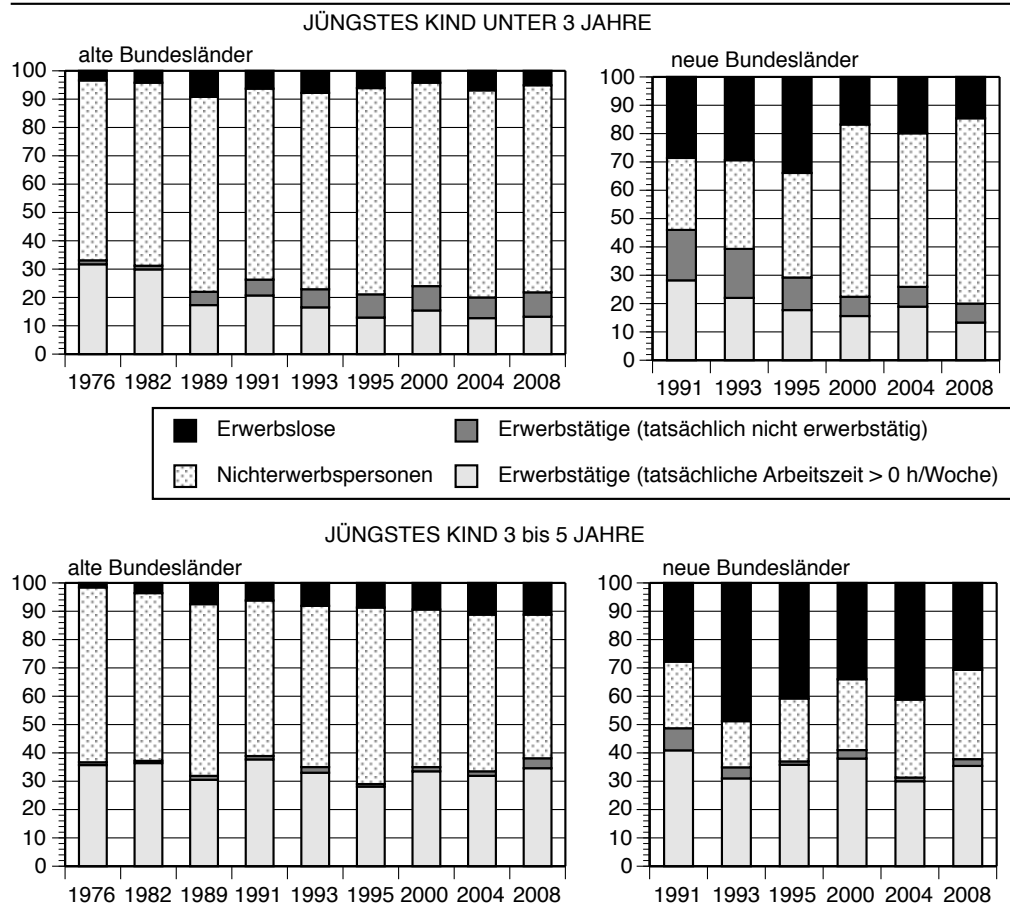
sen (Recht auf Teilzeit im Rahmen des Elterngeldgesetzes, Recht auf (Teilzeit-) Kindergartenplatz etc.).

Differenziert nach dem höchsten Ausbildungsabschluss wird deutlich, dass Frauen ohne berufsbildenden Abschluss und mit Kindern unter drei Jahren in der Familie immer seltener erwerbstätig sind. Frauen in Mutterschutz und in Elternzeit werden in der Statistik des Mikrozensus als Erwerbstätige gezählt. Deshalb wurde eine weitere Kategorie „Erwerbstätige (tatsächlich nicht erwerbstätig)“ eingeführt, in die alle Befragten fallen, die in der Berichtswoche tatsächlich nicht erwerbstätig waren. Deren Anteil ist im Zeitverlauf von 1,4 auf 8,6 Prozent aller Frauen ohne Berufsbildungsabschluss kräftig angestiegen. Die deutschen familienpolitischen Maßnahmen in Form der Elterngeld- und Zeitgesetze sind damit offenkundig wirksam, insofern als dass Frauen mit Kindern unter 3 Jahre von ihnen Gebrauch machen. Fraglich erscheinen – zumindest in Bezug auf die Frauen ohne berufsbildenden Abschluss – jedoch Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Denn für die erwerbstätigen Frauen ohne berufsbildenden Abschluss mit Kindern zwischen drei und fünf Jahren zeigen sich kaum Veränderungen: 1976 waren 35,7 Prozent der Frauen ohne berufsbildenden Abschluss erwerbstätig, 2008 sind es 34,6 Prozent. Allerdings hat sich der Anteil der erwerbslosen Mütter mit Kindern unter 6 Jahren von 1,6 Prozent auf 11,2 Prozent versiebenfacht. Die Betreuung kleiner Kinder birgt für Frauen ohne berufsbildenden Abschluss damit ein immer höheres Risiko, erwerbslos zu sein. Dies gilt insbesondere für die neuen Bundesländern, wo vor allem in der Gruppe der Frauen mit Kindergartenkindern der Anteil arbeitsloser Frauen ohne berufsbildenden Abschluss extrem hoch ausfällt.

Ergebnisse

Abbildung 43: Müttererwerbstätigkeit nach Alter des jüngsten Kindes: Frauen ohne Berufsbildung 1976-2008

Frauen ohne berufsbildenden Abschluss nach Erwerbstyp und Alter des jüngsten Kindes, alte und neue Bundesländer



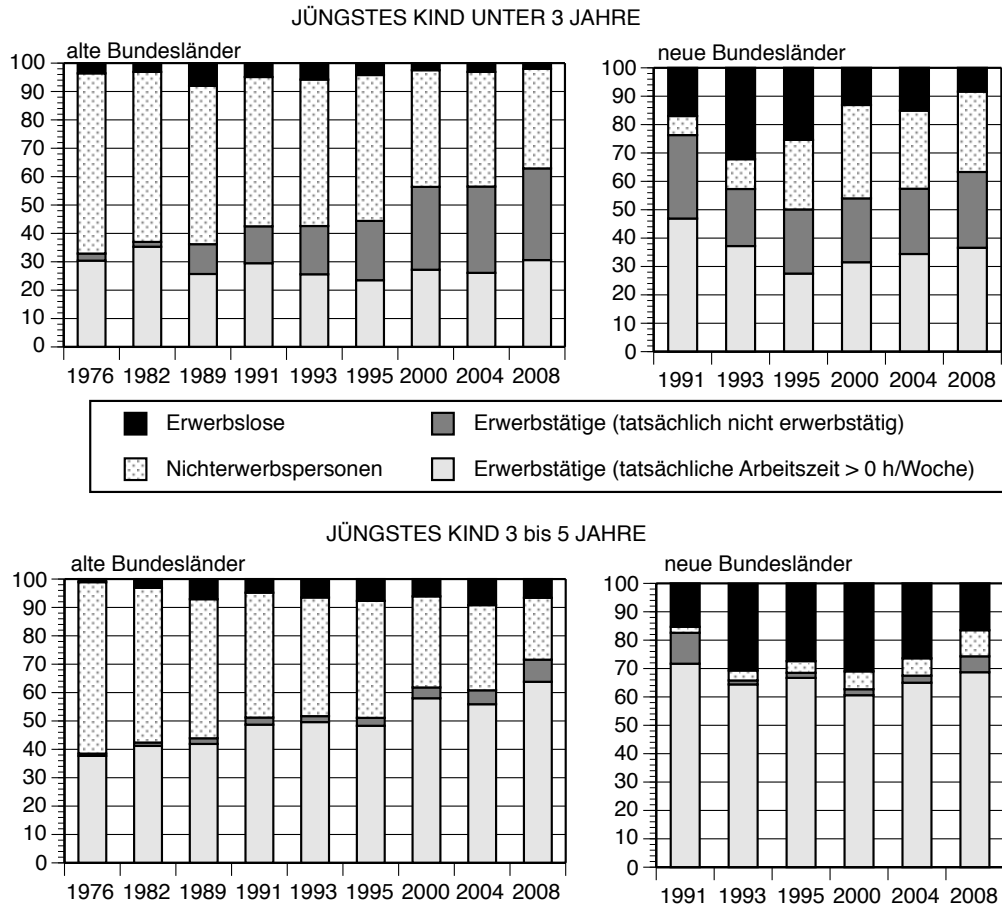
Quelle: Mikrozensus Scientific Use Files der jeweiligen Jahre, eigene Berechnung und Darstellung.

Bei Frauen mit Ausbildungsabschluss zeigt sich ein deutlicherer Wandel. Der Anteil der Nichterwerbspersonen ist bei den Müttern mit Kindern unter drei Jahren in der Familie von 63,5 auf 35,1 Prozent gesunken: Immer weniger Frauen mit Ausbildungsabschluss werden von ihren Ehemännern finanziert. Stattdessen gewinnen Elternzeitmaßnahmen markant an Bedeutung, denn der Anteil der erwerbstätigen Frauen (die tatsächlich in der Berichtswoche nicht erwerbstätig waren) ist von 2,5 auf 32,3 Prozent angestiegen. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit Ausbildungsabschluss ist zwischen 1976 mit 30,4 Prozent und 2008 mit 30,6 Prozent stabil geblieben – eine bezahlte Elternzeit führte in Deutschland also nicht dazu, dass Frauen nun verstärkt zu Hause blieben. Allerdings haben sich die Beschäftigungschancen von Frauen mit Ausbildungsabschluss und Kindern im Kindergartenalter im Zeitverlauf verbessert, was darauf zurückgeführt werden könnte, dass Frauen gegen Ende der Elternzeit ein Recht auf Rückkehr an den alten Arbeitsplatz in Anspruch nehmen können.

Ergebnisse

Abbildung 44: Müttererwerbstätigkeit nach Alter des jüngsten Kindes: Frauen mit Berufsbildung 1976-2008

Frauen mit berufsbildendem Abschluss nach Erwerbstyp und Alter des jüngsten Kindes, alte und neue Bundesländer

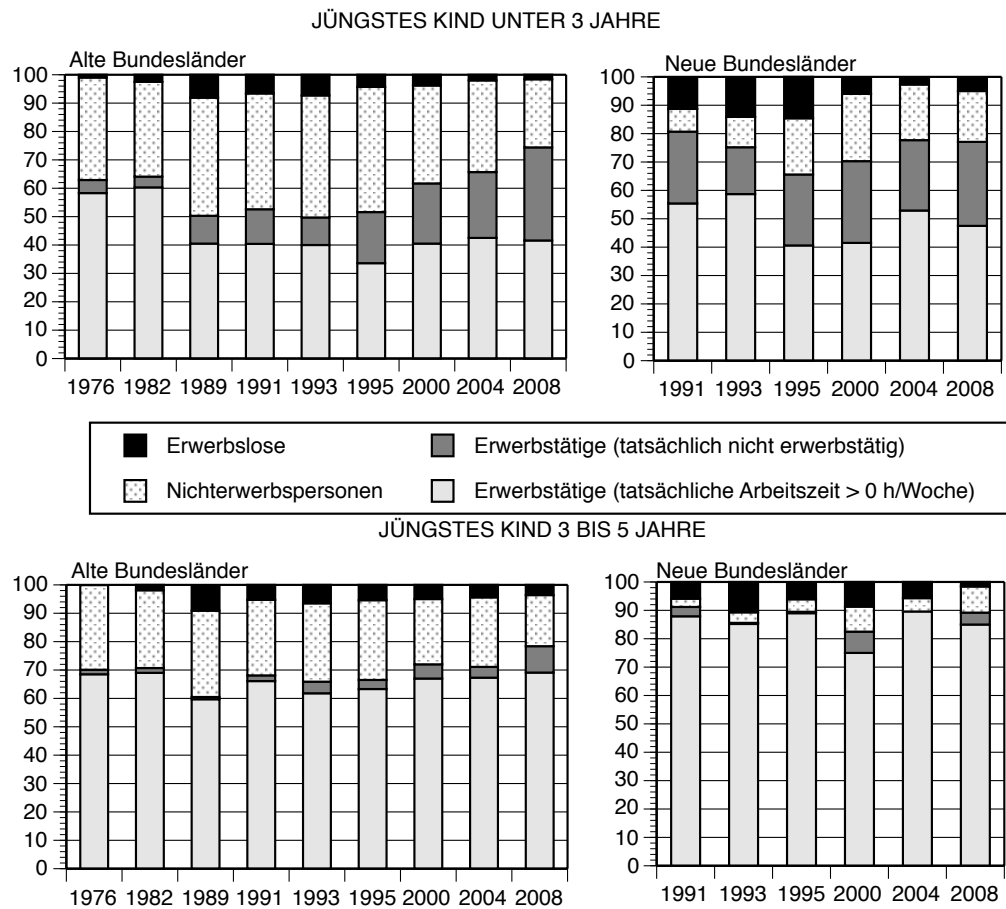


Quelle: Mikrozensus Scientific Use Files der jeweiligen Jahre, eigene Berechnung und Darstellung.

Sind die Kinder im Alter zwischen drei und fünf Jahren, zeigt sich eine deutliche Zunahme der Müttererwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Abnahme der nichterwerbstätigen Frauen. In Bezug auf die Frauen mit Ausbildungsabschluss zeigt sich daher vorrangig, dass immer weniger Frauen das Hausfrau/Ernährer-Modell leben und dass diese Frauen eine verstärkte Erwerbsneigung aufweisen, auch wenn sie kleine Kinder zu betreuen haben. Darüber hinaus ließe sich interpretieren, dass das Recht auf Sicherung des Arbeitsplatzes während der Elternzeit dazu führte, dass Frauen mit Kindern im Kindergartenalter heute häufiger erwerbstätig sind als früher, da ihnen der Wiedereinstieg leichter fällt. In den neuen Bundesländern ist die Erwerbsneigung der Frauen mit Ausbildungsabschluss unverändert hoch, mehr als vier Fünftel der Frauen mit Kindern im Kindergartenalter sind erwerbstätig. Gleichzeitig fällt die Erwerbslosigkeit erneut überdurchschnittlich hoch aus, jede fünfte Frau mit einem Kindergartenkind ist erwerbslos gemeldet, während der Status „Nichterwerbsperson“ in den neuen Bundesländern faktisch keine Rolle spielt.

Abbildung 45: Müttererwerbstätigkeit nach Alter des jüngsten Kindes: Frauen mit Hochschulabschluss 1976-2008

Frauen mit Hochschulabschluss nach Erwerbstyp und Alter des jüngsten Kindes, alte und neue Bundesländer



Quelle: Mikrozensus Scientific Use Files der jeweiligen Jahre, eigene Berechnung und Darstellung.

N Frauen mit Hochschulabschluss und Kind unter 3 Jahre alte BL 1976: 248, 1989: 598, 1995: 629, 2008: 750;
neue BL 1991: 249, 2000: 118, 2008: 162.

Bei den Frauen mit Hochschulabschluss zeigt sich seit 1989 eine stabile Erwerbstätigkeit, auch wenn die Kinder unter 3 Jahre alt sind. Und erneut führt die Zunahme der Frauen in Elternzeit lediglich dazu, dass weniger Frauen Nichterwerbspersonen sind, aber nicht dazu, dass weniger Frauen arbeiten. Ist das jüngste Kind in der Familie zwischen drei und fünf Jahre alt, dann ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen annähernd stabil. In Bezug auf die Erwerbslosigkeit tragen Mütter mit Hochschulabschluss ein deutlich geringeres Risiko, das gleiche gilt auch für die Frauen in den neuen Bundesländern.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass politische Maßnahmen in Form von Mutterschutz und bezahlter Elternzeit vorrangig die Väter in ihrer Ernährerrolle entlasteten, aber nicht zum Rückzug der Mütter aus der Erwerbstätigkeit führen. Für Frauen haben sich die Wiedereinstiegschancen im Zeitverlauf deutlich erhöht. Allerdings ist für ostdeutsche Frauen

mit Ausbildungsabschluss und ohne berufsbildenden Abschluss das Risiko überdurchschnittlich hoch, arbeitslos zu werden.

In der folgenden Tabelle (Abb. 46) wird die obige Analyse noch einmal nach Umfang der Erwerbstätigkeit differenziert. Im Vergleich der Jahre 1976 und 2008 wird für die alten Bundesländer deutlich, dass vor allem Frauen mit einem berufsbildenden Abschluss immer seltener in Vollzeit erwerbstätig sind. Gleichzeitig haben Teilzeittätigkeiten und geringfügige Beschäftigung (Erwerbstätige mit einem Stundenumfang von unter 15h) enorm an Bedeutung gewonnen. Diese Beobachtung gilt für alle Altersgruppen der Kinder bis 9 Jahre. So ist mit Kindern im Grundschulalter die Erwerbsneigung der Frauen zwar von 42 auf 64 Prozent um die Hälfte gestiegen, von den Erwerbstätigen sind jedoch immer weniger in Vollzeit beschäftigt. Stattdessen stieg der Anteil der geringfügig beschäftigten Frauen (weniger als 15h/Woche) von 9 auf 29 Prozent. Die folgende Tabelle macht deutlich, dass eine eigenständige unabhängige Lebensführung (finanziert durch eine eigene Erwerbstätigkeit) in den alten Bundesländern noch seltener als früher gelebt wird. Nur eine Minderheit der Mütter ist – auch wenn die Kinder schon im Grundschulalter sind – in Vollzeit erwerbstätig. Dies steht in gewissem Widerspruch zur Zunahme des Qualifikationsniveaus der Frauen und ihren damit einhergehenden größeren Berufschancen. Denn obwohl Mütter in den qualifizierten Berufsbildungsgruppen einen immer größeren Anteil ausmachen, sind sie mit der Geburt von Kindern und auch in den zehn folgenden Jahren vergleichsweise seltener in Vollzeit beschäftigt, während geringfügige Beschäftigungen und auch die Erwerbslosigkeit stark an Bedeutung gewannen.

Allerdings wurde in der theoretischen Diskussion auch deutlich, dass die meisten Frauen sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wünschen. Häufig bilden sie daher adaptive Präferenzen aus und schränken ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung ein, zumal auch das Umfeld im Falle fehlender Ganztagschulen nicht auf in Vollzeit erwerbstätige Mütter ausgerichtet ist (vgl. Kapitel 3.7-3.8). Deutlich wird, dass in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur insofern von einer Verbesserung aus Sicht der Frauen gesprochen werden kann, als dass es heute mehr Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung gibt als früher. Gleichzeitig zeigen jedoch auch die Studien zu Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen, dass Erwerbsunterbrechungen und marginale Beschäftigung wichtige Ursachen für das niedrige weibliche Einkommensniveau sind (BMFSFJ 2009). Vor allem die Beschäf-

Ergebnisse

tigung auf minimaler Stundenbasis unter 15h/Woche erscheint prekär und bietet langfristig kaum angemessene Perspektiven.

Abbildung 46: Umfang der Erwerbstätigkeit der Frau nach Berufsbildung und Alter des jüngsten Kindes, alte Bundesländer 1976 und 2008

	1976 - alte Bundesländer				2008 - alte Bundesländer				
	kein Abschluss	Ausbildung	Fachhoch- schule/ Universität	insg.	kein Abschluss	Ausbildung	Fachhoch- schule	Universität	insg.
höchster Ausbildungsabschluss									
insgesamt*	7.057	6.816	289	14.162	2.271	11.449	918	1.683	16.321
% der Frauen*	49,8%	48,1%	2,0%	100,0%	13,9%	70,1%	5,6%	10,3%	100,0%
durchschnittliche Kinderzahl*	2,1	1,8	1,7	1,9	1,8	1,4	1,3	1,3	1,4
* jeweils für die 5er Kohorte mit der maximalen Kinderzahl in der Familie	36-40 Jahre	37-41 Jahre	41-45 Jahre	37-41 Jahre	34-38 Jahre	39-43 Jahre	40-44 Jahre	39-43 Jahre	37-41 Jahre
Jüngstes Kind unter 3 Jahre									
Insg.	4.554	5.160	533	10.247	2.122	5.162	516	1.183	8.983
Erwerbstätig	33,1%	32,9%	59,7%	33,6%	13,2%	30,6%	40,9%	41,6%	28,6%
davon in Vollzeit (>34 Stunden)	70%	57%	46%	62%	21%	19%	24%	30%	22%
In Teilzeit (15 bis 34 Stunden)	24%	36%	40%	31%	27%	43%	56%	49%	43%
Geringfügig (<15 Stunden)	6%	7%	14%	7%	51%	39%	20%	21%	35%
Nichterwerbsperson	63,5%	63,5%	38,8%	63,2%	81,7%	67,4%	57,4%	56,8%	68,8%
Erwerbslos	3,4%	3,6%	1,5%	3,2%	5,1%	2,0%	1,7%	1,6%	2,6%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Jüngstes Kind 3 bis 5 Jahre									
Insg.	4.420	4.973	345	10.610	1.611	4.140	342	750	6.882
Erwerbstätig	36,7%	38,5%	64,9%	37,7%	34,6%	63,8%	70,5%	69,1%	57,7%
davon in Vollzeit (>34 Stunden)	64%	48%	43%	55%	20%	16%	17%	29%	18%
In Teilzeit (15 bis 34 Stunden)	28%	43%	46%	37%	43%	55%	65%	55%	54%
Geringfügig (<15 Stunden)	8%	9%	12%	9%	36%	29%	19%	17%	28%
Nichterwerbsperson	61,7%	60,4%	34,5%	61,0%	54,2%	29,5%	25,7%	27,3%	35,0%
Erwerbslos	1,6%	1,1%	0,6%	1,3%	11,2%	6,7%	3,8%	3,6%	7,3%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Jüngstes Kind 6 bis 9 Jahre									
Insg.	6.519	7.192	367	15.356	1.664	5.664	385	776	8.554
Erwerbstätig	39,8%	45,1%	64,0%	42,0%	45,1%	68,4%	76,6%	73,6%	64,6%
davon in Vollzeit (>34 Stunden)	54%	46%	49%	50%	19%	17%	24%	32%	19%
In Teilzeit (15 bis 34 Stunden)	37%	46%	38%	42%	42%	54%	61%	52%	52%
Geringfügig (<15 Stunden)	9%	8%	13%	9%	38%	30%	16%	16%	29%
Nichterwerbsperson	58,6%	53,6%	35,4%	56,7%	42,9%	26,9%	19,5%	23,7%	29,5%
Erwerbslos	1,6%	1,3%	0,5%	1,3%	12,0%	4,7%	3,9%	2,7%	5,9%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: eigene Berechnungen Scientific Use File Mikrozensus 1976 und 2008, eigene Darstellung

Anmerkung: durchschnittliche Kinderzahl in der Familie

Übernahmen früher häufiger die Männer die Ernährerrolle und hatten Frauen den Status „Nichterwerbsperson“, so sind Frauen heute häufiger in bezahlter Elternzeit, aber nicht unbedingt häufiger erwerbstätig. Gerade innerhalb der Gruppe der am höchsten qualifizierten Frauen – der Frauen mit Hochschulabschluss – sind nicht nur die Kinderzahlen im Zeitverlauf

gesunken, sondern arbeiten sogar weniger Frauen in Vollzeit als früher. Die Widersprüche zwischen einer hohen Ausbildung und damit einhergehenden guten Erwerbschancen auf der einen Seite und dem Ausstieg aus der eigenen Erwerbstätigkeit für die Betreuung kleiner Kinder betreffen heute eine weit größere Anzahl von Frauen und sind unverändert markant. Lösungen werden nur insofern genutzt, als dass Frauen heute deutlich häufiger marginal beschäftigt sind (unter 15 Stunden die Woche) und auch häufiger das „one and a half earner modell“ leben. In den neuen Bundesländern ist die weit überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit für Mütter mit Kindern im Kindergartenalter problematisch.

6.2.1. *Die Fertilität innerhalb einzelner Berufe*

In der theoretischen Diskussion wurde außerdem aufgeführt, dass durch die zunehmende Erwerbstätigkeit auch die Organisation des einzelnen Berufs in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie an Bedeutung gewinnt. Nicht nur die Bildungsdauer und die Erwerbschancen der Frauen spielen eine Rolle und bestimmen den Grad der Müttererwerbstätigkeit. In der schwedischen Literatur wird beispielsweise aufgeführt, dass der Beruf der Lehrerin besonders familienfreundlich sei, weil hier die Ferienzeiten der Kinder mit denen der Mütter übereinstimmen (Hoem et al. 2001). Für die folgenden Berechnungen wurde die Kinderzahl der Frauen deshalb differenziert nach dem Beruf ausgewertet. Dabei wurde jedoch anders als in den vorangegangenen Berechnungen zur Kinderzahl nicht auf die Maximumgruppe bezug genommen, sondern musste die Gruppengröße, damit die Fallzahl auch noch nach Beruf valide ($N > 60$) bleibt, auf 11 Jahrgänge ausgeweitet werden. Daher ist davon auszugehen, dass die wahre Kinderzahl durch das Auszugsverhalten der Kinder auf der einen und später Mutterschaft auf der anderen Seite stärker unterschätzt wird als bei Betrachtung der Maximumgruppen nach Berufsbildung. Eine Strukturanalyse auf Basis der einzelnen Berufe und die Auswirkung des beruflichen Wandels auf die Kinderzahl kann daher statistisch valide nicht durchgeführt werden. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Berufe trotz der größeren Grundgesamtheit von elf Frauenkohorten unter der Fallzahl von $N=60$ liegt.

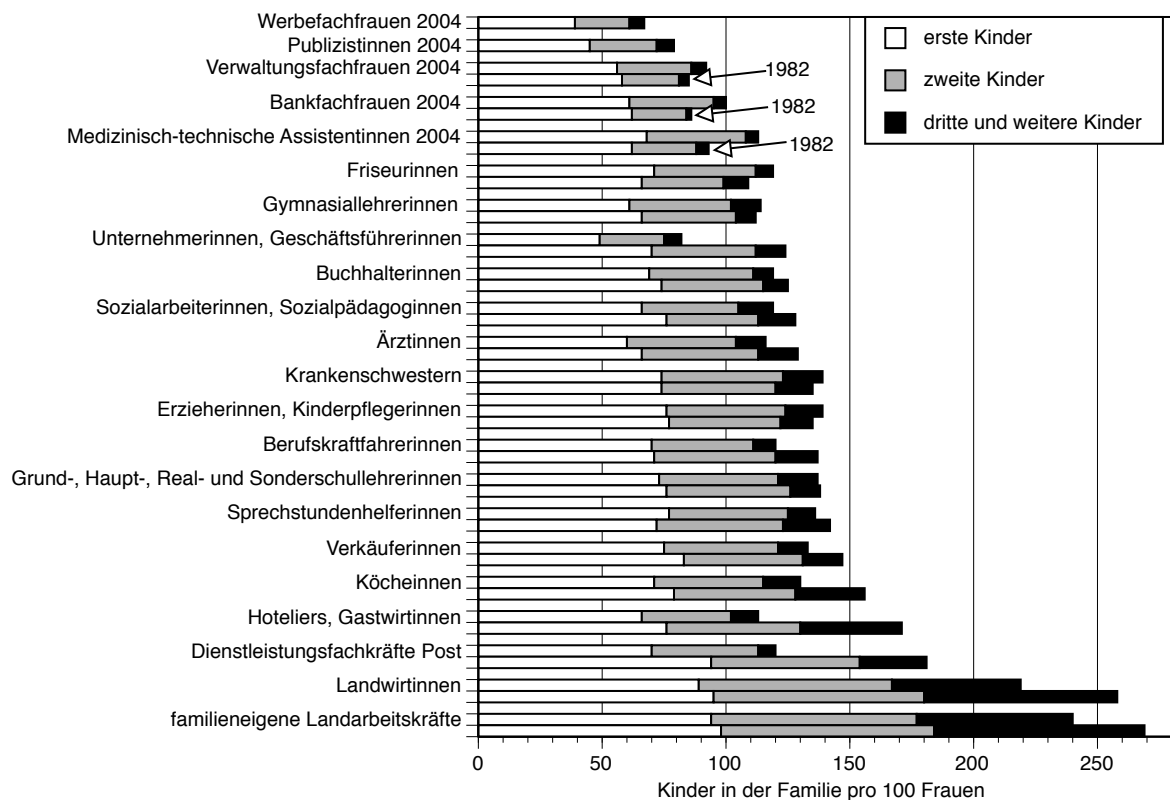
In der folgenden Abbildung 47 wurde nur eine Auswahl von Berufen nach Kinderzahl für 1982 und 2008 dargestellt. Deutlich wird, dass im Zeitvergleich zwischen den Jahren 1982 und 2008 in einigen Berufen von einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesprochen werden kann: Verwaltungskauffrauen, Bankkauffrauen, medizinisch-technische Assistentinnen, Friseurinnen, Gymnasiallehrerinnen und Krankenschwestern haben 2004 im Vergleich zu 1982 geringfügig gestiegene Kinderzahlen, gleichzeitig waren ihre durchschnittli-

Ergebnisse

chen Kinderzahlen in der Familie 1982 extrem niedrig und liegen auch heute noch auf niedrigem Niveau. Stark gesunken hingegen sind die durchschnittlichen Kinderzahlen in den Berufen, die früher noch eine höhere Fertilität aufwiesen. Kurz gesagt: Berufe mit einer 1982 extrem niedrigen Kinderzahl haben 2008 stabil niedrige oder minimal gestiegene Kinderzahlen. Bei Verkäuferinnen, Köchinnen, Hoteliers/Gastwirtinnen, Dienstleistungsfachkräften der Post, Landwirtinnen und familieneigenen Landarbeitskräften hingegen ist die durchschnittliche Kinderzahl gesunken. Bessere Vereinbarkeitsbedingungen von Beruf und Familie führen hier offensichtlich nicht zu höheren Kinderzahlen. Insofern könnte die These, dass sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Zeitverlauf verbessert hat, grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Abbildung 47: Frauen nach Beruf und Parität der Kinder 1982 und 2004 alte Bundesländer

Frauen nach Beruf und Kinder in der Familie, alte Bundesländer 2004 und 1982 im Vergleich



Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1982 und 2004. Grundgesamtheit sind alle 35- bis 45-jährigen Frauen, da diese die höchste Kinderzahl in der Familie haben.

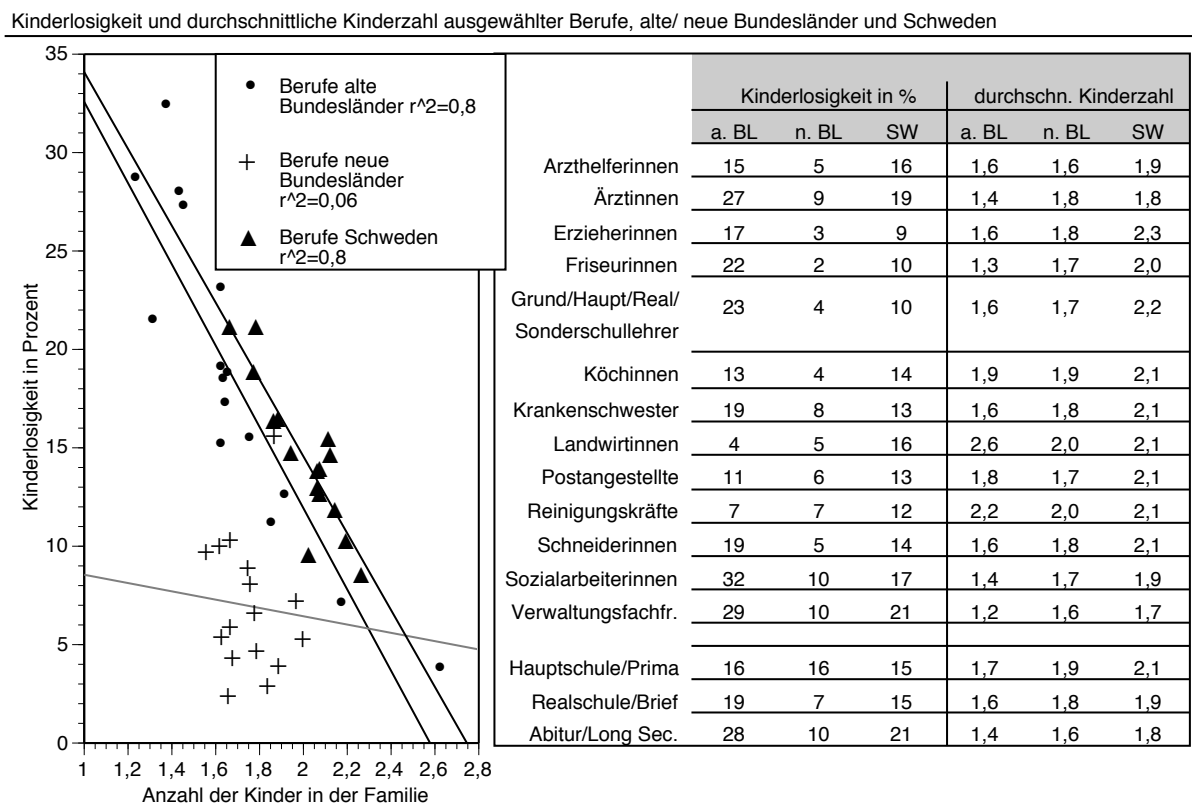
Lesebeispiel: Von 100 Werbefachfrauen hatten 2004 39 Frauen ein erstes Kind, 22 von 100 hatten ein zweites und 6 von 100 auch dritte und weitere Kinder, in der Summe ergibt das eine Kinderzahl von 67 Kindern pro 100 Frauen.

Offen bleibt außerdem die schon angesprochene Frage, ob sich der Wertewandel in Form des Anstrebens einer höheren Selbstverwirklichung in gewandelten Kinderzahlen widerspiegelt.

Ergebnisse

Wenn innerhalb gleicher Berufe die Kinderzahlen stabil sind, müssten die vielen Ärztinnen heute die gleichen Wertemuster vertreten wie die wenigen Ärztinnen früher, das gleiche gilt für Buchhalterinnen, Sozialarbeiterinnen, Krankenschwestern und Berufskraftfahrerinnen – deren durchschnittliche Kinderzahl in der Familie hat sich im Zeitverlauf nicht gewandelt. Nur Unternehmerinnen und Geschäftsführerinnen scheinen heute deutlich stärker als früher einen individualistischen Lebensstil mit wenigen Kindern zu präferieren, ebenso Dienstleistungsfachkräfte der Post – diese Frauen arbeiten in Branchen, die tariflich kaum abgesichert sind sowie hohe Arbeitszeiten und –belastungen aufweisen.

Abbildung 48: Streuung der Berufe nach Kinderlosigkeit und Kinderzahl 2008, Vergleich alte/ neue Bundesländer mit Schweden



Quelle: Deutschland: Frauen geboren 1955 bis 1965, Scientific Use File des Mikrozensus 2008, eigene Berechnungen und Darstellung; Schweden: Frauen geboren 1955 bis 1959, aus Hoem et al. 2006.

Im Vergleich der Fertilität nach Beruf zwischen den alten und den neuen Bundesländern mit schwedischen Daten fällt auf, dass die Streuung in den neuen Bundesländern sehr gering ist (Abbildung 48). Wie auch schon in Kap. 2.4.2 angemerkt, haben die Frauen der hier betrachteten Altersgruppe einen Großteil ihrer Kinder zu DDR-Zeiten geboren. Es muss außerdem angemerkt werden, dass die schwedischen Daten auf Registerdaten beruhen, also die tatsächliche Kinderzahl der Frauen angeben, während in den eigenen Analysen mit dem Mikrozensus

sus die Kinderzahl nach Beruf grundsätzlich unterschätzt wird, weil nur die derzeit in der Familie lebenden Kinder vorliegen. Die größten Differenzen nach Kinderlosigkeit zeigen sich in den alten Bundesländern, gleichzeitig sind hier in allen Berufen die durchschnittlichen Kinderzahlen niedriger als in Schweden (vgl. Tabelle rechte Spalten in Abbildung 48).

Deutlich wird, dass zwar auch in Schweden bestimmte Berufe mit niedrigeren Kinderzahlen und einer höheren Kinderlosigkeit einhergehen, die Streuung der Kinderlosigkeit insgesamt jedoch geringer ausfällt. Hinzu kommt, dass selbst vermeintlich familienfreundliche Berufe wie der Beruf der Lehrerin in Westdeutschland mit deutlich niedrigeren Kinderzahlen einhergehen. Der deutsch-schwedische Vergleich der einzelnen Berufe zeigt deutliche Unterschiede bezüglich der durchschnittlichen Kinderlosigkeit wie auch der Kinderzahl, die nur zum Teil auf die unterschiedliche Datenbasis – Registerdaten in Schweden und Zensusdaten in Deutschland – zurückführbar sind. Anhand der Geburtenstatistik – die für beide Länder als Registerzählung vorliegt - wurde bereits aufgezeigt, dass schwedische Frauen seltener kinderlos sind und etwas häufiger zwei und drei Kinder haben (Kap. 2.3). Gleichzeitig zeigten die Ergebnisse zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Kap. 3.4), dass schwedische Frauen nach der Geburt eines Kindes schneller wieder erwerbstätig sind. Wenn schwedische Frauen folglich in vergleichbaren Bildungspositionen häufiger auch mit kleinen Kindern arbeiten und dabei mehr Kinder haben, stellt sich für Deutschland die grundsätzliche Frage, warum die Vereinbarkeit von Beruf und Familie offensichtlich vergleichsweise schlechter gelingt.

Um weitere Einflussfaktoren auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermitteln, wurde im Folgenden eine Clusteranalyse auf Ebene der Berufe gerechnet. Die Datengrundlage bildet der Mikrozensus 2004. Die Grundgesamtheit bilden alle Berufe in den alten Bundesländern, in denen entweder 1973 oder 2004 mehr als 100 Frauen in der Altersgruppe 36 bis 46 Jahre gezählt wurden. Frauen in Berufen mit geringeren Fallzahlen wurden in der Kategorie „sonstige Berufe“ zusammengefasst.

In die Berechnungen der Cluster sind folgende Variablen mit eingeflossen:

1. ohne Partner im Haushalt (in Prozent) – Ohne Partner = Single- oder Alleinerziehenden Haushalte
2. ohne Kinder in der Familie (in Prozent)
3. durchschnittliche Kinderzahl in der Familie (Mittelwert)
4. durchschnittliche wöchentliche Arbeitsstunden (Mittelwert – normalerweise geleistete Arbeitszeit)
5. Überstunden in der Berichtswoche (Mittelwert)
6. öffentlicher Dienst (in Prozent)

Ergebnisse

7. flexible Arbeitszeit möglich (in Prozent)
8. gleitende Arbeitszeit möglich (in Prozent)
9. Frauenanteil (in Prozent).

Anschließend wurden die Berufe in sechs verschiedene Cluster eingeteilt (Methode: hierarchical Clusterin, Ward). In der folgenden Abbildung 49 wurden diese Cluster bezüglich der Mittelwerte der obigen Variablen beschrieben. Die durchschnittliche Kinderzahl in der Familie liegt diese einzig im Cluster der Landwirtinnen/Landarbeitskräften bei Werten über dem Reproduktionsniveau, bei 2,3 Kindern pro Frau. Landwirtinnen weisen eine durchschnittliche Kinderzahl von 2,2 Kindern pro Frau auf, familieneigene Landarbeitskräfte haben durchschnittlich 2,4 Kinder pro Frau in der Familie. Das Cluster mit der zweithöchsten Kinderzahl sind Frauen, die aktuell nicht erwerbstätig sind: Nichterwerbspersonen haben 2004 durchschnittlich 1,9 Kinder, erwerbslose Frauen jedoch nur 1,2. In den vier anderen Clustern, in denen also alle Berufe jenseits der Landwirtschaft vertreten sind, liegen die Kinderzahlen deutlich unter dem Reproduktionsniveau und variieren zwischen 0,9 Kindern pro Frau im Cluster 2 (Werbefachfrauen, Publizistinnen, Ärztinnen, Unternehmerinnen, Geschäftsführerinnen) und 1,3 Kindern pro Frau sowohl im Cluster 5 als auch 6.

Die im Vergleich zu anderen „familienfreundlichen“ Berufe spalten sich vor allem aufgrund der Berücksichtigung des öffentlichen Dienstes in zwei Gruppen. In Cluster 5 arbeiten drei Viertel der Frauen im öffentlichen Dienst, in dieses Cluster fallen theoretisch oft als familienfreundliche Berufe bezeichnete Tätigkeiten wie Erzieherinnen, Lehrerinnen, aber auch Krankenschwestern. In diesen Berufen gibt es außerdem einen hohen Frauenanteil (>70 Prozent), nur eine durchschnittliche Überstunde pro Woche und keine übermäßig langen Arbeitsstunden je Woche. Im Durchschnitt arbeiten die Frauen 27 Stunden die Woche und damit vergleichsweise „familienfreundlich“, und für 9 Prozent der hier beschäftigten Frauen ist Gleitzeit sowie für fünf Prozent flexible Arbeitszeit möglich.

Ins Cluster 6 fallen typische Dazuverdienerinnen. Nur jede fünfte Frau hat hier keinen Partner im Haushalt, die Kinderlosigkeit ist mit 25 Prozent vergleichsweise niedrig, 70 Prozent der Frauen sind verheiratet. Dieses Cluster weist die durchschnittlich niedrigsten Arbeitsstunden pro Woche auf, der Frauenanteil dieser Berufe liegt mit 74 Prozent am höchsten, gleichzeitig liegen aber auch in diesen Dazuverdienerjobs die Kinderzahlen niedrig bei 1,1 Kindern pro Frau.

Ergebnisse

Die geringsten Kinderzahlen finden sich im Cluster 2: Werbefachfrauen, Publizistinnen, Ärztinnen, Unternehmerinnen und Geschäftsführerinnen bringen es im Durchschnitt auf 0,9 Kinder pro Frau in der Familie. Diese Frauen leben am häufigsten ohne Partner und ohne Kinder im Haushalt, auch ist nicht einmal jede zweite Frau verheiratet. Die durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitsstunden liegen mit 35 Stunden pro Woche zwar hoch, allerdings im Vergleich zu den Frauen in der Landwirtschaft, die ja auf 2,3 Kinder pro Frau kommen und dabei durchschnittlich 39 Stunden die Woche arbeiten, immer noch niedriger. Jedoch leisten die Frauen im Cluster 2 wöchentlich durchschnittlich 3,6 Überstunden ab (die Frauen in der Landwirtschaft leisten durchschnittlich 0 Überstunden). Flexible Arbeitszeiten und Gleitzeit sind bei den Frauen im Cluster zwei sogar etwas häufiger möglich als bei den Frauen im Cluster 5, von denen drei Viertel im öffentlichen Dienst tätig sind.

Abbildung 49: Mittelwerte der Cluster in den betrachteten Merkmalen

ClusterNr	Prozent ohne Partner im Haushalt	Prozent ohne Kinder in der Familie	Prozent in Ehe	Anzahl der Kinder in der Familie	Arbeitsstunden pro Woche
1	23,3	22,5	68,9	1,6	0,0
2	37,7	51,7	47,7	0,9	34,9
3	3,1	8,6	92,7	2,3	39,2
4	25,1	34,9	64,2	1,1	27,3
5	27,5	30,9	62,8	1,3	27,4
6	20,6	25,4	70,4	1,3	23,8
Cluster 1: Erwerbslose, Nichterwerbspersonen					
Cluster 2: Werbefachfrauen, Publizistinnen, Ärztinnen, Unternehmerinnen/ Geschäftsführerinnen					
Cluster 3: Landwirtinnen, Landarbeitskräfte					
Cluster 4: Gärtnerinnen, Elektrogeräte- Elektroteilemontiererinnen, Metallarbeiterinnen, Waren-Fertigungsprüferinnen, Warenaufmacherinnen/ Versandfertigtmacherinnen, Hilfsarbeiterinnen, Groß- und Einzelhandelskauffrauen, Bankfachfrauen, Immobilienmaklerinnen - vermittlerinnen, Dienstleistungsfachkräfte Post, Burufe im Funk- und Fernsprechverkehr, Verwaltungskauffrauen, Buchhalterinnen, Bürofachkräfte/ kaufmännische Angestellte, Medizinisch-technische Assistentinnen, Sozialarbeiterinnen/ -pädagoginnen, Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe, sonstige Berufe					
Cluster 5: Krankenschwestern, Kinderpflegerinnen -erzieherinnen, Hochschullehrerinnen, Gymnasiallehrerinnen, Grund- Haupt- Real- und Sonderschullehrerinnen					
Cluster 6: Floristinnen, Scheider/ Näherinnen, Köchinnen, Verkäuferinnen, Berufskraftfahrerinnen, Lager-Transportarbeiterinnen, Kassenfachleute, Bürohilfskräfte, Helferinnen in der Krankenpflege, Sprechstundenhelferinnen, Friseurinnen, Restaurantfachfrauen/ Stewardessen, Haus- und Ernährungswirtschaftlerinnen, Gebäudereinigerinnen/ Raumpflegerinnen					
ClusterNr	Überstunden pro Woche	Prozent im öffentlichen Dienst	Prozent: flexible Arbeitszeiten	Prozent: Gleitzeit möglich	Frauenanteil
1	0,0	0,0	0,0	0,0	63,9
2	3,6	13,2	5,6	13,6	42,0
3	0,0	0,0	0,0	0,6	61,5
4	0,6	15,3	2,6	15,3	51,6
5	1,0	75,3	4,2	9,3	70,9
6	0,5	11,1	5,1	6,8	74,2

Quelle: Mikrozensus Scientific Use File 2004, eigene Berechnung und Darstellung

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass in Deutschland in allen Berufen die Kinderzahlen niedrig sind. Einzig die Frauen in der Landwirtschaft erreichen durchschnittliche Kinderzahlen nah am Reproduktionsniveau, allerdings sind ihre Kinderzahlen in den letzten 30 Jahren stark gesunken. Gleichzeitig fallen immer weniger erwerbstätige Frauen in diese Kategorie: Arbeiteten 1973 noch 11 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft, so waren es 2004 nur noch 1 Prozent. Vor allem „Familieneigene Landarbeitskräfte, anderweitig nicht benannt“ gibt es nur noch selten: 1973 arbeiteten 8 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in diesem „Beruf“, heute sind es 0,3 Prozent (eigene Auswertung SUF Files MZ). „Familienfreundliche Berufe in der Landwirtschaft“ – die auch früher schon mit Frauenerwerbstätigkeit trotz höherer Kinderzahlen einhergehen – gibt es aufgrund des wirtschaftlichen Wandels damit immer seltener. Gleichzeitig fallen immer weniger Frauen in der Kategorie der Nichterwerbspersonen. In allen anderen Berufen liegen die Kinderzahlen jedoch deutlich unter dem Reproduktionsniveau.

Selbst im öffentlichen Dienst mit einem Frauenanteil innerhalb der einzelnen Berufen von über 75 Prozent liegen die Kinderzahlen gering. Ein hoher Frauenanteil ist in Teilzeittätigkeiten vertreten, steht aber in keinem Zusammenhang zur Verbreitung von flexibler Arbeitszeit oder Gleitzeit. Die Möglichkeit, die eigene Arbeit flexibel zu gestalten hängt eher an der Art des Berufs und ist weniger ein Ergebnis frauenpolitischer Forderungen bzw. einer hohen Frauenquote im Beruf.

6.3. Kontrastgruppen

Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit der Rückgang der Kinderzahlen auf einem – wie von van de Kaa (1987) und Lesthaeghe (2010) im Rahmen des zweiten demographischen Übergangs herausgearbeiteten – Wertewandel beruht. Dagegen ließe sich argumentieren, dass sich lediglich die Gruppengrößen gewandelt haben: Heute gibt es mehr ledige und mehr geschiedene Frauen als früher, auch hat das Bildungsniveau zugenommen. Zwar können die Veränderungen der Gruppengrößen unter Umständen auf einen Wandel der Werte zurückgeführt werden. Unklar ist jedoch, ob die Frauen in den heute größeren Gruppen auch früher schon andere Werte vertraten. Der Wertewandel wurde schon insofern in Frage gestellt, als dass sich die Kinderzahl bspw. der Ärztinnen im Zeitvergleich nicht verändert hat (siehe Kap. 6.2.1). Sollte der Wertewandel universal stattgefunden haben, so wie von van de Kaa und Lesthaeghe unter Bezugnahme auf Inglehard herausgearbeitet, müssten sich auch innerhalb gleicher struktureller Gruppen die Kinderzahlen gewandelt haben. Am Beispiel der Berufsbildung wurde im Kap. 6.1.2 anhand deskriptiver Analysen

bereits deutlich, dass die Kinderzahlen zwar auch innerhalb gleicher Bildungsgruppen gesunken sind, dass der Wandel der Gruppengrößen jedoch bereits ein Drittel des Rückgangs der Kinderzahlen erklärt. Diese Analyse soll über die Bildungsgruppen hinaus anhand weiterer Strukturmerkmale überprüft werden. Folgende Variablen werden in die Kontrastgruppenanalyse mit aufgenommen:

1. Familienstand (Ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden)
2. Überwiegender Lebensunterhalt (durch Angehörige, durch eigene Erwerbstätigkeit/ Vermögen/ Elterngeld/ Arbeitslosengeld/ Sozialleistungen/ Rente)
3. Arbeitszeit Kategorien (Nichterwerbstätige, Teilzeit < 32h, Vollzeit >31h/Woche)
4. Berufsbildender Abschluss (Universität/Fachhochschule, Ausbildungsabschluss, kein beruflicher Abschluss).

Datengrundlage bilden erneut die Mikrozensus Scientific Use Files, dargestellt werden die Jahre 1982, 1991 und 2008. Grundgesamtheit sind, wie in den Abbildungen 64 bis 65 dargestellt, wieder fünf Geburtsjahrgänge von Frauen mit der maximalen Kinderzahl in der Familie, je nach berufsbildendem Abschluss.

Die Kontrastgruppenanalyse macht deutlich, dass Strukturmerkmale die durchschnittliche Kinderzahl in der Familie heute deutlich stärker erklären können als noch in den 80-er Jahren. Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurde dargelegt, dass der zweite demographische Übergang als Konzept mit der Einbeziehung von Werteveriablen nicht zuletzt deshalb entwickelt wurde, weil klassische Strukturmerkmale wie Bildung oder Familienstand kaum noch Erklärungskraft besaßen (Höhn 1987). Die folgende Analyse zeigt, dass durch die Konzentration der demographischen Forschung auf Werteveriablen ein wichtiger Teil der Entwicklung übersehen wurde bzw. nicht stark genug betont. Denn seit immer mehr Frauen ledig bleiben, wächst die Erklärungskraft des Indikators Familienstand deutlich. Das gleiche gilt für weitere Strukturmerkmale und soll im Folgenden ausführlicher dargestellt werden.

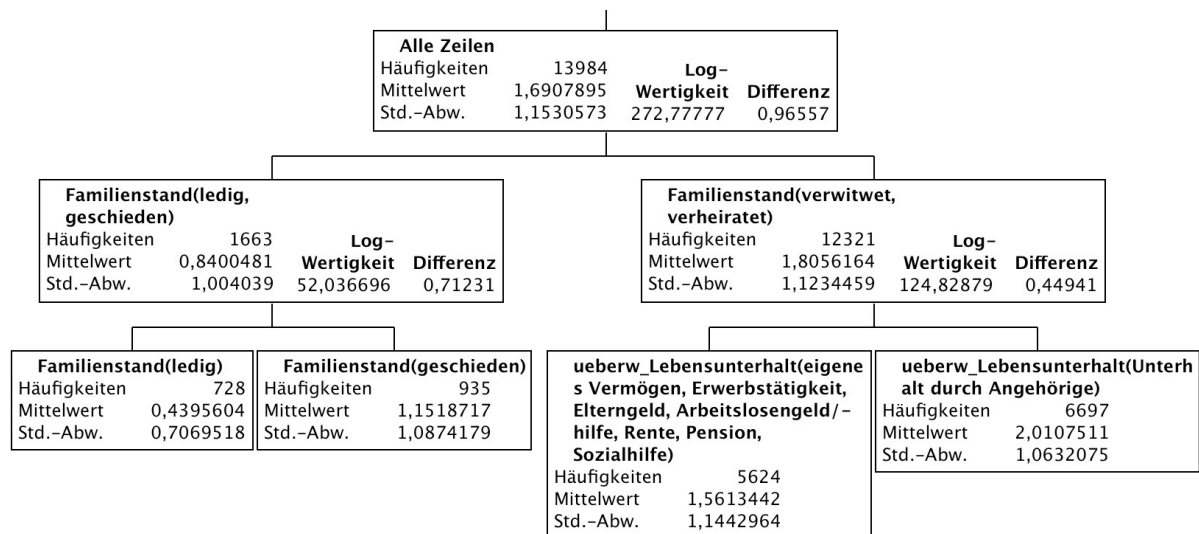
6.3.1. Kontrastgruppen Variante 1

Konnten 1982 mit drei Aufteilungen (best fit Modell) lediglich .12 Prozent der Varianz erklärt werden, erhöht sich die Erklärungskraft des gleichen Modells 2008 auf .25. In der folgenden Abbildung ist das Modell für die alten Bundesländer dargestellt: Drei Teilungen wurden vorgenommen, so dass sich aus der Grundgesamtheit aller Frauen vier Kontrastgruppen bilden: Ledige Frauen, geschiedene Frauen, verheiratete Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige sowie verheiratete Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus anderen

Ergebnisse

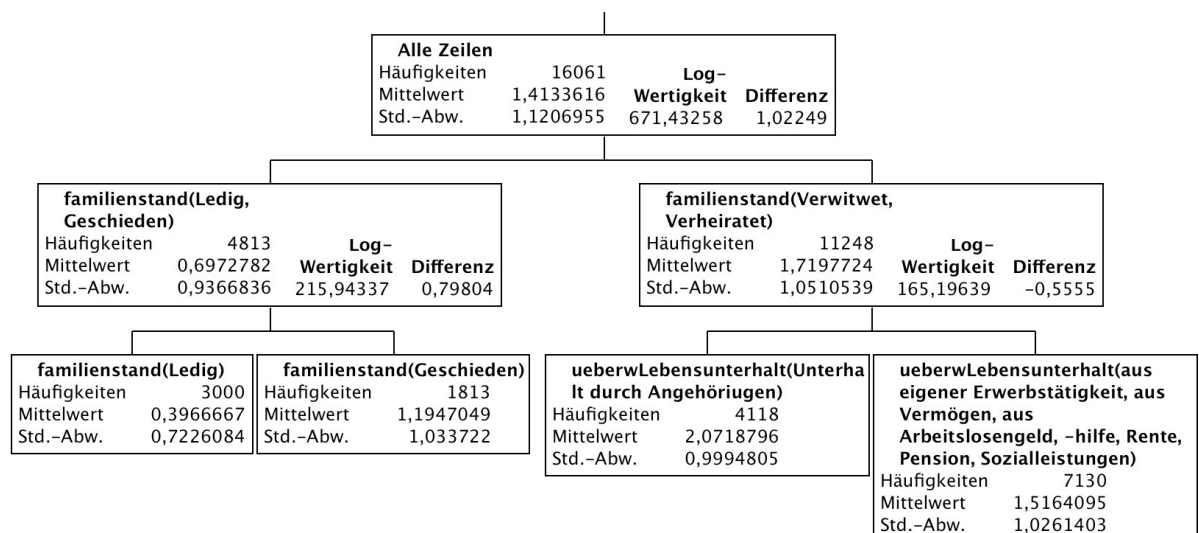
Mitteln (eigene Erwerbstätigkeit, eigenes Vermögen, Elterngeld, Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialleistungen, Rente). Die Abbildung zeigt, dass alle Frauen 1982 im Durchschnitt 1,69 Kinder haben, 2008 sind es nur noch 1,41 Kinder. Diese Gruppe wurde dann nach den genannten Merkmalen aufgeteilt, dargestellt sind jeweils die Häufigkeiten in den Mikrozensus Scientific Use Files, die Mittelwerte der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie sowie die Standardabweichung.

Abbildung 50: 1982 best Fit Modell alte Bundesländer, r^2 : .12



Quelle: Mikrozensus Scientific Use File 1982, eigene Berechnung und Darstellung

Abbildung 51: 2008 das gleiche Modell alte Bundesländer, r^2 : .25



Quelle: Mikrozensus Scientific Use File 1982, eigene Berechnung und Darstellung

Der besseren Übersichtlichkeit halber wurden die abgebildeten Kontrastgruppen (aus dem Output der Statistiksoftware JMP – Abbildung 50-51) anschließend in Tabellenform übertra-

Ergebnisse

gen (Abbildung 52). Im oberen Tabellenteil sind sowohl die absoluten Fallzahlen in den jeweiligen Kontrastgruppen sowie die Spaltenprozentage dargestellt. Deutlich wird, dass es innerhalb gleicher Kontrastgruppen einen markanten Wandel der Fallzahlen gab. Waren noch 1982 lediglich 5 Prozent der Frauen ledig, fallen 2008 19 Prozent in diese Kategorie, das entspricht einem Zuwachs von 13 Prozentpunkten. Ebenfalls angewachsen ist die Gruppe der geschiedenen Frauen, deren Anteil sich von 7 auf 11 Prozent aller Frauen vergrößert hat. Die mit Abstand stärkste Veränderung betrifft die verheirateten Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige beziehen, diese Gruppe hat sich von 48 Prozent der Frauen 1982 auf 26 Prozent der Frauen 2008 um 22 Prozentpunkte mehr als halbiert. Im Gegensatz dazu ist die Gruppe der verheirateten Frauen mit anderweitigem überwiegenden Lebensunterhalt von 40 auf 44 Prozent nur moderat gewachsen. Das Schrumpfen der Gruppe der verheirateten, abhängigen Frauen wurde also nicht durch einen Zuwachs von ökonomisch unabhängigen verheirateten Frauen aufgefangen, sondern ging vor allem mit einer Zunahme an ledigen Frauen einher.

Im unteren Teil der Tabelle (Abbildung 52) sind die Mittelwerte der Kinder in der Familie dargestellt, wie sie auch in den obigen Kontrastgruppen dargestellt sind. Diese haben sich nur äußerst geringfügig verändert. Hatten ledige Frauen 1982 im Schnitt ,43 Kinder in der Familie, so sind es 2008 durchschnittlich ,39. Die durchschnittliche Kinderzahl geschiedener Frauen unterscheidet sich im Vergleich von 1982 mit 1,15 Kindern zu 2008 mit 1,19 Kindern ebenfalls nur marginal. Aber auch innerhalb der Gruppe der verheirateten Frauen sind die durchschnittlichen Kinderzahlen äußerst stabil: Hatten verheiratete Frauen mit überwiegenden Lebensunterhalt durch einen Angehörigen 1982 im Schnitt 2,01 Kinder, so sind es heute 2,07. Verheiratete Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt anderweitig, also nicht durch Angehörige, bestreiten, hatten 1982 1,56 Kinder pro Frau und haben 2008 1,51 Kinder pro Frau in der Familie.

Im unteren rechten Tabellenteil ist kalkuliert, dass der Rückgang der Kinderzahlen von 1,7 im Jahr 1982 auf 1,4 im Jahr 2008 ausschließlich auf den Wandel der Gruppengrößen zurückzuführen ist. Da innerhalb gleicher Kontrastgruppen bezogen auf die Strukturmerkmale Familienstand und Lebensunterhalt die Kinderzahlen in der Familie unverändert sind, ergibt sich der Rückgang der Kinderzahlen im Zeitvergleich der Jahre 1982 und 2008 ausschließlich durch den Wandel der Gruppengrößen (M1, siehe rechter unterer Tabellenteil Abbildung 52). Die Halbierung der Gruppengröße der verheirateten Frauen mit überwiegenden Lebensunterhalt

Ergebnisse

durch Angehörige sowie die Zunahme der ledigen Frauen, die im Schnitt jedoch deutlich geringere Kinderzahlen aufweisen, wirkt somit negativ auf die Geburtenrate und kann den Rückgang der Geburtenrate von 1,7 auf 1,4 Kinder pro Frau komplett erklären.

Bei Betrachtung der Variablen Familienstand sowie überwiegender Lebensunterhalt ist der Rückgang der Kinderzahlen zwischen 1982 und 2008 somit ausschließlich auf den Wandel der Gruppengrößen zurückführbar. Heute gibt es deutlich weniger verheiratete Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige finanziert bekommen bzw. sich diesen finanzieren lassen. Verheiratete Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige haben jedoch unverändert hohe Kinderzahlen auf dem Reproduktionsniveau. Nur ist ihre Gruppe im Zeitvergleich von fast der Hälfte der Frauen auf ein Viertel der Frauen geschrumpft. Im Folgenden werden weitere Kontrastgruppen dargestellt, um dann erneut nach den Ursachen des Geburtenrückgangs zu fragen.

Abbildung 52: Kontrastgruppenanalyse drei Splits, Familienstand und Lebensunterhalt, Spaltenprozent und Mittelwerte Kinder in der Familie 1982 und 2008 alte Bundesländer

Kontrastgruppen best fit 1982, übertragen auf 2008	Fallzahlen absolut		Spaltenprozent		Veränderung in %-Punkten
	1982	2008	1982	2008	1982-2008
Familienstand ledig	728	3000	5,2	18,7	13,47
familienstand geschieden	935	1813	6,7	11,3	4,60
familienstand verheiratet, verwitwet und überwiegender Lebensunterhalt durch Angehörige	6697	4118	47,9	25,6	-22,25
...und Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit, Vermögen, Arbeitslosengeld, Sozialleistungen etc.	5624	7130	40,2	44,4	4,18
Gesamt	13984	16061	100	100	0,0

	Kinder in Familie (Mittelwert)		Veränderung	Modell eins Kinderzahl 2008	Modell zwei Kinderzahl 2008
	1982	2008	1982-2008	M1	M2
Mittelwert alle Frauen	1,69	1,41	-0,28	1,42	1,70
Familienstand ledig	0,43	0,39	-0,04		
Familienstand geschieden	1,15	1,19	0,04		
Familienstand verheiratet, verwitwet und überwiegender Lebensunterhalt durch Angehörige	2,01	2,07	0,06	wenn sich nur die Gruppengrößen geändert hätten (Kinderzahlen 1982*Gruppengrößen 2008)	wenn sich nur die Kinderzahlen, nicht die Gruppengrößen geändert hätten (Kinderzahl 2008*Gruppengröße 1982)
...und Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit, Vermögen, Arbeitslosengeld, Sozialleistungen etc.	1,56	1,51	-0,05		

Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1982 und 2008, eigene Berechnung und Darstellung

6.3.2. Kontrastgruppen Variante 2

Im folgenden Modell ist das best Fit Modell 2008 dargestellt, welches mit lediglich drei Aufteilungen 29 Prozent der Varianz der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie erklären

kann. Wieder zeigt sich, dass die erklärte Varianz im Zeitverlauf deutlich zugenommen hat. 1991 konnte das Modell 18 Prozent der Varianz erklären, 1982 nur 13 Prozent. Eingeflossen sind die Variablen Familienstand sowie Arbeitszeit. Die Variable ArbeitszeitKat teilt sich in drei Gruppen: Nichterwerbstätige, Teilzeit erwerbstätige (mit einer normalerweise geleisteten Arbeitszeit von weniger als 32 Stunden pro Woche) sowie Vollzeit erwerbstätige (>31h/Woche). Erneut wurden die Ergebnisse der Kontrastgruppenanalyse aus dem Output von JMP in eine Tabelle übertragen, um den Einfluss des Strukturwandels in Form des Wandels der Gruppengrößen auf die Veränderung der Kinderzahl sichtbar zu machen.

Wie auch in der voran gegangenen Analyse sind die Fallzahlen in der Gruppe der ledigen Frauen um 13,5 Prozentpunkte gestiegen. Die Gruppe der ledigen Frauen, in Vollzeit Erwerbstätige (>31h/Woche), ist um 8 Prozentpunkte und die der ledigen Frauen in Teilzeit oder nicht Erwerbstätige um 6 Prozentpunkte angewachsen. Die deutlichsten Veränderungen betreffen den Zeitraum 1991 bis 2008. Entsprechend ist die Gruppe der verheirateten, geschiedenen oder verwitweten Frauen zwischen 1982 und 2008 um 13,5 Prozentpunkte geschrumpft, wobei der Rückgang gleichermaßen die davon in Vollzeit erwerbstätigen (-7 Prozentpunkte) und die in Teilzeit- oder Nichterwerbstätigen Frauen (-7 Prozentpunkte) betrifft. Differenziert nach den Erhebungsjahren 1982, 1991 und 2008 zeigt sich, dass der Anteil der mind. einmal verheirateten Frauen in Vollzeit erst nach 1991 deutlich geschrumpft ist, während bei den in Teilzeit und nichterwerbstätigen Frauen der Rückgang der Fallzahlen vor allem den Zeitraum 1982 bis 1991 betrifft.

Im mittleren Teil der Abbildung 56 sind die Mittelwerte der Kinder in der Familie ausgewiesen. Hier zeigen sich deutlichere Veränderungen als im voran dargestellten Modell. So ist zwar die durchschnittliche Kinderzahl der ledigen Frauen im Vergleich der Jahre 1982 bis 2008 mit 0,4 Kindern pro Frau in der Familie relativ stabil, in der Gruppe der ledigen, in Vollzeit erwerbstätigen Frauen gab es jedoch eine Halbierung der Kinderzahlen auf niedrigem Niveau von 0,44 Kinder 1982 auf nur noch 0,20 Kinder im Jahr 2008. Die durchschnittliche Kinderzahl der ledigen, in Teilzeit oder nichterwerbstätigen Frauen wuchs hingegen geringfügig von 0,63 Kinder auf 0,74 Kinder pro Frau 2008 an. Den deutlichsten Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie verzeichnet die Gruppe der mindestens einmal verheirateten, in Vollzeit erwerbstätigen Frauen. Deren Kinderzahl ist von 1,4 Kindern 1982 auf durchschnittlich ein Kind 2008 gesunken. In der Gruppe der verheirateten Frauen in Teilzeit

Ergebnisse

bzw. nichterwerbstätig ist die Kinderzahl hingegen mit durchschnittlich 1,9 Kindern pro Frau im Vergleich der Jahre 1982 und 2008 stabil.

Abbildung 53: Best-Fit-Partition alte Bundesländer 2008, r^2 : .29

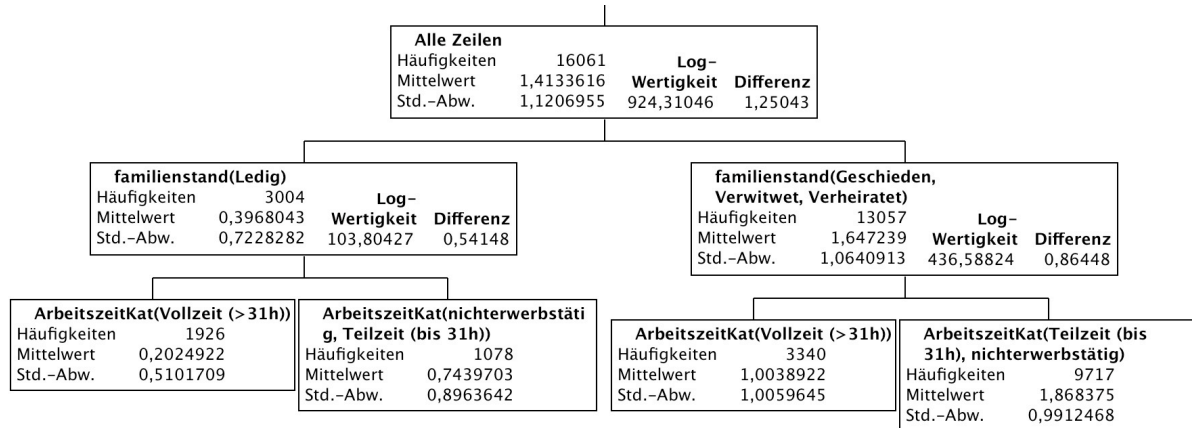


Abbildung 54: das gleiche Modell alte Bundesländer 1991, r^2 : .18

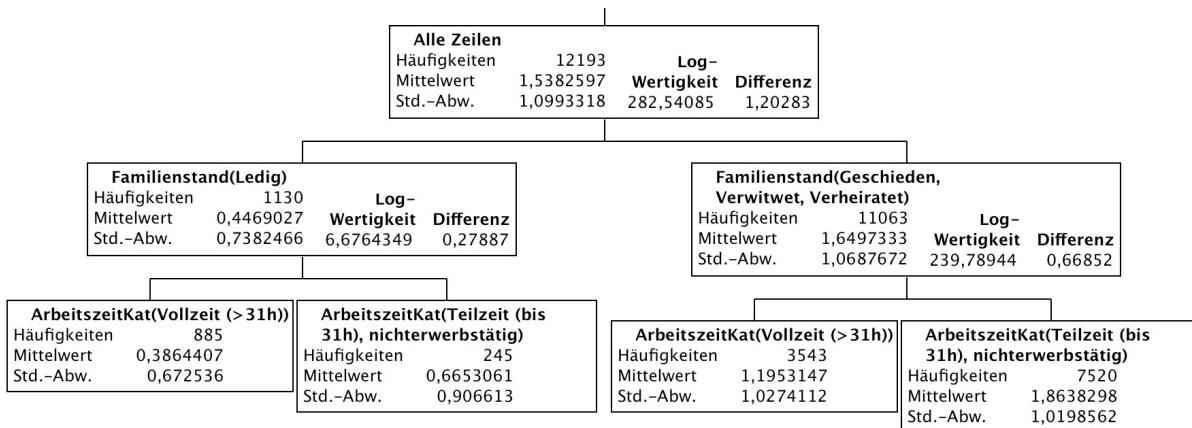
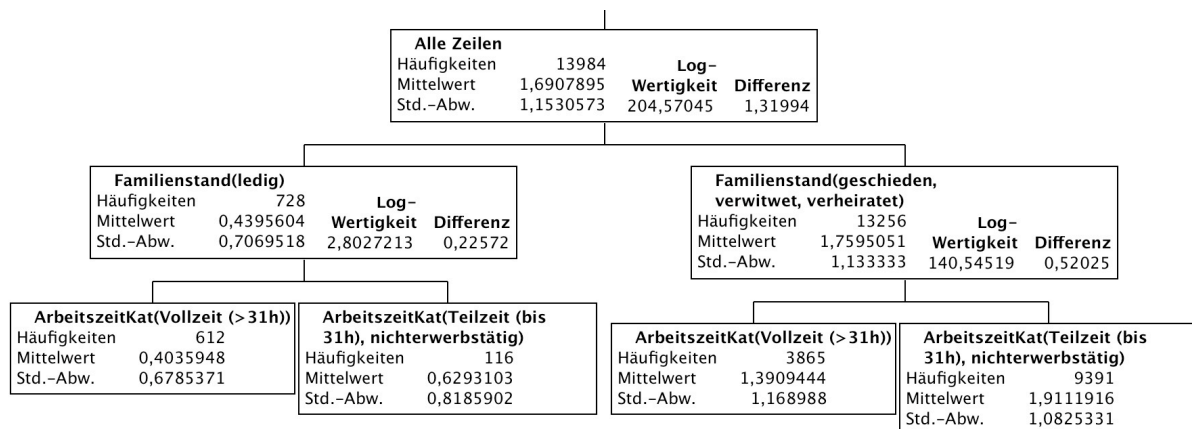


Abbildung 55: das gleiche Modell alte Bundesländer 1982, r^2 : .13



Quelle: Mikrozensus Scientific Use Files 1982, 1991, 2008; eigene Berechnung und Darstellung

Ergebnisse

Das dargestellte Modell zeigt, dass vor allem in der Gruppe der verheirateten, in Vollzeit erwerbstätigen Frauen die durchschnittlichen Kinderzahlen gesunken sind (von 1,4 Kinder 1982 auf 1,0 Kinder 2008). War noch 1982 mehr als jede vierte Frau in dieser Kategorie (28 Prozent), so ist es 2008 nur noch jede fünfte (21 Prozent). Die überrascht insofern, als dass aufgrund der Bildungsexpansion heute theoretisch mehr Frauen in Vollzeit arbeiten müssten. Die Qualifikationsgewinne haben deshalb nicht zu einer vollwertigen Teilhabe am Erwerbsleben und durch Absicherung durch Vollzeiterwerbstätigkeit geführt. Dass sich auch innerhalb der Gruppe der ledigen, in Vollzeit erwerbstätigen Frauen die Kinderzahlen von 0,4 auf 0,2 Kinder pro Frau halbiert haben und gleichzeitig sich die Anteile in dieser Gruppen von 4 auf 12 Prozent der Frauen verdreifacht haben, dürfte weitere negative Effekte auf die durchschnittliche Kinderzahl aller Frauen haben.

Abbildung 56: Kontrastgruppenanalyse drei Splits, Familienstand und Arbeitszeit, Spaltenprozent und Mittelwerte Kinder in der Familie 1982, 1991 und 2008, alte Bundesländer

Erhebungsjahr MZ SUF File	Spaltenprozent			Veränderung in %-Punkten		
	1982	1991	2008	1982-1991	1991-2008	gesamt
Frauen im Datensatz absolut	13984	12193	16061			
in Prozent, davon:	100,00	100,00	100,00			
Familienstand ledig	5,2	9,3	18,7	4,06	9,44	13,50
- Arbeitszeit: Vollzeit>31h	4,4	7,3	12,0	2,88	4,73	7,62
- Arbeitszeit: <31h	0,8	2,0	6,7	1,18	4,70	5,88
geschieden	94,8	90,7	81,3	-4,06	-9,44	-13,50
- Arbeitszeit: Vollzeit>31h	27,6	29,1	20,8	1,42	-8,26	-6,84
- Arbeitszeit: <31h	67,2	61,7	60,5	-5,48	-1,17	-6,65

	Mittelwert Kinder (in der Familie)			Veränderung absolut		
	1982	1991	2008	1982-1991	1991-2008	1982-2008
Mittelwert alle Frauen	1,69	1,53	1,41	-0,16	-0,12	-0,28
Familienstand ledig	0,44	0,45	0,40	0,01	-0,05	-0,04
- Arbeitszeit: Vollzeit>31h	0,44	0,39	0,20	-0,05	-0,18	-0,24
- Arbeitszeit: <31h	0,63	0,67	0,74	0,04	0,08	0,11
geschieden	1,76	1,65	1,65	-0,11	0,00	-0,11
- Arbeitszeit: Vollzeit>31h	1,39	1,20	1,00	-0,20	-0,19	-0,39
- Arbeitszeit: <31h	1,91	1,86	1,87	-0,05	0,01	-0,04

Rückgang innerhalb gleicher Gruppen oder Wandel der Gruppengrößen?

	wenn Kinderzahlen wie 1982, aber die Gruppengrößen haben sich geändert (Mittelwert Kinder 1982*Spaltenprozent des jeweiligen Jahres)			wenn Verteilung wie 1982, aber Rückgang durchschnittlicher Kinderzahlen innerhalb gleicher Kontrastgruppen (Mittelwert Kinder des jew. Jahres*Spaltenprozent 1982)		
	1982	1991	2008	1982	1991	2008
Mittelwert alle Frauen	1,69	1,63	1,54	1,69	1,60	1,55

Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1982 und 2008, eigene Berechnung und Darstellung

Positiv lässt sich ableiten, dass die durchschnittliche Kinderzahl von mindestens einmal verheirateten und in Teilzeit- oder nicht erwerbstätigen Frauen mit 1,9 Kindern pro Frau unverändert hoch ist. Die Mehrheit der Frauen fällt nach wie vor in diese Gruppe, auch wenn die Anteile vor allem zwischen 1982 mit 67 Prozent aller Frauen bis 1991 mit 62 Prozent aller Frauen gesunken sind. Im Vergleich der Jahre 1991 und 2008 sind jedoch immer noch rund 61 Prozent der Frauen in dieser Gruppe, die mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,9 Kindern pro Frau das Geburtenniveau stark positiv beeinflussen.

Die durchschnittliche Kinderzahl ist, wie bereits mehrfach dargestellt, im Vergleich der Jahre 1982 bis 2008 von 1,7 auf 1,4 Kinder pro Frau in der Familie gesunken. Im unteren Teil der Tabelle 56 wurde die Kalkulation des Einflusses des Wandels der Gruppengrößen bzw. des Rückgangs der Kinderzahlen innerhalb gleicher Gruppen dargestellt. Deutlich wird, dass beide Prozesse gleich stark wiegen. Einerseits ist auch innerhalb gleicher Gruppen die Kinderzahl gesunken: Sowohl verheiratete Frauen in Vollzeit als auch ledige Frauen in Vollzeit haben heute weniger Kinder als noch 1982. Hätten sich nur die Gruppengrößen, nicht aber die Kinderzahlen gewandelt, wäre die Geburtenrate nicht auf 1,41, sondern nur auf 1,54 Kinder pro Frau gesunken. Der Rückgang der Kinderzahlen innerhalb einzelner Gruppen hatte damit im gleichen Ausmaß wie der Wandel der Gruppengrößen negative Effekte auf die durchschnittliche Kinderzahl in der Familie. Wären nur die Kinderzahlen gesunken bei Herausrechnung der Struktureffekte, wäre die Geburtenrate ebenfalls nur auf 1,55 und nicht auf 1,41 Kinder pro Frau gesunken. Da nun beides zusammen stattfand – sowohl ein Rückgang der Kinderzahlen innerhalb gleicher Strukturgruppen als auch eine Veränderung der Gruppengrößen – sank die Kinderzahl auf 1,41 Kinder pro Frau.

6.3.3. *Kontrastgruppen Variante 3*

In der dritten Variante der Kontrastgruppenanalyse wurde die Berufsbildung der Frau mit in die Analyse einbezogen. Das erklärte r^2 ändert sich dadurch nicht, das heißt die oben dargestellten Modelle verbessern ihre Erklärungskraft nicht, wenn weitere Variablen mit einbezogen werden. Die Kontrastgruppen aus dem Output von JMP befinden sich im Anhang (Abbildungen 66 bis 68). In der folgenden Tabelle sind die übertragenen Ergebnisse dargestellt, im oberen Teil der Tabelle erneut die Spaltenprozente sowie die Veränderung dieser, im mittleren Teil die durchschnittliche Kinderzahl in der Familie sowie deren Veränderungen zwischen den Jahren 1982, 1991 und 2008, Grundgesamtheiten bilden erneut die Maximumgruppen der Frauen nach Berufsbildung, alte Bundesländer.

Die Aufnahme der Berufsbildung der Frau erschien insofern von Bedeutung, als dass im Laufe dieser Arbeit häufig argumentiert wurde, dass die Bildungsexpansion eine wesentliche Ursache für das veränderte weibliche Erwerbsverhalten darstellte. Seit Frauen höhere berufsbildende Abschlüsse erlangen, möchten sie vermehrt von ihrem Berufspotenzial Gebrauch machen, heiraten später, gründen später eine Familie und haben geringere Kinderzahlen. Darüber hinaus wurde die Frage aufgeworfen, ob erwerbstätige Frauen nicht auch schon früher weniger Kinder hatten. Aufgezeigt wurde darüber hinaus in Kapitel 6.2.1, dass sich die Kinderzahlen innerhalb gleicher Berufe kaum gewandelt haben. Im Kapitel 6.1 wurde dargestellt, dass die Höhe der Bildung für die durchschnittliche Kinderzahl nur bedingt von Bedeutung ist, denn sobald Frauen einen berufsbildenden Abschluss besitzen, bekommen sie deutlich seltener drei und mehr Kinder. Bei den Frauen mit Universitätsabschluss zeigte sich außerdem, dass diese vergleichsweise häufiger kinderlos sind. Die berufsbildenden Abschlüsse sind daher mit den drei Ausprägungen: (Fach-)Hochschulreife, Ausbildungsabschluss sowie kein berufsbildender Abschluss mit in das Modell eingeflossen. Darüber hinaus wurde angewiesen, eine erste Teilung nach berufsbildendem Abschluss vorzunehmen. In der folgenden Tabelle sind die gebildeten Kontrastgruppen dargestellt. Deutlich wird, dass zwischen 1982 und 2008 vor allem die Obergruppe der Frauen mit Berufsbildung um 17 Prozentpunkte angewachsen ist, entsprechend gab es weniger Frauen, die über keinen berufsbildenden Abschluss verfügen. Die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen von Frauen mit und ohne berufsbildendem Abschluss betragen sowohl 1982 als auch 2008 durchschnittlich 0,41 Kinder pro Frau, gleichzeitig ist zwischen 1982 und 2008 in beiden Gruppen die durchschnittliche Kinderzahl um 0,2 Kinder pro Frau gesunken.

Innerhalb der Untergruppen zeigt sich vor allem ein Zuwachs von ledigen Frauen mit berufsbildendem Abschluss, ihr Anteil hat sich zwischen 1982 und 2008 von 4 auf 16 Prozent der Frauen vervierfacht. Zwar ist ihre durchschnittliche Kinderzahl mit 0,4 Kindern pro Frau im Vergleich der Jahre 1982, 1991 und 2008 stabil, die starke Zunahme dieser Gruppe dürfte jedoch einen deutlich negativen Einfluss auf die durchschnittliche Kinderzahl aller Frauen haben.

Die Gruppe der verheirateten Frauen mit Berufsbildung ist um fünf Prozentpunkte gestiegen, was ausschließlich auf eine Zunahme der in Teilzeit und nichterwerbstätigen Frauen zurückzuführen ist. Nach wie vor ist ein Fünftel aller Frauen verheiratet, hat eine abgeschlossene Be-

rufsbildung und ist in Vollzeit erwerbstätig hat. Die Gruppe der verheirateten und in Teilzeit oder nichterwerbstätigen Frauen, in die 2008 51 Prozent aller Frauen fallen, wurde noch einmal unterteilt in Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige beziehen und Frauen mit überwiegenden Lebensunterhalt aus anderen Quellen. Bezog noch 1982 fast jede dritte Frau ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige, obwohl sie über einen berufsbildenden Abschluss verfügte, so ist es 2008 nur noch jede fünfte Frau. Zeitgleich hat sich die Gruppe der mindestens einmal verheirateten Frauen mit berufsbildenden Abschluss und überwiegendem Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld, Sozialleistungen etc. von 14 auf 30 Prozent der Frauen verdoppelt.

Die Kinderzahlen innerhalb der auf diese Weise gebildeten Kontrastgruppen sind äußerst stabil. Frauen mit überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige hatten, wie in Abbildung 52 bereits aufgeführt, früher und heute im Schnitt 2 Kinder. Auch wenn sie über eine eigene Berufsausbildung verfügen, ändert sich die durchschnittliche Kinderzahl dieser Frauen nicht und beträgt 2008 unverändert zwei Kinder pro Frau (Abbildung 57). Der deutlichste Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl scheint innerhalb der Gruppe der Frauen mit Berufsausbildung, mindestens einmal verheiratet und in Vollzeit auf, deren Kinderzahl ist von 1,3 Kinder 1982 auf durchschnittlich ein Kind 2008 um 0,28 Kinder pro Frau gesunken. Gleichzeitig finden sich jedoch auch Gruppen, deren durchschnittliche Kinderzahl zwischen 1982 und 2008 gestiegen ist. Mindestens einmal verheiratete Frauen in Teilzeit oder nichterwerbstätig mit überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit, Elterngeld, Sozialleistungen, Arbeitslosengeld oder Rente hatten früher beispielsweise 1,56 Kinder und haben heute im Schnitt 1,68 Kinder pro Frau, gleichzeitig fallen in diese Gruppe jetzt nicht mehr nur 13,5 Prozent der Frauen, sondern 30 Prozent. Diese Gruppe ist im Zeitvergleich am stärksten angewachsen. Dass sie außerdem steigende überdurchschnittliche Kinderzahlen verzeichnet, hat positive Effekte auf die Geburtenrate. Ebenfalls gestiegene Geburtenraten verzeichnen nichterwerbstätige Frauen, mindestens einmal verheiratet und ohne berufsbildenden Abschluss, allerdings ist ihre Fallzahl von 15 auf 6 Prozent aller Frauen stark gesunken.

Ergebnisse

Abbildung 57: Kontrastgruppenanalyse mit Berufsbildung, Familienstand, Arbeitszeit und Lebensunterhalt, Spaltenprozent und Mittelwerte Kinder in der Familie 1982, 1991 und 2008, alte Bundesländer

Erhebungsjahr MZ SUF File	Spaltenprozent			Veränderung in %-Punkten		
	1982	1991	2008	1982-1991	1991-2008	gesamt
	100,00	100,00	100,00			
Berufsbildung (Fach-)Hochschule, Ausbildung	69,4	78,8	86,7	9,31	7,96	17,26
davon ledig	4,0	7,7	16,2	3,72	8,53	12,25
davon verheiratet, verwitwet, geschieden	65,5	71,1	70,5	5,58	-0,57	5,01
davon Vollzeit	19,6	23,1	19,3	3,50	-3,79	-0,29
davon Teilzeit o. Nichterwerbstätige	45,9	48,0	51,2	2,08	3,22	5,31
davon Lebensunterhalt durch Angehörige	32,3	26,9	21,0	-5,46	-5,90	-11,36
davon Lebensunterhalt durch and. Quellen	13,5	21,1	30,2	7,54	9,12	16,67
ohne berufsbildenden Abschluss	30,6	21,2	13,3	-9,31	-7,96	-17,26
davon ledig	1,2	1,6	2,5	0,34	0,88	1,22
davon verheiratet, verwitwet, geschieden	29,3	19,7	10,8	-9,64	-8,84	-18,48
davon nichterwerbstätig	15,3	8,6	5,8	-6,70	-2,84	-9,53
davon in Voll- oder Teilzeit	14,0	11,1	5,1	-2,95	-6,00	-8,95

Erhebungsjahr MZ SUF File	Mittelwert Kinder (in der Familie)			Veränderung absolut		
	1982	1991	2008	1982-1991	1991-2008	gesamt
Berufsbildung (Fach-)Hochschule, Ausbildung	1,57	1,46	1,35	-0,11	-0,11	-0,22
davon ledig	0,38	0,40	0,37	0,02	-0,03	-0,01
davon verheiratet, verwitwet, geschieden	1,64	1,58	1,58	-0,06	0,00	-0,06
davon Vollzeit	1,27	1,11	0,99	-0,16	-0,12	-0,28
davon Teilzeit o. Nichterwerbstätige	1,80	1,81	1,80	0,01	-0,01	0,00
davon Lebensunterhalt durch Angehörige	1,90	1,98	1,99	0,08	0,01	0,09
davon Lebensunterhalt durch and. Quellen	1,56	1,58	1,68	0,02	0,10	0,12
ohne berufsbildenden Abschluss	1,97	1,81	1,76	-0,16	-0,05	-0,21
davon ledig	0,64	0,67	0,54	0,04	-0,13	-0,10
davon verheiratet, verwitwet, geschieden	2,03	1,90	2,04	-0,13	0,14	0,01
davon nichterwerbstätig	2,21	2,20	2,31	-0,01	0,11	0,10
davon in Voll- oder Teilzeit	1,83	1,66	1,73	-0,17	0,07	-0,10

Rückgang innerhalb gleicher Gruppen oder Wandel der Gruppengrößen?

	wenn Kinderzahlen wie 1982, aber die Gruppengrößen haben sich geändert (Mittelwert Kinder 1982*Spaltenprozent des jeweiligen Jahres)			wenn Verteilung wie 1982, aber Rückgang durchschnittlicher Kinderzahlen innerhalb gleicher Kontrastgruppen (Mittelwert Kinder des jew. Jahres*Spaltenprozent 1982)		
	1982	1991	2008	1982	1991	2008
	1,69	1,56	1,41	1,69	1,67	1,68
Mittelwert alle Frauen						

Quelle: Scientific Use Files der Mikrozensus 1982, 1991 und 2008, eigene Berechnung und Darstellung

Für die anschließende Simulationsrechnung sind jeweils die Enden der Ketten eingeflossen (siehe Abbildung 66 - 68), die zusammen 100 Prozent der Frauen ergeben. Es zeigt sich, dass in diesem Modell erneut allein der Wandel der Gruppengrößen das Absinken der durchschnittlichen Geburtenrate erklärt (Berechnungsmethode siehe unterer Teil Abbildung 57).

6.3.4. *Fazit*

Diese Ergebnisse werfen einige Fragen auf, verdeutlichen aber, dass nicht die Höhe der Berufsbildung für den Rückgang der Kinderzahl verantwortlich ist. Überspitzt gesagt hat eine höhere Bildung keinerlei negative Effekte auf die Geburtenrate, solange die Frau trotzdem heiratet und ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch ihren Ehemann finanziert. Diese Gruppe bekommt unverändert durchschnittlich zwei Kinder pro Frau, allerdings leben immer weniger Frauen dieses Modell. Noch 1982 bezogen 48 Prozent der Frauen ihren eigenen Lebensunterhalt durch Angehörige, heute sind das nur noch 26 Prozent. Negativ wirkt sich außerdem der Rückgang der verheirateten Frauen ohne eigene Berufsbildung aus: Diese gebären zwar ebenfalls unverändert im Schnitt zwei Kinder pro Frau, aber heute lebt nur noch jede zehnte Frau in diesem Modell, während noch 1982 jede dritte Frau in diese Kategorie eingeordnet werden konnte. Weitere negative Effekte auf die Geburtenrate hat darüber hinaus das starke Anwachsen der ledigen Frauen mit Berufsausbildung, die von einer marginalen Gruppe mit nur vier Prozent der Frauen heute zu einer stabilen, 16 Prozent aller Frauen umfassenden Gruppe angewachsen sind und im Schnitt nur 0,4 Kinder in der Familie haben.

Einerseits sollte diese Entwicklung nicht überbewertet werden: Frühere Analysen haben deutlich gemacht, dass eine Geburtenrate auch bei einem gewissen Grad an Kinderlosigkeit stabil sein kann: eine Kinderlosigkeit von 15 bis 20 Prozent geht in Finnland, in den Niederlanden oder den USA mit einer Kohortenfertilität von 2,0 Kindern pro Frau einher, weil sich dort deutlich mehr Frauen als in Deutschland auch für dritte und weitere Kinder entscheiden. Die niedrige Kinderlosigkeit nah am biologischen Minimum der DDR ist keine zwingende Voraussetzung für eine stabile Geburtenrate. Im Gegenteil kann eine moderne individualisierte Gesellschaft ein gewisses Maß an Kinderlosigkeit durchaus akzeptieren. Problematisch in Deutschland ist jedoch, dass Erwerbstätigkeit per se zu Kinderzahlen weit unter dem Reproduktionsniveau führt. Die Kontrastgruppenanalyse hat gezeigt, dass es keine Gruppe jenseits der abhängigen Frauen mit überwiegend durch ihren Ehemann finanzierten Lebensunterhalt gibt, die eine stabile Geburtenrate um das Reproduktionsniveau aufweist. Das zeigt, dass ein Familienleben mit durchschnittlich zwei Kindern bis heute in Westdeutschland mit einem Verzicht auf die eigene finanzielle Unabhängigkeit einhergeht, dass Frauen sich also unverändert zwischen Beruf und Familie entscheiden.

Die Kontrastgruppenanalyse wurde auch für die neuen Bundesländer durchgeführt. Im Anhang (Abbildung 69-71) sind beispielhaft drei Modelle für die Erhebungsjahre 1991 und 2008

dargestellt, die deutlich machen, dass aufgrund der Gleichverteilung der Kinderzahlen und der normierten Gesellschaft (der überwiegende Großteil der Frauen ist verheiratet und erwerbstätig) Kontrastgruppen hier kaum Erklärungskraft entfalten. Die erklärte Varianz bleibt mit 9 Prozent im Jahr 1991 bzw. 12 Prozent 2008 vergleichsweise gering. Deutlich wird aber auch, dass in den neuen Bundesländern die Geburtenrate durch verheiratete erwerbstätige Frauen getragen wird. 1991 fallen vier von fünf Frauen in die Kategorie verheiratet mit Ausbildungs- oder Universitätsabschluss, diese Frauen haben eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,84 Kindern pro Frau in der Familie. Anders als in den alten Bundesländern wird sowohl 1991 als auch 2008 die Geburtenrate nicht von Frauen bestimmt, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch ihren Ehemann erzielen. 2008 haben verheiratete, in Vollzeit erwerbstätige Frauen in den neuen Bundesländern 1,4 Kinder im Durchschnitt, was deutlich über dem westdeutschen Niveau der vergleichbaren Kontrastgruppe liegt und dem westdeutschen Durchschnitt aller Frauen, inklusive der Nichterwerbstätigen, entspricht. Im Vergleich zu 1991 zeigen sich im Jahr 2008 jedoch auch in den neuen Bundesländern deutlichere Unterschiede zwischen den Gruppen und eine deutlichere Ausdifferenzierung. Nun sind 70 Prozent der Frauen verheiratet oder geschieden bei einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,59 Kindern pro Frau. Arbeiten diese in Vollzeit, liegt die durchschnittliche Kinderzahl bei 1,38 Kindern pro Frau, sind sie in Teilzeit- oder nicht erwerbstätig, haben sie 1,8 Kinder pro Frau. Im Vergleich zu den alten Bundesländern weisen die neuen Bundesländer damit nach wie vor höhere Kinderzahlen von erwerbstätigen Frauen auf. Einschränkend sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass durch den Bezug auf die Maximumgruppen Frauen betrachtet wurden, die einen Teil ihrer Kinder noch zu DDR Zeiten bekommen haben.

Für Westdeutschland haben die Analysen äußerst eindrucksvoll gezeigt, dass bei Kontrolle des Familienstandes, der Bildung, der Erwerbstätigkeit und des Lebensunterhalts der Rückgang der Kinderzahlen fast ausschließlich auf einen Strukturwandel zurückführbar ist. Innerhalb gleicher Gruppen sind die durchschnittlichen Kinderzahlen im Zeitvergleich stabil. Das Problem, dass erwerbstätige Frauen sehr niedrige Kinderzahlen aufweisen, bleibt in den alten Bundesländern bis heute bestehen und führt zu Geburtenraten weit unter dem Reproduktionsniveau.

6.4. Multivariate Analysen

Es wurde dargelegt, dass zwischen 1982 und 2008 der Rückgang der Geburtenrate zu rund einem Drittel durch die Zunahme der höheren Berufsbildung der Frauen verursacht wurde. Die Gruppengrößen haben sich markant geändert – es gibt mehr Frauen mit höherer Bildung

und weniger Frauen ohne Berufsbildung. Bei Hinzunahme weitere Kontrollvariablen wie Familienstand, Lebensunterhalt und Erwerbstätigkeit zeigte sich eine große Stabilität der Kinderzahlen innerhalb gleicher Kontrastgruppen. In der nun folgenden multivariaten Analyse sollen diese Prozesse zusammengefasst dargestellt werden. Dabei wird erneut nach den alten und den neuen Bundesländern differenziert.

Es wurde aufgezeigt, dass die Varianz der Kinderzahl nach Berufsbildung in den alten Bundesländern größer ist. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Kosten der Kinderbetreuung in den alten Bundesländern größtenteils auf den Schultern der Frauen lasten (konservativer, familialistischer Wohlfahrtsstaat, siehe Kap. 3.7), so dass Frauen mit höherer Bildung aufgrund der erwartbaren höheren Kosten, auch in Form indirekter Kosten durch entgangenes Entgelt aus Erwerbstätigkeit, hier die Geburt ihrer Kinder länger aufschieben und damit häufiger kinderlos sind. In der theoretischen Diskussion wurde ferner herausgearbeitet, dass die höhere Berufsbildung der Frauen nicht per se die Kinderzahl bestimmt: Erstens haben Jugendliche mit einer höheren Karriereorientierung auch höhere Kinderwünsche (Shell Jugendstudie 2000), zweitens haben karriereorientierte Frauen nicht zwangsläufig weniger Kinder, sondern verlagern lediglich die Kinderbetreuung nach außen (Hakim 2000) und drittens verfügen beruflich erfolgreiche Frauen über höhere Ressourcen, um die Kinderbetreuung zu organisieren (Berinde 1999, Huinink 1989) und bekommen daher unter Umständen sogar eher weitere Kinder als Frauen mit niedrigerer Berufsbildung.

In Abbildung 39 wurde aufgezeigt, dass sich westdeutsche Frauen nach Berufsbildung und Kinderzahl nur insofern unterscheiden, als dass Frauen mit höherer Bildung (Fachhochschul- oder Hochschulabschluss) häufiger kinderlos sind und Frauen ohne Berufsbildung doppelt so häufig drei und mehr Kinder haben. Die Unterschiede nach Kinderzahl sind daher nicht linear – je mehr Bildung, desto weniger Kinder – sondern es gibt lediglich die Frauen mit höherer Bildung (die häufiger kinderlos sind) und die Frauen ohne Berufsbildung (die häufiger mehr als zwei Kinder haben). Ansonsten zeigten die Ergebnisse kaum unterschiedliche Kinderzahlen nach Berufsbildung. Die Bildung wird im folgenden Korrelationsmodell daher nicht in Bildungsjahre zerlegt, sondern fließt in Form zweier Dummyvariablen (ohne Berufsbildenden Abschluss, mit Fach-/ Hochschulabschluss) in das Modell mit ein.

Darüber hinaus wurde im theoretischen Teil dieser Arbeit kritisiert, dass der demographischen Theorietradition meist eine Haushaltsperspektive zugrunde liegt. Die Kosten, die mit der Ge-

burt von Kindern entstehen, haben für Männer und Frauen jedoch deutlich unterschiedliche Auswirkungen, da in der Regel die Frauen ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen und den Großteil der Kinderbetreuung übernehmen. Das Einkommen des Haushaltes wurde im folgenden Korrelationsmodell daher für Männer und Frauen getrennt betrachtet: Einerseits fließt das Einkommen der Frau (in 1.000 Euro) separat ins Korrelationsmodell mit ein, andererseits das Haushaltseinkommen exklusive des Einkommens der Frau.

Die Grundgesamtheit der folgenden Auswertungen bildet erneut die Maximumgruppe der Frauen, das heißt die jeweiligen fünf Frauenkohorten mit der höchsten Kinderzahl in der Familie, differenziert nach Berufsbildung. Bei Betrachtung der Jahre 1982, 1991, 2000 und 2008 ergibt sich eine Grundgesamtheit von 65.585 Frauen.

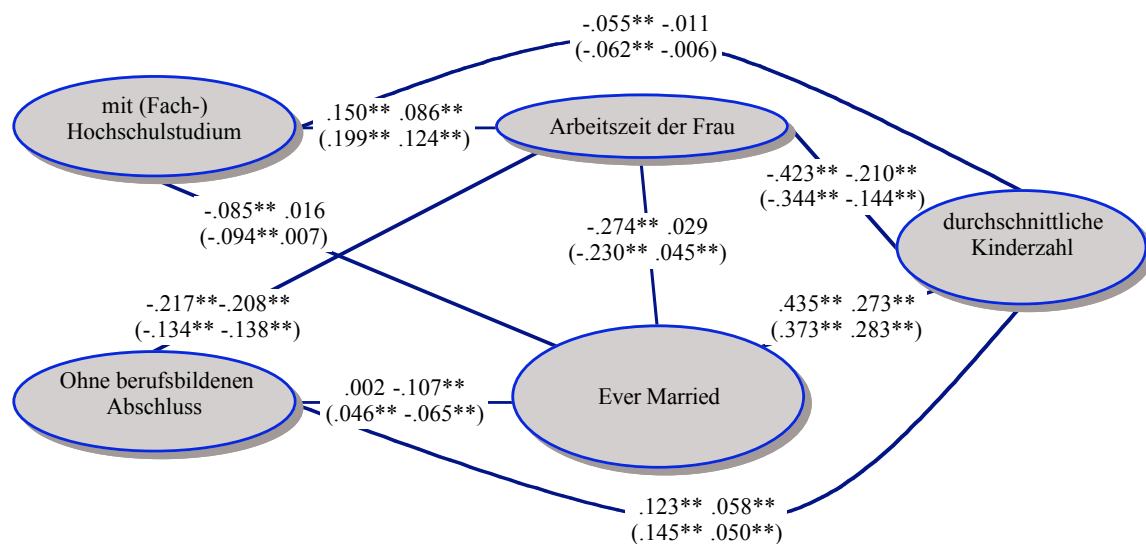
6.4.1. Korrelationen

Das folgende Korrelationsmodell macht deutlich, dass die höhere Bildung in Form eines (Fach-)Hochschulstudiums die durchschnittliche Kinderzahl nur gering beeinflusst. Der Korrelationskoeffizient nach Pearsons beträgt in den alten Bundesländern lediglich $-.055$, in den neuen Bundesländern ist die Korrelation zwischen dem (Fach-)Hochschulabschluss und der durchschnittlichen Kinderzahl mit $-.011$ nicht signifikant (Pearsons Korrelationskoeffizienten siehe jeweils erste Zeile links: alte Bundesländer 2008, rechts: neue Bundesländer 2008, in der zweiten Zeile finden sich jeweils die Korrelationskoeffizienten aus den kumulierten Datensatz verschiedener Wellen des Mikrozensus Scientific Use Files. West: 1982+1991+2000+2008, ost: 1991+2000+2008). Die durchschnittliche Kinderzahl korreliert in den alten Bundesländern deutlich negativ mit der Arbeitszeit der Frau, in den neuen Bundesländern ist die Korrelation zwischen der Arbeitszeit der Frau und der durchschnittlichen Kinderzahl ebenfalls negativ signifikant, allerdings ist die Korrelation nur halb so hoch wie in den alten Bundesländern ($-.21$ versus $-.42$). Damit geht wie erwartet vor allem in Westdeutschland eine höhere Arbeitszeit der Frau mit niedrigeren Kinderzahlen einher. Das Fach- oder Hochschulstudium hat gleichzeitig deutlich positive Effekte auf die Arbeitszeit der Frau, die wiederum negativ mit der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie korreliert. *Es ist daher davon auszugehen, dass zwischen dem Fach- oder Hochschulstudium und der Kinderzahl deshalb negative Effekte bestehen, weil höher qualifizierte Frauen eine höhere Erwerbsneigung aufweisen und eine höhere Arbeitszeit der Frau negativ mit der Kinderzahl korreliert.*

Ergebnisse

Darüber hinaus wurde die Dummyvariable „Ever married“ mit ins Korrelationsmodell aufgenommen. Diese beträgt 1, wenn die Person den Familienstand verheiratet, geschieden oder verwitwet aufweist, ledige Personen sind auf 0 gesetzt. In Kapitel 4.1 wurde dargelegt, dass die Ehe im Zuge des zweiten demographischen Übergangs an Bedeutung verlor. Heute wird später im Lebensverlauf geheiratet, man lässt sich mehr Zeit zum Finden des richtigen Partners und oft wird auch erst geheiratet, wenn Kinder schon geboren sind – In den neuen Bundesländern kommen heute 60 Prozent der Kinder unehelich zur Welt. Insofern muss grundsätzlich in Frage gestellt werden, inwiefern die Ehe an sich ein guter Prädiktor zur Vorhersage der Kinderzahl ist. Die Korrelationskoeffizienten sind in den alten Bundesländern wie erwartet doppelt so hoch wie in den neuen Bundesländern, vor allem im Westen besteht ein stark positiver Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Kinderzahl und dem Prädiktor „ever married“ (west: 0.44, ost: 0.27). Im Vergleich der Jahre 1982, 1991, 2000 und 2008 hat der Prädiktor „ever married“ noch an Erklärungskraft gewonnen, was auf ein Anwachsen der Gruppe der ledigen Frauen zurückzuführen ist. Innerhalb von Ehen werden heute weniger Kinder geboren als früher, die Fruchtbarkeit lediger Frauen ist im Zeitverlauf recht stabil (siehe Kapitel 6.3).

Abbildung 58: Korrelationsmodell Berufsbildung, Arbeitszeit, Familienstand, Kinderzahl



Korrelation nach Pearson:
 alte Bundesländer 2008, neue Bundesländer 2008
 (alte Bundesländer 1982+1991+2000+2008, neue BL 1991+2000+2008)

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung aus Mikrozensus Scientific Use Files

Die Korrelationen zwischen „ever married“ und den Berufsbildungsdummys sind äußerst schwach. Deutliche ost-westdeutsche Unterschiede zeigen sich in der Korrelation zwischen

„ever married“ und der Arbeitszeit der Frau, die im Westen grundsätzlich negativ ausfällt – verheiratete Frauen arbeiten weniger – während sich im Osten keine signifikanten Zusammenhänge aufzeigen lassen.

Deutliche ost-westdeutsche Unterschiede werden darüber hinaus sichtbar, wenn das Haushaltseinkommen exklusive des Einkommens der Frau betrachtet wird. Anders als in den alten Bundesländern steht das Einkommen der Frau in den neuen Bundesländern im positiven Zusammenhang zur durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie, während das Einkommen der Frau in den alten Bundesländern stark negativ mit der Kinderzahl korreliert. Sprich: in den alten Bundesländern gehen Kinder mit geringerem Einkommen der Frauen einher, in den neuen Bundesländern nicht. Legt man eine Kosten-Nutzen-Perspektive zugrunde, dann bedeuten Kinder in den alten Bundesländern grundsätzlich Einkommensverluste für die Mutter.

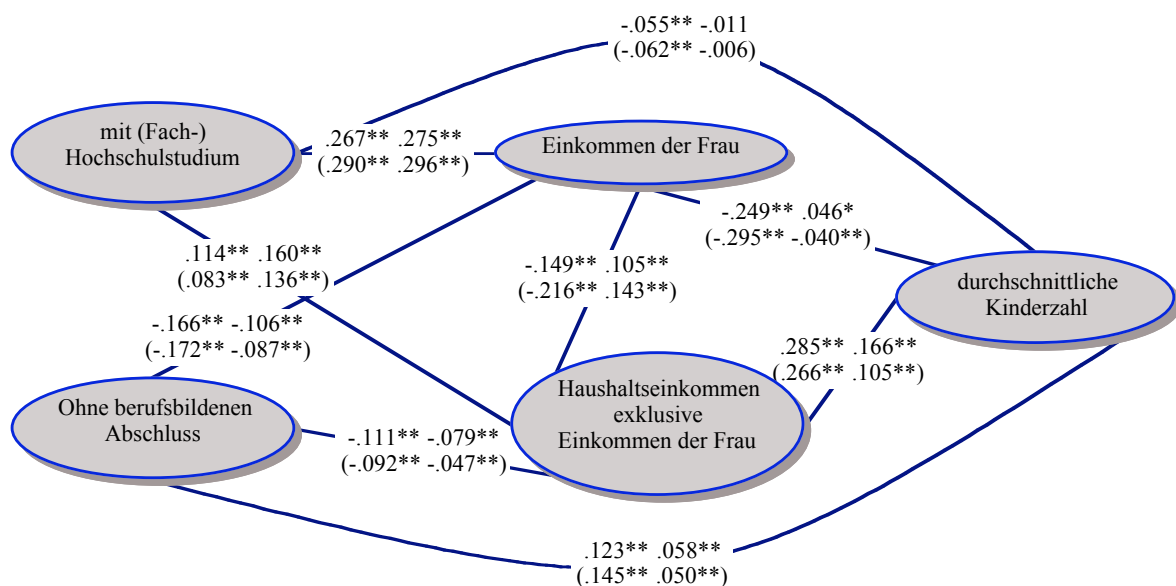
Wie in der obigen Korrelationsmatrix schon aufgezeigt, besteht nur ein äußerst schwacher direkter Zusammenhang zwischen einem Fach- oder Hochschulabschluss (Dummyvariable) und der durchschnittlichen Kinderzahl. Der indirekte Weg über das Einkommen der Frau zeigt jedoch starke Effekte des Studiums: Einerseits erzielen Frauen mit Studienabschluss höhere Einkommen (der Effekt ist in den alten und den neuen Bundesländern mit 0.27 ähnlich hoch). Gleichzeitig steht in den alten Bundesländern das Einkommen der Frau im negativen Zusammenhang zur Kinderzahl, das heißt Frauen mit Kindern erzielen hier durchschnittlich niedrigere Einkommen. Aus einer Kostenperspektive heraus ist es daher wenig erstaunlich, dass vor allem in Westdeutschland höher gebildete Frauen die Geburt ihrer Kinder aufschieben, weil Frauen hier mit der Mutterschaft Einkommensverluste befürchten.

Das Haushaltseinkommen exklusive des Einkommens der Frau korreliert in den alten Bundesländern (0.29) wie in den neuen Bundesländern (0.17) positiv mit der durchschnittlichen Kinderzahl. Im ost-westdeutschen Vergleich interessant ist der gegensätzliche Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Frau und dem Haushaltseinkommen (ohne das Einkommen der Frau). In den alten Bundesländern besteht hier ein negativer Zusammenhang: ist das Haushaltseinkommen hoch, verdient die Frau weniger. In den neuen Bundesländern ist die Korrelation hingegen positiv: mit steigendem Haushaltseinkommen verdient die Frau mehr. Im makrostrukturellen Teil dieser Arbeit wurde herausgearbeitet, dass bis heute markante Wohlstandsunterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern bestehen. Darüber hinaus wurden US-amerikanische Studien genannt, laut denen US-Amerikanerinnen häufig

Ergebnisse

erwerbstätig sein müssen, um das Einkommen der Familie zu heben. Wird nun im ost-westdeutschen Vergleich deutlich, dass in den alten Bundesländern ein negativer Zusammenhang zwischen dem Haushaltseinkommen und dem Einkommen der Frau besteht, so könnte geschlussfolgert werden, dass Frauen hier mit zunehmenden Wohlstand häufiger ihre eigene Erwerbstätigkeit stark einschränken können. Dieser Prozess wird in der U.S.-amerikanischen Literatur unter dem Stichwort *Opting out* diskutiert: Beruflich erfolgreiche Frauen verzichten mit der Mutterschaft freiwillig auf ihre Jobs. Kritisiert wird, dass diese Frauen überwiegend aus der Oberschicht stammen, weiß und privilegiert sind und sich das „Hausfrausein“ auch leisten können (Stone 2004). Angewandt auf Deutschland deutet die Korrelationsmatrix an, dass überwiegend westdeutsche Frauen für die Mutterschaft aussteigen (können), während Familien in den neuen Bundesländer in der Regel auf das Einkommen der Frauen angewiesen sind, so dass ein höheres Haushaltseinkommen hier mit einem höheren Einkommen der Mütter einhergeht. Da das höhere weibliche Einkommen in den neuen Bundesländern sogar positiv mit der Kinderzahl korreliert, ließe sich argumentieren, dass die indirekten Kosten, die durch den Verzicht auf eigenes Einkommen entstehen, in den neuen Bundesländern kaum gegeben sind, während in den alten Bundesländern eine höhere Kinderzahl deutlich negativ mit dem Einkommen der Frau korreliert, was als höhere Opportunitätskosten in Form von verloren gegangenem Einkommen gewertet werden kann.

Abbildung 59: Korrelationsmodell Berufsbildung, Einkommen, Kinderzahl



Korrelation nach Pearson:
alte Bundesländer 2008, neue Bundesländer 2008
(alte Bundesländer 1982+1991+2000+2008, neue BL 1991+2000+2008)

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung aus Mikrozensus Scientific Use Files

Darüber hinaus zeigt der untere Teil der Korrelationsmatrix, dass der Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Kinderzahl nicht linear verläuft: Einerseits gibt es in den alten wie in den neuen Bundesländern einen positiven signifikanten Zusammenhang zwischen dem Haushaltseinkommen und der durchschnittlichen Kinderzahl (West: 0.28, Ost: 0.17), gleichzeitig haben Frauen ohne berufsbildenden Abschluss jedoch durchschnittlich höhere Kinderzahlen, obwohl ihr Haushaltseinkommen geringer ist.

6.4.2. Regressionen

Diese Zusammenhänge werden im Folgenden zuerst schrittweise in einem Regressionsmodell für 2008 getestet und anschließend wird das gleiche Modell für die Jahre 1982, 1991, 2000 gerechnet, um die Entwicklungen im Zeitverlauf abschätzen zu können.

Im schrittweisen Regressionsmodell für das Erhebungsjahr 2008 wird deutlich, dass die beiden Variablen Arbeitszeit je Woche in Stunden und Familienstand (ledig=1, Dummy) die überragende Erklärungskraft aufweisen. Während die Berufsbildungsdummys für die durchschnittliche Kinderzahl in der Familie nur 0.016 Prozent der Varianz erklären, springt die erklärte Varianz auf 0.18, wird die Variable Arbeitszeit mit ins Modell aufgenommen. Der Berufsbildungsdummy mit (Fach-)Hochschulabschluss verliert dann seine Signifikanz. Auch das Einkommen der Frau erscheint nicht relevant, es korreliert 0.57 mit der Arbeitszeit der Frau. Werden beide Variablen mit aufgenommen, entfällt die Erklärungskraft allein auf die Arbeitszeit der Frau. Aber auch der Familienstand (Dummy für ledig) kann weitere 10 Prozent der Varianz erklären. Während das dargestellte schrittweise Regressionsmodell in den alten Bundesländern 31 Prozent der Varianz erklären kann, ist die Erklärungskraft in den neuen Bundesländern mit 15 Prozent nur halb so hoch. Ein deutlicher Unterschied, der bereits im oben beschriebenen Korrelationsmodell thematisiert wurde, zeigt sich in der Variable Einkommen der Frau. Das Einkommen der Frau steht in den neuen Bundesländern im positiven Zusammenhang mit der Kinderzahl, während die Arbeitszeit wie auch in den alten Bundesländern negative Effekte auf die Kinderzahl in der Familie ausübt.

Anschließend wurde das gleiche Modell für die Erhebungsjahre 1982, 1991, 2000 und 2008 gerechnet. Deutlich wird das bereits im Kapitel der Kontrastgruppenanalyse betonte Ergebnis: *Strukturmerkmale haben im Zeitvergleich deutlich an Erklärungskraft gewonnen*. Noch 1982 konnten mit den Variablen Berufsbildung, Arbeitszeit, Einkommen und Familienstand ledig-

lich 18 Prozent der Varianz der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie erklärt werden, 2008 sind es in den alten Bundesländern 31 Prozent. Wurde im Rahmen der Entwicklung demographischer Theorien in den 80-er Jahren auf den Wertewandel Bezug genommen, weil herkömmliche Strukturvariablen wie Erwerbstätigkeit oder Familienstand kaum noch Erklärungskraft entfalteten, so hat sich dieser Trend seit den 80-er Jahren gewandelt. Klassischen Strukturmerkmalen kommt insofern eine immer größere Bedeutung zu, weil sich die Gesellschaft im Hinblick auf die Frauen ausdifferenziert. Die Unterschiede nach Strukturgruppen werden größer, seit mehr Frauen in die ehemals marginale Gruppen der Ledigen fallen und auch häufiger erwerbstätig sind. Gleichzeitig ist im Zeitvergleich innerhalb der Gruppe der in Vollzeit erwerbstätigen Frauen die durchschnittliche Kinderzahl gesunken, so dass die Unterschiede der Kinderzahlen nach Erwerbstätigkeit im Zeitvergleich sogar größer wurden.

Darüber hinaus sind im Zeitvergleich die Effekte relativ stabil. Bei einigen Variablen gibt es jedoch auch Veränderungen. So vergrößert sich der negative Effekt der Arbeitszeit der Frau auf die durchschnittliche Kinderzahl im Zeitverlauf deutlich, gleichzeitig verlieren sich die negativen Effekte des Einkommens der Frau. Werden für die Interpretation sowohl der Beta Wert des Einkommens als auch der Beta Wert der Arbeitszeit der Frau zusammen herangezogen, erhöht sich die Erklärungskraft im Zeitverlauf. *Der Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Einschränkung der weiblichen Arbeitszeit und damit einhergehend Verzicht auf eigenes Einkommen wurde im Zeitvergleich größer.* Wurde im theoretischen Teil ausführlich dargelegt, dass einerseits das Bildungsniveau der Frauen deutlich gestiegen ist und damit auch ihre Berufschancen wachsen, so zeigen die Modelle einen unveränderten Handlungsdruck für die Frauen, mit der Mutterschaft verkürzt oder nicht erwerbstätig zu sein. Die Kosten, die durch die Geburt von Kindern entstehen und aus entgangenen Entgeltoptionen resultieren, sind damit sogar größer als früher, seit mehr Frauen Erwerbschancen haben.

Die Interpretation der Ergebnisse soll nicht dahingehend missverstanden werden, dass nun alle Mütter im gleichen Umfang erwerbstätig sein sollen wie kinderlose Frauen. Es wurde dargelegt, dass Frauen häufig mit der Mutterschaft ihre Erwerbstätigkeit einschränken, um mehr Zeit für ihre Kinder zu haben. Fraglich bleibt jedoch häufig, inwieweit die Einschränkung der eigenen Erwerbstätigkeit freiwillig oder auf mangelnde gesellschaftliche Unterstützung zurückzuführen ist (Kap. 3.7). Der komplette Verzicht auf das weibliche Einkommen geht zudem mit hohen Anteilen von Familienhaushalten in relativer Armut einher (zur Armutssituation von Alleinerziehenden oder Einverdienerhaushalten vgl. u.a. Eggen/Rupp 2007;

Ergebnisse

Bertram 2008; Eggen 2006/2008). Da für die dargestellten Modelle Frauen mit der maximalen Kinderzahl in der Familie betrachtet wurden und damit Frauen, deren Kinder größtenteils im Schulalter sind, wird deutlich, dass Kinder in den alten Bundesländern langfristig die weibliche Erwerbstätigkeit negativ beeinflussen. Die Ergebnisse legen die Schlussfolgerung nahe, dass die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wesentliches politisches Ziel sein sollte. Erst wenn die Wahlfreiheit gegeben ist und berufstätige Frauen nicht in dem Ausmaß wie bisher auf Kinder verzichten, kann die Geburtenrate steigen.

Ergebnisse

Abbildung 60: Regressionsmodell zur Erklärung der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie

Lineare schrittweise Regression zur Erklärung der durchschnittlichen Kinderzahl in der Familie

2008	alte Bundesländer				
N	16060				
N im Modell	16060	16060	16060	16041	14744
R ²	.016	.180	.181	.293	.313
R ² (korr.)	.016	.180	.180	.292	.313
Konstante	1,38	2,01	2,02	1,03	0,94
Ohne Berufsbildung (.39** (.12)	.11** (.03)	.11** (.03)	.19** (.05)	.24** (.07)
mit (Fach-)Hochschul	-.11** (-.04)	.04 (.01)	.06* (.02)	.10** (.03)	.03 (.02)
Normale Arbeitszeit (je Woche in St	-.03** (-.42)	-.03** (-.40)	-.02** (-.32)	-.02** (-.32)	
Einkommen der Frau (in 1.000€)		-.04** (-.03)	-.00 (-.00)	.03* (.02)	
ever married (nicht ledig, Dummy)				1.01** (.35)	.88** (.31)
Haushaltseinkommen in 1.000€ (ohne Einkommen der Frau)					.09** (.14)
2008	neue Bundesländer				
N	2548				
N im Modell	2547	2547	2547	2546	2514
R ²	.004	.045	.062	.141	.153
R ² (korr.)	.003	.044	.060	.139	.151
Konstante	1,41	1,77	1,70	1,26	1,18
Ohne Berufsbildung (.27** (.06)	.08 (.02)	.08 (.02)	.23** (.05)	.26** (.06)
mit (Fach-)Hochschul	.04 (.02)	.08 (.03)	-.01 (-.01)	-.02 (-.01)	-.08 (-.03)
Normale Arbeitszeit (je Woche in St	-.01** (-.21)	-.02** (-.26)	-.02** (-.26)	-.02** (-.27)	
Einkommen der Frau (in 1.000€)		.17** (.14)	.16** (.14)	.18** (.16)	
ever married (nicht ledig, Dummy)			.61** (.28)	.53** (.25)	
Haushaltseinkommen in 1.000€ (ohne Einkommen der Frau)					.09** (.11)

Anmerkungen: Regressionskoeffizient 1 Stern: Signifikanz $p < 0.05$, 2 Sterne: $p < 0.01$, (BETA).

Grundgesamtheit: Jeweils 5 Kohorten mit der höchsten Kinderzahl nach Berufsbildung

Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung aus Mikrozensus Scientific Use Files 2008.

Lineare multiple Regression zur Erklärung der durchschnittlichen Kinderzahl

Jahr	alte Bundesländer				neue Bundesländer		
	1982	1991	2000	2008	1991	2000	2008
N im Modell	13195	10796	13937	14744	3290	3128	2415
R ²	.183	.251	.261	.313	.083	.109	.153
R ² (korr.)	.182	.251	.260	.313	.081	.107	.151
Konstante	0,58	0,77	0,87	0,94	0,94	0,97	1,18
Ohne Berufsbildung (Dummy)	.37** (.15)	.28** (.10)	.22** (.08)	.24** (.07)	.33** (.07)	.14 (.03)	.26** (.06)
mit (Fach-)Hochschulstudium	.22** (.05)	.15** (.04)	-.01 (.03)	.03 (.02)	-.02 (-.01)	-.07 (-.93)	-.08 (-.03)
Normale Arbeitszeit (je Woche in Stunden)	-.01** (-.09)	-.01** (-.20)	-.02** (-.28)	-.02** (-.32)	-.003* (-.05)	-.01** (-.19)	-.02** (-.27)
Einkommen der Frau (in 1.000€)	-.24** (-.14)	-.14** (-.10)	-.03* (-.02)	.03* (.02)	-.02 (-.01)	.13** (.08)	.18** (.16)
ever married (nicht ledig, Dummy)	.90** (.16)	.84** (.21)	.99** (.29)	.88** (.31)	.79** (.21)	.74** (.26)	.53** (.25)
Haushaltseinkommen in 1.000 € (ohne Einkommen der Frau)	.18** (.16)	.16** (.15)	.07** (.11)	.09** (.14)	.26** (.13)	.10** (.10)	.09** (.11)

Anmerkungen: Regressionskoeffizient 1 Stern: Signifikanz $p < 0.05$, 2 Sterne: $p < 0.01$, (BETA).

Grundgesamtheit: Jeweils 5 Kohorten mit der höchsten Kinderzahl nach Berufsbildung

Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung aus Mikrozensus Scientific Use Files.

7. Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit

Insgesamt haben strukturtheoretische Modelle zur Bestimmung der durchschnittlichen Kinderzahl an Erklärungskraft gewonnen. Führt Höhn (1986:312) noch Ende der 80-er Jahre aus, dass die Unterschiede der Kinderzahl nach klassischen Strukturmerkmalen im Zeitverlauf bis in die 60-er Jahre ihre Erklärungskraft weitestgehend verloren haben, so hat sich das Bild seither deutlich gewandelt. In Westdeutschland ist die Geburtenrate der Frauen vor allem deshalb niedrig, weil erwerbstätige Frauen ihre Kinderzahl stark eingrenzen.

Die beiden Variablen Familienstand und Arbeitszeit konnten noch 1982 nur 13 Prozent der Varianz der durchschnittlichen Kinderzahl erklären, 2008 sind es 29 Prozent (Abbildung 53-55). Die Frage des Familienstandes und auch der eigenen Erwerbstätigkeit spielt somit heute eine wichtigere Rolle als in den 80-er Jahren, sucht man nach Ursachen einer niedrigen Geburtenrate. Dieses Ergebnis wurde durch eine multiple lineare Regression abgesichert, in der die erklärte Varianz im Zeitvergleich der Jahre 1982 bis 2008 von 18 auf 31 Prozent zunahm (Abbildung 60). Die Ursachen für dieses „Phänomen“ müssen vor allem in den gewandelten Gruppengrößen gesucht werden. Denn innerhalb gleicher Strukturgruppen ist die Fertilität annähernd stabil. Beispielsweise liegt die durchschnittliche Kinderzahl lediger Frauen im Zeitvergleich bei 0,4 Kindern pro Frau. Waren 1982 nur 5,2 Prozent der Frauen gegen Ende ihres Reproduktionszyklusses ledig, so betrifft dies heute 18,7 Prozent (Abbildung 52). Ledige Frauen haben aufgrund ihrer Verdreifachung heute ein größeres Gewicht, wenn nach Gründen einer niedrigen Fertilität gesucht wird.

Ähnliches zeigt sich in Bezug auf die Erwerbstätigkeit der Frau: Zwar bekommen nicht-erwerbstätige Frauen unverändert durchschnittlich zwei Kinder pro Frau, jedoch hat sich das Bild ausdifferenziert, weil nicht mehr jede zweite, sondern nur noch jede vierte Frau in die Kategorie „überwiegender Lebensunterhalt durch Angehörige“ eingeordnet werden kann (Abbildung 52). Gleichzeitig sind die Kinderzahlen von in Vollzeit erwerbstätigen Frauen gesunken, so dass sich die durchschnittliche Kinderzahl von in Vollzeit erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen nun noch stärker unterscheidet als früher (Abbildung 56). Die durchschnittliche Kinderzahl erwerbstätiger Frauen, deren Masse deutlich zugenommen hat, liegt unter der Kinderzahl von nichterwerbstätigen Frauen. Somit entfaltet nicht nur die Variable Familienstand, sondern auch die Erwerbstätigkeit der Frau für die durchschnittliche Kinderzahl heute höhere Erklärungskraft als noch in den 80-er Jahren. In der Korrelation steht

nun vor allem die Arbeitszeit der Frau im negativen Zusammenhang mit der durchschnittlichen Kinderzahl, was sich für das Jahr 1982 in diesem Ausmaß nicht nachweisen ließ (Abbildung 58).

Wichtig zum Verständnis ist hier der Wandel der Gruppengrößen nach Beschäftigungsfeld. Einzig Frauen in der Landwirtschaft weisen heute Kinderzahlen auf dem Reproduktionsniveau auf. Noch 1973 arbeiteten 10 Prozent der erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft mit überdurchschnittlichen Kinderzahlen und überdurchschnittlichen Arbeitszeiten – im Durchschnitt sind sie auch heute 40 Stunden pro Woche beschäftigt (Abbildung 49). 8 Prozent der erwerbstätigen Frauen waren „familieneigene Landarbeitskräfte, anderweitig nicht benannt“. Im Mikrozensus 2004 fallen nur noch 0,3 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in diese Kategorie der „Landarbeitskräfte“. In Berufen, in denen heute mehr Frauen als früher arbeiten und vor allem in neu geschaffenen Berufen der Medien, sind die Kinderzahlen hingegen weit unterdurchschnittlich. Aber auch Frauen in vermeintlich familienfreundlichen Berufen wie Lehrerinnen oder Frauen im öffentlichen Dienst haben in Deutschland nur durchschnittlich 1,5 Kinder in der Familie. *Da in allen Berufen jenseits der Landwirtschaft die Kinderzahlen gering sind, führt Erwerbstätigkeit heute stärker als früher zu einer Einschränkung der Fertilität.* Die stark geschrumpfte Gruppe der nichterwerbstätigen Frauen kann die niedrigen Kinderzahlen der erwerbstätigen, finanziell unabhängigen Frauen immer weniger ausgleichen (Abbildung 52).

Darüber hinaus wurden deutliche ost- westdeutsche Unterschiede ersichtlich. Im Osten ist die Kinderzahl erwerbstätiger Frauen bis heute höher. 2008 haben verheiratete und in Vollzeit erwerbstätige Frauen in den neuen Bundesländern 1,4 Kinder im Durchschnitt. Die vergleichbare Kontrastgruppe im Westen weist nur eine durchschnittliche Kinderzahl von einem Kind pro Frau auf (Abbildung 56, Abbildung 70). Die westdeutsche Geburtenrate liegt im Durchschnitt aller Frauen bei 1,4 Kindern pro Frau, da hier deutlich mehr Frauen das Hausfraumodell leben. Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige haben auch 2008 noch durchschnittlich 2 Kinder pro Frau. Diese gleichen die niedrige Geburtenrate erwerbstätiger westdeutscher Frauen ein Stück weit aus. Einerseits können im Westen mehr Frauen das Hausfraumodell leben, weil die durchschnittlich erzielten Löhne höher sind und Männer entsprechend wahrscheinlicher ein Ernährergehalt verdienen. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit geringer, so dass Frauen nach längeren Erwerbsunterbrechungen weniger fürchten müssen, den Wiedereinstieg nicht mehr zu schaffen. Familien können es sich daher eher leisten, nach

der Kindsgeburten längerfristig auf das weibliche Einkommen zu verzichten (Kapitel 4.2). Andererseits leben aber auch mehr Frauen das Hausfraumodell, weil das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung geringer ist. In den neuen Bundesländern hingegen ist der Anteil der nicht-erwerbstätigen Frauen vergleichsweise marginal.

Der Zusammenhang zwischen Berufsbildung und Kinderzahl zeichnet sich indirekt. Frauen mit Berufsbildung haben eine höhere Erwerbsneigung, die Arbeitszeit der Frau steht jedoch im negativen Zusammenhang zur Kinderzahl (Abbildung 58). Im Westen zeigt sich darüber hinaus der Effekt, dass Frauen mit Hochschulabschluss mehr eigenes Geld verdienen, das eigene Einkommen der Frau im Westen jedoch im negativen Zusammenhang zur Kinderzahl steht (Abbildung 59). Einen direkten negativen Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Berufsbildung gibt es nicht. Überspitzt formuliert hat die höhere Berufsbildung der Frau damit keine negativen Effekte auf die Geburtenrate, solange die Frau anschließend nur wenig eigenes Geld verdient, nur in Teilzeit beschäftigt ist oder besser noch, ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch ihren Ehemann finanziert. Der Konflikt zwischen hohen Berufschancen auf der einen und niedrigen Erwerbschancen im Falle der Mutterschaft betrifft heute aufgrund der Bildungsexpansion eine größere Anzahl von Frauen als früher, wurde aber bis heute – so zeigt es die vorliegende für Deutschland getätigte Untersuchung - nicht gelöst.

Die demographische Literatur konzentrierte sich zur Erklärung niedriger Geburtenraten seit den 80-er Jahren auf einen Wertewandel. Laut jüngerer demographischer Argumentation (Lesthaeghe 2010) führen ein besser ausgebauter Wohlfahrtsstaat sowie eine größere Orientierung an postmateriellen Einstellungen und Wertemustern heute dazu, dass junge Erwachsene später in eine Elternschaft eintreten als früher. Dadurch würden Geburten aufgeschoben, der Geburtenaufschub wiederum hat negative Effekte auf die TFR (Lesthaeghe 2010). Die Makrokennziffern des zweiten demographischen Übergangs wurden als lange Reihen der amtlichen Statistik für die DDR und die BRD bis heute dargestellt. Deutlich werden:

- eine wesentlichere Verbreitung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften in den neuen Bundesländern (Lengerer 2007)
- höhere Scheidungsraten in der DDR
- ein stärkerer Aufschub des Ersthealters in den neuen Bundesländern (Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Tabelle Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand auf Anfrage)
- mehr nichteheliche Kinder in der DDR und in den neuen Bundesländern (Abbildung 15)
- mehr Einzelkinder („king child“ van de Kaa 1987) in der DDR und in den neuen Ländern
- ein starker Geburtenaufschub in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung, so dass sich die jüngsten hier betrachteten Kohorten nach der Höhe ihrer CFR nicht mehr unterscheiden

Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit

- eine geringe Kinderlosigkeit in den neuen Bundesländern - Im Vergleich der 27- bis 31-jährigen Frauen zeigt sich, dass Frauen in den neuen Bundesländern bis 2008 – auch bei Kontrolle von Strukturvariablen wie Familienstand, Schul- und Berufsbildung – seltener kinderlos sind (Abbildung 31-32).

Legt man folglich die Kennziffern des „Zweiten demographischen Übergangs“ zugrunde, dann sind die Frauen in den neuen Bundesländern den Frauen in den alten Bundesländern voraus. Aber obwohl die Kennziffern im Osten durchschnittlich höhere Werte aufweisen im Westen der Republik, war die Kohortenfertilität bis jetzt höher und nähert sich erst in den jüngsten Kohorten (Abbildung 13) dem westdeutschen Niveau an. Laut van de Kaa (2004) sei nun ein Absinken der Fertilität unter das Reproduktionsniveau keine zwingende, sondern nur eine wahrscheinliche Folge des „zweiten demographischen Übergangs“. Die Geburtenrate würde sich an die Marke von zwei Kindern pro Frau annähern und wieder „erholen“, wenn Frauen aufgeschobene Geburten nachholen (Lesthaeghe 2010).

Lesthaeghe und van de Kaa argumentieren, dass die Postmaterialisten die Träger des veränderten demographischen Verhaltens sind. Demnach müssten in den neuen Bundesländern deutlich mehr Postmaterialisten leben, weil die Kennziffern des „Zweiten demographischen Übergangs“ hier wesentlich verbreiteter sind. Empirische Studien, die sich mit dem Wertewandel beschäftigen, stützen diese Annahme für Deutschland nicht: Postmaterialistische Einstellungen sind bis heute im Osten weniger verbreitet als im Westen (Scheller 2005). Der „zweite demographische Übergang“ als theoretisches Konzept mit seinem Bezug auf den kulturellen und ideellen Wertewandel erscheint zur Erklärung niedriger Kinderzahlen in Deutschland daher wenig aussagekräftig. „Der These des zweiten demographischen Übergangs in Europa ist in allen relevanten Punkten widersprochen worden“, fassen Hui-nink/Konietzka (2007:115) den Forschungsstand des Zweiten demographischen Übergangs zusammen. So können hohe Scheidungsraten, hohe Nichteheleichenquoten oder spätere Eheschließungen auch Ausdruck einer größeren ökonomischen Unsicherheit sein (Blossfeld et al. 2008) sowie einer höheren weiblichen Unabhängigkeit. In Bezug auf die neuen Bundesländer könnte dies gelten: Hier sind Arbeitslosigkeit und ökonomische Unsicherheiten heute stärker verbreitet als im Westen, gleichzeitig gibt es mehr uneheliche Kinder. Aber trotz der vergleichsweise schlechteren ökonomischen Situation erreichen die neuen Bundesländer ähnliche und zum Teil höhere Geburtenraten (Kapitel 4.2) – und dass, obwohl die Kennziffern des zweiten demographischen Übergangs hier deutlich ausgeprägter sind und diese theoretisch mit niedrigeren Geburtenzahlen einhergehen. Einmal mehr zeigt sich die Notwendigkeit, auch paritätsspezifische Muster zu betrachten.

„Empirisch nicht hinreichend beantwortet“ sei auch „die Frage, ob der Wertewandel eine unabhängige Dimension des Modernisierungsprozesses in der Nachkriegsjahrzehnten darstellt“ (Huinink/Konietzka 2007:116-117). Um dieser Frage ein Stück weit näher zu kommen, wurde argumentiert, dass der Wertewandel als unabhängige Dimension auch innerhalb gleicher Strukturgruppen gewirkt haben müsste: dann müssten auch innerhalb gleicher Strukturgruppen die Geburtenraten gestiegen sein.

Empirisch wurde daher anhand von Mikrozensus Scientific Use Files ausgewählter Erhebungen ab 1973 bis 2008 überprüft, inwieweit die Kinderzahlen im Zeitvergleich auch innerhalb gleicher Strukturgruppen gesunken sind. Es konnte aufgezeigt werden, dass der Großteil des Rückgangs der Kinderzahlen zwischen 1982 und 2008 auf einen Wandel der Gruppengrößen zurückzuführen ist: Innerhalb gleicher Kontrastgruppen scheint kaum ein Rückgang der Kinderzahlen auf (Kapitel 6.3). Der Rückgang der Kinderzahlen zwischen 1982 von 1,7 Kindern pro Frau und 2008 auf 1,4 Kinder pro Frau erklärt sich vor allem durch den Wandel der Gruppengrößen: Es gibt immer weniger Frauen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige, dafür bleiben jetzt mehr Frauen ledig. Auch gibt es heute deutlich weniger Frauen ohne Berufsbildung, die laut soziologischen und demographischen Erklärungsmustern schon immer mehr Kinder hatten, da ihnen weniger Optionen im Leben offen standen (Burkart 1994, Birg 2003). Darüber hinaus konnte aufgezeigt werden, dass in allen Bildungskategorien die Geburtenzahlen aufgeschoben wurden, also nicht nur in der Gruppe der am höchsten gebildeten Frauen. Bei ausschließlicher Betrachtung der Berufsbildung schienen die Ergebnisse Lesthaeghe und van de Kaa (1987) Recht zu geben: Der Geburtenrückgang war universell, fand also auch innerhalb gleicher Strukturgruppen statt (Abbildung 36). Sobald jedoch die Erwerbstätigkeit und der Familienstand zusätzlich zur Bildung kontrolliert wurden, fand innerhalb gleicher Strukturgruppen kein Rückgang der Kinderzahlen statt (Abbildung 57).

Das von Lesthaeghe (2010) aufgeführte Argument, dass Frauen aufgeschobene Geburten dann eher nachholen, wenn sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren können, geht auf ältere Argumentationen sowohl der soziologischen Literatur (König 1974, Myrdal/Klein 1971, Hakim 2000) als auch der ökonomischen Literatur (Ott 1989) zurück. Formal betrachtet ist die gleich hohe Geburtenrate im Osten wie im Westen der Republik erstaunlich: Im Kapitel 4.2 wurden die bis heute bestehenden Unterschiede auf Ebene der Bundesländer diskutiert.

Herausgearbeitet wurde eine ähnliche TFR bei starken Unterschieden hinsichtlich der Faktoren, die theoretisch die Höhe der Geburtenrate bestimmen: Wohlstand, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, demographischer Wandel (Rückgang der Ehe) und Geschlechtergleichheit. In den Mikroanalysen zeigt sich nun, dass Frauen in den neuen Bundesländern bis heute aufgeschobene Geburten eher nachholen, dass diejenigen mit den höchsten Berufsbildungsabschlüssen höhere Geburtenzahlen aufweisen und erwerbstätige Frauen mehr Kinder haben – und das, obwohl das Risiko der Arbeitslosigkeit höher und die ökonomische Entwicklung bis heute im Vergleich zu den alten Bundesländern schwieriger ist.

Es konnte ferner herausgearbeitet werden, dass dem Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern eine wesentlich Bedeutung für die Höhe der durchschnittlichen Kinderzahl zukommt. Gibt es einen geringen Anteil an Frauen mit drei und mehr Kindern, gleichzeitig aber verhältnismäßig viele kinderlose Frauen, bleibt die Geburtenrate niedrig. Dies ist in den alten Bundesländern der Fall. In den neuen Bundesländern entscheiden sich zwar viele Frauen für ein Kind, verzichten anschließend jedoch überdurchschnittlich häufig auf die Geburt weiterer Kinder (Kapitel 2.3). Im mikroanalytischen Teil konnte aufgezeigt werden, dass Frauen in Deutschland nur dann häufiger drei Kinder bekommen, wenn sie über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Von den Frauen mit Ausbildungsabschluss, die Höhe des Abschlusses ist dabei unwesentlich, entscheiden sich weniger als 15 Prozent für ein drittes Kind (Abbildung 39 und Abbildung 40). Da in den alten Bundesländern gleichzeitig die Kinderlosigkeit überdurchschnittlich hoch ist, haben erwerbstätige Frauen hier vergleichsweise niedrige Kinderzahlen. Der im Vergleich zum Osten höhere Anteil der Frauen mit überwiegenden Lebensunterhalt durch den Ehemann gleicht die niedrigen Geburtenraten erwerbstätiger Frauen aus, so dass die Geburtenrate letztlich genauso hoch sein kann wie im Osten der Republik, wo erwerbstätige Frauen häufiger mindestens ein Kind bekommen.

Folglich zeigen sich im ost- westdeutschen Vergleich ähnliche Geburtenraten bei ganz unterschiedlichen Mustern (Kapitel 2.5):

- Eine geringe Kinderlosigkeit der Frauen im Osten, aber ein stärkerer Verzicht auf zweite und weitere Kinder bei höherer Frauenerwerbstätigkeit.
- Eine höhere Kinderlosigkeit der Frauen im Westen, geringere Geburtenraten erwerbstätiger Frauen, aber auch mehr Frauen, die mit der Geburt ihren Job länger niederlegen und ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige finanzieren.

Für die alten Bundesländer erscheint es daher dringend geboten, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu betrachten. Wenn der Großteil der Frauen über Berufschancen verfügt und erwerbstätig ist, gleichzeitig aber die Kinderzahlen erwerbstätiger Frauen gering sind, dann muss die Geburtenrate niedrig sein. Daher ist es wichtig zu fragen, ob sich die Vereinbarkeitsbedingungen im Zeitverlauf verbessert haben: Haben Mütter Teilhabechancen an Beruf und Kindern? Dafür wurde die Gruppe der Mütter auf Frauen mit einem jüngsten Kind unter drei Jahre sowie mit Kindern zwischen 3 und 6 Jahren eingegrenzt (Abbildung 43-45). Differenziert nach berufsbildendem Abschluss zeigt sich im Westen kaum eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, solange die Kinder unter drei Jahre alt sind. Der Anteil der tatsächlich erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter drei Jahren ist für Frauen mit Berufsbildung konstant, Frauen mit Hochschulabschluss und einem Kind unter drei Jahren sind heute sogar seltener erwerbstätig als noch 1982 (Abbildung 45). Darüber hinaus sind sie auch seltener in Vollzeit beschäftigt (Abbildung 46). Für die Gruppe der Mütter mit einem jüngsten Kind im Kindergartenalter zeigt sich eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit – Hier scheinen bessere Wiedereinstiegchancen der Frauen im Vergleich zu früher auf. Gleichzeitig sind Mütter heute häufiger marginal, das heißt unter 15 Stunden die Woche, beschäftigt. Solche Erwerbsarrangements erlauben keine eigene unabhängige Lebensführung.

In der theoretischen Argumentation wurde herausgearbeitet, dass der Großteil der Frauen das adaptive Modell, das heißt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, präferiert (Hakim 2003). Frauen schränken häufig mit der Geburt von Kindern ihre Erwerbstätigkeit ein, um Zeit für ihre Kinder zu haben. Strittig bleibt die Frage, inwieweit die Ausbildung adaptiver Präferenzen als freie Wahl der Frau gedeutet werden kann (Kapitel 3.8). Die Gruppe der adaptiven Frauen weist als einzige Gruppe steigende Geburtenraten auf. Das „One and a half Earner Modell“ ist offensichtlich für Frauen immer häufiger die Lösung, um Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren: Frauen mit Berufsbildung, verheiratet und in Teilzeit erwerbstätig haben heute durchschnittlich mehr Kinder als früher. Bestreiten diese Frauen ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst, dann hatten sie 1982 durchschnittlich 1,56 Kinder, 2008 sind es 1,68 Kinder pro Frau (Abbildung 57). Gleichzeitig sind nun nicht mehr nur 13, sondern 30 Prozent der Frauen in dieser Kategorie.

In Bezug auf die Organisation der Kinderbetreuung wurde herausgearbeitet, dass deutsche Frauen höhere private Kosten der Mutterschaft tragen, weil einerseits die Lohnunterschiede

gering sind und der weibliche Durchschnittslohn die Einstellung eines privaten Kindermädchens selten erlaubt, gleichzeitig aber auch das Angebot an öffentlich bereitgestellter Kinderbetreuung gering ist (Kapitel 3.7). Indem die Steuerbelastungen der Löhne hoch sind, aber seltener als in skandinavischen Staaten in den Ausbau der sozialen Dienstleistungen investiert werden, bleibt die Vereinbarkeitsfrage für deutsche Frauen mehr ein privates Problem (Hemerijck 2002). Private Betreuungsarrangements können seltener gekauft werden als in den USA, wo ein geringeres Abgabenniveau zu höheren Lohnungleichheiten führt (Esping-Andersen 2009). Offen bleibt an dieser Stelle, ob in Zukunft mehr Frauen nach privaten Lösungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie suchen und sich private Betreuungsarrangements verbreiten. Für die Zukunft besteht Forschungsbedarf, inwieweit sich das Modell der globalisierten Betreuungskette („the global care chain“ Hochschild 2002) in Deutschland ausbreitet und welche Folgen dies für alle Beteiligten hat. Das Modell der beruflich erfolgreichen Karrierefrau mit einer privaten Nanny hat sich bis heute noch nicht etabliert. Deutschland hat im internationalen Vergleich zwar ein sehr hohes Niveau an Kinderlosigkeit, jedoch auch kaum Frauen in Spitzenpositionen.

Da aber die Mehrheit der Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie präferiert, spielt die Höhe der Geburtenrate erwerbstätiger Frauen eine wesentliche Rolle im Hinblick auf die endgültige TFR. Die Kontrastgruppenanalysen konnten dann zeigen, dass die Geburtenrate in Westdeutschland vor allem deshalb niedrig ist, weil erwerbstätige Frauen hier sehr geringe Kinderzahlen aufweisen. Die These, dass die privaten Kosten der Frauen aufgrund der spezifischen Organisation des deutschen Wohlfahrtsstaates höher sind als in anderen Ländern (Kapitel 3.7), lässt sich auf diese Weise erhärten. In Deutschland entscheiden Frauen sich häufig zwischen Beruf und Kindern. Schränken erwerbstätige Frauen ihre Kinderzahl stark ein, so bleibt auch die Geburtenrate insgesamt niedrig. In den alten Bundesländern bleiben Frauen vergleichsweise häufig kinderlos und steigen spät in die Mutterschaft ein – mit negativen Effekten für die TFR. Im Westen sind Akademikerinnen mittlerweile am Ende ihres Reproduktionszyklus angelangt: wenn sie sich für Kinder entscheiden, dann spät im Leben, die Wahrscheinlich für mehrere Kinder ist in den höchsten westdeutschen Bildungsgruppen aufgrund des langen Aufschubs der Geburten selten gegeben (Kapitel 6.1.4). In Ostdeutschland beschränken sich aufgrund der beruflichen Unsicherheit, dem vergleichsweise geringen Verdienstniveau und der hohen Arbeitslosigkeit viele Frauen auf nur ein Kind – mit ebenfalls negativen Effekten auf die TFR.

Frauen sind in ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten daher nicht frei. Ihr Lösungsweg des Konflikts von Beruf und Familie hängt von vielerlei Dingen ab. Sowohl ihre beruflichen Möglichkeiten, ihr Familienstand als auch die Frage, ob ihr Mann ein „Ernährergehalt“ verdient und ihnen die Möglichkeit des Hausfraumodells anbietet, sind entscheidend. Nicht zuletzt variiert die Frage der Vereinbarkeit stark mit der Region, da die öffentliche Kinderbetreuung in Deutschland kommunal organisiert ist. Laut Sen sind Fähigkeiten mit Freiheiten verbunden: „Welche realen Chancen hat ein Mensch, das Leben zu führen, das er führen möchte?“ (Sen 2000:64). Die eigenen empirischen Analysen im Zeitvergleich 1973 bis 2008 sprechen dafür, dass diese Chancen der Frauen bis heute eingeschränkt ist. Die Entscheidung für Kinder geht mit einer Einschränkung der beruflichen Möglichkeiten einher. Frauen sind nicht frei zwischen Familie und Beruf. Eine durchschnittliche Kinderzahl von zwei Kindern wird ausschließlich von Frauen verwirklicht, die entweder über keine eigene abgeschlossene Berufsausübung verfügen oder die von ihrem Ehemann abhängig sind, weil sie ihren eigenen Lebensunterhalt durch Angehörige finanziert bekommen – alle anderen Frauengruppen schränken ihre durchschnittliche Kinderzahl „freiwillig“ ein.

Dies führt dazu, dass in Deutschland die Geburtenrate auch im internationalen Vergleich niedrig bei 1,4 Kindern liegt. Beruf und Familie wurde 1991 noch häufiger in den neuen Bundesländern gelebt, allerdings war in der Verfassung der DDR das Recht auf Arbeit festgeschrieben. Bis heute haben Frauen in den neuen Bundesländern leicht höhere Geburtenraten als in den alten: Wird der Bildungsabschluss konstant gehalten, realisieren Frauen hier eher Kinder als im Westen, was auf ein besseres Angebot an Kinderbetreuung zurückgeführt werden könnte. Gleichzeitig sind Frauen in den neuen Bundesländern stärker dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt und nur ein marginaler Anteil lebt das Hausfraumodell – Dritte Kinder sind hier noch seltener als in Westdeutschland.

Sind Kinder ein Gut, auf das berufstätige Frauen ein Grundrecht haben? Bereits 1971 formulierten Myrdal und Klein das Recht der berufstätigen Frau auf Kinder. Und sind Kinder ein öffentliches Gut? Bezüglich des ökonomischen Wertes von Kindern besteht Einigkeit – Sie sind die späteren Rentenzahler, Mieter, Käufer etc. Aber rechtfertigt dies auch die staatliche Übernahme der Kosten, die der Mutter durch den Verzicht auf eigenes Einkommen entstehen? Die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuung ist kommunal organisiert. Einige Kommunen, wie zum Beispiel Berlin, übernehmen bereits die Kosten für die Kinderbetreuung ab

einem Kindesalter von drei Jahren komplett. Gleichzeitig besteht hier ein Anspruch auf einen Kindergartenplatz, der dem Erwerbsumfang der Eltern entspricht. Sind Vater und Mutter durchschnittlich 7 Stunden erwerbstätig, hat ihr Kind einen Betreuungsanspruch von 7 bis 9 Stunden, deren Kosten die öffentliche Hand trägt. In vielen anderen Gegenden in Deutschland ist dies nicht gegeben.

Mit zunehmenden Berufschancen werden Frauen auch in Zukunft häufiger eine ökonomisch unabhängige Lebensführung anstreben. Wird dann das derzeit bestehende niedrige Geburtenniveau erwerbstätiger Mütter beibehalten, bleibt auch in Zukunft die Geburtenrate gering. Heute zeichnet sich ab, dass Mütter für sich das Recht auf eigene Erwerbstätigkeit in Anspruch nehmen. In Berlin sind mittlerweile mehr als die Hälfte der Mütter mit Kindern unter zwei Jahren erwerbstätig (BMFSFJ 2012: Familienreport 2011). Aus der Perspektive des Kindeswohls könnte argumentiert werden, dass die Gesellschaft ihre Verantwortung für Kinder ausbauen sollte. Haben nur Schulkinder, oder auch schon Kindergartenkinder ein Recht auf einen Betreuungsplatz in der Nähe ihrer Wohnung? Und schließt dies auch ein warmes Mittagessen mit ein? Forschungsbedarf besteht auch hinsichtlich der Situation junger Erwachsener. Steigende Mietpreise, ein stark gekürztes Angebot des öffentlich geförderten Wohnungsbaus bei gleichzeitig höherer Jugendarbeitslosigkeit und Schwierigkeiten von jungen Erwachsenen, unbefristete Arbeitsplätze zu finden, dürften auch in Zukunft zu keiner Entspannung in der Phase der Familiengründung beitragen.

8. Literaturverzeichnis

- Ahn, N./ Mira, P. (2002), 'A note on the changing relationship between fertility and female employment rates in developed countries', *Journal of Population Economics* 15, 667-82.
- Allmendinger, J. (2009), 'Frauen auf dem Sprung. Wie junge Frauen heute leben wollen', Pantheon: München.
- (2010), 'Geschlecht bleibt eine wichtige Dimension sozialer Ungleichheit. Eine Replik auf Jens Alber', *WZB Mitteilungen* 129, 12-16.
- Allmendinger, J./ Ebach, M./ Stuth, S. (2010), 'Verschenkte Potenziale? Lebensverläufe nicht erwerbstätiger Frauen', Campus Verlag: Frankfurt/M.
- Andersson, G., et al. (2009), 'Cohort fertility patterns in the Nordic countries', *Demographic Research* 20, 313-52.
- Arránz Becker, O./ Lois, D./ Nauck, B. (2010), 'Unterschiede in den Fertilitätsmustern zwischen ost- und westdeutschen Frauen. Differenzierung der Rollen des kulturellen Hintergrunds und des Transformationsprozesses', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35 (1), 7-34.
- Barnett, R. C. (2005), 'Dual-Earner Couples: Good/bad for her and/or him?', in: Halpern, D. F./ Murphy, S. E. (Hg.), *From Work Life Balance to Work Life Interaction*, Lawrence Erlbaum Associates: Mahwah, 151-72.
- Beck-Gernsheim, E. (1989), 'Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf. Frauenwelt Familie', Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt/M.
- Becker, G. S. (1981), 'A Treatise on the family', Harvard University Press: Cambridge, Mass.
- Becker, G. S. (1993), 'Division of Labor in Households and Families', in: Becker (Hg.), *A Treatise on the Family*, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 30-52.
- Berinde, D. (1999), 'Pathways to a third child in Sweden', *European Journal of Population* 15 (4), 349-78.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2006), 'Demographiemonitor', Band 1: Indikatoren-Katalog des demographischen Wandels, Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.
- Bertram, H. (2006), 'Familienentwicklung und Haushaltsstrukturen', in: Strubelt, W., et al. (Hg.), *Städte und Regionen - Räumliche Folgen des Transformationsprozesses*, Leske+Budrich: Opladen.
- (2012), 'Keine Zeit für Liebe - oder: Die Rushhour des Lebens als Überforderung der nachwachsenden Generation?', *Soziale Welt. Sonderband* 7-26, im Erscheinen.
- (2008), 'Die Mehrkinderfamilie in Deutschland. Zur demographischen Bedeutung der Familie mit drei und mehr Kindern und zu ihrer ökonomischen Situation', Prognos AG im Auftrag des BMFSFJ: Berlin.
- Bertram, H., et al. (2006), 'Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit - Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik', Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Bertram, H./ Bujard, M./ Rösler, W. (2011), 'Rushhour des Lebens: Geburtenaufschub, Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven', *Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie* 8 (2), 91-99.

- Bertram, H./ Ehlert, N. (Hg.) (2011), 'Familie, Bindungen und Fürsorge. Familiärer Wandel in einer vielfältigen Moderne', Verlag Barbara Budrich: Opladen.
- Bertram, H./ Kohl, S./ Rösler, W. (2011), 'Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012: Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe', Deutsches Komitee für UNICEF: Köln.
- Bertram, H./ Rösler, W. (2011), 'Zum Umfang der Erwerbstätigkeit Kinder betreuender Eltern in Deutschland', *Familie Partnerschaft Recht* 4, 154-58.
- Bertram, H./ Rösler, W./ Ehlert, N. (2005), 'Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftspolitik durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik'. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Bianchi, S. (2000), 'Maternal Employment and Time with Children: Dramatic Change or Surprising Continuity?', *Demography* 37 (4), 401-14.
- Bien, W. (2006), 'Familie zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen Ideologie und Realität. Expertise zum „Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen“, in: Bertram, H./ Krüger, H./ Spieß, K. (Hg.), Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung, Barbara Budrich: Opladen, 259-78.
- Billari, F. C./ Liefbroer, A. C./ Philipov, D. (2006), 'The Postponement of Childbearing in Europe: Driving Forces and Implications', *Austrian Academy of Sciences (Hg.): Vienna Yearbook of Population Research 2006*, 1-18.
- Birg, H. (2003), 'Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa', Verlag C.H.Beck: München.
- (2010), 'Do "Babies make a Comeback?": Deutschlands Geburtenrate ist angeblich dabei, auf ein bestandserhaltendes Niveau zu steigen', *Bevölkerungsforschung Aktuell* 31 (2), 12-17.
- Bispinck, R./ Dribbusch, H./ Öz, F. (2008), 'Geschlechtsspezifische Lohndifferenzen nach dem Berufsstart und in der ersten Berufsphase. Eine Analyse von Einkommensdaten auf Basis der WSI-LohnSpiegel-Datenbank in Deutschland und im europäischen Vergleich', BMFSFJ, Hans-Böckler-Stiftung, WSI.
- Blossfeld, H.-P. (1989), 'Kohortendifferenzierung und Karriereprozess', Campus Verlag: Frankfurt/M.
- Blossfeld, H.-P., et al. (2005), 'Globalization, Uncertainty and Youth in Society: The Losers in a Globalizing World', Routledge: London.
- (2008), 'Globalisierung, Flexibilisierung und der Wandel von Lebensverläufen in modernen Gesellschaften', in: Szydlik, M. (Hg.), Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, 23-46.
- Blossfeld, H.-P./ Drobnic, S. (2001), 'Careers of Couples in Contemporary Society: From Male Breadwinner to Dual-Earner Families', Oxford University Press: Oxford.
- Blossfeld, H.-P./ Hakim, C. (1997), 'Between Equalization and Marginalization: Women Working Part-Time in Europe and the United States of America', Oxford University Press: Oxford.
- Blossfeld, H.-P./ Hofmeister, H. (2008), 'Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An International Comparison', Edward Elgar Publishing Ltd: Cheltenham.
- BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009), 'Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern. Dossier', Referat Gleichstellung: Berlin.

- (2012), 'Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trends'. Berlin.
- (2005), 'Wer betreut Deutschlands Kinder?', *Monitor Familiendemographie* 2. Berlin.
- (2008) <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=158318.html>, siehe pdf: Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen im Jahr 2008.
- Bongaarts, J./ Feeney, G. (1998), 'On the Quantum and Tempo of Fertility', *Population and Development Review* 24 (2), 271-91.
- Bryant, T. (2011), 'Alterungsangst und Todesgefahr - der deutsche Demografie-Diskurs (1911-2011)', *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10-11.
- Büchel, F./ Spieß, C. K. (2002), 'Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland', *Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 220.
- Buchholz, S./ Grunow, D. (2006), 'Women's employment in West Germany', in: Blossfeld, H.-P./ Hofmeister, D. (Hg.), *Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An international Comparison*, Edward Elgar: Cheltenham, 61-83.
- Bujard, M. (2011), 'Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und seine empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970-2006', Nomos: Baden-Baden.
- Bundesministerium des Innern (2011), 'Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Kurzfassung', Oktober 2011: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/demografiebericht.html?nn=109632>.
- Burkart, G. (1994), 'Die Entscheidung zur Elternschaft. Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien', Enke: Stuttgart.
- Casper, L. M./ Bianchi, S. M. (2002), 'Continuity and change in the American Family', Sage Publications: New York.
- Castles, F. G. (2002), 'Three Facts about Fertility: Cross-national Lessons for the current Debate', *Family Matters* 63, 22-27.
- Coale, et al. (1986), 'The Decline of Fertility in Europe. The Revised Proceedings of a Conference on the Princeton European Fertility Project', Princeton University Press: Princeton.
- Coleman, D. (2004), 'Why we don't have to believe without doubting in the "Second demographic transition" - some agnostic comments', *Vienna Yearbook of Population Research* 1-24.
- Die ZEIT (2010), 'Der Kinderschwund macht sprachlos.', 17.11.2010, <http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2010-11/demografie-kinderschwund/seite-1>.
- Dorbritz, J. (2010), 'Kinderzahlen und Lebensformen im West-Ost-Vergleich. Ergebnisse des Mikrozensus 2008', *Bevölkerungsforschung* 31. Jahrgang, 11-15.
- Dorn, T. (2006), 'Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird', Piper: München.
- Eggen, B./ Renz, R. (2004), 'Frauen in Europa: Job? Kinder? Oder beides?', *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 4 (2004), 11-15.
- Eggen, B./ Rupp, M. H. (2006), 'Kinderreiche Familien', VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

- Ehmer, J. (2004), 'Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2000', Oldenbourg: München.
- Engels, F. (1884), 'Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats', http://www.mlwerke.de/me/me21/me21_025.htm
- Esping-Andersen, G. (1990), 'The Three Worlds of Welfare Capitalism', Princeton University Press: Princeton.
- (2004), 'Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat', *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (1-2), 189-210.
- (2009), 'Incomplete Revolution. Adapting to Women's new Roles', Polity Press: Cambridge.
- Ette, A./ Ruckdeschel, K. (2007), 'Die Oma macht den Unterschied! Der Einfluss institutioneller und informeller Unterstützung für Eltern auf ihre Kinderwünsche', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 32 (1-2), 51-72.
- Fenge, R./ Rürup, B. (2011), 'Rente mit 70plus? Wege zu einer generationengerechteren und nachhaltigen Altersvorsorge', *Denkwerkstatt Demographie* 01 (2011), 1-3.
- Fokken, U. (2006), 'So geht's Deutschland! Was wir von unseren Nachbarländern lernen können', Knaur TB: München.
- Friedrich, W. (1998), 'Erkrankungsgefährdung und Infektabwehr im frühen Kindesalter und Krippenbetreuung', in: Ahnert, L. (Hg.), *Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Theorien und Tatsachen*, Hans Huber: Bern, 146-63.
- Gaschke, S. (2005), 'Die Emanzipationsfalle. Erfolgreich, einsam, kinderlos', C. Bertelsmann Verlag: München.
- Gauthier, A. H./ Hatzius, J. (1997), 'Family benefits and fertility: An economic analysis', *Population Studies* 51, 295-306.
- Gender-Datenreport (2005), '1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland - im Auftrag des BMFSFJ', Deutsches Jugend Institut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt: München.
- Gerlach, I. (2010), 'Familienpolitik', VS Verlag für Sozialwissenschaften: München.
- Grünheid, E. (2006), 'Die demographische Lage in Deutschland 2005', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 31 (1), 3-104.
- Grunow, D./ Aisenbray, S./ Evertsson, M. (2011), 'Familienpolitik, Bildung und Berufskarrieren von Müttern in Deutschland, USA und Schweden', *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63 (1), 395-430.
- Hakim, C. (2000), 'Work-Lifestyle Choices in the 21st Century. Preference Theory', University Press: Oxford.
- (2003), 'Models of the Family in Modern Societies. Ideals and Realities', Adlershot: Ashgate.
- Halpern, D. F./ Murphy, S. E. (2005), 'From Balance to Interaction: Why the Metaphor is important', in: Halpern, D. F./ Murphy, S. E. (Hg.), *From Work-Family Balance to Work-Family Interaction*, Lawrence Erlbaum Associates: Mahwah, New Jersey, 3-10.
- Hänsgen, D./Lentz, S./ Tzschaschel, S. (Hg.) (2010), 'Deutschlandatlas. Unser Land in 200 thematischen Karten', Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt.

- Hauser, J. A. (1982), 'Bevölkerungslehre für Politik, Wirtschaft und Verwaltung', Verlag Paul Haupt: Bern und Stuttgart.
- Hennig, M., et al. (2012), 'Frauen zwischen Beruf und Familie - ein europäischer Vergleich. Analysen zu den Einflussfaktoren auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf', Sonderband *Soziale Welt*, im Erscheinen.
- Hemerijck, A. (2002), 'The Self-Transformation of the European Social Model(s)', in: Esping-Andersen (Hg.), *Why we need a new welfare State*, Oxford University Press: New York, 173-214.
- Hinz, T./ Gartner, H. (2005), 'Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Branchen', *Zeitschrift für Soziologie* 34 (1), 22-39.
- Hochschild, A. R. (2003), 'The Commercialization of Intimate Life: Notes from home and work', University of California Press: San Francisco.
- (2002), 'Global Woman: Nannies, Maids and Sex Workers in the New Economy', Metropolitan Press: New York.
- Hoem, J. M./ Prskawetz, A./ Neyer, G. (2001), 'Autonomy or conservative adjustment? The effect of public and educational attainment on third births in Austria.', Max Planck Institute for Demographic Research. Working Paper Wp 2001-016 June 2001.
- Höhn, C. (1986), 'Einflussfaktoren des generativen Verhaltens - Zwischenbilanz zu den Gründen des Geburtenrückgangs', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 12 (3), 309-23.
- Huinink, J. (1989), 'Das zweite Kind. Sind wir auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie?', *Zeitschrift für Soziologie* 18 (Heft 3), 192-207.
- Huinink, J./ Konietzka, D. (2007), 'Familiensoziologie. Eine Einführung', Campus: Frankfurt.
- Hullen, G. (2003), 'Tempo und Quantum der Reproduktion', in: Bien, W. M., Jan H. (Hg.), *Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey*, Leske + Budrich: Opladen.
- (1998), 'Lebensverläufe in West- und Ostdeutschland. Längsschnittanalysen des deutschen Family and Fertility Survey', Leske + Budrich: Opladen.
- Judt, M. (1998), 'DDR-Geschichte in Dokumenten Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse', Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Jungho, K. (2007), 'Recent Fertility Decline and Its Implication for Population Policy in Korea', Korea Development Institute: Seoul.
- Kaase, M./ Bauer-Kaase P. (1989), 'Werte und Wertewandel – ein altes Thema und eine neue Facette', in: Galler, H./ Wagner, G./ Krupp, H.-J.: *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung*, Campus-Verlag: Frankfurt am Main, 256-274.
- Kaufmann, F.-X. (2005), 'Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen', Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Kiernan, K. (2000), 'European Perspectives on Union Formation', in: Waite, L. J. (Hg.), *The Ties that bind. Perspectives on Marriage and Cohabitation*, Aldine de Gruyter: New York, 40-58.
- Klijzing, E. (2005), 'Globalization and the early Life course. A Description of selected economic and demographic Trends', in: Blossfeld, H.-P., et al. (Hg.), *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*, Routledge: London, 25-50.

- Kögel, T. (2004), 'Did the Association between Fertility and female Employment within OECD Countries really change its Sign?', *Journal of Population Economics* 17, 45-65.
- König, R. (1974), 'Materialien zur Soziologie der Familie', Kiepenheuer & Witsch: Köln.
- Kreyenfeld, M. (2002), 'Parity Specific Birth Rates for West Germany: An Attempt to Combine Survey and Vital Statistics', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 27 (3), 327-57.
- (2005), 'Aufschub der Familiengründung nach der Wende', Rostocker Zentrum für demografischen Wandel: http://www.zdwa.de/zdwa/experten/07_kreyenfeld.php.
- Kreyenfeld, M./ Geisler, E. (2006), 'Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland', *Zeitschrift für Familienforschung* 18 (3), 333-60.
- Kreyenfeld, M./ Spieß, C. K./ Wagner, G. (2001), 'Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Analysen zum Status quo und Vorschläge zur Reform', Neuwied.
- Kröger, I./ van Olst, N./ Klingholz, R. (2004), 'Das Ende der Aufklärung: Der internationale Widerstand gegen das Recht auf Familienplanung'. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Berlin.
- Kröhnert, S. (2009), 'Sag mir, wo die Frauen sind? Ausprägungen und Ursachen geschlechtsselektiver Abwanderung aus den neuen Bundesländern', Shaker: Aachen.
- Leahy, M./ Doughney, J. 'Women, work and preference formation: A Critique of Hakim's Preference Theory', *Journal of Business Systems, Governance and Ethics* 1, No 1, 37-48.
- Lengerer, A. (2007), 'Zur Abgrenzung nichtehelicher Lebensgemeinschaften im Mikrozensus', ZUMA-Methodenbericht 4, Gesis: Mannheim.
- Lesthaeghe, R (2010), 'The Unfolding Story of the Second Demographic Transition', *Population and Development Review* 36 (2), 211-51.
- (1992), 'Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 18 (3), 313-54.
- (2001), 'Postponement and Recuperation: Recent fertility Trends and Forecasts in six Western European Countries', Paper presented at the IUSSP Working Group on Low Fertility, 21.-23. März in Tokio, Japan.
- Lesthaeghe, R./ Wilson, C. (1986), 'Modes of Production, Secularization, and the Pace of the Fertility Decline in Western Europe, 1870-1930', in: Coale, A. J./ Watkins, S. C. (Hg.), *The Decline of Fertility in Europe*, Princeton University Press: Princeton, 261-92.
- Liefbroer, A. C. (2005), 'Changes in the Transition to Adulthood in Europe: An Empirical Analysis of Changes among Cohorts Born between in the 1950's and 1960's in Europe and among Dutch Cohorts Born between 1900 and 1982', NIDI: The Hague.
- Livi-Bacci, M. (1979), 'Die demographische Veränderung und der Lebenszyklus der Frauen', in: Sullerot, E. (Hg.), *Die Wirklichkeit der Frau*, Steinhausen Verlag: München, 577-93.
- Longman, P. (2004), 'The empty Cradle. How falling Birthrates threaten World Prosperity and what to do about it', Basic Books: New York.
- Lutz, W. (2008), 'Demographic Debate. What should be the Goal of Population Policies? Focus in 'Balanced Human Capital Development'', *Austrian Academy of Sciences (Hg.): Vienna Yearbook of Population Research* 17-24.

- Lutz, W., et al. (2008), 'Estimating Tempo Effects and Adjusted TFR', Wien: http://www.oeaw.ac.at/vid/datasheet/download/Tempo%20effect_Documentation_VID_23-07-2008.pdf
- Luy, M./ Pötzsch, O. (2010), 'Estimates of the Tempo-adjusted Total Fertility Rate in Western and Eastern Germany, 1955-2008', *Comparative Population Studies* 35 (3), 605-36.
- Malthus, T. R. (1920), 'An Essay on the principle of Population', in: Diehl, K./ Mombert, P. (Hg.), *Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie*. Sechster Band: *Bevölkerungslehre*, 2. Auflage, G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag: Karlsruhe, 50-77.
- Marschalck, P. (1984), 'Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert', Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Mayer, K. U./ Solga, H. (2010), 'Lebensverläufe im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess', in: Ostner, I./ Krause, P. (Hg.), *Leben in Ost- und Westdeutschland*, Campus: Frankfurt a.M., 39-56.
- Maywald, J. (2008), 'Krippenerziehung in Deutschland - eine Bestandsaufnahme', in: Maywald, J./ Schön, B. (Hg.), *Krippen. Wie frühe Betreuung gelingt. Fundierter Rat zu einem umstrittenen Thema*, Beltz Verlag: Weinheim, 10-47.
- McDonald, P. (2002), 'Sustaining Fertility through Public Policy: The Range of Options', *Population* 3, 417-46.
- Menschik, J. (1971), 'Gleichberechtigung oder Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik', Fischer: Frankfurt.
- Münnich, M. (2006), 'Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder. Berechnungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003', *Wirtschaft und Statistik* 6, Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Münnich, M./ Krebs, T. (2002), 'Ausgaben für Kinder in Deutschland. Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998', *Wirtschaft und Statistik* 12, Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Murphy, S. E./ Zagorski, D. A. (2005), 'Enhancing Work-Family and Work-Life Interaction: The Role of Management', in: Halpern, D. F./ Murphy, S. E. (Hg.), *From Work-Family Balance to Work-Family Interaction*, Lawrence Erlbaum Associates: Mahwah, New Jersey, 27-48.
- Myrdal, A./ Klein, V. (1971), 'Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf', Kiepenheuer und Witsch: Köln.
- Myrskylä, M./ Kohler, H.-P./ Billari, F. C. (2009), 'Advances in development reverse fertility declines', *Nature* 460, 741-43.
- NICHD National Institute of Child Health and Human Development Early Child Care Research Network (2003), 'Does Amount of Time Spent in Child Care Predict socioemotional Adjustment During the Transition to Kindergarten?', *Child Development* 74, 976-1005. <http://www.nichd.nih.gov/research/supported/seccyd/overview.cfm>
- Niephaus, Y. (2012), 'Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in Gegenstand, Theorien und Methoden', VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- (2003), 'Der Geburteneinbruch in Ostdeutschland nach 1990. Staatliche Regulierung generativen Handelns', Leske + Budrich: Opladen.

- Nyberg, A. (2012), 'Hintergründe zur Individualbesteuerung in Schweden oder warum das Ehegattensplittin in Schweden schon lange Geschichte ist', Friedrich Ebert Stiftung: Berlin.
- OECD (2001), 'Balancing Work and Family Life: Helping Parents into paid Employment', in: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (Hg.), OECD Employment Outlook 2001, OECD: Paris.
- (2004), 'Education at a Glance. OECD briefing notes for Germany', www.oecd.org/dataoecd/35/14/33714671.pdf
- (2011), 'Bildung auf einen Blick', Autor: Andreas Schleicher: www.oecd.org/edu/eag2011
- (Hrsg.) (2002), 'OECD Employment Outlook, Chapter 2: Women at work: Who are they and how are they faring?', http://www.oecd.org/document/9/0,3746,en_2649_33927_31724553_1_1_1_1,00.html
- (2011) 'The OECD-Database: Table PF1.4.A: Tax/benefit systems in many OECD countries provide incentives towards a more equal sharing of paid work, but not in Germany', <http://www.oecd.org/dataoecd/10/6/44579816.xls>.
- Ogburn, W. F. (1972), 'Die Theorie des "Cultural Lag"', in: Dreitzel, H. P. (Hg.), Sozialer Wandel, Luchterhand: Berlin, 328-38.
- Oppenheimer, V. K. (1988), 'A theory of marriage Timing', *American Journal of Sociology* 94 (3), 563-91.
- Oschmiansky, F. (2011), 'Arbeitsmarktpolitik. Arbeitskräfteangebot und -nachfrage', *Bundeszentrale für Politische Bildung Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung* http://www.bpb.de/themen/Y9DSIU,3,0,Arbeitskr%20fteangebot_und_nachfrage.html
- Ott, N. (1989), 'Familienbildung und familiäre Entscheidungsfindung aus verhandlungstheoretischer Sicht', in: Wagner, G./ Ott, N./ Hoffmann-Nowotny (Hg.), Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel, Springer-Verlag: Berlin, 97-116.
- Pfau-Effinger, B. (2009), 'Unterschiede in der Kinderbetreuung im Ländervergleich im Rahmen kultureller und familienpolitischer Kontextbedingungen', in: Kapella, O. et al. (Hg.), Die Vielfalt der Familie. Tagungsband zum 3. Europäischen Fachkongress Familienforschung, Verlag Barbara Budrich: Opladen, 113-32.
- Pison, G. (2009), 'France 2008: Why are birth numbers still rising?', *Population & Societies* 09 (454), 1-4.
- Preston, S. H./ Heuveline, P./ Guillot, M. (2001), 'Demography. Measuring and Modeling Population Processes', Blackwell Publishers: Oxford.
- Raschke, I./ Weber, C. (1998), 'Frühe Sozialbeziehungen in altershomogenen Kleinkindgruppen', in: Ahnert, L. (Hg.), Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Theorien und Tatsachen, Verlag Hans Huber: Bern, 113-24.
- Rennefanz, Sabine (2011): 'Uwe Mundlos und ich', Berliner Zeitung 31.12.2011, <http://www.berliner-zeitung.de/magazin/rechtsextremismus-uwe-mundlos-und-ich,10809156,11369068.html>
- Rindfuss, R. R./ Guzzo, K. B./ Morgan, P. S. (2003), 'The changing institutional Context of low Fertility', *Population Research and Policy Review* 22, 411-38.

- Ritzinger, P./ Dudenhausen, J. W./ Holzgreve, W. (2011), 'Späte Mutterschaft und deren Risiken', *Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie* 8 (2), 112-22.
- Roloff, J. (2003), 'Demographischer Faktor', Europäische Verlags-Anstalt: Hamburg.
- Rothenbacher, F. (1997), 'Historische Haushalts- und Familienstatistik von Deutschland 1815-1990', Campus Verlag: Frankfurt/M.
- Rüling, A./ Kassner, K. (2007), 'Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich', Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.
- Rümelin, G. (1920) 'Zur Überbevölkerungsfrage', in: Diehl, K./ Mombert, P. (Hg.), *Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie Sechster Band Bevölkerungslehre*, zweite Auflage, G. Braunsche Hofbuchdruckerei: Karlsruhe, 78-117.
- Rürup, B./ Gruescu, S. (2003), 'Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung'. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- Scheller, G. (2005), 'Die Wende als Individualisierungsschub? Umfang, Richtung und Verlauf des Individualisierungsprozesses in Ostdeutschland', VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Schröder, J. (2005), 'Der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität. Ein Überblick über den Forschungsstand', *Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung Working Papers* 89 (1), Universität Mannheim.
- Schubnell, H. (1978), 'Sterben die Europäer aus?', in: Franke, L./ Jürgens, H. W. (Hg.), *Keine Kinder, keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa*, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wiesbaden, 9-18.
- Sen, A. (2000), 'Der Lebensstandard', Rotbuch Verlag: Hamburg.
- Shell Jugendstudie (2000), '13. Jugendstudie - Shell Jugend 2000', Leske + Budrich: Opladen.
- Sigle-Rushton, W./ Waldfogel, J. (2004), 'Family Gaps in Income: A Cross-National Comparison', *Luxembourg Income Study Working Paper Series* 382.
- Sobotka, T. (2004), 'Postponement of childbearing and low fertility in Europe'. Ph.D. Dissertation. Dutch Academic Press: Amsterdam.
- Sobotka, T./ Lutz, W. (2011), 'Wie die Politik durch falsche Interpretationen der konventionellen Perioden-TFR in die Irre geführt wird: Sollten wir aufhören, diesen Indikator zu publizieren?', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35 (3), 665-95.
- Statistisches Ämter des Bundes und der Länder (2011), 'Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern', Heft 1, Wiesbaden.
- (2010), 'Kindertagesbetreuung regional 2009. Ein Vergleich aller 413 Kreise in Deutschland', Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (1972), 'Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972. Anlässlich des 100-jährigen Bestehens der amtlichen Statistik', Wiesbaden.
- (2011), 'Durchschnittliche Kinderzahl je Frau steigt 2010 auf 1,39', *Pressemitteilung Nr.301 vom 18.08.2011*.
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/08/PD11_301_12641.templateId=renderPrint.psm1
- (2010), 'Befristete Beschäftigung: Jeder elfte Vertrag hat ein Verfallsdatum',

- http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/STATmagazin/2010/Arbeitsmarkt2010_032,templateId=renderPrint.psml_nnn=true
- (2011), 'Statistik der Kinder- und Jugendhilfe Teil III.3 - Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege'.
- (2011a): Mikrozensus. Was beschreibt der Mikrozensus, wie wird er erhoben? online: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Mikrozensus,templateId=renderPrint.psml> Zugriff 10.11.2011.
- Steinbach, A. (2008), 'Stieffamilien in Deutschland. Ergebnisse des "Generations and Gender Survey" 2005', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 33 (2), 153-80.
- Stone, P. (2007), 'Opting Out? Why women really quit careers and head home', University of California Press: Berkeley.
- Stone, P./ Kohler, J./ Hernandez, L. A. (2010), 'Opting Out', *Encyclopedia*, http://wfnetwork.bc.edu/encyclopedia_entry.php?id=17303&area=All
- Surkyn, R./ Lesthaeghe, J. (2004), 'Wertorientierungen und die "second demographic Transition"' in Nord-, West- und Südeuropa: Eine aktuelle Bestandsaufnahme', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 29 (1), 63-98.
- Tagesbetreuungsausbaugesetz, Das (TAG) (2004), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Online: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=20080.html>
- Tazi-Preve, M. I./ Kaindl, M./ Krenn, B. (2008), 'Väter ohne Kinder. Charakteristika von Scheidungsvätern ohne Kontakt zu ihren Kindern', *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 33 (1), 5-35.
- Thater, C. (2008), 'Regionale Differenzierung der Subventionen für Kindergarten-Plätze in Deutschland', *Aktuelle Forschungsergebnisse Bericht 6*. ifo: Dresden. www.ifo.de/DocDL/ifodb_2008_6_14_20.pdf
- Thelen, T./ Baerwolf, A. 'Traditionalisierung in der Flexibilisierung: Familiäre Arbeitsteilung in Ostdeutschland', in: Szydlik, M. (Hg.), *Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie*, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, 275-94.
- Thenner, M. (2000), 'Familienpolitik als Politik zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Geldwerte Leistungen, zeitwerte Anrechte, familienunterstützende Infrastruktur und ihre Auswirkungen auf Familienverhalten', in: Dingeldey, I. (Hg.), *Erwerbstätigkeit und Belastungen verschiedener familialer Erwerbsmuster im Ländervergleich*, Leske + Budrich: Opladen, 95-129.
- UN Population Division, Department of economic and social Affairs (2003), 'Partnership and Reproductive Behaviour in Low Fertility Countries', *ESA/P/WP* 177.
- van de Kaa, D. J. (1987), 'Europe's Second Demographic Transition', *Population Bulletin* 42 (1), 1-57.
- (2004), 'The true commonality: In reflexive modern societies fertility is a derivative', *Population Studies* 64 (1), 77-81.
- Vinken, B. (2007), 'Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos', Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt/M.

- Vogel, J. (2001), 'European Welfare Regimes and the Transition to Adulthood: A Comparative and Longitudinal Perspective', *ÖIF-Materialiensammlung* Heft 16, 125-42.
- Waldfoegel, J. (2001), 'International Policies toward parental leave and child care', *The Future of Children* 11 (1), 99-111.
- Wanger, S. (2011), 'Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten', *IAB-Kurzbericht* 09.
- Wengler, A./ Trappe, H./ Schmitt, C. (2008), 'Partnerschaftliche Arbeitsteilung und Elternschaft. Analysen zur Aufteilung von Hausarbeit und Elternaufgaben auf Basis des Generations and Gender Survey', Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaften: Wiesbaden.
- Winkler-Dworak, M./ Engelhardt, H. (2004), 'On the Tempo and Quantum of first Marriages in Austria, Germany, and Switzerland: Changes in Mean and Variance', *Demographic Research* 10 (9), 231-164.
- Wirth, H. D., Klaus-Jürgen (2005), 'Zunehmende Kinderlosigkeit im Paarkontext als Folge einer ansteigenden Bildungshomogamie von Paaren?', Rostock, Workshop "Ein Leben ohne Kinder? Kinderlosigkeit in Deutschland" 6/7 Oktober 2005 MPI: Rostock.
- Wirth, H./ Dümmler, K. (2005), 'The Influence of Qualification on Women's Childlessness in West Germany: Age and Cohort Effects. Analyses with the German Microcensus', ZUMA-Arbeitsbericht 03: Mannheim.
- Zeman, K., et al. (2010), 'Geburtenbarometer Wien: Überblicksbericht', Institut für Demographie: Wien.
- Zetkin, C. (1971), 'Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland.', Verlag Roter Stern: Frankfurt/M.
- Ziegenhain, U./ Rauh, H./ Müller, B. (1998), 'Emotionale Anpassung von Kleinkindern an die Krippenbetreuung', in: Ahnert, L. (Hg.), Tagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren - Theorien und Tatsachen, Huber: Bern, 82-89.
- Zimmermann, K. F. (1984), 'The Dynamics of Women's Labor Force Participation and Fertility: A Simultaneous ARX-Model', in: Steinmann, G. (Hg.), Economic Consequences of Population Change in Industrialized Countries, Springer-Verlag: Heidelberg, 386-403.

9. Anhang

Abbildung 61: Bundesländerindex der vier Dimensionen: Z-Werte

Z-Werte	Meckl.- Vorpommern	Sachsen- Anhalt	Berlin	Brandenburg	Sachsen	Thüringen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Bremen
Demographisches Regime									
Uneheliche Geburten an allen Geburten (2007)*	1,5	1,4	0,5	1,3	1,2	1,3	-0,4	-0,3	-0,2
Rohe Scheidungsziffer*	-1,4	-0,8	-0,2	-1,0	-1,6	-1,2	1,1	0,8	0,6
Prozent der Kinder unter 18 Jahren bei Nichtehelichen									
Lebensgemeinschaften**	1,0	1,4	0,5	1,3	1,6	1,4	-0,4	-0,7	-0,8
Prozent der Kinder unter 18 Jahren bei									
Alleinerziehenden**	0,7	0,8	2,0	0,6	0,4	0,0	-0,5	0,9	1,4
Rohe Heiratsziffer*	-2,4	0,3	1,4	-0,3	0,6	0,5	-1,8	1,4	0,6
Verheiratete Teenager*	1,4	1,2	0,0	1,4	1,0	1,2	0,2	-0,6	-0,5
Mittelwert der Z-Werte	0,14	0,74	0,71	0,56	0,54	0,51	-0,29	0,24	0,20
Ökonomischer Wohlstand									
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	-1,0	-0,9	-0,4	-1,0	-0,9	-1,0	-0,4	2,5	1,5
Einkommenssaldo 25-29-jähriger/ 40-44-jährigen**	-0,2	-1,1	-2,6	0,8	-0,5	0,8	-0,8	-0,7	0,4
Wanderungssaldo gewichtet an der Bevölkerung des Bundeslandes in 1.000*	-1,6	-1,8	1,2	-0,3	-0,5	-1,3	1,0	1,9	0,3
Erwerbsbeteiligung 25- bis 29-jähriger Frauen**	-1,7	0,3	-1,8	1,0	0,3	-0,5	0,5	0,3	-1,2
Arbeitslosenrate 25-bis 29-jähriger Männer**	-2,0	-1,8	-1,3	-0,1	-0,4	-0,2	0,6	0,3	-0,1
Kinder unter 18 Jahren in relativer Armut**	-2,0	-1,5	0,7	0,3	0,0	-0,4	0,6	0,0	-1,9
Kinder unter 18 Jahren in Haushalten ohne Erwerbstätige**	-1,0	-1,3	-1,9	0,1	-0,3	-0,5	0,7	-0,5	-1,2
Mittelwert der Z-Werte	-1,36	-1,17	-0,86	0,10	-0,35	-0,44	0,31	0,53	-0,32
Vereinbarkeit von Beruf und Familie									
Besuchsquote - Kinder unter 3 Jahren in Kitas oder öffentlich geförderter Tagespflege (2009)	1,4	1,8	0,9	1,3	0,8	1,0	-0,8	-0,3	-0,8
3- bis 6-jährige Kinder in kommunaler Ganztagsbetreuung (in Prozent)	0,9	0,9	0,5	0,7	1,3	2,3	-1,0	-0,2	-0,5
Schulkinder unter 11 Jahren, Quote der Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen	0,8	1,8	2,8	2,4	2,7	2,8	-0,9	0,3	-0,5
Anteil der Schüler in Ganztageseschulen	0,3	-0,6	0,9	0,7	2,2	1,4	-0,3	1,0	-1,1
Kontinuität der weiblichen Erwerbsbeteiligung**	1,6	1,4	1,2	-0,5	1,1	1,4	-0,4	-1,0	-0,4
Prozent der nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 3 Jahren**	0,4	1,2	-0,1	1,6	1,0	0,7	-0,1	-0,6	-2,4
35- bis 45-jährige Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige beziehen**	1,2	1,1	1,0	1,1	1,3	1,2	-0,5	0,0	0,3
Mittelwert der Z-Werte	0,95	1,08	1,03	1,05	1,49	1,54	-0,57	-0,11	-0,78
Geschlechtergleichheit									
Frauenanteil an gymnasialer Bildung**	1,3	0,4	-0,1	-0,1	0,5	0,7	-1,8	-1,8	2,1
Frauenanteil an der akademischen Bildung**	-1,1	-0,8	0,6	0,6	-1,8	0,7	-0,5	2,1	3,2
Frauenanteil in den Parlamenten der Landesregierungen	-1,3	0,3	0,2	1,9	-0,3	-0,6	0,7	0,8	1,4
Mittelwert der Z-Werte	-0,37	-0,02	0,22	0,78	-0,52	0,23	-0,54	0,37	2,23

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung

Z-Werte	Nieder- sachsen	Nord- Westfalen	Hessen	Rheinl.- Pfalz	Saarland	Baden- Würt- temberg	Bayern
Demographisches Regime							
Uneheliche Geburten an allen Geburten (2007)*	-0,7	-0,9	-1,0	-0,9	-0,7	-1,1	-0,9
Rohe Scheidungsziffer*	0,9	0,9	0,8	0,8	1,2	-0,6	-0,4
Prozent der Kinder unter 18 Jahren bei Nichtehelichen							
Lebensgemeinschaften**	-0,7	-0,8	-0,6	-0,7	-0,8	-0,8	-0,8
Prozent der Kinder unter 18 Jahren bei							
Alleinerziehenden**	-0,6	-0,9	-1,0	-0,8	-0,6	-1,4	-1,0
Rohe Heiratsziffer*	-0,4	0,2	0,3	-0,6	-0,3	0,2	0,0
Verheiratete Teenager*	-0,5	-1,1	-0,6	-1,4	-1,7	-0,2	0,0
Mittelwert der Z-Werte	-0,34	-0,43	-0,34	-0,60	-0,47	-0,67	-0,51
Ökonomischer Wohlstand							
Bruttoinlandprodukt pro Kopf	-0,3	0,1	0,9	-0,4	0,0	0,5	0,7
Einkommenssaldo 25-29-jähriger/ 40-44-jährigen**	-0,4	0,6	0,1	0,7	0,6	0,9	1,5
Wanderungssaldo gewichtet an der Bevölkerung des Bundeslandes in 1.000*	0,0	0,0	0,4	-0,1	-0,3	0,5	0,7
Erwerbsbeteiligung 25- bis 29-jähriger Frauen**	-0,4	-0,6	0,1	1,0	-0,2	1,5	1,5
Arbeitslosenrate 25-bis 29-jähriger Männer**	-0,2	0,3	0,5	1,1	0,7	1,3	1,3
Kinder unter 18 Jahren in relativer Armut**	0,1	0,3	0,7	0,4	0,8	1,2	1,0
Kinder unter 18 Jahren in Haushalten ohne Erwerbstätige**	0,5	0,4	0,7	0,9	0,9	1,4	1,3
Mittelwert der Z-Werte	-0,11	0,16	0,47	0,51	0,35	1,03	1,14
Vereinbarkeit von Beruf und Familie							
Besuchsquote - Kinder unter 3 Jahren in Kitas oder öffentlich geförderter Tagespflege (2009)	-0,9	-1,0	-0,7	-0,6	-0,7	-0,7	-0,7
3- bis 6-jährige Kinder in kommunaler Ganztagsbetreuung (in Prozent)	-1,2	-0,4	-0,3	-0,3	-0,7	-1,2	-0,8
Schulkinder unter 11 Jahren, Quote der Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen	-1,0	-1,3	-0,7	-1,0	-1,0	-1,0	-0,6
Anteil der Schüler in Ganztageseschulen	-1,1	0,0	-1,1	-0,5	-0,6	-0,1	-1,1
Kontinuität der weiblichen Erwerbsbeteiligung**	-0,1	-0,5	0,2	-0,9	-0,8	-1,0	-1,1
Prozent der nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 3 Jahren**	-0,8	-1,3	0,0	0,0	-0,3	0,5	0,2
35- bis 45-jährige Frauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige beziehen**	-1,1	-1,4	-0,7	-1,0	-0,6	-1,0	-0,9
Mittelwert der Z-Werte	-0,89	-0,82	-0,46	-0,64	-0,69	-0,64	-0,71
Geschlechtergleichheit							
Frauenanteil an gymnasialer Bildung**	0,0	-0,2	0,2	-0,4	0,7	-0,6	-0,8
Frauenanteil an der akademischen Bildung**	-0,3	-1,4	-1,9	1,1	-1,8	-1,5	0,2
Frauenanteil in den Parlamenten der Landesregierungen	-0,1	-0,5	-0,8	0,8	-0,6	-2,0	0,2
Mittelwert der Z-Werte	-0,15	-0,70	-0,84	0,51	-0,57	-1,35	-0,14

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung

Anmerkungen: Z-Werte: $Z = (\text{Wert} - \text{Mittelwert}) / \text{Standardabweichung}$

Anhang

Abbildung 62: 27- bis 31-Jährige Frauen im Mikrozensus nach Strukturmerkmalen, Fallzahlen

27- bis 31-Jährige	alte Bundesländer					neue Bundesländer			
	Fallzahlen absolut	1973	1982	1991	2000	2008	1991	2000	2008
Kinder im Haushalt (Mikrozensus)		12277	13360	15588	12965	10441	3584	2154	1785
... nach Bildung									
kein Abschluss/entf.o.A.	Daten	193	1923	879	448	176	47	19	
Volks-/Hauptschule	liegen	8441	5362	3479	2060	198	78	173	
Realschule/POS	nicht vor	2861	5081	4681	3425	2705	1668	894	
Gymnasium		1865	3222	3926	4508	505	361	699	
...nach Berufsbildung									
kein Abschluss/entf.o.A.	Daten	3934	4505	3135	2148	289	174	174	
Ausbildung	liegen	8113	9631	8173	6150	2960	1783	1290	
Fachhochschule	nicht vor	284	448	587	683	49	82	117	
Universität		1029	1004	1070	1460	286	115	204	
...nach Familienstand									
ledig		651	1730	3818	4707	4897	420	936	1100
verheiratet		11088	10962	10940	7675	5128	2836	1080	620
geschieden		468	633	784	549	387	317	129	61
...nach Erwerbstyp									
Erwerbstätige		6060	7475	9859	9262	7305	2928	1556	1251
Erwerbslose		61	655	820	592	742	556	367	260
Nichterwerbsperson		6156	5230	4909	3111	2394	100	231	276

Anhang

Abbildung 63: Auswahl der Maximumgruppen - Frauen nach Alter, Schulbildungsabschluss, durchschnittliche Kinderzahl in der Familie und Fallzahl, alte Bundesländer

Frauen ohne Schulabschluss

Alter der Frau	Alte Bundesländer							
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1982	N	1991	N	2000	N	2008	N
20 Jahre					0,90	42	0,57	28
21 Jahre	ist 1982 und 1991 zusammen				0,57	35	0,65	37
22 Jahre	mit ohne Angabe/entfällt in				1,17	36	0,91	45
23 Jahre	einer Kategorie				1,26	47	1,02	59
24 Jahre	abgefragt und				1,40	50	1,47	34
25 Jahre	kann daher nicht				1,28	50	1,44	57
26 Jahre	dargestellt				1,74	53	1,42	81
27 Jahre	werden.				1,65	57	1,54	69
28 Jahre					1,95	59	1,76	72
29 Jahre					1,97	63	1,74	69
30 Jahre					1,95	64	1,90	73
31 Jahre					2,01	83	2,11	93
32 Jahre					1,95	60	2,01	92
33 Jahre					1,80	83	2,30	93
34 Jahre					2,19	88	2,25	110
35 Jahre					2,19	85	2,29	103
36 Jahre					2,22	77	2,17	92
37 Jahre					2,14	96	2,12	115
38 Jahre					1,89	73	2,10	116
39 Jahre					2,00	69	2,30	115
40 Jahre					2,10	72	2,08	105
41 Jahre					1,71	84	1,96	107
42 Jahre					2,22	79	2,04	120
43 Jahre					2,13	72	1,84	147
44 Jahre					1,71	65	1,82	111
45 Jahre					1,65	80	1,55	109
46 Jahre					1,49	72	1,60	99
47 Jahre					1,35	71	1,12	135
48 Jahre					1,04	55	1,16	123
49 Jahre					0,96	77	1,08	133
50 Jahre					1,13	88	0,85	88

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Volks-/Hauptschule

Alter der Frau	Alte Bundesländer							
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1982	N	1991	N	2000	N	2008	N
20 Jahre	0,42	662	0,43	280	0,42	192	0,56	143
21 Jahre	0,52	896	0,44	404	0,39	286	0,45	183
22 Jahre	0,59	1055	0,57	539	0,61	304	0,58	238
23 Jahre	0,72	1148	0,65	653	0,70	360	0,64	273
24 Jahre	0,80	1234	0,75	693	0,77	447	0,66	282
25 Jahre	0,91	1343	0,85	825	0,85	455	0,86	325
26 Jahre	1,10	1352	1,01	912	1,00	521	0,95	365
27 Jahre	1,17	1530	1,07	1053	1,06	561	1,11	379
28 Jahre	1,26	1585	1,18	1072	1,16	602	1,18	425
29 Jahre	1,33	1666	1,32	1084	1,18	716	1,26	416
30 Jahre	1,43	1725	1,43	1023	1,34	754	1,39	397
31 Jahre	1,47	1935	1,46	1130	1,39	846	1,51	443
32 Jahre	1,62	1910	1,49	1175	1,43	918	1,46	482
33 Jahre	1,62	1944	1,52	1202	1,45	883	1,48	514
34 Jahre	1,67	1761	1,62	1226	1,60	1018	1,58	509
35 Jahre	1,67	1868	1,58	1288	1,54	1063	1,67	561
36 Jahre	1,79	1345	1,58	1232	1,60	1041	1,61	595
37 Jahre	1,80	1638	1,62	1325	1,61	1120	1,52	641
38 Jahre	1,80	1853	1,54	1399	1,60	1029	1,54	733
39 Jahre	1,80	1816	1,61	1470	1,58	1124	1,55	800
40 Jahre	1,76	2282	1,54	1540	1,63	1210	1,48	859
41 Jahre	1,81	2362	1,46	1537	1,53	1162	1,53	882
42 Jahre	1,77	2811	1,35	1541	1,41	1187	1,48	899
43 Jahre	1,73	2662	1,23	1428	1,32	1298	1,47	971
44 Jahre	1,65	2544	1,19	1441	1,23	1293	1,35	1058
45 Jahre	1,59	2453	1,21	1063	1,11	1291	1,23	1061
46 Jahre	1,51	2531	1,08	1340	1,06	1282	1,12	1015
47 Jahre	1,36	2464	1,04	1534	0,94	1408	0,99	1089
48 Jahre	1,32	2110	1,00	1496	0,87	1401	0,93	1144
49 Jahre	1,22	2019	0,89	1849	0,82	1647	0,83	1161
50 Jahre	1,11	2046	0,84	2021	0,69	1570	0,68	1208

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Realschulabschluss

Alter der Frau	Alte Bundesländer							
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1982	N	1991	N	2000	N	2008	N
20 Jahre	0,15	391	0,15	252	0,12	238	0,13	207
21 Jahre	0,15	543	0,13	410	0,15	350	0,11	284
22 Jahre	0,30	651	0,20	637	0,19	392	0,19	386
23 Jahre	0,35	696	0,25	761	0,24	449	0,31	467
24 Jahre	0,42	661	0,34	923	0,34	517	0,29	508
25 Jahre	0,48	679	0,46	941	0,38	569	0,44	600
26 Jahre	0,68	637	0,60	1040	0,5	652	0,48	614
27 Jahre	0,79	612	0,69	1024	0,59	704	0,60	695
28 Jahre	0,83	587	0,83	1087	0,63	804	0,73	702
29 Jahre	0,94	603	0,97	1010	0,73	927	0,84	672
30 Jahre	1,10	523	1,11	976	0,92	1087	0,97	696
31 Jahre	1,02	536	1,24	984	1,03	1159	1,07	660
32 Jahre	1,20	562	1,35	935	1,15	1179	1,12	743
33 Jahre	1,31	555	1,38	794	1,19	1259	1,22	696
34 Jahre	1,36	527	1,41	775	1,32	1096	1,29	760
35 Jahre	1,42	467	1,41	790	1,37	1198	1,33	850
36 Jahre	1,37	379	1,47	709	1,45	1169	1,35	965
37 Jahre	1,45	539	1,52	672	1,47	1140	1,39	989
38 Jahre	1,49	619	1,49	634	1,52	1131	1,38	1083
39 Jahre	1,54	566	1,46	660	1,51	1027	1,34	1164
40 Jahre	1,51	669	1,41	623	1,5	1130	1,42	1287
41 Jahre	1,45	623	1,40	644	1,45	966	1,41	1244
42 Jahre	1,54	617	1,32	601	1,42	924	1,40	1289
43 Jahre	1,55	583	1,33	575	1,37	894	1,37	1279
44 Jahre	1,44	538	1,21	601	1,29	834	1,30	1220
45 Jahre	1,49	477	1,05	393	1,26	771	1,26	1181
46 Jahre	1,40	466	1,09	594	1,11	780	1,16	1150
47 Jahre	1,31	426	0,98	669	1,02	731	1,08	1128
48 Jahre	1,15	324	0,96	610	0,89	673	1,02	1126
49 Jahre	1,24	320	0,88	675	0,85	632	0,92	971
50 Jahre	0,99	332	0,83	619	0,76	647	0,85	957

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Abitur

Alter der Frau	Alte Bundesländer							
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1982	N	1991	N	2000	N	2008	N
20 Jahre	0,04	168	0,05	117	0,01	211	0,03	290
21 Jahre	0,09	252	0,06	202	0,04	322	0,03	420
22 Jahre	0,09	331	0,07	301	0,08	400	0,05	504
23 Jahre	0,12	395	0,07	376	0,07	448	0,06	606
24 Jahre	0,2	402	0,14	521	0,09	495	0,07	715
25 Jahre	0,18	435	0,2	589	0,14	552	0,1	810
26 Jahre	0,31	404	0,26	639	0,16	588	0,15	918
27 Jahre	0,44	406	0,36	685	0,25	656	0,2	906
28 Jahre	0,56	390	0,48	649	0,35	735	0,27	937
29 Jahre	0,58	395	0,62	671	0,36	784	0,37	876
30 Jahre	0,68	339	0,79	603	0,5	885	0,45	891
31 Jahre	0,85	335	0,89	614	0,58	866	0,55	898
32 Jahre	0,93	353	1,08	545	0,74	925	0,66	854
33 Jahre	1,16	308	1,06	567	0,83	909	0,8	822
34 Jahre	1,22	259	1,17	550	1,02	873	0,87	817
35 Jahre	1,25	277	1,27	512	1,08	998	1,04	799
36 Jahre	1,25	189	1,35	454	1,19	910	1,04	918
37 Jahre	1,37	229	1,35	441	1,15	879	1,15	905
38 Jahre	1,58	283	1,36	392	1,28	772	1,26	918
39 Jahre	1,32	243	1,4	364	1,34	772	1,3	1002
40 Jahre	1,48	246	1,36	378	1,3	713	1,29	1056
41 Jahre	1,47	264	1,29	354	1,38	688	1,33	1044
42 Jahre	1,61	228	1,44	338	1,26	606	1,33	1032
43 Jahre	1,5	203	1,41	296	1,3	646	1,37	978
44 Jahre	1,52	203	1,41	244	1,31	591	1,24	996
45 Jahre	1,52	167	1,23	190	1,23	547	1,18	935
46 Jahre	1,5	150	1,26	262	1,28	531	1,21	848
47 Jahre	1,48	128	1,23	283	1,11	437	1,17	822
48 Jahre	1,43	113	1,2	242	1,18	438	1,09	778
49 Jahre	1,18	97	1,07	229	1,04	405	1,03	727
50 Jahre	1,2	114	1,01	260	0,92	395	0,99	672

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Abbildung 64: Auswahl der Maximumgruppen - Frauen nach Alter, Berufsbildungsabschluss, durchschnittlicher Kinderzahl in der Familie und Fallzahlen, alte Bundesländer

Frauen ohne Berufsbildungsabschluss

Alter der Frau	Alte Bundesländer							
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1982	N	1991	N	2000	N	2008	N
20 Jahre	0,45	494	0,44	301	0,24	486	0,22	531
21 Jahre	0,55	569	0,43	385	0,24	567	0,20	611
22 Jahre	0,66	564	0,50	465	0,40	546	0,30	611
23 Jahre	0,83	602	0,67	444	0,48	484	0,40	649
24 Jahre	0,87	592	0,79	486	0,68	502	0,42	569
25 Jahre	0,98	596	0,92	457	0,71	462	0,60	605
26 Jahre	1,24	604	1,09	483	0,97	443	0,81	513
27 Jahre	1,40	670	1,15	540	1,12	430	0,97	455
28 Jahre	1,39	683	1,35	550	1,28	432	1,24	450
29 Jahre	1,45	707	1,43	501	1,39	433	1,29	416
30 Jahre	1,68	735	1,55	503	1,47	436	1,49	376
31 Jahre	1,67	796	1,61	534	1,59	497	1,77	389
32 Jahre	1,83	847	1,66	466	1,60	497	1,70	406
33 Jahre	1,78	818	1,66	466	1,60	488	1,77	397
34 Jahre	1,92	795	1,80	467	1,85	528	1,84	384
35 Jahre	1,85	801	1,86	460	1,73	550	1,91	422
36 Jahre	2,01	701	1,85	470	1,82	481	1,74	400
37 Jahre	2,05	714	1,82	506	1,80	576	1,84	463
38 Jahre	1,97	812	1,70	546	1,75	530	1,71	486
39 Jahre	2,01	853	1,86	544	1,68	563	1,78	499
40 Jahre	1,91	1139	1,71	612	1,71	564	1,64	533
41 Jahre	1,91	1281	1,62	601	1,59	547	1,65	486
42 Jahre	1,92	1492	1,54	591	1,57	489	1,73	545
43 Jahre	1,89	1517	1,44	566	1,43	538	1,60	538
44 Jahre	1,76	1505	1,37	608	1,39	523	1,46	558
45 Jahre	1,68	1472	1,43	468	1,28	544	1,25	564
46 Jahre	1,61	1565	1,23	524	1,20	537	1,19	585
47 Jahre	1,45	1604	1,22	612	0,98	511	0,93	591
48 Jahre	1,37	1436	1,07	667	0,87	560	0,94	609
49 Jahre	1,32	1438	1,00	867	0,88	639	0,90	574
50 Jahre	1,15	1476	0,95	987	0,80	689	0,75	554

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Berufsausbildung

Alter der Frau	Alte Bundesländer							
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1982	N	1991	N	2000	N	2008	N
20 Jahre	0,18	621	0,14	330	0,16	197	0,10	159
21 Jahre	0,26	1002	0,16	616	0,15	400	0,09	313
22 Jahre	0,35	1321	0,24	982	0,19	526	0,17	543
23 Jahre	0,41	1467	0,29	1284	0,27	753	0,22	707
24 Jahre	0,52	1517	0,36	1573	0,31	908	0,22	868
25 Jahre	0,61	1630	0,47	1776	0,38	1000	0,34	990
26 Jahre	0,80	1527	0,63	1943	0,48	1156	0,40	1142
27 Jahre	0,87	1597	0,72	1992	0,56	1261	0,53	1209
28 Jahre	1,00	1574	0,85	2010	0,66	1427	0,62	1261
29 Jahre	1,09	1630	1,01	1962	0,72	1622	0,74	1213
30 Jahre	1,17	1591	1,14	1795	0,92	1883	0,86	1222
31 Jahre	1,23	1721	1,25	1872	1,00	1980	0,94	1245
32 Jahre	1,33	1699	1,36	1892	1,13	2070	1,04	1291
33 Jahre	1,44	1736	1,41	1782	1,17	2167	1,13	1307
34 Jahre	1,42	1526	1,45	1753	1,30	2098	1,25	1370
35 Jahre	1,47	1581	1,43	1805	1,36	2281	1,31	1453
36 Jahre	1,47	1062	1,46	1625	1,43	2223	1,35	1666
37 Jahre	1,55	1496	1,52	1621	1,45	2160	1,33	1667
38 Jahre	1,59	1689	1,47	1594	1,50	1994	1,38	1871
39 Jahre	1,57	1570	1,49	1710	1,52	1972	1,37	2067
40 Jahre	1,56	1825	1,43	1664	1,51	2086	1,40	2221
41 Jahre	1,57	1767	1,39	1700	1,44	1899	1,42	2259
42 Jahre	1,58	1949	1,31	1659	1,38	1891	1,39	2284
43 Jahre	1,52	1749	1,22	1538	1,35	1924	1,39	2352
44 Jahre	1,48	1603	1,15	1527	1,25	1825	1,30	2332
45 Jahre	1,44	1479	1,08	1064	1,16	1709	1,25	2265
46 Jahre	1,35	1435	1,06	1468	1,08	1717	1,18	2083
47 Jahre	1,25	1295	0,94	1665	0,97	1752	1,09	2139
48 Jahre	1,14	990	0,95	1513	0,89	1660	1,02	2107
49 Jahre	1,04	895	0,83	1705	0,83	1747	0,89	2004
50 Jahre	0,99	904	0,79	1741	0,71	1634	0,79	1969

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Fachhochschulabschluss

Alter der Frau	Alte Bundesländer							
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1982	N	1991	N	2000	N	2008	N
24 Jahre	0,16	38	0,10	39	0,03	32	0,00	44
25 Jahre	0,22	58	0,15	59	0,10	48	0,10	87
26 Jahre	0,22	54	0,14	63	0,14	69	0,09	119
27 Jahre	0,47	78	0,25	72	0,18	80	0,10	127
28 Jahre	0,68	53	0,41	85	0,27	110	0,16	131
29 Jahre	0,67	61	0,49	88	0,24	129	0,26	150
30 Jahre	0,69	49	0,77	98	0,39	137	0,36	157
31 Jahre	0,81	43	0,82	105	0,48	131	0,49	118
32 Jahre	1,11	45	1,13	100	0,57	133	0,64	145
33 Jahre	1,15	34	1,04	91	0,65	132	0,81	133
34 Jahre	1,42	33	1,16	90	1,04	141	0,64	130
35 Jahre	1,57	37	1,16	94	0,97	159	1,07	137
36 Jahre	1,19	37	1,18	72	1,08	154	0,88	158
37 Jahre	1,34	38	1,39	82	1,07	144	1,08	145
38 Jahre	1,62	42	1,37	75	1,11	133	1,17	169
39 Jahre	1,52	21	1,53	60	1,16	148	1,20	176
40 Jahre	1,36	42	1,21	71	1,41	124	1,21	180
41 Jahre	1,53	43	1,29	59	1,39	127	1,33	189
42 Jahre	1,26	34	1,11	71	1,34	120	1,34	190
43 Jahre	1,20	25	1,19	57	1,18	125	1,27	172
44 Jahre	1,44	32	1,47	36	1,25	136	1,21	185
45 Jahre	1,67	15	1,09	35	1,20	118	1,05	144
46 Jahre	1,50	18	0,88	49	1,20	120	1,10	154
47 Jahre	1,33	21	1,40	57	1,34	98	1,21	141
48 Jahre	1,43	14	1,03	36	1,07	97	1,04	158
49 Jahre	1,56	18	1,27	40	1,11	84	1,08	138
50 Jahre	0,95	20	0,86	43	0,78	82	0,87	144

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Universitätsabschluss

Alter der Frau	Alte Bundesländer							
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1982	N	1991	N	2000	N	2008	N
24 Jahre	0,21	57	0,16	31	0,14	29	0,06	63
25 Jahre	0,15	100	0,20	56	0,07	67	0,00	122
26 Jahre	0,24	161	0,20	105	0,12	104	0,08	208
27 Jahre	0,32	172	0,36	162	0,16	148	0,12	261
28 Jahre	0,54	220	0,38	170	0,17	190	0,15	294
29 Jahre	0,59	230	0,57	225	0,25	231	0,25	260
30 Jahre	0,68	189	0,71	221	0,37	251	0,33	300
31 Jahre	0,78	218	0,77	226	0,44	250	0,43	345
32 Jahre	0,94	204	0,84	198	0,58	301	0,49	332
33 Jahre	1,08	180	0,86	231	0,68	249	0,68	287
34 Jahre	1,12	158	1,13	240	0,88	225	0,76	314
35 Jahre	1,22	158	1,24	237	0,86	276	0,91	302
36 Jahre	1,28	102	1,39	255	1,06	259	0,97	345
37 Jahre	1,36	141	1,36	244	1,05	278	1,12	379
38 Jahre	1,56	185	1,41	209	1,22	262	1,26	328
39 Jahre	1,31	144	1,44	201	1,19	220	1,32	336
40 Jahre	1,48	148	1,38	215	1,22	251	1,29	379
41 Jahre	1,50	127	1,36	199	1,36	236	1,29	342
42 Jahre	1,68	124	1,60	174	1,23	212	1,22	315
43 Jahre	1,43	109	1,50	162	1,28	224	1,36	311
44 Jahre	1,46	110	1,47	131	1,28	218	1,29	301
45 Jahre	1,46	89	1,40	105	1,34	241	1,18	311
46 Jahre	1,51	75	1,35	147	1,27	226	1,14	292
47 Jahre	1,34	59	1,39	144	1,17	202	1,15	306
48 Jahre	1,66	56	1,32	137	1,36	181	1,04	291
49 Jahre	1,10	39	1,12	128	1,06	197	1,05	276
50 Jahre	1,4	47	1,02	134	0,99	189	1,11	258

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Abbildung 65: Auswahl der Maximumgruppen - Frauen nach Alter, Berufsbildungsabschluss, durchschnittlicher Kinderzahl in der Familie und Fallzahlen, neue Bundesländer

Frauen ohne Berufsbildungsabschluss

Alter der Frau	Neue Bundesländer					
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1991	N	2000	N	2008	N
20 Jahre	0,77	26	0,37	84	0,30	114
21 Jahre	0,48	23	0,38	91	0,27	98
22 Jahre	0,79	24	0,37	70	0,39	111
23 Jahre	0,85	26	0,65	63	0,45	98
24 Jahre	1,00	17	0,42	45	0,56	81
25 Jahre	0,91	23	0,50	42	0,34	64
26 Jahre	1,72	25	1,00	27	1,06	51
27 Jahre	1,74	19	0,95	19	1,23	39
28 Jahre	1,67	21	1,41	27	1,00	44
29 Jahre	1,47	19	0,86	14	1,07	29
30 Jahre	1,86	28	1,24	17	1,32	28
31 Jahre	2,07	27	1,00	17	1,46	26
32 Jahre	1,83	23	1,05	20	1,81	27
33 Jahre	2,00	36	1,19	16	1,95	22
34 Jahre	2,60	15	1,70	20	2,08	25
35 Jahre	1,96	25	1,88	17	1,36	14
36 Jahre	2,00	24	1,67	27	1,67	24
37 Jahre	1,91	22	1,59	17	1,79	14
38 Jahre	1,64	28	2,20	25	1,57	14
39 Jahre	2,06	31	1,61	31	1,19	16
40 Jahre	1,49	35	0,95	22	1,86	21
41 Jahre	1,21	42	1,21	19	1,27	26
42 Jahre	1,16	31	1,26	19	1,26	23
43 Jahre	1,15	26	1,44	25	1,80	25
44 Jahre	0,86	28	0,90	20	0,83	29
45 Jahre	1,00	26	0,75	24	1,00	29
46 Jahre	0,86	36	0,91	32	1,03	33
47 Jahre	0,85	40	0,97	33	0,72	29
48 Jahre	0,71	42	0,86	37	0,50	28
49 Jahre	0,60	62	0,63	41	0,43	14
50 Jahre	0,58	62	0,65	31	0,31	26

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Berufsausbildung

Alter der Frau	Neue Bundesländer					
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1991	N	2000	N	2008	N
20 Jahre	0,50	219	0,17	60	0,17	52
21 Jahre	0,43	262	0,19	108	0,26	85
22 Jahre	0,72	324	0,25	167	0,32	174
23 Jahre	0,87	440	0,37	203	0,32	187
24 Jahre	1,05	486	0,40	212	0,32	203
25 Jahre	1,14	502	0,50	221	0,53	215
26 Jahre	1,28	527	0,65	239	0,62	256
27 Jahre	1,41	582	0,77	271	0,76	266
28 Jahre	1,55	586	0,90	356	0,99	281
29 Jahre	1,64	594	1,03	344	1,02	246
30 Jahre	1,67	593	1,22	398	0,99	270
31 Jahre	1,69	605	1,26	414	1,23	227
32 Jahre	1,72	584	1,35	437	1,18	234
33 Jahre	1,76	616	1,44	461	1,34	246
34 Jahre	1,80	536	1,50	498	1,35	286
35 Jahre	1,77	567	1,51	507	1,36	310
36 Jahre	1,71	599	1,62	554	1,45	337
37 Jahre	1,70	550	1,57	545	1,47	430
38 Jahre	1,67	593	1,67	523	1,45	419
39 Jahre	1,58	575	1,65	557	1,40	413
40 Jahre	1,39	570	1,50	538	1,37	440
41 Jahre	1,32	492	1,44	512	1,35	480
42 Jahre	1,28	423	1,39	528	1,14	506
43 Jahre	1,09	372	1,31	508	1,12	524
44 Jahre	0,99	366	1,14	533	0,90	553
45 Jahre	0,86	276	1,10	523	0,89	563
46 Jahre	0,73	433	0,99	485	0,77	497
47 Jahre	0,70	520	0,84	525	0,68	509
48 Jahre	0,65	465	0,75	479	0,57	573
49 Jahre	0,58	598	0,62	478	0,49	516
50 Jahre	0,46	586	0,60	513	0,46	492

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Fachhochschulabschluss

Alter der Frau	Neue Bundesländer					
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1991	N	2000	N	2008	N
24 Jahre	0,33	3	0,4	5	0,1	10
25 Jahre	1	9	0,25	12	0,18	17
26 Jahre	1	10	0,1	10	0,25	12
27 Jahre	0,86	7	0,38	8	0,41	17
28 Jahre	1,5	10	0,57	14	0,17	23
29 Jahre	1,33	12	0,62	13	0,64	25
30 Jahre	1,64	14	0,56	18	0,68	31
31 Jahre	1,67	6	0,9	29	0,9	21
32 Jahre	1,77	13	0,95	19	0,97	31
33 Jahre	1,6	10	1,27	22	1,09	33
34 Jahre	1,91	11	1,33	33	1,19	26
35 Jahre	1,92	12	1,46	35	1,29	21
36 Jahre	1,55	20	1,74	35	1,35	37
37 Jahre	1,64	11	1,32	37	1,35	23
38 Jahre	1,93	14	1,41	41	1,4	20
39 Jahre	1,46	13	1,45	33	1,36	25
40 Jahre	1,57	7	1,65	31	1,43	28
41 Jahre	1,86	7	1,55	38	1,15	33
42 Jahre	0,86	7	1,48	44	1,18	28
43 Jahre	1,5	6	1,41	39	1,23	35
44 Jahre	0,92	13	1,3	30	1,36	25
45 Jahre	0,78	9	1,18	39	0,97	40
46 Jahre	1,18	17	1,05	42	0,97	38
47 Jahre	0,5	6	0,95	39	0,73	37
48 Jahre	0,78	9	0,78	36	0,77	35
49 Jahre	0,29	7	0,78	32	0,59	29
50 Jahre	0,5	4	0,63	32	0,41	29

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Anhang

Frauen mit Universitätsabschluss

Alter der Frau	Neue Bundesländer					
	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl	Jahr	Fallzahl
	1991	N	2000	N	2008	N
24 Jahre	0,16	32	0,20	5	0,10	10
25 Jahre	0,73	41	0,33	6	0,07	15
26 Jahre	0,98	44	0,18	11	0,16	38
27 Jahre	1,22	45	0,36	14	0,24	34
28 Jahre	1,31	68	0,57	23	0,23	40
29 Jahre	1,62	68	0,60	35	0,41	41
30 Jahre	1,65	52	0,95	19	0,57	47
31 Jahre	1,70	53	0,54	24	0,93	42
32 Jahre	1,72	58	1,06	36	0,93	29
33 Jahre	1,71	65	1,15	39	0,97	40
34 Jahre	1,94	69	1,21	57	1,02	40
35 Jahre	1,64	76	1,18	44	1,19	31
36 Jahre	1,70	87	1,45	51	1,08	36
37 Jahre	1,82	80	1,39	44	1,40	35
38 Jahre	1,62	63	1,32	41	1,60	42
39 Jahre	1,72	64	1,63	49	1,50	36
40 Jahre	1,68	57	1,71	62	1,63	48
41 Jahre	1,41	39	1,72	43	1,41	58
42 Jahre	1,74	38	1,54	50	1,38	53
43 Jahre	1,47	32	1,59	41	1,48	48
44 Jahre	1,38	26	1,46	52	1,26	43
45 Jahre	1,41	22	1,42	55	1,21	56
46 Jahre	0,86	37	1,40	75	1,26	61
47 Jahre	0,95	38	1,17	58	1,15	73
48 Jahre	0,85	40	1,13	39	0,78	65
49 Jahre	1,06	31	0,80	40	0,69	68
50 Jahre	0,65	40	0,69	35	0,70	56

Gelb hinterlegt = die ausgewählte Maximumgruppe. Mikrozensus Scientific Use Files. Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 66: Kontrastgruppen Modell mit Berufsbildung 2008: r²:.30, alte Bundesländer

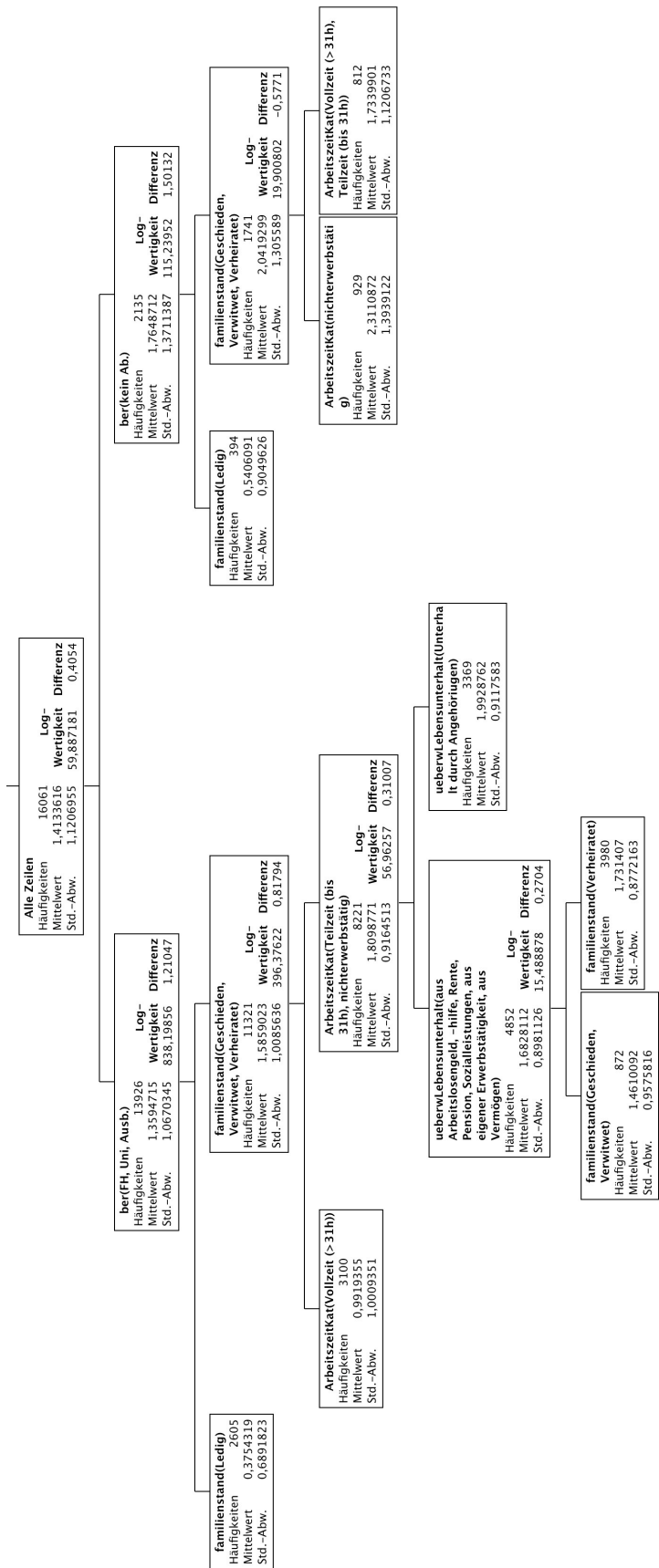


Abbildung 67: das gleiche Modell 1991 alte Bundesländer, r²: .20

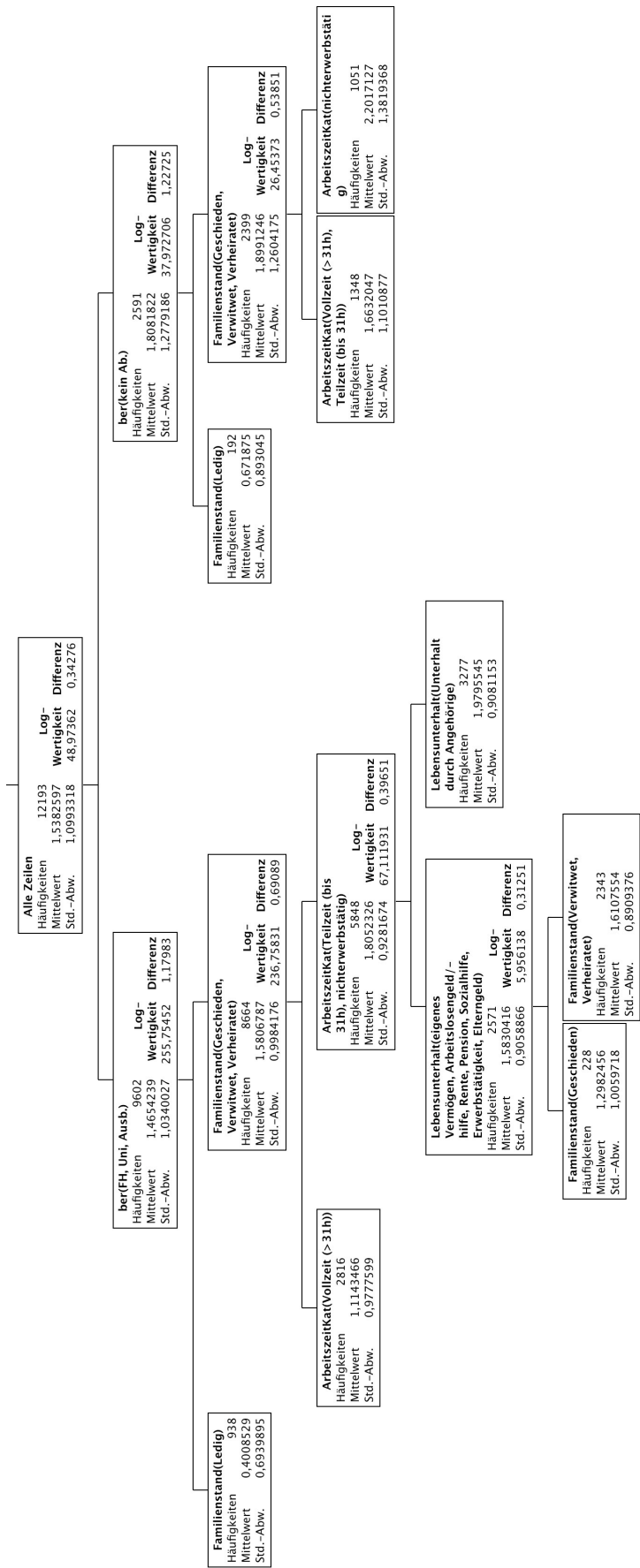
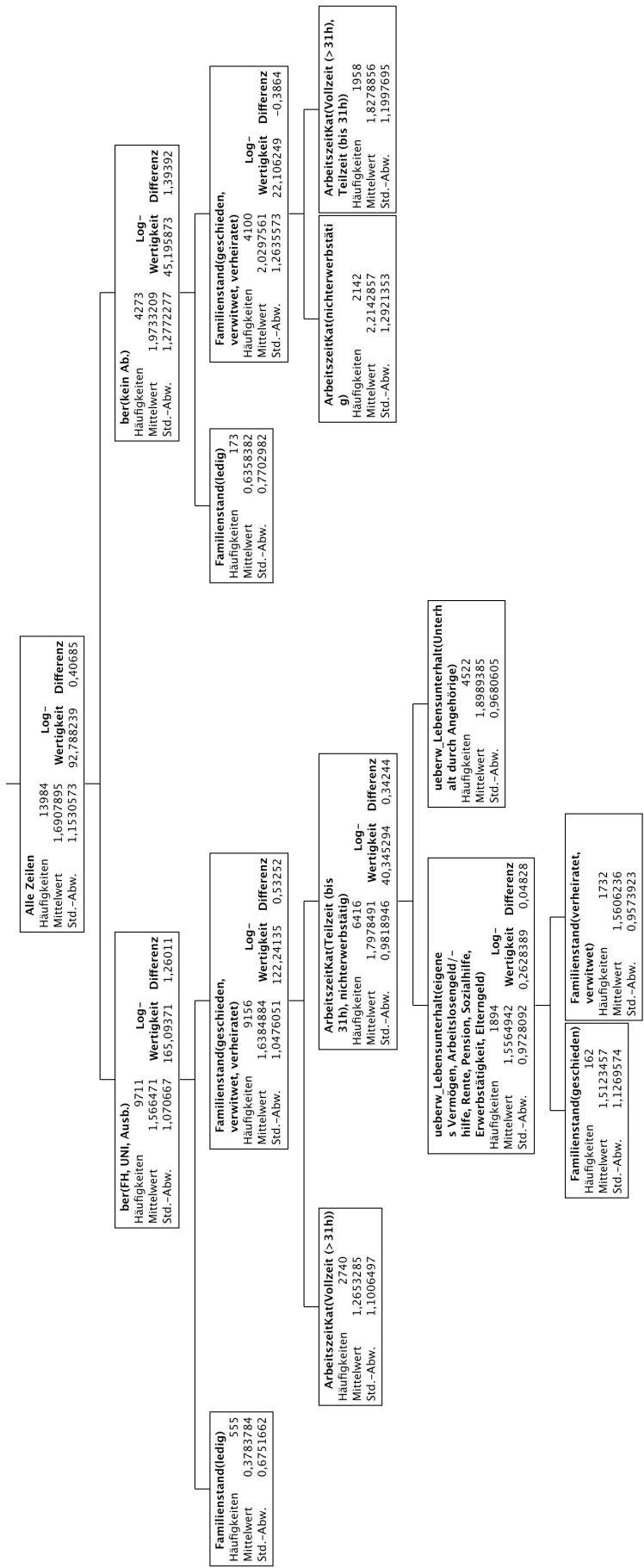


Abbildung 68: Das gleiche Modell 1982, alte Bundesländer, r^2 : .13



Anhang

Abbildung 69: Konstrastgruppen neue Bundesländer 1991, r^2 : .08

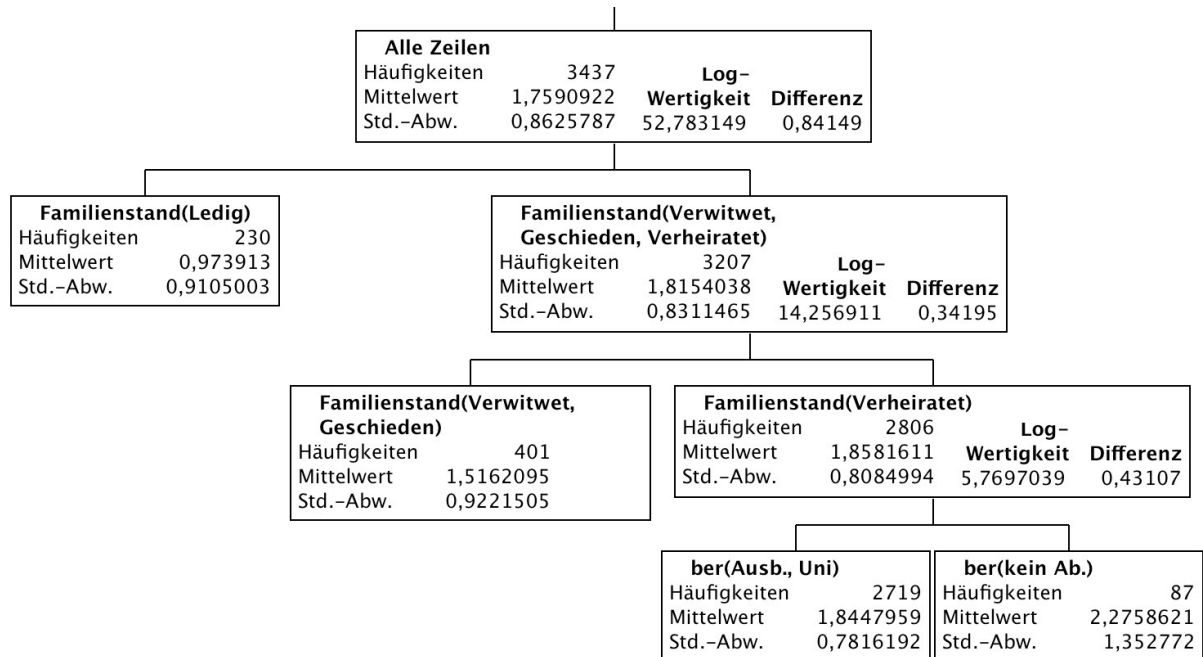


Abbildung 70: Konstrastgruppen neue Bundesländer 2008, r^2 : .12

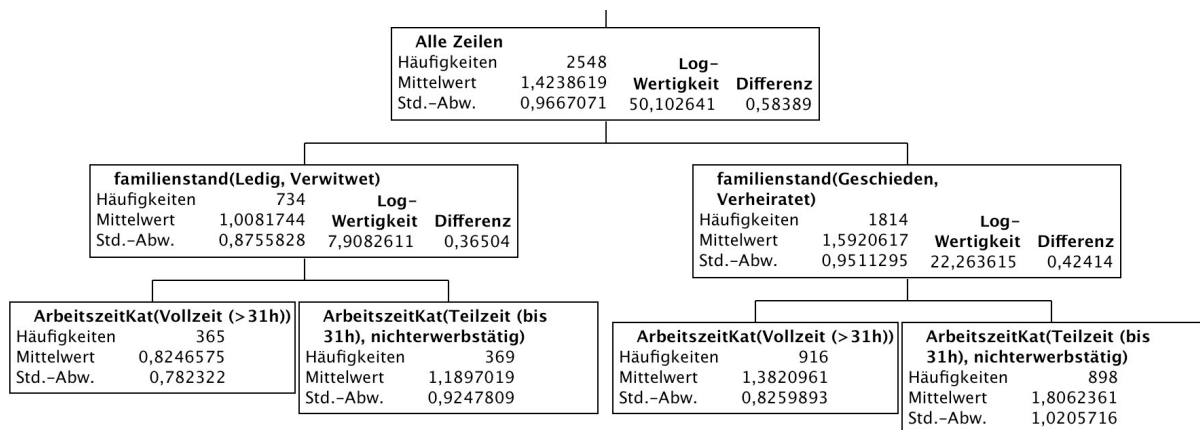


Abbildung 71: Kontrastgruppen mit Berufsbildung neue Bundesländer 2008, r²: .12

